This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

+ *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.
+ *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.
+ *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.
+ *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at `http://books.google.com/`

3 2044 061 300 810

Digitized by Google

54
7

HARVARD LAW LIBRARY

Received MAR 5 1927

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

INTERNATIONALER
ARBEITER-VERSICHERUNGS-KONGRESS.

CONGRES INTERNATIONAL
DES ACCIDENTS DU TRAVAIL ET DES ASSURANCES SOCIALES.

Digitized by Google

INTERNATIONALER ARBEITERVERSICHERUNGS-KONGRESS.

SIEBENTE TAGUNG

WIEN, 17. BIS 23. SEPTEMBER 1905.

I. BAND.

WIEN 1906.

VERLAG DES ORGANISATIONSKOMITEES (WIEN, I. HANDELS- UND GEWERBEKAMMER).

Druck der k. u. k. Hof-Buchdruckerei u. Lithographie Emil M. Engel, Wien I.

Digitized by Google

CONGRES INTERNATIONAL

DES

ACCIDENTS DU TRAVAIL

ET DES

ASSURANCES SOCIALES.

SEPTIEME SESSION

TENUE À VIENNE DU 17 AU 23 SEPTEMBRE 1905.

VOLUME I.

VIENNE 1906.

PUBLIÉ PAR LES SOINS DU COMITE D'ORGANISATION (VIENNE, I. HANDELS- UND GEWERBEKAMMER).

Impr. imp. et roy. Emile M. Engel, Vienne I.

Digitized by Google

MAR 5 '27

Digitized by Google

Internationaler
Arbeiter-Versicherungs-Kongress
VII. Tagung
WIEN, 1905.

WIEN und PARIS,
im Februar 1905.

Einer im Jahre 1902 ergangenen Einladung der österreichischen Regierung und des Bürgermeisters der Reichshaupt- und Residenzstadt Wien entsprechend wird der Internationale Arbeiter-Versicherungs-Kongreß seine VII. Tagung in der Zeit vom 17. bis 23. September 1905 in Wien abhalten.

Mit Genugtuung können die Veranstalter auf die Arbeiten und Erfolge der früheren Kongresse zurückblicken. In streng wissenschaftlicher Weise, aber immer auf dem festen Grunde der realen wirtschaftlichen Tatsachen fußend, wurden die Fragen der Unfälle bei der Arbeit und der Arbeiter-Versicherung sowie ihr weitverzweigter Zusammenhang mit anderen Erscheinungen der modernen Kulturentwicklung behandelt. Eine große Zahl ausgezeichneter Fachmänner hat sich in den Dienst der großen Ideen gestellt, deren Verbreitung die Kongresse sich zur Pflicht machen, und hat durch schriftliche und mündliche Beiträge deren Zwecke mächtig gefördert. Es ist gewiß nicht übertrieben, wenn man diesen Kongressen ein Verdienst an den großen Fortschritten, welchen der Arbeiterversicherungsgedanke in allen Kulturstaaten nimmt, beimißt.

Die bevorstehende Tagung in Wien soll hinter den vorausgegangenen nicht zurückstehen. Während bisher die Unfallsfrage vor allen anderen das Interesse der Kongreßteilnehmer erweckte, weisen nunmehr deutliche Anzeichen darauf hin, daß mit der fortschreitenden Lösung dieser Frage in den meisten

Digitized by Google

Staaten andere Gebiete der Arbeiter-Versicherung in den Vordergrund treten. Vor allem die Invaliditäts- und Altersversicherung! Es war daher eine glückliche Anregung des letzten Kongresses in Düsseldorf, sein permanentes Komitee zu beauftragen, diesem Gegenstande bei der nächsten Tagung in Wien eine bevorzugte Stellung einzuräumen.

Diese Anregung soll nun verwirklicht werden. Die Invaliden- und Altersversicherung der Arbeiter in allen ihren Formen wird einen Hauptpunkt des Programmes bilden, wobei reichlich Gelegenheit geboten sein wird, bestehende und geplante Einrichtungen zu erörtern, die volkswirtschaftlichen, technischen und statistischen Grundlagen zu prüfen und den Einfluß zu beleuchten, den die betreffenden Institutionen auf das öffentliche Gesundheitswesen und die Wohlfahrtspflege im allgemeinen zu üben vermögen. Im Anschlusse daran wird selbstverständlich hinreichender Spielraum geboten sein, auch alle anderen Fragen der Arbeiterversicherung zu behandeln. Namentlich wird eine alte Schuld einzulösen sein, welche der Kongreß zu Wien von früheren Kongressen übernimmt, nämlich die Erledigung der Frage, in welcher Weise eine internationale Unfall-Statistik mit Erfolg verwirklicht werden könnte.

Es ist weiter beabsichtigt, eine Generalrevue über das seit dem ersten zu Paris im Jahre 1889 abgehaltenen Kongresse in den einzelnen Staaten Erreichte und Erstrebte anzustellen. Die unterzeichneten Komitees sind glücklich mitteilen zu können, daß sich bereits hervorragende Fachmänner aus nahezu allen Staaten, welche der Arbeiterversicherung Interesse entgegenbringen, bereit erklärt haben, hierüber dem Kongresse zu berichten.

Alle Berichte werden in Druck gelegt und den Teilnehmern noch vor Eröffnung des Kongresses zugemittelt werden.

Im Hinblick auf die großen Ziele des Kongresses, deren Erreichung frei von jeder politischen Voreingenommenheit an-

Digitized by Google

gestrebt werden soll, glauben wir keine Fehlbitte zu tun, wenn wir Sie einladen, Ihr Interesse an der Sache durch die Beteiligung am Kongresse zu bezeugen.

Der österreichische Ministerpräsident a. D., Seine Exzellenz

Herr Dr. Ernest von Koerber,

hat im November v. J. in seiner damaligen Eigenschaft als Leiter des Ministeriums des Inneren seine Anteilnahme an den Bestrebungen des Kongresses dadurch kundgegeben, daß er das Ehrenpräsidium des unterzeichneten Organisationskomitees übernahm.

Für das
Comité Permanent International zu Paris:

Der Präsident:
Linder
General-Bergwerks-Inspektor a. D.

Der Generalsekretär:
E. Gruner
Berg-Ingenieur, Generalsekretär des Zentral-Bergwerk-Vereines.

Für das
Organisations-Komitee zu Wien:

Die Präsidenten:
Julius Ritter von Kink
Präsident der n.-ö. Handels- und Gewerbekammer in Wien.

Dr. T. Bödiker
Ehrenpräsident des Comité Permanent International.

Bemerkungen:

1. Um Ihre Eintragung in die Liste der Kongreßmitglieder bewirken zu können, bitten wir, sobald wie möglich das anliegende Formular mit Ihrer Unterschrift versehen an das Organisations-Komitee zu Wien, I., Wipplingerstraße 34 (Handels- und Gewerbekammer), einzusenden.
2. Der Mitgliedsbeitrag ist unter Ausschluß jeder Nachforderung wie bei den früheren Kongressen mit Kronen 10.–, bezw. Mark 8.—, bezw. Francs 10.— festgesetzt.
3. Auf Grund Ihrer Anmeldung wird Ihnen eine auf Ihren Namen ausgestellte Mitgliedskarte übersandt werden, durch die Sie die Berechtigung erlangen, an sämtlichen Sitzungen und Veranstaltungen des Kongresses teilzunehmen.
4. Das vollständige Programm des Kongresses, die in Druck gelegten Berichte sowie etwaige sonstige wissenswerte Mitteilungen werden den Mitgliedern rechtzeitig kostenfrei übersandt werden.

Digitized by Google

Anmeldung

zur

Teilnahme am Kongresse.

Ich trete hiemit dem VII. Internationalen Arbeiter-Versicherungs-Kongresse in Wien als Mitglied bei, ersuche um Übersendung einer Mitgliedskarte und füge den Mitgliedsbeitrag von 10 Kr. (= 8 Mk. = 10 Frcs.) hier bei.

Name und Vorname: .....

.....

Stand: .....

Wohnort: .....

Straße: .....

☛ Um deutliche Schrift wird gebeten. ☚

Unterschrift:

.....

NB. Alle Mitteilungen sind an das Organisations-Komitee des Kongresses, Wien, I. Wipplingerstraße 34 (Handels- und Gewerbekammer), zu richten.

Digitized by Google

Programm

der

Kongreßverhandlungen.

Montag, den 18. September, 11 Uhr vormittags: Feierliche Eröffnungssitzung.

Eröffnung des Kongresses durch den Ehrenpräsidenten des Organisations-Komitees.

Begrüßungsansprachen.

Wahl des Kongreßbureaus und Bestellung der Vorsitzenden und deren Stellvertreter für die einzelnen Sitzungen.

Montag, den 18. September, 3 bis 5 Uhr nachmittags: Erste ordentliche Sitzung.

Gegenstand der Verhandlungen: Berichte und Mitteilungen aus allen Ländern über die Entwicklung der Arbeiterversicherung seit dem ersten Kongresse zu Paris im Jahre 1889.

Digitized by Google

Dienstag, **den 19. September, 9 bis 2 Uhr vormittags:**

Fortsetzung der Verhandlungen vom Vortage; anschließend daran: Allgemeine Fragen der Arbeiterversicherung.

Sollte für die letzteren Verhandlungen genügende Zeit nicht erübrigen, so würden dieselben an anderer passender Stelle eingeschaltet werden.

Mittwoch, **den 20. September, 9 bis 2 Uhr vormittags** und Donnerstag, **den 21. September, 9 bis 2 Uhr vormittags:**

Gegenstand der Verhandlungen: Vereinheitlichung und Vereinfachung der Arbeiterversicherung. Invaliden- und Altersversicherung.

Freitag, **den 22. September, 9 bis 2 Uhr vormittags:**

Gegenstand der Verhandlungen: Internationale Unfallstatistik. Angelegenheiten der Unfallversicherung und Unfallverhütung.

In der unmittelbar darauf folgenden **Schlußsitzung** wird Zeit und Ort des nächsten Kongresses bestimmt werden.

Zu den einzelnen Programmpunkten angemeldete Referate:

1. Die Entwicklung der Arbeiterversicherung seit dem ersten Kongresse zu Paris im Jahre 1889.

18. und 19. September.

Dr. Bödiker, wirkl. geheimer Oberregierungsrat, Berlin, für das Deutsche Reich.

Cockburn, Delegierter des australischen Staatenbundes, London, für Australien.

Digitized by Google

Delás J., Directeur de la Catalana Compagnie d'assurances contre l'incendie, Président du Comité Permanent des Compies d'assurances contre les accidents à Barcelona, für Spanien.

Dubois, Directeur Général de l'Office du Travail, Brüssel, für Belgien.

Dr. ph. Henderson, Professor an der Universität Chicago, für die Vereinigten Staaten von Nord-Amerika.

Dr. ph. et jur. Hjelt, Direktor des statistischen Zentralbureaus für Finnland, Helsingfors, für Finnland.

Dr. Layer, Professor an der Universität Wien, für Österreich.

Dr. Macalester Loup, Vorsitzender der Reichs-Versicherungsbank, Amsterdam, für die Niederlande.

Dr. Magaldi, Inspecteur Général du Credit et de la Prévoyance au Ministère de l'Agriculture, de l'Industrie et du Commerce d'Italie, Rom, für Italien.

May, Chef der Reichs-Versicherungsanstalt, Stockholm, für Schweden.

Dr. Neuman, Staatsrat, Luxemburg, für Luxemburg.

Paulet, Directeur de l'Assurance et de la Prévoyance sociale au Ministère du Commerce, de l'Industrie, des Postes et des Télégraphes, Paris, für Frankreich.

Cav. Robertson, Weington, für Neuseeland.

Romalo, Direktor der „Patria", Bukarest, für Rumänien.

Schloss, Special inquiry Officer, Commercial-, Labour- and Statistical Department, Board of Trade, London, für England.

Steiger, Nationarat, Bern, für die Schweiz.

Stoff, Geheimrat, und Graf Skarzynski, Petersburg, für Rußland.

Szterényi, Staatssekretär, Budapest, für Ungarn.

Digitized by Google

Trap, Chef des statist. Bureaus der Stadt Kopenhagen, für Dänemark.

Fräulein Schmidt, Bordeaux, über die tunesische Rentenkasse.

2. Allgemeine Fragen der Arbeiterversicherung.

19. September.

Dr. Magaldi, Inspecteur Général du Credit et de la Prévoyance au Ministère de l'Agriculture, de l'Industrie et du Commerce d'Italie, Rom:

Die ausländischen Arbeiter und die Arbeiter-Versicherungsgesetzgebung.

Dr. Lass, Regierungsrat und Professor, Berlin:

Internationale Rechtsbeziehungen auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung.

Kögler, Regierungsrat und Direktor der Arbeiter-Unfallversicherungsanstalt für Niederösterreich, Wien:

Die Arbeiterversicherung und das Rechtsbewußtsein.

3. Vereinheitlichung und Vereinfachung der Arbeiterversicherung.

20. und 21. September.

Dr. Bödiker, wirklicher geheimer Oberregierungsrat, Berlin:

Vereinfachung der Arbeiterversicherung.

Dr. Freund, Vorsitzender des Vorstandes der Landesversicherungsanstalt Berlin:

Die Vereinheitlichung der Arbeiterversicherung.

Dr. Menzel, o. ö. Universitätsprofessor, Wien:

Zur Frage der Vereinfachung der Arbeiterversicherung.

Bellom, Ingénieur au corps des mines, Paris:

Die Beziehungen der Invalidenversicherung zu den anderen Zweigen der Arbeiterversicherung.

Digitized by Google

Dr. van Drooge, Redakteur des „Social Weekblad", Dordrecht:

Vereinheitlichung und Dezentralisation der Arbeiterversicherung.

Cheysson, Inspecteur Général des Ponts et Chaussées, Membre de l'Institut, Paris:

Die Versicherung der Witwen und Waisen in der Organisation der Arbeiterversicherung.

4. Invaliden- und Altersversicherung.

20. und 21. September.

Marquis Ferero di Cambiano, Deputé, Vicepréſident de la Caisse d'Epargne de Turin:

Bericht über die italienisch-nationalen Versicherungskassen für Invalidität und Altersversorgung der Arbeiter.

Hassel, Finanzrat und Vorsitzender des Vorstandes der Landesversicherungsanstalt Braunschweig:

Die Beitragsleistung bei der Invaliden- und Altersversicherung (Markensystem, Einzugsverfahren) und die Kontrolle der Beitragsleistungen, insbesondere bei unständigen Arbeitern, in Deutschland.

Bielefeldt, geh. Regierungsrat und Senatsvorsitzender im Reichs-Versicherungsamte, Berlin:

Invalidenversicherung und Volksgesundheit (Heilverfahren).

Dr. Rumpf, Direktor der badischen Heilstätte Friedrichsheim:

Organisation und Betrieb der Heilstätten der deutschen Invalidenversicherung.

Elle, geh. Regierungsrat, Weimar:

Ausbau des § 25 des Invalidenversicherungsgesetzes (Invalidenhäuser statt Rentenverpflegung).

Dr. Schröder, Mitglied des preuß. Abgeordnetenhauses und Landesrat, Cassel:

Die Anlegung der Bestände der deutschen Landesversicherungsanstalten.

Appelius, Landesrat (Landes-Versicherungsanstalt Rheinprovinz), Düsseldorf:

Das Verfahren bei Erhebung von Rentenansprüchen auf dem Gebiete der Invalidenversicherung und bei der Entscheidung über sie.

Digitized by Google

Blaschke, k. k. Regierungsrat, Professor, Wien: (In Ausführung des Arbeitsprogrammes der mathem.-statist. Vereinigung des österr.-ungar. Verbandes der Privatversicherungsanstalten):

Die Abhängigkeit der Invaliditätswahrscheinlichkeiten der Angestellten von der Anzahl der Dienstjahre.

5. Internationale Unfallstatistik.

22. September.

Cheysson, Inspecteur Général des Ponts et Chaussées, Membre de l'Institut, Paris:

Über internationale Unfallstatistik. (Vom Verfasser bei der diesjährigen Session des internationalen statistischen Institutes in London erstatteter Bericht.)

Dr. Kaan, Regierungsrat, Wien (im Namen der mathem.-statist. Vereinigung des österreich.-ungar. Verbandes der Privatversicherungsanstalten):

Die Erfordernisse einer internationalen Unfallstatistik.

Fuster, Secrétaire Général de l'association française des assurances sociales, Paris:

Bericht über einen Vorschlag zur Einrichtung einer französischen Unfallstatistik.

Maingie, Secrétaire de l'Association des Actuaires Belges, Actuaire de la Compagnie Belge d'Assurances Générales sur la vie, Brüssel:

Über Unfallstatistik.

Dr. Klein, k. Regierungsrat und ständiges Mitglied des Reichs-Versicherungsamtes, Berlin:

Zur Frage der Einrichtung einer internationalen Unfallstatistik.

6. Unfallversicherung und Unfallverhütung.

22. September.

Gigot, Directeur des caisses d'assurance mutuelle des Forges, des Industries textiles et des Industries sucrières de France, Paris:

Die Stellung der Gegenseitigkeitsversicherung in der freiwilligen Unfallsversicherung.

Digitized by Google

Mayen, Directeur de la Cie. d'assurances „La Prévoyance", Président du Syndicat des Cies. d'assurances à primes fixes contre les accidents et de la Réunion des Assureurs contre les accidents du Travail, Paris:

Die Privatversicherung gegen Unfälle in Frankreich.

Mamy, Directeur de l'Association des Industriels de France, contre les Accidents du Travail, Paris:

Das Museum für Unfallverhütung und industrielle Hygiene in Paris.

Dr. Paratore, Presidente del Consiglio del „Sindicato maritimo italiano per l'assicurazione contra gli infortuni della gente di mare", Rom:

Bericht über die Unfallversicherung der Seeleute.

Schnitzler, Regierungsrat und Direktorstellvertreter der Arbeiter-Unfallversicherungsanstalt für Mähren und Schlesien, Brünn:

Die Bestimmung des Grades der Unfallsinvalidität.

Dr. Perier, Membre de l'Académie de Médecine, Paris:

Über die Schätzung des Grades der Invalidität nach Arbeitsunfällen.

Weiss, Ingénieur des Mines, Paris:

Die zahlenmäßige Bewertung der Verminderung des Sehvermögens bei Augenverletzungen.

Dr. Mugdan, Arzt und Mitglied des Reichstages, Berlin:

Mitarbeit der Ärzte im Rentenfestsetzungs-Verfahren bei der reichsgesetzlichen Unfallsversicherung in Deutschland.

Siefart, Regierungsrat, Berlin:

Unfallversicherung und Berufskrankheiten.

De Angeli Senatore del Regno, industriale, Presidente dell'Associazione degli industriali d'Italia per prevenire gli infortuni sul lavoro e dell'Associazione per l'assistenza medica negli infortuni del lavoro, Mailand:

Berufskrankheiten.

Digitized by Google

Dr. Krische, geheimer Regierungrat im kgl. sächsischen Ministerium des Innern, Dresden:

Unfallverhütung und technische Aufsichtsbeamte in Deutschland.

Dr. Marschner, Advokat und Sekretär der Arbeiterunfallversicherungs-Anstalt für Böhmen, Prag:

Das Grenzgebiet zwischen Unfallversicherung und privatem Schadenrecht.

Sauteiron de St. Clément, Ingenieur, Artilleriehauptmann, Rom:

Die Arbeitsunfälle in den militärischen Betrieben in Italien.

Digitized by Google

International
Congress of Working Men's Insurance.
VIIth Session.
VIENNA 1905.

VIENNA and PARIS,
February 1905.

In accordance with the invitation sent out in 1902 by the Austrian Government and the Mayor of Vienna, the International Congress of Working Men's Insurance will hold its VIIth session in Vienna from the 17th—23rd of September 1905.

The organisers of these congresses may look back with great satisfaction upon the work and the results of the previous meetings. The subjects discussed, both scientifically and practically, at the different Congresses had reference to accidents to working men and working men's insurance as well as to the far reaching connection of the latter with other institutions of modern civilisation. A considerable number of able experts have devoted their services to the great ideas, which the Congresses consider it their duty to propagate, and their verbal and written reports have greatly furthered the aims of these meetings. The congresses can indeed lay claim to great credit that the idea of working men's insurance has made remarkable progress in all civilised states.

The next session in Vienna must not be surpassed by the former meetings. While hitherto the members of the Congress

Digitized by Google

were chiefly interested in the Workmen's Accident Insurance, there are distinct signs now that, in accordance with the progressive solution of this question in most countries, other questions about working men will be taken more into consideration, especially the Invalidity and Old Age Insurance.

It was therefore a good suggestion of the last Congress, at Düsseldorf, to commission its Permanent Committee to place this subject at the head of the programme for the next session in Vienna.

This suggestion is now to be acted upon. The different forms for the insurance of disabled and aged workmen will be the chief items of the programme. There will be sufficient opportunity to discuss existing or projected institutions in connection with that subject, to examine into their economic, technical and statistical bases, and to explain what influence those institutions have upon the public sanitary condition and the general welfare. At the same time all other questions of workmen's insurance will be dealt with; firstly the old question, as to how it would be possible to create an international statistic of accidents, must be settled, this being an old debt which the Congress in Vienna has to take over from former Congresses.

Finally it is intended to give a general review of all that has really been attained or attempted since the first Congress in Paris in 1889. The undersigned are pleased to be able to communicate to you that prominent experts from almost all the states, which take an interest in Working Men's Insurance, are willing to send a report to the Congress.

All reports will be printed and sent to the members of the Congress before the opening of the session. In consideration of the lofty aim of the Congress the achievement of which is so desirable quite apart from all political preconceptions, we hope you will not refuse to prove your interest by your presence.

Digitized by Google

The former Prime-Minister of Austria, His Excellency

Dr. Ernest von Koerber,

has shown his sympathy with the Congress by accepting the Honorary Presidency of the Organising Committee in last November at the time when he was at the head of the Ministry of the Interior.

For the
Comité Permanent International in Paris:

The President:

Linder

Mining Inspector retired.

The General Secretary:

E. Gruner

Mining Engineer, Genera Secretary of the Central Mining Association of France.

For the
Organising Committee in Vienna:

The Presidents:

Julius Ritter von Kink

President of the Chamber of Commerce and Industry in Vienna.

Dr. T. Boediker

Honorary President of the Comité Permanent International.

Remarks:

1. To enable us to enlist you as a Member of the Congress we beg you to fill up the enclosed form and send it as soon as possible to the Organising Committee in Vienna, I. Wipplingerstraße 34 (Handels- und Gewerbekammer).
2. The contribution for members is the same as at the former Congresses viz. 10 K. = 8 Mark = 8 s. = 10 Frcs.
3. In case you announce your intention to be present at the Congress and send the above mentioned sum, you will receive a member's ticket for your personal use which entitles you to take part in all meetings and festivities of the Congress.
4. The complete programme of the Congress and the printed reports and all other communications of importance will be sent to the members in due time and free of charge.

Digitized by Google

Sir,

I declare herewith to take part in the VIIth International Congress of Working Men's Insurance in Vienna and enclose 10 Kr. = 8 sh. for a member's ticket.

Full name: .....

.....

Character: .....

Residence: .....

☛ *Pleae write distinctly.* ☚

Signature:

.....

This declaration and the contribution for a member's ticket must be sent to the Organising Comittee, Vienna, I. Wipplingerstraße 34 (Handels- und Gewerbekammer).

Digitized by Google

VII. INTERNATIONALER
ARBEITER-VERSICHERUNGS-KONGRESS
zu
WIEN 1905.

SATZUNGEN:

§ 1.

Der VII. Internat. Arbeiter-Versicherungs-Kongreß tritt zu Wien am 17. September 1905 abends an einem später noch zu bestimmenden Orte zusammen.

§ 2.

Mitglieder des Kongresses sind:

1. die Mitglieder des Organisations-Komitees,
2. die offiziellen Vertreter der in- und ausländischen öffentlichen Verwaltungen,
3. diejenigen Einzelpersonen, die ihren Beitritt zum Kongresse erklären und einen Mitgliedsbeitrag von mindestens 10 K bezahlen.

Den Mitgliedern wird von dem Organisations-Komitee eine auf ihren Namen lautende, nicht übertragbare Mitgliedskarte ausgestellt, die ihnen als Legitimation dient.

Digitized by Google

§ 3.

Die erste Sitzung des Kongresses wird von dem Ehrenpräsidenten des Organisations-Komitees eröffnet.

In dieser Sitzung wird auf Vorschlag des Organisations-Komitees das Kongreß-Bureau gebildet und für jede Sitzung, unter Berücksichtigung jener Länder, aus denen Mitglieder am Kongresse teilnehmen, der Vorsitzende und dessen Stellvertreter ernannt.

Das Kongreß-Bureau setzt die Tagesordnung jeder Sitzung fest und entscheidet alle Geschäftsordnungsfragen.

§ 4.

Die Versammlungen des Kongresses finden vorbehaltlich der durch das Organisations-Komitee zu bestimmenden Ausnahmen einmal täglich statt.

§ 5.

Bloß die Mitglieder des Kongresses sind berechtigt, Vorträge zu halten und an den Diskussionen teilzunehmen.

Nur Vorträge, die in das Programm aufgenommen worden sind, können auf dem Kongreß zugelassen und zum Gegenstand der Diskussion gemacht werden. Das Organisations-Komitee kann jedoch ausnahmsweise auch andere Vorträge und die Diskussion darüber zulassen, falls eine schriftliche Skizze derselben spätestens drei Tage vor Eröffnung des Kongresses eingereicht worden ist.

§ 6.

Die Mitglieder des Kongresses, die das Wort ergreifen wollen, haben sich hiezu bei dem Vorsitzenden der Sitzung schriftlich zu melden.

Digitized by Google

Die Vortragenden oder die zu Referenten über eingesandte Vorträge ernannten Kongreßmitglieder dürfen in jeder Sitzung das Wort nur zweimal und jedesmal nicht länger als 20 Minuten führen.

Den anderen Rednern wird das Wort nur auf je 10 Minuten erteilt und nicht öfter als zweimal in derselben Sitzung und zu demselben Thema.

Die Versammlung hat das Recht, Abweichungen von den vorstehenden Bestimmungen, insbesondere bezüglich der Referenten, zu genehmigen.

§ 7.

Jeder Redner kann in seiner Muttersprache sprechen.

Der Vorsitzende wird den wesentlichen Inhalt der Vorträge und Reden soweit wie möglich sofort übersetzen lassen.

§ 8.

Der Kongreß wird weder über die zur Diskussion gestellten Fragen Beschlüsse fassen, noch zu den Folgerungen der Vortragenden offiziell Stellung nehmen.

§ 9.

Es wird durch das Sekretariat des Organisations-Bureaus ein gedrängtes Protokoll über jede Sitzung geführt.

Die Vortragenden haben das Recht, dem Bureau bis zu dem auf den Sitzungstag folgenden Tage einen schriftlichen Auszug aus ihren Ausführungen einzureichen, und sind auf Verlangen des Bureaus hiezu verpflichtet. Leisten sie einer an sie gerichteten Aufforderung zur Einreichung nicht rechtzeitig Folge, kann das Bureau einen vom Sekretariat anzufertigenden Auszug aus ihren Ausführungen dafür einsetzen.

Digitized by Google

Die endgültige Redaktion der Berichte über die Verhandlungen liegt dem Organisations-Komitee ob.

Die Protokolle über sämtliche Sitzungen werden vom Organisations-Komitee gesammelt und mit den dazu gehörigen Anlagen nach Drucklegung an die in § 2 Nr. 3 genannten Mitglieder des Kongresses tunlichst bald versandt.

§ 10.

Während der Tagung des Kongresses entscheidet das Kongreßbureau über die in diesen Satzungen nicht vorgesehenen Fragen.

Nach Schließung des Kongresses wird jede auf denselben bezügliche Frage durch das Comité Permanent zu Paris geregelt.

Digitized by Google

Liste der offiziellen Delegierten.

LISTE DES DELEGUES OFFICIELLS.

Australischer Staatenbund.

Fédération australienne.

John A. Cockburn, ehemaliger Premierminister von Süd-Australien.

Belgien.

Belgique.

Jean Dubois, Directeur Général de l'office du Travail au Ministère de l'Industrie et du Travail de Belgique.

Joseph Brughmans, délégué du Ministère de l'Industrie et du Travail de Belgique.

Dänemark.

Danemark.

Cordt Trap, Mitglied des dänischen Arbeiterversicherungsrates und Direktor des kommunal-statistischen Bureaus der Stadt Kopenhagen.

Wilhelm Ludwig Faber, Sekretär-Stellvertreter des kgl. Arbeiterversicherungsrates.

Deutsches Reich.

Allemagne.

R. Werner, Geheimer Oberregierungsrat, Vortragender Rat im Reichsamte des Innern.

Dr. Hoffmann, Geheimer Oberregierungsrat, Vortragender Rat im kgl. preuß. Ministerium für Handel und Gewerbe.

Digitized by Google

Weingärtner, Geheimer Oberregierungsrat, Vortragender Rat im großherzogl. badischen Ministerium des Innern.

Dr. M. Grünberg, Vorsitzender der Pensionskasse für Arbeiter der preussisch-hessischen Eisenbahngemeinschaft, Oberregierungsrat im Eisenbahn-Ministerium.

Dr. Paul Krische, Geheimer Regierungsrat im sächsischen Ministerium des Innern.

Frankreich.

France.

M. Millerand, Deputé, ancien Ministre du Commerce.

Georges Paulet, Directeur de l'Assurance et de la Prévoyance sociales.

Arthur Fontaine, Directeur du Travail.

Edouard Gruner, Secrétaire Général du Comité permanent du Congrès international des accidents du Travail.

Kleine, Inspecteur Général des Ponts et Chaussées, Directeur du Personel et de la Comptabilité au Ministère des Travaux Publics.

Maison, Ingénieur ordinaire des Mines, Adjoint à l'ingénieur en chef chargé du contrôle du travail des agents de Chemins de fer.

Emile Cheysson, Inspecteur Général des Ponts et Chaussées.

Weiss, Ingénieur ordinaire des Mines.

Albert Delatour, Directeur Général de la Caisse des Dépôts et Consignations.

Paul André, Conseiller administrativ de la Cie. „La concorde", Paris.

Großbritannien.

Grand Brétagne.

D. J. Schloss, Enquiry officer, Commercial-, Labour- and Statistican Department, Board of Trade.

Digitized by Google

Italien.

Italie.

Bruno Chimirri, Commendatore, Deputierter.

Ernesto de Angeli, Commendatore, Senator, Präsident des Vereines der italienischen Industriellen zur Verhütung von Arbeiterunfällen und Präsident des Vereines für ärztliche Hilfeleistung bei Arbeiterunfällen.

Vincenzo Magaldi, Commendatore, Generalinspektor der Kredit- und Pfandleihanstalten im kgl. Ackerbau-, Industrie- und Handelsministerium.

Marco Besso, Commendatore, Mitglied des Unfallverhütungs- und Versicherungsrates.

Carlo de Sauteiron de St. Clément, Ing., Capitaine d'artillerie dans l'armee italienne, délégué du Ministère de la guerre.

Marquis Cesare Ferrero di Cambiano, Deputierter.

Luxemburg.

Luxembourg.

Heinrich Neumann, Staatsrat.

Neuseeland.

Nouvelle Zélande.

William Pember Reeves, High-Commissioner for New-Zealand in London.

Niederlande.

Hollande.

R. Macalester Loup, Präsident der Staatsversicherungsbank.

C. A. Verryn-Stuart, Direktor des Statistischen Zentralbureaus.

Österreich.

Autriche.

K. k. Ministerium des Innern.

Carl Deperis, k. k. Ministerialrat.

Egon Freiherr von Winkler, k. k. Ministerialrat.

Digitized by Google

Dr. Julius Kaan, k. k. Regierungsrat.

Dr. Ritter von Fries, k. k. Sektionsrat.

Anton Sklenar, k. k. Baurat.

K. k. Handelsministerium:

Dr. Richard Hasenöhrl, k. k. Sektionschef.

Dr. Fritz Ritter Wagner von Jauregg, k. k. Ministerialrat.

Dr. Hugo Bach, k. k. Sektionsrat.

Otto Gasteiger von und zu Raabenstein und Kobach, k. k. Statthaltereirat.

K. k. Finanzministerium:

Dr. Edler von Träger, k. k. Ministerialrat.

Dr. Josef Künstler, k. k. Sektionsrat.

K. k. Ackerbauministerium:

Dr. Hermann Ritter von Schullern zu Schrattenhofen, k. k. o. ö. Professor, Hofrat.

Dr. Alexander Toldt, k. k. Oberbergrat.

K. k. Eisenbahnministerium:

Kamill Kuranda, k k. Ministerialrat.

Ladislaus Miller, k. k. Sektionsrat.

Victor Würth, k. k. Oberinspektor der Generalinspektion der österreichischen Eisenbahnen.

Rußland.

Russie.

Graf L. B. Skarzynski, Beamter des kaiserlichen russischen Finanz-Ministeriums.

Alexander Stoff, Conseiller privé, membre du Conseil des Mines au Ministère d'Agriculture et des Domaines.

Digitized by Google

Schweden.

Suède.

John G. May, Generaldirektor der Reichsversicherungsanstalt, Stockholm.

Dr. Andreas Lindstedt, Professor der polytechnischen Schule, Stockholm.

Schweiz.

Suisse.

E. v. Steiger, Regierungsrat und Nationalrat, Bern.

Dr. Ernst Ceresole, Jurist des Schweiz. Industrie-Departements, Bern.

Ungarn.

Hongrie.

Josef Szterenyi, kgl. ungar. Staatssekretär.

Josef Csoka, Sektionsrat.

Dr. Julius Fay, Direktor der landwirtschaftlichen Arbeiter- und Dienstboten-Unterstützungskasse.

Digitized by Google

Mitgliederliste.

LISTE DES ADHERENTS.

Australischer Staatenbund.

Fédération australienne.

Cockburn Hon. Sir John A., K. C. M. G., ehemaliger Premierminister von Süd-Australien, Delegierter des Australischen Staatenbundes, 10 Gatestone Road, Upper Norwood, London.

Belgien.

Belgique.

Adan Georg H., Generaldirektor der „Le Royal Belge", Brüssel.

Association des Actuaires Belges, Bruxelles, 48, rue du Fossé aux Loups.

Begasse Joseph, österreichisch-ungarischer Konsul, Lüttich.

Bronne Lucien, Directeur de l'Assurance Liégeoise, Liége, 93 Boulevard de la Souvenière.

Bronne Madame L., Liége, 93, Boulevard de la Souvenière.

Brughmans Joseph, Inspecteur principal du travail, délégué du Ministère de l'Industrie et du Travail, Bruxelles.

Caisse Générale d'Epargne et de Retraite de Belgique sous la Garantie de l'État, Bruxelles, 48, rue du Fossé aux Loups.

Capouillet Pierre, Directeur des Compagnies Belges d'Assurances Générales, (Vie et Incendie) Bruxelles, 24, rue de la Fiancée.

Carels Alphonse, Industriel, Gand.

Christophe Charles, avocat pour la Cour d'Appel de Gand, Directeur de la caisse commune d'Assurance mutuelle contre les accidents du travail „Les industries textile réunies", Gand, quai du Tonneliers, 19.

Digitized by Google

Coffrieters E. L., Ingénieur, Ostende, 3, rue de la Station.

Compagnie Belge d'Assurances Générales sur la vie, les fonds dotaux et les survivances, Bruxelles, 24, rue de la Fiancée.

Coornaert Joseph, Directeur au Ministère des finances et des travaux publics, Bruxelles, 92, Boulevard de la Grande Ceinture.

Dalle Antoine, Directeur du Syndicat-Général, caisse commune d'assurances contre les accidents du travail, Bruxelles, 140, rue Royale.

Deroover Emile, Directeur à la Caisse Générale d'Epargne et de Retraite, membre de l'association des Actuaires belges, Bruxelles, 70, avenue Michel Ange.

Doat Henri, Ingénieur Directeur de la Cie. Générale des Conduits d'eau, Liége.

Dubois Jean, Directeur Général de l'Office du travail au Ministère de l'Industrie et du Travail de Belgique, Bruxelles, 2, rue Lambermont.

Dubois Denghien Léon, Directeur à la Caisse Générale d'Epargne et de Retraite, membre de l'Association des Actuaires belges, Bruxelles, 96, rue Gérard.

Fédération des associations commerciales et industrielles liégeoises, Liége, 4, place Saint Veronique.

Félix Jules, Docteur, Médecin honoraire de la Maison de S. M. le Roi des Belges, Chirurgien et administrateur de l'hospice Ste Gertrude, Professeur à l'Université nouvelle, Bruxelles, 413, Avenue Louise.

Gielen Alexander Charles, Directeur du Chempostel et du Moniteur des Employés, Bruxelles, 161, rue de Progrès.

Greiner Adolphe, Directeur Général de la Société John Cockerill, Seraing.

Haukar Florimond, Premier Directeur à la Caisse Générale d'Epargne et de Retraite, membre de l'Association des Actuaires belges, Bruxelles, 91, Chaussée de Haecht.

Hegener Th. M., avocat, secretaire du comité central du travail et industriel Bruxelles.

Digitized by Google

Jadot Toussaint, Directeur de la „Caisse Commune d'Assurance contre les Accidents du travail" La Belgique Industrielle agréée par l'État, Liége, 1, rue Raikem.

Kracht W. A., Directeur d'Assurance, Bruxelles, 34, rue de la Limite.

La caisse commune d'Assurance contre les accidents du travail „La Carrière", Liége, 9, rue Edouard Wacken.

Lefrancq Edmond, Actuaire de la Caisse Générale d'Epargne et de Retraite, membre de l'Association des Actuaires belges, Bruxelles, 30, avenue Jean Linden.

Lembourg Charles, Docteur en sciences physiques et mathématiques, Attaché à la „Royale Belge", Uccle, rue de la Station.

Lepreux O., Directeur Général de la Caisse Générale d'Epargne et de Retraite de Belgique, Bruxelles, 50, rue Fossée aux Loups.

Liekens Henri, Ingénieur-civil, Administrateur-directeur à la société anonyme d'Assurance „Les Patrons Réunis", Bruxelles, 9, rue de la Régence.

Losseau Leon, avocat, Mons, 37, rue de Nimy.

Mahaim Ernest, Professeur a l'Université, Liége, 9, avenue de Hetre, Cointe (Sclessin).

Maingie Louis, Docteur en sciences physiques et mathématiques, Actuaire de la Compagnie Belge d'Assurances Générale sur le vie; membre de la commission des accidents du travail, Bruxelles, 24, rue de la Fiancée.

Morciaux Bertin, Chef du Service „Accidents", Compagnie Belge d'Assurances Générales, Bruxelles, 24, rue de la Fiancée.

Morlet Adolphe Victor, Directeur de la Mutuelle des Syndicats Réunis, Bruxelles, 132, Boulevard de la Senne.

Mortelmans Arthur, Directeur de la „Gemeenschappelijke Verzekeringskas van Bouwwerk, Handel en Nijverheid", Antwerpen, 12, rue Breydel.

L'Office du Travail, du Ministère de l'Industrie et du Travail, 2e Section, Bibliothèque, Bruxelles.

Solvay Ernest, Industriel, Bruxelles, 43, rue des Champs Elyseés.

Digitized by Google

Trasenster Paul, membre de la Chambre des Représentants, Liége, 57, Boulevard d'Avroy.

Van den Broeck Arthur, Directeur de la Compagnie d'Assurances „la Continentale", President de la Chambre Syndicale des Assureurs-Accidents, Bruxelles, 1, Boulevard de la Senne.

Waxweiler Emile, Directeur de l'Institut de Sociologie, Bruxelles, Parc Léopold.

Widmer Théo, Assureur, Bruxelles, 21, rue Grétry.

Wodon Louis, Chef de Division au Ministère de l'Industrie et du Travail de Belgique, Bruxelles, 2, rue Lambermont.

Dänemark.

Danemark.

Clauson von Kaas Gustav Adolph, Rittmeister a. D., Direktor der Unfallversicherungsgesellschaft „Folket", Kopenhagen, Nyton 17.

Faber Wilhelm Ludw., Sekretär-Stellvertreter des königlichen Arbeiterversicherungsrates, cand. mag., Kopenhagen, Holsteinsgade 49.

Kicer Aage E., Doktor der Medizin, Kopenhagen, Gothersgade 158[2].

Rönnov Emil, Direktor der „Arbeidsgivernes Ulykkes-Forsikring", Kopenhagen, Ved Stranden 6.

Trap Cordt, Direktor des kommunal-statistischen Bureaus, Mitglied des Dänischen Arbeiterversicherungsrates, Kopenhagen, Havnegad 9.

Deutsches Reich.

Allemagne.

Althoff Dr. jur. Hermann, Landesrat, Vorsitzender der Landes-Versicherungsanstalt Westfalen, Münster i. W., Bispinghof 1—4.

Anton Dr. G. K., Professor an der Universität Jena in Th., Humboldtstraße 3.

Apelt Dr. Carl, Geheimer Rat, Ministerialdirektor, Dresden, Wintergartenstraße 23.

Digitized by Google

Appelius Franz, Landesrat und Mitglied des Vorstandes der Landes-Versicherungsanstalt Rheinprovinz, Düsseldorf, Graf Adolfstraße 10.

Appelius Frau M., Landesratsgattin, Düsseldorf, Graf Adolfstr. 10.

Arbeiterpensionskasse der königl. sächsischen Staatseisenbahnen, vertreten durch den Vorsitzenden, Rechnungsrat Dr. Richard Müller.

Bäck Wilhelm, Arzt, Herausgeber der „Ärztlichen Mitteilungen", Straßburg, Johannes Stadien 7.

Bäsell Karl, Baugeschäft-Inhaber, Vorstandsmitglied der Landes-Versicherungsanstalt Berlin, Berlin S. O. am Köllnischen Park 8.

Bauer Dr. Friedrich, Arzt, München, Augustenstraße 104/I.

Baugewerks-Berufsgenossenschaft, Nordöstliche, Berlin S. O. 16 Schäferstraße 14.

Baugewerks-Berufsgenossenschaft, Hessen-Nassauische, Frankfurt a. M.

Bayrische Baugewerks-Berufsgenossenschaft, vertreten durch den Vorsitzenden Baumeister Eduard Deiglmayr und Verwaltungsdirektor Dr. Heinrich Stiegler, München.

Becher Dr. Wolf, Arzt, Berlin, An der Schleuße 5.

Bekleidungsindustrie-Berufsgenossenschaft, vertreten durch die Vorstandsmitglieder Kommerzienrat Venzky, Kommerzienrat Heimann, Ernst Schlitzweg und Hermann Ide, Berlin.

Bendin Adolf, Vorstandsmitglied der Ortskrankenkasse für Leipzig und Umgebung, Schlosser, Leipzig-Reudnitz, Gemeindestraße 9/II.

Bergemann R., Direktor, Bromberg, Holzhoferstraße 4.

Berlowitz Phöbus, Redakteur, Berlin, Französische Straße 33 c.

Berufsgenossenschaft der chemischen Industrie, vertreten durch Direktor Otto Wenzel, Berlin.

Berufsgenossenschaft der Gas- und Wasserwerke, vertreten durch den Vorsitzenden, Gaswerksdirektor Dr. G. Mohr, Berlin.

Beumer Dr. Wilhelm, Mitglied des Deutschen Reichstages und des preußischen Abgeordnetenhauses, Düsseldorf, Schumannstraße 4.

Digitized by Google

Bielefeldt Alwin, Senatsvorsitzender im Reichs-Versicherungsamt und Geheimer Regierungsrat, Berlin, Königin Augustenstraße 26.

Birger-Lindgren Dr., Dresden, Räcknitzstraße 9/I.

Birkner Dr. Oskar, königlich sächsischer Bergamtsrat, Freiberg in Sachsen, Beuststraße 5.

Bödiker Dr. Tonio, Wirklicher Geheimer Ober-Regierungsrat, Berlin W 30, Nollendorfplatz 1.

Bortkiewicz Ladislaus von, Universitäts-Professor, Berlin W., Nachodstraße 6a.

Brandt Dr., Handelskammersekretär, Vertreter der Handelskammer in Düsseldorf.

Brandt Rudolf von, Landeshauptmann der Provinz Ostpreußen, Königsberg i. Pr., Königsstraße 30/31.

Brandts Dr. Max, Direktor der Provinzial-Feuer-Versicherungsanstalt der Rheinprovinz, Düsseldorf, Friedrichstraße 68.

Braun Theodor, Vertreter der Verbandes der Betriebs- und Innungskrankenkassen zu Frankfurt am Main, Merianstr. 42.

Buchdrucker-Berufsgenossenschaft, Deutsche, Leipzig, Dolzstraße 1.

Bumké F. W., Direktor, Bromberg, Kasernenstraße 2.

Buschmann Bernhard, Geschäftsführer der Ziegelei-Berufsgenossenschaft, Charlottenburg, Pestalozzigasse 5.

Dachsel Emil, Vorstandsmitglied der Versicherungsanstalt für Ober-Bayern, Werkmeister, München, Welfenstraße 17/I.

Deiglmayr Eduard, Baumeister und Architekt, Vorstand der bayerischen Baugewerks-Berufsgenossenschaft, München.

Deutsche Buchdrucker-Berufsgenossenschaft, Leipzig, Dolzstraße 1.

Deutscher Privatbeamtenverein und seine Versorgungkassen (Pensionskasse, Witwenkasse und Begräbniskasse), vertreten durch Generaldirektor Dr. Robert Sernau, Magdeburg.

Deutscher Verein für Versicherungswissenschaft, vertreten durch Generalsekretär Dr. Alfred Manes, Berlin.

Dietz Dr., Geheimer Regierungsrat, Vorsitzender der Invaliden-Versicherungsanstalt Gr.-Hessen, Darmstadt, Wilhelminenstraße 34.

Digitized by Google

Dietzel Otto, Bergassessor, Abteilungs-Direktor der Mansfeld'schen Gewerkschaft, Eisleben (Provinz Sachsen), Rammthorstr. 37.

Düttmann A., Regierungsrat, Vertreter der Landes-Versicherungsanstalt Oldenburg, Oldenburg.

Dziembowski Dr. Siegismund von, Landeshauptmann, Vorsitzender des Vorstandes der Landes-Versicherungsanstalt Posen, Posen, O. I. Friedrichsstraße 7a.

Ehlers Dr., Delegierter der See-Berufsgenossenschaft in Hamburg.

Eisen- und Stahlberufsgenossenschaft, Süddeutsche, Mainz, Breidenbacherstraße 13.

Eisentraeger Dr. A., Verwaltungsdirektor der Steinbruchs-Berufsgenossenschaft, Charlottenburg, Bleibtreustraße 14.

Elle Gotthold, Geheimer Regierungsrat, Weimar, Erfurterstraße 60.

Engel Konrad, Bergmeister, Vertreter des Vereines für die bergbaulichen Interessen im Oberbergamtsbezirk Dortmund, Essen-Ruhr, Friedrichstraße 2.

Entel Ludwig, Fabriksbesitzer, Zittau (Sachsen), Bergstraße 3.

Faber Arthur, königl. Kommerzienrat, Vorsitzender der Südwestdeutschen Holz-Berufsgenossenschaft, Stuttgart, Hohenzollernstraße 8.

Felisch Bernhard, königl. Baurat, Kolonie Grunewald b. Berlin, Wangenheimstraße 31.

Festner Ernst, Bergassessor und Geschäftsführer der Sektion VI der Knappschafts-Berufsgenossenschaft, Tarnowitz i. S.

Fleischer Dr. Bruno, Privatdozent, Tübingen.

Francke Dr. E., Professor, Herausgeber der Soz. Praxis, Generalsekretär der Gesellschaft für Soziale Reform, Berlin, W. 50, Regensburgerstraße 33.

Freund Dr. Richard, Vorsitzender der Landes-Versicherungsanstalt Berlin, Am Kölnischen Park 8.

Fuchs Hermann, Direktor der Norddeutschen Wagenbau-Vereinigung, Berlin-Charlottenburg, Bleibtreustraße 20.

Fuhrwerks-Berufsgenossenschaft, Dresden, A. 16, Stephanienplatz 4/II.

Digitized by Google

Gebhard Hermann, Direktor der Landes-Versicherungsanstalt der Hansestädte, Lübeck, Cronsforder-Allee 2/4.

Gerasch Emil, Buchdruckereibesitzer, Vorstandsmitglied der Ortskrankenkasse für Leipzig und Umgebung, Leipzig-Reudnitz, Crusiusstraße 4/6.

Gerhardt Em., Architekt, Vorsitzender der Rheinisch-Westfälischen Baugewerks-Berufsgenossenschaft, Elberfeld, Döppersberg 24.

Gesellschaft für Soziale Reform, vertreten durch Dr. E. Francke, Berlin.

Glas-Berufsgenossenschaft, vertreten durch Generalsekretär Emil Götze, Berlin.

Goetze, Geheimer Regierungsrat, Vertreter der Hannoverischen landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft, Hannover, Herrenstraße 3.

Götze Emil, Generalsekretär der Glas-Berufsgenossenschaft, Berlin, Bülowstraße 46/III.

Gorella Hermann, Geschäftsführer der Straßen- und Kleinbahn-Berufsgenossenschaft, Berlin S. W., Fidicinstraße 4/I.

Groll Ludwig, königl. bayrischer Oberregierungsrat, Vorsitzender der Versicherungsanstalt für Unterfranken und Aschaffenburg, Würzburg.

Grünberg Dr. M., Oberregierungsrat bei der kgl. Eisenbahn-Direktion, Berlin, W. 9, Potsdamerplatz 4/6.

Hacker Dr. Paul, Vertreter des Institutes für Gemeinwohl, Frankfurt a. Main.

Handelskammer Berlin, vertreten durch Dr. C. A. von Martius.

Handelskammer Düsseldorf, vertreten durch Dr. Brandt.

Handelskammer für den Kreis Mannheim, Mannheim B 1. 7 b.

Handelskammer, Plauen.

Handwerkskammer für Schwaben und Neuburg, Augsburg, Karolinenstraße C. 32.

Hannoverische landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft, vertreten durch Geheimen Regierungsrat Goetze, Hannover.

Hartmann Hermann, Dr. med. und praktischer Arzt, Leipzig-Camenitz, Südstraße 121.

Digitized by Google

Hartmann Konrad, kaiserl. geheimer Regierungsrat, Professor, Senatsvorsitzender im Reichs-Versicherungsamte, Halensee-Berlin, Kurfürstendamm 100.

Heilbronner Hugo, Kaufmann, Vertreter der Münchener freien Vereinigung für staatliche Pensionsversicherung der Privatangestellten, München, Holbeinstraße 1 c.

Heimann Emil, königl. Kommerzienrat, Vorstandsmitglied der Bekleidungsindustrie-Berufsgenossenschaft und Fabriksbesitzer, Schweinfurt a. M.

Heinerke Dr., Geheimer Regierungsrat, Vorstand der Töpfereiberufsgenossenschaft, Berlin, N. W. 23, Wegelystraße, königl. Porzellanmanufaktur.

Herzog Ernst, Korsettfabrikant, Vorstandsmitglied der Ortskrankenkasse Dresden, Dresden, Hopfgartenstraße 20/1.

Herzog, Baugewerksmeister, Vorsitzender der nordöstlichen Baugewerks-Berufsgenossenschaft Sektion IV, Danzig, Poggenpfuhl 42.

Hessen-Nassauische Baugewerks-Berufsgenossenschaft, Frankfurt a. Main, Neue Mainzerstraße 68.

Hessen-Nassauische landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft, Cassel, Hohenzollernstraße 52.

Heyde Georg, Fabriksbesitzer, Vorstand der norddeutschen Metall-Berufsgenossenschaft, Sektion III (Königreich Sachsen) Dresden, Radebergerstraße 23.

Hoffmann Dr., Geheimer Oberregierungsrat, Vortragender im königlich preußischen Ministerium für Handel und Gewerbe, Berlin.

Ide Hermann, Vorstandsmitglied der Bekleiduugsindustrie-Berufsgenossenschaft, Fabriksbesitzer, Berlin N.-O. 55, Greifswalderstraße 134/135.

Institut für Gemeinwohl G. m. b. H., vertreten durch Dr. Paul Hacker, Frankfurt a. M.

Invaliden-Versicherungsanstalt Gr. Hessen, vertreten durch Geh. Regierungsrat Dr. Dietz, Darmstadt.

Jagwitz Fritz von, Generalmajor z. D., Rittergutsbesitzer, Biegnitz bei Glogau.

Digitized by Google

Jahn Wilhelm, Direktor, Vorsitzender der Ziegelei-Berufsgenossenschaft, Neu-Torney bei Stettin.

Kastl Dr. Hans, Arzt, Vorsitzender des ärztlichen Bezirksvereines und der Abteilung für freie Ärztewahl, München, Neuhauserstraße 8.

Kauffmann Dr. Georg, kgl. Kommerzienrat, Fabriksbesitzer Wüstegiersdorf (Preuß. Schlesien).

Kayser Josef, Landesrat, Vorsitzenderstellvertreter der Landesversicherungsanstalt Westfalen, Münster i. W., Bispinghof 1—4.

Kehl Gustav, Landesrat, ständiger Stellvertreter des Vorsitzenden der Landes-Versicherungsanstalt Rheinprovinz, Düsseldorf, Louisenstraße 2.

Kehl Gustav, Landesrat, Vertreter der Rheinischen landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft, Düsseldorf, Adersstr. 1.

Klam Ed., Schriftsteller, Leiter des Preßbureau des Vereines für Bergbauliche Interessen, Essen-Ruhr.

Klein Dr. jur. Gustav Adolf, kaiserlicher Regierungsrat und ständiges Mitgied des Reichs-Versicherungsamtes, Berlin W. 10, Königin Augustenstraße 26/27.

Klemme Stanislaus, Bergassessor a. D., Bergwerksdirektor, Kohlscheid bei Aachen.

Klüß Fr., Redakteur, Delegierter der „Freien Vereinigung von Ortskrankenkassen der Provinz Schlesien", Breslau III, Neue Graupenstraße 5.

Knappschafts-Berufsgenossenschaft, Genossenschaftsvorstand der, Berlin N.W. 23, Klopstockstraße 18/II.

Knappschafts-Berufsgenossenschaft, Vorstand der Sektion I der, Saarbrücken, Thalstraße 13.

Knappschafts-Berufsgenossenschaft, Vorstand der Sektion III der, Klaustal a. Harz.

Knappschafts-Berufsgenossenschaft, Vorstand der Sektion IV der, Halle a. d. Saale, Merseburgerstraße 59.

Knappschafts-Berufsgenossenschaft, Vorstand der Sektion VI der, vertreten durch Bergassessor Ernst Festner, Tarnowitz i/S.

Digitized by Google

Knappschafts-Berufsgenossenschaft, Vorstand der Sektion VII, vertreten durch Verwaltungsdirektor Dr. Gustav E. Stein, Zwickau.

Koblenzer Carl, Kassenbeamter, Vertreter der „Zentralkommission der Krankenkassen Berlins und der Vororte", Berlin, N., Sonnenburgerstraße 10.

Koehler Gustav, Direktor der Großen Berliner Straßenbahn, Vorsitzender der Straßen- und Kleinbahn-Berufsgenossenschaft, Preuß. Regierungsrat a. D., Charlottenburg, Joachimstalerstraße 11.

Könitzer E., Kommerzienrat, Vertreter der sächsischen Textil-Berufsgenossenschaft, Zitau (Sachsen), Stoßplatz 4.

Kohn Albert, Geschäftsführer der Ortskrankenkasse für den Gewerbebetrieb der Kaufleute, Handelsleute, Apotheker, Vertreter der „Zentrale für das deutsche Krankenkassenwesen", Berlin, N. O., Kniepprodestraße 4.

Krabler, geh. Bergrat, Vorsitzender der Knappschafts-Berufsgenossenschaft Berlin, N. W. 23, Klopstockstraße 181I.

Krämer August, Ofensetzer, Vorstandsmitglied der Ortskrankenkasse, Leipzig und Schleußig, Kämeritzstraße 15, H II.

Krieg Dr., kgl. Oberregierungsrat, Vorsitzender der Versicherungsanstalt für Oberbayern, München, Triftstraße 6.

Kriegel Dr. Friedrich, Herausgeber des Jahresberichtes über Soziale Hygiene und Demographie, Berlin SW. 68, Oranienstraße 96.

Krische Dr. jur. Paul, Geheimer Regierungsrat im sächsischen Ministerium des Innern, Dresden, Paradiesstraße.

Krüger Hermann von, Geheimer Regierungsrat, Haus Eller bei Eller (Bez. Düsseldorf).

Lachmann Dr. Edmund, Justizrat, Vorsitzender der Norddeutschen Metall-Berufsgenossenschaft und Stellvertreter-Vorsitzender des Verbandes der deutschen Berufsgenossenschaften, Berlin W. 10, Bendlerstraße 9.

Lagerei-Berufsgenossenschaft, Berlin W., Lützowstraße 89/90.

Landesversicherungsamt, königl. bayrisches, vertreten durch Vorsitzenden, Ministerialrat Friedrich von Müller, München.

Digitized by Google

Landesversicherungsanstalt Baden, vertreten durch den Vorstand, Geheimen Oberregierungsrat Rasina, Karlsruhe.

Landes-Versicherungsanstalt Berlin, vertreten durch den Vorsitzenden Dr. Richard Freund und die Vorstandsmitglieder Karl Bäsell, Oskar Nelke und Eugen Simanowski, Berlin.

Landes-Versicherungsanstalt Brandenburg, vertreten durch den Vorstand Landesrat Friedrich Meyer, Berlin.

Landes-Versicherungsanstalt Braunschweig, der Vorstand der, Braunschweig.

Landes-Versicherungsanstalt der Hansestädte, vertreten durch Direktor Hermann Gebhard, Lübeck.

Landes-Versicherungsanstalt Elsaß-Lothringen, vertreten durch den Vorsitzenden, Geheimen Regierungsrat Karl Ott, Straßburg.

Landes-Versicherungsanstalt Hannover, Hannover.

Landes-Versicherungsanstalt Hessen-Nassau, vertreten durch Landesrat Dr. Theodor Schröder, Cassel.

Landes-Versicherungsanstalt Oldenburg, vertreten durch Regierungsrat A. Düttmann, Oldenburg.

Landes-Versicherungsanstalt Ostpreußen, vertreten durch Vorstandsmitglied, Landesrat Robert Passarge, Königsberg.

Landes-Versicherungsanstalt Pommern, der Vorstand der, Stettin, Hakenterrasse 1.

Landes-Versicherungsanstalt Posen, vertreten durch Landeshauptmann Dr. Sigismund von Dziembowski und stellvertretenden Vorsitzenden, Landesrat Max Stöhr, Posen.

Landes-Versicherungsanstalt Rheinprovinz, vertreten durch Landesrat Franz Appelius und Landesrat Gustav Kehl.

Landes-Versicherungsanstalt Königreich Sachsen, Dresden-A., Dürerstraße 26.

Landes-Versicherungsanstalt Sachsen-Anhalt, der Vorstand der, Merseburg a. Saale.

Landes-Versicherungsanstalt Schlesien, vertreten durch den stellvertretenden Vorsitzenden, Landesrat Max Wimmer, Breslau.

Digitized by Google

Landes-Versicherungsanstalt Schleswig-Holstein, Kiel.

Landes-Versicherungsanstalt Westfalen, vertreten durch Landesrat Dr. Hermann Althoff, Landesrat Josef Kayser und Landesrat Bertram Obergethmann.

Landes-Versicherungsanstalt Westpreußen, Danzig.

Landmann Karl, Verwaltungsdirektor, Augsburg, Prinzregentenstraße 8.

Lange Dr. phil. Ernst, Geschäftsführer der Berufsgenossenschaft der Molkerei-, Brennerei- und Stärke-Industrie, Berlin W. 30, Zietenstraße 6.

Lederindustrie-Berufsgenossenschaft, Mainz.

Leinen-Berufsgenossenschaft, Schwelm.

Leistner Kaspar, Regierungsrat und Vorsitzender der Versicherungsanstalt für Niederbayern, Landshut, Maximilianstraße 14.

Liebrecht, Dr. Wilhelm, Geheimer Regierungsrat, Vorsitzender der Landes-Versicherungsanstalt Hannover, Hannover.

Löbner Dr. jur., Verwaltungsdirektor der sächsischen Textil-Berufsgenossenschaft, Leipzig, Schreberstraße 11.

Mache Karl, Bäcker, Vertreter des Verbandes der Orts- und Betriebs-(Fabriks-)Krankenkassen, Breslau, IX. Kreuzstr. 40.

Magen Oskar, Augenarzt, Breslau, Taschenstraße 25.

Maginot Georg von, Präsident, Vorsitzender des Vorstandes der Versicherungsanstalt Württemberg, Stuttgart, Rotebühlstraße 133.

Manes Dr. phil. et jur. Alfred, Generalsekretär des Deutschen Vereines für Versicherungs-Wissenschaft, Berlin W. 50, Spichernstraße 22.

Martius Dr. C. A. von, Vertreter der Handelskammer von Berlin W. 9, Voßstraße 12.

Maschinen-, Bau- und Kleineisenindustrie-Berufsgenossenschaft, Düsseldorf, Bismarckstraße 23 a.

Mayr Dr. Georg von, kaiserl. Unterstaatssekretär z. D., königl. bayerischer Universitätsprofessor, München (Villa v. Mayr).

Meyer Friedrich, Landesrat, Vorstand der Landes-Versicherungsanstalt Brandenburg, Berlin, Kurfürstenstraße 113.

Meyer Fritz, Landesrat, Königsberg in Preußen, Steindamm 7.

Digitized by Google

Mohr Dr. G., Gaswerksdirektor, Vorsitzender der Berufsgenossenschaft der Gas- und Wasserwerke, Berlin N. W. 21, Alt-Moabit 91/92.

Molkerei-, Brennerei- und Stärke-Industrie, vertreten durch den Geschäftsführer Dr. Ernst Lange, Berlin.

Müller Friedrich von, kgl. Ministerialrat und Vorsitzender des königl. Landes-Versicherungsamtes, München, Thierschstraße 49/II.

Müller Richard, Rechnungsrat, Vorsitzender der Arbeiterpensionskasse der königl. sächsischen Staatseisenbahnen, Dresden-A., Strohlehnerstraße 7/III.

Münchener freie Vereinigung für staatliche Pensionsversicherung der Privatangestellten, vertreten durch Kaufmann Hugo Heilbronner, München.

Mugdan Dr. Otto, Arzt und Mitglied des Reichstages, Berlin W. 35, Kurfürstenstraße 139.

Neisser Dr. Eugen J., Berlin W. 35, Potsdomerstraße 39 a.

Nelke Oskar, Mitglied des Vorstandes der Landes-Versicherungsanstalt Berlin, Berlin, Bellevuestraße 18.

Norddeutsche Knappschaftspensionskasse, der Vorstand, Halle a. S., Hagenstraße 6.

Norddeutsche Metall-Berufsgenossenschaft, Berlin S. W. 12, Kochstraße 30.

Norddeutsche Metall-Berufsgenossenschaft, Sektion III (Königreich Sachsen), vertreten durch den Vorstand Georg Heyde, Dresden.

Norddeutsche Textil-Berufsgenossenschaft, Berlin, N. W., Lüneburgerstraße 21.

Norddeutsche Wagenbauvereinigung, vertreten durch Direktor Hermann Fuchs, Berlin-Charlottenburg.

Nordöstliche Baugewerks-Berufsgenossenschaft, Berlin S. O. 16, Schäferstraße 14.

Nordöstliche Baugewerks-Berufsgenossenschaft, Sektion IV, vertreten durch Vorsitzenden, Baugewerksmeister Herzog, Danzig.

Nordöstliche Eisen- und Stahl-Berufsgenossenschaft, Berlin, Schiffbauerdamm 6/7.

Digitized by Google

Nürnberg Richard, Vorsitzender der Ortskrankenkasse für den Gewerbebetrieb der Kaufleute, Handelsleute und Apotheker, Berlin, Prenzlauer-Alle 6.

Obergethmann Bertram, Landesrat, Vorstandsmitglied der Landes-Versicherungsanstalt Westfalen, Münster i. W., Bispinghof 1—4.

Ortskranken-Kasse Breslau, vertreten durch Herrn Karl Mache, Breslau.

Ortskranken-Kasse der Provinz Schlesien, vertreten durch Redakteur Fr. Klüß, Breslau.

Ortskranken-Kasse Dresden, vertreten durch den Bureauvorstand Oskar Weiß und die Vorstandsmitglieder Hermann Steinbrück und Ernst Herzog, Dresden.

Ortskranken-Kasse für den Gewerbebetrieb der Kaufleute, Handelsleute und Apotheker, vertreten durch den Vorsitzenden Richard Nürnberg, Berlin.

Ortskranken-Kasse für den Gewerbebetrieb der Kaufleute, Handelsleute und Apotheker, vertreten durch die Herren Albert Kohn, Hermann Sydow und Martin Stoltenberg, Berlin.

Ortskranken-Kasse für Fabriks- und Metallarbeiter, Düsseldorf, Kasernenstraße 67 a.

Ortskranken-Kasse für Leipzig und Umgebung, vertreten durch Verwaltungsdirektor Klemens Uhlmann und die Vorstandsmitglieder Adolf Bendin, Emil Gerasch und August Krämer, Leipzig.

Ortskranken-Kasse Stuttgart, vertreten durch den Vorsitzenden, Gemeinderat Dr. Richard Würz, Stuttgart.

Ott Karl, Geheimer Regierungsrat, Vorsitzender der Landes-Versicherungsanstalt Elsaß-Lothringen, Straßburg i. E., Universitätsstraße 22.

Papiermacher-Berufsgenossenschaft, Mainz.

Passarge Anna, Landesratgattin, Königsberg i. P., Königstr. 34.

Passarge Robert, Landesrat, Vorstandsmitglied der Landes-Versicherungsanstalt Ostpreußen, Königsberg i. P., Königstraße 34.

Pauli Wilhelm, Staatsanwalt, Metz.

Digitized by Google

Petersen Th., Hamburg, Bismarckstraße 29.

Pfeiffer Dr. L., Geheimrat, Weimar.

Pinkert Max, Vorsitzender der Thüringischen Baugewerks-Berufsgenossenschaft, Stadtrat a. D. und Baugewerksmeister, Erfurt i. P., Andreasstraße 3.

Provinzial Feuer-Versicherungsanstalt der Rheinprovinz, vertreten durch Direktor Dr. Max Brandts, Düsseldorf.

Rasina, Geheimer Oberregierungsrat, Vorstand der Landesversicherungsanstalt Baden, Karlsruhe (Baden), Kaiserallee 8.

Rheinisch-Westfälische Baugewerks-Berufsgenossenschaft, vertreten durch den Vorstand Em. Gerhardt, Elberfeld.

Rheinisch-Westfälische Textil-Berufsgenossenschaft, der Vorstand der, M. Gladbach.

Rheinische landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft, vertreten durch Landesrat Gustav Kehl, Düsseldorf.

Rötger Max, Vorsitzender des Direktoriums der Fa. Friedrich Krupp, Essen, Essen a. d. Ruhr.

Rumpf Dr. med. Ernst, Direktor der Heilstätte Friedrichsheim, Post Kandern (Baden).

Sächsische Baugewerks-Berufsgenossenschaft, Dresden-A., Feldherrenstraße 2.

Sächsische Textil-Berufsgenossenschaft, vertreten durch Kommerzienrat E. Könitzer, Zittau, und Verwaltungsdirektor Dr. Löbner, Leipzig.

Sayffaerth Friedrich, Regierungsrat, Vorsitzender des Schiedsgerichtes für Arbeiterversicherung, Köln, Lindental, Glauberstraße 96.

Schaffrin A., Direktor der Nordöstlichen Baugewerks-Berufsgenossenschaft, Berlin S. O. 16, Schäferstraße 14.

Schauseil, Direktor der See-Berufsgenossenschaft, Hamburg, beim alten Waisenhaus 1 (Neptun-Haus).

Schlesische Textil-Berufsgenossenschaft, Breslau I., am Ohlauufer 21.

Schlesischer Verband evangelischer Arbeitervereine, vertreten durch Pastor prim. Spaeth, Breslau.

Schlizweg Ernst, Vorstandsmitglied der Bekleidungsindustrie-Berufsgenossenschaft, Fabriksbesitzer, Berlin, Rungestr. 18.

Digitized by Google

Schmid Max, kgl. Regierungsdirektor, Vorsitzender des Vorstandes der Versicherungsanstalt für Schwaben und Neuburg, Augsburg, Holbeinstraße 10/II.

Schnapper Dr. Eduard, Zeitschrift-Herausgeber, Frankfurt a. M., Hochstraße 41.

Scholl Dr. Hermann, Arzt und Oberarzt d. R., Geschäftsführer der Abteilung für freie Ärztewahl, München, Sonnenstraße 12.

Schroeder Dr. Theodor, Landesrat, Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses, Vertreter der Landes-Versicherungsanstalt Hessen-Nassau, Kassel, Provinz Hessen-Nassau, Hohenzollernstraße 52.

Schroers Arthur, Färbereibesitzer, Vorsitzender der Seiden-Berufsgenossenschaft, Crefeld, Uerdingerstraße 11.

Schwerk Artur, Verwaltungsdirektor, Waldenburg (Preuß. Schlesien), Wilhelmstraße 7.

See-Berufsgenossenschaft, vertreten durch den Direktor Schauseil und Dr. Ehlers, Hamburg.

Seiden-Berufsgenossenschaft, vertreten durch den Vorsitzenden Färbereibesitzer Artur Schroers, Crefeld.

Sernau Dr. Robert, General-Direktor des deutschen Privat-Beamtenvereines und seiner Versorgungskassen (Pensions-, Witwen- und Begräbniskasse), Magdeburg, Adelheidring 21.

Simanowski Eugen, Maurer, Mitglied der Landes-Versicherungsanstalt Berlin, Berlin, Hochstraße 46.

Simons, Verwaltungsdirektor der Knappschafts-Berufsgenossenschaft, Berlin, N. W. 23, Klopstockstraße 18/II.

Société Alsacienne de Construction mecaniques, Mühlhausen, Elsaß-Lothringen.

Spaeth, Pastor prim., Vorsitzender des schlesischen Verbandes evangelischer Arbeitervereine, Breslau X., Roßplatz 24.

Stein Dr. Gustav E., Verwaltungs-Direktor, Vertreter der Sektion VII der Knappschafts-Berufsgenossenschaft, Zwickau i. S., Lothar Streitstraße 5.

Steinbruch-Berufsgenossenschaft, vertreten durch den Vorsitzenden Wilhelm Zervas und Verwaltungsdirektor Dr. A. Eisentraeger.

Digitized by Google

Steinbrück Hermann, Geschäftsführer des Dresdner Buchdruckervereines, Mitglied des Vorstandes der Ortskrankenkasse Dresden, Dresden, Mathildenstraße 7.

Steinmetz Josef, kgl. Kommerzienrat, Vorstandsmitglied der Versicherungsanstalt für Oberbayern, München, Wittelsbacherplatz 2/II.

Stiegler Dr. Heinrich, Verwaltungsdirektor der bayerischen Baugewerbe-Berufsgenossenschaft, München, Leopoldstr. 61.

Stoehr Max, Landesrat, stellvertretender Vorsitzender des Vorstandes der Landes-Versicherungsanstalt Posen, Posen O. 1, Friedrichsraße 7a.

Stoffers Gottfried, Chefredakteur der Düsseldorfer Zeitung, Düsseldorf, Parkstraße 63.

Stollwerck Peter Joseph, kgl. Kommerzienrat, Köln a. Rhein.

Stolltenberg Martin, Schneider, Vorstandsmitglied der Ortskrankenkasse für den Gewerbebetrieb der Kaufleute, Handelsleute und Apotheker, Vertreter der „Zentrale für das deutsche Krankenkassenwesen", Berlin, W. 8, Kronenstraße 72.

Straßen- und Kleinbahn-Berufsgenossenschaft, vertreten durch Vorsitzenden Direktor Gustav Köhler und Geschäftsführer Hermann Gorella, Berlin.

Süddeutsche Edel- und Unedelmetall-Berufsgenossenschaft, Stuttgart, Sattlerstraße 23.

Süddeutsche Eisen- und Stahl-Berufsgenossenschaft, Mainz, Breidenbacherstraße 13.

Süddeutsche Textil-Berufsgenossenschaft, Augsburg, Prinz-Regentenstraße 8.

Südwestdeutsche Holz-Berufsgenossenschaft, vertreten durch Kommerzienrat Arthur Faber, Stuttgart.

Sydow Hermann, Herausgeber der Deutschen Krankenkassen-Zeitung, Vorstandsmitglied der Ortskrankenkasse für den Gewerbebetrieb der Kaufleute, Handelsleute und Apotheker, Vertreter der „Zentral-Kommission der Krankenkassen Berlins und der Vororte", Berlin C., Stralauerstraße 56.

Töpferei-Berufsgenossenschaft, vertreten durch den Vorstand geh. Regierungsrat Dr. Heinerke, Berlin.

Digitized by Google

Thüringische Baugewerks-Berufsgenossenschaft, vertreten durch Vorsitzenden, Baugewerksmeister Max Pinkert, Erfurt (Preußen).

Uhlmann Clemens, Verwaltungsdirektor der Ortskrankenkassa für Leipzig und Umgebung, Leipzig, Gellertstraße 7/9.

Venzky Adolf, Kommerzienrat, Vorstandsmitglied der Bekleidungsindustrie-Berufsgenossenschaft, Berlin W. 35, Schöneberger-Ufer 22.

Verband der Betriebs- und Innungskrankenkassen zu Frankfurt am Main, vertreten durch Herrn Theodor Braun.

Verband der Deutschen Berufsgenossenschaften, vertreten durch den Vorsitzenden-Stellvertreter, Justizrat Dr. Edmund Lachmann, Berlin.

Verband der Deutschen Gewerkvereine Hirsch-Dunker, Berlin N. O., Greifswalderstraße 221/223.

Verband der Orts- und Betriebs- (Fabrik-) Krankenkassen zu Breslau, vertreten durch Herrn Karl Mache.

Verein für die bergbaulichen Interessen im Oberbergamtsbezirk Dortmund, Essen-Ruhr.

Versicherungsanstalt für Niederbayern, vertreten durch den Vorsitzenden Regierungsrat Kaspar Leistner, Landshut.

Versicherungsanstalt für Oberbayern, vertreten durch königl. Oberregierungsrat Dr. Krieg, königl. Kommerzienrat Josef Steinmetz und Werkmeister Emil Dachsel, München.

Versicherungsanstalt für Schwaben und Neuburg, vertreten durch den Vorsitzenden, Regierungsdirektor Max Schmidt, Augsburg.

Versicherungsanstalt für Unterfranken und Aschaffenburg, vertreten durch den Vorsitzenden königl. bayrischen Oberregierungsrat Ludwig Groll.

Versicherungsanstalt Württemberg, vertreten durch den Vorsitzenden Georg v. Maginot, Stuttgart.

Wandel Konrad, Rechtsanwalt, Essen a. d. Ruhr.

Weger Richard, Geheimer Regierungsrat, Vorsitzender des Vorstandes der Landes-Versicherungsanstalt Königreich Sachsen, Dresden A., Dürerstraße 26.

Digitized by Google

Weingärtner, Geheimer Oberregierungsrat, vortragender Rat im großherzoglich badischen Ministerium des Innern, Karlsruhe.

Weiß Oskar, Bureauvorstand der Ortskrankenkasse Dresden, Dresden, Großenhainerstraße 36.

Wendtland Erich, Redakteur der Volkstümlichen Zeitschrift für praktische Arbeiterversicherung, Magdeburg.

Wenzel Otto, Direktor der Berufsgenossenschaft der chemischen Industrie, Berlin W., Sigismundstraße 4/III.

Werner R., Geheimer Oberregierungsrat, Vortragender Rat im Reichsamte des Innern, Berlin.

Westdeutsche Binnenschiffahrts-Berufsgenossenschaft, Duisburg, Josephsplatz 11.

Wimmer Max, Landesrat und stellvertretender Vorsitzender der Landes-Versicherungsanstalt Schlesien, Breslau, Höschenplatz 8/I.

Wörner Dr. Gerhard, Rechtsanwalt und Dozent, Leipzig, Gottschedstraße 9.

Württembergische Baugewerks-Berufsgenossenschaft, Stuttgart.

Würz Richard, Gemeinderat, Vorstand des Ortskrankenkassenverbandes Stuttgart, Stuttgart, Reinsburgstraße 140.

Zacher Dr. jur. Georg, Geheimer Regierungsrat, Direktor im kaiserl. statistischen Amt, Berlin W. 9, Potsdamerstr. 134 a.

Zentralkommission der Krankenkassen Berlins und der Vororte, vertreten durch Herrn Kassenbeamten Karl Koblenzer und Herrn Albert Kohn, Berlin.

Zervas Wilhelm, Gruben- und Steinbruchbesitzer, Vorsitzender des Vorstandes der Steinbruch-Berufsgenossenschaft, Köln am Rhein, Bischofsgartenstraße 12.

Ziegelei-Berufsgenossenschaft, vertreten durch den Vorsitzenden, Direktor Wilhelm Jahn und den Geschäftsführer Herrn Bernhard Buschmann in Charlottenburg.

Ziegler Gottfried, Hüttendirektor, Oberhausen II (Rheinland).

Zimmer Adolf, Kaiinspektor, Hamburg 14.

Zimmermann Franz, Großherzogl. badischer Kasseninspektor, Karlsruhe.

Digitized by Google

Finnland.

Finlande.

Hallstén Onni, Schullehrer und amtlicher Versicherungsinspektor, Helsingfors, Kruunu-vuorenkatu 7.

Hjelt Dr. August, Direktor des statistischen Zentralbureaus Finnlands, Helsingfors, Meritimo.

Frankreich.

La France.

Aguillon Louis, Inspecteur général des Mines, Paris, 71, rue Faubourg, St. Honoré.

André Paul, Administrateur Délégué de la Compagnie d'Assurances contre les Accidents „La Concorde", Paris, 15, rue de Choiseul.

Arraon Louis, Paris, 32, rue Lepeletier.

Arquembourg Charles, Ingénieur-Délégué de l'Association des Industriels du Nord de la France, Lille, 61, rue des Ponts de Comines.

Barriol Alfred, Actuaire, Sous-Chef de division à la Cie. des Chemins de fer de Paris a Lyon et à la Méditerranée, Paris, 88, rue Saint Lazare.

Bartaumieux Dr. Charles, Architecte, Paris, 66, rue la Boëtie.

Bellom Maurice, Ingénieur au Corps des Mines, Paris XVIIe, 6, rue Daubigny.

Beaumont Auguste, Chef de la Branche „Accidents" de la Foncière, Asnieres (Seine), 44, rue de Nanterre.

Bertrand Henri, Administrateur-Délégué de la Cie. d'Assurance „le Phenix Espagnol", Paris, 66, rue de la Chaussée d'Antin.

Bigo-Danel, Président de la Société Industrielle du Nord de la France, Lille, 61, rue des Ponts-de-Comines.

Blanchot Hippolyte, Président du Syndicat des Filateurs de coton de Roubaix-Tourcoing, Roubaix, 51, rue Neuve.

Bocquet Auguste, Ingénieur de l'Association des Industriels du Nord de la france, Lille, 61, rue des Ponts-de-Comines.

Digitized by Google

Boisgrollier Joseph de, Directeur des Usines de Mazières, Bourges (Cher).

Bonet Paul, Ingénieur en Chef de l'Association des Proprietaires d'Appareils a vapeur du Nord de la france, Lille, 11/13, rue Faidherbe.

Bouchacourt Emmanuel, Industriel, Président de la Chambre Syndicale des Fabricants de Boulons, Paris, 4, rue du Grand Prieuré.

Bouvet Dr. Gaston, Médecine, Paris, 13, boulevard de Courcelles.

Brabant & Vandier E. & G., Filateurs de coton, Loos-lez-Lille (Nord).

Brazier Roger, Avocat à la Cour d'Appel, Ancien Bâtonnier, Bordeaux, 33, rue du Temple.

Bury Léon, Secretaire de la Caisse commune d'assurance des Charbonnages du Couchant de Mons, Mons, 99, rue d'Havré.

Cahen-Bernard Jules, Inspecteur Général du Soleil (Vie.) Nancy, 2, rue Baron Louis (Meurthe et Moselle).

Caisse Syndicale d'Assurance Mutuelle des Agriculteurs de France contre les Accidents du Travail Agricole, Paris, 3 bis, rue d'Athenes.

Caisse Syndicale des Forges de France, Paris, 11, rue de Milan.

Caisse Syndicale des Industries Sucrieres, Paris, 11, rue de Milan.

Caisse Syndicale des Textiles, Paris, 11, rue de Milan.

Caulliez, maison M. Caulliez & A. Delaoutre, Filateurs de laine, Tourcoing (Nord), 15, rue du Dragon.

Cauville Edouard, Attaché au Comité Central des Houillères de France, Paris, 24, rue de la Rochefoucauld.

Chapelle Hippolyte, Vice-Président de la Chambre syndicale de la maçonnerie, Paris, 41, rue de Rome.

Chapelle Mme., Paris, 41, rue de Rome.

Chas Henri, Fabrique de toiles, Armentières (Nord).

Cheysson Emile, Inspecteur Général des Ponts et Chaussées, Paris, 4, rue Adolphe Yvon.

Digitized by Google

Cie. d'Assurances contre les accidents „Le Secours“, Paris, 15, rue des Pyramides.

Cie. des Mines de Vicoigne et Noeux, Noeux-Les-Mines (Pas-de-Calais).

Coene Jules de, Président de l'Association normande pour prévenir les Accidents du Travail, Rouen (Seine-Inférieure), 20 a, Quai du Hâvre.

Comité Central des Houillères de France, Paris, 55, rue de Châteaudun.

Compagnie de Fives-Lille pour Constructions Mécaniques et Entreprises, Paris, 64, rue Caumartin.

Courtial Hippolyte, Directeur de la Société des Travailleurs français, Chartres (Eure-et-Loire).

Dabout Eugène, Docteur en médecine, Paris, 94, Boulevard Voltaire.

Daltroff Albert, Fabricant, Paris, 17, rue de Cléry.

Delatour Albert, Directeur Général de la Caisse d'Amortissement et des Dépôts et Consignations, Paris, 7, rue de Lille.

Delaune Marcel, Député du Nord, Seclin (Nord-France).

Delearde, Directeur de la Cie. d'Assurances „La Concorde“, Paris, 15, rue de Choiseul.

Delmas Lucien, Sous-Directeur de la „Préservatrice“, Paris, 16, rue Spontini.

Despagnat Eugène, Administrateur Délégué du Syndicat Général de Garantie du Bâtiment et des travaux publics contre les accidents du travail, Paris, 75 bis, avenue de Wagram.

Diverneresse Dr., Délégué du Sou Médical, Saint-Mande (Seine), 18, rue de Lac.

Dubern-Boislandry Eugène Jules, Inspecteur d'Assurances, Paris, 88, rue de l'Université.

Duchauffour Alfred, Docteur en droit, Juge au tribunal civil de la Seine, Paris, 3, rue de la Terrasse.

Duchauffour Madame, Paris, 3, rue de la Terrasse.

Duchauffour Marcel, Etudiant en droit, Paris, 3, rue de la Terrasse.

Dufer L., Directeur Gérant de la Fabrique de fer de Maubeuge, Louvroil (Nord).

Digitized by Google

Dufour Eugène, maison Dufour & Bocquet, Tissage, mécanique de toiles, Armentières (Nord), 9, rue Marle.

Dulberg Maurice, Directeur pour la france de la Cie. Internationale d'Assurances contre les Accidents, Paris, 96, rue St. Lazare.

Dumont Georges, Président de l'Association des Industriels de France contre les Accidents du Travail, Paris, 3, rue de Lutèce.

Eeckman Henri, Directeur des Cies. „La Flandre" et „Le Syndicat du Nord", Roubaix (Nord), 20, rue des Lignes.

Faucheur, Président de la Chambre de Commerce de Lille, Lille.

Fevre Lucien, Ingénieur en Chef des Mines, Paris, 1, place Possoz.

Fontaine Arthur, Directeur du Travail, Paris.

Foüan-Leman & Fils, Vve., Peigneurs de laines, Tourcoing.

Froger Dr. Gustav, Médecin adjoint au médecin en chef des chemins de fer de l'État, Paris, 2, rue Monge.

Fuster Edouard, Secrétaire Général de l'Association des Assurances sociales, Courbevoie (Seine), 71, rue de Bois-Colombes.

Gagueux Claudin, Directeur de la Société d'Ass. „L'Auxiliaire", Lyon (Rhône), 41, rue Mercière.

Gatineau G., Avocat à la Cour d'Appel, Conseil du Sou Médical, Paris, 37, rue de Ponthieu.

Gigot Albert, Ancien Préfet de Police, Paris, 49, avenue Malakoff.

Goriany Victor, Membre du Conseil de la Chambre de Commerce Austro-Hongroise de Paris, Manufacture de bois à Vrbovsko (Croatie) et Rudolfswert (Carniole), Paris, 9, rue de Berlin.

Gruner Edouard, Secrétaire Général du Comité permanent des Accidents, Paris, 6, rue Férou.

Guerin Louis, Gérant du Comptoir de l'Industrie Linière, Président honoraire du Syndicat des Filateurs de Lin de France, Secrétaire Général de l'Union Textile de France, Lille, 75, rue des Stations.

Guermonprez François, Professeur chirurgien de la maison de secours pour les blessès de l'Industrie, Lille, 63, rue d'Esquermes.

Digitized by Google

Hallette Albert, Fabricant de sucre, Le Cateau (Nord).

Hamelin Maurice, Docteur en droit, Paris, 47, Avenue Henri Martin.

Hamon Georges, Directeur de l'Assurance-Moderne, Paris, 97, Boulevard Port-Royal.

Handelskammer, Paris, 2, place de la Bourse.

Harle Alfred, Inspecteur du Travail dans les Manufactures, Paris, 10, rue Deguerry.

Havard-Duclos Théophile, Directeur de la Société d'Héraclée, Constantinople (Turquie), poste-française.

Hébrard Jean, Secrétaire Général de la féderation nationale de la mutualité française; président de la féderation des sociétés de secours mutuels du Tarn et Garonne et du comité de la mutualité et de la solidarité feminines à Paris; publiciste, Paris, 8, Boulevard Malesherbes.

Ireland Henry, Filateur de lin, Armentières (Nord).

Jeanbrau Docteur Emile, Professeur agrégé de chirurgie à la Faculté de Medécine, Montpellier, 2, rue du petit St. Jean.

Jeanne Dr. H., Directeur du Concours Médical, Paris, 23, rue de Dunkerque.

Jouanny Georges, Membre de la chambre du Commerce de Paris; Délégué du Comité central des Chambres syndicales patronales de Paris; Président de la Société municipale de Secours mutuels du XIe arrondissement de Paris, 15, avenue de Villiers.

Jouet-Pastre Faustin, Secrétaire-Général des Forges et Chantiers de la Méditeranée, Paris, 1, rue Vignon.

Jusserand J. M. Adrien, Directeur d'Assurances, Lyon (Rhône), 4, rue Lanterne.

Kleine, Inspecteur Général des Ponts et Chaussées, Directeur du Personnel et de la comptabilité au Ministère des Travaux Publice, Paris.

Laas d'Aguen Paul, Directeur de la Cie. d'Assurance „Le Secours", Paris, 15, rue des Pyramides.

Lacombe Eugène, ancién Sénateur, Paris XVI, 12, rue Lolo.

Lallemant Augustin, Ingénieur Civil, Cambrai (Nord), 11, rue des Chanoinés.

Digitized by Google

Lavit Alexandre de, Chef du contentieux des Chemins de fer de l'État, Paris, 42, rue de Châteaudun.

Lemercier Marcel, Docteur en droit, Secrétaire Général de la Cie. des Chemins de fer de l'Est, Paris, 16, rue de Marignan.

Lepoutre & Cie. Auguste, Fabricants, Roubaix (Nord), 32, rue de Pays.

Leroy A^dre., (La Semaine), Paris, 97, rue Richelieu.

Lindner, Inspecteur général des Mines en Retraite, Président du Comité Permanent, Paris, 38, rue du Luxembourg.

Lyon-Caën, Avocat à la Cour d'Appel de Paris, Paris, 55, rue de Châteaudun.

Maison, Ingénieur ordinaire des Mines, Adjoint à l'Ingénieur en chef chargé du contrôle du travail des agents de chemins de fer, Paris.

Mamy Henri, Ingénieur des Arts et Manufactures, Directeur de L'Association des Industriels de France contre les Accidents du Travail, Paris, 3, rue de Lutèce.

Marestaing Hippolyte, Directeur Général de la „Préservatrice", Paris, 18, rue de Londres.

Marteau Charles, Président de la Société Industrielle de Reims, Reims (Marne), 13, Avenue de Laon.

Masson Louis, Contrôleur des Mines, Bethune (Pas-de-Calais).

Matignon François Elie, Directeur de la Mutualité Industrielle Société d'Assurances Mutuelles contre les accidents du Travail, Paris, 36, rue de Berlin.

Mayen Alfred, Directeur de la Compagnie d'Assurance contre les Accidents „La Prévoyance", Paris, 23, rue de Londres.

Meignen Henry Le, Docteur en médecine, Médecine suppléant des Hopitaux de Nantes, Chef des Traveaux Physiologiques a l'École de Médecine, Nantes, 7, Boulevard Delorme.

Meyer Léopold de, Directeur-Général-Adjoint de la Compagnie d'Assurances „La Continentale", Paris, 72, Boulevard Haussmann.

Millerand Alexandre, Avocat à la Cour d'Appel de Paris, Député, Versailles (Seine et Oisi), 7, rue Mansart.

Millerand M., Député, ancien Ministre du Commerce, Paris.

Digitized by Google

Monnier Auguste, Docteur en droit, Paris, 38, Boulevard de Courcelles.

Motte & Blanchot, Filateurs de coton, Roubaix, 6, rue de Babylone.

Musée Social, Paris, 5, rue Las-Cases.

Mutuelle des Departements et des Communes La, Paris, 17, rue de Provence.

Nourrisson Paul, Avocat à la Cour d'Appel, Paris, 19, rue Saint-Guillaume.

Olry Albert, Ingénieur en Chef des Mines, Paris, 23, rue Clapeyron.

Paraf Georges G., Ingénieur des Arts et Manufactures, Attaché au Cabinet du Ministre de l'Interieur, Paris, 3, rue Léonard de Vinci.

Parent Louis, Directeur des Ateliers de la Compagnie de Fives-Lille, à Fives-Lille (Nord).

Paulet Georges, Directeur de l'Assurance et de la Prévoyance Sociales, Paris.

Payelle René, Directeur de la Société des Mines de Sol et Salines de Rosières Varangéville, Nancy, 97, rue Stanislas.

Pinat Charles, Maître de Forges, Allevard (Isère).

Pouzet Marius, Directeur à Paris de L'Assurance Générale des Eaux et Accidents, Paris, 102, rue de Richelieu.

Raiberti, Député, Nice (Alpes-Maritimes), 21, rue du Palais.

Reumaux Elie, Directeur-Général de la Société des Mines de Lens, Lens (Pas-de-Calais).

Rey Louis, Ingénieur, Administrateur de la Société Anonyme de Travaux Dyle et Bacalan, Paris, 15, avenue Matignon.

Richter F., Manufacturier, Lille, 83/85, rue Gantois.

Riocreux Georges, Industriel, Paris, 18, rue Guilhem.

Rodrigues-Ely Camille, Ingénieur civil, Paris, 67, Boulevard de Charonce.

Rondenay, Avocat à la cour d'Appel de Paris, 55, rue de Châteaudun.

Rossy, Comité des Assurances contre les accidents du travail, Sceaux (Seine).

Digitized by Google

Rostand Eugène, Membre de Comité permanent international Paris, 5, rue du Conservatoire.

Roux Louis, Directeur de la Société „La Participation", Paris, 92, rue de Richelieu.

Roy Ferdinand, Membre du Comité consultatif des Arts et Manufactures, Paris, 38, rue des Jeunneurs.

Saintignon et Cie. de, Maîtres des Forges, Longwy (Meurthe-et-Moselle).

Schmidt mademoiselle, Ex-Directrice de l'Annexe de l'Ecole Secondaire de jeunes filles de Tunis, Bordeaux, 5, Cours Portal.

Schryver Isidore de, Directeur Général de la Société Anonyme Franco-Belge pour la Construction de Machines et de Matériels de Chemins de fer, Raismes (Nord).

Simon Edouard, Ingénieur Civil des Mines, Paris, 89, Boulevard du Montparnasse.

Société Anonyme des Hauts-Fourneaux et Fonderies de Pont-à-Mousson, Pont-à-Mousson (Meurthe-et-Moselle).

Société Anonyme des Manufacture de Glaces et Produits Chimiques de Saint Gobain, Chauny et Cirey, Paris, 1, Place des Saussaies.

Strohl Ivan, Industriel, Administrateur délégué de la Société des Peignayes et Filatures de Bourre de Soie, Paris, 5, rue de Palestro.

Tarbouriech, Paris, 19, rue de Sommerard.

Ternynck Henry, Président de la Société Industrielle et Commerciale de Roubaix, Roubaix, 51, rue Neuve.

Thebault V., Dr. ès-Sciences, Préparateur à la Faculté de Médicine, Paris, 25, rue de Turbigo.

Thieriet de Luyton, Emile de, Directeur de la Compagnie d'Assurance „Le Patrimoine", Paris, 59, rue Taitbout.

Thiry Charles, Directeur de la Compagnie de l'Escarpelle, Flers-en-Escrebieux (Nord).

Trochon Paul, Directeur Général de l'Union Industrielle du Nord, Lille (Nord), 50, Boulevard de la Liberté.

Trystram Jean et Fils, Négociants en bois, Dunkerque (Nord).

Digitized by Google

Tuchmann Arthur, Directeur de la Société d'Assurance Mutuelle contre les accidents „l'Alimentation", Paris, 24, rue de Richelieu.

Vaillant Edouard, Député de la Seine, Paris, 15, Villa du Bel-Air.

Vermot Edouard, Secrétaire Général du Syndicat des Compagnies d'Assurance, Paris, 45, rue de Douai.

Voisin Honoré, Directeur de la Cie. des Mines de Roche-la-Molière et Firminy, Firminy (Loire).

Watel Etienne Louis, Président de la Compagnie „La paix", Paris 3, avenue Hoche.

Weiss, Ing. ordinaire au Corps des Mines, Paris, 78 bis, avenue Henri-Martin.

Wibaux Joseph, Président du Syndicat des Fabricants de Roubaix-Tourcoing, Roubaix, 51, rue Neuve.

Großbritannien.

Grande-Brétagne.

Schloss D. J., Enquiry Officer, Commercial-, Labour- and Statistical Department, Board of Trade, London S. W. 43, Parliament Street.

Italien.

Italie.

Abbove Allesandro, Avvocato, Milano, via Morone 4.

Albino Roberto, Avvocato, Magistrato (Juge du Tribunal), Campobasso.

d'Andrea Roberto, Avvocato alla Cassa nazionale Infortuni, Sede Compartimentale, Roma, Vicolo Montecatini 18.

Angeli comm. Ernesto de, Senatore, Industriale, Presidente dell'Associazione fra gli Industriali d'Italia per prevenire gli infortuni sul lavoro, e dell'Associazione per l'assistenza medica negli infortuni del lavoro, Membro del Comitato permanente internazionale del Congresso degli infortuni, Milano, Corso Vercelli 139.

Digitized by Google

Augier Cesare, Ingénieur, Directeur des sapeteries de Maslianico, in Maslianico.

Associazione fra Industriali Cotonieri-Borsa Cotoni, Milano, via A. Manzoni. 41.

Avogadro di Quinto, Conte Amedeo, Presidente della „Cassa Mutua degli Agricoltori" per gli infortuni sul Lavoro, Sede in Vercelli.

Barzanò Carlo, Ingénieur, Milano, via S. Andrea 6.

Basevi Achille, Rappresentante Generale per l'Italia delle Compagnie „Zürich" e „Anker", Milano, Piazza Duomo 19.

Beffa comm. Luigi della, Milano, Corso S. Celso 35.

Belloc cav. ing. Luigi, Ispettore delle Industrie al Ministero di Agricoltura, Industria e Commercio d'Italia, Roma, via Marche 17.

Belloni Henri, Entrepreneur des bâtiments, Milano, Bastioni porta Vittoria 1.

Belloni Maria, Milano, Bastioni porta Vittoria 1.

Beltrami Francesco, Membro del Consiglio del Lavoro, Avvocato, Milano, via Carlo-Alberto 22.

Benetti Jaques, Professeur et Ingénieur, Président de l'Association pour les chaudières à vapeur, Bologna, via Farini 17.

Bernacchi Dr. Luigi, Direttore dell'Istituto medico per gli infortuni del lavoro, Milano, via Paolo Sarpi 7.

Bertini Camille, Avvocato, Pisa, via Vittorio Emanuele 8.

Besso Ernesta, Roma, 54, rue Gregoriana.

Besso comm. Marco, Membre du Conseil de la Prévoyance, Rome, 54, rue Gregoriana.

Binda Cosimo, Direttore dell' Istituto di medicina legale di Milano, docente alla R. Università di Pavia, Milano, via Osti 1.

Biraghi cav. Giulio, Avvocato, Secrétaire Général au „Lanificio Rossi", Milano, via Brera 19.

Boccolini Giulio, Inspecteur à la „Cassa Nationale Infortuni", Roma, Vicolo Montecatini 18.

Bodio comm. prof. Luigi, Senatore, Presidente del Consiglio Superiore della Statistica, Membro del Comitato permanente internationale del Congresso degli infortuni, Roma.

Digitized by Google

Bonacossa Alberto, della Ditta Fratelli Bonacossa (Cassa privata di assicurazione), Vigevano.

Bonomi cav. Ambrogio, Collegio dei Capomastri ed Imprenditori Milano, via Silvio Pellico 8.

Borri dott. Lorenzo, Professore di medicina legale nella R. Università di Modena, Modena.

Broggi-Widmer Adele, Milano, via Lorenzo Mascheroni 2.

Broggi Carlo Edoardo, Milano, via Lorenzo Mascheroni 2.

Broggi comm. Luigi, Architetto, Milano, via Paleocapa 6.

Camera di Commercio ed Arti di Napoli, Napoli, Piazza della Borsa.

Camera di Commercio ed Arti, Palermo.

Camera di Commercio ed Arti, Pisa.

Campi Emilio, Avocat, Député au Parlement, Milano, via Vincenzo Monti 23.

Campi Giuseppe, Avvocato, Genova, via Mameli 31—9.

Campi cav. Luigi, Avocat, Directeur du Bureau Compartimental de la Caisse Nationale italienne pour les accidents de travail, Gênes, 2—3, rue Palestro.

Canepa Domenico, Chef du Bureau Technique à la Société A. J. Koerting, Rome, 42, rue prince Amédée.

Cantoni nob. cav. uff. Costanzo, Presidente dell'Associazione fra gli industriali cotonieri, Milano.

Carpi comm. Léonard, Ingénieur, Rome, via Vittorio 10.

Cassa Centrale di Risparmio, V. E. per le Provincie Siciliane in Palermo, Palermo, via Cartari 18.

Cassa di Risparmio e Depositi, Arezzo.

Cassa di Risparmio, Bologna.

Cassa di Risparmio delle Provincie Lombarde, Milano, via Monte di Pietà 8.

Cassa di Risparmio in Roma, Roma, Corso Umberto 320.

Cassa di Risparmio di Venezia, Venezia.

Cassa Nazionale d'Assicurazione per gli infortuni degli operai sul lavoro, Milano, via Monte di Pietà 8.

Cassa Nazionale di Previdenza per gli operai, Roma.

Digitized by Google

Castelli Giovanni, Capomastro, Milano, via Commenda 23.

Catelli Ezio, Docteur en droit, Chef de Division des Chemins de fer italiens, Milano, via Conservatorio 7.

Castiglione ing. Carlo, Milano, via S. Gerolamo 4.

Cauvin Albert, Secrétaire Général de l'Union liberal Monarchique Humbert, Turin, via Garibaldi 8.

Cavalieri comm. dott. Enea, Membre du Conseil supérieur de la Prévoyance, Rome, via Marghera 12.

Cavallazzi Pietro, Milano, via Cusani 14.

Cavalli-Lanfredi Ulisse, Ispettore alla Cassa Nazionale Infortuni, Milano, via Giuseppe Verdi 8.

Celli prof. Angelo, Deputato al Parlamento, Professore d'igiene sperimentale presso la Regia Università, Roma.

Cesaris Natale, Ingénieur, Directeur de la „Mutua Infortuni", Milano, 2, rue Giuseppe Verdi.

Chiarchiaro comm. dott. Giuseppe, Conseiller Gouvernemental de la Banque Sicile, Palermo, via Gagini 82.

Chichon dott. Giuseppe, Direttore del Sindicato per gli infortuni sul Lavoro nella Coltivazione di Miniere, con sede in Iglesias.

Chimirri comm. avv. Bruno, Deputato al Parlamento, Membro del Comitato permanente internationale del Congresso degli infortuni, Roma, corso Vittorio Emanuele 51.

Cicogna comm. Antonio, Direttore della Sede Compartimentale di Siena-Cassa Nazionale Infortuni, Provveditore del Monte dei Paschi di Siena, anche come Rapp.te della Cassa di Risparmio del Monto dei Paschi, Siena.

Colajanni Pompeo, Direttore del „Sindicato Obbligatorio Siciliano di Mutua Assicurazione per gli infortuni del lavoro nelle miniere di zolfo." Caltanisetta (Sicilia).

Collegio dei Capomastri ed Impreditori, rapp. per cav. Ambrogio Bonomi, Milano.

Comune di Milano, per comm. Ettore Ponti, Senatore del Regno, Milano, Palazzo Marino.

Conrado Pietro, Dottore in Giurisprudenza, Roma, Vicolo Montecatini 18.

Digitized by Google

Crespi comm. dott. Silvio Benigno, Deputato al Parlamento, Industriale, Milano.

Crinchi dott. Francesco Ezio, Ispettore Principale della Cassa Nazionale Infortuni, Roma, Vicolo Montecatini 18.

Danioni Filippo, Ingegnere Consulente, Venezia, San Marco 386.

Dell'acqua Carlo, Industriale, Legnano.

Diez Ermanno, Directeur de la compagnie „L'Assicuratrice Italiana", Milano.

Esterle ing. Carlo, Consigliere delegato della Società Edison, Milano, via Tommaso Grossi 2.

Ferrero di Cambiano, Le Marquis Cesare, Député, Vice-président de la Caisse d'Epargne de Turin, Turin, via Sagliano 4.

Filippetti dott. Angelo, Delegierter der „Società Umanitaria", Milano, via Alessandro Manzoni 9.

Gaglia Luigi de, Avocat, publiciste et proprietaire d'imprimerie, Campobasso.

Gatti dott. Francesco, Medio Chirurgo, Milano, Piazza Paolo Ferrari 10.

Gavazzi cav. ing. Piero, Industriale, Presidente della „Mutua Infortuni" di Milano, Milano, Foro Bonaparte 57.

Gerra Roberto, Professore, Ragioniere-Segretario del Comitato Nazionale Italiano, Capo ufficio della Sede secondaria per la Lombardia della Cassa Nazionale di previdenza per la invalidità e la vecchiaia, Milano, Foro Bonaparte 36.

Ginori Richard, Delegato della Società Ceramica, Milano.

Gobbi avv., prof. Ulisse, Presidente dell'Associazione degli Attuari, Membro del Consiglio della Previdenza, Milano.

Graffagni Angelo, Avocat et Député au Parlement Italien, Gênes, via Giustiniani 25.

Krumm cav. ing. E., Gerente de Cotonificio de Vergiate, Vergiate.

Leuzzi dott. Nicola, Medico Ispettore della Società Romana Tramways Omnibus, Roma, via Mazzarino, Palazzo della Banca d'Italia.

Leuzzi Pia, Roma, via Mazzarino, Palazzo della Banca d'Italia.

Digitized by Google

Levi comm. Clemente, Directeur d'Assurances, Roma, Piazza Colonna 366.

Longhi Roberto et Virginio, Industrié de la soie, Missaglia (Como).

Luzzatti comm. prof. Luigi, Deputato al Parlamento, Presidente onorario del Comitato permanente del Congresso internazionale degli infortuni, Roma.

Maffi Antonio, Segretario Generale della Lega nazionale delle Società cooper. ital. e della previdenza, Membro del Comitato Nazionale Italiano, Milano, via Ugo Foscolo 5.

Magaldi comm., dott. Vincenzo, Ispettore Generale del Credito e della Previdenza al Ministero di Agricoltura, Industria e Commercio, Membro del Comitato permanente del Congresso internazionale degli infortuni, Roma.

Mangiagalli prof. dott. Luigi, Senatore del Regno, Direttore del R. Istituto ostetrico-ginecologice, Milano, rue Asole 4.

Mariani junior Rag. Gaetano, Président de l'association des secrétaires communals de la Province de Milan, Vice-Secrétaire du Comité du IV. Congrès international d'assistance publique et privée, Milano, via Speronari 3.

Marinelli Cesare, Presidente della Cassa di Risparmio, Cento (Prov. Ferrara).

Mattei Virgilio De, Ingénieur, Directeur Générale de la Soc. An^e Fabbrica Calci et Cementi, Casale, Monferrato.

Mauro comm. Giovanni, Réprésentant des Assicurazioni Generali di Venezia, Naples.

Mazzini Carlo Massimiliano, Milano, via Correggio 35.

Melzi dott. Urbano, Specialista al Pio Istituto de S. Corona, Milano, via Quintino Sella 5.

Mignone e Co., Parfumeurs, Milano, Corso Buenos-Ayres 81.

Miraglia comm. Nicola, Direttore Generale del Banco di Napoli, Rappresentante della Cassa Nazionale Infortuni in Napoli, Napoli.

Moneta Ernesto Teodoro, Pubblicista, Presidente della Società Internationale per la Pace-Unione-Lombarde, Milano, Piazza Cavour 5.

Montemartini prof. Giovanni, Direttore dell' Ufficio del Lavoro al Ministero di Agricoltura, Industria e Commercio, Roma.

Digitized by Google

Moretti Natale, Industriale, Milano, via Mercato 1.

Morpurgo Edgardo, Direttore della Società Anonima Italiana di Assicurazione contro gli infortuni, Milano, Cordusio 2.

Nobili March. avv. cav. uff. Luigi De, Sindaco della Città di Spezia, Spezia.

Noccioli dott. Guido, Chirurgo primario, Pisa, via S. Antonio 21.

Novella comm., Rodolfo Président de la Caisse d'Epargne de Gênes, Gênes, 8—3 place St. Siro.

Paganini, Villani & Cie. Società pel Commercio dei Coloniali, Droghe e Medicinali, Milano, via Leopardi 15.

Paolini comm. prof. Luigi, Directeur de la Caisse d'Epargne de Imola, Imola, via Cavour 45.

Paratore dott. Giuseppe, Avvocato, Presidente del Consiglio di Administrazione del Sindicato Marittimo Italiano per l'assicurazione degli Infortuni sul lavoro della gente di mare, Roma, via Nazionale 172.

Paretti Orazio, comm. prof., Direttore Generale della Cassa Nazionale di Previdenza per la invalidità e la vecchiaia degli operai, Membro del consiglio della Previdenza, Roma, via della Scrofa 57.

Patronato d'Assicurazione e di Soccorso per gli Infortuni del Lavoro, Milano, via S. Paolo 16.

Pellati comm. ing. Nicolo, Ispettore, Capo del Corpo Reale delle miniere presso il Ministero di Agricoltura, Industria e Commercio, Membro del Comitato permanente inter nazionale del Congresso degli infortuni, Roma, Piazza S. Claudio 96.

Peragallo Cornelio, Direttore della Cassa Sociale di Pensioni Vitalizie di Genova, Genova, via S. Luca 10.

Perelli cav. ing. Guido, Direttore dell'Associazione fra gli utenti caldaie a vapore, Milano, via Cappucio 14.

Pezzolli Ernesto, Cassiere della Sede Compartimentale di Roma della Cassa Nazionale Infortuni, Roma, Vicolo Montecatini 18.

Piccaluga Ernesto, Presidente del Sindacato di Mutua Assicurazione per gli Infortuni sul lavoro nei porti Marittimi Nazionali, Genova, via Conservatori del Mare 5 p. p.

Pirelli comm. ing. Gio. Batta, Industriale, Milano, via ponte Seveso 21.

Digitized by Google

Pisa comm. dott. Ugo, Senatore, Presidente del Comitato permanente del lavoro, Presidente del Patronato di Assicurazione e di soccorso per gli infortuni del lavoro, Milano, 2, via Palestro.

Ponti Ettore, Senatore del Regno, Sindaco di Milano, Milano, via Bigli 11.

Pontiggia cav. ing. Luigi, Directeur de l'Association des Industriels d'Italie pour prévenir les accidents du travail, Milano, 61, Foro Bonaparte.

Porta cav. Leopoldo Della, ragioniere possidente, Milano, via Salu 8.

Porta Luigi Della, Avvocato, Milano, Monte di Pietà 4.

Profumo Luigi Goffredo, Avocat, Professeur d'Economie politique, Gênes, Piazza Campetto 7.

Provveditore il, del Monte dei Paschi, Rappresentante della Cassa Nazionale infortuni in Siena, Siena.

Rava comm. prof. Luigi S. E., Ministro di Agricoltura, Industria e Commercio, Milano.

Rebessi Achille, Segretario della Cassa Nazionale Infortuni, Milano, via Monte di Pietà 8.

Ricci march. ing. Vincenzo, Consigliere del Patronato di soccorso per gli operai colpiti da infortunio sul lavoro, Torino, via Asietta 48.

Robiola dott. Attilio, Medico Consulente alla Cassa Nazionale Infortuni, Milano, Monte di Pietà 8.

Rolla Ferdinando, Genova, via Palestro 6/7.

Rosaspina Fabio, Avvocato alla Cassa Nazionale Infortuni, Sede Compartimentale, Roma, Vicolo Montecatini 18.

Rossi Dr. Baldo, Milano, via Scala 4.

Rossi Giambattista fu Vincenzo, Avvocato, Gênes, Piazza Invrea 9.

Rossini Riccardo, Ragionere alla Cassa di Risparmio, Milano, Monte di Pietà 8.

Saldini ing. Cesare, Vicepresidente dell'Associazione fra gli industriali d'Italia per prevenire gli infortuni, Membro dell' Ufficio del lavoro, Professore del Politecnico di Milano, Milano, Piazza S. Giovanni in Conca 2.

Digitized by Google

Salmoiraghi **ing. cav. Angelo,** Presidente della Camera di Commercio di Milano, Milano, via S. Siro 9.

Sauteiron **de Saint-Clément, Charles de,** Capitaine d'artillerie dans l'armée italienne, Rome, Inspectorat de constructions d'Artillerie.

Sauteiron **de Saint-Clément-Gerbin, Comtesse Eugénie de,** Rome, Inspectorat de constructions d'Artillerie.

Scodnik **Enrico,** Napoli, via A. Depretis 96.

Scolari **Leon,** Docteur en droit, Chef du Service du Personnel aux Chemins de fer italiens, Milano, foro Bonaparte 47.

Scotti **Carlo,** Avvocato, Rome, via Poli 25.

Scuola **Superiore di Commercio R.,** Venezia.

Serafini **avv. Enrico,** Professore di diritto nella R. Università di Pisa, Roma, Ministero Istruzione pubblica.

Sironi **cav. avv. Ugo.,** Consulente della Cassa Nazionale Infortuni, Milano, Monte di Pietà 8.

Società **Cattolica di Assicurazione contro i danni della grandine e dell' incendio e sulla vita dell' uomo con sede in Verona,** Verona.

Società **Esercizio Bacini,** Gênes, Piazza Nunziata 18.

Società **Strade Ferrate Meridonale, Rete Adriatica,** Firenza.

Società **per lo Sviluppo delle Imprese Elettriche in Italia,** Milano, 1, via Romagnosi.

Società **Umanitaria (Fondazione Loria),** Milano, via Manzoni 9.

Soffiantini **Giuseppe,** Direttore dell'Istituto Sanitario Umberto I°, Milano, Corso Lodi 7.

Speroni **comm. ing. Giuseppe,** Senatore del Regno, Presidente della Cassa Nazionale per gli infortuni degli operai sul lavoro, Milano, via Manin 3.

Sprega **cav. ing. Annibale,** Presidente dell'Associazione fra gli Utenti di caldaie a vapore di Roma, Roma, via Panisperno 193.

Tarlarini **ing. Carlo**, Industriel, Milano, 135, Corso Vercelli.

Tononi **cav. uff. Cesare,** Directeur de la Caisse Nationale d'assurance contre les accidents du travail, Milano, 8, rue Monte di Pietà.

Digitized by Google

Torrani cav. Enrico, Conseiller Municipal, Milano, via Virajo 24.

Unione delle Ferrovie Italiane d'interesse locale, Milano, Piazza Castello.

Usuelli Madame Vittoria, Milano, via Filodrammatica 4.

Vanotti cav. prof. Giovanni, Direttore della Banca Popolare, Luino.

Vecchi cav. Massimo de, Président de l'association de l'Industrie et du Commerce de la Soie en Italie, Milano, via Brera 17.

Vilers Eugenio, Direttore della Società Anonima dei Tramways Napoletani, Napoli, viale Principessa Elena 5.

Villani Gaetano, Ingénieur, Inspecteur principal des Chemins de fer italiens, Milano, via Vittoria 45.

Visconti di Modrone, Le Duc Uberto, Industriale, Milano, via Cerva 28.

Vismara Carlo, Ragioniere, Capo dell'ufficio di Statistica alla Cassa Nazionale Infortuni, Milano, via Monte di Pietà 8.

Vitale Carlo, Negociante, Genova.

Warzée Alfonso, Direttore delle Miniere di Nebida, Nebida (prov. di Cagliare, Sardegna).

Zanoncelli Piero, Avvocato, Consulente legale del Sindacato „Sideros" di Genova, Milano, via dei Bossi 2.

Zara Ferrucio, Ragioniere alla Cassa di Risparmio, Milano, via Monte di Pietà 8.

Zucchini Cesare, Direttore generale della Cassa di Risparmio di Bologna, Bologna.

Japan.

Japon.

Ito Mantaro, im Ministerium für Ackerbau und Handel, Tokio.

Nippon Life Assurance Company Limited, The, Osaka, 7, Amabashi-Shichome.

Ogawa S., Conseiller près le Ministère de la Justice, Vice-Président de la Société Pénitentiaire impériale, Tokio.

Digitized by Google

Luxemburg.

Luxembourg.

Dondelinger Viktor M., Ingénieur des Mines de l'Etat, Luxemburg.

Großherzoglich Luxemburgische Unfall-Versicherungs-Genossenschaft, Luxemburg.

Neuman Dr. Heinrich, Staatsrat, Luxemburg, Montereystr. 21.

Neuseeland.

Nouvelle Zélande.

Reeves William Pember, High-Commissioner for New-Zealand, London, S. W. 13, Victoria-Street.

Niederlande.

Pays-bas.

Centraal-Bureau voor Sociale Adviezen, Amsterdam, Vossiusstraat 37.

Drooge Dr. J. van, Redakteur des Sociaal Weekblad, Dortrecht, 25, Kalkhaven.

„Het Volk", Dagblad voor de Arbeidersparty, Amsterdam, Geldersche Kade 117.

Kol Henry Hubert van, membre du parlement hollandais, Voorschoten (bei Haag).

Kruyff Dr. H. P. L. C. de, Direktor der „Centrale Werkgevers Risico-Bank", Amsterdam, Damrak 48.

Löben-Sels Alexander van, Membre de la II^{nde} Chambre des Etats Generaux, Arnhem, Nieuwe Plein 33.

Macalester-Loup Robert, Dr., Président de la Banque d'Etat pour l'Assurance contre les accidents du travail, Amsterdam, Keizergracht 258.

Millard J. E., Dr., Griffier bij den Raad van Beroep, te Utrecht, Bregittenstraat 4.

Musée des moyens préventifs contre les accidents et les maladies dans les fabriques et les ateliers, Amsterdam, Groeneburgwal 44.

Digitized by Google

Versteeg J. W. S. A., Administrator im königl. niederl. Ministerium des Innern, Amsterdam.

Verryn-Stuart Dr. C. A., Direktor des statistischen Zentralbureaux, Haag.

Norwegen.

Norvège.

Schjöll Oscar, Adm. Direktör for „Den norske enkekasse" og „Pensionskassen for statens tjenestemænd", Kristiania.

Österreich.

Autriche.

Ackerl Josef, Direktor der Arbeiter-Unfallversicherungsanstalt für Steiermark und Kärnten in Graz, Graz, Hans-Sachsgasse 1.

Ärztekammer für Niederösterreich mit Ausnahme von Wien, vertreten durch Gemeindearzt Dr. Emil J. Bergmann, Kritzendorf, N.-Ö.

Aktien-Gesellschaft für Glas-Industrie vorm. Friedrich Siemens, Neusattl bei Elbogen.

Aktien-Gesellschaft der k. k. priv. Teppich- und Möbelstoff-Fabriken vorm. Philipp Haas & Söhne, Wien.

Allgemeine Arbeiter-Krankenkasse Reichenberg, vertreten durch den Obmann Filipp Bienert.

Allgemeine Arbeiter-Kranken- und Unterstützungskasse in Brünn, vertreten durch den Obmann F. A. Jura, den Obmann-Stellvertreter Adolf Glaser und den Sekretär Carl Vaněk, Brünn.

Allgemeine Arbeiter-Kranken- und Unterstützungskasse Steyr, vertreten durch den Obmann Gottlieb Dautlgraber, Steyr.

Allgemeine österreichische Baugesellschaft, Wien, I. Dominikanerbastei 19.

Allgemeine steiermärkische Arbeiter-Kranken- und Unterstützungskasse, Zentrale Graz, vertreten durch Julius Hilari, Graz.

Alscher Karl, Obmann der Hilfsarbeiter-Krankenkasse der Genossenschaft der Friseure, Raseure und Perückenmacher, Wien, VI. Königseggasse 10.

Digitized by Google

Anderle Adolf, Beamter, Vertreter der christlich-sozialen Arbeiterschaft Österreichs, Wien, VI. Millergasse 32.

Andrae Emil, kommerz. Direktor der Perlmooser A.-G., Wien, I. Schellinggasse 14.

Arbeiter-Kranken-Unterstützungs-Kasse Liesing, N.-Ö.

Arbeiter-Unfall-Versicherungsanstalt für Böhmen, vertreten durch den Präsidenten Dr. Otto Přibram, den Direktor k. k. Regierungsrat Dr. Jakob Haubner und die Sekretäre Dr. Jakob Holeyšovsky Ritter von Slavětin, Eugen Lederer und Dr. Robert Marschner, Prag.

Arbeiter-Unfall-Versicherungsanstalt für Galizien, vertreten durch den Obmann Dr. Wacław Domaszewski, Lemberg.

Arbeiter-Unfall-Versicherungsanstalt für Mähren und Schlesien, vertreten durch den Direktor Dr. Alois Klettenhofer, den Direktor-Stellvertreter Ferdinand Schnitzler, den Vorstands-Obmann August Konečny und den autorisierten Versicherungstechniker Franz Talpa, Brünn, Krapfengasse 4.

Arbeiter-Unfall-Versicherungsanstalt für Nieder-Österreich, vertreten durch: den Direktor k. k. Reg.-Rat Karl Kögler, den Dir.-Stellvertreter Richard Kaan, den Sekretär Dr. Adolf Vinz. Jellinek, die Anstaltsfunktionäre: Alois Bock, Franz Kern, Willibald Pekařz, Josef Schneider, Ferdinand Seif, Franz Siegel, Siegmund Spitzkopf, Rudolf Wagner und ferner durch nachfolgende Beamte der Anstalt: Eugen Hornung, Andreas Haberditzl, Franz Hiemer, Robert Schiendl, Eduard von Stransky, Dr. Karl Mumelter, Dr. Siegmund Liebacher, Laurenz Siegl, Konrad Wondraczek, Hans Kubiček, Karl Liepsch, Franz Czepek, Josef Machek, Karl Lielacher, Felix Schlosser, Karl Heyer, Othmar Zirnich, Rudolf Winter, Franz Beyer, Siegmund Felderer, Adolf Eder, Hans Hondrych, Alfred Winter, Heinrich Lasetzky, Karl Huber, Gregor Scholz, Richard Mecozzi, Alois Haschek, Friedrich Jambor, Albrecht Claus, Franz Köstler, August Komarek, Adolf Klose, Friedrich Kolowratnik, Emil Zahalka, Nikolaus von Schumida, Otto Glöckel, Konrad Fischer und Karl Meindl, Wien, I. Schottenbastei 10.

Digitized by Google

Arbeiter-Unfall-Versicherungsanstalt für Ober-Österreich, Salzburg, Tirol und Vorarlberg, vertreten durch den Direktor Franz Plattner und die Vorstandsmitglieder Oskar von Gonzenbach, Karl Hauser, Eugen Pillwein und Anton Schumacher von Marienfrid, Salzburg.

Arbeiter-Unfall-Versicherungsanstalt für Steiermark und Kärnten, vertreten durch Direktor Josef Ackerl und Obmann-Stellvertreter Johann Edler v. Feyrer, Graz, Hans Sachsgasse 1.

Arbeitsvermittlung des Landes-Verbandes für Wohltätigkeit in Steiermark, Graz, Hofgasse 14.

Assekuranz-Verein von Zuckerfabrikanten in der österr.-ung. Monarchie zu Prag.

Assicurazioni Generali, k. k. priv. in Triest.

Bach Dr. Hugo, k. k. Sektionsrat im Handelsministerium, Wien, I. Postgasse 8.

Bachofen von Echt Adolf, Kommerzialrat, Brauereibesitzer, Wien, XIX. Nußberggasse 2 a.

Baernreither Dr. Josef Maria, Geh. Rat, k. k. Minister a. D., Wien, VIII. Landesgerichtsstraße 11.

Bäuml E., Spediteur, Wien, I. Johannesgasse 22.

Bäuml Rudolf jun., Prokurist der Firma „E. Bäuml", Wien, I. Schellinggasse 7.

Balthasar Karl, Bergdirektor, Vorstandsmitglied des Vereines für die bergbaulichen Interessen in Teplitz-Schönau und Ausschußmitglied des Vereinigten Brüx-Dux-Oberleutensdorfer Bergreviers in Brüx, Ladowitz bei Dux, Böhmen.

Bartel August, Troppau.

Bartl Julius, Vorstand des math. Bureaus der n.-ö. Landes-Lebens- und Renten-Versicherungsanstalt, Wien, IX. Kreindlgasse 21.

Bathelt Alfred, Chef-Mathematiker der Versicherungsanstalt „Janus", beh. autorisierter Versicherungstechniker, Wien, XVIII. Ferrogasse 34.

Bathelt Richard, Fabrikant, Bielitz, Bleichstraße.

Battaglia Roger Freiherr von, Direktor des Zentralverbandes der galizischen Fabriks-Industriellen, Lemberg, Fredry 7.

Digitized by Google

Bauer Adolf, Krankenkassen-Sekretär, Wien, I. Maria Theresienstraße 10.

Bauer Eugen, Bergingenieur, Direktor des Westböhmischen Bergbau-Aktien-Vereines, Wien, I. Seilergasse 9.

Bauer Ferdinand, Vorsteher der Wiener Schlossergenossenschaft, Wien, VII. Zieglergasse 67.

Bauer Fritz, Direktor-Stellvertreter des „Österr. Phönix", Wien, I. Riemergasse 2.

Bauer Ida, Direktorsgattin, Wien, I. Riemergasse 2.

Bauer Viktor Ritter von, Guts- und Zuckerfabriksbesitzer, Brünn.

Baugesellschaft, Allgemeine Österreichische, Wien, I. Dominikanerbastei 19.

Bayer Rudolf, k. k. Regierungsrat, Wien, I. Hegelgasse 5.

Becher von Rüdenhof Frieda, Schriftstellerin, Wien, III. Hießgasse 4.

Beck Ernst, Fabrikant, Pilsen, Luxemburgergasse 8.

Beck Moriz, Chef-Mathematiker der Lebens- und Renten-Versicherungs-Aktiengesellschaft „Allianz", Wien, I. Helferstorferstraße 1.

Beer Heinrich, Obmann des Verbandes der Arbeiter-Kranken- und Unterstützungs-Kassen Österreichs, Wien, VI. Gumpendorferstraße 62.

Belcredi Dr. Ludwig Graf, k. k. Kämmerer und Reichsratsabgeordneter, Gutsbesitzer, Ingrowitz bei Zwittau (Mähren).

Beran Alois, Brünn, Mühlgasse 24.

Bercugl Giovanni, Sekretär der Handels- und Gewerbekammer in Rovereto.

Berg-Direktoren-Konferenz des Ostrau-Karwiner Steinkohlenreviers, vertreten durch Dr. Julius Eisner, Mähr.-Ostrau.

Berg-Inspektorats-Kassa der Kaiser Ferdinands-Nordbahn, Mährisch-Ostrau.

Bergmann Dr. Emil J., Gemeindearzt, als Vertreter der Ärztekammer für Nieder-Österreich mit Ausnahme von Wien, Kritzendorf, N.-Ö., Neudauerstraße 75.

Berl Oskar, kaiserl. Rat, Kohlenhändler, Firma D. Berl, Wien, I. Schottenring 7.

Digitized by Google

Berufsgenossenschaftliche Unfall-Versicherungsanstalt der österreichischen Eisenbahnen, vertreten durch die Sekretäre Max Ewert und Theodor Frantz, Wien, I. Gauermanngasse 2.

Besau Sebastian, Instruktor der städtischen Straßenbahnen, Vorstandsmitglied der Krankenkassa der städtischen Straßenbahnen, Wien.

Beschorner Alexander, kaiserl. Rat, k. u. k. Hof-Metallwaren-Fabrikant, Wien, VII. Dreilaufergasse 9.

Beyer Franz, Abteilungs-Vorstand-Stellvertreter der Arbeiter-Unfallversicherungs-Anstalt für Nieder-Österreich, Wien, I. Schottenbastei 10.

Bezirks-Krankenkasse Aussig, vertreten durch den Obmann Heinrich Dietl.

Bezirks-Krankenkasse Bilin, Bilin (Böhmen).

Bezirks-Krankenkasse für den Stadt- und Landbezirk Brünn, vertreten durch Obmann Dr. Ludwig Czech, Sekretär Mathias Eldersch und Wilhelm Pištělák, Brünn.

Bezirks-Krankenkasse Czernowitz, vertreten durch Bernhard Fleminger und Dr. Eugen Lauer, Czernowitz.

Bezirks-Krankenkasse Feldsberg, vertreten durch Obmann Johann Lammel.

Bezirks-Krankenkasse Floridsdorf, vertreten durch Obmann-Stellvertreter Franz Bretschneider und den Sekretär Mathäus Jiszda, Wien-Floridsdorf.

Bezirks-Krankenkasse Friedland, vertreten durch Sekretär Karl Hänsel.

Bezirks-Krankenkasse Gablonz, vertreten durch Sekretär Karl Hänsel.

Bezirks-Krankenkasse I. in Graz, vertreten durch Sekretär Josef Pongratz.

Bezirks-Krankenkasse Karlsbad, vertreten durch den Obmann Alfred Doroschkin.

Bezirks-Krankenkasse Kratzau, vertreten durch Sekretär Karl Hänsel, Kratzau (Böhmen).

Bezirks-Krankenkasse Lesina, Lesina (Dalmatien).

Digitized by Google

Bezirks-Krankenkasse Lussinpiccolo, vertreten durch den Leiter Franz Halouska.

Bezirks-Krankenkasse Neuhofen a. d. Krems, Ober-Österreich, vertreten durch den Kassier und Rechnungsführer Anton Habl.

Bezirks-Krankenkasse Parenzo, vertreten durch k. k. Bezirkskommissär Dr. Karl Lusina.

Bezirks-Krankenkasse Reichenberg, vertreten durch Sekretär Karl Hänsel.

Bezirks-Krankenkasse Saaz, vertreten durch den Beamten Anton Dietl.

Bezirks-Krankenkasse Spalato, vertreten durch den Obmann Johann Miotto.

Bezirks-Krankenkasse Tannwald, vertreten durch Sekretär Karl Hänsel, Tannwald (Böhmen).

Bezirks-Krankenkasse Teplitz-Schönau, vertreten durch den Obmann Herrn Josef Seliger, Teplitz.

Bezirks-Krankenkasse Triest.

Biel Dr. Carl, Direktor der k. k. priv. Versicherungs-Gesellschaft „Österr. Phönix", Wien, I. Riemergasse 2.

Bielohlawek Hermann, Landesausschuß, Landtagsabgeordneter, Vertreter des N.-Ö. Landesausschusses, Wien, I. Petersplatz 4.

Bien Dr. Friedrich, Hof- und Gerichtsadvokat, Wien, I. Rudolfsplatz 12.

Bienert Filip, Obmann der Allgemeinen Arbeiter-Krankenkasse Reichenberg, Reichenberg, Ehrlichstraße 16.

Bing Alfred, Wien, III. Reisnerstraße 25.

Bing Ernst, Direktor, Wien, II. Kaiser Josefstraße 41.

Bittner Franz M., Sekretär des Reichsverbandes der christlichen Arbeitervereine Österreichs, Religionslehrer, Wien, VII. Westbahnstraße 40.

Blaschek Dr. Karl, Zentral-Direktor der Brüxer Kohlenbergbau-Gesellschaft, Brüx, Bahnhofstraße.

Blaschke Dr. Ernst, k. k. Regierungsrat im Ministerium des Innern, Professor an der Technischen Hochschule, Wien, IX. Michelbeuerngasse 4.

Digitized by Google

Blaschke Friederike, Fabrikantensgattin, Wien, V. Ramperstorffergasse 46.

Blaschke Jacob, Motorenfabrikant, Wien, V. Ramperstorffergasse 46.

Blazincic Josef, k. k. Kommerzialrat, k. u. k. Hof-Posamentierwaren-Lieferant, Wien, VII. Stiftgasse 31.

Bliženec Josef, k. k. Statthaltereirat, Prag, III.

Bliženec Mathilde, Statthaltereirats-Gattin, Bubentsch bei Prag, Nr. 154.

Bock Alois, Fuhrwerker, Vorstandsmitglied der Arbeiter-Unfall-Versicherungsanstalt für Nieder-Österreich, Wien, X. Dampfgasse 5.

Bombelles Markus Graf, Verwaltungsrat des „Österreich. Phönix", Wien, V. Margarethenstraße 55.

Bondy Heinrich, Chef der Firma Glass & Bondy, Neustadt a. d. Mettau.

Bondy Léon, prov. Vorsitzender der Handels- und Gewerbekammer in Prag, Gesellschafter der Firma L. G. Bondy Prag, VII. Bubenská ulice 415.

Boschan Wilhelm von, Großhändler, Wien, I. Parkring 18.

Bourgoing Jean Baron de, Verwaltungsrat der Versicherungs-Gesellschaft „Allianz", Wien, III. Metternichgasse 8.

Brandeis Richard, technischer Direktor des Österr. Verein für chemische und metallurgische Produktion in Aussig, Aussig, Karlsgasse.

Brandis Carl Graf, Verwaltungsrat des „Österr. Phönix", Wien, III. Hauptstraße 12.

Brauherrn-Verein für Wien u. Umgebung, I. Kärntnerstr. 23.

Bretschneider Franz, Obmann-Stellvertreter der Floridsdorfer Bezirks-Krankenkasse, Wien, XXI. Hamerlinggasse 7.

Briess Wilhelm, Vize-Präsident der Handes- und Gewerbekammer Olmütz, Olmütz, Parkstraße 4.

Brod Jakob, Sekretär des Verbandes der Arbeiter-Kranken- und Unterstützungskassen Österreichs, Wien, VI. Gumpendorferstraße 62.

Bromovský Josef, Maschinenfabrikant, Prag, II. Hybernergasse 40.

Digitized by Google

Brozius Sohn, N., Wagenfabrik, Pilsen.

Bruderlade der Erzh. Albrecht'schen Berg- und Hüttenwerke Teschen, Vorstand der, Teschen.

Bruderlade der Eisenwerke Komorau, C. T. Petzold & Co., Komorau.

Bruderlade für den Vordernberger Bergbau- und Hüttenbetrieb, Vordernberg.

Brüxer Kohlenbergbau-Gesellschaft, vertreten durch den Zentral-Direktor Dr. Karl Blaschek, Brüx.

Buchmüller Josef, kaiserlicher Rat, Wien, I. Wipplingerstr. 5.

Bührlen Hermann, öffentlicher Gesellschafter der Firma Vogel & Noot, Wien, I. Landskrongasse 5.

Bürgerliche Troppauer Bierbrau-Gesellschaft, Troppau.

Bujatti Hermann, Wien, VII. Zieglergasse 8.

Bujatti Theodor, Wien, VII. Zieglergasse 8.

Bund österreichischer Industrieller, Wien, I. Seilerstätte 16.

Bund österreichischer Industrieller, Sektion Aussig, vertreten durch den Sekretär Franz Fiedler.

Bund österreichischer Industrieller, Sektion Brünn, Brünn, Bahnring 6.

Bund österreichischer Industrieller, Sektion Teplitz, vertreten durch den Obmann k. k. Kommerzialrat Reginald Czermack, Teplitz.

Bungers Dr. Hans, Vertreter der Kölnischen Zeitung, Wien, XIII. Pierrongasse 13.

Bunzel Dr. Julius, k. k. Finanzprokuraturs-Konzipient, Graz.

Burda Karl, Konzeptive Hilfskraft des Genossenschafts-Instruktors des k. k. Handelsministeriums, Prag-Smichov, Jeronymova-ul. 10.

Busch Gustav, Beamter der Gremial-Krankenkassa der Wiener Kaufmannschaft, Wien, I. Helferstorferstraße 13.

Carus Dr. Fritz, k. k. Regierungsrat, I. Sekretär der Handels- und Gewerbekammer in Reichenberg, Reichenberg, Kaiser Josefstraße.

Caspaar Dr. Moriz, Generalsekretär der Österr. Alpinen Montangesellschaft, Wien, I. Kärntnerstraße 55.

Digitized by Google

Častotický Philipp, Eisenbahndirektor, Wien, II. Ferdinandsstraße 31.

Cerny Wilhelm, Monteur, Alt-Lieben bei Karolinental (Böhmen).

Chiari Dr. Karl, Reichsrats-Abgeordneter, Wien, VI. Mariahilferstraße 28.

Chlumecky Leopold Freiherr von, k. k. Statthalterei-Sekretär, Wien, I. Parkring 16.

Chotek Ferdinand Graf, Gutsbesitzer, Volšow bei Schüttenhofen.

Chwala August, Buchdruckereibesitzer, Wien, VII. Westbahnstraße 9.

Clanner Dr. Stefan von, Bezirkshauptmann, Prag, Statthalterei.

Claus Albrecht, Beauftragter der Arbeiter-Unfallversicherungsanstalt für Nieder-Österreich, Wien, I. Schottenbastei 10.

Colbert Karl, Verwaltungsrat der Gesellschaft für graphische Industrie, Wien, VI. Gumpendorferstraße 87.

Conrad Dr. Otto, Konzipist der Handels- und Gewerbekammer in Reichenberg, Reichenberg, Goethestraße 3.

Coudenhove Richard Graf, Verwaltungsrat des „Österreichischen Phönix", Wien, I. Riemergasse 2.

Czaslawsky Karl, kaiserlicher Rat, Sekretär-Stellvertreter der niederösterreichischen Handels- und Gewerbekammer i. P., Wien, VI. Fügergasse 4.

Czech Dr. Arnold, Wien, XVII. Hauptstraße 39.

Czech Dr. Ludwig, Advokat, Obmann der Bezirkskrankenkassa für den Stadt- und Landbezirk Brünn, Brünn, Franz Josefstraße 24/26.

Czepek Franz, Abteilungsvorstand-Stellvertreter der Arbeiter-Unfallversicherungsanstalt für Nieder-Österreich, Wien, I. Schottenbastei 10.

Czermack Reginald, k. k. Kommerzialrat, Obmann der Sektion Teplitz des Bundes österreichischer Industrieller, ord. Mitglied der Reichenberger Handelskammer, Mitglied des Schiedsgerichtes der Arbeiter-Unfallversicherungsgesellschaft für das Königreich Böhmen, Teplitz in Böhmen.

Czerweny Franz, Verwaltungsrat der Solozündwaren- und Wichsefabriks-Aktiengesellschaft, Wien, IX. Althanplatz 6.

Digitized by Google

Czuber Emanuel, k. k. Hofrat und Professor an der technischen Hochschule, Wien, III. Metternichgasse 10.

Dampfschiffahrts-Gesellschaft des österreichischen Lloyd, vertreten durch den General-Agenten kaiserl. Rat Theodor Ritter v. Jarsch, Wien.

Dautlgraber Gottlieb, Obmann der Allgemeinen Arbeiter-Kranken- und Unterstützungs-Kasse Steyr, Steyr.

Decker Alois, Prokurist der Ersten Österreichischen Allgemeinen Unfallversicherungs-Gesellschaft, beh. autor. Versicherungstechniker, Wien, IX. Sechsschimmelgasse 24.

Demuth Dr. Adolf, II. Sekretär der Handels- und Gewerbekammer in Reichenberg, Reichenberg, Liebigsplatz.

Denk August, k. k. Kommerzialrat, Präsident des niederösterreichischen Gewerbevereines, Wien, VII. Seidengasse 33-35.

Denkstein Robert, Kanzlei-Offizial der niederösterreichischen Handels- und Gewerbekammer, Wien, I. Wipplingerstr. 34.

De Pers Karl, k. k. Ministerialrat im Ministerium des Innern, Wien, I. Schulhof 6.

Deutsch-Österreichische Mannesmannröhren-Werke, Komotau.

Dienenthal Otto, Fabrikant, Witkowitz in Mähren.

Dierzer Ritter von Traunthal, Dr. Josef, Fabriksbesitzer, Linz an der Donau, Promenade 25.

Dietl Anton, Beamter der Bezirks-Krankenkassa, Saaz.

Dietl Heinrich, Obmann der Bezirks-Krankenkassa, Aussig.

Dinzl Robert, Fabriksbesitzer, Wien, XVI. Hasnerstraße 57.

Dittrich Bruno, Direktor der Versicherungsgesellschaft „Providentia", Wien, I. Franz Josefs-Kai 11.

Dobner Adolf, kaiserlicher Rat, Direktor der Petroleum-Handelsgesellschaft Everth & Co., Wien, X. Leibnitzgasse 73.

Dobrowolny Viktor, stellvertretender Leiter der Zentralstelle zur Herstellung einer österreichischen Sterblichkeitstafel, Wien, I. Grünangergasse 1.

Dörr Karl, Klavierfabrikant, Verwaltungsrat des niederösterreichischen Gewerbevereines, Wien, VI. Hofmühlgasse 3.

Dolainski Ferdinand, Fabriksgesellschafter, Wien, X. Gudrunstraße 179.

Digitized by Google

Domaszewski Dr. Wacław, Direktor der galiz. Landesbank, Obmann der Arbeiter-Unfallversicherungsanstalt in Lemberg, Lemberg, Landesbank.

Donath Jakob, Rechnungsrat der k. k. schles. Landesregierung, Troppau, Johannesgasse 4.

„Donau", k. k. priv. österreichische Versicherungs-Gesellschaft in Wien, I. Wipplingerstraße 36/38.

Dorn Josef, k. k. Adjunkt im Ministerium des Innern, beh. autor. Versicherungs-Techniker, Wien, XVII. Dornbacherstraße 127.

Doroschkin Alfred, Obmann der Karlsbader Bezirkskrankenkasse, Leiter des „Karlsbader Badeblatt", Karlsbad.

Dreher Anton, Herrenhausmitglied, Großindustrieller, Schwechat bei Wien.

Duschnitz Max, kaiserlicher Rat, Fabriksbesitzer, Wien, XIX. Dollinergasse 5.

Dzieditzer Montangewerkschaft, vertreten durch Dr. Alois Hilf, Mährisch-Ostrau.

Eder Adolf, Adjunkt der Arbeiter-Unfallversicherungsanstalt für Nieder-Österreich, Wien, I. Schottenbastei 10.

Eger Dr. Alexander Ritter von, k. k. Hofrat, Generaldirektor der Südbahn, Handelskammerrat, Wien, XIII. Leopold Müllergasse 10.

Egger Bela, Verwaltungsrat der Verein. Elektr. A.-G., Wien, IV. Louisengasse 25.

Egger Eduard, Direktor-Stellv. der Waggonbau-Akt.-Ges., Wien, XI. Hauptstraße.

Ehrenfest Arthur, Zivil-Ingenieur, Wien, IV. Louisengasse 25.

Ehrenteil Emanuel, Direktor der „Universale" allgem. Volksvers.-Ges., Wien, I. Schottenring 8.

Ehrlich Dr. Sigmund, Schriftsteller, Wien, III. Veithgasse 11.

Eisenschitz Wilhelm, Direktor der Lebensversicherungs-Ges. „Allianz", Wien, I. Helferstorferstraße 1.

Eisner Adolf, kaiserl. Rat, Fabriksbesitzer, Pilsen, Stefanspromenade 9.

Digitized by Google

Eisner Dr. Julius, Sekretär der k. k. priv. Kaiser Ferd.-Nordbahn, als Vertreter der Berg-Direktoren-Konferenz des Ostrau-Karwiner Steinkohlenreviers, Mähr.-Ostrau.

Elbogen Richard, k. k. Kommerzialrat, Fabriksbesitzer, Prag, Heuwagsplatz 2.

Eldersch Mathias, Reichsratsabgeordneter, Sekretär der Bezirkskrankenkassa für den Stadt- und Landbezirk Brünn, Brünn, Franz Josefstraße 24/26.

Ellissen Eduard, Ingenieur, Wien, I. Opernring 17.

Ellissen Karl, Fabriksbesitzer, Wien, I. Elisabethstraße 16.

Ellmann Dr. Max, Arzt, Wien, XVII. Hauptstraße 132.

Elsinger Friedrich, k. k. Kommerzialrat und Handelskammerrat, Fabrikant, Wien, XIII. Wattmanngasse 17.

Enenkel Dr. Karl, Sekretär der Handels- und Gewerbekammer Triest, Triest, via del Canal piccolo 1.

Engel Emil M., Handelskammerrat, k. u. k. Hofbuchdrucker, Wien, I. Schottenring 16.

Englisch Ferdinand, Werkführer, Wien, III. Untere Weißgärberstraße 6.

Engst Wilhelm, Zuckerfabriks-Direktor, Brüx, Teplitzerstraße.

Erhard Alfons, Brauerei-Direktor, Klein-Schwechat bei Wien.

Erste Neustädter mechanische Bundweberei Glass & Bondy, vertreten durch den Firmenchef Heinrich Bondy, Neustadt a. d. Mettau.

Erste österreichische allgemeine Unfallversicherungsgesellschaft, vertreten durch den General-Direktor Hermann Gentilli, den I. Prokuristen Dr. Maximilian Gold und den Oberbeamten Alois Decker, Wien.

Escherich Dr. Gustav, k. k. Hofrat und Universitäts-Professor, Wien, I. Doblhoffgasse 7.

Ewert Max, Sekretär der berufsgenossenschaftlichen Unfallversicherungsanstalt der österreich. Eisenbahnen, Wien, I. Gauermanngasse 2.

Exler Franz, Tischlermeister, Präsident des Klubs der Industriellen für Wohnungseinrichtung, Verwaltungsrat des niederösterreichischen Gewerbevereins, Wien, V. Brandmayergasse 4.

Digitized by Google

Exner Dr. Wilhelm Franz, k. k. Sektionschef, Herrenhausmitglied, Wien, IX. Währingerstraße 59.

Faber Carl, Fabriksbesitzer, Wien, IV. Schwindgasse 5.

Fachini Dr. Roman, k. k. Gerichtsadjunkt, Wien, IV. Alleegasse 62.

Falkowicz Philipp, kaiserl. Rat, Mitglied der Handels- und Gewerbekammer in Prag, Prag, Wenzelsplatz 57.

Falser Stefan Ritter von, Rat am Verwaltungsgerichtshof, Wien, I. Burgring. 9.

Fasbender Mathias, Fabriksdirektor, Linz, Blumauerstraße 15.

Felderer Siegmund, Abteilungsvorstand-Stellvertreter der Arbeiter-Unfallversicherungsanstalt für Nieder-Österreich, Wien, I. Schottenbastei 10.

Felsenstein Wilhelm, kaiserl. Rat, Zentralinspektor der Nordwestbahn i. P., Wien, VIII. Josefstädterstraße 66.

Feyrer Johann Edler von, Mitglied des steiermärkischen Landesausschusses und Obmann-Stellvertreter der Arbeiter-Unfallversicherungsanstalt für Steiermark und Kärnten, Graz, Landhaus.

Fiakergenossenschaft, vertreten durch den Vorstand Franz Himmelmayer, Wien.

Fiedler Franz, Sekretär der Sektion Aussig des Bundes österreichischer Industrieller, Professor an der Aussiger Handelsakademie, Aussig, Grillparzerstraße 10.

Fillunger Dr. August, k. k. Bergrat und Zentral-Direktor der Witkowitzer Steinkohlengruben, Mähr.-Ostrau.

Fischer Felix, kaiserl. japanischer Konsul, Fabriksbesitzer, Wien, III. Reisnerstraße 57.

Fischer Konrad, Beamter der Arbeiter-Unfallversicherungsanstalt für Nieder-Österreich, Wien, I. Schottenbastei 10.

Fleminger Bernhard, Vertreter der Bezirks-Krankenkasse Czernowitz, Czernowitz.

Flemmich Ferdinand, Seidenwarenfabrikant, Römerstadt, Mähren.

Franck Söhne Heinrich, Linz a. d. Donau.

Frank Joseph von, Direktor der städtischen Kaiser Franz Joseph-Jubiläums-Lebens- und Rentenversicherungsanstalt, Wien, I. Tuchlauben 10.

Digitized by Google

Frankl & Söhne A. Herm., Eisen-Großhandlung, Wien, II. Rueppgasse 11.

Frantz Theodor, Sekretär der berufsgenossenschaftlichen Unfallversicherungsanstalt der österreichischen Eisenbahnen, Wien, I. Gauermanngasse 2.

Fried Leo, Fabriksbesitzer, Arnau a. E. (Böhmen).

Fries Dr. Alfred Ritter von, k. k. Sektionsrat im Ministerium des Innern, Wien, I. Kolowratring 8.

Friess Dr. Heinrich, Zuckerfabrikant, Wien, IV. Hechtengasse 7.

Fuchshuber Josef, Anstaltsleiter der n.-ö. Landes-Lebens- und Renten-Versicherungsanstalt, Wien, II. Valeriestraße 58.

Fürer von Haimendorf Dr. Rudolf Ritter von, k. k. Landesregierungskonzipist, Troppau, Liechtensteinstraße.

Fürnstein Franz, Direktor-Stellvertreter der Waggonbau-Fabriks-Aktiengesellschaft in Simmering, Wien, XI.

Fürth Bernard, Fabrikant, Wien, I. Börsegasse 14.

Fürth Emil, k. k. Kommerzialrat, Papierfabrikant, Pilsen.

Fürth Dr. Emil Ritter von, Hof- und Gerichtsadvokat, Wien, I. Bartensteingasse 8.

Fürth Dr. Hugo, Wien, I. Rathausstraße 7.

Fuhrmann Moriz, Fabrikant, Brünn, Zeile 72.

Fux Dr. Hugo, Landeshauptmann-Stellvertreter, Präsident der Landes-Versicherungsanstalten, Brünn.

Gaertner Nicolaus, Fabriksbesitzer, Thalgau-Salzburg.

Gamper Viktor, k. k. Adjunkt im Ministerium des Innern, Wien, III. Keinergasse 4.

Gasteiger Otto von und zu Raabenstein und Kobach, k. k. Statthaltereirat im Handelsministerium, Wien, I. Sonnenfelsgasse 11.

Gattnar Dr. Josef, k. k. Berghauptmann, Klagenfurt, Herrengasse 9.

Gehilfenkrankenkassa der Genossenschaft der Hutmacher, vertreten durch Emanuel Pinka, Wien.

Gehilfenkrankenkassa der Genossenschaft der Maschinenbauer und Mechaniker, vertreten durch den Obmann Anton Lieger, Wien.

Digitized by Google

Gehilfenkrankenkassa der Genossenschaft der Schuhmacher Wiens, vertreten durch den Obmann Heinrich Möller.

Gehilfenkrankenkassa der Genossenschaft der Tapezierer, vertreten durch den Delegierten Anton Grolig, Wien.

Gehilfenkrankenkassa der Genossenschaft der Tischler, vertreten durch Johann Mateju, Wien.

Gehilfenkrankenkassa der Wiener Fleischselchergenossenschaft, vertreten durch Franz Knauer, Wien.

Gehilfenkrankenkassa der Wiener Gastwirtegenossenschaft, vertreten durch den Obmann Hans Preyer, Wien.

Gemeinsame Verwaltung der Genossenschaftskrankenkassen Wiens, vertreten durch den Sekretär Leop. Klarmann, Wien.

Genossenschaft der Fleischselcher etc. in Wien, vertreten durch den Vorsteher Joh. Kiselak.

Genossenschaftliche Krankenkassa der Bäcker, vertreten durch den Obmann Josef Röckl, Wien.

Genossenschaftliche Krankenkassa der Handschuh- und Bandagenmacher Wiens, vertreten durch den Obmann Adolf Kummerer.

Genossenschaftliche Krankenkassa der Kleidermachergehilfen Wiens, vertreten durch das Vorstandsmitglied Josef Predota, Wien.

Gentilli Hermann, General-Direktor der Ersten österreichischen allgemeinen Unfallversicherungsgesellschaft, Wien, I. Bauernmarkt 3.

Gerhardus Fritz, k. k. Kommerzialrat, Wien, II. Stefaniestraße 9.

Gerö Leo, beh. autor. Versicherungstechniker, Direktor-Stellvertreter der Wiener Lebens- und Renten-Versicherungsanstalt, Wien, I. Opernring 19.

Gewerbegenossenschaft Gruppe I (Bau-, Maurer-, Zimmermeister etc.), Czernowitz, Rathausstraße.

Gewerbeverein Bielitz-Bialer, Bielitz.

Gewerbeverein Mährischer, Brünn, Deutsches Haus.

Gewerbeverein Steiermärkischer, Graz, I. Franzensplatz 2.

Digitized by Google

Gintl Professor Dr. Wilhelm, k. k. Hofrat, Herrenhausmitglied, Präsident des Österreichischen Vereines für chemische und metallurgische Produktion in Aussig, Prag, Zeltnergasse 600/I.

Ginzkey Alfred, Großindustrieller, Maffersdorf bei Reichenberg (Böhmen).

Ginzkey Willy, Herrenhausmitglied, Großindustrieller, Maffersdorf bei Reichenberg (Böhmen).

Gisela-Verein zur Ausstattung heiratsfähiger Mädchen in Wien, I. Franz-Josefs-Kai 13.

Glas Dr. Josef, Untersuchungsarzt der Arbeiter-Unfall-Versicherungsanstalt, Wien, VIII. Alserstraße 45.

Glaser Adolf, Adjunkt der Staats-Eisenbahn-Gesellschaft, Obmann-Stellvertreter der Allgemeinen Arbeiter-Kranken- und Unterstützungs-Kasse in Brünn, Brünn, Jusagasse 8a.

Glasindustrie, Aktien-Gesellschaft für, vormals Friedrich Siemens, Neusattel bei Elbogen.

Glöckel Otto, Beamter der Arbeiter-Unfall-Versicherungsanstalt für Nieder-Österreich, Wien, I. Schottenbastei 10.

Gniewosz-Olexow Wladimir Ritter von, k. u. k. Kämmerer und Reichsratsabgeordneter, Wien, IX. Sensengasse 8.

Gniewosz-Olexow Wladimir Ritter von jun., Drohobycz (Galizien), k. k. Bezirkshauptmannschaft.

Götzinger Dr. Karl, Konsulent der n.-ö. Handels- und Gewerbekammer, Wien, I. Wipplingerstraße 34.

Gold Dr. Maximilian, Rechtsanwalt und I. Prokurist der „Ersten österreichischen allgemeinen Unfall-Versicherungs-Gesellschaft, Wien, I. Brandstätte 7.

Goldschmied Siegmund, Vorstandsmitglied der Krankenkasse der Wiener Bankbeamten, Wien, I. Börsegasse 3.

Gonzenbach Oskar von, Fabriksbesitzer, Vorstandsmitglied der Arbeiter-Unfallsversicherungs-Anstalt für Ober-Österreich, Salzburg, Tirol und Vorarlberg, Aichberg-Steyrermühle (Ober-Österreich).

Goßler Johann, Direktor der k. k. priv. Lebens-Versicherungsgesellschaft „Österreichischer Phönix", Wien, I. Riemergasse 2.

Digitized by Google

Grab Emanuel, k. k. Kommerzialrat, Prag, Pflastergasse 2.

Gremial-Krankenkasse der Lithographen, Stein- und Kupferdruckergehilfen Wiens, vertreten durch den Kassenvertreter Karl Mühlberger, Wien.

Gremial-Krankenkasse der Wiener Kaufmannschaft, vertreten durch die Vorstandsmitglieder Karl Pick und Otto Popper, ferner durch die Beamten Gustav Busch und Johann Ruzicka, Wien.

Grohmann & Cie., k. k. priv. Leinen- und Baumwollzwirne und Flechtwaren-Fabrik, Würbenthal (Österr. Schlesien).

Grolig Anton, Delegierter der Gehilfen-Krankenkasse der Genossenschaft der Tapezierer, Wien, IX. Lustkandlgasse 44.

Gross Dr. Gustav, k. k. Universitäts-Professor, Reichsratsabgeordneter, Wien, VIII. Landesgerichtsstraße 11.

Grünfeld Arnold Anton, kaiserlicher Rat, Präsident der Aktien-Lederfabrik, Brünn.

Gruenfeld Dr. Paul Stefan, Konzipist des Zentralverbandes der Industriellen Österreichs, Wien, VIII. Josefstädterstraße 66.

Gschnitzer Richard, Direktor der Lebens- und Renten-Versicherungsgesellschaft „Globus", Wien, I. Franz Josefs-Kai 15.

Günther Otto, k. k. Oberbaurat, Wien, XIII. Elßlergasse 9.

Gussenbauer Hermann, Direktor der Lokomotivfabrik in Floridsdorf bei Wien.

Gutmann Max Ritter von, k. k. Bergrat, Wien, XIX. Colloredogasse 24.

Haas Julius, n.-ö. Oberlandesrat und Direktor der n.-ö. Landes-Versicherungsanstalten, Wien, I. Löwelstraße 14.

Haas & Söhne Philipp, Aktiengesellschaft der k. k. priv. Teppich- und Möbelstoff-Fabriken, vorm., Wien.

Haase Dr. Theodor, Reichsrats-Abgeordneter, mähr.-schles. Superintendant, Teschen (Österr. Schlesien).

Haberditzl Andreas, Oberinspektor der Arbeiter-Unfallversicherungsanstalt für Nieder-Österreich, Wien, I. Schottenbastei 10.

Haberler Dr. Franz Ritter von, k. k. Landes-Sanitätsreferent, Innsbruck, Adolf Pichlerstraße 6.

Digitized by Google

Habermann Dr. Georg, Sekretär der Handels- und Gewerbekammer, Eger, Schanzstraße.

Habl Anton, Kassen- und Rechnungsführer der Bezirks-Krankenkasse, Neuhofen an der Krems (Ober-Österreich).

Hänsel Karl, Sekretär der Bezirkskrankenkasse in Reichenberg, Vertreter der Bezirkskrankenkassen in Reichenberg, Friedland, Gablonz, Tannwald und Kratzau, Reichenberg, Wallensteinstraße 9.

Haerdtl Dr. Theodor, Sekretär des Vereines der Montan-, Eisen- und Maschinen-Industriellen, Wien, I. Nibelungengasse 13.

Haider Josef, kaiserlicher Rat, Kaufmann, Wien, I. Spiegelgasse 15.

Hainisch Dr. Michael, Wien, III. Lagergasse 1.

Hall Dr. Hans, Direktor der Lebens- und Renten-Versicherungsgesellschaft „Der Anker", Wien, I. Franz Josefs-Kai 15.

Hallwich Dr. Hermann, k. k. Hofrat und Präsident des Zentralverbandes der Industriellen Österreichs, Wien, I. Reichsratsstraße 5.

Halouska Franz, Leiter und Gerent der Bezirks-Krankenkasse, Lussinpiccolo, via Squeri 112.

Hamburger Fritz, k. k. Kommerzialrat, Wien, I. Maximilianstraße 7.

Hanausek Eduard, Professor, Wien, IV. Starhemberggasse 38.

Handels- und Gewerbekammer in Bielitz, vertreten durch Herrn Adolf Mänhard.

Handels- und Gewerbekammer in Brody, vertreten durch den Sekretär Dr. Stanislaus Rittel, Brody.

Handels- und Gewerbekammer in Brünn, Brünn, Basteigasse 7.

Handels- und Gewerbekammer in Czernowitz.

Handels- und Gewerbekammer in Eger, vertreten durch Sekretär Dr. Georg Habermann.

Handels- und Gewerbekammer in Görz.

Handels- und Gewerbekammer in Graz, Graz, Neutorgasse 57.

Handels- und Gewerbekammer in Innsbruck.

Handels- und Gewerbekammer in Laibach, vertreten durch den Sekretär Dr. Viktor Murnik, Laibach.

Digitized by Google

Handels- und Gewerbekammer in Lemberg, vertreten durch den Sekretär Dr. Ladislaus Stesłowicz, Lemberg.

Handels- und Gewerbekammer in Leoben, vertreten durch den Sekretär Otto Mayer.

Handels- und Gewerbekammer in Olmütz, vertreten durch den Präsidenten Robert Primavesi und den Vizepräsidenten Wilhelm Briess, Olmütz.

Handels- und Gewerbekammer in Pilsen, vertreten durch den Sekretär kaiserlichen Rat Dr. Karl Vogel, Pilsen.

Handels- und Gewerbekammer in Prag, vertreten durch den prov. Vorsitzenden Herrn Léon Bondy, den Sekretär Regierungsrat Dr. Rudolf Hotowetz und den Vize-Sekretär Dr. Rudolf Pilbauer.

Handels- und Gewerbekammer in Reichenberg, vertreten durch den Präsidenten Alois Neumann, den I. Sekretär k. k. Regierungsrat Dr. Fritz Carus, den II. Sekretär Dr. Adolf Demuth und den Konzipisten Dr. Otto Conrad.

Handels- und Gewerbekammer in Rovereto.

Handels- und Gewerbekammer in Salzburg, vertreten durch den Sekretär Dr. Alexander Schüller, Salzburg.

Handels- und Gewerbekammer in Triest, vertreten durch den Sekretär Dr. Karl Enenkel.

Handels- und Gewerbekammer in Wien, vertreten durch den Präsidenten und Reichsratsabgeordneten Julius Ritter von Kink, den I. Sekretär Regierungsrat Dr. Rudolf Maresch, den II. Sekretär Richard Riedl, den III. Sekretär Dr. Max Tayenthal, den Sekretär-Stellvertreter Dr. Erich Pistor, die Konsulenten Dr. Rudolf Ziegler, Dr. Eugen Herz, Dr. Gustav Mikusch und Dr. Karl Götzinger, die Konzipisten Dr. Anton Sattler-Dornbacher und Dr. Sauter Hermann Edler von Riedenegg, den Kanzlei-Direktor Dr. Rudolf Markbreiter und den Kanzlei-Offizial Robert Denkstein.

Hansel Moriz und Söhne, Aktiengesellschaft für Textilindustrie, Wien, IX. Kolingasse 19.

Harpke Anton von, k. k. Kommerzialrat, Fabriksbesitzer, Wien, VII. Hermanngasse 36.

Digitized by Google

Haschek Alois, Beauftragter der Arbeiter-Unfall-Versicherungsanstalt für Nieder-Österreich, Wien, I. Schottenbastei 10.

Hasenöhrl Dr. Richard, k. k. Sektionschef im Handels-Ministerium, Wien, I. Postgasse 8.

Hatschek Josef, k. k. Kommerzialrat und Handelskammerrat, Chef der Troppauer Jutefabrik „Gebr. Hatschek", Wien, I. Rathausstraße 13.

Haubner JUDr. Jakob, k. k. Regierungsrat und Direktor der Arbeiter-Unfall-Versicherungs-Anstalt für das Königreich Böhmen, Prag.

Hauck C. J., Chef-Redakteur der „Arbeit", Wien, XIII. Wenzgasse 24.

Hauptfleisch Johann, k. k. Regierungsrat, Wien, X. Eugengasse 81.

Hauser Karl, Brauerei-Direktor, Vorstandsmitglied der Arbeiter-Unfall-Versicherungsanstalt für Ober-Österreich, Salzburg, Tirol und Vorarlberg, Zipf, Post Redl-Zipf (Ober-Österr.).

Hecke Dr. Wilhelm, Magistrats-Oberkommissär, Wien, XVIII. Gentzgasse 12.

Heidler Artur, k. k. Hof- und Ministerialrat, Wien, XII. Tivoligasse 20.

Hejtmánek Fr., kaiserlicher Rat und Präsident des Brauindustrievereines für das Königreich Böhmen, Smichow bei Prag.

Heller E., Direktor der A.-E.-G.-Union-Elektrizitäts-Gesellschaft, Wien, VI. Gumpendorferstraße 6.

Hendrych Hans, Adjunkt der Arbeiter-Unfall-Versicherungsanstalt für Nieder-Österreich, Wien, I. Schottenbastei 10.

Henriquez Hugo Paul von, Vize-Sekretär im k. k. Ministerium des Innern, Wien, VI. Gumpendorferstraße 34.

Hentl Friedrich Ritter von, k. k. Statthaltereirat, Wien, VI. Windmühlgasse 2a.

Hering Franz, Direktor der Firma F. Ringhoffer, Smichow bei Prag.

Herring Freiherr von Frankensdorf Ernst, Präsident des „Österreichischen Phönix", Wien, IV. Heugasse 36.

Herrnheiser Dr. Karl, Advokat und Referent des Bundes österreichischer Industrieller, Prag, Havlíčekplatz 10.

Digitized by Google

Herrnritt Dr. Rudolf von, k. k. Professor an der Universität und der technischen Hochschule, Wien, VII. Neustiftgasse 21.

Herz, Frau, Direktorsgattin, Wien, XIII. Hütteldorferstraße 74.

Herz Dr. Eugen, Konsulent der n.-ö. Handels- und Gewerbekammer, Wien, I. Wipplingerstraße 34.

Herz Julius, Direktor der Bodenkredit-Anstalt, Handelskammerrat, Wien, I. Lichtenfelsgasse 1.

Herzfelder Hugo, Handelskammerrat, Wien, I. Lothringerstraße 3.

Hess-Diller Friedrich Freiherr von, Baden bei Wien, Trostgasse 17.

Heyer Karl, Abteilungs-Vorstand-Stellvertreter der Arbeiter-Unfall-Versicherungs-Anstalt für Nieder-Österreich, Wien, I. Schottenbastei 10.

Hiemer Franz, Oberinspektor der Arbeiter-Unfall-Versicherungs-Anstalt für Nieder-Österreich, Wien, I. Schottenbastei 10.

Hilari Julius, Privat-Beamter, Vertreter der allgemeinen steiermärkischen Arbeiter-Kranken- und Unterstützungskasse, Zentrale Graz, Graz, Keplerstraße 45.

Hilf Dr. Alois, Vertreter der „Dzieditzer Montangewerkschaft", Mährisch-Ostrau.

Hilfsarbeiter-Krankenkasse der Genossenschaft der Friseure, Raseure und Perückenmacher, vertreten durch Obmann Alscher Karl.

Hillmayr Dr. Wilhelm Ritter von, k. k. Adjunkt des Ministeriums des Innern, beh. autorisierter Versicherungstechniker, Wien, I. Judenplatz 3/4.

Himmelmayer Franz, Vorsteher der Fiaker-Genossenschaft und Handelskammerrat, Wien, XVIII. Martinstraße 96.

Hirsch Ernst, Inhaber der Firma D. G. Fischel Söhne, Wien, I. Reichsratsstraße 1.

Hirsch Moriz, Spediteur, Wien, I. Reichsratstraße 1.

Hochenegg Carl, o. ö. Professor und Oberbaurat, Wien, XIII. Lainzerstraße 57.

Hock Paul Freiherr von, Rat des k. k. Verwaltungsgerichtshofes, Wien, VII. Neustiftgasse 31.

Digitized by Google

Hoenig Max, General-Sekretär des Zentralverbandes der Industrieellen Österreichs, Wien, VI. Königseggasse 11.

Hofer Friedrich, General-Repräsentant der Lebens-Versicherungs-Gesellschaft „La Royal Belge", Wien, I. Wallfischgasse 8.

Hofherr Rudolf, Maschinenfabrikant, Wien, X. Erlachgasse 92.

Holeyšovsky Ritter von Slavětin Dr. Jakob, Sekretär der Arbeiter-Unfall-Versicherungs-Anstalt für das Königreich Böhmen, Prag, Pořič 7.

Holstein Eduard, Reichsratsabgeordneter und Verwaltungsrat des Versicherungs-Verbandes österreichischer und ungarischer Industrieller in Wien, Wien, IX. Peregringasse 4.

Homma Dr. Heinrich, Bürgermeister der Stadt Znaim, mähr.-schles. Landesadvokat, Znaim, Futtergasse 10.

Hořicky Dr. Ernst, k. k. Statthalterei-Konzipist, Brünn, Backhausgasse 6.

Hornung Eugen, Sekretär der Arbeiter-Unfall-Versicherungs-Anstalt für Nieder-Österreich, Wien, I. Schottenbastei 10.

Hotowetz Dr. Rudolf, k. k. Regierungsrat und Sekretär der Handels- und Gewerbekammer Prag, Prag, I. Pařižská 3.

Hradetzky Ottokar, Ingenieur, Betriebsleiter der städtischen Straßenbahnen, Obmann der Krankenkasse der städtischen Straßenbahnen, Wien, VIII. Strozzigasse 22.

Huber Karl, Adjunkt der Arbeiter-Unfall-Versicherungs-Anstalt für Nieder-Österreich, Wien, I. Schottenbastei 10.

Hüttemann Gottfried, k. k. Oberbergrat, Obmann des Vereines für die bergbaulichen Interessen im nordwestlichen Böhmen in Teplitz und Obmann des vereinigten Brüx—Dux—Oberleutensdorfer Bergrevieres in Brüx (Böhmen).

Hütterott Georg Ritter von, Präsident des Stabilimento Tecnico, Triest.

Hundt Karl, Direktor und Prokurist der Armaturen- und Maschinenfabriks-Aktien-Gesellschaft vormals J. A. Hilpert, Wien, X. Erlachgasse 117.

Hupka Dr. Josef, Privatdozent, Sekretär des österreichisch-ungarischen Verbandes der Privatversicherungs-Anstalten, Wien, VIII. Josefstädterstraße 23.

Digitized by Google

Inama-Sternegg Dr. Karl Theodor von, Geh. Rat, k. k. Sektionschef, Wien, III. Ungargasse 63.

Internationale Unfallversicherungs-Aktien-Gesellschaft, Wien, I. Weihburggasse 4.

Irmler Heinrich, Handelskammerrat, k. k. Hoftischler, Wien, XVIII. Währinger Gürtel 9.

Jahn Richard, kaiserlicher Rat, Fabriksbesitzer, Prag.

Jambor Friedrich, Beauftragter der Arbeiter-Unfall-Versicherungs-Gesellschaft für Nieder-Österreich, Wien, I. Schottenbastei 10.

Jarsch Theodor Ritter von, kaiserlicher Rat, General-Agent des österreichischen Lloyd, Wien, I. Freisingergasse 4.

Jehle Ludwig, kaiserlicher Rat, Dozent an der Brauerei-Akademie, k. k. Gewerbe-Inspektor, Wien, III. Salesianergasse 31.

Jellinek Dr. Adolf Vincenz, Sekretär der Arbeiter-Unfall-Versicherungs-Anstalt für Nieder-Österreich, Wien, I. Schottenbastei 10.

Jiszda Mathäus, Sekretär der Bezirkskrankenkasse, Wien, XXI. Rechte Eisenbahngasse 2a.

Josephy Gustav, k. k. Kommerzialrat, Landtags-Abgeordneter, Maschinenfabrikant, Bielitz, Fabriksgasse.

Joss M. & Löwenstein, Wäschefabrik, Prag, VII./481.

Junk David Valentin, k. k. Baurat, Wien, III. Hainburgerstraße 19.

Junker Carl, Redakteur der österr. Rundschau, Wien, III. Hauptstraße 6.

Jura F. A., Sekretär der Landes-Gewerkschaftskommission, Obmann der Allgemeinen Arbeiter-Kranken- und Unterstützungs-Kasse in Brünn, Brünn, Jusagasse 8.

Kaan Dr. Julius, k. k. Regierungsrat im Ministerium des Innern, Wien, I. Judenplatz 3/4.

Kaan Richard, Direktor-Stellvertreter der Arbeiter-Unfall-Versicherungs-Anstalt für Nieder-Österreich, Wien, I. Schottenbastei 10.

Kärntner Industrie- und Gewerbeverein, Klagenfurt.

Kaluza Dr. Andreas, k. k. Adjunkt im Ministerium des Innern, Wien, XVII. Geblergasse 20.

Digitized by Google

Karbus Václav, Obmann der „Obchodní a úřednická nemocenská pokladna“, Prag.

Karinger Johann, Magistrats-Oberkommissär, Wien, I. Rathaus.

Kast Johann Freiherr v., k. k. Ministerialsekretär, Wien, IV. Gußhausstraße 15.

Kaup Dr. Ignaz, k. k. Bezirksarzt und Privatdozent, Wien, IX. Zimmermanngasse 1.

Kerber Gustav, Bevollmächtigter für Österreich der Lebensversicherungs-Aktiengesellschaft „Germania“ zu Stettin, Wien, I. Lugeck 1.

Kern Franz, Mechaniker, Vorstandsmitglied der Arbeiter-Unfall-Versicherungsanstalt für Nieder-Österreich, Wien, XX. Engerthstraße 155.

Kerpely Anton Ritter von, Generaldirektor der Alpinen Montangesellschaft, Wien, I. Seilerstätte 17.

Kessler Arnold, kais. Rat, Direktor der Firma Thos. Cook & Son, Wien, XVIII. Cottagegasse 38.

Kestranek Wilhelm, Zentraldirektor der Prager Eisenindustrie-Gesellschaft, Wien, III. Metternichgasse 4.

Kienböck Dr. Viktor, Hof- und Gerichsadvokat, Wien, I. Kärntnerstraße 12.

Kink Julius Ritter von, kais. Rat, Präsident der n.-ö. Handels- und Gewerbekammer, Reichsratsabgeordneter, Wien, I. Wipplingerstraße 34.

Kirillo Klaudius, Sekretär des Verbandes der Genossenschaftskrankenkassen Wiens, Wien, VI. Königseggasse 10.

Kirschner Ferdinand Ritter von, k. und k. Direktions Sekretär, Wien, VIII. Laudongasse 42.

Kirschner Karl Otto, Fabriksbesitzer, Smichow bei Prag.

Kiselak Johann, Vorsteher der Genossenschaft der Fleischselcher usw., Wien, VIII. Lerchenfelderstraße 66/68.

Kitschelt Rudolf, kais. Rat, Vizepräsident der n.-ö. Handels- und Gewerbekammer, Reichsratsabgeordneter, Wien, VIII. Laudongasse 36.

Klaffensack Viktor, Müller, Andritz bei Graz (Pollak-Mühle).

Klang Dr. James, Verwaltungsrat der Versicherungs-Gesellschaft „Phönix“, Handelskammerrat, Wien, XIX. Blaasstraße 6.

Digitized by Google

Klarmann Leopold, Sekretär der „Gemeinsamen Verwaltung der Genossenschafts - Krankenkassen Wiens", Wien, VI. Königseggasse 10.

Klarwill Viktor Ritter von, Eigentümer des „Observer", Wien, I. Concordiaplatz 4.

Klein Dr. Adolf, Obmann des Krankenvereines der Ärzte Wiens, Wien, III. Hauptstraße 50.

Klein Freiherr von Wisenberg Franz, Verwaltungsrat des „Österr. Phönix", Schloß Wisenberg bei Zöptau (Mähren).

Klettenhofer Dr. Alois, Direktor der Arbeiter-Unfall-Versicherungs-Anstalt für Mähren und Schlesien, Brünn, Kröna 70.

Klima Alois, Ministerial-Adjunkt, Wien, III. Reisnerstraße 25.

Klinger Oskar von jun., Fabriksbesitzer, Neustadt an der Tafelfichte (Böhmen).

Klinger Oskar von sen., Großindustrieller, Neustadt an der Tafelfichte (Böhmen).

Klose Adolf, Beauftragter der Arbeiter-Unfall-Versicherungs-Anstalt für Nieder-Österreich, Wien, I. Schottenbastei 10.

Knall Dr. Adolf, Hof- und Gerichtsadvokat, Sekretär der Wiener städtischen Straßenbahnen, Wien, IV. Favoritenstraße 9.

Knauer Franz, Delegierter der Gehilfenkrankenkasse der Wiener Fleischselcher-Genossenschaft, Wien, XVII. Ottakringerstraße 16.

Knote Manfred, Direktor der Allgemeinen Versicherungsgesellschaft „Providentia", Wien, I. Biberstraße.

Kobatsch Dr. Rudolf, Sekretär des niederösterreichischen Gewerbevereins, Wien, I. Eschenbachgasse 11.

Köbel Erhard, Prokurist der Nesselsdorfer Wagenbau-Fabriks-Gesellschaft, Wien, I. Wollzeile 29.

Kögler Karl, k. k. Regierungsrat, Direktor der Arbeiter-Unfallversicherungsanstalt für Nieder-Österreich, Wien, I. Schottenbastei 10.

König Dr. Oskar, Direktor der Berufsgenossenschaftlichen Unfallversicherungsanstalt der österreichischen Eisenbahnen, Wien, VIII. Lederergasse 23.

Königsberger Richard, Direktor des „Giselavereins", Wien, I. Franz-Josef-Kai 13.

Digitized by Google

Koerber Dr. Ernst von, Geh. Rat, k. k. Ministerpräsident a. D., Wien, I. Rathausstraße 17.

Köstler Franz, Beauftragter der Arbeiter-Unfall-Versicherungsanstalt für Nieder-Österreich, Wien, I. Schottenbastei 10.

Koffmahn Max, Fabriksbesitzer, Wien, X. Inzersdorferstraße 40.

Kohlengewerkschaft Frauenlob-Schacht, Ladowitz, Böhmen.

Kohn Felix, Fabriksbesitzer, Wien, I. Elisabethstraße 24.

Kohnberger Salomon, kaiserlicher Rat und Fabriksbesitzer, Wien, IX. Liechtensteinstraße 44.

Kolowratnik Friedrich, Aspirant der Arbeiter-Unfallversicherungsanstalt für Nieder-Österreich, Wien, I. Schottenbastei 10.

Komarek August, Beauftragter der Arbeiter-Unfallversicherungsanstalt für Nieder-Österreich, Wien, I. Schottenbastei 10.

Konečny August, Obmann des Vorstandes der Arbeiter-Unfall-Versicherungsanstalt für Mähren und Schlesien, Brünn, Traubengasse 11 (Villa Dr. Blitzfeld).

Koppel Karl, k. k. Kommerzialrat, Kaufmann, Wien, I. Goldschmidgasse 4/6.

Kraft Max, o. ö. Professor i. R., Wien, III. Posthorngasse 6.

Krammer Franz, Prokurist der Firma Anton Poschacher, Wien, IV. Margarethenstraße 30.

Krankenkasse der gewerblichen Hilfsarbeiter der Zimmermeister, Wien, VI. Königseggasse 10.

Krankenkasse der Wiener Bankbeamten, vertreten durch das Vorstandsmitglied Siegmund Goldschmied.

Krankenkasse für Bedienstete und Arbeiter der Bau- und Betriebsgesellschaft für städtische Straßenbahnen in Wien, vertreten durch Betriebsleiter Ing. Ottokar Hradetzky, Kanzleivorstand Franz Rauscher, Instruktor Sebastian Besau und Magazins-Schaffer Johann Lehr.

Krankenverein der Ärzte Wiens, vertreten durch den Obmann Dr. Adolf Klein, Wien.

Kraut Heinrich, Beamter, Berndorf (Nieder-Österreich).

Kreibich Heinrich, Glas-Industrieller, Verw.-Rat des Niederösterreichischen Gewerbevereins, Wien, VI. Mariahilferstraße 47.

Digitized by Google

Križik Franz, kaiserlicher Rat, Fabriksbesitzer, Prag-Karolinental, Königstraße 131.

Kubiček Hans, Direktionsadjunkt der Arbeiter-Unfall-Versicherungsanstalt für Nieder-Österreich, Wien, I. Schottenbastei 10.

Kubinzky Eugen Baron, Chef der Firma Fried. Kubinzky, Prag.

Kubista Dr. Ignaz, Statthalterei-Konzipist, Prag III.

Kuefstein Franz Graf, Herrenhausmitglied, Viehofen, N.-Ö.

Künstler Dr. Josef, k. k. Sektionsrat im Finanzministerium, Wien, XVIII. Gentzgasse 40/42.

Kuffler Arthur, Prokurist der Firma Viktor Kuffler, Wien, I. Grillparzerstraße 11.

Kuhlemann Karl, Direktor der österr.-amerik. Gummifabrik-Aktien-Gesellschaft, Wien, Breitensee.

Kuhr Karl, Prokurist der Armaturen- und Maschinen-Fabriks-Aktien-Gesellschaft vorm. J. A. Hilpert, Wien, X. Erlachgasse 117.

Kummerer Adolf, Obmann der genossenschaftlichen Krankenkasse der Handschuh- und Bandagenmacher, Wien, XV. Robert Hamerlinggasse 7.

Kunschak Leopold, Gemeinderat der Stadt Wien, Wien, XVIII. Kreuzgasse 20.

Kunz Dr. Franz, k. k. Polizeikommissär, Wien, XIII. Hadikgasse 48.

Kunze Otto, k. k. Oberingenieur im Ministerium des Innern, Wien, I. Wipplingerstraße 21.

Kuranda Kamill, k. k. Ministrialrat im Eisenbahnministerium, Wien, I. Schillerplatz.

Kuttowitzer Kohlen-Gewerkschaft, Kuttowitz bei Schwaz (Böhmen).

Lambrecht Wilhem Heinrich, kaiserlicher Rat, k. k. Kommerzialrat, Fabriksbesitzer, Wien, III. Ungargasse 15.

Lammel Johann, Vorstands-Obmann der Bezirks-Krankenkasse Feldsberg, Feldsberg.

Landauer Dr. Walther, Direktions-Sekretär der Witkowitzer Bergbau- und Eisenhütten-Gewerkschaft, Witkowitz in Mähren.

Landeis Karl, Prokurist der Firma „Leopold Landeis", Wien, XII. Schönbrunnerstraße 179.

Digitized by Google

Landes-Ausschuß, n.-ö., vertreten durch den Landesausschuß Hermann Bielohlawek, Wien.

Landeskulturrat im Erzherzogtum Österreich ob der Enns, Linz.

Langer Dr. Hans, k. k. Regierungsrat und Krankenhausdirektor, Wien, IV. Favoritenstraße 30.

Lasetzky Heinrich, Beamter der Arbeiter-Unfallversicherungs-Anstalt für Nieder-Österreich, Wien, I. Schottenbastei 10.

Latzko Rudolf, k. k. Kommerzialrat, Fabrikant, Wien, I. Schottenring 17.

Laub Dr. Moritz, Arzt, Wien, III. Pragerstraße 14.

Laubek Franz, Gemeinderat der Stadt Wien und Genossenschaftsvorsteher, Wien, VI. Schmalzhofgasse 6.

Lauer Dr. Eugen, Vertreter der Bezirkskrankenkasse Czernowitz, Czernowitz.

Lay Franz Theodor, Sekretär im Hause Philipp Ritter von Schoeller, Wien, I. Wildpretmarkt 10.

Layer D. Max, k. k. Universitäts-Professor, Wien, VIII. Laudongasse 42.

Lebens- und Rentenversicherungs-Gesellschaft „Der Anker“, vertreten durch den Direktor Dr. Hans Hall, Wien.

Lebens-Versicherungs-Gesellschaft „Österreichischer Phönix“, k. k. priv., vertreten durch den Direktor Johann Gossler, Wien.

Lederer Eugen, Sekretär der Arbeiter-Unfallversicherungs-Anstalt für das Königreich Böhmen, Prag.

Lederer Gottlieb, Chef der Firma Lederer & Wolf, Wien, I. Rudolfsplatz 13A.

Lehr Johann, Magazins-Schaffer der städtischen Straßenbahnen, Vorstandsmitglied der Krankenkasse der städtischen Straßenbahnen, Wien, IV. Favoritenstraße 8.

Leißner Ferdinand, Sekretär des Verbandes der Genossenschafts-Krankenkassen Wiens, Wien, VI. Königseggasse 10.

Leiter Friedrich, Redakteur des „Neuen Wr. Tagblatt“, Wien, I. Rotenturmstraße „Steyrerhof“.

Lemberger Alois, mechanische Weberei, Wien, I. Schottenring 15.

Digitized by Google

Licht Dr. Stefan, Hof- und Gerichts-Advokat, Reichsratsabgeordneter, Wien, I. Schmerlingplatz 2.

Liebieg Johann Freiherr von, Verwaltungsrat des „Österreichischen Phönix", Reichenberg.

Liebscher Dr. Siegmund, Abteilungs-Vorstand-Stellvertreter der Arbeiter-Unfall-Versicherungs-Anstalt für Nieder-Österreich, Wien, I. Schottenbastei 10.

Liebwerth Dr. Jakob, Chefarzt der Versicherungs-Gesellschaft „La Royale Belge", Wien, IV. Paniglgasse 17.

Lieger Anton, Obmann der Gehilfenkrankenkasse der Genossenschaft der Maschinenbauer und Mechaniker, Wien, VI. Hirschengasse 18.

Lielacher Karl, Abteilungs-Vorstand-Stellvertreter der Arbeiter-Unfall-Versicherungs-Anstalt für Nieder-Österreich, Wien, I. Schottenbastei 10.

Liepsch Karl, Abteilungs-Vorstand-Stellvertreter der Arbeiter-Unfall-Versicherungs-Anstalt für Nieder-Österreich, Wien, I. Schottenbastei 10.

Lifka Viktor, Inspektor der Wiener städtischen Straßenbahnen, Wien, IV. Favoritenstraße 9.

Lobkowitz Fürst Ferdinand Zdenko, Sekretariat, Bilin (Böhmen).

Löw-Beer Rudolf, Fabrikant, Brünn, Czechnergasse 20.

Löwenberg Josef Karl, Generaldirektor der Lebens-Versicherungs-Gesellschaft „New-York", Wien, I. Graben 8.

Löwenberg Samuel, Chef-Redakteur der „Österr. Revue", Wien, I. Riemergasse 10.

Löwenthal Hermann, Zeitschriftenherausgeber, Wien, IX. Porzellangasse 49a.

Löwenthal Käthe, Wien, IX. Porzellangasse 49a.

Luber Karl, Handelskammerrat und Fabriksbesitzer, Wien, XIV. Beingasse 20.

Ludwig Wilhelm, k. k. Ministerialbeamter und behördl. aut. Versicherungstechniker, Wien, I. Judenplatz 3.

Lusina Dr. Karl, k. k. Bezirkskommissär, als Vertreter der Bezirkskrankenkasse in Parenzo, Parenzo, Istrien.

Luttinger Dr. Ludwig, Stadt-Arzt, Czernowitz.

Digitized by Google

Maaß Rudolf, Buchdruckereibesitzer, Wien, I. Wallfischgasse 10.

Machek Josef, Abteilungs-Vorstand-Stellvertreter der Arbeiter-Unfall-Versicherungs-Anstalt für Nieder-Österreich, Wien, I. Schottenbastei 10.

Mährischer Gewerbeverein, Brünn, Deutsches Haus.

Mähr.-Ostrauer Steinkohlen-Gewerkschaft „Marie Anne“, Marienberg (Mähren).

Mänhard Adolf, Fabrikant, Mitglied der Schlesischen Handelskammer, Bielitz.

Maneles Heinrich, Direktionsmitglied der k. k. priv. Versicherungs-Gesellschaft „Österr. Phönix“, Wien, I. Riemergasse 2.

Marek Arnold, Generaldirektor des „Gisela-Vereines“, Wien, I. Adlergasse 4.

Maresch Dr. Rudolf, k. k. Regierungsrat, I. Sekretär der n.-ö. Handels- und Gewerbekammer, Wien, I. Wipplingerstr. 34.

Markbreiter Dr. Rudolf, Kanzlei-Direktor der n.-ö. Handels- und Gewerbekammer, Wien, I. Wipplingerstraße 34.

Markowitz Dr. Alfred, Sekretär-Stellvertreter des „Industriellen Klub“, Wien, IV. Heugasse 22.

Marschner Dr. Robert, Advokat und Sekretär der Arbeiter-Unfall-Versicherungsanstalt für das Königreich Böhmen, Prag-Karolinental, Palackystraße 1.

Martinez August, Assekuranzschriftsteller, III. Sophienbrückengasse 9.

Mataja Dr. Viktor, k. k. Sektionschef, Wien, III. Hetzgasse 24.

Mateju Johann, Mitglied der Gehilfen-Krankenkasse der Genossenschaft der Tischler Wiens, Wien, XVII. Yppenplatz 2.

Mayer Dr. Bruno, Hof- und Gerichtsadvokat, Wien, I. Stadiongasse 4.

Mayer Josef, k. k. Ober-Inspektor im Ministerium des Innern, Wien, I. Judenplatz 3/4.

Mayer Otto, Sekretär der Handels- und Gewerbekammer, Leoben.

Mecozzi Richard, Adjunkt der Arbeiter-Unfall-Versicherungsanstalt für Nieder-Österreich, Wien, I. Schottenbastei 10.

Digitized by Google

Medinger Hans Edler von, Brauereibesitzer, Wien, XIX. Nußberggasse 2.

Medinger Johann Edler von, Brauereibesitzer, Wien, XIX. Freihof 1.

Mehringer Karl, k. k. Inspektor im Ministerium des Innern, Wien, XIX. Rudolfinerstraße 22.

Meindl Karl, Beauftragter der Arbeiter-Unfall-Versicherungsanstalt für Nieder-Österreich, Wien, I. Schottenbastei 10.

Mender Josef, Sekretär des christlich-sozialen Arbeitervereines, Wien, V. Arbeitergasse 26.

Menzel Dr. Adolf, k. k. Universitäts-Professor, Wien, IX. Schwarzspanierstraße 20.

Mertens Dr. Franz, k. k. Hofrat und Universitäts-Professor, Wien, III. Stammgasse 9.

Micklitz Theodor, k. u. k. Oberforstrat und Vorstand der k. k. Famlienfonds-Güterdirektion, Wien, I. Fleischmarkt 3.

Micko Gregor, k. k. Gewerbe-Inspektor, Wiener-Neustadt, Ungargasse 15.

Migerka Dr. F., k. k. Ministerialrat, Zentral-Gewerbe-Inspektor i. P., Wien, II. Czerningasse 7.

Mikusch Dr. Gustav, Konsulent der n.-ö. Handels- und Gewerbekammer, Wien, I. Wipplingerstraße 34.

Mikusch Louise Frau, Wien, III. Hörnesgasse 5.

Miller-Aichholz, Dr. Heinrich von, Industrieller, Wien, III. Beatrixgasse 32.

Miller Ladislaus, k. k. Sektionsrat, im Eisenbahn-Ministerium, Wien, I. Schillerplatz.

Miller Lorenz, Direktor der Deutsch-österreichischen Mannesmannröhren-Werke, Wien, I. Stubenring 16.

Miotto Johann, Obmann der Bezirks-Krankenkasse, Spalato (Dalmatien).

Misa Paula, Journalistin, Wien, IX. Eisengasse 23.

Mises Dr. Heinrich Edler von, Wien, IV. Schwindgasse 17.

Möller Heinrich, Obmann der Gehilfen-Krankenkasse der Genossenschft der Schuhmacher Wiens, Wien, VI. Königseggasse 10.

Mohilla Dr. Karl, Arzt, Wien, IX. Schlagergasse 11.

Digitized by Google

Montecuccoli Max Graf, wirklicher Geheimrat und Kämmerer, Herrenhausmitglied, Wien, I. Tuchlauben 13.

Muchitsch Vinzenz, Vorstandsmitglied des Verbandes der Arbeiter-Kranken- und Unterstützungskassen Österreichs, Wien, VI. Gumpendorferstraße 62.

Mühlberger Karl, Kassenvertreter der Kremial-Krankenkasse der Lithographen, Stein- und Kupferdruckergehilfen, Wien, VII. Zieglergasse 25, IV/1.

Mühlstein Franz, Sekretär des vereinigten Brüx-Dux-Oberleutensdorfer Bergreviers in Brüx, Böhmen.

Müller Johann, Delegierter der Vereinigten Krankenkasse der Genossenschaften der Zimmer- und Dekorationsmaler und der Anstreicher und Lackierer, Wien, VII. Hermanngasse 19, III/15.

Muhl Friedrich, k. k. Hofrat, Zentralgewerbe-Inspektor, Wien, I. Führichgasse 8.

Mumelter Dr. Karl, Abteilungs-Vorstand der Arbeiter-Unfall-Versicherungsanstalt für Nieder-Österreich, Wien, I. Schottenbastei 10.

Murnik Dr. Viktor, Sekretär der Handels- und Gewerbekammer für Krain, Laibach.

Näder Daniel, Ingenieur, technischer Direktor der Brauerei St. Marx, Wien, III.

Nemetz Josef, k. k. Kommerzialrat, Wien, V. Sonnenhofgasse 4.

Nemocenská Pokladna nového Obchodního Gremia, Prag, Wenzelsplatz 47.

Neuber Wilhelm, kaiserlicher Rat, Handelskammerrat, Fabrikant, Wien, VI. Brückengasse 1.

Neuman Emil von, Eisenwerksbesitzer, Wien, I. Riemergasse 13.

Neuman Friedrich von, Eisenwerksbesitzer, Wien, I. Riemergasse 13.

Neuman Viktor von, Eisenwerksbesitzer, Marktl im Traisental, Nieder-Österreich.

Neumann Alois, Herrenhausmitglied, Großindustrieller, Präsident der Handels- und Gewerbekammer Reichenberg, Reichenberg, Herrengasse.

Neumann Dr., Wien, VI. Königseggasse 11, II/14.

Digitized by Google

Neumann J. & Comp., Eisen- und Metallgießerei, Wien, X. Gudrunstraße 183.

Niederösterreichische Landes-, Lebens- und Renten-Versicherungsanstalt, vertreten durch den Anstaltsleiter Josef Fuchshuber, Wien.

Nietsche Raimund, Maschinenfabrikant und Präsident des Olmützer Gewerbevereines, Olmütz.

Nißl Franz, kaiserlicher Rat und Ingenieur, Wien, XIII. Philippsgasse 4.

Nitter Dr. Josef Stefan, Oberkommissär des Wiener Magistrates, Wien, I. Rathaus.

Noot Hugo von, Großindustrieller, Wien, I. Landskrongasse 5.

Noske Constantin, Generalsekretär des Fabriks-Rückversicherungs-Verbandes, Reichsratsabgeordneter, Wien, I. Börsegasse 10.

Nowotny Dr. Karl, Landes-Sekretär, Brünn.

Nussbaumer Roman, k. k. Inspektor im Ministerium des Innern, Wien, IV. Margarethenstraße 41/43.

Oberleithner Dr. Heinrich von, Wien, I. Neuer Markt 17.

Österreicher Johann, k. k. Hofzimmermeister, Vize-Präsident des n.-ö. Gewerbe-Vereines, Wien, XIX. Gymnasiumstraße 93.

Österreichisch-Amerikanische Gummifabrik-Aktien-Gesellschaft, Wien, XIII. Hütteldorferstraße 74.

Österreichisch-Ungarischer Verband der Privat-Versicherungsanstalten in Wien, vertreten durch den Sekretär Dr. Josef Hupka.

Österreichischer Verein für chemische und metallurgische Produktion in Aussig, vertreten durch den techn. Direktor Richard Brandeis, Aussig.

Ofner Dr. Julius, Hof- und Gerichtsadvokat, Wien, I. Wollzeile 12.

Ohnhäuser Dr. Viktor, Generaldirektor der Lebens-Versicherungsgesellschaft „Janus", Wien, I. Wipplingerstraße 30.

Onciul Dr. Aurel Ritter von, Generaldirektor der Landes-Lebens-Versicherungsanstalt, Brünn.

Oppenheimer Dr. Felix Freiherr von, Wien, I. Kärntnerstraße 51.

Digitized by Google

Oßwald Franz, Ingenieur und Kommissär der k. k. Gewerbe-Inspektion, Wien, XVI. Neulerchenfelderstraße 27/II.

Otto Jan, Verlagsbuchhändler, Prag, II. Karlsplatz 34.

Pacher Friedrich von, Präsident der k. k. priv. Schönauer und Sollenauer Baumwollgarn-Manufaktur, Wien, I. Seilerstätte 13.

Palisa Alois, k. k. Inspektor im Ministerium des Innern, Wien, XVIII. Gürtel 104.

Palmer Eduard, Generaldirektor der k. k. priv. österreichischen Länderbank, Wien, I. Kärntnerring 15.

Panzer Ignaz, Kaufmann, Wien, VII. Lerchenfelderstraße 57.

Papierfabrik Schlöglmühl, Aktiengesellschaft der k. k. priv., Wien, I. Hegelgasse 4.

Paradeiser Adolf, k. k. Inspektor im Ministerium des Innern, Wien, XVII. Hauptstraße 58.

Parger Hans, Magistratsrat, Wien, IV. Wienstraße 17.

Paschinger Adolf, Vize-Präsident der Wiener Bezirkskrankenkasse, Wien, XIII. Penzingerstraße 101.

Pastrée Julius, Präsident des Bundes österreichischer Industrieller, Wien, I. Seilerstätte 16.

Patzelt Julius, Chefredakteur des „Deutschen Volksblattes", Wien, II. Thugutstraße 5.

Pekařz Willibald, Posamentierer, Vorstandsmitglied der Arbeiter-Unfall-Versicherungsanstalt für Nieder-Österreich, Wien, VI. Kasernengasse 18.

Pelikan Dr. Richard von, k. k. Ministerial-Vize-Sekretär, Wien, XIII. Raschgasse 2.

Penzig Franz Edgar Ritter von, Direktor der Kammgarnfabrik in Vöslau, Jägermayerstraße 16.

Petraschek Karl, k. k. Hofrat im gemeinsamen Ministerium, Wien, I. Hegelgasse 6.

Petravič J. von & Co., Maschinenfabrik, Wien, XVII. Schadinagasse 8.

Petritsch Hubert, Ingenieur und Zentral-Inspektor der Aktien-Gesellschaft der Emaillirwerke und Metallwarenfabriken „Austria", Wien, IX. Liechtensteinstraße 22.

Digitized by Google

Pfaffinger Dr. Rudolf, Hof- und Gerichtsadvokat und Reichsratsabgeordneter, Wien, I. Nibelungengasse 13.

Philippovich Dr. Eugen von, k. k. Hofrat und Universitäts-Professor, Wien, XIX. Vegagasse 4.

Pick Karl, Vorstandsmitglied der Gremial-Krankenkasse der Wiener Kaufmannschaft, Wien, I. Helferstorferstraße 13.

Pierus Theodor, Zentral-Direktor der Perlmooser Zementfabriks-Aktiengesellschaft, Wien, I. Lothringerstraße 8.

Piette Ludwig von, Papierfabrikant, Pilsen.

Piette P., Papierfabrik, Freiheit (Böhmen).

Pilbauer Dr. Rudolf, Vize-Sekretär der Handels- und Gewerbekammer, Prag, I. Pařižská 3.

Pillwein Eugen, k. k. Landesregierungsrat, Mitglied der Arbeiter-Unfall-Versicherungsanstalt für Oberösterreich, Salzburg, Tirol und Vorarlberg, Salzburg.

Pinka Emanuel, Delegierter der Gehilfen-Krankenkasse der Genossenschaft der Hutmacher, Wien, V. Margarethenstraße 59.

Pirak Albert, Stadtrat, Brünn, Altbrünnergasse 7.

Pištělák Wilhelm, Advokatursbeamter, Vorstandsmitglied der Bezirks-Krankenkasse für den Stadt- und Landbezirk Brünn, Brünn, Franz Josefsstraße 24/26.

Pistor Dr. Erich, Sekretär-Stellvertreter der n.-ö. Handels- und Gewerbekammer, Wien, I. Wipplingerstraße 34.

Piwonka Viktor, Präsident der Vereinigung österreichischer Arbeitgeber, Wien, XIII. Maxingstraße 2.

Plattner Franz, Direktor der Arbeiter-Unfall-Versicherungsanstalt für Oberösterreich, Salzburg, Tirol und Vorarlberg, Salzburg, Markus Sittikusstraße 5.

Plutzar Dr. Ernst, Generalbevollmächtigter der Zwierzina'schen Steinkohlengewerkschaft in Mähr.-Ostrau, Wien, I. Reichsratsstraße 25.

Polák Dr. Karl, Genossenschafts-Instruktor des k. k. Handelsministeriums, Prag, Josefstädterstraße 72.

Polasek Josef, Oberbuchhalter der Waggonbau-Fabriks-Aktiengesellschaft, Wien, Simmering.

Poldihütte, Tiegelgußstahl-Fabrik, Wien, I. Bauernmarkt 13.

Digitized by Google

Polke Josef, Maschinenfabrikant, Wien, V. Kohlgasse 24—28.

Pollak Friedrich, kaiserlicher Rat und Papierwarenfabrikant, Wien, VII. Myrthengasse 13.

Pollak Julius, Fabrikant, Wien, VI. Schmalzhofgasse 4.

Pollack Leopold Edler von Parnegg, Fabriksbesitzer, Präsident des Gremiums der Kaufmannschaft und Handelskammerrat, Wien, I. Babenbergerstraße 11.

Pongratz Josef, Sekretär der Bezirkskrankenkasse I., in Graz, Radetzkystraße 5.

Popper Otto, Vorstandsmitglied der Gremial-Krankenkasse der Wiener Kaufmannschaft, Wien, I. Helferstorferstraße 13.

Prager Dr. Arthur, Rechtspraktikant, Wien, IX. Alserstraße 26, I/9.

Prager Maschinenbau-Aktiengesellschaft, Prag VIII.

Predota Josef, Vorstandsmitglied der genossenschaftl. Krankenkasse der Kleidermachergehilfen Wiens, Wien, V. Wolfganggasse 26, II./17.

Preyer Hans, Obmann der Gehilfenkrankenkasse der Wiener Gastwirtegenossenschaft, Wien, VIII. Bennogasse 22.

Přibram Dr. Otto, Präsident der Arbeiter-Unfallversicherungsanstalt für das Königreich Böhmen, Prag, Graben 10 (neu).

Přibyl Anton, k. k. Vize-Sekretär im Ministerium des Innern, Wien, XVIII. Karl Ludwigstraße 5.

Primavesi Robert, Reichsrats- und Landtags-Abgeordneter, Präsident der Handels- und Gewerbekammer Olmütz, Olmütz.

„Providentia“, allgemeine Versicherungsgesellschaft in Wien, I. Franz Josefs-Kai 11.

Purkert Dr. Karl, als Vertreter der ständigen Ausstellung für Arbeiterwohlfahrt am Steiermärkischen Gewerbebeförderungsinstitute, Graz, Steiermärkisches Gewerbebeförderungsinstitut.

Raunig A. G., Sekretär des Industriellen-Klub, Wien, I. Schauflergasse 2.

Rauscher Franz, Kanzlei-Vorstand der städtischen Straßenbahnen, Obmann-Stellvertreter der Krankenkasse der städtischen Straßenbahnen, Wien, IV. Favoritenstraße 8.

Digitized by Google

Redlich Fritz, Großindustrieller, Göding (Mähren).

Regenhart Alois, Fabriksbesitzer, Freiwaldau (Österr. Schlesien).

Reichsverband der christlichen Arbeitervereine Österreichs, vertreten durch den Sekretär Franz M. Bittner, Wien.

Reifer Felix, behördlich autorisierter Maschinenbau-Ingenieur, Ober-Inspektor und Werkstättenleiter der K. F. N. B. im Ruhestande, Mitglied des Schiedsgerichtes der Arbeiter-Unfall-Versicherungsanstalt für Nieder-Österreich, Wien, II. Große Stadtgutgasse 36.

Reisetbauer Ferdinand, Obmann-Stellvertreter der allgemeinen Arbeiter-Kranken- und Unterstützungskasse Linz, Linz.

Reutti Otto, Direktor der Mannheimer Versicherungsgesellschaft, Wien, I Schottenbastei 6.

Rezek Josef, k. k. Professor, Wien, IX. Bleichergasse 14.

Richter Wenzl, Redakteur der „Arbeit", Wien, XII. Rothe-Mühlgasse 1.

Ridky Josef, Eisendreher, Wien, XXI. Floridsorf.

Riedl Richard, II. Sekretär der nieder-österreichischen Handels- und Gewerbekammer, Wien, I. Wipplingerstraße 34.

Riemer Moriz, Assekuranz-Direktor, Prag, Herrengasse 10.

Riemer Dr. Rudolf, Hofkonzipist der k. k. statistischen Zentral-Kommission, Wien, I. Schwarzenbergstraße 5.

Ringhoffer jun. Franz Freiherr von, Smichow bei Prag.

Rittel, Dr. Stanislaus, k. k. Kommerzialrat, Sekretär der Handels- und Gewerbekammer Brody, Brody.

Riunione Adriatica di Sicurtà, k. k. priv., in Triest.

Rochlitzer Josef, Direktor der k. k. priv. Graz-Köflacher Eisenbahn- und Bergbau-Gesellschaft, Graz, Köflacher Bahnhof I.

Röckl Josef, Obmann der genossenschaftlichen Krankenkasse der Bäcker, Wien, VII. Stiftgasse 33.

Röhrl Georg, Handelskammerat und Börserat, k. k. Hofbäcker, Wien, XIV. Sechshausergürtel 5.

Rohrer Rudolf M. jun., Buchdruckereibesitzer, Brünn.

Rohrer Rudolf M. sen., Handelskammerrat, Vizepräsident des Reichsverbandes der deutschen Gewerbevereine Österreichs und Vize-Bürgermeister, Brünn, Franzensberggasse 6.

Digitized by Google

Roth Emil, k. k. Ministerial-Vizesekretär, Wien, XVIII. Staudgasse 5.

Rotter Jos. Em., Fabrikant, Hohenelbe.

Rotter Dr. Viktor, Hof- und Gerichtsadvokat, Fabriksbesitzer, Wien, I. Krugerstraße 4.

La Ruelle Paul, Direktor der Firma Julius Pintsch, Wien, I. Wallfischgasse 8/I.

Ruziczka Johann, Beamter der Gremial-Krankenkasse der Wiener Kaufmannschaft, Wien, I. Helferstorferstraße 13.

Rysanek Boh., Inhaber der Firma Jos. Rysanek & Sohn, Prag, königl. Weinberge.

Samassa Max, Fabriksbesitzer, Laibach.

Sattler-Dornbacher Dr. Anton, Konzipist der nieder-österreichischen Handels- und Gewerbekammer, Wien, I. Wipplingerstraße 34.

Sauter Dr. Hermann von, Konzipist der nieder-österreichischen Handels- und Gewerbekammer, Wien, I. Wipplingerstr. 34.

Schaumann Karl, Fabrikant, Korneuburg (bei Wien).

Schaurhofer August, Sekretär des Verbandes der nichtpolitischen christlichen Arbeitervereinigungen Nieder-Österreichs, Wien, I. Steindelgasse 6.

Schefftel Naumann, kaiserl. Rat, Fabriksbesitzer, Wien, II. Obere Donaustraße 49.

Scheicher Dr. Josef, nieder-österreichischer Landes-Ausschuß und Reichsrats-Abgeordneter, Wien, I. Herrengasse 13.

Schember Albert, kaiserl. Rat, Maschinen-Fabrikant, Wien, I. Akademiestraße 4.

Schieber Eduard, Stadtbaumeister, Wien, V. Wolfganggasse 37.

Schiendl Robert, Ober-Inspektor der Arbeiter-Unfall-Versicherungs-Anstalt für Nieder-Österreich, Wien, I. Schottenbastei 10.

Schiff Dr. Arthur, Privatdozent, Wien, IX. Wasagasse 4.

Schiff Dr. Walter, k. k. Vizesekretär der statistischen Zentral-Kommission, Universitätsdozent, Wien, III. Metternichgasse 2.

Schindler Franz Dr., Rektor der Universität Wien, Professor, Wien, I. Bartensteingasse 13.

Digitized by Google

Schlosser Felix, Abteilung-Vorstand-Stellvertreter der Arbeiter-Unfall-Versicherungs-Anstalt für Nieder-Österreich, Wien, I. Schottenbastei 10.

Schmid & Söhne M., Eisen- und Stahlwaren-Fabrik und mechanische Filz-Fabrik, Wilhelmsburg, Nieder-Österreich.

Schmidt W. A., Großindustrieller und Großgrundbesitzer, Demniawyzna (Ostgalizien).

Schnabel Anton, k. k. Bergrat, Linz, Finanz-Direktion.

Schneider Josef, Tabakarbeiter, Vorstandsmitglied der Arbeiter-Unfallversicherungs-Anstalt für Nieder-Österreich, Hainburg, Tabakfabrik.

Schneiderhan Franz, k. k. Kommerzialrat und Fabriksbesitzer, Wien, VI. Nelkengasse 6.

Schnitzler Ferdinand, k. k. Regierungsrat, Direktorstellvertreter der Arbeiter-Unfall-Versicherungs-Anstalt für Mähren und Schlesien, Brünn, Schmerlingstraße 5.

Schoeller Paul Ritter von, Herrenhausmitglied, Handelskammerrat, Wien, I. Johannesgasse 7.

Schoeller Richard von, Wien, I. Wildpretmarkt 10.

Schoeller Robert, Verwaltungsrat der Chropiner Zuckerfabriks-Aktien-Gesellschaft, Wien, I. Elisabethstraße 18.

Scholtze Robert, Direktor der Wiener Bezirkskrankenkasse, Wien, VIII. Albertgasse 35.

Scholz Gregor, Adjunkt der Arbeiter-Unfall-Versicherungs-Anstalt für Nieder-Österreich, Wien, I. Schottenbastei 10.

Schönburg Alois, Fürst, Herrenhausmitglied, Wien, IV. Rainergasse 11.

Schreiber J. & Neffen, Glashüttenwerke, vorm., Wien, IX. Liechtensteinstraße 22.

Schromm Rudolf, k. k. Adjunkt im Ministerium des Innern, behördlich autorisierter Versicherungstechniker, Wien, XVIII. Martinstraße 23.

Schuber Dr. Edmund, Chefarzt der Arbeiter-Unfall-Versicherungs-Anstalt für Nieder-Österreich, Wien, VIII. Josefstädterstr. 31.

Schüller Dr. Alexander, Sekretär der Handels- und Gewerbekammer Salzburg, Salzburg, Faberstraße 11.

Digitized by Google

Schütze Otto, Oberinspektor im k. k. Ministerium des Innern, Wien, IV. Starhemberggasse 27.

Schullern zu Schrattenhofen Dr. Hermann Ritter von, k. k. o. ö. Prof., Hofrat im Ackerbau-Ministerium, Wien, I. Liebiggasse.

Schumacher von Marienfrid Anton, Verlagsbuchhändler, Vorstandsmitglied der Arbeiter-Unfall-Versicherungs-Anstalt für Ober-Österreich, Salzburg, Tirol und Vorarlberg, Innsbruck.

Schumida Nikolaus von, Kontrollor der Arbeiter-Unfallversicherungs-Anstalt für Nieder-Österreich, Wien, I Schottenbastei 10.

Schuster Friedrich, Zentraldirektor der Witkowitzer Bergbau- und Eisenhütten-Gewerkschaft, Witkowitz, Mähren.

Schwab Dr. Albert, Wien, VIII. Landesgerichtsstraße 15.

Schwab Felix, Fabrikant, Wien, I. Bartensteingasse 8.

Schwarz Hermann, Sekretär der Ersten Österreichischen Allgemeinen Unfall-Versicherungs-Gesellschaft, Wien, IV. Alleegasse 13.

Schwechler Karl, Chefredakteur des Grazer Volksblattes, Graz, Schönaugasse 64.

Schwerzek Josef, Mathematiker der Lebens-Versicherungs-Gesellschaft „Donau", Wien, I. Wipplingerstraße 36/38.

Seidl Dr. Eduard, Fabriksbesitzer, Steinitz (Mähren).

Seidl Ig. & Sohn, Dampfmühle, Trautmannsdorf a. d. Leitha, N.-Ö.

Seif Ferdinand, Architekt und Baumeister, Vorstandsmitglied der Arbeiter-Unfallversicherungs-Anstalt für Nieder-Österreich, Wien, IV. Margarethenstraße 20.

Seliger Josef, Obmann der Bezirks-Krankenkasse Teplitz-Schönau, Teplitz.

Seutter Hermann von, Großindustrieller, Wien, I. Domgasse 4.

Seybel Emil, Großindustrieller, Liesing, N.-Ö.

Seybel Otto, k. k. Kommerzialrat, Wien, III. Reisnerstraße 50.

Siegel Franz, Maurer, Vorstandsmitglied der Arbeiter-Unfallversicherungs-Anstalt für Nieder-Österreich, Wien, XIV. Rustengasse 7.

Digitized by Google

Siegl Laurenz, Buchhalter der Arbeiter-Unfall-Versicherungs-Anstalt für Nieder-Österreich, Wien, I. Schottenbastei 10.

Siegler Edler von Eberswald Julius, gräfl. Potocki'scher Generaldirektor, Krzeszowice, Galizien.

Singer Julius, k. k. Kommerzialrat, Industrieller, Wien, IV. Johann Straußgasse 4.

Singer Dr. S. M., kaiserl. Rat, Handelskammerrat, Wien, IX. Hörlgasse 3.

Skene Dr. Richard Ritter von, Großindustrieller, Wien, I. Biberstraße 8.

Sklenař Anton, k. k. Baurat im Ministerium des Innern, Wien, I. Wipplingerstraße 9.

Skrein Dr. Alfred, Advokat, Wien, I. Zelinkagasse 12.

Šmidek Wladimir, k. k. Ministerial-Vizesekretär, Wien, IX. Glasergasse 7.

Smitka Johann, Obmann-Stellvertreter des Verbandes der Genossenschafts-Krankenkassen, Wien, VI. Königseggasse 10.

Sobotka Josef, Fabriksbesitzer, Prag, Mariengasse 28.

Sozialpolitischer Verein in Brünn, vertreten durch den Obmann Dr. Emil Wolf sen., Brünn.

Sonndorfer Dr. Rudolf, k. k. Regierungsrat, Wien, XIII. Hietzinger Hauptstraße 25.

Spängler Ludwig, Direktor der Wiener städt. Straßenbahnen, Wien, IV. Favoritenstraße 9.

Spalowsky Franz, Redakteur, Vertreter des Verbandes der nichtpolitischen christlichen Arbeiter-Vereinigung Nieder-Österreichs, Wien, VI. Ägydigasse 21.

Speil Dr. Ritter von Ostheim Albert, k. k. Hofrat, Wien, IV. Mayerhofgasse 11.

Spiegelfeld Markus Freiherr von, k. k. Statthalterei-Rat, Wien, I. Annagasse 8.

Spiro Emanuel, Krummau (Böhmen).

Spitzkopf Sigmund, Buchdrucker, Vorstandsmitglied der Arbeiter-Unfallversicherungs-Anstalt für Nieder-Österreich, Wien, XVII. Veronikagasse 24.

Digitized by Google

Springer Alfred, k. k. Ober-Inspektor, Direktor des steiermärkischen Gewerbeförderungs-Institutes, Graz.

Šrámek Johann, als Vertreter Sr. Exz. des Hochwürdigsten Herrn Fürsterzbischofes von Olmütz, Dr. Sal. Bauer, Weltpriester der Erzd. Olmütz, Brünn.

Stach Friedrich Ritter von, Ingenieur, Wien, IX. Währingerstraße 3.

Städtische Kaiser Franz Joseph Jubiläums-Lebens- und Rentenversicherungs-Anstalt, vertreten durch den Direktor Joseph v. Frank, Wien.

Steiermärkischer Gewerbeverein, Graz, I. Franzensplatz 2.

Steiermärkischer Landes-Ausschuß, Graz.

Steinhübl S., Handelskammerrat, Bankier und Börserat, Wien, I. Schottenbastei 11.

Steiner Bertha, Redakteursgattin, Wien, II. Am Tabor 18.

Steiner Josef, Direktor der Hypothekenbank des Königreiches Böhmen, Prag, II. Vladislavgasse 13.

Steiner Leopold, Reichsratsabgeordneter und Landesausschuß, Wien, XIX. Grinzinger-Allee 43.

Steiner Freiherr von Pfungen Dr. Robert, Primarius am k. k. Wiedener Krankenhause, Wien, I. Schottengasse 3.

Steiner Viktor, Herausgeber der Zeitschrift für Gewerbe-Hygiene, Unfallverhütung und Arbeiter - Wohlfahrtseinrichtungen, Wien, II. Am Tabor 18.

Steinkohlenbergbau - Genossenschaft des Mährisch - Ostrauer Revierbergamtsbezirkes in Teschen (Österr.-Schlesien).

Steinmaszler Dr. Alois, Direktor der Lebensversicherungs-Anstalt „Janus", Wien, I. Wipplingerstraße 30.

Stesłowicz Dr. Ladislaus, Sekretär der Handels- und Gewerbekammer, Lemberg.

Stibral Dr. Franz, k. u. k. Geheimrat und k. k. Sektionschef, Wien, I. Postgasse 6.

Stiepel Wilhelm, k k. Kommerzialrat und Kammerrat, Buch- und Steindruckereibesitzer, Reichenberg.

Stift Admont'sche Blechfabrik, Direktion der, Trieben.

Stöhr Hugo, Fabrikant, Reichenberg, Kaiser Josefstraße 26.

Digitized by Google

Stransky Eduard von, Oberinspektor der Arbeiter-Unfall-Versicherungs-Anstalt für Nieder-Österreich, Wien, I. Schottenbastei 10.

Strauss Heinrich, Assekuranz-Sekretär, Wien, I. Concordiaplatz 5.

Stricker Dr. Ludwig, Arzt, Vorstandsmitglied der Wiener Ärztekammer, Wien, VII. Neubaugasse 44.

Strzemcha Karl, erzherzoglicher Oberforstrat in Pension, Wien, VIII. Josefstädterstraße 59.

Stummer Rud. von Traunfels, k. k. Baurat, Wien, I. Wollzeile 25.

Sueß Friedrich jun., Industrieller, Wien, XIV. Pfeiffergasse 3.

Sueß Friedrich sen., Generalsrat der österr.-ungar. Bank, Wien, XIV., Pfeiffergasse 3.

Suppan Dr. Paul, Zentral-Direktor der Freiherrlich Mayr von Meinhof'schen Zentral-Direktion, Leoben.

Swoboda Hans, k. k. Sektionsrat, Wien, I. Wipplingerstraße 17.

Szumsky Kasimir, Bergrat a. D. und Bergwerksdirektor, Borryslaw (Galizien).

Talpa Franz, behördlich autorisierter Versicherungstechniker und Beamter der Arbeiter-Unfall-Versicherungs-Anstalt für Mähren und Schlesien, Brünn, Krapfengasse 4.

Tambosi Antonio, Trient.

Tauber Dr. Alfred, Universitätsprofessor, Wien, I. Getreidemarkt 14.

Tauss Hans, k. k. Gewerbe-Inspektor, dipl. Chemiker, Leoben, Steiermark, Erzherzog Johannstraße 142.

Tayenthal Dr. Max von, III. Sekretär der n.-ö. Handels- und Gewerbekammer, Wien, I. Wipplingerstraße 34.

Tchorznicki Dr. Alexander Ritter von, Exzellenz, k. k. Oberlandesgerichtspräsident, Lemberg, Mieckiewiczgasse 24.

Teleky Ludwig Dr., Arzt, Wien, IX. Türkenstraße 23.

Thonet Jakob, k. k. Kommerzialrat und Fabriksbesitzer, Wien, I. Rotenturmstraße 1/3.

Thumb August, Direktor der Zellulosefabrik, Rattimau bei Mährisch-Ostrau.

Tobola Josef, Vorstandsmitglied des Verbandes der genossenschaftlichen Krankenkassen Wiens, Wien, VI. Königseggasse 10.

Digitized by Google

Toldt Dr. Alex., k. k. Oberbergrat im Ackerbau-Ministerium, Wien, I. Liebiggasse.

Tollinger Dr. Johann, Reichsratsabgeordneter und Direktor der landwirtschaftlichen Landesanstalt Rotholz, Tirol, Post Jenbach.

Träger Dr. Edler von, k. k. Ministerial-Rat im Finanz-Ministerium, Wien, I. Himmelpfortgasse.

Traut Alois, General-Direktor-Stellvertreter der Lebens-Versicherungsanstalt „Janus", Wien, I. Wipplingerstraße 30.

Trebitsch Leopold, Seidenwarenfabrikant, Wien, VII. Schottenfeldgasse 13/15.

Trnka Johann, Sekretär der Bezirks-Krankenkasse in Jägerndorf.

Turzánski Alexander Ritter von, k. k. Bezirkskommissär, Wien, I. Steindlgasse 4.

Ullmann Gustav, Direktor der österreich. Elementar-Versicherungs-Aktien-Gesellschaft, Wien, IX. Peregringasse 4.

Ullmann Sigmund, Handelskammerrat und Dampfsägenbesitzer, Liezen, Steiermark.

Unfallversicherungs-Aktien-Gesellschaft Internationale, Wien, I. Weihburggasse 4.

Unger Ludwig, Rechnungsführer der Gehilfenkrankenkasse der Genossenschaft der Juweliere, Gold- und Silberschmiede, Wien, VI. Kopernikusgasse 12.

Urban Viktor, Gesellschafter der Firma Brevellier & Co., A. Urban's Söhne, Wien, VI. Magdalenenstraße.

Vaněk Karl, Sekretär der Allgemeinen Arbeiter-Kranken- und Unterstützungskassa, Brünn, Spinnergasse 9.

Verband der Arbeiter-Kranken- und Unterstützungskassen Österreichs, vertreten durch den Obmann Heinrich Beer, den Sekretär Jakob Brod und Vorstandsmitglied Vinzenz Muchitsch, Wien.

Verband nordböhmischer Industrieller, Reichenberg.

Verband zur Wahrung industrieller und gewerblicher Interessen für Reichenberg und Umgebung, Reichenberg, Altstädter-Platz 13.

Verein der österreichischen Petroleum-Raffinerien, Wien, I. Grabenhof.

Digitized by Google

le mari meurt avant la liquidation de sa retraite, »une allocation mensuelle de 50 frs. pendant six mois à compter du décès. En outre, la veuve touchera le remboursement sans intérêt des cotisations de son mari, s'il en a stipulé, comme la loi lui en réserve la faculté, le versement à capital réservé.

Notre loi organique de la Caisse nationale de la vieillesse en date du 20 juillet 1886 proclame le droit de la femme à participer aux bienfaits de la prévoyance qui s'exerce avec les deniers de la communauté, en stipulant à son article 13 que »le versement fait pendant la mariage par l'un des deux conjoints profite séparément à chacun d'aux par moitié«.

La loi française du 14 juillet 1905, qui vient d'organiser l'assistance obligatoire aux vieillards dénués de ressources, comprend dans sa clientèle les veuves âgées.

Enfin, l'Allemagne, qui marche toujours à l'avant-garde et fraie la voie aux autres peuples en matière de législation sociale, a fait faire un grand pas à l'assurance des veuves et des orphelins par la loi sur le tarif douanier du 25 décembre 1902, dont l'article 15 affecte à cette destination le produit des droits d'entrée sur certaines marchandises.

Ce sont là — entre beaucoup d'autres, car on pourrait en allonger singulièrement la liste — des indices concordants, qui montrent que l'idée d'associer la femme au bénéfice des organisations de prévoyance est en marche et mûrit pour une solution définitive. L'assurance des veuves et des orphelins sont enfin du domaine de la théorie et des vœux platoniques pour entrer dans celui de la loi et des applications.

Nos congrès, ai-je dit, connaissent de longue date cette question. Ils en ont été saisis: à Berne, en 1891, par Mr. le Dr. Bödiker; à Milan, en 1894, par Mr. le Professeur Lendstadt; à Bruxelles, en 1897, par Mr. Lepreux; à Paris, en 1900, par Mr. Hanssen; à Dusseldorf, en 1902, elle a été l'objet d'un remarquable rapport de MM. le Dr. Bödiker et Maurice Bellom et suivie d'une importante discussion.

Digitized by Google

Aujourd'hui, en égard à l'état d'avancement de la question, il faut la serrer de plus près pour formuler, s'il se peut, des règles générales, sans prétendre, d'ailleurs, à des précisions qui sont l'affaire de chaque pays et pour lesquelles il doit s'inspirer de ses mœurs, de son histoire, de son tempérament et de son génie national.

III. Distinctions entre le cas du veuvage prématuré et celui du veuvage tardif.

Et d'abord, il importe de distinguer très nettement le cas où le père meurt avant ou après la liquidation de sa pension de retraite.

Dans ce dernier cas, les enfants sont généralement établis. La veuve n'a plus qu'à songer à elle-même et sera satisfaite d'une petit pension qui lui permettra de loger chez l'un de ses enfants mariés sans lui être à charge. C'est le cas prévu par les retraites, tant de l'État pour ses fonctionnaires, que des compagnies de chemins de fer pour leur personnel. C'est bien aussi l'hypothèse en vue de laquelle a été rédigé l'article 13 de la loi de 1886, cité plus haut. De ce côté, l'on a des types satisfaisants et qu'il suffit de généraliser.

Il n'en va plus de même pour le cas où le mari meurt prématurément. Cette fois, il ne saurait plus être question d'une réversibilité de pension, puisque la pension n'est pas encore acquise, et quant au système de la loi de 1886, il ne donne lui-même que des résultats dérisoires.

Supposons, en effet, qu'un ménage, dont le mari a 30 ans et la femme 25 ans, fasse à la caisse nationale un versement annuel de 40 frs. à capital aliéné; le mari meurt à 35 ans, cinq ans après l'origine de ces versements, laissant sa veuve avec trois jeunes enfants. D'après les 5 versements de 20 frs. effectués sur la tête, la pauvre femme aura droit à 50 ans, c'est-à-dire dans 20 ans, à une rente annuelle de 19 frs. 48. En vérité, de quel secours peut lui être, dans l'urgence de sa détresse actuelle,

Digitized by Google

la perspective lointaine de cette retraite infime? Ce qu'il lui faut, ce n'est pas une pension dans 20 ans, ni même une pension immédiate, serait-elle supérieure à 19 frs. 48; mais un petit capital, qui lui permette de traverser la crise, de »se retourner«, d'entreprendre, par exemple, un petit commerce pour élever ses enfants.

Si l'on craignait qu'elle n'abusât de ce capital pour le dilapider sans profit, on pourrait en entourer l'emploi de certaines restrictions, et notamment exiger le concours du conseil de famille et du tuteur des orphelins.

Le système du capital réservé, qui joui d'une prédilection marquée chez le peuple, émane d'un sentiment respectable et d'une répugnance justifiée pour le placement »à fonds perdus«, qui, tout au plus excusable chez un célibataire, ne l'est plus pour un père de famille. Mais on voit de quel pauvre secours ce système serait pour la jeune veuve dont nous avons évoqué la situation, et combien cette combinaison du capital réservé est inférieure à l'assurance en cas de décès, qui donne son plein effet, alors même, que la mort du père surviendrait dès le lendemain de la signature du contrat.

En résumé, si l'on veut répondre aux besoins des deux cas que nous avons examinés, il faut combiner une assurance temporaire en cas de décès jusqu'à l'âge adopté pour la pension du mari, avec une réversibilité de moitié de cette pension. L'assurance vise le cas où le mari meurt avant la liquidation de sa retraite et la réversibilité, celui où il meurt après cette liquidation. De cette manière, la veuve et ses orphelins sont prémunis contre toutes les éventualités, qui peuvent les assaillir.

Faut-il subordonner l'allocation de ce capital et de cette pension à l'indigence démontrée de la veuve? Je ne le pense pas. La nouvelle assurance doit, à mon avis, avoir la même généralité que les retraites dont elle est le complément nécessaire et constituer, comme elles, non une aumône, mais un droit.

Digitized by Google

IV. Aperçu des charges de l'assurance des veuves.

Programme séduisant, dira-t-on, mais chimérique! A peine peut-on aujourd'hui suffire à la charge des retraites et encore combien modiques! Il serait peu raisonnable d'assumer par surcroît celle de l'assurance des veuves.

Cette objection, d'ailleurs courante, ne paraît pas péremptoire et appelle plusieurs réponses.

D'abord, on ne fait peut-être pas aujourdhui partout le meilleur emploi possible des ressources attribuées aux retraites. Par exemple, le système français du fonds commun inaliénable des retraites mutualistes, qui accumule un patrimoine considérable de main morte au profit de l'avenir et au détriment de la famille actuelle, pourrait être heureusement amendé en consacrant aux veuves tout ou partie des sommes qu'on entasse en vue des générations futures.

Il s'opére depuis quelque temps en France, dans le sens de l'aliénation d'une portion des ressources destinées aux retraites, une évolution très intéressante et à laquelle, on ne saurait trop applandir.

Mais, au dessus de cette question de technique actuarielle, la solution est dominée par une question morale: le devoir du père.

Le père n'a pas le droit de dire: »après moi, le déluge!« Il a charge d'âmes. Que penserait-on de l'égoïsme d'un homme — il ne mérite plus qu'on l'appelle un père — qui, assis à la table de famille autour de laquelle sont rangés sa femme et ses enfants, engloutirait seul toutes les provisions, sous le prétexte qu'elles sont insuffisantes pour sa nichée et qu'il doit d'abord se rassasier. Nouvel Ugolin, alléguerait-il qu'il est bien forcé d'agir ainsi »pour conserver un père á ses enfants?«

En pareil cas — est-il besoin de le dire? — le devoir paternel est tout tracé et ne comporte nulle hésitation. La femme et les enfants, d'abord: le père ensuite, s'il reste encore

Digitized by Google

Verein fü
Te Erhöhung der Leistungen den Grundton aller
Gdet.

Va Entwurf ist bei aller in der Natur der Sache
ndeten Verschiedenheit der Leistungen in den einzelnen
versicherungszweigen vor allem bestrebt, eine einheitliche Grundlage für die Bemessung der Leistungen herzustellen und zwar durch Einführung eines einheitlichen Lohnklassensystemes für alle Versicherungszweige, welches in gleicher Weise der Bemessung der Beiträge wie den Geldleistungen als Grundlage dient. Der Entwurf schlägt eine Einteilung in 6 Lohnklassen vor u. zw.:

	Verdienst in Kronen		
Lohnklasse	täglich	wöchentlich	monatlich
I.	bis 0·80	bis 4·80	bis 20
II.	0·80—1·60	4·80—9·60	20—40
III.	1·60—2·40	9·60—14·40	40—60
IV.	2·40—4	14·40—24	60—100
V.	4—6	24—36	100—150
VI.	über 6	über 36	über 150

Dagegen kommt der Entwurf den auf allen Gebieten geäußerten Wünschen auf Erweiterung der Leistungen nur in verhältnismäßig wenigen Punkten entgegen. Mit Rücksicht aur die große Erweiterung der Arbeiterversicherung überhaupt durch Einführung der Alters- und Invaliditätsversicherung mußte von einer gleichzeitigen Erhöhung der Leistungen in den übrigen Versicherungszweigen Abstand genommen werden und sind die Abänderungen, die der Entwurf diesfalls vorsieht, weniger von der Tendenz einer Erhöhung der Leistungen getragen als von der Absicht, eine richtigere Abgrenzung und bessere Relation zwischen den Leistungen der verschiedenen Versicherungszweige, eine größere Einheitlichkeit in den Bemessungsgrundlagen und eine Unifizierung der Leistungen der verschiedenen Versicherungsträger innerhalb desselben Versicherungszweiges durchzuführen.

Digitized by Google

A. Unfallversicherung.

Auf dem Gebiete der Unfallversicherung h[illegible] Notwendigkeit einer Reform vor allem hinsichtlich des Be[illegible] der Unterstützungsleistungen (Karenzfrist) herausgestellt. [illegible] geltende vierwöchentliche Karenzfrist bewirkt unter Umständen eine Lücke in den Unterstützungsleistungen und das zeitliche Übereinandergreifen der Leistungen der Krankenkassen und der Unfallversicherungsanstalten von der 5. Woche an ist eine Quelle praktischer und rechtlicher Schwierigkeiten geworden, die auf beiden Seiten Unzufriedenheit erregte. Während aber von einer Seite für die gänzliche Aufhebung der Karenzfrist eingetreten wurde, wird von anderer Seite eine wesentliche Verlängerung derselben angestrebt, um die Anstalten von den vielen kurzfristigen Heilverfahrensrenten zu entlasten und sie mehr ihrem eigentlichen Zwecke, Renteninstitute für dauernde Bezüge zu sein, zurückzugeben.

Auf die übrigen zahlreichen Postulate in Absicht auf die Erweiterung des Begriffes des zu entschädigenden Unfalles und insbesondere auf Erhöhung der Leistungen kann hier im einzelnen nicht eingegangen werden; nur zwei Punkte sind in Kürze zu erwähnen, welche eine Erweiterung der Leistungen der Unfallversicherung auf Gebiete betreffen, die bisher fast ganz außer dem Bereiche ihrer Tätigkeit lagen: einmal die Einflußnahme der Unfallversicherungsanstalten auf die Heilbehandlung zum Zwecke der Wiedergewinnung der Erwerbsfähigkeit und zweitens die Ausdehnung der Wirksamkeit der Anstalten auf das Gebiet der Unfallverhütung, auf welchem sie bisher mangels einer gesetzlichen Kompetenz nur einige bescheidene Anregungen zu geben vermochten.

Der Entwurf hält im großen ganzen an den bisherigen Voraussetzungen der Unfallsentschädigungen mit einigen Modifikationen fest, bringt aber immerhin einige nicht unwesentliche Neuerungen in Bezug auf Art und Höhe der Unterstützungsleistungen.

Digitized by Google

Verein für bergbauliche Interessen im nordwestlichen Böhmen, Teplitz, vertreten durch den Obmann k. k. Oberbergrat Gottfried Hüttemann.

Verein für kaufmännische Interessen, vertreten durch den Präsidenten kais. Rat Josef M. Wolfbauer, Wien, II. Freilagergasse 6.

Verein reisender Kaufleute Österreich-Ungarns, Wien, I. Fleischmarkt 14.

Verein zur Pflege des gewerbe-hygienischen Museums, Wien, I. Ebendorferstraße 6.

Verkauf Dr. Leo, Rechtskonsulent, Vorsitzender der Reichskommission der Krankenkassen Österreichs, Wien, VI. Königseggasse 10.

Versicherungs-Gesellschaft österreichischer Phönix, k.k. priv., Wien, I. Riemergasse 2.

Versicherungs-Verband österreichischer und ungarischer Industireller in Wien, vertreten durch den Verwaltungsrat, Reichsratsabgeordneten Eduard Holstein.

Verwaltung des niederösterreichischen Bezirkskrankenkassenverbandes, Wien, I. Schottenbastei 10.

Vetter Heinrich, k. k. Kommerzialrat, Fabriksbesitzer, Wien, X. Laxenburgerstraße 50.

Vlk Fr. Cyr., Magistratskonzipist und Redakteur, Prag.

Vogel Alfred, Fabriksbesitzer, Wien, IV. Heugasse 6.

Vogel Friedrich, kaiserl. Rat und Dampfmühlenbesitzer, Wien, XI. Dampfmühlgasse 5.

Vogel Dr. Karl, kaiserlicher Rat, Sekretär der Handels- und Gewerbekammer in Pilsen als Vertreter derselben, Pilsen.

Vogelsinger Anton, Eisengießereibesitzer, Wien, XI. Grillgasse 6.

Vogler Dr. Ludwig, Hof- und Gerichtsadvokat, Reichsratsabgeordneter, Wien, VII. Westbahnstraße 6a.

Voith Walther, Ingenieur und Chef der Firma J. M. Voith, St. Pölten, Voithwerk.

Waagner R. Ph., Eisengießerei- und Brückenbauanstalt Aktien-Gesellschaft, Wien, V. Margaretenstraße 70.

Digitized by Google

Wagner Dr. Fritz Ritter von Jauregg, k. k. Ministerial-Rat im Handels-Ministerium, Wien, I. Postgasse 8.

Wagner Rudolf, Einspänner, Vorstandsmitglied der Arbeiter-Unfallversicherungs-Anstalt für Nieder-Österreich, Wien, XV. Viktorgasse 8.

Wald Franz, Verwalter der chemischen Fabrik Wagenmann, Seybel & Co., Liesing bei Wien.

Walecka Leo, Sekretär der Allgemeinen Arbeiter-Kranken- und Unterstützungskasse, Wien, VI. Gumpendorferstraße 62.

Waliček Fritz, Direktorialbevollmächtigter der Allgemeinen Volksversicherungs-Gesellschaft „Universale", Wien, I. Schottenring 8.

Walterskirchen Franz Freiherr von, Geheimer Rat und Herrenhausmitglied, Wolfsthal, Nieder-Österreich.

Wawreczka Karl, Inspektor der Arbeiter-Unfallversicherungs-Anstalt für Mähren und Schlesien, Brünn.

Weber Johann, Obmann der Bezirkskrankenkasse, Langenlois, Nieder-Österreich.

Wechselseitige Brandschaden-Versicherungs-Anstalt, k. k. priv., Wien, I. Wollzeile 39.

Wegscheider Johann, k. k. Oberlandesgerichtsrat des Ruhestandes, Mitglied der Arbeiter-Unfall-Versicherungsanstalt für Oberösterreich, Salzburg, Tirol und Vorarlberg, Salzburg.

Weiskirchner Dr. Richard, Magistratsdirektor, Reichsrats- und Landtags-Abgeordneter, Wien, XVIII. Rieglergasse 5.

Weiß von Schleußenburg Dr. Adam Baron, k. k. Bezirks-Kommissär, Wien, VIII. Schmidtgasse 4.

Weiß Dr. Isidor, Rechtsanwalt, Brüx (Böhmen), Marktplatz.

Weiß von Starkenfels Viktor Freiherr von, k. k. Sektionsrat, Wien, I. Graben 12.

Weißenstein Emanuel, Direktor der Ersten österr. Jute-Spinnerei und Weberei, Handelskammerrat, Wien, I. Maria Theresienstraße 22.

Weißenstein Dr. Ernst, II. Sekretär des nieder-österreichischen Gewerbevereins, Wien, I. Eschenbachgasse 11.

Digitized by Google

Weißenstein Gustav, Direktor der Ersten österreichischen allgemeinen Unfall-Versicherungs-Gesellschaft, Wien, I. Bauernmarkt 3.

Weißenstein Dr. Wilhelm Ernst, Direktor-Stellvertreter der Internationalen Unfall-Versicherungs-Aktien-Gesellschaft, Wien, I. Weihburggasse 4.

Wender Heinrich, k. k. Gewerbe-Inspektor, Pilsen, Nerudagasse 25.

Wengraf Dr. Franz J., Oberbeamter der Kaiser Ferdinands-Nordbahn, Wien, XIII. Lainzerstraße 127.

Wertheim Franz von, Kassenfabrikant, Wien, I. Schwarzenbergplatz 6.

Wessely Zdenko Ritter von, Handelskammerrat, Ingenieur und Baumeister, Chef der Firma C. Korte & Co., Prag, Stadtpark 11.

Westböhmischer Bergbau-Aktien-Verein, vertreten durch den Direktor Eugen Bauer, Wien.

Wetzler Bernhard, Generalrat der Anglo-österr. Bank, Wien, VIII. Trautsohnsgasse 6.

Widholz Laurenz, Obmann des Verbandes der Genossenschafts-Krankenkassen Wiens, Wien, VI. Königseggasse 10.

Widlar Anton, Vorstandsmitglied der allgemeinen Arbeiter-Kranken-Unterstützungskasse, Wien, IV. Wiedener Gürtel 36.

Wiener Bezirkskrankenkasse, vertreten durch den Direktor Robert Scholtze, Wien.

Wiener Lebens- und Rentenversicherungs-Anstalt, Wien, IX. Maria Theresienstraße 5.

Wiener Schlossergenossenschaft, vertreten durch den Vorstand Ferdinand Bauer, Wien.

Wieninger Georg, Brauerei- und Gutsbesitzer, Schärding, Oberösterreich.

Wiesinger Johann, Vorstandsmitglied der Allgemeinen Arbeiter-Kranken-Unterstützungskasse, Mauthausen, Untere Donaulände 71.

Winarsky Leopold, Vorstandsmitglied der Allgemeinen Arbeiter-Kranken-Unterstützungskasse, Wien, III. Heumarkt 9.

Winker Josef, Kaufmann, Wien, I. Seitenstettengasse 5.

Digitized by Google

Winkler Egon Freiherr von, k. k. Ministerialrat im Ministerium des Innern, Wien, IV. Schleifmühlgasse 2.

Winter Alfred, Beamter der Arbeiter-Unfall-Versicherungsanstalt für Nieder-Österreich, Wien, I. Schottenbastei 10.

Winter Rudolf, Abteilungs-Vorstand-Stellvertreter der Arbeiter-Unfall-Versicherungs-Anstalt für Nieder-Österreich, Wien, I. Schottenbastei 10.

Winterberg Fritz, Holzhändler, Prag, Jungmanngasse 3.

Wipplinger Max, k. k. Inspektor im Ministerium des Innern, Wien, II. Odeongasse 1.

Witkowitzer Bergbau- und Eisenhütten-Gewerkschaft, vertreten durch Direktions-Sekretär Dr. Walter Landauer, Witkowitz.

Witz-Oberlin Dr. Edgar, Konsulent der nieder-österreichischen Handels- und Gewerbekammer, Wien, I. Wipplingerstraße 34.

Wohlmeyer Johann, Reichsratsabgeordneter, St. Pölten, Kremser-Landstraße.

Wolf Dr. Emil sen., Advokat, Obmann des sozialpolitischen Vereines in Brünn, Brünn, Großer Platz.

Wolf Dr. Josef Ritter von, k. k. Sektionschef im k. k. Ministerium des Innern, Wien, I. Judenplatz 3.

Wolf-Zdekauer Dr. Karl Freiherr von, Porzellanwarenfabrikant, Prag, Rittergasse 28.

Wolf Dr. Sigmund, Advokat und Sekretär des mährischen Brauherrnvereines, Brünn, Ferdinandsgasse 25/27.

Wolf Theodor Karl, Ökonom, Schriftsteller, Wien, XVIII. Hofstattgasse 22.

Wolfarth Karl Freiherr von, k. k. Landes-Regierungsrat, Wien, IV. Mostgasse 8a.

Wolfbauer Josef Max, kaiserlicher Rat, k. k. Kommerzialrat, Handelskammerrat, Wien, XIX. Karl Ludwigsstraße 43.

Wolfrum Carl, Fabrikant, Aussig (Böhmen).

Wolfrum Otto, Fabrikant, Wien, I. Gonzagagasse 11.

Wondraczek Konrad, Inspektor der Arbeiter-Unfall-Versicherungs-Anstalt für Nieder-Österreich, Wien, I. Schottenbastei 10.

Digitized by Google

Würth Victor, k. k. Ober-Inspektor der General-Inspektion der österreichischen Staatsbahnen im Eisenbahn-Ministerium, Wien, I. Schillerplatz.

Zaborsky Dr. Oskar Ritter von, k. k. Bezirkshauptmann, Prag, III. Nr. 601.

Zahalka Emil, Kassenvorstand der Arbeiter-Unfall-Versicherungs-Anstalt für Nieder-Österreich, Wien, I. Schottenbastei 10.

Zebisch Josef, Beamter der Arbeiter-Unfall-Versicherungs-Anstalt für Nieder-Österreich, Wien, I. Schottenbastei 10.

Zetter Georg Dr., Chemiker, Wien, III. Marokkanergasse 18.

Zehetner Dr. Ferdinand, k. k. Sektionschef, Wien, VII. Siebensterngasse 16A.

Zentralverband der galizischen Fabriks-Industriellen, vertreten durch den Direktor Roger Freiherr von Battaglia, Lemberg.

Zentralverband der Industriellen Österreichs, vertreten durch den Präsidenten k. k. Hofrat Dr. Hermann Hallwich und den Konzipisten Dr. Paul Stefan Gruenfeld.

Ziegler Andreas, Fabriks- und Gutsbesitzer, Wostratschin (Böhmen), Post Stankau.

Ziegler Josef, Kasseobmann der Gehilfenkrankenkasse der Genossenschaft der Buchbinder, Ledergalanterie- und Kartonnagewarenerzeuger, Futteralmacher usw., Wien, VI. Königseggasse 10.

Ziegler Dr. Rudolf, Konsulent der nieder-österreichischen Handels- und Gewerbekammer, Wien, I. Wipplingerstraße 34.

Zimmermann Karl von, Fabrikant, Althabendorf (Böhmen).

Zipser Dr. Josef, Hof- und Gerichtsadvokat, Wien, I. Freisingergasse 4.

Zirnich Othmar, Abteilungsvorstand-Stellvertreter der Arbeiter-Unfall-Versicherungs-Anstalt für Nieder-Österreich, Wien, I. Schottenbastei 10.

Zöptauer und Stefanauer Bergbau- und Eisenhütten-Aktiengesellschaft, Zöptau.

Digitized by Google

Portugal.

Portugal.

Garcia Frederico Ressano, Ministro d'Estado Honorario, Lissabon.

Rumänien.

Roumanie.

Krupenski Const. Em., Avocat, ancien Directeur de la Statistique du Royaume de Roumanie, membre de l'Institut International de Statistique, Bukarest, 108 bis Str. Stirbey-Voda.

„Patria", Societate Română de Asigurare si Reasigurare, Bukarest, Str. Smărdan 15.

Porumbaru Radu C., Senateur, Ingenieur, Letea Bacau (Rumänien).

Romalo Alphonse, Directeur de la „Patria", Société roumaine d'assurance, Bukarest, Str. Smărdan 15.

Rußland.

Russie.

Luxenburg Maxymilian, Generaldirektor der Warschauer gegenseitigen Unfall-Versicherungs-Gesellschaft, Warschau, Wróbla 10.

Pokotiloff M., Directeur de la Caisse de Retraite des employés de chemins de fer, Saint Petersbourg, Galernaia 48.

Press Alexis, Ingenieur, St. Petersburg, Liteiny 9.

Remer Antoni, Ingenieur, Präsident der Verwaltung der Warschauer gegenseitigen Unfall-Versicherungs-Anstalt, Warschau, Wróbla 10.

Skarzynski Louis Comte, Employé pour missions extraordinaires de Ministère des Finances en Russie et membre de Comité Permanent International à Paris, St. Petersburg, Tutschkowa-Quai 2.

Stoff Alex., Conseiller privé, Membre du Conseil des Mines au Ministère des Finances, St. Petersbourg, Jamskaia 10.

Digitized by Google

Schweden.

Suède.

Finemann Dr. Gösta, praktischer Arzt, Gefle.

Lindstedt Dr. Andr., Professor an der Polytechnischen Schule, Stockholm.

May John, Oberdirektor und Chef der Schwedischen Reichsversicherungsanstalt, Stockholm.

Schweiz.

Suisse.

Büchi Albert, Dr. phil., Professor, Rektor der Universität Freiburg im Üchtland.

Ceresole Dr. Ernesto, Jurist des schweizerischen Industrie-Departements, Bern.

Conseil d'État du Canton de Genève, Genf.

Feigenwinter von Blazey Dr. Ernst, Advokat, Basel, Heuberg 12.

Generaldirektion der schweizerischen Bundesbahnen, Bern.

Kistler Hermann, Staatsschreiber des Kantons Bern, Delegierter der Krankenkasse des Kantons Bern, Bern, Postgasse.

Micheli Horace, Directeur du Journal de Genève, Landecy bei Genf.

Moser Prof. Dr. Chr., Direktor des eidgenössischen Versicherungsamtes, Bern.

Schweizerische Unfall - Versicherungs - Aktien - Gesellschaft, Winterthur.

Steiger Edm. von, Regierungsrat und Nationalrat, Bern, Balmweg 6.

Vorstand des Gesundheitswesens der Stadt Zürich.

Ungarn.

Hongrie.

Bokor Dr. Gustav, Sekretär des Landesvereins der chemischen Industriellen Ungarns, Budapest, V. Fűrdő-utca 8.

Bräuner Dr. Filipp, Chefarzt-Sekretär der allgemeinen Arbeiter-Kranken - Unterstützungskasse in Budapest, Budapest, VII. Dob-utca 75.

Digitized by Google

Chorin jun. Dr. Franz, Advocat, Präsident des Bundes der ungarischen Fabriksindustriellen, Budapest, V. Sas-utca 1.

Csoka Josef, Sektions-Rat, Budapest, II. Lánczhid-ut 1—3.

Déry Carl, Verschleiß-Direktor der DDSG., Mitglied des Bundes der ungarischen Fabriksindustriellen, Budapest, V. Sas-utca 1.

Deutsch A., Direktionsmitglied der Budapester Bezirks-Krankenkasse, Budapest, VII. Damjanichgasse 26.

Fay Dr. Josef, Direktor der landwirtschaftlichen Arbeiter- und Dienstboten-Unterstützungs-Kasse, Budapest.

Feder Franz, Direktor des Franz Josef kaufmännischen Spitals, Budapest.

Flórián Dr. Karl, o. ö. Professor an der rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät zu Eperjes.

Fodor Franz, Sekretär des Bundes der ungarischen Fabriks-Industriellen, Budapest, V. Sas-utca 1.

Fodor Stefan von, Generaldirektor der Budapester Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft, Mitglied des Bundes der ungarischen Fabriksindustriellen, Budapest, V. Sas-utca 1.

Frank Dr. Gustav, Regierungs-Adjunkt der königlich kroatisch-slavonischen Landesregierung, Agram, Nonnengasse 2.

Frey Gustav, Vize-Präsident der Budapester Bezirks-Krankenkassa, Budapest, VII. Damjanichgasse 26.

Gelléri Maurus, königl. Rat und Direktor der „Országos Iparegyesület“, Budapest, IV. Uj-utca 4.

Havas M., Direktionsmitglied der Budapester Bezirks-Krankenkasse, Budapest, VII. Damjanichgasse 26.

Hubert Franz, Vizepräsident der Handels- und Gewerbekammer Preßburg, Zimmermeister, Preßburg, Justi-Lände 25.

Ihrig Ludwig Dr., Chefarzt des Franz Josef kaufmännischen Spitals als Krankenkasse in Budapest, Budapest.

Jerusalem Josef, Großindustrieller und Großaktionär der vaterländischen Baumwollspinnerei- und Weberei-Aktien-Gesellschaft, als Vertreter der Handels- und Gewerbekammer in Agram, Wien, I. Renngasse 15.

Digitized by Google

Kiss Adolf, Sekretär der allgemeinen Arbeiter-Kranken-Unterstützungskasse, Budapest, VII. Dob-utca 75.

Korösy Dr. Josef von, Direktor des statistischen Bureaus und der Bibliothek der Stadt Budapest, Budapest, Rathaus.

Kroatisch-slavonischer Landes-Industriellen-Bund, Agram, Gajeva-ulica 1.

Kruchina Dr. Karl Baron, Hilfskonzipist im ungarischen Handels-Ministerium, Budapest.

Lang Ludwig, Delegierter des Landesverbandes der ungarischen Eisenwerke und Maschinenfabriken, Direktor der Budapester Pumpen- und Maschinenfabriks-Aktien-Gesellschaft, vormals Franz Walser, Budapest, Waiznerstraße 69.

Mandello Julius, Professor, Generalsekretär der ungarischen volkswirtschaftlichen Gesellschaft, Preßburg.

Poor Jakob, Budapest, Dorottya-utca 10.

Sarkadi Ignaz, Direktor der Budapester Bezirks-Krankenkasse, Budapest, VII. Damjanichgasse 26.

Schlichter Ludwig, Baumeister und Vizepräsident der Handels- und Gewerbekammer in Raab, Raab.

Seregi Dr. Zoltán, Magistratsnotär, als Vertreter der Reichshaupt- und Residenzstadt Budapest, Ujpest, vasut-utca 63.

Somlyay Ludwig, Sekretär der Preßburger Bezirks-Kranken-Unterstützungskasse, Preßburg, Venturgasse 3.

Szontágh Eugen, Sekretär der Bezirks-Krankenkasse, Szolnok (Ungarn).

Szterényi Josef, königlich ungarischer Staatssekretär, Budapest, II. Lánczhid-ut 1—3.

Veith Béla, Direktor der ungarischen Berg- und Hüttenwerke und der Domänen der österreichisch-ungarischen Staatseisenbahn-Gesellschaft, Mitglied des Bundes der ungarischen Fabriksindustriellen, Budapest, V. Sas-utca 1.

Wagner Dr. Johann, Mathematiker der Unfallversicherungs-Aktien-Gesellschaft „Nationale“, Budapest, VII. Erzsébet körút 13.

Wottitz Gustav, Fabriksdirektor und Handelskammerrat, Raab.

Digitized by Google

Vereinigte Staaten von Nordamerika.

États Unis de l'Amérique.

Burnham George jr., Baldwin Locomotive Works, Philadelphia, Pa.

Croker Walton L., Sekretär der John Hancock Mutual Life Insurance Co., Boston.

Dohrmann F. W., Verwaltungsrat der Universität von Californien, San Francisco.

Henderson Charles Richmond, Professeur de Sociologie à l'Université de Chicago.

Heye Carl, Sekretär der Germania Life Insurance Co., New-York, 20, Nassau-Str.

Hoffmann F. L., Statistician of the Prudential Insurance Company, Newark, N. J., Home-Office.

Marschall W. A., Vize-Präsident der Home Life Insurance Co., New-York, 256, Broadway.

New-York Public Library, New-York, 40, Lafayette place.

Parker John D., Assistant-Secretary of the Connecticut Mutual Life Insurance Co., Hartford, Conn.

Tolman William H., Direktor des American Institute of Social Service, New-York, 287, Fourth Ave. Near 23d St.

Weeks Rufus W., II. Vice-Präsident der New-York Life Insurance Co., New-York, 346, Broadway.

Welch A. A., II. Vice-Präsident der Phoenix Mutual Life Insurance Co. Hartford, Connecticut.

Wilson George, Vice-President of the Equitable Life Assurance Society, New-York, 120, Broadway.

Digitized by Google

Organisations-Komitee
des
VII. Internationalen Arbeiterversicherungs-Kongresses
in Wien
(17.—23. September 1905).

COMITÉ D'ORGANISATION
du
7e Congrès International des Accidents du Travail et des Assurances Sociales à Vienne
(17 au 23 septembre 1905).

Ehrenpräsidium:
Président d'honneur:

Se. Exzellenz **Dr. Ernest von Koerber,** k. k. Ministerpräsident a. D.

Präsidium:
Présidents:

Julius Ritter von Kink, Präsident der n.-ö. Handels- und Gewerbekammer, Reichsratsabgeordneter.

Dr. T. Bödiker, Wirklicher Geheimer Ober-Regierungsrat, Berlin.

Schriftführer:
Secrétaire:

Dr. Max von Tayenthal, Sekretär der n.-ö. Handels- und Gewerbekammer.

Mitglieder:
Membres:

Se. Exzellenz **Dr. Baernreither Josef Maria,** k. k. Minister a. D., Wien.

Bayer Rudolf, k. k. Regierungsrat, Wien.

Buchmüller Josef, kais. Rat, Wien.

Cerny Wilhelm, Monteur, Alt-Lieben bei Karolinental (Böhmen).

Digitized by Google

Czuber Emanuel, k. k. Hofrat und Professor an der technischen Hochschule, Wien.

Denk August, k. k. Kommerzialrat, Präsident des n.-ö. Gewerbevereines, Wien.

Duschnitz Max, kaiserlicher Rat, Wien.

Dr. Eger Alexander Ritter von, k. k. Hofrat, Generaldirektor der Südbahn, Handelskammerrat, Wien.

Dr. Ehrlich Sigmund, Schriftsteller, Wien.

Ellissen Karl, Fabriksbesitzer, Wien.

Englisch Ferdinand, Werkführer, Wien.

Dr. Escherich Gustav, k. k. Hofrat und Universitäts-Professor, Wien.

Dr. Exner Wilh. Franz, Herrenhausmitglied, k. k. Sektionschef, Wien.

Dr. Gross Gustav, k. k. Universitäts-Professor, Reichsratsabgeordneter, Wien.

Günther Otto, k. k. Oberbaurat, Wien.

Gutmann Max Ritter von, k. k. Bergrat, Wien.

Dr. Hallwich Hermann, k. k. Hofrat, Präsident des Zentralverbandes der Industriellen Österreichs, Wien.

Hauptfleisch Johann, k. k. Regierungsrat, Wien.

Heidler Artur, k. k. Hof- und Ministerialrat, Wien.

Dr. Herz Eugen, Konsulent der n.-ö. Handels- und Gewerbekammer, Wien.

Herz Julius, Direktor der Bodenkredit-Anstalt, Handelskammerrat, Wien.

Herzfelder Hugo, Handelskammerrat, Wien.

Dr. Hillmayr Wilhelm Ritter von, k. k. Adjunkt des Ministerium des Innern, Wien.

Hirsch Ernst, Wien.

Se. Exzellenz **Dr. Inama-Sternegg Karl Theodor von,** k. k. Sektionschef, Wien.

Jahn Richard, kais. Rat, Fabriksbesitzer, Prag.

Junk David Valentin, k. k. Baurat, Wien.

Dr. Kaan Julius, k. k. Regierungsrat, Wien.

Digitized by Google

Karinger Johann, Magistrats-Oberkommissär, Wien.

Kerpely Anton Ritter von, Generaldirektor der Alpinen Montangesellschaft, Wien.

Kessler Arnold, kais. Rat, Direktor der Firma Thos. Cook & Son, Wien.

Kestranek Wilhelm, Zentraldirektor der Prager Eisenindustrie-Gesellschaft, Wien.

Kitschelt Rudolf, kais. Rat, Vizepräsident der n.-ö. Handels- und Gewerbekammer, Reichsratsabgeordneter, Wien.

Dr. Klang James, Verwaltungsrat der Versicherungsgesellschaft „Phönix", Handelskammerrat, Wien.

Kögler Karl, k. k. Regierungsrat, Direktor der Arbeiter-Unfall-Versicherungsanstalt, Wien.

Dr. König Oskar, Direktor der Berufsgenossenschaftlichen Unfallversicherungsanstalt der österreichischen Eisenbahnen, Wien.

Kubinzky Eugen Freiherr von, Prag.

Kunschak Leopold, Gemeinderat der Stadt Wien, Wien.

Laubek Franz, Gemeinderat der Stadt Wien, Wien.

Dr. Licht Stefan, Hof- und Gerichts-Advokat, Reichsratsabgeordneter, Wien.

Luber Karl, Fabriksbesitzer und Handelskammerrat, Wien.

Dr. Maresch Rudolf, k. k. Regierungsrat, I. Sekretär der n.-ö. Handels- und Gewerbekammer, Wien.

Dr. Mataja Viktor, k. k. Sektionschef, Wien.

Dr. Menzel Adolf, k. k. Universitäts-Professor, Wien.

Dr. Mertens Franz, k. k. Hofrat und Universitäts-Professor, Wien.

Dr. Mikusch Gustav, Konsulent der n.-ö. Handels- und Gewerbekammer, Wien.

Muhl Friedrich, k. k. Hofrat, Zentralgewerbe-Inspektor, Wien.

Oesterreicher Johann, k. k. Hofzimmermeister, Wien.

Parger Hans, Magistratsrat, Wien.

Pastrée Julius, Präsident des Bundes österreichischer Industrieller, Wien.

Digitized by Google

Patzelt Julius, Chefredakteur des „Deutschen Volksblattes", Wien.

Dr. Pfaffinger Rudolf, Reichsratsabgeordneter, Hof- und Gerichts-Advokat, Wien.

Dr. Philippovich Eugen von, k. k. Hofrat und Universitäts-Professor, Wien.

Pollack Leopold Edler von Parnegg, Fabriksbesitzer, Präsident des Gremiums der Kaufmannschaft und Handelskammerrat, Wien.

Dr. Pribram Otto, Präsident der Arbeiter-Unfallversicherungsanstalt, Prag.

Rezek Josef, k. k. Professor, Wien.

Ridky Josef, Eisendreher, Floridsdorf.

Rohrer Rudolf M. jun., Buchdruckereibesitzer, Brünn.

Dr. Sauter Hermann von, Konzipist der n.-ö. Handels- und Gewerbekammer, Wien.

Schieber Eduard, Stadtbaumeister, Wien.

Schoeller Paul Ritter von, Herrenhausmitglied, Handelskammerrat, Wien.

Seybel Otto, k. k. Kommerzialrat, Wien.

Dr. Singer S. M., kais. Rat, Fabriksbesitzer, Handelskammerrat, Wien.

Sobotka Josef, Fabriksbesitzer, Prag.

Dr. Sonndorfer Rudolf, k. k. Regierungsrat, Wien.

Dr. Speil Ritter von Ostheim Albert, k. k. Hofrat, Wien.

Steiner Leopold, Reichsratsabgeordneter und Landesausschuß, Wien.

Dr. Tayenthal Max von, Sekretär der n.-ö. Handels- und Gewerbekammer, Wien.

Dr. Verkauf Leo, Wien.

Vetter Heinrich, k. k. Kommerzialrat, Wien.

Dr. Weiskirchner Richard, Magistratsdirektor, Wien.

Dr. Weiss Adam von Schleussenburg, k. k. Bezirks-Kommissär, Wien.

Weiss Viktor Freiherr von Starkenfels, k. k. Sektionsrat, Wien.

Digitized by Google

Widholz Laurenz, Vorstands-Mitglied der Arbeiter-Unfallversicherungsanstalt, Wien.

Wolfbauer Josef Max, kais. Rat, k. k. Kommerzialrat, Handelskammerrat, Wien.

Dr. Zehetner Ferdinand, k. k. Sektionschef, Wien.

Exekutiv-Komitee:

Comité exécutif:

Hofrat **Czuber,**
Regierungsrat Dr. **Kaan,**
Verwaltungsrat Dr. **Klang,**
Präsident von **Kink,**
Dr. **Mikusch,**
Hofrat Dr. von **Philippovich,**
Herrenhausmitglied von **Schoeller,**
Dr. von **Tayenthal,**
Kommerzialrat **Vetter,**
Magistratsdirektor Dr. **Weiskirchner,**
Sektionschef Dr. **Zehetner.**

Digitized by Google

Digitized by Google

COMITATO ITALIANO

per il

Congresso Internazionale degli Infortuni sul lavore e delle assicurazioni sociali che sarà tenuto a Vienna

nel Settembre 1905.

Presidente.

Speroni Com. Ing. Giuseppe, Senatore del Regno, Presidente della Cassa Nazionale per gli Infortuni degli operai sul lavoro.

Vice-Presidenti.

Chimirri Com. Avv. Bruno, Deputato al Parlamento, Membro del Comitato Permanente Internazionale del Congresso degli infortuni.

De Angeli Comm. Ernesto, Senatore del Regno, industriale, Presidente dell'Associazione degli industriali d'Italia per prevenire gli infortuni sul lavore e dell'Associazione per l'assistenza medica negli infortuni del lavoro, Membro del Comitato permanente internazionale del Congresso degli infortuni.

Membri.

Bernacchi Dott. Luigi, Direttore dell'Instituto medico per gli infortuni del lavoro Milano.

Besso Comm. Marco, Membro del Consiglio della Previdenza Roma.

Biraghi Cav. Avv. Giulio, Segretario del Consiglio d'Amministrazione del lanificio Rossi Milano.

Bodio Comm. Prof. Luigi, Senatore, Presidente del Consiglio Superiore della Statistica, Membro del Comitato permanente internazionale del Congresso degli infortuni Roma.

Borri Prof. Dott. Lorenzo, Professore di medicina legale nella R. Università di Modena.

Digitized by Google

Cantoni Nob. Cav. Uff. Costanzo, Presidente dell'Associazione fra gli industriali cotonieri Milano.

Cavalieri Comm. Enea, Membro del Consiglio superiore della Previdenza Roma.

Celli Prof. Angelo, Deputato al Parlamento, Professore d'igiene sperimentale presso la R. Università di Roma.

Cesaris Ing. Natale, Direttore della Mutua Infortuni Milano.

Chiarchiaro Comm. Dott. Giuseppe, Consigliere Governativo del Banco di Sicilia Palerma.

Colaianni Pompeo, Direttore del Sindacato Obbligatorio Siciliano per gli infortuni dei lavoro nelle miniere di zolfo Caltanissetta.

Crespi Comm. Dott. Silvio Benigno, Deputato al Parlamento-Industriale Milano.

Ferrero di Cambiano Marc. Comm. Cesare, Deputato al Parlamento, V. Presidente della Cassa Nazionale di previdenza per la vecchiaia degli operai, Torino.

Gavazzi Ing. Cav. Piero, Industriale, Presidente della Mutua Infortuni Milano.

Gobbi Avv. Prov. Ulisse, Presidente dell'Associazione degli Attuari, Membro del Cinsiglio della Previdenza, Milano.

Luzzatti Comm. Prof. Luigi, Deputato al Parlamento, Presidente onorario del Comitato permanente internazionale del Congresso degli infortuni Roma.

Maffi Antonio, Segretario Generale della Lega nazionale delle Società cooperative italiane e della previdenza Milano.

Magaldi Comm. Dott. Vincenzo, Ispettore Generale del Credito e della Previdenza al Ministero di Agricoltura, Industria e Commercio, Membro del Comitato permanente del Congresso internazionale degli infortuni Roma.

Mangiagalli Prof. Luigi, Senatore, Direttore del R. Instituto osterico-ginecologico Milano.

Miraglia Comm. Nicola, Direttore Generale del Banco di Napoli, rappresentante della Cassa Nazionale Infortuni in Napoli.

Montemartini Prof. Giovanni, Direttore dell'Ufficio del Lavoro al Ministero di Agricoltura, Industria e Commercio Roma.

Novella Comm. Rudolfo, Presidente della Cassa di Risparmio Genova.

Digitized by Google

Paretti Comm. Prof. Orazio, Direttore Generale della Cassa Nazionale di previdenza per la invalidità e per la vecchiaia degli operai, Membro del Consiglio della Previdenza Roma.

Dr. G. Paratore, Président du Conseil du „Sindicato maritimo italiano per l'assicurazzione conter gli infortuni della genti dimore" Roma.

Pellati Comm. Ing. Nicolò, Ispetore Capo del corpo delle miniere presso il Ministero di Agricoltura, Industria e Commercio, Membro del Comitato permanente del Congresso internazionale degli infortuni Roma.

Perelli Ing. Cav. Giovanni Battista, Industriale.

Pisa Comm. Dott. Ugo, Senatore, Presidente del Patronato di assicurazione e soccorso per gli infortuni sul lavoro.

Pontiggia Cav. Ing. Luigi, Direttore dell'Associazione fra gli industriali d'Italia per prevenire gli infortuni sul lavoro Milano.

Saldini Ing. Prof. Cesare, Vice-Presidente dell'Associazione fra gli industriali d'Italia per prevenire gli infortuni, Membro dell'Ufficio del lavoro Milano.

Salmoiraghi Ing. Cav. Angelo, Presidente della Camera di Commercia Milano.

Serafini Avv. Enrico, Professore di diritto nella R. Università di Pisa.

Sironi Cav. Avv. Ugo, Consulente legale della Cassa Nazionale infortuni Milano.

Tononi Cav. Uff. Cesare, Direttore della Cassa Nazionale per gli infortuni degli operai sul lavoro Milano.

Villani Ing. Gaetano, Ispettore della Società delle Ferrovie del Mediterraneo Milano.

Il Presidente della Cassa di Risparmio di Roma rappresentante della Cassa Nazionale infortuni in Roma.

Il Provveditore del Monte dei Paschi rappresentante della Cassa Nazionale infortuni in Siena.

Digitized by Google

Digitized by Google

REFERATE.

RAPPORTS.

Digitized by Google

Digitized by Google

INTERNAT. ARBEITERVERSICHERUNGS-KONGRESS
7. Tagung. — Wien. — 17. bis 23. September 1905.

DIE ENTWICKLUNG
DER
ARBEITERVERSICHERUNG IN DEUTSCHLAND
SEIT DEM
ERSTEN PARISER INTERNATIONALEN ARBEITERVERSICHERUNGS-KONGRESS IM JAHRE 1889

VON
DR. T. BÖDIKER
WIRKL. GEHEIMER OBER-REGIERUNGSRAT.

Vorbemerkung.

Wer, auf der Höhe des Lebens stehend, Rückschau hält über seine bisherigen Leistungen, wird naturgemäß zu dem Gedanken geführt, was ihm noch zu leisten übrig bleibe, und was er noch zu leisten gedenke.

Darum ist es gut, daß auf dem bevorstehenden Wiener Kongreß jene Rückschau hinsichtlich des uns beschäftigenden Gebietes für alle Kulturländer angestellt werden soll.

Nichts ist geeigneter, die Gewissen zu schärfen.

Was leisteten die Länder in der abgelaufenen Zeit eines halben Menschenalters für die Arbeiterversicherung? Was gedenken sie noch zu leisten? Und wann gedenken sie an die Arbeit zu gehen?

Verfloß vielleicht Jahr für Jahr, Kongreß um Kongreß mit Reden und Projekten, Gegenreden und Gegenprojekten?

Wie schwer wiegt der Weizen, der in all der Zeit reifte? Wie groß ist der Acker, der bestellt wurde?

Digitized by Google

Dem Organisationskomitee unseres Kongresses danke ich auch an dieser Stelle, daß es meinen Antrag, die große Revue nunmehr, nachdem bereits sechs Kongresse abgehalten wurden, einmal anstellen zu lassen, in sein Programm aufgenommen hat.

Der Tropfen höhlt den Stein. Wir müssen allmählich weiter vorwärts kommen.

Auch Rom ist nicht an einem Tage gebaut.

Einleitung.

Als am 9. September 1889 der erste „Congrès International des Accidents du Travail" zu Paris eröffnet wurde, hatte Deutschland seine Arbeiterversicherung im wesentlichen bereits unter Dach und Fach gebracht.

Die Krankenversicherung, die Unfallversicherung und die Invaliditäts- und Altersversicherung standen fix und fertig da, wenngleich die letztere noch der Ausführung harrte.

Den ersten Anstoß zu dieser auf dem Prinzip des Zwanges und der Selbstverwaltung beruhenden Gesetzgebung gab das Reichs-Haftpflichtgesetz vom 7. Juni 1871 [1]), das selbst als ein sozialpolitisches Gesetz bezeichnet werden kann. Zwar war es in seinem von den Fabrik- und Bergwerksunfällen handelnden Hauptparagraphen, dem § 2, insofern ein verfehlter Versuch, als das Übel der in seinem Gefolge immer massenhafter werdenden vergiftenden Prozesse zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer fast die den Arbeitern durch das Gesetz verschafften materiellen Vorteile überwog; und selbst diese Vorteile wurden wegen der Beweislast für den Arbeiter nur zu oft illusorisch. Aber das Gesetz legte Bresche in die bisherige zivilistische Auffassung von den den Arbeitern gegenüber bestehenden Verpflichtungen und es löste die ganze Kette weiterer gesetzlicher Fürsorgebestimmungen aus.

---

[1]) Ich folge fortan einem von mir in der „Vereinigung für staatswissenschaftliche Fortbildung" in der Universität zu Berlin gehaltenen Vortrage.

Digitized by Google

Gelegentlich der Beratung des Gesetzes vom 21. Oktober 1878, betreffend die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie, wurde regierungsseitig die Notwendigkeit anerkannt, die bedenklichen Erscheinungen, welche den Erlaß dieses Gesetzes notwendig machten, durch positive, auf die Verbesserung der Lage der Arbeiter abzielende Maßnahmen zu bekämpfen. Mit dem ihm eigenen Eifer griff Fürst Bismarck die Sache an, und Kaiser und Kanzler wußten sie unter Einsetzung ihrer ganzen Autorität zum guten Ende zu führen.

Nachdem im Jahre 1881 der erste Anlauf zu einer reichsgesetzlichen Unfallversicherung zu gelangen, erfolglos geblieben war, und zwar vom Standpunkte unserer gegenwärtigen Erkenntnis aus „zum Glück" erfolglos geblieben war, denn der Gesetzentwurf wollte eine rein bureaukratische zentralisierte Reichsversicherung mittelst einer Reichsversicherungsanstalt, ohne Beteiligung der Betriebsunternehmer an der Verwaltung, ohne Vertretung der Arbeiter, ohne Schiedsgerichte, unter Anwendung fester Prämienzahlungen von seiten der Arbeitgeber und Arbeitnehmer (welch letztere jetzt bekanntlich nichts zahlen) nach dem Deckungskapital-Prinzip, erweiterte die Allerhöchste Botschaft vom 17. November 1881, mit der die fünfte Legislaturperiode des Reichstages eröffnet wurde, die sozialpolitische Gesetzgebungs-Perspektive um ein Bedeutendes. Neben einem Unfallversicherungsgesetzentwurf auf veränderter Grundlage wird als Ergänzung eine Vorlage zur gleichmäßigen Organisation des gewerblichen Krankenkassenwesens angekündigt, und der Anspruch der durch Alter oder Invalidität erwerbsunfähig gewordenen auf ein höheres Maß staatlicher Fürsorge, als ihnen bisher hatte zuteil werden können, anerkannt.

Es bildet diese Allerhöchste Botschaft ein glänzendes Zeugnis nicht nur für die Kraft der Bismarck'schen Überzeugung von der Notwendigkeit eines umfassenden geschlossenen Vor-

Digitized by Google

gehens, sondern ganz besonders auch für die hohe Einsicht seines kaiserlichen Herrn, der mit der äußersten, in der ferneren Botschaft vom 14. April 1883 nochmals bestätigten Energie ein so großes Programm auf seinen kaiserlichen Schild erhebt. Während sonst der Kanzler das Prinzip der kleinsten Angriffsflächen, der möglichst schmalen Front verfocht, selbst in den Voten an seine eigenen Ministerkollegen alles, was die Angriffsfläche erweitern konnte, vermied, geht er hier mit der Entfaltung seines Programmes vor, das nach der damaligen Anschauung ans Uferlose grenzte. Wie weit in der Tat der Kaiser und er ihrer Zeit vorauseilten, zeigt der kurz nach der ersterwähnten Botschaft, am 10. Januar 1882, von den vereinigten liberalen Parteien des Reichstages eingebrachte Gesetzentwurf (Buhl und Genossen), welcher die Lösung der Unfallfrage noch immer auf dem Boden erweiterter Haftpflicht unter Zulassung der Privat-Versicherungsanstalten auf Grund von Normativbestimmungen lösen wollte.

Der alte Satz: „Fortes fortuna adjuvat" bewährte sich auch hier. Nichts von ihrem großen Plane haben Kaiser und Kanzler, die die verbündeten Regierungen fest an sich zu schließen wußten, sich streichen lassen, und wenn auch die zweite Unfallvorlage (vom Jahre 1882) wiederum nicht zur Verabschiedung gelangte, so gelang es mit der dritten erweiterten und verbesserten Vorlage vom Jahre 1884, nachdem inzwischen das ursprünglich in die zweite Linie gerückte Krankenversicherungsgesetz unter Dach und Fach gebracht worden war, umso besser. Dabei sehen wir schon hier die im weiteren Verlaufe noch öfters uns begegnende Erscheinung, daß jeder neue Entwurf den Versicherten neue Vorteile brachte. Insbesondere gewährte dieser dritte und letzte Entwurf den Arbeitern gleichwie den Arbeitgebern Sitz und Stimme in dem durch ihn geschaffenen Reichs-Versicherungsamt — diesem höchstinstanzlichen Gerichtshof und letztinstanzlichen Verwaltungshof, gegen dessen Entscheidung das Gesetz nur in dem

Digitized by Google

einen Falle der Verweigerung der Genehmigung berufsgenossenschaftlicher Statuten eine Beschwerde und zwar an den Bundesrat, nicht Reichskanzler, zuließ — und tat damit einen sozialpolitischen Schritt, für den es keinen Vorgang gab. „Den Reichskanzler" (über dessen stets wachsende Machtstellung als Kanzler, Ministerpräsident und Handelsminister damals Klage geführt wurde) „Den Reichskanzler" so sagte uns bei der Vorberatung dieses dritten Entwurfs Fürst Bismarck in Friedrichsruh „will ich klein machen; das Reichs-Versicherungsamt soll auf diesem Gebiete an seine Stelle treten; es soll so vertrauenswürdig wie möglich gestaltet werden". Und danach sind dann die Bestimmungen über das Reichs-Versicherungsamt, die ich selbst verfaßt habe, ohne freilich zu ahnen, daß ich an dessen Spitze würde gestellt werden, ausgearbeitet worden.

Es folgten nun auf das Krankenversicherungsgesetz vom 15. Juni 1883 in raschem Zuge das gewerbliche Unfallversicherungsgesetz vom 6. Juli 1884, das sogenannte Ausdehnungsgesetz, betreffend Transport-, Speditions- etc. Betriebe, vom 28. Mai 1885, das landwirtschaftliche Unfallversicherungsgesetz vom 5. Mai 1886, das Bauunfallversicherungsgesetz vom 11. Juli 1887, das Seeunfallversicherungsgesetz vom 13. Juli 1887 und demnächst das Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz vom 22. Juni 1889.

Aus der Enstehungsgeschichte des gewerblichen Unfallversicherungsgesetzes möge hier noch ferner angeführt werden, daß der Reichskanzler schon in dessen zweiten Entwurf das Institut der „Arbeiterausschüsse" aufnehmen ließ, deren Kompetenz im dritten Entwurf noch erweitert wurde, ein Institut, das freilich später bei den Reichstagsberatungen die abgeschwächte Form der Beteiligung der Arbeiter an den Verhandlungen der Schiedsgerichte und des Reichs-Versicherungsamtes, sowie der Beteiligung von Arbeitervertretern an den Unfalluntersuchungen und an dem Erlasse von Unfallverhütungsvorschriften erhielt. Fürst Bismarck fürchtete sich nicht vor jenen

Digitized by Google

Ausschüssen; „durch arbeiterfreundliche Maßregeln“ sagte er uns bei der gleichen Gelegenheit in Friedrichsruh „ist noch niemals die Unzufriedenheit wachgerufen“. Selbst vor dem Gedanken eines eventuellen, das Reich umfassenden Arbeiter-Zentralausschusses schreckte er in der Unterhaltung nicht zurück. „Freilich müsse es dann auch eine starke Regierung geben, die nicht anstehe, nötigenfalls von ihren Machtmitteln Gebrauch zu machen.“ Was meine eigenen dreizehnjährigen Erfahrungen mit den Arbeitervertretern — wenn ich dies hier kurz einschalten darf — betrifft, so muß ich sagen, daß sie den Erwartungen durchaus entsprochen haben; ich kann sie nur als günstig bezeichnen, sowohl bei den unteren Instanzen, als auch im Reichs-Versicherungsamt. Insbesondere hat das Zusammenarbeiten der Arbeitervertreter mit den Arbeitgebern bei der Beratung von Unfallverhütungsvorschriften sich sehr gut bewährt, beide Teile in nähere Beziehung zu einander gebracht, nicht selten ein persönliches Band geknüpft, sodaß z. B. die Vorstandmitglieder der Rheinisch-Westfälischen Hütten- und Walzwerks-Berufsgenossenschaft die Arbeitervertreter nach solch einer Beratung einluden, als ihre Gäste mit ihnen zusammen zu speisen. Ebenso war das Verhältnis zu den Arbeitervertretern im Reichs-Versicherungsamt ein durchaus freundliches. Selbstverständlich suchten sie sowohl in den Spruch-, als auch in den Verwaltungssitzungen das Interesse der Arbeiter tunlichst zu vertreten, aber es geschah dies in angemessener Form mit sachlichen Gründen; daß Ausnahmen vorkamen, ist erklärlich; jedenfalls gehört für mich diese gemeinsame Arbeit mit den Arbeitern, die freilich zum großen Teile, die Berliner sämtlich, sozialdemokratisch waren, zu meinen angenehmsten Erinnerungen, und nie werde ich es vergessen, wie alljährlich am Neujahrstage, wenn ich von der Gratulationscour im Königlichen Schlosse heimkehrte, die in Berlin wohnenden Arbeitermitglieder des Reichs-Versicherungsamtes sich vollzählig bei mir einfanden, um zum Neuen Jahre zu gratulieren, und wie sie sich bei

Digitized by Google

einer Zigarre und einem Glase Wein vertraut mit mir unterhielten. Gern gestehe ich: es war mir das der liebste Augenblick im Jahre; denn in erster Linie galt doch, wie die ganze Gesetzgebung, so meines Amtes und meine eigene Tätigkeit dem Wohle der Arbeiter, deren Vertrauen zu gewinnen und zu erhalten, eine köstliche Aufgabe war. Das hinderte nicht, daß die Arbeitgeber, groß und klein, angefangen mit den Herren Krupp, Stumm, Jencke, uns das gleiche Vertrauen entgegenbrachten; im Gegenteil, sie freuten sich, den Zweck ihrer großen Opfer an Zeit und Geld, soweit die Mitarbeit mit den Arbeitern in Frage kam, erfüllt zu sehen. Mit den genannten Herren bin ich noch heute, bezw. war ich bis an ihr Ende in Freundschaft verbunden.

Nach diesen einleitenden Worten und dieser kleinen anscheinenden Abschweifung — doch nur anscheinend insofern, als sie immerhin eine gewisses Licht wirft auf den Geist, in dem das Reichs-Versicherungsamt die zur Ausführung ihm anvertrauten Versicherungsgesetze zu erfüllen suchte und noch sucht — gehe ich zu meinem eigentlichen Thema über, welche Fortschritte die deutsche Arbeiterversicherung seit dem Jahre 1889 gemacht hat.

Wenn ich vorhin sagte, daß bei den drei Unfallversicherungsgesetzentwürfen aus der ersten Hälfte der Achtziger Jahre jeder folgende den Arbeitern neue Vorteile brachte, so gilt dies auch von den seit dem Jahre 1889 erlassenen Versicherungsgesetzen. Es ist dies um so bemerkenswerter, als im Auslande, wenigstens bis vor kurzem, mit Vorliebe die Meinung verbreitet wurde, man bereue in Deutschland den getanen Schritt, die Arbeitgeber beklagten sich über die Opfer und dächten nicht daran, neue zu übernehmen. Wenn die verbündeten Regierungen ihrerseits in der Tat solche neuen Opfer vielfach vorgeschlagen haben, so fanden sie darin im Reichstage, auch soweit seine Mitglieder dem Arbeitgeberstande angehörten, nicht

Digitized by Google

nur willige Unterstützung, sondern nicht selten wurden sie von diesen sogar noch überboten, wie denn die Idee, auch noch eine vierte Versicherungsform: die Witwen- und Waisenversicherung einzuführen, schon vor Jahren von einem Großindustriellen im Reichstage und neuerdings vom Reichstage selbst mit Nachdruck vertreten worden ist.

Krankenversicherung.

Beginnen wir mit der Krankenversicherung, so begegnen wir den Gesetzen vom 10. April 1892, 30. Juni 1900 und 28. Mai 1903. Es würde die Zeit nicht reichen, auch dem Zwecke dieses Referates nicht entsprechen, wollte ich hier ebenso wie später bei den anderen Versicherungsgebieten auf alle einzelnen Änderungen des näheren eingehen. Nur in großen Zügen soll das Bild des Fortschrittes gezeichnet werden.

Jener Fortschritt zeigt sich — wenn ich mich so ausdrücken darf — sowohl in quantitativer als auch in qualitativer Hinsicht, indem der Kreis der für den Fall der Krankheit Versicherten wesentlich erweitert, die Leistungen an sie bedeutend erhöht wurden.

Gegenüber dem Krankenversicherungsgesetz vom 15. Juni 1883 sind in die Versicherung neu hineingezogen worden vor allem die gegen Gehalt oder Lohn beschäftigten Handelsgehilfen und Lehrlinge, wie die verbündeten Regierungen bereits im Jahre 1890 vorgeschlagen hatten, desgleichen die im Geschäftsbetriebe der Anwälte, Notare und Gerichtsvollzieher, der Krankenkassen, Berufsgenossenschaften und Versicherungsanstalten beschäftigten Personen, ferner die in dem gesamten Betriebe der Post- und Telegraphen-Verwaltungen sowie in den Betrieben der Marine- und Heeresverwaltungen beschäftigten, nicht bereits ohnehin krankenversicherungspflichtigen Personen, endlich die Baggereibetriebsarbeiter. Daneben ist die durch statutarische Be-

Digitized by Google

stimmung einer Gemeinde für ihren Bezirk oder eines weiteren Kommunalverbandes für seinen Bezirk mögliche Ausdehnung der Versicherung erstreckt worden auf die in Kommunalbetrieben und im Kommunaldienste beschäftigten, nicht schon anderweitig reichsgesetzlich versicherten Personen, auf diejenigen Familienangehörigen eines Betriebsunternehmers, deren Beschäftigung in dem Betriebe nicht auf Grund eines Arbeitsvertrages stattfindet, endlich auf die Hausgewerbetreibenden auch für den Fall, daß sie die Roh- und Hilfsstoffe selbst beschaffen, und auch für die Zeit, während welcher sie vorübergehend für eigene Rechnung arbeiten. Die Novelle vom Jahre 1900 räumt diese Ausdehnungsbefugnis hinsichtlich der Hausgewerbetreibenden auch dem Bundesrat ein.

Nicht minder wichtig sind die Erhöhungen der Leistungen der Krankenversicherung.

Nach dem Invalidenversicherungsgesetz erhält Invalidenrente sofort nur der dauernd erwerbsunfähige Versicherte, der vorübergehend erwerbsunfähige dagegen erst nach einer Karenzzeit von 26 Wochen. Da nun die Krankenversicherung nur eine gesetzliche Unterstützungsdauer von 13 Wochen vorsah, ergab sich für eine große Anzahl von Personen eine durch keinerlei Unterstützung ausgefüllte Lücke von 13 Wochen. Bereits im Jahre 1899 hatte das Plenum des Reichstages die Regierung mittelst einer Resolution ersucht, jene Lücke durch eine Novelle zum Krankenversicherungsgesetze zu beseitigen, und sich dabei auf den Standpunkt gestellt, daß die für die Zwischenzeit zu zahlende Rente eben eine Krankenrente, keine Invalidenrente sei, und daß die Krankenkassen, nicht die Invalidenversicherungsanstalten die geeigneten Träger für die neu einzurichtende Fürsorge sein würden. Die verbündeten Regierungen schlossen sich dieser Auffassung an, so daß zufolge des Gesetzes vom 25. Mai 1903 seit dem 1. Januar 1904 für alle unter die Krankenversicherung fallenden Personen eine Unterstützungsdauer von 26 Wochen

Digitized by Google

besteht. Dabei kommt es den in organisierten Zwangskassen (Orts-, Betriebs- [Fabrik-] Bau-, Innungs- und Knappschaftskassen) Versicherten zu Gute, daß der für die Bemessung der Unterstützungen (und der von ihnen bekanntlich zu einem Drittel zu zahlenden Beiträge) in Betracht kommende durchschnittliche Tagelohn, der bisher 3 Mark nicht überschreiten durfte, um eine Mark, und ebenso bei klassenweiser Abstufung dieses Durchschnitts-Tagelohns oder bei statutarischer Berücksichtigung des wirklichen Arbeitsverdienstes der einzelnen Versicherten der höchstens in Betracht zu ziehende Tagesbetrag von 4 auf 5 Mark erhöht worden ist. Es liegt hierin, wie ersichtlich, in manchen Fällen eine Erhöhung der Unterstützung um $33^1/_3$ oder $25^0/_0$. Ganz allgemein ist vorgesehen, daß das Krankengeld, statt erst vom dritten Tage nach dem Tage der Erkrankung an und dann nur für jeden Arbeitstag, sei es generell, sei es unter bestimmten Voraussetzungen, schon vom Tage des Eintrittes der Erwerbsunfähigkeit an, sowie für Sonn- und Festtage gezahlt werden darf.

Die Dauer der Wöchnerinnen-Unterstützung ist bei den organisierten Zwangskassen von ursprünglich 3 Wochen durch das 1892er Gesetz auf mindestens 4, und durch das Gesetz von 1903 auf mindestens 6 Wochen erhöht worden. Diese Kassen können fortan durch Statut eine Unterstützung der Angehörigen eines in einem Krankenhause untergebrachten Kassenmitgliedes bis zur Hälfte des durchschnittlichen Tagelohnes bestimmen, auch dem Kassenmitglied selbst neben der freien Kur und Verpflegung ein Krankengeld bis zu $^1/_4$ (früher $^1/_8$) des durchschnittlichen Tagelohnes selbst dann zukommen lassen, wenn sie Angehörige nicht zu unterhalten haben; ferner können sie schwangeren Versicherten statutarisch eine der Wöchnerinnen-Unterstützung gleichartige Unterstützung bis zur Dauer von 6 Wochen, neben freien Hebeammendiensten und freier ärztlicher Behandlung gewähren. Sie können statutarisch das Sterbegeld bis auf

Digitized by Google

den 40fachen Betrag des Durchschnittstagelohns erhöhen, auch einen Mindestbetrag von 50 Mark festsetzen.

Man sieht, wo immer es möglich war, hat der Gesetzgeber die Unterstützungsbestimmungen zu Gunsten der Versicherten ausgebaut, außerdem hat er eine Bestimmung des Krankenversicherungsgesetzes beseitigt, die manche Unzuträglichkeiten im Gefolge hatte, die Bestimmung nämlich, daß der Unterstützungsanspruch statutarisch für den Fall angeschlossen werden könne, daß die Erkrankung auf geschlechtliche Ausschweifungen zurückzuführen ist; andererseits hat er eine neue arbeiterfreundliche positive Vorschrift erlassen, dahingehend, daß die Festsetzung des ortsüblichen Tagelohnes gewöhnlicher Tagearbeiter von seiten der höheren Verwaltungsbehörde erst erfolgen soll, nachdem den beteiligten Versicherungspflichtigen (und Arbeitgebern) Gelegenheit zu einer Äußerung gegeben worden ist.

Um die durch die vorerwähnten Unterstützungserhöhungen natürlich wesentlich erhöhten Leistungen der Kassen pp. decken zu können, dürfen die Beiträge bei der Gemeinde-Krankenversicherung bis zu 3 (statt früher 2), bei den organisierten Zwangskassen bis zu 4% (statt früher 3%) des ortsüblichen Tagelohns, bezw. des für die Unterstützungen maßgebenden Lohnbetrages erhöht werden.

Außer der bisher behandelten Ausdehnung des Kreises der versicherten Personen und der Erweiterung der Leistungen an sie kommen als bemerkenswerte Neuerungen u. a. in Betracht: die Schaffung der Möglichkeit einer freieren Bewegung in der Anlegung verfügbarer Kassengelder (neben einer gewissen Verschärfung der Aufsichtsbefugnisse zur finanziellen Sicherstellung der Kassen), der Ausbau der Vorschriften über die Bildung von Verbänden unter mehreren Gemeinde-Krankenversicherungen und Ortskassen, die ausdrückliche Bestimmung, daß im Falle der Erwerbsunfähigkeit Beiträge für die Dauer der Krankenunterstützung nicht erhoben

Digitized by Google

werden, und daß die Mitgliedschaft während des Bezuges von Krankenunterstützung fortdauert, die Einführung geheimer Wahlen für den Fall, daß die Generalversammlung der Kassenmitglieder aus Vertretern bestehen soll, sowie für die von der Generalversammlung zu vollziehenden Wahlen zum Vorstande, die Übertragung der Entscheidung von Streitigkeiten zwischen den Arbeitgebern und den von ihnen beschäftigten Personen über die Berechnung und Anrechnung der von ihnen zu zahlenden Beiträge auf die Gewerbegerichte (Gesetz vom 29. Juli 1890) an Stelle der Aufsichtsbehörden u. a. m.

So zieht sich die Tendenz erhöhter Fürsorge für die arbeitenden Klassen wie ein roter Faden durch alle Krankenversicherungs-Novellen hindurch, und wenn diese das Stammgesetz auch noch nicht lückenlos und vollkommen zu machen vermocht haben, so ist der seit seinem Erlaß erfolgte Fortschritt doch ein in die Augen springender.

Am Schlusse werden wir uns bei einem kurzen Ausblick in die Zukunft mit einzelnen jener Lücken noch flüchtig zu befassen haben.

Unfallversicherung.

Auf dem Gebiete der Unfallversicherung sind die im Eingang erwähnten fünf Gesetze aus den Jahren 1884 bis 1887 in dem Jahre 1900 einer Revision unterzogen worden, die sich in ebenfalls fünf Gesetzen vollzog, und zwar in:

dem Gesetz, betreffend Abänderung der Unfallversicherungsgesetze (sogenanntes Haupt- oder Mantelgesetz) vom 30. Juni 1900;

dem Gewerbe-Unfallversicherungsgesetz;

dem Unfallversicherungsgesetz für Land- und Forstwirtschaft;

dem Bau-Unfallversicherungsgesetz;

dem See-Unfallversicherungsgesetz;

alle vier ebenfalls vom 30. Juni 1900. Das Ausdehnungsgesetz vom 28. Mai 1885 wurde gänzlich aufgehoben, seine Bestimmungen anderweitig übernommen.

Digitized by Google

Zu diesen fünf neuen Gesetzen kommen noch hinzu:

das Gesetz betreffend die Unfallfürsorge für Gefangene vom 30. Juni 1900 und

das Unfallfürsorgegesetz für Beamte und für Personen des Soldatenstandes vom 18. Juni 1901,

beide schon nach ihrer Benennung keine eigentlichen Unfallversicherungsgesetze, wenngleich beide von der Fürsorge bei Unfällen handeln.

Um diese beiden Gesetze vorweg zu nehmen, sei nur bemerkt, daß sie sich als notwendig herausgestellt hatten, wollte man anders die Gefangenen, die unter die bisherigen Gesetze nicht fielen und doch sehr häufig in den Strafanstaltsbetrieben pp. Unfallgefahren ausgesetzt waren, denen sich zu entziehen ihnen die Freiheit fehlte, nicht in einer dem Rechtsbewußtsein widersprechenden Weise ungleich schlechter behandeln als die freien Arbeiter, die ihre unfallbringende Beschäftigung sich minder oder mehr frei gewählt haben, und wollte man nicht ebenso Beamte und Personen des Soldatenstandes unter Umständen (z. B. wegen noch fehlenden Pensionsanspruches) leer ausgehen lassen, während in dem gleichen Falle ein nichtbeamteter Arbeiter eine Unfallrente erhalten würde. Es wurde darum bestimmt, daß Gefangene, sowie Personen, die in öffentlichen Besserungsanstalten, Arbeitshäusern und ähnlichen Zwangsanstalten untergebracht sind, oder welche zur Forst- oder Gemeindearbeit oder zu sonstigen Arbeiten auf Grund gesetzlicher oder polizeilicher Bestimmung zwangsweise angehalten werden, sofern sie Inländer sind, eine im Verwaltungswege festzustellende Entschädigung erhalten sollen, wenn sie einen Unfall bei einer Tätigkeit erleiden, bei deren Ausübung freie Arbeiter versichert sein würden. In Anbetracht der oft nur in Pfennigen sich ausdrückenden Löhnung der Gefangenen und der sonstigen Umstände ist dann weiter wegen der Höhe dieser Entschädigung vorgeschrieben, daß als Vollrente der 200fache Betrag desjenigen ortsüblichen

Digitized by Google

Tagelohnes gewöhnlicher Tagearbeiter gelten soll, der für den Ort der letzten mindestens 3 Monate währenden Beschäftigung festgesetzt ist, die der Gefangene innerhalb des letzten Jahres vor Antritt der Haft gehabt hat. Der Höchstbetrag der Vollrente ist 300 Mark. Die Teilrente beträgt einen Bruchteil der Vollrente.

Das Unfallfürsorgegesetz für Beamte usw. bestimmt sodann, daß Beamte der Reichs-Zivilverwaltung, des Reichsheeres und der Kaiserlichen Marine, sowie Personen des Soldatenstandes, welche in reichsgesetzlich der Unfallversicherung unterliegenden Betrieben beschäftigt sind, ferner — nach Maßgabe der Landesgesetzgebung oder statutarischer Festsetzung — Staats- und Kommunalbeamte auf dienstpragmatischem Wege Pension erhalten sollen, wenn sie beim Dienst oder bei Nebenverrichtungen verunglücken. Auf diese Personen finden die reichsgesetzlichen Bestimmungen über Unfallversicherung keine Anwendung. Die Landesgesetzgebung ist dementsprechend auch ihrerseits vorgegangen; zu vergleichen z. B. das gleichlautende preußische Gesetz vom 2. Juni 1902.

Dies vorausgeschickt, ist wegen der fünf Unfallversicherungsgesetze vom Jahre 1900 zu bemerken, daß sie sowohl auf dem Gebiete der Organisation, als auch dem der Ausdehnung der Unfallversicherung, der Rentenberechtigung und Rentenhöhe, des Heilverfahrens, der Berechnung des Jahresarbeitsverdienstes, des Reservefonds etc. so viele Änderungen getroffen haben, daß ich eine allzu detaillierte Darlegung mir versagen muß.

Ausgedehnt ist die Unfallversicherung auf alle, auch die kleinen, nicht fabrikmäßigen gewerblichen Brauereien, auf die Fensterputz- und alle Fleischereibetriebe, auf das ganze Schlosser- und Schmiedegewerbe, auf das gewerbsmäßige Lagereigewerbe, auf Lagerungs-, Holzfällungs- und Transportbetriebe der Großkaufleute, auf die Werkstattarbeit der Bauhandwerker (Glaser, Maler,

Digitized by Google

Tischler, Klempner usw.); einbezogen ist die See- und Küstenfischerei und der Kleinbetrieb der Seeschiffahrt, sowie die auf die Bewachung, Reinigung, Ausbesserung von Seeschiffen in inländischen Häfen gerichtete Tätigkeit von Personen, die nicht zu der ihrerseits bereits versicherten Schiffsbesatzung gehören. Die Zwangsversicherung der Betriebsbeamten, denen Werkmeister und Techniker ausdrücklich gleichgestellt sind, geht bis zu einem Jahreseinkommen von 3000 Mark, statt bisher nur 2000 Mark; Betriebe mit elektrischer oder tierischer Kraft (Göpelwerke) sind den Fabriken gleichgestellt, also versichert.

Die Versicherung erstreckt sich, was wichtig ist, auch auf häusliche und andere Dienste, zu denen versicherte Arbeitnehmer neben der Beschäftigung „im Betriebe" von ihren Arbeitgebern (Beauftragten) herangezogen werden, und bei der See-Unfallversicherung auch auf Dienstleistungen bei Rettung und Bergung von Personen oder Sachen.

Statutarisch kann die Versicherungspflicht weit über den bisher betroffenen Kreis hinaus ausgedehnt werden, auf alle Unternehmer (auch Rheder), deren Jahresarbeitsverdienst 3000 Mark nicht übersteigt, oder welche nicht regelmäßig mehr als 2 Lohnarbeiter beschäftigen (auf die Hausgewerbetreibenden ohne Rücksicht auf die Zahl ihrer Lohnarbeiter), sowie auf Betriebsbeamte mit einem 3000 Mark übersteigenden Jahresarbeitsverdienst.

Ähnlich ist die freiwillige Versicherung über den bisherigen engen Kreis hinaus kraft Gesetzes allen Betriebsunternehmern (dazu Regiebauunternehmern und selbständigen Lotsen) freigestellt, die nicht mehr als 3000 Mark Jahresarbeitsverdienst oder nicht mehr als 2 Lohnarbeiter haben. Durch Statut kann diese Berechtigung auf Unternehmer mit einem höheren Jahresarbeitsverdienst erstreckt werden. Endlich kann statutarisch die Berechtigung der Unternehmer, bezw. der Berufsgenossenschaftsvorstände erweitert (statuiert) werden hin-

Digitized by Google

sichtlich dritter im Betriebe beschäftigter, aber nicht versicherter Personen (z. B. Betriebsbeamte mit mehr als 3000 Mark Jahresarbeitsverdienst), oder im Betriebe nicht beschäftigter, aber aus- und eingehender Personen (z. B. Boten oder das Mittagessen ihren Männern bringender Frauen), sowie der Organe und Beamten der Berufsgenossenschaft.

Man sieht, wie die Idee der Unfallversicherung eine werbende Kraft hat, und wie die zunächst Beteiligten, weit entfernt, sich von ihr abgestoßen zu fühlen, ihrer Segnungen teilhaft zu werden, bestrebt sind. Denn all den Erweiterungen liegen durchweg, ähnlich wie bei der Krankenversicherung, entsprechende Anträge der Beteiligten zu Grunde.

Auch die Leistungen der Unfallversicherung haben nicht unwesentliche Erweiterungen erfahren. Während ursprünglich im Falle einer Verletzung, abgesehen von der Rente, nur die Kosten des Heilverfahrens, d. h. — wie die neuere Gesetzgebung in Übereinstimmung mit dem Krankenversicherungsgesetz sich ausdrückt — freie ärztliche Behandlung, Arznei und sonstige Heilmittel gewährt wurden, kommen jetzt, auch über die gleichen Leistungen der Krankenkassen hinaus noch die zur Sicherung des Erfolges des Heilverfahrens und zur Erleichterung der Folgen der Verletzung erforderlichen Hilfsmittel (Krücken, Stützapparate u. dgl.) hinzu. Und während es früher eine den Betrag von $66^2/_3\%$ des Jahresarbeitsverdienstes übersteigende Rente nicht gab, kann gegenwärtig unter Umständen eine Hilflosenrente bis zu 100% bewilligt werden müssen, wenn nämlich ein zur Zeit des Unfalls völlig oder teilweise Erwerbsunfähiger durch den Unfall derart hilflos wird, z. B. durch völlige Erblindung, daß er ohne fremde Wartung und Pflege, sei es durch Angehörige oder Fremde, nicht bestehen kann.

Nach Bestimmung des Statuts können bei Unterbringung eines Verletzten in einer Heilanstalt ihm oder seinen Angehörigen besondere Unterstützungen gewährt werden.

Digitized by Google

Der alte Grundsatz, daß die Verletztenrenten erst mit dem Beginn der 14. Woche (bei Seeleuten nach Beendigung der gesetzlichen Fürsorgepflicht des Rheders) anheben, ist zwar aufrecht erhalten; wenn aber der aus der Krankenversicherung oder der Fürsorgepflicht des Betriebsunternehmers erwachsende Anspruch auf Krankengeld vor Ablauf der 13. Woche weggefallen ist, so steht dem Verletzten die Rente schon von dem früheren Tag ab zu, so daß die Lücke zwischen der Kranken- und Unfallversicherung geschlossen ist. Diese Schließung kann durch Statut auch für solche Fälle erfolgen, in welchen die Berufsgenossenschaft voraussichtlich überhaupt nicht einzugreifen haben wird, weil die Unfallfolgen vor Ablauf der Karenzzeit beseitigt sein werden.

Und dann noch ein bemerkenswerter Vorgriff in das Gebiet der Versicherung gegen unverschuldete Arbeitslosigkeit:

Wenn der Verletzte aus Anlaß des Unfalles unverschuldet arbeitslos wird, so darf die Teilrente vorübergehend bis auf den Betrag der Vollrente erhöht werden.

Das gleiche Wohlwollen hat den Gesetzgeber bei der Revision der Hinterbliebenen-Unterstützungen geleitet.

Im Falle der Tötung ist ein Sterbegeld von mindestens 50 Mark (statt früher 30 Mark) zu leisten; die Kinderrente beträgt 20, statt früher 15%. Während früher ein Anspruch auf Witwenrente nicht bestand, wenn die Ehe erst nach dem Unfalle geschlossen war und in diesem Falle jene Rente überhaupt nicht gezahlt werden durfte, hat jetzt die Berufsgenossenschaft das Recht, in besonderen Fällen die Rente zu gewähren.

Neueingeführt ist die Witwerrente neben der Kinderrente, im Betrage von 20% für den Fall, daß die tödlich verletzte Ehefrau wegen Erwerbsunfähigkeit des Ehemannes den Lebensunterhalt der Familie ganz oder überwiegend bestritten hat.

Die frühere Bestimmung, daß Aszendenten im Falle der Bedürftigkeit nur dann eine Rente erhalten, wenn der Verstorbene ihr „einziger Ernährer“ war, ist sehr viel zum Bessern

Digitized by Google

dahin abgeändert, daß sie die Rente (von insgesamt 20% des Jahresarbeitsverdienstes des Verstorbenen) erhalten, falls ihr Lebensunterhalt ganz oder überwiegend durch ihn bestritten worden war.

Elternlose Enkel erhalten nunmehr unter den gleichen Voraussetzungen die gleiche Rente von insgesamt 20%.

Die Bestimmung, daß die Hinterbliebenen eines Ausländers, welche zur Zeit des Unfalles nicht im Inlande wohnten (ihren gewöhnlichen Aufenthalt hatten), keinen Rentenanspruch haben, kann durch Bundesratsbeschluß für bestimmte Grenzgebiete und Staaten, die Gegenseitigkeit gewähren, außer Kraft gesetzt werden.

Im Sinne der Rechtsprechung des Reichs-Versicherungsamtes, die, um das hier einzuschieben, mehrfach zur Beseitigung jeglichen Zweifels kodifiziert worden ist, sollen als Gehalt oder Lohn (wonach sich die Höhe der Rente richtet) gleich den Tantièmen und Naturalbezügen auch sonstige Bezüge gelten, welche den Versicherten, wenn auch nur gewohnheitsgemäß gewährt werden und ganz oder teilweise an Stelle des Gehaltes oder Lohnes treten, z. B. die Trinkgelder der Straßenbahnschaffner.

Eklatant kommt das Wohlwollen des Gesetzgebers ferner bei der Bestimmung zu Tage, daß der Jahresarbeitsverdienst bis zu 1500 Mark voll, und der überschießende Betrag nur mit einem Drittel anzurechnen ist, während früher bereits der 4 Mark übersteigende Betrag des Tagesarbeitsverdienstes (d. i. bei 300 Arbeitstagen eines Jahresarbeitsverdienstes von 1200 Mark) nur mit einem Drittel anrechnungsfähig war. Das macht bei der Vollrente eines hochgelohnten Arbeiters eine Differenz von $133^1/_3$ Mark.

Ähnlich sind die Bestimmungen über die Ermittlung des Jahresarbeitsverdienstes bei kurz oder in wechselnden Betrieben beschäftigten Arbeiter günstiger gefaßt, ist für Seeleute neben günstigerer Behandlung der Schlepper- und Leichter-

Digitized by Google

betriebe und der jugendlichen Seeleute der als Jahresarbeitsverdienst anzusehende neunfache Betrag des vom Reichskanzler festzusetzenden monatlichen Durchschnittsbetrages auf den elffachen Betrag erhöht und gleichzeitig bestimmt worden, daß die zwei Fünftel des für Vollmatrosen geltenden Satzes als Geldwert der Beköstigung bei der Hinterbliebenenrente fortan nicht außer Ansatz gelassen, sondern mitberechnet werden sollen.

Die höhere Verwaltungsbehörde darf, wie bei der Krankenversicherung schon bemerkt wurde, den für die Rentenhöhe maßgebenden durchschnittlichen Jahresarbeitsverdienst land- und forstwirtschaftlicher Arbeiter erst festsetzen, nachdem die von ihr anzuhörende untere Verwaltungsbehörde (früher Gemeindebehörde) ihrerseits vorher Sachverständige aus dem Stande der Arbeitnehmer (und Arbeitgeber) gehört hat. Für diese Arbeiter ist das Prinzip der Rentengewährung in Form von Naturalien wohlwollend ausgebaut (Zustimmung des Bezugsberechtigten erforderlich etc.), auch allgemein bestimmt, daß die Berufsgenossenschaften den Rentenempfängern auf ihren Antrag an Stelle der Rente Aufnahme in ein Invalidenhaus oder eine ähnliche Anstalt gewähren können.

Neu ist ferner die segensreiche Bestimmung, daß die Berufsgenossenschaften mit Genehmigung des Reichs-Versicherungsamtes (Landes-Versicherungsamtes) Beiträge zu Zwecken der Unfallverhütung und der Errichtung von Heil- und Genesungsanstalten erheben und Aufwendungen dafür machen dürfen.

Aus dem Gewerbe- und dem Bau-Unfallversicherungsgesetz kommt noch in Betracht, daß statutarisch statt der Reduktion des über 1500 Mark hinausgehenden Lohnbetrages die wirklich verdienten Gehälter und Löhne in Anrechnung gebracht, für kleine Betriebsunternehmer mit ihrer Zustimmung statt der Einzellöhne ein Pauschbetrag zu Grunde gelegt, oder — von allen Lohnnachweisungen und Beitragsberechnungen abgesehen

Digitized by Google

— ein Einheitsbeitrag erhoben werden kann, wie denn auch nach dem landwirtschaftlichen Unfallversicherungsgesetz einheitliche Beiträge für kleine landwirtschaftliche Unternehmer im Interesse der Vereinfachung statutarisch eingeführt werden können, daß endlich aus dem gleichen Grunde der Arbeitgeber von Hausgewerbetreibenden verpflichtet werden kann, die Beiträge für das Hilfspersonal der letzteren, gegebenenfalls auch für die Hausgewerbetreibenden selbst zu tragen.

Hinweggehen darf ich über gewisse Änderungen hinsichtlich des Beitragsmaßstabes bei den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften — wo fortan Arbeitsbedarf und Gefahrenklassen die Regel sein sollen — und der Verhütung etwaiger Überlastung einzelner Sektionen, hinsichtlich des Unfallmeldewesens, der Unfalluntersuchungen und der Rentenfeststellung, bei der eine eingehendere Beteiligung des Rentenanwärters vorgesehen ist, hinsichtlich der (verallgemeinerten) Verpflichtung der Berufsgenossenschaften zur Gewährung vorläufiger Entschädigungen und zur Einrichtung einer vorläufigen Fürsorge in gewissen Zweifelsfällen, sowie zur regelmäßigen Zahlung der Unfallrenten an Inländer, die sich im Auslande aufhalten. Besonders hervorzuheben ist dagegen das durch die Unfall- wie Invalidenversicherungsgesetzgebung gehende neue Prinzip, daß die Anbringung von Ansprüchen, Berufungen, Rekursen, Revisionen bei unzuständigen Instanzen und Behörden den Verlust der Frist nicht zur Folge hat. Es ist damit dem hilfesuchenden Arbeiter, der sich naturgemäß manchmal schwer zurechtfinden mag, ein außerordentlicher Dienst erwiesen, dessen Notwendigkeit das Reichs-Versicherungsamt von allem Anfang an verfochten hat.

Von den Bestimmungen zur Verhinderung der Erlangung doppelter Entschädigungen für die Folgen desselben Unfalles, sowie andererseits des Leerausgehens des Berechtigten, kann wieder abstrahiert werden, dagegen verdient angeführt zu werden,

Digitized by Google

daß den Berufsgenossenschaften die Zuziehung des behandelnden Arztes oder eines anderen zu ihr in keinem Vertragsverhältnis stehenden Arztes vor der Ablehnung oder Abmessung der Entschädigung in erhöhtem Maße zur Pflicht gemacht ist; daß nach Ablauf der ersten zwei Jahre seit Rechtskraft der ersten Rentenfestsetzung einseitig Veränderungen der Rentenbezüge nur in Zeiträumen von mindestens einem Jahre beantragt oder vorgenommen werden dürfen, womit der allzu häufigen Rentenherabsetzung wegen veränderter Verhältnisse vorgebeugt werden soll; und daß nach Ablauf der ersten fünf Jahre, unbeschadet etwaigen besonderen Einverständnisses, die anderweite Feststellung nicht durch berufsgenossenschaftlichen Bescheid, sondern nur auf Antrag durch Entscheidung des Schiedsgerichtes (Antragsverfahren) erfolgen darf. Vor einer Herabsetzung oder Aufhebung der Rente sind dem Rentenempfänger die Unterlagen zur Äußerung mitzuteilen. Die Rechtsmittelbelehrung pp. in Fällen der Erteilung neuer Bescheide vor Eintritt der Rechtskraft früherer Bescheide ist entsprechend der Praxis des Reichs-Versicherungsamtes durch Gesetz ausgebaut worden. Bei schwebendem Streitverfahren kann die entscheidende Instanz zugleich über die Zeit nach Erlaß des neuen Bescheides befinden, ein etwa gegen dieses eingeleitetes Verfahren ist alsdann einzustellen.

Kleinere Renten im Betrage bis zu 60 Mark sind in Vierteljahres- (statt Monats)raten im voraus zu zahlen; längere Zahlungstermine können verabredet werden; außerdem kann die Berufsgenossenschaft bei kleinen Renten bis zu 15% der Vollrente den Entschädigungsberechtigten auf seinen Antrag jederzeit durch ein entsprechendes Kapital abfinden und damit ihm beim Übergang zu einem anderen Berufe (Eröffnung eines kleinen selbständigen Geschäftes) behilflich sein. Und wie auch gewissermaßen in der Kleinarbeit der Gesetzgeber überall die Lage des Rentenberechtigten zu verbessern gesucht hat, geht insbesondere auch daraus hervor, daß beim

Digitized by Google

Fortfalle des Bezugsrechtes die überzahlten Beträge, wenn die Rente monatlich gezahlt war, belassen werden müssen — womit manche Bitterkeit vermieden wird —, und daß ein Verzicht auf Rückzahlung auch dann zuläßig ist, wenn die Rente auf längere Zeitabschnitte gezahlt war, daß endlich, wenn für einen Teil des Monates Verletztenrente mit Hinterbliebenenrente zusammentrifft, die Hinterbliebenen den höheren Betrag zu beanspruchen haben.

Hingegen ist auch eine durch das neue Recht bewirkte Einschränkung der Entschädigungsansprüche insofern zu verzeichnen, als der Rentenanspruch ganz oder teilweise abgelehnt (oder den Angehörigen überwiesen) werden kann, wenn der Verletzte sich den Unfall bei Begehung eines durch strafgerichtliches Urteil festgestellten Verbrechens oder vorsätzlichen Vergehens zugezogen hat.

Andererseits sind die Vorschriften über die Verjährung des Entschädigungsanspruches und die Folgen verweigerter Krankenhausbehandlung gemildert, die Berufungs- und Rekursfristen von vier Wochen auf einen Monat ausgedehnt.

Die neuen Bestimmungen wegen des Ruhens der Rente, wegen der Kapitalabfindung von Ausländern, wegen des im Anschluß an das Invalidenversicherungsgesetz und das Krankenversicherungsgesetz erfolgten weiteren Ausbaues der Übertragung der Rentenansprüche (Aufrechnung) bei Pfändungen, Vorschüssen, Forderungen ersatzberechtigter Gemeinden pp., Ansprüchen Alimentationsberechtigter vermag ich hier nur zu benennen, desgleichen die neuen Vorschriften wegen der Lohnnachweisungen und Lohnlisten, wegen Schonung der in die Versicherung und in vorhandene Berufsgenossenschaften neu eingetretenen Betriebszweige, wegen nachträglicher Berichtigung der Beitrags-(Prämien)höhe einer-, und Rückforderung überhobener Beiträge andererseits, wegen subsidiärer Haftung der Bauherrn, wegen Ausdehnung des Kreises der Anlagepapiere pp., (Zulassung des Kontokorrentverkehrs mit Privat-

Digitized by Google

banken), wobei das Reichs-(Landes-)Versicherungsamt Bestimmungen über die Aufbewahrung von Wertpapieren treffen kann.

Das für alle Beteiligten so wichtige Unfallverhütungswesen hat eine wirksamere Ausgestaltung und gleichmäßige Ausdehnung auf die Landwirtschaft erfahren. Die Berufsgenossenschaften können im Aufsichtswege vom Reichs-Versicherungsamt zum Erlaß und zur Durchführung von Unfallverhütungsvorschriften angehalten werden und ihrerseits renitente Unternehmer neben der Einschätzung in höhere Gefahrenklassen wahlweise auch mit Geldstrafen bis zu 1000 Mark belegen. Die Beteiligung der Versicherten an der Beratung und Beschlußfassung ist auch für die von den Landesbehörden nach § 120 Abs. 2 der Gewerbeordnung beabsichtigten Schutzvorschriften vorgeschrieben und im übrigen insofern noch wirksamer gemacht, als sie in dem Stadium der Verhandlungen zuzuziehen sind, in dem der endgiltige Entwurf für das Reichs-Versicherungsamt festgestellt wird (Sitzung des Genossenschaftsvorstandes); der Entwurf des Vorstandes ist ihnen vor der Sitzung mitzuteilen.

Nicht minder ist für die wirksamere Handhabung der Unfallverhütungsvorschriften Fürsorge getroffen. Die Berufsgenossenschaften sind fortan verpflichtet, für die Durchführung jener Vorschriften zu sorgen, und es ist ihnen zu dem Ende die Befugnis beigelegt, durch technische Aufsichtsbeamte und Rechnungsbeamte die Betriebe einer ständigen Kontrolle zu unterwerfen.

Über gewisse Änderungen hinsichtlich der Zuständigkeit der Landesbehörden, der Haftung der Betriebsunternehmer und Betriebsbeamten, der Strafbestimmungen pp. darf ich hinwegeilen — erwähnenswert möchte die Neuerung sein, daß die Entscheidungen der Versicherungsinstanzen, ob Betriebsunfall vorliegt, und in welchem Umfange Entschädigung zu gewähren ist, für die Entscheidungen der ordentlichen Gerichte über Schadenersatzansprüche der Versicherten (Hinterbliebenen), Berufsgenossenschaften, Gemeinden, Kassen pp. bindend sind.

Digitized by Google

Dagegen habe ich noch kurz auf einige andere allgemeinere Gesichtspunkte, von denen insbesondere die anderweite Organisation der Arbeitervertretung und der Schiedsgerichte die Arbeiter unmittelbar angeht, hinzuweisen.

Was zunächst die Schiedsgerichte anlangt, so sind dieselben nicht mehr berufsgenossenschaftlich organisiert. Die alten Berufsgenossenschafts-(Sektions-)Schiedsgerichte sind durch die Gesetzgebung vom 30. Juni 1900 aufgehoben, und an ihre Stelle sind die zugleich der Invalidenversicherung dienenden, örtlich abgegrenzten „Schiedsgerichte für Arbeiterversicherung" getreten, deren Vorsitzende und Stellvertreter nach wie vor von der Zentralbehörde aus der Zahl der öffentlichen Beamten genommen werden, deren Beisitzer aber fortan nicht mehr in direkter Wahl durch die von den Krankenkassen gewählten Arbeitervertreter oder Genossenschaftsvorstände, sondern von dem Ausschusse der betreffenden (Invaliden-)Versicherungsanstalt zu gleichen Teilen in getrennter Wahlhandlung gewählt werden (Stellvertreter gibt es nicht mehr). Die Schiedsgerichte entscheiden in der Besetzung von 5 Mitgliedern (2 Arbeitgeber-, 2 Arbeitnehmervertreter) und können in derselben Sitzung Unfall- und Invalidensachen verhandeln; die Zuziehung von Beisitzern aus einem bestimmten Gewerbezweige bezw. der Land- und Forstwirtschaft, wenn es sich um Unfälle handelt, ist geregelt; die durch Statut der Versicherungsanstalt zu bestimmende Zahl der Beisitzer muß beiderseits mindestens 20 betragen. Für die Betriebe, welche zugelassenen besonderen Kasseneinrichtungen angehören (Eisenbahnbetriebe, Knappschaften etc.) sind die für sie früher errichteten Schiedsgerichte zuständig geblieben. Die Vertretung vor Gericht durch nahe Angehörige ist wesentlich erleichtert.

Was die Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter anlangt, so wählen jetzt die Krankenkassenvorstände (ausschließlich der zu besonderen Kasseneinrichtungen gehörenden) die bei den unteren Verwaltungsbehörden mitwirkenden Vertreter

Digitized by Google

der Arbeitgeber und Arbeitnehmer (sowie die Rentenstellenbeisitzer, wovon später), wobei jede Gruppe für sich wählt. Die so Gewählten wählen wiederum in getrennten Gruppen die Mitglieder des Ausschusses der Versicherungsanstalt (wovon ebenfalls später), welche ihrerseits, ebenfalls getrennt, die Laienmitglieder des Anstaltsvorstandes, die Schiedsgerichtsbeisitzer und die Vertreter der Arbeiter bei Beratung der Unfallverhütungsvorschriften der gewerblichen Berufsgenossenschaften wählen.

Die Zahl der Vertreter aus beiden Gruppen muß gleich sein; über ihre Wählbarkeit und ihre territoriale Verteilung sind besondere Vorschriften gegeben.

Ob und inwiefern diese Arbeitervertretungs- und Schiedsgerichtsänderungen streng genommen „Fortschritte" sind, kann dahin gestellt bleiben. Um vollständig zu sein, konnte ich sie nicht unerwähnt lassen, und jedenfalls kann um ihretwillen nicht auf die Charakterisierung der großen Entwicklung, die die Arbeiterversicherung genommen hat, durch den Namen „Fortschritt" verzichtet werden. Einen gleichen Vorbehalt habe ich zu machen, wenn ich, ohne näher darauf einzugehen, die so wichtige Einführung erhöhter Zuschläge zu den Reservefonds der Berufsgenossenschaften erwähne, die schon viele Verstimmung hervorgerufen hat.

Dagegen lenke ich unmittelbar wieder in die Bahn des „Fortschrittes" ein, wenn ich von der den Berufsgenossenschaften eingeräumten Berechtigung berichte, Einrichtungen zu treffen zur Versicherung der Betriebsunternehmer pp. gegen gewisse kleine Reste der Haftpflicht, sowie zur Errichtung von Rentenzuschuß- und Pensionskassen für Betriebsbeamte, sowie für die Mitglieder der Berufsgenossenschaft, für die bei ihr versicherten Personen und die Beamten der Berufsgenossenschaft, sowie für die Angehörigen dieser Personen. Diese den berufsgenossenschaftlichen Beamten zugewandte Fürsorge ist eine wohlverdiente. Es befindet sich unter ihnen eine große Anzahl sehr tüchtiger Männer, ohne deren hin-

Digitized by Google

gebende Arbeit der ehrenamtliche Aufbau der ganzen Organisation nicht hätte aufrecht erhalten werden können. Über die ehrenamtlichen Träger dieser Organisation selbst brauche ich kein Wort zu verlieren. Oft genug habe ich ihre großen Verdienste hervorzuheben Gelegenheit gehabt und mit Freude tue ich dies nochmals bei diesem Anlaß.

Welche soziale Bedeutung solche anscheinend minder wichtige Änderungen wie die den Berufsgenossenschaften verliehene Möglichkeit, für ihre Betriebsbeamten und Beamten Pensionskassen zu errichten, haben können, erhellt aus der Tatsache, daß auf Grund jener Neuerung z. B. die Straßenbahn- und Kleinbahn-Berufsgenossenschaft eine derartige Kasse zu errichten beschlossen hat, für die gleich zu Anfang 14.000 doch meist nicht gerade glänzend gestellte Beamte und Angestellte angemeldet sind. Welch eine Wohltat für sie und ihre Angehörigen!

Über die hinsichtlich des Reichs-Versicherungsamtes vorgenommenen Änderungen, die Einführung kleiner Spruchkollegien und eines erweiterten Senates zur Aufrechterhaltung der Rechtseinheit kann hier hinweggegangen werden.

Dagegen möchte ich zuguterletzt an der Art der Durchführung der Unfallversicherung im Kleinbetriebe der Seeschiffahrt, sowie der See- und Küstenfischerei noch einmal zeigen, wie der Gesetzgeber auf Schritt und Tritt der wirtschaftlich Schwachen, zu denen die überwiegende Mehrzahl der hier in Betracht kommenden Unternehmer unzweifelhaft gehört, sich annimmt. Nicht kräftig genug, eine eigene Berufsgenossenschaft zu bilden, sind sie zu einer der Seeberufsgenossenschaft angegliederten Versicherungsanstalt vereinigt worden, deren Einrichtung und Verwaltung dieselbe ist, wie die der Versicherungsanstalten der Baugewerksberufsgenossenschaften. Die Beiträge, welche nach dem Kapitaldeckungsverfahren mindestens alle fünf Jahre vom Reichs-Versicherungsamt im voraus festzusetzen sind, werden von den weiteren

Digitized by Google

Kommunalverbänden der Küstenbezirke nach Maßgabe der Zahl der in ihren Bezirken beschäftigten Versicherten entrichtet. Hiervon bleibt die Hälfte endgiltig zu Lasten des weiteren Kommunalverbandes, während die andere Hälfte durch Vermittelung der Gemeinden (Kreise) von den Unternehmern aufzubringen ist, aber auch ganz oder teilweise von der Gemeinde (dem Kreise) getragen werden kann. Wir sehen in dieser Konstruktion die denkbar größte Rücksichtnahme einerseits auf die Arbeiter, denen man die Wohltat der Unfallversicherung zuwenden wollte und andererseits auf ihre wirtschaftlich selbst zum größten Teile wenig leistungsfähigen Arbeitgeber, denen man die Beitragslast zur Hälfte bis zum Vollen abnahm, und wir erkennen aus dieser Lösung des weiteren, wie sehr Bundesrat und Reichstag mit sozialem Öl gesalbt sind.

Invaliditäts- und Altersversicherung.

Auf dem Gebiete der am 1. Januar 1891 ins Leben getretenen Invaliditäs- und Altersversicherung, jetzt unter dem einen Namen „Invalidenversicherung“ zusammengefaßt, sind ebenfalls zahlreiche und einschneidende Änderungen nach dem zehnjährigen Bestehen des Gesetzes vom 22. Juni 1889, durch das Invalidenversicherungsgesetz vom 13. Juli 1899 bezw. das oben genannte s. g. Mantelgesetz vom 30. Juni 1900 vorgenommen worden, teils im Interesse der Vereinfachung der Organisation, teils zur weiteren Verbesserung der Lage der Versicherten.

Um mit jener Vereinfachung zu beginnen, darf bemerkt werden, daß bei den Versicherungsanstalten die Institutionen des Aufsichtsrates, der Vertrauensmänner und des Staatskommissärs, dessen Stellung sich in der Tat je länger desto mehr als überflüßig und unhaltbar erwies, völlig beseitigt worden sind. Dagegen sind auf der einen Seite die Befugnisse des Ausschusses wesentlich erweitert worden (Feststellung des Voranschlages, den übrigens das Reichs-[Landes-]Versicher-

Digitized by Google

ungsamt beanstanden kann, Zustimmung zu wichtigen Verwaltungsgeschäften des Vorstandes usw.) — wobei nach Wegfall des Aufsichtsrates die Beteiligung der Vertreter der Arbeitgeber und -nehmer beim Vorstande obligatorisch gemacht worden ist —, und auf der anderen Seite ist in dem Institute der „Rentenstellen“ für die Zwecke einheitlicher lokaler Verwaltung ein Organ vorgesehen worden, das der Vorstand der Versicherungsanstalt auf eigene Kosten unter Erfüllung gewisser Bedingungen ins Leben rufen kann. Da diese Einrichtung indessen bis jetzt erst in zwei Fällen praktisch geworden ist, möge von der näheren Darlegung der Zusammensetzung und der teils gesetzlichen, teils fakultativen Funktionen der Rentenstellen Abstand genommen werden.

Das Nötige über die Schiedsgerichte, die fortan auch der Unfallversicherung dienen, wurde bereits vorhin erwähnt; hinzugefügt möge werden, daß die Wahrnehmung eines Ehrenamtes bei der Invaliden-, wie auch Kranken- und Unfallversicherung, also auch die Fähigkeit, als Schiedsgerichtsbeisitzer zu fungieren, an die Befähigung zum Schöffenamte gebunden ist, übrigens der Führung einer Vormundschaft gleich geachtet wird.

Wenden wir uns hiernach zu der Verbesserung der Lage der Arbeiter pp., so begegnen wir auch hier wieder der Ausdehnung der Vorteile des Gesetzes auf weitere Kreise, hauptsächlich aber der Erleichterung ihrer Erlangung für die Versicherten und der zum Teil wesentlichen Erhöhung der Leistungen an sie. In ersterer Hinsicht ist es prinzipiell von besonderer Bedeutung, daß Lehrer, Erzieher und sonstige Angestellte, deren dienstliche Beschäftigung ihren Hauptberuf bildet, sofern ihr Lohn oder Gehalt 2000 Mark nicht übersteigt, in die Versicherungspflicht einbezogen worden sind, eine Bestimmung, die sich durchaus bewährt hat. Die Werkmeister und Techniker sind den Betriebsbeamten ausdrücklich gleichgestellt. Der Bundesrat kann ferner den

Digitized by Google

Versicherungszwang auf bestimmte Berufszweige nicht bloß für den Umfang des Reiches, sondern auch für bestimmte kleinere Bezirke ausdehnen. Für Hausgewerbetreibende, die durch Vermittlung von Zwischenmeistern u. dgl. beschäftigt werden, und für ihre Hilfspersonen kann der Großhändler beitragspflichtig gemacht werden.

Über die Befreiung von der Versicherungspflicht sind auf der anderen Seite gewisse in den Verhältnissen begründete Erleichterungen getroffen (für gewisse vorübergehend beschäftigte Ausländer, für die in der Ausbildung begriffenen Reichs-, Staats-, Kommunal-, Korporations- und Anstaltsbeamten mit Pensionsanwartschaft, für Erwerbsunfähige, Pensionäre der verschiedensten Art).

Der Kreis der Selbstversicherungsberechtigten ist nicht unwesentlich erweitert, die Beschränkung der Selbstversicherung auf die II. Lohnklasse beseitigt, die Belastung mit der Zusatzmarke in Wegfall gebracht.

Die Karenzzeit für die Erlangung der Invalidenrente im Falle nicht dauernder Erwerbsunfähigkeit ist auf die Hälfte (26 Wochen) herabgesetzt, endlich die Möglichkeit der Belassung der Rente an den Invaliden oder seine Familie für den Fall gegeben, daß er sich die Invalidität bei Begehung eines Verbrechens zugezogen hat.

Für die Eröffnung des Heilverfahrens durch die Versicherungsanstalten und die Gewährung von Angehörigenunterstützung sind ersprießliche Neuerungen getroffen.

Jenes Verfahren ist im Laufe von fünf Jahren bei rund 150.000 Personen mit einem Aufwand von über 40 Millionen Mark zur Anwendung gekommen.

Sehr ins Gewicht fallend ist die Herabsetzung der Wartezeit bei der Invalidenrente von 235 auf in der Regel 200 Wochen, bei der Altersrente von 1410 auf 1200 Wochen und die Reduzierung der 117 Wochenbeiträge auf 100 in gewissen Fällen des Zusammentreffens von Zwangs- und frei-

Digitized by Google

willigen Beiträgen. Genesungszeit und Wochenbett (hier die Erwerbsunfähigkeit bis zu 6 Wochen) werden der anzurechnenden Zeit der Krankheit ausdrücklich gleichgestellt.

Während früher die bekanntlich je zur Hälfte den Arbeitgebern und Arbeitern zur Last fallenden Beiträge für und durch jede Versicherungsanstalt besonders zu berechnen und festzustellen waren, sind sie jetzt für alle Versicherungsanstalten einheitlich auf breitester Berechnungsgrundlage zu bemessen, so daß eine Überlastung der Arbeiter pp. in einzelnen Anstalten ausgeschlossen ist. In Verbindung damit ist die grundlegende Neuerung getroffen, daß — unter Fortfall der besonderen, fortan unnötigen und darum dem übrigen Vermögen der Versicherungsanstalt zuzuschlagenden Reservefonds — die Gesamtlast der Versicherungsträger in eine Gemeinlast und eine Sonderlast der einzelnen Träger geteilt wird. Die Gemeinlast bilden drei Viertel sämtlicher Altersrenten, die „Grundbeträge" aller Invalidenrenten, die Rentensteigerungen infolge von Krankheitswochen und Rentenabrundungen. Alle übrigen Verpflichtungen (ein Viertel der Altersrenten, die Steigerungen der Invalidenrenten, die Beitragserstattungen, Kosten des Heilverfahrens, Verwaltungskosten pp.) bilden die Sonderlast. Jede Versicherungsanstalt (Kasseneinrichtung) verwaltet ihre Einnahmen und ihr Vermögen (Gemein- und Sondervermögen) selbständig. Zur Deckung der Gemeinlast werden in jeder Versicherungsanstalt (besonderen Kasseneinrichtung) vier Zehntel der Beiträge buchmäßig ausgeschieden (Gemeinvermögen, dem die davon aufkommenden Zinsen gutzuschreiben sind). Bezüglich etwaiger bei Ablauf der zehnjährigen Beitragsrevisionsperioden sich ergebender Überschüsse oder Fehlbeträge bewirkt der Bundesrat die Ausgleichung unter eventueller Mitwirkung des Reichstags.

Die Verteilung der Renten auf das Reich, auf das Gemein- und Sondervermögen erfolgt durch die Rechnungsstelle des Reichs-Versicherungsamtes (früher Rechnungsbureau genannt).

Digitized by Google

Eine weitere überaus wichtige Neuerung zu Gunsten der höher gelohnten Arbeiter ist die Einführung einer neuen (fünften) Lohnklasse für mehr als 1150 Mark Jahresarbeitsverdienst, während bisher für alle über 850 Mark gelohnten Arbeiter die gleichen Rentensteigerungssätze galten, so daß z. B. ein Arbeiter mit 1200 Mark Lohn sich nicht besser stand, als ein solcher mit 851 Mark.

Dazu kommt ferner, von einigen anderen kleineren Vergünstigungen abgesehen, daß der der Berechnung der Invalidenrente zu Grunde zu legende bisher auf 60 Mark einheitlich festgesetzte Grundbetrag nach oben, den Lohnklassen entsprechend, auf 60, 70, 80, 90, 100 Mark abgestuft wurde, während die Altersrenten ebenfalls nach Lohnklassen (abgesehen vom Reichszuschuß) abgestuft worden sind.

Die Rückerstattung von Beiträgen an heiratende Mädchen ist erweitert und erleichtert; Unfallrentner, Kinder eheverlassener Frauen und erwerbsunfähiger Witwen sind in jener Hinsicht günstiger als früher gestellt worden.

Überschüsse des Sondervermögens können zu besonderen Nebenleistungen im wirtschaftlichen Interesse der Versicherten pp. verwandt werden, wodurch den Vorständen (Ausschüssen) eine erwünschte Latitüde gewährt ist.

Über gewisse Änderungen auf dem Gebiete des Erlöschens und Wiederauflebens der Anwartschaft, der Einleitung des Heilverfahrens zu Gunsten eines Rentenempfängers, der Anrechnung der Rentenbezugszeit bei Wiedererlangung einer Rente, des Ruhens der Rente (die Rente inhaftierter Personen soll in der Regel der Familie überwiesen werden), des Verhältnisses zu anderen Ansprüchen, der Feststellung der Rente kann hinweggegangen werden. Erwähnenswert ist dagegen die Einführung von Beitragsmarken für längere Zeitabschnitte (2, 13 Wochen) und von Sammelkarten, nach deren Ausfüllung die Einzelkarten vernichtet werden können. In dem Verfahren der Beitragsentrichtung sind einzelne Verbesserungen

Digitized by Google

eingeführt, hinsichtlich der Einlegung der Berufung und Revision sowie der Anlegung des Vermögens der Anstalten die bei der Unfallversicherung bereits angedeuteten Erleichterungen geschaffen.

Überblicken wir hiernach das Ganze, so sehen wir einen seit dem Jahre 1889 erwachsenen wahren Wald von ausdehnenden und fördernden, helfenden und erleichternden Bestimmungen vor uns.

Statistische (finanzielle) Ergebnisse.

Das Ergebnis der deutschen Arbeiterversicherung, in Zahlen ausgedrückt, ist, daß gegenwärtig (1. April 1905) bei einer Einwohnerzahl von annähernd 60 Millionen etwa

$10^1/_2$ Millionen Personen gegen Krankheit,

$19^1/_3$ „ „ darunter 5 bis 6 Millionen Unternehmer (Landwirte etc.) gegen Unfall,

14 Millionen Personen gegen Invalidität (und Alter) versichert sind.

Bis Ende 1904 erhielten im Ganzen rund 65 Millionen Personen (Erkrankte, Unfallverletzte, Invaliden und deren Angehörige) $4^1/_2$ Milliarden Mark an Entschädigungen, woneben bereits $1^2/_3$ Milliarden Mark an Vermögensbeständen angesammelt wurden. Hievon sind gegen 420 Millionen Mark von den Invalidenversicherungsanstalten für gemeinnützige Zwecke (Darlehen für den Bau von Arbeiterwohnungen, zur Befriedigung des landwirtschaftlichen Kreditbedürfnisses, für den Bau von Kranken- und Genesungshäusern, Volksheilstätten etc., sowie für eigene Veranstaltungen dieser Art, wie Krankenhäuser, Lungenheilstätten, Erholungs- und Genesungshäuser) aufgewandt worden.

Gegenwärtig werden für den durch die Arbeiterversicherung dargestellten Zweig der Arbeiterfürsorge täglich $1^1/_3$ Milli-

Digitized by Google

onen Mark aufgewendet, wobei die Arbeiter nur die kleinere Hälfte an Beiträgen aufzubringen haben; sie erhielten bereits $1^3/_4$ Milliarden Mark mehr an Entschädigungen als sie an Beiträgen zahlten.

In dem von Dr. Zacher verfaßten „Leitfaden zur Arbeiterversicherung des Deutschen Reiches“ werden die Beitragslasten der Arbeiterversicherung im Jahresdurchschnitt für jeden Versicherten wie folgt berechnet:

	Arbeitgeber	Arbeitnehmer	Reich	Zusammen
	Mark			
Krankenversicherung .	5·15	10·30	—	15·45
Unfallversicherung . .	6·08	—	—	6·08
Invalidenversicherung .	4·65	4·65	2·88	12·18
Zusammen . .	15·88	14·95	2·88	33·71

Einige weitere Zahlen gibt die folgende von mir bis auf die Gegenwart (Ende 1904) ergänzte Tabelle:

Krankenversicherung (seit 1885)	Mark
Krankengeld	920,638.002
Arzt	421,261.686
Heilmittel	336,189.820
Anstaltspflege	244,743.828
Sterbegeld	71,394.250
Wochenbett	29,399.604
Sonstige Leistungen	30,976.502
1885—1902	2054,603.692
dazu 1903/04	373,000.000
Summe	2427,603.692

Digitized by Google

Unfallversicherung (seit 1885)	Mark
Unfallrenten	670,620.706
Hinterbliebenenrenten	170,111.631
Heilverfahren	30,696.031
Anstaltspflege	38,902.302
Sterbegeld	6,312.315
Witwen-Abfindung	6,978.011
Inländer- und Ausländer-Abfindung	6,828.623
1885—1903	930,449.619
dazu 1904	126,768.163
Summe	1057,217.782

Invalidenversicherung (seit 1891)	Mark
Invalidenrenten	452,506.107 [1])
Altersrenten	315,604.135 [1])
Heilverfahren	43,723.210
Beitragserstattungen:	
a) bei Heirat	32,482.895
b) bei Tod	11,165.910
c) bei Unfall	111.851
1891—1903	855,594.108
dazu 1904	150,000.000
Summe	1005,594.108

[1]) Die Zahl der Invalidenrenten, die am 1. April 1905 lief, betrug 748.428, die der Altersrenten 142.213. Jene Zahl steigt noch etwas, diese Zahl ist fast stationär (abgesehen von der Vermehrung der Bevölkerung). Es beträgt die Invalidenrente in Lohnklasse I. 116 bis 185 Mark, in Lohnklasse II. 126 bis 270 Mark, in III. 134 bis 330 Mark, in IV. 142 bis 390 Mark, in V. 150 bis 450 Mark; desgleichen die Altersrente in Lohnklasse I. 110 Mark, II. 140 Mark, III. 170 Mark, IV. 200 Mark, V. 230 Mark.

Digitized by Google

Ausblick in die Zukunft.

Und noch steht die fortschreitende Bewegung nicht still. Vorwärts drängt sie in der durch die bisherige Entwicklung gegebenen aufsteigenden Linie. Es gilt Lücken auszufüllen, neue Gebiete zu erschließen, wenn möglich eine verbesserte Organisation des Ganzen zu finden.

An der Krankenversicherung fehlt es noch, sofern nicht wie in Süddeutschland eine landesgesetzliche Regelung erfolgt ist, für die land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter und die Dienstboten; sie wird auf die Dauer nicht zu umgehen sein. Die Wöchnerinnenunterstützung fehlt außerdem bei den zahlreichen, der Gemeindeversicherung (nicht den organisierten Zwangskassen) angehörenden Versicherten. Die Arztfrage mit all ihren Schwierigkeiten harrt noch einer befriedigenden Lösung.

Der Regierungsentwurf zum Gesetz vom 25. Mai 1903 hatte diese letztere Frage umgangen, der Reichstag von einer endgiltigen Regelung vorläufig abgesehen, besonders da die ärztlicherseits vielfach geltend gemachte Forderung der „freien Ärztewahl“ ein zweischneidiges Schwert sei. Es wurde lediglich die Bestimmung in das Gesetz aufgenommen, daß die Verträge der Krankenkassen mit den Ärzten der Aufsichtsbehörde vorgelegt werden müssen: eine Bestimmung, auf Grund deren sich ein Überblick darüber wird gewinnen lassen, welche Stellung die Ärzte in den verschiedenen Gegenden Deutschlands einnehmen. Und im Anschluß hieran wird dann der vom Reichstag in Form einer Resolution auf Antrag des Abgeordneten Trimborn und Genossen angenommene Vorschlag geprüft werden können, der dahin ging, Kommissionen aus gewählten Vertretern der Krankenkassenvorstände, Ärzte und Apotheker unter einem neutralen Vorsitzenden zu bilden, denen die Regelung der ärztlichen Behandlung und der Arzneiversorgung nebst Festsetzung eines Tarifs der Honorierung, sowie die

Digitized by Google

Entscheidung entstehender Streitigkeiten obliegen soll, und zwar mit der Maßgabe, daß alle Ärzte und Apotheker, welche sich dieser Regelung anschließen, als Kassenärzte und -Apotheker im Sinne des Gesetzes gelten sollen.

Den Ärzten muß rückhaltlos zugestanden werden, daß sie, in deren Hände die Durchführung der Versicherungsgesetze zu einem großen Teile gelegt ist, ihre Aufgabe bestens erfüllen, wogegen sie bei ihren Honorarforderungen allerdings anzuerkennen haben werden, einesteils, daß die Zahl der Personen, denen ärztliche Hilfe zuteil wird, infolge der Arbeiterversicherung ganz erheblich gestiegen, die lohnende Tätigkeit der Ärzte also gewachsen ist, und anderenteils, daß die Mittel der Krankenkassen, zu zwei Dritteln von den Arbeitern aufgebracht, beschränkte sind. Auf der anderen Seite dürfen aber die Kassen ihre Stellung als „Arbeitgeber" den Ärzten gegenüber nicht auf die Spitze treiben, nicht in ungehöriger Form Ärzte gegen Ärzte ausspielen und zur Sache nicht gehörende politische Gesichtspunkte bei der Auswahl der Ärzte maßgebend sein lassen wollen, wie es zurzeit nur zu häufig der Fall ist. Beide Teile sind unlöslich auf einander angewiesen und sollten in friedlicher Ehe leben, wie der Gesetzgeber sich das gedacht hat. Es liegt im dringenden Interesse beider, daß dies geschieht. Auf dem Rücken der kranken Arbeiter kann schließlich der Streit nicht ausgefochten werden. Finden die Streitenden selbst keinen Ausweg, so wird die Gesetzgebung einschreiten müssen.

Auf dem Gebiete der Unfallversicherung wird am wenigsten noch zu tun übrig sein. Die Versicherung der Handwerker (?) ist allerdings zum großen Teile noch eine offene Frage. Ob es sich in der Tat wird rechtfertigen lassen, für den gewollten Zweck das Mittel des gesetzlichen Zwanges gegen selbständige Bürger anzuwenden, wie schon vorgeschlagen wurde, und ob es nicht zunächst mit Gewährung weitgehender Begünstigungen im Falle freiwilliger Versicherung zu versuchen sein möchte, ist doch sehr zu überlegen. Dabei

Digitized by Google

könnte wegen der von den Handwerkern beschäftigten Personen vielleicht nach Analogie der See- und Küstenfischereiversicherung (vergl. oben Seite 26) in der Heranziehung weiterer Verbände zur teilweisen Lastentragung eine fernere Erleichterung geschaffen werden.

Die Invalidenversicherung besitzt wohl die loseste, auf berufsmäßigen Zusammenhang am wenigsten Rücksicht nehmende Organisation. Man könnte sie nach der Art des „aufgeklärten Absolutismus" einen „aufgeklärten Bureaukratismus" nennen, was an sich gewiß nichts schlechtes ist. Aber schon der Versuch mit den Rentenstellen beweist, daß nach etwas Festerem, Organischerem gesucht wird. Es scheint, daß diese Stellen, wie schon vorher angedeutet, nicht praktisch werden sollen, aber jedenfalls wird das Bestreben nach einer vereinfachten Organisation in Verbindung mit den anderen Versicherungszweigen immer wieder laut. Zu meiner Freude und Genugtuung hat nun endlich auch der Herr Staatsekretär des Innern Graf von Posadowsky-Wehner sich am 2. März 1905 im Reichstag mit großem Nachdruck für jene vereinfachte Organisation ausgesprochen und dabei auf allen Seiten des Hauses Zustimmung gefunden. Ich habe seit Jahren sie verfochten. (Vergleiche meine Schrift „Die Reichsversicherungs-Gesetzgebung", Leipzig, Duncker & Humblot, 1898). Es wird darüber in einem besonderen Referat von mir berichtet werden.

Indessen mit jenem Ausbau und Umbau der drei Versicherungen wird es nicht getan sein.

Schon klopft als vierte die „Witwen- und Waisenversorgung" an die Tür, und der Herr Reichskanzler Graf von Bülow sprach seinerseits in der Reichstagssitzung vom 10. Dezember 1903 gar noch von einer fünften, der „Arbeitslosen-Versicherung" (Versicherung wegen unverschuldeter Arbeitslosigkeit). Mit der letzteren als wohl noch in sehr weitem Felde liegend möchte ich mich nicht schon hier beschäftigen. Was dagegen die Witwen- und Waisenversorgung anlangt, so

Digitized by Google

habe ich schon vor zwanzig Jahren darüber eine Denkschrift ausgearbeitet, im Jahre 1887 in der Berliner „staatswissenschaftlichen Gesellschaft“ einen Vortrag über sie gehalten und zuletzt im Juni 1902 auf dem Internationalen Arbeiterversicherungs-Kongreß zu Düsseldorf ein Referat über sie erstattet. Durch das Zolltarifgesetz vom 25. Dezember 1902 ist jene Versicherung inzwischen in greifbare Nähe gerückt. Der § 15 dieses Gesetzes bestimmt, daß der Mehrertrag aus den Zöllen gewisser Waren zur Erleichterung der Durchführung einer Witwen- und Waisenversorgung zu verwenden ist. Über diese Versicherung ist durch ein besonderes Gesetz Bestimmung zu treffen. Bis zum Inkrafttreten dieses Gesetzes sind jene Mehrerträge für Rechnung des Reichs anzusammeln und verzinslich anzulegen. Tritt dieses Gesetz bis zum 1. Januar 1910 nicht in Kraft, so sind von da ab die Zinsen der angesammelten Mehrerträge, sowie die eingehenden Mehrerträge selbst den Invalidenversicherungsanstalten zum Zwecke der Witwen- und Waisenversorgung der bei ihnen Versicherten zu überweisen. Die Unterstützung erfolgt auf Grund eines vom Reichs-Versicherungsamte zu genehmigenden Statuts.

Über die Höhe der durch eine solche Versicherung entstehenden Kosten gibt meine oben erwähnte Denkschrift im allgemeinen Auskunft[1]); sie sind selbst bei mäßigsten Ansätzen höher als die der Invalidenversicherung und nur erschwinglich, wenn Deutschland in eine weitere lange Periode günstiger Entwicklung eintritt. Dann aber wird man nicht im einzelnen Falle die Bedürftigkeit der Witwen und Waisen zu einer Voraussetzung der Fürsorge machen dürfen, und auch nicht deren Erwerbsunfähigkeit, sondern alle Witwen und Waisen von zwangsweise invalidenversicherten Männern berücksichtigen müssen. Denn mehr oder minder bedürftig sind diese Witwen alle, auch wenn sie noch erwerbsfähig sind, und

[1]) Vergleiche Verhandlungen des Internationalen Arbeiterversicherungs-Kongreßes zu Düsseldorf 1902, Seite 701 und 1011 fg.

Digitized by Google

sozialpolitisch wird man kaum dem Streit und Neid unter den „mehr“ oder „minder“ bedürftigen oder erwerbsunfähigen Witwen die Tore öffnen dürfen. Jenes Kriterium der zwangsweisen Invalidenversicherung (einschließlich der freiwillig fortgesetzten, und will man noch einen Schritt weiter gehen: der Invalidenversicherung überhaupt) des verstorbenen Ehemannes (Vaters) auf der einen, und mäßige Unterstützungssätze auf der anderen Seite sind die Pole, zwischen denen die neue Versicherung sich zu bewegen haben wird. Daß in der Tat die Unterstützungssätze nur mäßige sein können, ergibt sich schon daraus, daß nach den Berechnungen vom Jahre 1883 bei Annahme einer Invalidenrente von 200 Mark, einer Witwenrente von 100 Mark und einer Waisenrente von 50 Mark (was schon hohe Sätze wären) die Invalidenrente auf den Kopf der versicherten Arbeiter . . . . . 14·94 Mark
die Witwenrente . 18·35 „
„ Waisenrente . 8·15 „
an Beiträgen erfordern würde, und daß mit etwa einer Million Arbeiter pp.-Witwen und einer entsprechenden Zahl Waisen zu rechnen sein wird.

Die deutsche Reichsregierung hat neuerdings Vorarbeiten auf diesem Gebiet aufgestellt und den Bundesregierungen zur Begutachtung unterbreitet.

Die Frage ist also in ein aktuelles Stadium getreten.

So erhebt sich auch in Deutschland unbeschadet der bisherigen großen Leistungen eine schier unübersehbare Fülle schwieriger Aufgaben.

Schluß.

Aber, und damit will ich schließen, es gibt vielleicht auch unter meinen Lesern den Einen oder Andern, der da sagt: Wozu die Fürsorge für die arbeitenden Klassen immer

Digitized by Google

noch vermehren? Dank wissen sie es niemandem und zufriedener werden sie auch nicht. Für jedes Hundert Millionen Unterstützungen im Jahre mehr, Hunderttausende von neuen Sozialdemokraten, möchte man sagen. Darauf ist kurz zu erwidern: Die Zunahme der Zahl der sozialdemokratischen Stimmen bei den Reichstagswahlen hat mit der Arbeiterversicherung nichts zu tun; hätten wir die letztere nicht, so wäre jene Stimmenzahl noch viel größer, und das Kolorit unserer Sozialdemokratie ungleich radikaler. Es ist auch nicht richtig, daß niemand für die Erfolge der bestehenden Arbeiterversicherung Dank wisse, oder für eine Witwen- und Waisenversorgung wissen werde. Tausendfach ist jener Dank mir schon entgegengetreten. Witwen von Unfallverletzten haben tränenden Auges, Unfall-, Invaliden- und Altersrentner mit unverhohlener Befriedigung die Segnungen der neuen Gesetzgebung mir gegenüber anerkannt. Wenn die Arbeiterschaft um dieser Renten willen freilich sonst nicht zufrieden ist, so frage ich, wer ist es denn? Und übrigens habe ich schon oft zur Verteidigung der Arbeiter gesagt: die Unzufriedenheit ist eine Triebfeder des Fortschritts. Einen Satz, gar wie den: „Die Arbeiter verdienen es nicht, daß man sich so sehr ihrer annimmt“ (schon das Wort „verdienen“ ist zu beanstanden) kann man doch im Ernst nicht aufrecht erhalten wollen. Die Arbeiter sind vom gleichen Holze wie wir, die Besitzenden; sie sind die Quelle der Verjüngung des Volkes. Die Vorfahren der größten deutschen Industriellen im Osten und Westen waren Arbeiter. Ein wohlsituierter Arbeiterstand ist die Kraft der Nation nach innen wie nach außen. Die breite Basis der Pyramide muß echt und gesund sein. Der wogende Kampf des Tages kann uns, die wir außerhalb desselben stehen, nicht beeinflußen. Über seinen Nebeln müssen wir auf höherer Warte die Zukunft der Nation vor Augen haben.

Freilich darf der Blick uns dadurch nicht gegenüber den Schäden getrübt werden, die unleugbar in dem oft geradezu krankhaftem Streben begründet sind, Krankengeld oder Renten

Digitized by Google

zu erhalten und zu behalten, auch wo ein genügender Grund nicht vorliegt — ein Streben, das aus Sittlichkeits- und Rechtsgründen, sowie im Interesse der Aufrechterhaltung der Leistungsfähigkeit der Kassen in allen Stadien bekämpft werden muß — und wir dürfen nicht vergessen, daß in jener Zukunft auch das Wohlergehen der Arbeitgeber mit eingeschlossen ist. Sie sind der rechte, die Arbeiter der linke Arm. Wenn der Reichskanzler Caprivi sagte, man solle bei jeder Maßregel sich fragen, wie sich die Sozialdemokratie zu ihr stelle, so ist die andere Frage, wie die Arbeitgeber sich zu ihr stellen, nicht minder berechtigt. Mit anerkennenswerter Opferfreudigkeit tragen sie die großen Lasten der Arbeiterversicherung. Man soll ihre Freiheit in dem gewaltigen Versicherungszwangsbau nicht ohne Not verkümmern, ihnen aus theoretischen Erwägungen nicht Lasten auferlegen, die zur Durchführung des Ganzen nicht absolut nötig sind, ihre Bewegungs- und Arbeitsfreudigkeit nicht lähmen. Alles ist dem Wechsel unterworfen; Regierungen kommen und gehen; wie Winter und Sommer kämpfen mit wechselndem Siege Freihandel und Schutzzoll und hundert andere Gegensätze mit einander. Aber in all dieser Erscheinungen Flucht sollte man die leistungsfreudige Freiheit der Hauptträger der Arbeiterversicherungslasten sich weiter entwickeln lassen, eine Freiheit, auf die sie durch ihre bisherige Haltung allen Anspruch sich erworben haben.

„Das Prinzip, nach dem der weitere Aus- und Umbau unserer Arbeiterversicherung auf den bisherigen bewährten Fundamenten sich zu vollziehen haben wird“, so schloß ich meinen oben erwähnten Vortrag, „ist das der ausgleichenden Gerechtigkeit, und die Inschrift im Giebelfelde dieses Baues muß allezeit lauten: „Suum cuique“.“

Diese Inschrift paßt auch für die Arbeiterversicherungsgesetzgebung aller anderen Länder.

Digitized by Google

Wurde im Vorstehenden erörtert, welchen Weg Deutschland gewählt hat und weiter zu gehen gedenkt, so werden Andere aus ihren Ländern das Gleiche berichten, alle von demselben Wunsche beseelt, dem großen Zwecke unserer Kongresse zu dienen.

So möge denn der Wiener Kongreß durch seine Berichte und seine Debatten, durch die Feststellung dessen, was bisher geleistet wurde, und die Darlegung dessen, was noch zu tun übrig bleibt, den Arbeitern und Arbeitgebern aller Länder zum Vorteil, dem sozialen Fortschritt und Frieden zum Segen gereichen.

Berlin, 1. April 1905.

Dr. T. Bödiker.

Digitized by Google

INTERNATIONAL CONGRESS ON WORKMEN'S INSURANCE.
VIIth Session. — Vienna. — 17—23 September 1905.

WORKING MEN'S INSURANCE IN AUSTRALIA

FROM

SIR JOHN A. COCKBURN, LONDON.

It is somewhat remarkable that Australia, although so advanced in general Social and Industrial legislation, cannot compare with Germany, Austria and some other European countries in the provision made for Working Men's Insurance.

On the first day of this century, the six states of Australia became united in a Federation known as the Commonwealth of Australia. The individual States and the Commonwealth possess concurrent powers as regards Insurance, but hitherto no legislation of this nature has been undertaken by the Commonwealth, although recently a Royal Commission to enquire into a general system of Old Age Pensions was appointed by the Federal Government. The provisions for Working Men's Insurance up to the present are therefore confined to Acts of the States in their individual capacities.

In South Australia, the Workmen's Compensation Acts, 1900 and 1904, provide that where a workman employed in a railway, waterwork, tramway, electric lighting work, factory, mine, quarry, or engineering or building work or in any employment proclaimed as injurious or dangerous, through no serious misconduct on his part, is personally injured so as to be disabled for more than a week from earning full wages, his employer shall be liable to pay compensation:

a) In the case of death

I. To dependants, viz., wife, husband, parent, grand-parent, child, grand-child and step-child, wholly dependent

Digitized by Google

upon the earnings of the workman, a sum (not less than £ 150 nor more than £ 300) equal to his earnings during the preceding 3 years, and in the case of employment having been less than 3 years, 156 times his average weekly earnings. The amount of any weekly payments to be deducted.

II. If no such dependants, such sums to partial dependants, as may be arrived at by agreement or by arbitration.

III. If no dependants, reasonable medical and funeral expenses not exceeding £ 50.

b) In case of total or partial incapacity for work resulting from injury, a weekly payment not exceeding 50 per cent of average weekly earnings; such payment to be not less than 7/6 in case of total incapacity nor more than £ 1, nor exceeding in the aggregate £ 300.

In Western Australia a somewhat similar act was passed in 1902, but the disablement from earning full wages must be for at least two weeks. The compensation in case of death to be not less than £ 200 nor more than £ 400. The medical and funeral expenses not to exceed £ 100, and the weekly payment during incapacity for work not to exceed £ 2.

In New South Wales the Miners Accident Relief Acts 1900 and 1901, provide for allowances to those injured by mining accidents or to relatives in case of death:

a) If deceased was married, a weekly sum of 8 — to the widow while unmarried and 2/6 weekly for each child up to the age of 14 or a weekly sum of 8/— to the guardian of the motherless children of the deceased until no child is below 14 years of age. Also £ 12 for funeral expenses.

b) If deceased was unmarried, 8/— weekly to the father of the deceased or to his mother if a widow, while unmarried, or if both father and mother are dead, to his

Digitized by Google

sister or sisters while unmarried and 2/6 a week for each child of his mother or sisters, provided the above were dependent on deceased at the time of his death, — also £ 12 for funeral expenses.

When, as the result of the accident, the workman is disabled so as to be wholly incapacitated from attending to his ordinary occupation, 12/— a week, and if the disablement is permanent, 2/6 weekly for each child up to the age of 14.

To meet these allowances $4^1/_2$ d. per week is deducted from the wages of each person employed and paid to a Committee for each mine consisting of

a) An Inspector of Mines appointed by the Minister.
b) 3 of the persons employed appointed by their fellow workmen.
c) 2 persons appointed by the owner of the mine.

Or a joint committee for two or more mines may be formed consisting of

a) An Inspector of Mines
b) 2 of the persons employed
c) 1 representative of the owner.

Any deficiency in the sum in the hands of the Committee is made up from funds controlled by a Board of six members comprised of a Chairman appointed by the Government and five others, representative, so far as practicable, of

a) Owners of coal and shale mines
b) Owners of other mines
c) Persons employed in coal and shale mines
d) Persons employed in other mines
e) The Department of Mines.

The fund controlled by the Board is formed of

a) Payment by the owner of every mine of half the aggregate of the amount deducted from the employés wages as above.

Digitized by Google

b) An equivalent amount out of the public revenue

c) Money collected but not required by mine committees.

In the States of New South Wales, South Australia and Tasmania, there have been in operation for a number of years Employers' liability Acts giving to an injured workman (or, in case of death, to certain of his relatives) the right of action against his employer for compensation not exceeding three years wages.

In New South Wales and Victoria there are systems of Old Age Pensions payable out of the general revenue to persons over the age of 65 years who have resided 25 years in New South Wales or 20 years in Victoria. No pension can be paid to any one who has been imprisoned for a term of 5 years during the preceding 25 years or for 4 months during the preceding 12 years; nor to any man who has deserted his wife or has neglected to provide for his children.

The maximum pension is £ 26 a year in New South Wales and 8/— a week in Victoria. Under the Victorian Act a pension may be claimed at any age in the case of any one who is in permanent ill health, caused by employment in mining or any prescribed dangerous or unhealthy occupation. The pension in New South Wales may be claimed at the age of 60 on the ground of incapacity to earn a livelihood owing to sickness or injury. The Pension in Victoria is contingent on inability to earn livelihood even in the case of those over 65 years of age and relatives are required to centribute towards support.

Digitized by Google

HISTOIRE DE LA LEGISLATION DES ACCIDENTS
DU
TRAVAIL ET DES ASSURANCES SOCIALES EN ESPAGNE,

PAR

JOSÉ Mª DE DELÁS-BARCELONA.

En Espagne, la semence du Congrès des accidents du travail et des assurances sociales, qui eut lieu à Paris, l'an 1889, a porté ses fruits.

A partir de 1890 seulement, la Commission des Réformes Sociales, fondée en 1893, appliqua toute son attention à l'étude de la question des accidents du travail. publiant un projet de loi lequel, accepté par le Ministère du Gouvernement, fut présenté au Congrès des députés le 5 décembre 1894.

Projet de Loi de 1894.

On y admettait le principe du risque professionnel, mais borné à certains cas et à certaines industries énumérées, dans lesquelles les prescriptions et les procédés rigoureusement réglementaires n'auraient pas été accomplis

Les indemnités étaient celles qui suivent:

Incapacité permanente	partielle:	de 200	à 250	pesetas
» »	absolue:	» 1500	» 2000	»
Décès		» 500	» 2000	»

Incapacité temporelle: le montant total du salaire.

Un tel projet ne pouvait nullement répondre aux exigences de la production moderne: il ne constituait tout au plus qu'un premier pas fait dans le sentier des réformes du droit commun.

Digitized by Google

Le problème de la responsabilité industrielle continua donc à occuper fortement l'attention de la Commission des Réformes Sociales, et, prenant pour base la Loi française de 1898, on présenta au Congrès des Députés en décembre 1899 un projet qui légèrement modifié devint loi le 30 janvier 1900.

Les plus importantes bases de la nouvelle législation spéciale sur les accidents du travail, étaient constituées, savoir: par la loi du 30 janvier, le règlement pour son application du 28 juillet de la même année; le décret royal du 27 août sur les sociétés d'assurances, et divers ordres royaux, donnés pour l'application et l'interprétation des dispositions légales.

Risque professionnel.

Le principe juridique du risque professionnel fut établi pour la première fois en Espagne par l'article 2 de la loi qui dit: Le patron est responsable des accidents causés à ses ouvriers dans l'exercice de la profession ou travail qu'ils exécutent ou avec lesquels ils auraient quelque rapport, à moins que l'accident soit occasionné par force majeure, étrangère complètement au travail où l'accident se serait produit.

Les réclamations pour des faits non compris dans la loi sont assujetties au droit commun (art. 16): Les dommages causés par délit ou faute sont punis par le Code Pénal, mais si l'action criminelle ne produit pas d'effet, ils sont assujettis à la loi des accidents (arts. 17 et 18).

Eléments pour l'application de la Loi

On entend par accident, toute lésion du corps éprouvée par l'ouvrier à l'occasion ou par suite du travail qu'il exécute pour compte d'autrui; par patron, on entend tout propriétaire d'une entreprise, exploitation ou industrie où le travail s'exécute, mais dans les entreprises à forfait, l'entrepreneur est responsable et subsidiairement le propriétaire; par ouvrier, on entend celui qui exécute habituellement le travail manuel hors de son domicile pour compte d'autrui, avec ou

Digitized by Google

sans rémunération, à salaire ou à forfait, y compris les apprentis et employés de commerce. (Art. 1 de la Loi et 1 et 2 du Règlement.)

De même, on entend par salaire la rémunération perçue par l'ouvrier en argent ou sous autre forme (les jours de fête exceptés). Il ne se supputera jamais inférieur à 1·50 ptas, même quand la rémunération que la victime percevait avait été moindre. (Art. 11 de la Loi.) Si la rémunération ne se perçoit pas en argent, elle sera calculée sur la valeur moyenne des salaires de la localité: le travail à forfait est évalué d'après le salaire moyen, perçu par les ouvriers en des conditions semblables à celles de la victime. (Art. 3 du Règlement.)

Etendue des effets de la Loi.

Tous les travaux où l'on exerce une occupation manuelle sont compris dans la Loi. Dans les exploitations agricoles et forestières, il n'y est compris que le travail des ouvriers destinés aux machines. (Art. 3 de la Loi.)

Indemnités.

Incapacité temporelle: demi salaire. Après une année, l'incapacité sera considerée comme perpétuelle.

Incapacité permanente absolue: le salaire de deux ans; absolue pour la profession habituelle: 18 mois.

Incapacité permanente partielle: un an de salaire, ou le patron pourra employer l'ouvrier dans la même industrie avec le même salaire.

En outre, l'assistance médicale-pharmaceutique par des médecins et pharmaciens désignés par le patron; il est fait exception cependant pour les premiers soins, qui seront donnés par l'assistance la plus proche. (Art. 4 de la Loi et 6 du Règlement.)

Selon le Règlement de 1903, les incapacités seront deux: perpétuelle absolue ou perpétuelle partielle.

Déclaration faite de l'incapacité, on décidera si elle est absolue ou partielle.

On la considérera absolue, lorsqu'il y aura perte de deux extrémités, lésion fonctionnelle de l'appareil locomoteur, perte

Digitized by Google

de la vue, folie, lésions organiques du cerveau ou des appareils circulatoire et respiratoire. On la considérera partielle, pour la surdité, la perte d'un œil, une hernie et la perte organique ou fonctionnelle d'une extrémité.

Conformément au tableau d'évaluations d'incapacités pour le travail, on considère incapacité absolue, quand, outre la lésion d'un membre, on a occasionné à d'autres membres des lésions qui ensemble donnent pour résultat une diminution de 50% de capacité pour le travail. Si l'ouvrier est âgé de 50 ans, l'incapacité sera reconnue comme absolue lorsque les lésions qu'il aura éprouvées forment 42% d'incapacité, ou 36% s'il dépassait 60. En cas de décès, l'indemnité consistera: en deux ans de salaire à la veuve ayant enfants ou petits-enfants; 18 mois aux enfants ou aux petits-enfants, âgés de moins de 16 ans; 1 an à la veuve seule, et finalement 7 mois aux ascendants, sexagénaires et pauvres, s'il n'en existait qu'un seul, autrement, s'il en existait deux ou plus, 10 mois de salaire.

Mort.

Moyennant garantie à satisfaction des intéressés, le patron choisira, s'il le veut bien, les pensions en cas de décès, savoir: 40% à la veuve avec enfants; 20% aux enfants orphelins; 10% à chaque ascendant, maximum 30%.

Précautions préventives.

Conformément aux articles 6 et 7 de la Loi, la commission technique du Ministère de l'Intérieur établit le catalogue d'appareils préventifs, publié par l'ordre royal du 2 août 1900.

Le manque de ces appareils augmente les indemnités d'une moitié. (Art. 5 de la Loi.)

Pour l'application des appareils préventifs, le catalogue divise les travaux en cinq groupes, savoir: Ateliers, fabriques et carrières, constructions en général, constructions de bâtiments, mines et production et transport de force électrique.

Il va sans dire que pour chaque groupe les appareils sont d'un genre spécial.

Digitized by Google

Toute demande de réclamation de l'exécution de la Loi expire un an après la date où l'accident se serait produit. (Art. 15 de la Loi.) **Prescription.**

En attendant l'établissement en Espagne des Tribunaux Industriels projetés, les questions litigieuses, survenues à l'occasion de la Loi, sont résolues par les juges des tribunaux ordinaires. **Compétence juridique.**

Le gouvernement civil de province, les délégués de police et les bureaux municipaux ont à leur charge cette surveillance. **Surveillance administrative.**

Sur les avis reçus directement ou provenant des bureaux municipaux, on essayera un expédient pour chaque cas.

L'action administrative se borne au contrôle des accidents et à la réclamation de l'exécution de la Loi. Si sa réclamation n'est pas prise en considération, elle en fera part à l'autorité judiciaire. (Art. 48 et 49 du Règlement.)

Le Ministère de l'Intérieur aura connaissance des plaintes portées contre l'autorité administrative. (Art. 52 du Règlement.)

Le patron aura à faire part à l'autorité gouvernementale des avis suivants: **Engagements.**

1. Il donnera compte de l'accident avec tous ses détails, avant 24 heures,

2. Il donnera connaissance qu'il a commencé à rendre effectif l'engagement, et

3. Qu'il a satisfait complètement à l'indemnité. (Art. 8 et 10 du Règlement.)

La réclamation de l'ouvrier sera présentée par devant l'autorité administrative s'il y a eu omission de quelqu'une des formalités légales; par devant le juge civil, s'il y a eu des différences d'appréciation pour l'interprétation de la Loi, et en cas d'imprudence ou négligence constituant délit, la question sera soumise aux juges des affaires criminelles fonctionnant en Espagne. **Recours.**

Suivant l'article 12 de la Loi, les patrons peuvent substituer les obligations qui leur incombent, ou en **Assurances.**

Digitized by Google

partie, par l'assurance faite à leurs dépens sur la vie de l'ouvrier, pour tous ou seulement une partie des risques auxquels la Loi se rapporte, dans une Société d'assurances dûment constituée et acceptée par le Ministère de l'Intérieur, mais toujours à condition que l'indemnité que l'ouvrier perçoit de l'assureur ne soit jamais inférieure à celle qui lui appartiendrait conformément aux prescriptions de la Loi sur accidents.

Conditions d'acceptation.

Conformément au Décret royal du 27 août 1900 pour être inscrites au Régistre d'Associations acceptées par le Gouvernement, les Sociétés auront à se tenir aux conditions suivantes:

1. Demande par écrit, adressée au Ministère de l'Intérieur, pour l'inscription au Registre des associations acceptées, en y joignant le contrat social, ou acte de fondation, statuts, tarifs, règles pour calculer les réserves, modèles de police, table de mortalité et la procuration pour le représentant en Espagne, si la Société était étrangère.

2. Déclaration préalable de se soumettre à la juridiction des Tribunaux espagnols. Les contrats d'assurance, en ce qui concerne les indemnités, auront à être d'accord avec la Loi des accidents.

3. Désignation d'un délégué à Madrid pour les relations avec le Gouvernement. (Décret royal du 16 octobre 1900.)

4. Impôt en faveur de l'assesseur général d'assurances, de 4°/₀₀ sur la caution, pour droits de contrôle. (Décret royal du 7 octobre 1901.)

5. Payement d'une caution de pesetas 225.000, pour les compagnies par actions, à primes fixes, et de 5000 pesetas, pour les Sociétés Mutuelles. Ces cautions pourront être composées de valeurs de l'Etat ou de billets hypothécaires déposés à la Caisse Générale de Dépôts ou à la Banque d'Espagne. Elles pourront également être établies sur des immeubles urbains

Digitized by Google

ou sur des crédits hypothécaires. Pour leur évaluation, la rente liquide qu'ils produiraient sera capitalisée au taux de 4%.

Surveillance administrative.

Les compagnies acceptées auront à faire part annuellement au Ministère de l'Intérieur du bilan, de l'emploi de l'actif, des recettes pour primes d'assurances-accidents, des polices émises, rescindées et échues, du rapport des sinistres survenus réglés et à régler, des cas de décès ou d'incapacité temporelle ou perpetuelle, absolue ou relative, en outre le rapport des observations qu'elles jugeront convenables de faire concernant le service des assurances.

L'action du Gouvernement se borne à la vérification de ces renseignements et à l'autorisation de leur inscription au Régistre des associations acceptées, moyennant l'accomplissement préalable des ordres légaux. Le journal officiel, La Gazette de Madrid, publiera chaque trimestre la liste des Sociétés acceptées. Les exclusions ou refus de Sociétés auront à se fonder sur de motifs légaux.

Assesseur Général d'assurances.

Il y a au Ministère de l'Intérieur un Assesseur Général d'assurances qui informe et aide le gouvernement dans les diverses questions concernant les assurances sociales. Il jouit de 4‰ sur le montant des cautions à la charge des compagnies.

Sociétés Mutuelles.

La Loi considère comme sociétés mutuelles seulement celles qui circonscrivent leurs opérations à la répartition parmi leurs associés de la partie leur incombant sur les indemnités payées. Elles devront assurer au moins 1000 ouvriers et se composer de 20 patrons au moins d'une même industrie ou travail analogue.

Sociétés d'assurances accepteés.

L'an 1900, neuf Sociétés furent inscrites au Régistre des Sociétés acceptées du Ministère de l'Intérieur, savoir: »Banco Vitalicio d'Espagne«, compagnie d'assurances sur la vie la plus accréditée du pays, qui décida d'étendre ses opérations à la branche accidents après la promulgation de la Loi; »La Vasco Navarra«, fondée à Pamplona en 1900: »La Caja de Prevision y socorro«, constituée à Barcelone en 1898; les compagnies

Digitized by Google

françaises »La Foncière«, »L'Espérance«, »La Préservatrice«, et »La Société d'Assurances Agricoles et Industrielles«, »L'assicurazioni Italiana« de Milano et »La Zurich«.

La Polaire vint s'inscrire postérieurement. En 1902 et 1903 »La Polaire« et »El Banco Vitalicio d'Espagne« abandonnèrent respectivement la branche accidents et, à ces mêmes dates, »L'Espérance« et la »Société Générale d'assurances agricoles et industrielles« de Paris se retirèrent de l'Espagne.

Par contre, on fonda à Barcelone »La Hispania« et vint s'établir en Espagne l'importante »Société Anonima Italiana d'assicurazioni contro gli infortuni« de Milano, lesquelles furent dûment inscrites au Régistre des Sociétés acceptées.

Actuellement se trouvent inscrites au Régistre des associations acceptées les suivantes:

Par actions:

»Anonima de accidentes«, »Préservatrice«, »Vasco Navarra«, »Previsora«, »Assicuratrice«, »Hispania«, »Zurich«, »Caja de Prevision y Socorro«, »Foncière«.

Mutuelles:

»Sociedad Mutua de contratistas de Barcelone«, »Prevision«.

Le manque absolu de statistiques sur les accidents, le développement croissant des sinistres, conséquence constante de la législation spéciale sur la question et l'interprétation de la Loi par les Tribunaux de Justice, ont été les causes certainement peu favorables au succès des entreprises d'assurances sur accidents. Néanmoins, l'approbation de nouveaux tarifs et d'autres mesures de prévoyance et de défense semblent signaler pour l'avenir une nouvelle route pour l'application de cette assurance.

Digitized by Google

Voilà tout ce qui s'est fait en Espagne quant à l'assurance pour accidents du travail, où il n'existe pas d'organe officiel pour son application.

Institut des Réformes Sociales.

En substitution de l'ancienne Commission des Réformes Sociales du Ministère de l'Intérieur, dont les fonctions étaient tout simplement consultatives, par décret royal du 23 avril 1903, on fonda »L'Institut des Réformes Sociales« lequel, semblable à l'Office du Travail en Belgique, a une action administrative outre celle consultative. Il prépare la législation du travail et pourvoit à son exécution, organise l'Inspection officielle et la Statistique, et favorise l'action sociale au profit de l'ouvrier. Il est constitué par 30 membres, dont 18 élus par le gouvernement, 6 élus par les patrons et les 6 autres par les ouvriers.

Réforme de la Loi en préparation.

Aucun projet de Loi n'est maintenant en préparation; seulement l'Institut des Réformes Sociales s'occupe de l'étude d'une réforme de la Loi sur accidents espérant que son rapport sera bientôt publié.

Il est difficile cependant de signaler avec exactitude dans quel sens la réforme sera faite, mais il est à croire qu'elle tendra à préciser les responsabilités du patron, en adoptant des mesures coërcitives pour garantir son accomplissement.

Les conseillers ouvriers de l'Institut prétendent étendre les bénéfices de la Loi aux maladies professionnelles, ainsi qu'aux cas d'imprudence dans le métier. Ils demandent également que la responsabilité du patron soit étendue à toutes les industries, puis que l'exception des jours de fête pour l'incapacité temporelle soit annulée et finalement que les descendants aient droit à l'indemnité jusqu'à l'âge de 22 ans et dans le cas, où il s'agirait d'assurance, que l'indemnité à percevoir soit acquitée par l'assureur dans les 48 heures.

Bien que ces prétentions ne soient pas rigoureusement adoptées par la Loi, il est à croire cependant, qu'elles serviront de point de départ pour la nouvelle réforme.

Digitized by Google

Quant à l'assurance obligatoire, en Espagne elle compte peu de partisans, et il est à espérer que le principe de la liberté du choix des moyens réglementaires continuera à prévaloir.

Néanmoins, les conseillers ouvriers de l'Institut de Réformes Sociales semblent se prononcer pour l'adoption du système d'associations patronales libres, non obligatoires. Dans ce cas, ils proposent que les quotes contributives industrielles des patrons qui ne voudront pas entrer dans les associations soient surchargées, et moyennant ces entrées l'Etat aura à répondre en cas d'insolvabilité du patron des conséquences matérielles occasionnées par l'accident.

Mais nous croyons que l'Institut des Réformes Sociales, de même que les Chambres législatives, repousseront de telles prétentions de la part des ouvriers, par suite du caractère remarquablement individuel que, malgré tout, les Réformes Sociales ont dans notre pays.

Telle est la situation actuelle de la question des accidents du travail et des assurances sociales en Espagne.

Mai 1905.

Digitized by Google

INTERNATIONAL CONGRESS FOR WORKINGMEN'S INSURANCE.
7. Session. — Vienna. — 17—23 September 1905.

WORKINGMEN'S INSURANCE
IN THE
UNITED STATES OF AMERICA*

BY

CHARLES RICHMOND HENDERSON
PROFESSOR ON THE UNIVERSITY CHICAGO.

I. The present attitude of public opinion toward workingmen's insurance in this country, and an explanation of that attitude.

The following facts must be borne in mind by those who desire to understand the slow progress of thought and legislation in this direction:

1. The necessity for providing some means of equalizing the burdens which fall upon families of citizens in case of accident, sickness, invalidism, old age, unemployment, or death of the principal bread-winner, is realized only when the »great industry« has been long and generally established and has produced its natural results. Only in a country with many cities, congested population and developed manufactures does the group of wage workers, who have no property in the materials and machinery with which they produce commodities, come imto existence as a class with distinct interests. In the United States the chief occupation of the people is still agriculture and stock raising. Until recently the South was almost

* At the invitation of its Executive Committee the writer sent to the International Home Relief Congress, which met in Edinburgh, Scotland, in June, 1904, a paper on Old Age Pensions whose principal ideas are repeated in this paper, but with considerable additional matter by way of evidence and illustration. C. R. H.

Digitized by Google

entirely without important centers of manufacture and trade. The vast multitude of negro laborers there have not yet entirely emerged from the inherited traits of their African ancestors and the subsequent paralysis of slavery. The so-called »labor problem« is with us comparatively new. We do not understand the meaning of the words »peasant« (Bauer) and »proletariate«.

2. The rapid progress of our people in wealth and comfort has made it difficult for most persons to realize how far, in our cities, we have already travelled toward the condition of older countries. Hitherto we have had no walls about a »working class«, for most people worked with their own hands. Prosperous men of the generation just passing away obtained land from the government for nothing or for a trifling sum, worked wery hard in youth, saw the value of land rise from nothing to $ 100 an acre, and have retired in comfort to live upon the products of their fields which are leased to tenants who are generally poor immigrants from Europe. All these men were laborers, but not for wages. Each man possessed his own farm and other property. The poorest man, if he had strong arms and wished to escape from the condition of a wage worker could soon become a landed proprietor.

But now nearly all the free land is appropriated, and the capital required to purchase and stock a farm is much too large for a poor man until he has toiled many years as a laborer or renter. Average comfort has improved, but the class of wage earners, without means of directing the personal industry, has enormously increased. So long as most men owned land, cattle, houses and each could provide for his own wants, he thought he could provide for his needs in case of accident, sickness and old age. This belief was a product of the economic facts. The few who were feeble, depraved or unfortunate were easily cared for by public and private charity.

Digitized by Google

3. Traditional ideas and customs die slowly. Long after an economic condition has passed away it leaves a deposit of opinion and prejudice. Social feeling is inert and hard to modify. Suddenly we are compelled to recognize that we have a »labor problem«. It was universally believed, not long since, that most men could rise to become capitalists and manage business on their own account. The ground for that hope, in cities, is shaken. The foreign immigrants who compose the majority of our wage earning class in industrial communities come but slowly to the sympathetic attention of the people who have long thought of themselves as »Americans«.

4. The traditional economic and political theory, held by politicians and taught in higher schools, has been unfavorable to any form of governmental intervention in industrial affairs. The unconscious assumption of our business world, when there is a question of doing anything for the benefit of wage workers, is that government should let the business manager (entrepreneur) alone, so far as possible, giving him only police protection of life and property and permitting him to enjoy all the natural advantage he has over against the workmen.

It is true that this idea that »the best government is that which governs least« is not adopted without exception; for when our »captains of industry« wish to organize corporations and ask for lucrative franchises for street railways and telephones, and land grants for new railways, or subsidies to ships, or tariffs to build up and maintain »infant industries«, their logic breaks down and they willingly accept from local and general governments all the special privileges they can obtain, sometimes by means of shameless bribery which corrupts our politics to the heart. But when the question is one of regulating rates charged for freight, passengers or messages, or requiring better service, or humane care for workingmen, they are accustomed to employ one phrase with tedious monotony, that the plan is »socialistic«, it is »paternalism«. They also

Digitized by Google

close discussion with the contemptuous expression which reveals provincial views, that the methods of »absolutism«, as in Germany, are utterly inapplicable to a »free« people like those in the United States. The economic and political philosophy of the eighteenth century is still prevalent among us and obstructs progress.

5. The serious defects and even corruption in our municipal governments, and occasionally in more general governments, have produced a common belief among influential business men that we can never secure a capable and honest administration of business, such as State insurance of workingmen would be. The general attitude of our strongest commercial men at the head of banks and corporations toward politicians and holders of office is one of ill-concealed contempt for their ability, character and training. So long as administrators of public offices were changed with each election, and so long as they can be bribed by rich men, this judgment is very natural. All this means that distrust of public administration has bred an unpatriotic sentiment with grave practical consequences.

6. It must also be remembered that we have not a strong central government, as in Germany and France; nor have we developed a system of federal control of local administration, such as is found in the Home Office in Great Britain. Our various commonwealths are, under our Constitution, in matters of domestic and business law, independent of each other and of the Federal government. Hence it is feared that we shall encounter a serious difficulty in constructing and maintaining a general system of insurance over our vast territory, with its diverse and competing interests, and a population of about 70,000.000 rapidly increasing. Nor have the several States developed within themselves central organs of control and administration which could supervise and direct state systems of insurance, although beginnings have been made in this direc-

Digitized by Google

tion. It is feared that the compulsory insurance of wage workers in the State which first introduced it would so burden the industries of that State with taxes as to put its manufacturers and merchants at a disadvantage in competition with manufacturers and merchants of other states in which this tax is not paid They fear that capital would be driven away from the more progressive communities to others where this form of humane legislation has not been accepted.

This difficulty would be removed if all the states should agree to adopt the same legislation at the same time; but this is very slow and difficult, although arrangements are already made by commissions to foster uniform legislation on some very important subjects. But if it can be shown that the organisation of workingmen's insurance is not a burden to industry and commerce, but a help, an advantage, by providing a body of more healthy, vigorous, contented and hopeful laborers, this fear would disappear, and the example of one community would be imitated by others. It seems highly probable that labor would tend to flow toward the places where it had the best security for existence, even at the same wages or less.

To indicate the ordinary opinion among men with the capitalistic bias, yet honest and humane, we may quote a paragraph from a paper yet unpublished, but offered to the National Conference of Charities for publication this year. Mr. F. L. Hoffman, Statistician of the Prudential Insurance Company, has affirmed that the insurance of workingmen by government is an actual burden on the industries of a country. He says: »Obviously the propaganda for the extension of government insurance to other countries, and especially to the United States, finds its explanation in the fact .... that the tax upon German industry as the result of this system must needs act as a tremendous handicap to the extension of German trade to other countries, and especially to the United States. This

Digitized by Google

fact would seem to explain why such elaborate exhibits of the German Government insurance should have been made at Chicago in 1893 and at the Louisiana Purchase Exposition at the present time (1904). It is readily conceded that the cost of this system is a tax upon production, and as long as other nations have not this burden to carry, the German efforts to extend their trade must needs be handicapped by the burden which is not placed upon the American manufacturer.« This line of argument, based on the assumption without any thought of its being questioned that insurance increases cost of production, shows the kind of argument which must be met in this country.

The Report of the Industrial Commission (1901, Vol. XVI, p. 229) seems to seek to prejudice the minds of Americans in advance of argument; for while it gives a very fragmentary and imperfect account of the German system, one of its writers adds: »Its whole theory, being based on paternalism, not to say State Socialism, is entirely foreign to American theories of government as well as legislation.« And (p. 231): »It seems needless to point out the necessary elaboration of this machinery or continual ticketing and billeting of a person, the needless requirements of certificates from doctors, hospitals, army officers etc., which would make the system quite insufferable to an American.«

7. The general attitude of trade unions toward government insurance is not yet entirely clear. The members of unions may be opposed to government insurance because it would interfere with the attractivness of their strike machinery. The unions induce men to join them partly by offering certain benefits in case of sickness and accident, and they do not separate one fund from another.

But already some of the leaders have expressed an opinion favorable to government insurance, since all workingmen would prefer this to insurance under absolute control of employers. Of this more at a later point.

Digitized by Google

Mr. John Mitchell, a very influential leader of miners, favors the formation of funds to secure insurance in case of sickness and old age, partly at cost of employers. (Industrial Commission Report, Vol. XII, p. 50.)

In view of all the reasons already cited, the present writer, who is profundly convinced that compulsory government insurance of workingmen would be economically advantageous and is morally obligatory, does not see sufficient ground for hope that the matter will be taken up very soon in our state or federal legislative bodies.

Yet events move with surprising rapidity with us, and action may be nearer than we suppose. Indeed we shall now indicate some facts which point in this direction. The writer was chairman of one of the Juries in the Department of Social Economy at the Louisiana Purchase Exposition of 1904 and observed the deep interest manifested by American visiters in the German exhibit of its insurance system and its scientific and humane care of wage workers in various industries. Various influential magazines and papers have recently published full and strong discussions of the whole subject. The Department of Labor in 1893 published a book prepared by Dr. John Graham Brooks, a very careful study of the German system; and Mr. W. F. Willoughby, an official of the federal government, has published (in 1898) a comparative view of the various methods introduced in European countries.

II. The Beginnings of a System of Insurance for Workingmen in the United States.

1. The quasi-public corporations have entered upon an experiment which already is worthy of study. The corporations which have a perpetual charter or very long franchises, especially railroad companies, have a great advantage over individual employers and small concerns which rapidly organize and dissolve. They can mark out a plan which must require

Digitized by Google

many years for its development, and they can command the service of a corps of trained accountants and administrators.

The most competent and brilliant managers of great enterprises of transportation, trade and manufacture, among the most able leaders of American society, seem to be reaching several important conclusions on this subject: 1. That something must be done, and at once, to relieve the more poorly paid laboring men from carrying the full weight of the burden of accident, sickness, old age and death of the breadwinner. 2. They see that this must not be left to chance charity or to collections taken up in shops and stores each time a man is incapacitated by injury or sickness. 3. They see that capable and continuous administrators must be in charge of the accounts of insurance schemes. 4. They are beginning to see and acknowledge the social obligation and duty of employers to wage workers, and this is vital to our argument. Mr. Andrew Carnegie has put himself on record distinctly on this point. 5. Some of the great companies have already carried their schemes beyond the point of uncertain experiment, and have proved that workingmen's insurance can be organized on a safe and scientific basis, since the average cost of premiums can be calculated and the funds economically handled.

The measures already taken are justified to the stockholders on the ground that they are financially self-supporting; that they diminish costly litigation, that they attach men to the service and make them more efficient and reliable; that the relief which must in any case be provided is given in this method more certainly, promptly and helpfully than in the old way of collections.

The Baltimore and Ohio Railroad was the first railway company in this country to organize an insurance department, in the form of the »Employés Relief Association«, May 1, 1880. The great Pennsylvania Railroad Company organized

Digitized by Google

the »Voluntary Relief Department« in 1886. In 1889 the Chicago, Burlington and Quincy Company, in cooperation with four other roads, organized a system similar to that of the Pennsylvania Company. The Philadelphia and Reading Railroad organized a relief service in 1888, and the Plant system in 1896. The space assigned to this paper does not permit me to give details, but they may be found in Mr. W. F. Willoughby's book: Workingmen's Insurance, and later figures are found in the Report of the Industrial Commission. In general it may be said: 1. That membership is, in most cases, nominally voluntary, but is really required as a condition of employment; and in the case of the oldest department membership is frankly required as a condition of securing employment. 2. The resources come in the main from payments of monthly premiums kept out of the wages on pay days, while the companies make a moderate contribution by meeting the expense of keeping the accounts. 3. Premiums are classified and graded by the amount of wages received by the employé, and sometimes by classes of risks, but not generally by age classes. 4. The benefits, measured by amounts of premiums paid, are given for accidents, sickness, death, and a beginning has been made with old age and invalidism pensions.

Mr. Willoughby's appreciation and criticism are worthy of note. In most respects these schemes are technically well organized. The adjustment of income to expenditure for premiums is accurate. The accounts are clearly and honestly kept. Obligations assumed have been promptly met, and the credit of the company is pledged to make good all expections. The division into wage classes serves the purpose of making expenses and benefits proportinate to the abilities and needs of the different classes of employés.

Mr. Willoughby thinks that in the adjustment of contributions the ages of the members have been too much disregarded, so that an inequitable and unreasonable burden is

Digitized by Google

laid upon the younger members. He also objects to the absence of provision found in some departments for protecting the rights of members who leave the employ of the companies This is expecially objectionable in case of old age pensions and death benefits, and such rights should not be forfeited. He recommends that separate accounts should be kept of death and disability funds. The expenses of administration are very low, as compared with those of private insurance companies, and a large part of this cost is carried by the companies.

The chief criticism is directed against the principle on which the premiums are paid: the employés pay the cost of insurance out of their own wages, whereas it is now generally acknowledged that the cost of accident insurance and part of the other kinds of insurance are normal items in the cost of operation of industry and should be paid by the employers just as they pay for repairs of machinery and buildings.

Objection is also made to the course of the employers who protest themselves against damage suits from the employés. If the men sue for damages in the courts they lose, in some cases, all rights to the indemnity fund, although it is made up from their own contributions.

It is sometimes said that the wage earners of this »free Republic« would never submit to a compulsory system of insurance. But here are actually many thousands of intelligent workingmen who do submit, not always without murmuring, to a system of insurance which is practically compulsory, since the employing corporation makes membership a condition of securing employment, but gives no voice in control. Under a system of government insurance the workmen would have a voice as voters, and would be represented in the administration.

2. Passing notice should be given to the »industrial insurance companies«, which are private corporations doing an

Digitized by Google

enormous business among the wage earners of our cities. These companies have made a positive contribution to the movement under consideration. 1. They have shown that our workingmen are eager to secure insurance and are willing to pay vast sums and high rates of premiums to obtain a very modest indemnity. 2. That the systematic collection of premiums is a school of thrift, family affection and morality. 3. That this method of collection of premiums is exceedingly costly in proportion to the returns.

These companies do a certain amount of regular life insurance business, but they do not touch the problem now before us, accident, sickness, old age and unemployment insurance. According to their own authorized statements they are chiefly engaged in providing funds for burial ceremonies.

»The primary object of Industrial Insurance is to provide for the burial expenses in the event of death, against the possible necessity of a pauper burial or the burden of a non-productive debt, likely to prove a serious hindrance for many years to the surviving families.« And there is no doubt that the recent relative decrease of pauper burials in this country is largely due to the extension of industrial insurance. Mr. Hoffman states the ordinary expenditures for life insurance: »Families with an income of less than $ 500 expend about $ 14·20 per annum; families with an income of from $ 500 to $ 1000 expend $ 18·60.« (Handbook and Reference Guide, published by the Prudential Company, 1904, p. 89.)

In the case of children the sum insured does not on the average pay all the cost of burial, the claim payment being $ 30 and the average funeral expenses being $ 40. To this must be added the cost of medical care. In the case of adults, especially among those whose wages are high, the claim payment leaves a modest balance after funeral expenses are paid; the average claim payment being $ 154 and the burial costs being $ 74.

Digitized by Google

The cost of insurance may be illustrated by these figures: ordinary life insurance at the age of 40 years costs $ 34·60 per $ 1000, while industrial insurance costs $ 52·00 per $ 1000. In 1900 eleven companies doing industrial insurance had in force 10,026.442 policies securing claim to $ 1.290,436.355. The average policy of the Prudential Company in 1899 was $ 114·22, while in 1876 it was only $ 92·00.

(History of the Prudential Insurance Company, by F. L. Hoffman, 1900.)

3. Mutual Benefit Societies.

In all our cities, among poor immigrants, as Bohemians and Israelites, there are many small and ephemeral clubs and associations whose members pay a small weekly fee to form funds for times of sickness, confinement, death. They are useful on a small scale, but they are pathetically weak and insecure and they suffer from the swift changes in the lives of immigrants.

The so-called »Benevolent Societies«, with their religious rituals, both Catholic and secular, have organized insurance funds. But they rarely reach the unskilled workmen, and are confined mostly to fairly well paid clerks, mechanics, teachers and others. It is probable that they might serve as a basis for a very complete system of sickness and accident insurance, with some death benefit, if they were properly regulated by State administrative commissioners and placed upon a sound actuarial foundation. At present they are not very important for our subject.

4. Trade Unions.

The labor organizations of the United States are not so old nor so thoroughly developed as those of England. Even in England the primary purpose of unions is not to provide insurance, but to secure higher wages, shorter hours, better treatment and conditions, and to maintain a solid organization for collective bargaining. They have found that funds for

Digitized by Google

sickness, disability, unemployment, and death benefits help to hold the members more compactly together and offer inducements to new members to join. Members hesitate to leave the unions because they will thus forfeit claims to the funds, and this fear is a means of discipline.

Some of the essential facts about trade unions in the United States are these. There are nearly 40 national organizations, out of a total of less than 100, which pay death benefits from national funds. A few have separate organizations which do a mutual insurance business for the members of the union, but rarely upon a secure actuarial basis. In most unions the benefit paid is low. A few unions in well paid industries have life insurance of from $ 750 to $ 5000; but generally the benefit paid is from $ 50 to $ 200.

One of the most thoroughly organized systems is that of the Cigar Makers' International Union, established in 1864. In 1896 it had 28.700 members. It keeps all its premiums in one common fund. During the 5 years 1891—1895 the average dues paid by members, not including special assessments, was $ 12·15. The benefits paid are for strike support, sickness, death, travelling, out-of-work.

Report of the Industrial Commission, 1901, Vol. XVII, pp. XXXVIII—XLII.

S. and B. Webb: Industrial Democracy.

W. F. Willoughby: Workingmen's Insurance, p. 318.

Sick benefits. — This very general form of insurance is established in about 12 trades. The amounts generally paid are $ 4 to $ 5 dollars per week. The time during which benefits are paid is often 13 weeks. Occasionally a membership of 6 months is required before benefits may be drawn. A few pay benefits for disability from accident, but disability from sickness does not secure benefits.

Permanent disability funds are paid by only a small number of unions.

Digitized by Google

Superannuation fund. This substitute for old age pensions is very common in England, but is almost unknown in the United States. In 1900 the unions of Pattern Makers and the Brotherhood of Carpenters adopted regulations providing for this form of insurance, but the fund will not be large enough to draw upon for several years.

Unemployment. — The first elements of a system of insurance against unemployment are found in the schemes of »out-of-work« benefits paid by unions to prevent their members when thrown temporarily out of work from offering their labor at rates of wages lower than the standard, as men are sorely tempted to do under such circumstances. American unions are here also behind those of England. Only two of them support unemployed members from national funds. Local unions often assist their discharged members for a time even if the national funds are not taxed. It is reasonable to hope that in the future a rational system of unemployment insurance may grow out of these experiments.

The Industrial Commission summed up the situation in this language: »The payments to be made by the union depend upon its current rules, and those rules may at any time be changed. The scale of contributions and benefits may at any time be altered, even to the extent of abolishing benefits altogether. After a man has for years made his contributions on a high scale, the benefits which he has helped to pay for others may thus be cut off, by vote of the members, from him and his heirs. Even if the rules are not altered, one who has contributed to the sick and death funds for a lifetime may at any moment be expelled and forfeit all claim, for reasons quite unconnected with insurance against death or against sickness. Moreover, if the union has accumulated a fund, presumably available for the payment of insurance liabilities, it may at any moment be dissipated in the support of a strike.« And Mr. Willoughby says: »Little attempt is made to establish

Digitized by Google

a scientific relationship between the contributions demanded and the probabilities of charges resulting from sickness and death« (p. 324).

5. Employers' Liability and Compensation of Workmen.

It is with reluctance that the writer relates the condition of our laws in the United States on this subject. They illustrate the general tendency of conservatism natural among us, the disposition to cling to laws which have been well adapted to conditions in the past even though the conditions now are radically different. It is almost impossible for a workingman under our laws to secure adequate compensation for injuries in industry. While his case is before the lower court it is true that a jury will generally decide against the rich man or corporation and award a heavy sum for damages, often an unreasonable amount. But the case is usually carried up to a higher court and subjects the workman to a tedious and costly process which he rarely has mean to prosecute. At every point the law requires the workman to bear the burden of proof, and to show beyond reasonable doubt that the employer has been criminally negligent, a fact which is seldom possible to prove. Generally the agent or lawyer of the corporation will hasten to the injured man and offer to pay him a paltry sum in cash to induce him to sign a paper releasing the employer from all legal liability for further payments and promising not to bring suit.

To their credit it should be said that many, perhaps most, of our employers are better than the law requires them to be, and furnish surgical and medical aid, hospital service and temporary assistance, although there is no legal right. Railroad companies often furnish some simple employment to a mutilated servant who has been incapacitated for regular work by some accident. But all this is a matter of irregular, uncertain and humiliating charity, and is not based on any reliable and legal claim. Employers who are not charitable simply discharge

Digitized by Google

the old servant, let him drift into the poor house, and public sentiment does not charge him with cruelty. In fact unless we have a general law on the subject there are few employers who could afford to adopt any principle of responsibility in this matter.

The passage of the English Act making compensation by the employer compulsory has begun to have a little influence in this country, on opinion though not on legislation. The principle of the English law is resisted firmly in business circles, or ignored. Mr. Willoughby well says: »It would be difficult to think of another field of social or legal reform in which the United States is so far behind other nations.«

The Final Report of the Industrial Commission expresses an opinion which will probably have some influence in the future, if the trade unions urge it before state legislatures (Vol. XIX, p. 939): »The decisions of the courts under the common law, while confused and conflicting, usually are against the workingmen, and the difficulty of litigation is so great that comparatively few injured employés ever secure any compensation. Since industries are carried on under practically the same conditions as in Europe it is rational to expect an increasing recognition of the principle of industrial risk as against personal responsibility with regard to compensation of accidents. Probably no such complete scheme of compulsory insurance of workingmen by their employers could be introduced here, under present conditions, as the German plan, but legislation after the English model does not seem out of reach.« Of course if the employers were held legally responsible for compensation of accidents they would immediately form insurance companies to equalize the risk and guarantee payments of indemnities, just as they now do to evade the claims of workingmen. For the employers have very generally already adopted the methods of insurance against accident to workmen, but it is against and not in favor of the

Digitized by Google

interest of the workingmen. It is a very common practice of employers to pay a regular premium to certain insurance companies which issue policies protecting them against loss from damage suits. If an injured man enters suit the insurance company is notified to settle the matter and the employer is quite free. »In five years, 1894—1898, ten companies received $ 19, 401, 511 in premiums, and paid out in losses $ 9, 382. 689 that is, the losses paid amounted to less than half the premiums paid.« This would seem to show that under a government insurance plan the employers could as easily insure in favor of their men as they now insure against them. The figures help us to show the economic basis for a future rational system of accident insurance. (Report of Industrial Commission, Vol. VII, p. 78.)

6. Precedents for governmental insurance. It is well known that our federal government has adopted and carried out the most liberal and costly system of pensions for its old soldiers which the civilized world knows. Both national and state governments act upon the purpose to see that no person who has ever fought for the nation's life shall become an object of charity or lack a comfortable shelter in old age. It is true that the administration of this expenditure has at times been marked by abuses and extravagance, but the underlying principle has the support of the entire nation.

The municipal governments have long since introduced and are gradually extending their pension funds for disabled and aged employés, as firemen and policemen. In some cities already the teachers of the public schools, with more or less aid from the municipalities, are building up pension funds.

Thus it would seem from the example of both federal and local governments, that such measures are not at all universally regarded as »un-American, paternalistic, socialistic«, etc., words which are often pure invectives and supply neither facts nor reasons for argument.

Digitized by Google

7. Administrators and students of public and private charity are driven to the consideration of workmen's insurance by the facts which are forced upon their daily attention. It is a matter of common observation among charity workers that men who have always been sober, industrious and frugal have been cast upon charity for relief or support in consequence of disability due to accident or disease, which were themselves caused by conditions in the place of employment, and not at all by their own misconduct. Many aged persons have lost their little savings by the failure of a private bank where they had deposited their money, or by the bankruptcy of some corporation in whose stocks or bonds they had invested. The country has had the advantage of their patient and productive labor during their earning years, and they have endured pain and risked their lives as truly as soldiers, and at last they have been compelled to resort with vagabonds and decayed criminals in common county poor houses. These cases are so frequent that the charitable societies are adopting a regular system of securing pensions for such persons from private gifts, but only a few of the most worthy cases can thus be helped.

The National Conference of Charities and Corrections, which is composed of representatives of public and private charity throughout the United States and Canada, in 1901 appointed a commission of seven members, the writer being chairman, to study the whole subject of the relations between relief and insurance, and their first provisional report will be given in 1905. Since the appointment of that Commission the subject was discussed in Scotland in 1904 at the International Home Relief Congress, and in October 1905 the subject is one of five themes to be discussed by the International Congress of Public and Private Assistance, at Milan.

(The important recent book of Dr. E. T. Devine, Principles of Relief, shows in many places the fact that insurance,

Digitized by Google

if made general and placed on a secure foundation, would reduce public and private relief in the United States to a very small sum.)

It has been urged in the United States to the prejudice of government insurance that it is merely another form of public relief disguized as insurance, and that all who receive its benefits would be paupers and degraded in character. But some of us are making this reply, that insurance is radically different from charitable relief: 1. Insurance requires the co-operation of workingmen in the payment of premiums, and thus cultivates a habit of thrift and frugality and foresight. 2. In the case of accident insurance the premiums are justly a part of the industrial risk and ought not to be paid by the employé. 3. That a part of the sickness premium may well be met by employers and the community, and hospital sanitary and other helps be provided by the community, because the causes of sickness are not all in the conduct of individuel workmen, but in the ignorance or neglect of the people. No part of the system rests on charity, all on justice and public interest.

Digitized by Google

Digitized by Google

INTERNAT. ARBEITERVERSICHERUNGS-KONGRESS
7. Tagung. — Wien. — 17. bis 23. September 1905.

GESCHICHTE
DER
ÖSTERREICHISCHEN ARBEITERVERSICHERUNG
SEIT DEM JAHRE 1889
MIT
BESONDERER BERÜCKSICHTIGUNG DES NEUEN GESETZENTWURFES
VON

UNIVERSITÄTSPROFESSOR DR. MAX LAYER.

Die österreichische Arbeiterversicherungsgesetzgebung war im Jahre 1889 vorläufig abgeschlossen, die 3 Hauptgesetze, das Unfallsversicherungsgesetz vom 28. Dezember 1887, R.-G.-Bl. 1 ex 1888, das Krankenversicherungsgesetz vom 30. März 1888, R.-G.-Bl. 33, und das Bruderladengesetz vom 28. Juli 1889, R.-G.-Bl. 127, erlassen.

Diese 3 Gesetze bilden auch heute noch in allen wichtigen Punkten die Grundlage des österreichischen Arbeiterversicherungsrechtes. Nur verhältnismäßig wenige Abänderungen und Ergänzungen sind durch spätere Gesetze beigefügt worden, nämlich:

1. Die bedeutendste Modifikation hat das Unfallversicherungsgesetz erfahren durch die Novelle vom 20. Juli 1894, R.-G.-Bl. 168.
2. Das Krankenversicherungsgesetz hat ebenfalls eine einzige Abänderung erlitten u. zw. bald nach seinem Inkrafttreten durch die Novelle vom 4. April 1889, R.-G.-Bl. 39.
3. Zahlreicher sind die Novellen zum Bruderladengesetz, nämlich:
   a) Gesetz vom 17. Januar 1890, R.-G.-Bl. 14, betreffend die Schiedsgerichte und die Verwaltung des Zentralreservefonds.

Digitized by Google

b) Gesetz vom 30. Dezember 1891, R.-G.-Bl. 3 ex 1892 (Übergangsbestimmungen).

c) Gesetz vom 17. September 1892, R.-G.-Bl. 178, betreffend die Abänderung des Bruderladengesetzes, insbesondere Modifikationen der Bestimmungen über die Sanierung der bestehenden Bruderladen enthaltend.

4. Als Ergänzung der Arbeiterversicherungsgesetze ist endlich anzuführen das Gesetz betreffend die registrierten Hilfskassen vom 16. Juli 1892, R.-G.-Bl. 202, dem deutschen Hilfskassengesetze nachgebildet, aber mit dem merkwürdigen Unterschiede, daß dort das Hilfskassengesetz eine Vorstufe und Vorarbeit zu den allgemeinen Versicherungsgesetzen bildete, hier aber denselben als Ergänzung nachfolgte, daher dessen Wirkung überhaupt, speziell aber für die Lohnarbeiter eine sehr geringfügige geblieben ist.

In gewisser Beziehung könnte hier auch die Gewerbegesetznovelle von 1897 erwähnt werden, welche die Krankenversicherung der Kleingewerbetreibenden fördert und einen Versicherungszwang (auf Grund Beschlusses der autonomen Körperschaft) für die einer Genossenschaft angehörigen selbständigen Gewerbetreibenden ermöglicht.

Die Entwicklung der Arbeiterversicherung ist somit in Anbetracht der Geringfügigkeit der fortbildenden Gesetzgebung seit ihrer Einführung nur in geringstem Maße eine Entwicklung der Gesetzgebung, vielmehr wesentlich eine rein innere Entwicklung innerhalb der geschaffenen Normen. Diese Entwicklung ist in erster Linie eine ökonomische, bedingt durch das intensivere Einleben der Institutionen und die Steigerung der Wirkungen infolge des natürlichen Anwachsens der beteiligten Personenkreise, in zweiter Linie eine juristische, bedingt durch die festere Ausprägung der Rechtsbegriffe und Rechtsverhältnisse durch die Judikatur der Zentralstellen, insbesondere des Verwaltungsgerichtshofes, endlich eine administrative, insoweit in der Tätigkeit der Verwaltungsorgane nicht bloß

Digitized by Google

eine Anwendung des Gesetzes, sondern eine Fortbildung der Institute im Sinne einer Vervollkommnung der Einrichtungen innerhalb der gesetzlichen Schranken gelegen ist.

Weiters aber bestand eine wichtige Aufgabe der Regierung darin, den künftigen Ausbau der Arbeiterversicherung vorzubereiten, zu diesem Behufe das gesamte Erfahrungsmaterial zu sammeln und zu prüfen und schließlich die Initiative zur Reform zu ergreifen. In dieser Hinsicht sind außer der fortlaufenden Verarbeitung und Evidenthaltung des aus den statistischen Nachweisungen der Versicherungsinstitute und den Berichten der beteiligten Faktoren sich ergebenden Materiales insbesondere die beiden großen von der Regierung veranstalteten schriftlichen und mündlichen Enquêten (Unfallversicherungs-Enquête 1895 und Krankenversicherungs-Enquête 1897) hervorzuheben, welche eine Fülle von Beschwerden, Wünschen und Anregungen ergaben. Wenn auch die wohltätigen Wirkungen der Arbeiterversicherungsgesetze von keiner Seite verkannt wurden, so haben sich gleichwohl nicht nur Mängel der bestehenden Gesetze gezeigt, sondern auch der Stillstand der Gesetzgebung selbst ist als Mangel empfunden worden. Das Prinzip der Zwangsversicherung hat keine nennenswerte Opposition hervorgerufen, vielmehr hat sich der lebhafte Wunsch nach weiterer Ausgestaltung der Versicherungsgesetzgebung auf Grund des Versicherungszwanges geäußert. Vor allem ist die Ergänzung der heute wesentlich auf Kranken- und Unfallversicherung beschränkten Arbeiterversicherung in Österreich durch Einführung einer gesetzlichen Alters- und Invalidtätsversicherung nicht nur ein Postulat der Arbeiterschaft, sondern ein fast allgemeiner, in zahlreichen Petitionen und Resolutionen vertretener Wunsch und ein Programmpunkt der volkstümlichen politischen Parteien geworden.

Als ein Vorläufer auf diesem Gebiete kann der von der Regierung im Jahre 1901 dem Reichsrate vorgelegte Entwurf eines Gesetzes „betreffend die Pensionsversicherung der in

Digitized by Google

privaten Diensten und einiger in öffentlichen Diensten Angestellten" gelten, welcher aber über die Ausschußberatungen im Parlamente nicht hinaus gelangt ist.

Mittlerweile aber hat die Regierung unter dem Einflusse der öffentlichen Meinung die Reform und Ergänzung der Arbeiterversicherung in Angriff genommen und einen umfassenden Gesetzentwurf ausgearbeitet, dessen Einbringung, schon im Jahre 1900 angekündigt, sich aber unter der Ungunst der parlamentarischen Verhältnisse verzögerte. Am 9. Dezember 1904 endlich wurde derselbe beiden Häusern des Reichsrates vorgelegt und der Öffentlichkeit übergeben. Er nennt sich lediglich ein „Programm für die Reform und der Ausbau der Arbeiterversicherung", stellt sich aber als ein vollständiger durchgearbeiteter Gesetzentwurf dar, welcher bestimmt ist, an Stelle der bisherigen Versicherungsgesetze zu treten und damit eine neue Epoche in der Entwicklung der österreichischen Arbeiterversicherung einzuleiten.

Im folgenden sollen die bisherige Entwicklung der Arbeiterversicherung und die Hauptgrundsätze des Entwurfes, insoweit sie sich als das vorläufige Endglied der Entwicklung darstellen, nach den wesentlichen Gesichtspunkten: Versicherungszweige, Kreis der versicherten Personen, Organisation, Leistungen und Finanzgebahrung, soweit es der verfügbare Raum gestattet, skizziert werden.

I. Die Versicherungszweige.

Bekanntlich sind dermalen als selbständige Versicherungszweige nur die Kranken- und Unfallversicherung allgemein gesetzlich geregelt. Nur für die Bergarbeiter hat auch die neuere Reformgesetzgebung das alte Institut der Provisionsversicherung aufrecht erhalten, welche eine Invaliditäts-, Alters-, Witwen- und Waisenversicherung mitumfaßt. Dafür entbehren aber die Bergarbeiter — obgleich einer der gefährlichsten Berufe — einer eigentlichen und besonderen Unfallsversicherung, denn die

Digitized by Google

Entschädigung wegen eines Betriebsunfalles bildet nur einen Fall der Provisionierung. Im übrigen ist eine Pensionsversicherung (Alters-, Invaliditäts- und Witwenversorgung) wohl auch für die Bediensteten der Staatseisenbahnen und der meisten Privat-Eisenbahnen, desgleichen auch bei manchen anderen größeren Unternehmungen auf dem Boden der Freiwilligkeit verwirklicht, doch kommen diese Institute großenteils nur den höher entlohnten, Beamtencharakter besitzenden Individuen zu Gute, reichen aber in die große Masse der eigentlichen Lohnarbeiter nicht hinab.

Der neue Regierungsentwurf will nun eine Alters- und Invaliditätsversicherung nebst einer Versicherung von Kapitalbeträgen (Abfertigungen) für Witwen und Waisen auf breitester Grundlage als gesetzliche Zwangsversicherung einführen. Darin liegt die bedeutendste materiell-rechtliche Neuerung des Entwurfes gegenüber dem jetzigen Rechtszustande und der größte sozialpolitische Fortschritt, den der Entwurf verheißt.

II. Der Kreis der versicherten Personen.

A. Unfallversicherung.

Die Bedeutung der Unfallversicherung und ihre Entwicklung ist aus den folgenden Daten über die Zahl der in die Versicherung einbezogenen Betriebe und Personen ersichtlich:

Zahl der Betriebe, der versicherten Personen und der Lohnsummen.

Im Rechnungsjahre	Zahl der Betriebe (zu Ende des Jahres)			Zahl der versicherten Personen (Durchschnitt des Rechnungsjahres)			Lohnsumme in Millionen Kronen		
	gewerbliche Betriebe	landwirtschaftliche Betriebe unter Verwendung von Motoren	zusammen	gewerbliche Betriebe	landwirtschaftliche Betriebe unter Verwendung von Motoren	zusammen	gewerbliche Betriebe	landwirtschaftliche Betriebe unter Verwendung von Motoren	zusammen
1890	53.193	78.133	131.326	893.324	338.494	1,231.818	470·52	3·36	473·88
1894	66.690	125.336	192.026	1,124.675	473.729	1,598.404	641·96	7·92	649·88
1898	91.651	154.399	246.050	1,651.040	549.072	2,200.112	1.065·36	8·86	1.074·22
1902	103.114	255.203	358.317	1,722.925	812.592	2,535.517	1.204·87	10·84	1 215·74

Digitized by Google

Hiezu ist zu bemerken, daß seit dem Inslebentreten des Unfallversicherungsgesetzes durch die Novelle vom 20. Juli 1894 eine Erweiterung des gesetzlichen Kreises der versicherungspflichtigen Personen bewirkt wurde. Die Novelle hat zirka 200.000 Personen in die Unfallversicherung einbezogen, wovon nahezu die Hälfte auf die Eisenbahnbetriebe entfällt. Auch seither hat sich im großen Ganzen immer noch das Bestreben auf Ausdehnung der Versicherung geltend gemacht, vor allem in den Kreisen der radikalen Arbeiterschaft, welche in ihr Programm die Einbeziehung sämtlicher in Lohn- oder Gehaltsbezug stehenden Personen, eventuell auch der Kleingewerbetreibenden aufgenommen hat. Hand in Hand damit geht der Wunsch, den Begriff des „Betriebsunfalles" zu erweitern, beziehungsweise ganz fallen zu lassen und jeden Unfall als entschädigungsbegründend anzuerkennen. Teilweise sind diese Bestrebungen, der Unfallversicherung eine möglichst große Ausdehnung zu geben, wohl auf den bisherigen Mangel einer Invaliditätsversicherung zurückzuführen.

Der Entwurf hat mit Rücksicht auf die Einführung der Invaliditätsversicherung jenen Ausdehnungsbestrebungen nicht Rechnung getragen, sondern ist vielmehr von der Tendenz beherrscht, die Unfallversicherung lediglich zu einer Spezialversicherung für Betriebe mit besonderem professionellen Risiko zu gestalten.

In einem Punkte ist sogar eine bedeutende Reduktion des Kreises der versicherten Personen geplant und zwar durch Ausschluß der bisher versicherungspflichtigen landwirtschaftlichen Motorenbetriebe. Damit kommt der Entwurf einem Wunsche der Unfallversicherungsanstalten (sowie der Industriellen) entgegen, für welche die große Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe mit vergleichsweise hoher Unfallsgefahr und einer verhältnismäßig geringen Zahl kontinuierlich beschäftigter Arbeiter eine bedeutende Belastung, namentlich in finanzieller Beziehung, bildete.

Digitized by Google

Dafür sollen die Bergarbeiter in die allgemeine Unfallversicherung einbezogen und den anderen unfallversicherten Personen gleichgestellt werden.

Es erübrigt beizufügen, daß die freiwillige Versicherung gegen Betriebsunfälle, die erst durch die Novelle von 1894 eingeführt wurde, eine große praktische Bedeutung nicht erlangt hat. Im Entwurfe ist die gesetzliche Berechtigung zur freiwilligen Versicherung nur teilweise aufrecht erhalten, der Hauptsache nach aber der statutarischen Regelung überlassen.

B. Krankenversicherung.

Über die Zahl der krankenversicherungspflichtigen Personen nach dem geltenden Gesetze und deren Anwachsen gibt nachstehende Tabelle Auskunft:

Gebahrungsjahr	Durchschnittliche Zahl der Mitglieder überhaupt	Davon waren versichert bei					Von den in Spalte 2 ausgewiesenen Mitgliedern waren weiblichen Geschlechtes
		Bezirks-	Betriebs-	Bau-	Genossenschafts-	Vereins- (registr. Hilfskassen)	
		Krankenkassen					
1890	1,548.825	550.606	505.642	663	230.578	261.336	338.895
1894	1,940.985	740.835	549.494	3.479	326.900	320.277	429.855
1898	2,349.746	976.668	627.886	1.300	348.028	395.864	504.184
1902	2,595.474	1,098.005	655.778	5.210	377.751	458.730	572.576
Durchschnitt 1890/1902	2,131.059	846.032	590.725	1.763	330.298	362.241	467.821
in Prozenten	100%	39·7%	27·7%	0·1%	15·5%	17·0%	22·0%

Der gesetzliche Kreis der versicherten Personen hat wesentliche Änderungen nicht erfahren. Die Unfallversicherungsnovelle hat indirekt eine Erweiterung des Personenkreises bewirkt, da die durch die Novelle unfallversicherungspflichtig erklärten Personen nunmehr auch krankenversicherungspflichtig wurden, soferne sie es aus einem anderen Titel nicht bereits waren. Sonst ist nur zu erwähnen die Einbeziehung der aus Staatsmitteln entlohnten provisorischen und Aushilfsdiener durch Verordnung des Gesamtministeriums vom 5. Februar 1900.

Digitized by Google

Auch auf dem Gebiete der Krankenversicherung sind Bestrebungen nach Ausdehnung der Versicherungspflicht auf weitere Kreise hervorgetreten, insbesondere auf Einbeziehung der land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter, der Dienstboten, der Hausindustriellen, der Seeleute, der Diurnisten und staatlichen Hilfsbeamten, endlich auch der Kleingewerbetreibenden. Im Zusammenhange damit stehen die Wünsche auf Reduzierung oder gänzliche Aufhebung der besonders in den ersteren Jahren sehr zahlreich von der Verwaltung auf Grund ihrer gesetzlichen Ermächtigung erteilten Befreiungen von der Krankenversicherungspflicht. Dagegen hat sich insbesondere der ärztliche Stand gegen die Erweiterung der Krankenversicherung, vor allem auf ökonomisch günstiger gestellte Personenkreise ausgesprochen und — was übrigens auch von anderer Seite befürwortet wurde — die Beschränkung der Versicherungspflicht auf Personen unter einem gewissen Maximaleinkommen verlangt.

Der Entwurf ist bestrebt, diesen Wünschen tunlichst gerecht zu werden, und der leitende Gedanke, Kranken- und Invaliditätsversicherung auf die breiteste Basis zu stellen, kommt in dem in § 2 formulierten Prinzipe zum Ausdruck, wonach der Kranken- und Invaliditätsversicherung „alle im Geltungsgebiete des Gesetzes beschäftigten Personen unterliegen sollen, welche auf Grund eingegangener Arbeits-, Dienstes- oder Lohnverhältnisse nicht in eigenen Betriebsstätten Arbeit oder Dienste gegen Entgelt verrichten“. Dagegen sollen von beiden Versicherungszweigen Personen ausgenommen sein, die im Monats- oder Jahresgehalte stehen, wenn ihre Bezüge monatlich 200 Kronen oder jährlich 2400 Kronen übersteigen. Freilich sind auch noch andere Ausnahmen statuiert — noch mehr für die Invaliden- als für die Krankenversicherung — z. B. hinsichtlich der vorübergehend Beschäftigten, der in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben Beschäftigten, welche nicht unter die Dienstboten- oder Gesindeordnungen fallen usw., Ausnahmen, die sozialpolitisch nicht unbedenklich sind.

Digitized by Google

Immerhin berechnen die Erläuterungen zum Entwurfe die Zahl der in diese Versicherungszweige einbezogenen Personen auf zirka 5·2 Millionen, was gegenüber der dermaligen Zahl der krankenversicherungspflichtigen Personen von rund 2·7 Millionen eine gewaltige Vermehrung bedeuten würde.

Eine besondere Förderung der freiwilligen Krankenversicherung — die sich bisher in sehr bescheidenen Grenzen bewegte — liegt dem Entwurfe fern, mit Ausnahme der Versicherung der Familienangehörigen, welche der Entwurf zu begünstigen und in besondere rechtliche Formen zu bringen bestrebt ist. Dagegen soll die freiwillige Invaliditäts- und Altersversicherung gefördert werden und ist einer Reihe von Personenkategorien ein Recht zur Versicherung eingeräumt, ferner ein Recht zur sogenannten Fortversicherung, das ist der freiwilligen Fortsetzung des Versicherungsverhältnisses nach Wegfall der Versicherungspflicht.

C. Versicherung der Bergarbeiter (Bruderladen).

Der Kreis der versicherten Personen ist hier ein von vorneherein beruflich geschlossener und hat eine prinzipielle Änderung seit dem Bruderladengesetze nicht erfahren. Die Vermehrung der Zahl der Versicherten ist ausschließlich dem natürlichen Zuwachse im Berufszweige zuzuschreiben. Die Daten der verschiedenen Jahre sind übrigens hier nicht dermaßen vergleichbar, da die Umbildung der Bruderladen nach dem neuen Gesetze nur sukzessive vor sich gegangen und bis heute nicht vollständig beendet ist.

Im Jahre 1901, dem letzten, für welches die amtliche Statistik vorliegt, betrug die durchschnittliche Zahl der Mitglieder der Bruderladenkrankenkassen 178.492 gegen 166.650 im Vorjahre. Bedeutend ist hier die auf alter Übung beruhende und durch die neue Gesetzgebung nicht alterierte freiwillige Versicherung der Familienangehörigen und der Provisionisten. Die Zahl dieser freiwilligen Mitglieder betrug Ende des Jahres 1901 188.113 gegen 177.192 im Vorjahre.

Digitized by Google

Provisionsversichert waren im Jahre 1901 durchschnittlich 167.717 vollberechtigte aktive Montanarbeiter gegen 160.732 im Vorjahre.

Die wesentliche Verschiebung in der Versicherung der Bergarbeiter nach den Bestimmungen des Entwurfes wurde bereits erwähnt und wird darauf noch zurückgekommen werden.

III. Die Organisation.

Die Besonderheit der Organisation der öffentlichen Arbeiterversicherung beruht auf der Doppelnatur der Zwangsversicherung, welche zugleich Versicherung und öffentliche Verwaltung ist. Darnach haben die Versicherungsinstitute den Charakter von Selbstverwaltungskörpern, wobei in der Unfallversicherung mehr der staatsanstaltliche, in der Krankenversicherung und bei den Bruderladen mehr der genossenschaftlich-korporative Charakter hervortritt. Im übrigen ist die Organisation mit Rücksicht auf die Verschiedenheit der Versicherungszweige für die einzelnen Versicherungsgebiete wesentlich verschieden gestaltet und hat auch die Entwicklung eine wesentlich verschiedene Richtung genommen. Aber die fast gänzlich unabhängige Organisation, ungeachtet des faktischen Zusammenhanges der Versicherungszweige, hat sich, abgesehen von anderen Übelständen, als ein Mangel erwiesen, zu dessen Behebung verschiedene Reformvorschläge aufgetaucht sind und dessen gründliche Sanierung einen der wesentlichsten Programmpunkte des Entwurfes bildet.

A. Unfallversicherung.

Die Organisation der österreichischen Unfallversicherung beruht bekanntlich auf dem Territorialprinzipe. Mit dem Inslebentreten des Gesetzes wurden für das ganze Staatsgebiet 7 territoriale Anstalten errichtet, deren Zahl und Umfang seither eine Änderung nicht erfahren hat. Von den übrigen durch das Gesetz bedingungsweise zugelassenen Versicherungsinstituten hat große Bedeutung nur die berufsgenossenschaftliche

Digitized by Google

Unfallversicherungsanstalt der österreichischen Eisenbahnen erlangt, welche seit dem Ausdehnungsgesetze von 1894 die größte Anstalt hinsichtlich der Mitgliederzahl geworden ist.

Das herrschende Territorialprinzip hat zwar manche Anfechtung von Seite gewisser industrieller Gruppen erfahren, welche für die Einführung des deutschen berufsgenossenschaftlichen Organsationsprinzipes eingetreten sind, allein die maßgebenden Faktoren und die öffentliche Meinung hat an ersterem festgehalten und wurde von mancher Seite sogar die Aufhebung aller anderen Versicherungsinstitute außer den territorialen Anstalten befürwortet.

Obgleich von sehr verschiedenem Umfange und Mitgliederzahl können die bestehenden Anstalten immerhin als leistungsfähige Versicherungsinstitute gelten. Weniger hat sich die Organisation in administrativer Beziehung bewährt; insbesondere hat sich der Mangel dezentralisierter Lokalorgane als organisatorischer Fehler erwiesen, der bedeutsame Übelstände im Gefolge hatte, vor allem auf dem Gebiete der Beitragserhebung. In der Zentralisation haben die politischen Behörden mit der einheitlichen Spitze im Ministerium des Innern wohl in mancher Beziehung ihren Einfluß auf die Anstalten im Sinne einer einheitlichen Gebahrung geltend gemacht und die Anstalten selbst waren bestrebt, durch die seit 1890 ins Leben gerufenen gemeinsamen Konferenzen die Befolgung einheitlicher Grundsätze anzubahnen, aber diese Einrichtungen vermochten nicht eine teilweise verschiedene Praxis in wichtigen Belangen zu beseitigen.

Am schwerwiegendsten aber hat sich der Mangel einer einheitlichen Oberinstanz bezüglich der der Judikatur der politischen Behörden entzogenen Streitigkeiten über Unterstützungsansprüche fühlbar gemacht, da die hiefür kompetenten immer in erster und letzter Instanz entscheidenden Schiedsgerichte der einzelnen Anstalten in grundlegenden Fragen eine verschiedene Rechtsanwendung bis auf den heutigen Tag geübt haben.

Digitized by Google

B. Krankenversicherung.

Ein ganz anderes Bild weist die Organisation der Krankenversicherung auf. Begreiflicher Weise ist die Zahl der Versicherungsinstitute ungleich größer als auf dem Gebiete der Unfallversicherung. Außerdem aber herrscht hier eine bunte Vielheit von Kassenkategorien. Nachstehende Tabelle gibt eine Übersicht über die Zahl der Kassen und die Bewegung in deren Bestande:

Gebahrungsjahr	Durchschnittliche Zahl der Kassen	Davon waren				
		Bezirks-	Betriebs-	Bau-	Genossenschafts-	Vereins-*)
		Krankenkassen				
1890	2.660	545	1.427	3	632	53
1894	2.879	556	1.404	8	809	102
1898	2.908	569	1.353	4	855	127
1902	2.889	558	1.293	9	867	162
Durchschnitt	2.862	559	1.376	5	807	115
1890—1902 in Prozenten	100%	19·5%	48·1%	0·2%	28·2%	4·0%

*) Einschließlich der reg. Hilfskassen.

Das Gesetz anerkannte ursprünglich einschließlich der Bruderladenkrankenkassen 6 verschiedene Kategorien (Bezirks-, Betriebs-, Bau-, Genossenschafts-, Vereins- und Bruderladen-Krankenkassen). Durch das Hilfskassengesetz von 1892 ist eine 7. Kategerie hinzugekommen und die Praxis hat noch eine 8. ausgebildet, die sogenannten Lehrlingskrankenkassen, welche zwar mit den anderen Kategorien juristisch nicht auf eine Stufe zu stellen sind, aber nach Entstehung und Einrichtung gleich jenen wirken. Die Dezentralisation ist hier in Zersplitterung ausgeartet. Viele Krankenkassen sind zu klein um leistungsfähige Versicherungsinstitute darzustellen und die Vielheit der Kategorien kompliziert die Verwaltung um so mehr, als für die einzelnen Kategorien ungeachtet der Gleichheit ihrer Zwecke

Digitized by Google

und Aufgaben teilweise verschiedene Normen gelten. Angesichts der gemachten Erfahrungen hat die Verwaltungspolitik etwa seit dem Jahre 1897 sich entschieden von der Tendenz leiten lassen, die Entstehung neuer Krankenkassen zu beschränken und teilweise durch Vereinigung der Sprengel größere und leistungsfähigere Organismen zu schaffen, ein Streben, dessen Verwirklichung aber im geltenden Gesetz durch enge Schranken gehemmt ist.

Nach oben hin, in der Zentralisation, liegen die Verhältnisse ähnlich wie in der Unfallversicherung, nur daß hier die Staatsaufsicht mit Rücksicht auf die verschiedenen Kassenkategorien nicht dermaßen einheitlich gestaltet und auch nicht in einer obersten Instanz vereinigt ist wie dort. Gleichwohl kommt diesem Punkte nicht allzugroße Bedeutung zu; dagegen muß konstatiert werden, daß die Organisation der Judikatur über streitige Unterstützungsansprüche, welche auch hier ausschließlich den Kassenschiedsgerichten überwiesen ist, sich als noch bedenklicher erwiesen hat als auf dem Gebiete der Unfallversicherung. Die Schiedsgerichte haben schlechthin versagt, nicht nur wegen des Mangels einer Oberinstanz, sondern auch wegen ihrer inneren Zusammensetzung, welche bei dem Fehlen des richterlichen Elementes wenig Gewähr für eine objektive und richtige Rechtsprechung bietet. Das sind organisatorische Mängel, welche natürlich durch keinerlei administrative Maßnahmen beseitigt werden konnten.

C. Bruderladen.

Die Organisation der Bruderladen nach dem Gesetze von 1889 ist keine Neuschöpfung, sondern nur eine teilweise Umbildung alter Institute auf versicherungstechnischer Grundlage. Gleichwohl hat die Erfahrung gezeigt, daß diese Institute im allgemeinen den gesetzlichen Anforderungen nicht zu entsprechen in der Lage sind. Die Vereinigung der verschiedensten Versicherungszweige bei denselben Versicherungsträgern, wenn auch in verschiedenen Kassenabteilungen, hat nicht mit den ver-

Digitized by Google

schiedenen Voraussetzungen in Bezug auf die Leistungsfähigkeit gerechnet.

Im Jahre 1901 bestanden 178 separate Krankenkassen beziehungsweise Krankenkassenabteilungen der Montanbruderladen mit einer durchschnittlichen Mitgliederzahl von 1020 Personen und 235 Provisionskassen, wovon aber nur 178 aktive Mitglieder auswiesen; darnach ergab sich ein durchschnittlicher Mitgliederstand von 942. Ist obige Durchschnittsgröße für die Krankenversicherung ausreichend, so ist die letztere dagegen für die Provisionsversicherung entschieden unzureichend.

In den übrigen Punkten, auf welche hier nicht näher eingegangen werden kann, insbesondere bezüglich der Schiedsgerichte, gilt so ziemlich dasselbe, was früher hinsichtlich der Unfallversicherung beziehungsweise Krankenversicherung bemerkt wurde.

Angesichts dieser unleugbaren Mängel der Organisation hatte der Entwurf nicht nur neue Organisationsfragen mit Rücksicht auf die neuen Versicherungszweige zu lösen, sondern auch eine Reform auf dem gesamten Gebiete der Arbeiterversicherung anzubahnen. In der Tat liegen in der Reform und Ausgestaltung der Organisation der Arbeiterversicherung, wie sie der Entwurf in Aussicht nimmt, grundlegende Neuerungen. Die leitenden Grundgedanken sind:

1. Herstellung einer organischen Verbindung zwischen den Versicherungszweigen, beziehungsweise Versicherungsinstituten. Darin liegt der wichtigste und originellste Punkt der Reform, zugleich der erste gesetzgeberische Versuch dieser Art in großem Stile. Was die Art und Weise dieser Verbindung anbelangt, ist der Entwurf durchaus seine eigenen Wege gegangen. Für die Durchführung der Invaliditäts- und Altersversicherung sieht der Entwurf eine zentrale Versicherungsanstalt, die „staatliche Versicherungsanstalt“ für das ganze Reich vor, welche zugleich die Spitze der ganzen Arbeiterversicherungsorganisation darstellt, deren Basis die Krankenkassen und deren Zwischenbau

Digitized by Google

die Unfallversicherungsanstalten bilden. Die staatliche Versicherungsanstalt hat durchaus den Charakter einer Staatsanstalt (mit eigener juristischer Persönlichkeit), nicht den eines Selbstverwaltungskörpers. Ihre Verwaltung wird teilweise direkt vom Ministerium des Innern, teilweise von einem Vorstande besorgt, dessen Mitglieder, unter welchen sich auch Vertreter der Arbeiter und Arbeitgeber im gleichen Verhältnisse befinden, von der Regierung ernannt werden. Die Anstalt hat eigene dezentralisierte Organe, die Invalidenrentenkommissionen, am Sitze jeder Unfallversicherungsanstalt, welche über die Zubilligung der Renten entscheiden; außerdem aber fungieren die Unfallversicherungsanstalten und die Krankenkassen als lokale Geschäftsstellen im übertragenen Wirkungskreise und sind für die Besorgung desselben die leitenden Beamten dieser Institute unmittelbar der staatlichen Versicherungsanstalt untergeordnet und verantwortlich.

2. Im engsten Zusammenhange mit diesem Punkte steht die Reform des Anmeldungswesens im Sinne einer individuellen Anmeldung aller versicherungspflichtigen Personen für alle drei Versicherungszweige und Konzentration der Anmeldung, Evidentführung der Versicherten, sowie Einzahlung der Beiträge zu den gleichen Terminen für alle drei Versicherungszweige bei den Krankenkassen als dem Unterbau der ganzen Arbeiterversicherung. Dieser Modus bedeutet insbesondere für die Unfallversicherungsanstalten, bei welchen sich der Mangel individueller Anmeldungen als verhängnisvoll erwiesen hat, eine wichtige materielle Neuerung.

3. Schon aus dieser Unterordnung des gesamten Versicherungswesens unter die staatliche Versicherungsanstalt, beziehungsweise das Ministerium des Innern geht hervor, daß ungeachtet des Festhaltens am Prinzipe der Selbstverwaltung der staatsanstaltliche Charakter sämtlicher Versicherungsinstitute mehr betont, der Einfluß der Staatsverwaltung verstärkt erscheint. Dem entspricht auch eine Vereinheitlichung und größere

Digitized by Google

Zentralisation der staatlichen Leitung. Mehr Aufsichtsbefugnisse sind in der Zentralstelle vereinigt und die Mittel der Staatsaufsicht hinsichtlich aller Versicherungsinstitute — welche bisher manche Verschiedenheiten aufwiesen — einheitlich gestaltet, und zwar im Sinne der dermaligen Bestimmungen der §§ 19—21 des Krankenversicherungsgesetzes.

4. Sonstige Neuerungen bringt der Entwurf bezüglich des Ausbaues der Rechtsschutzorganisation, insbesonders der Schiedsgerichte. Die eigenen Schiedsgerichte der Krankenkassen sollen ganz beseitigt und einheitliche Schiedsgerichte für alle Versicherungszweige am Sitze der politischen Landesstellen, eventuell auch mehrere für ein Land, errichtet werden, welche in Senaten unter dem Vorsitze eines richterlichen Beamten und je einem Vertreter der Arbeiter und Arbeitgeber, die ebenfalls ernannt werden, entscheiden. Ferner ist die Errichtung eines Oberschiedsgerichtes (Obergericht für die Arbeiterversicherung) geplant, welches wesentlich als Revisionshof über Beschwerden gegen Entscheidungen der Schiedsgerichte wegen „unrichtiger rechtlicher Beurteilung der Sache“ zu erkennen berufen sein soll. Außerdem ist dem Obergerichte die Erstattung von Gutachten und Anträgen in legislativer Beziehung, sowie die Fällung prinzipieller Entscheidungen über von den Schiedsgerichten verschieden oder unrichtig entschiedene Rechtsfragen über Antrag des Justizministers zugedacht. Die Einrichtung soll wesentlich zur Herstellung und Erhaltung der Rechtseinheit beitragen.

Wie ersichtlich, hat der Entwurf die vielfach geäußerten Wünsche nach Errichtung eines Reichs-Versicherungsamtes als höchster administrativer und rechtsprechender Stelle im Arbeiterversicherungsrecht nicht akzeptiert, sondern für das österreichische Versicherungsrecht das Ministerialsystem einerseits, die Trennung von Justiz und Verwaltung andererseits aufrecht erhalten.

5. Wesentliche Veränderungen sollen auch die bisherigen Träger der Versicherung in ihrem Bestande erfahren. Am wenigsten werden die Unfallversicherungsanstalten berührt, be-

Digitized by Google

züglich welcher eine grundlegende Änderung nicht beabsichtigt ist, abgesehen von der bereits erwähnten organischen Eingliederung der Krankenkassen als Geschäftsstellen der Unfallversicherungsanstalten und der Unterstellung der letzteren selbst in gleicher Eigenschaft unter die staatliche Versicherungsanstalt.

Dagegen werden in einschneidender Weise die Krankenkassen betroffen. Zwar hat der Entwurf sich nicht dazu verstanden, alle verschiedenen Krankenkassenkategorien zu beseitigen und eine territoriale Einheitskasse zu schaffen, wie dies vielfach proponiert wurde; vielmehr sollen nur die Bau- und Lehrlingskrankenkassen verschwinden, die übrigen Kategorien aber, teilweise allerdings unter gewissen Beschränkungen, aufrecht erhalten bleiben. Aber, von der Tendenz geleitet, nur leistungsfähige Krankenkassen aufrecht zu halten, setzt der Entwurf eine Mindestzahl von Mitgliedern für die Krankenkassen fest (1000 für die Bezirkskrankenkassen, 500 für die übrigen Kategorien). Die Durchführung dieses Grundsatzes wird die Auflösung zahlreicher Kassen und die Reduzierung der Gesamtzahl auf etwa $^1/_3$ des gegenwärtigen Standes zur Folge haben.

Auch in der inneren Organisation sind bedeutsame Veränderungen vorgesehen. Im allgemeinen wird eine größere Unifizierung der inneren Organisation zwischen den verschiedenen Kassenkategorien angestrebt. Neu ist der Grundsatz der paritätischen Vertretung der Arbeiter und Arbeitgeber in der Delegiertenversammlung sowie im Vorstande, und ein neues Element ist der für alle Krankenkassen obligatorische leitende Beamte, welcher nicht nur Vollzugsorgan des Kassenvorstandes ist, sondern selbständig die Geschäfte des übertragenen Wirkungskreises besorgt.

Eine durchgreifende Änderung in ihrem Bestande sollen endlich die Bruderladen erfahren, da die bisherigen Krankenkassenabteilungen von denselben ganz losgelöst und als eigene Krankenkassenkategorie — in ihrer Verfassung ganz gleich den Betriebskrankenkassen — fortbestehen sollen, während die Pro-

Digitized by Google

visionskassen durch Eingliederung der Bergarbeiter in die allgemeine Unfallversicherung hinsichtlich dieses Versicherungszweiges entlastet und vorläufig, bis zur verheißenen besonderen gesetzlichen Regelung, als Institute lediglich für Invaliditäts-, Witwen- und Waisenversicherung erhalten bleiben.

IV. Die Leistungen.

Die Leistungen sind nach der Natur der Versicherungszweige verschieden. In der Krankenversicherung: Zeitlich beschränkte Geldleistungen (Krankengeld), Begräbnisgeld und außerdem Naturalleistungen (freie ärztliche Behandlung, Medikamente und Spitalsverpflegung auf Kosten der Krankenkasse), in der Unfalls- (und Provisions-) Versicherung abgesehen vom Begräbnisgeld lediglich Geldrenten, dauernd oder vorübergehend, je nach der Art der Erwerbsunfähigkeit.

Über die bisherigen Leistungen geben nachstehende Tabellen Auskunft:

Unfallversicherung.

Gebahrungsjahr	Geleistete Entschädigungsbeträge		In % der Versicherungsbeiträge	In ‰ der Lohnsumme	Gesamte Verwaltungsauslagen	In ‰ der Lohnsumme	In % der Versicherungsbeiträge
	K	h			K		
1902	**17,208.466**	**34**	**61·7**	**14·15**	**2,963.730**	**2·44**	**10·6**
1901	15,184.723	96	53·9	12·66	2,627.934	2·19	9·3
1900	13,436.610	22	50·2	11·48	2,456.965	2·10	9·2
1899	11,347.574	24	49·8	10·09	2,271.369	2·02	10·0
1898	9,585.973	42	46·9	8·92	2,017.789	1·88	9·9
1897	7,868.676	28	45·7	7·82	1,867.017	1·85	10·8
1896	6,306.837	03	41·7	6·65	1,627.516	1·72	10·8
1895	4,518.617	48	32·7	5·17	1,506.670	1·72	10·9
1894	3,382.397	—	35·3	5·20	1,357.790	2·09	14·2
1893	2,496.519	32	27·4	4·13	1,175.331	1·95	12·9
1892	1,775.103	22	20·8	3·17	1,013.040	1·81	11·9
1891	1,172.377	36	15·3	2·25	867.593	1·66	11·3
1890	411.195	84	5·4	0·87	701.257	1·48	9·3

Digitized by Google

Krankenkassen.
Ausgaben für Versicherungsleistungen.

Gebahrungsjahr	Für Versicherungsleistungen verausgabte Beträge					
	Krankengeld	Kosten der Ärzte	Medikamentenkosten	Spitalsverpflegskosten	Beerdigungskostenbeiträge	zusammen
	Millionen Kronen					
1890	12·288	3·600	2·749	0·889	0·668	20·194
1891	12·410	3·875	2·760	1·180	0·712	20·937
1892	13 365	4·200	3·072	1·387	0·739	22·763
1893	14·351	4·471	3·292	1·546	0·802	24·462
1894	14·661	4·762	3·407	1·687	0·857	25·374
1895	16·998	5·146	3·686	1·759	0·906	28·495
1896	18·031	5·511	4·029	1·983	0·950	30·504
1897	20·082	5·905	4·370	2·152	0·982	33·491
1898	20·960	6·371	4·528	2·297	1·009	35·165
1899	23·258	6·752	5·089	2·468	1·134	38·701
1900	28·810	7·109	5·364	2·592	1·171	40·046
1901	24·529	7·449	5·633	2·716	1·180	41·507
1902	24·789	7·811	5·592	2·801	1·204	42·197
Summe	239·532	72·962	53·571	25·457	12·314	403·836
Durchschnitt 1890/1902	18·426	5·612	4·121	1·958	94·7	31·064
in Prozenten	59·3%	18·1%	13·3%	6·3%	3·0%	100·0%

Bruderladen (Krankenkassen).

Gebahrungsjahr	Für Versicherungsleistungen verausgabte Beträge						
	Krankengeld	Kosten der Ärzte	Medikamentenkosten	Spitalsverpflegskosten	Beerdigungskostenbeiträge	außerordentliche Unterstützungen	zusammen
	Kronen						
1899	1,716.059	631.177	865.278	304.428	133.586	129.595	3,780.125
1900	1,697.525	648.558	860.643	317.381	128.828	126.069	3,779.007
1901	1,832.150	706.167	1,004.632	362.371	130.378	154.036	4,189.757

Die gegenüber den Krankenkassen auffallende Höhe der Leistungen für ärztliche Hilfe, Medikamente, Spitalsverpflegung

Digitized by Google

und Beerdigungskosten findet darin ihre Erklärung, daß in den bezüglichen ausgewiesenen Beträgen auch der Aufwand der Bruderladen für die freiwilligen Mitglieder (Angehörige und Provisionisten) inbegriffen ist.

Bruderladen (Provisionskassen).

1	2	3		4				5			
Gebahrungsjahr	Zahl der Provisionskassen der Bruderladen	Durchschnittliche Zahl der Invaliden nach		Ausbezahlte Provisionen an Invalide nach				Durchschnittliche Jahresprovision eines Invaliden nach einem			
		vollberechtigten	minderberechtigten	vollberechtigten		minderberechtigten		vollberechtigten		minderberechtigten	
		Mitgliedern		Mitgliedern				Mitgliede			
				K	h	K	h	K	h	K	h
1901	207	17.559	142	3,929.899	45	23.172	77	223	81	168	19
1900	210	16.500	122	3,699.306	67	20.675	49	224	20	169	47
1899	215	15.490	104	3,441.579	19	19.070	96	222	18	183	37

Die Grundlage für die Bemessung aller Geldleistungen bildet in allen Versicherungszweigen der Lohn, aber meist nicht der wirkliche, sondern in der Krankenversicherung der bezirksweise behördlich festgesetzte „übliche" Taglohn, in der Unfallversicherung ein vom letztbezogenen wirklichen Lohne berechneter Jahresarbeitsverdienst. Beide Systeme haben gewisse Nachteile und nicht als der geringste hat sich die Verschiedenheit der Grundlagen in der Kranken- und der Unfallversicherung erwiesen mit Rücksicht auf das nach der geltenden Gesetzgebung stattfindende zeitliche Übergreifen der Krankenversicherungs- und Unfallversicherungsleistungen, woraus komplizierte und nicht befriedigende Regreßverhältnisse entstehen.

Im übrigen sind die Erfahrungen und Reformbestrebungen nach den Versicherungszweigen so verschieden, daß sie eine getrennte Besprechung erfordern. Im allgemeinen kann nur konstatiert werden, daß auf allen Versicherungsgebieten der

Digitized by Google

Vor allem hat sich der Entwurf dafür entschieden, die Karenzfrist zu verlängern und zwar bis zur Beendigung des Heilverfahrens, höchstens auf ein Jahr. Eine gewisse Änderung in den Unterstützungsleistungen wird auch durch das Lohnklassensystem bewirkt, aber sicherlich nicht im Sinne einer Erhöhung der Renten. Neu ist ferner die Bestimmung, daß bei teilweiser Erwerbsunfähigkeit die Renten nur in vier Abstufungen ($^1/_5$, $^2/_5$, $^3/_5$ und $^4/_5$ der Vollrente) festgesetzt werden sollen. Von großer praktischer Bedeutung ist der im Entwurfe ausgesprochene Grundsatz, daß die Teilrente nur nach dem objektiven Grade des Schadens zu bemessen ist, also nicht etwa nach dem dem Verletzten verbliebenen Lohne, wie dies bisher von einigen Anstalten unrichtiger und unbilligerweise praktiziert wurde. Wenngleich im allgemeinen eine Erhöhung der Leistungen nicht in der Tendenz des Entwurfes gelegen ist, ist doch in einigen Punkten den diesfälligen Wünschen entgegen gekommen: einmal soll für Personen, wie Praktikanten, Lehrlinge etc., die noch keinen oder einen geringeren Arbeitsverdienst haben, die Rente nach einer höheren Lohnklasse bemessen werden, zweitens kann die Rente bei vollständiger Erwerbsunfähigkeit und besonderer Hilflosigkeit bis zum $1^1/_2$fachen Betrage der Vollrente erhöht werden, drittens kann die Vollrente auch nicht gänzlich Erwerbsunfähigen als Rekonvaleszentenrente behufs Wiederherstellung der Gesundheit gewährt werden, und endlich sollen außer den bisher bezugsberechtigten Familiengliedern unter Umständen auch Geschwister und Enkel anspruchsberechtigt sein.

Andererseits wird, einem Wunsche der Unfallversicherungsanstalten entsprechend, die Abfertigung der kleinen Renten (unter $^1/_5$ der Verminderung der Erwerbsfähigkeit) und zwar offenbar nicht mit dem vollen Kapitalwerte — der Entwurf spricht nur von einem „den Verhältnissen des Falles angemessenen Abfertigungsbetrage“ — zum Grundsatz erhoben.

Digitized by Google

Den oberwähnten Anregungen entsprechend sollen in Zukunft die Unfallversicherungsanstalten auch das Recht besitzen, in jedem Stadium des Heilverfahrens die Krankenfürsorge zu übernehmen und auf diese Weise unmittelbar auf die Wiedergewinnung der Erwerbsfähigkeit des Verletzten ihren Einfluß zu üben.

Dagegen erscheinen die Wünsche auf Ausdehnung des Wirkungskreises der Unfallversicherungsanstalten auf die Unfallverhütung nicht berücksichtigt. Hiezu ist zu bemerken, daß hiefür einerseits der Umstand maßgebend war, daß die territorialen Unfallversicherungsanstalten an und für sich weniger für diese Aufgabe geeignet erscheinen als die berufsgenossenschaftliche Organisation, andererseits, daß die österreichische Gesetzgebung die Unfallverhütung immer als eine Aufgabe der Polizei, somit der politischen Verwaltungsbehörden unter Unterstützung der Gewerbeinspektoren betrachtet hat und in neuester Zeit durch Errichtung der Unfallverhütungskommission (Min.-Vdg. vom 13. Mai 1900) einen fachtechnischen Beirat der Regierung auf diesem Verwaltungsgebiete geschaffen hat.

B. Krankenversicherung.

Das bisherige System der Leistungen der Krankenversicherung ist ein System der gesetzlichen Mindestleistungen, welche statutarisch innerhalb gewisser Schranken nach Dauer und Höhe erweitert werden können. Verhältnismäßig wenige Kassen aber sind dazu gelangt, derartige Erhöhungen der Kassenleistungen einzuführen, die überwiegende Mehrzahl gewährt nur die gesetzlichen Mindestleistungen.

Bezüglich der einzelnen Versicherungsleistungen haben sich Schwierigkeiten in der Praxis insbesondere bei denjenigen ergeben, wo die Krankenkassen auf die Mitwirkung anderer Faktoren angewiesen sind, das ist der ärztlichen Hilfe, Gewährung der Medikamente und der Spitalsverpflegung.

Digitized by Google

Das Verhältnis der Krankenkassen zu den Ärzten, Apotheken und öffentlichen Krankenhäusern hat sich wenig befriedigend gestaltet.

Der Interessengegensatz zwischen den Krankenkassen und dem ärztlichen Stande, welcher sich hauptsächlich auf die Frage der freien Ärztewahl konzentriert, hat eine sichtliche Verschärfung erfahren, seit der ärztliche Stand infolge des Gesetzes vom 22. Februar 1891 in den Ärztekammern eine organisierte Interessenvertretung erhalten hat, welche sofort gegen das von den Kassen festgehaltene System der bestellten und womöglich pauschalierten, Kassenärzte, das sich als das für sie günstigste erwiesen hat, Front machte. Nicht günstiger hat sich das Verhältnis zu den Apotheken entwickelt, deren hohe Tarife und sonstige Gebahrung vielfach Anlaß zu Rekriminationen geboten hat. Am unerquicklichsten aber ist das Verhältnis zu den Spitälern geworden. Die Höhe und rasch steigende Tendenz der Verpflegskostentarife bildet eine Quelle der Unzufriedenheit der Krankenkassen und das Bestreben derselben, sich durch eifersüchtige Wahrung des Dispositionsrechtes tunlichst von der Zahlungspflicht zu befreien, hat fortwährend Anlaß zu einer Fülle von Streitigkeiten gegeben. Höchst radikale Vorschläge zur Beseitigung dieser Übelstände sind aufgetaucht: Verstaatlichung des ärztlichen Standes und des Apothekerwesens, eventuell auch der öffentlichen Spitäler und unentgeltliche Spitalpflege für die Krankenkassenmitglieder.

Die übrigen Wünsche und Forderungen auf Erhöhung der Kassenleistungen, Verlängerung der Unterstützungsdauer, Verlängerung der Nachwirkung des Versicherungsverhältnisses für Erwerbslose, Verlängerung der Wöchnerinnenunterstützung, Gewährung von Krankengeld vom ersten Krankheitstage an Erhöhung des Krankengeldes usw. können hier nur erwähnt werden. Besonders hervorzuheben sind nur die Bestrebungen nach Ermöglichung und Förderung einer Versicherung der Familienglieder und nach Ausdehnung der Leistungen der

Digitized by Google

Krankenversicherung auf das Gebiet einer zielbewußten Rekonvaleszentenfürsorge, welche beiden Zweige bisher mangels der erforderlichen gesetzlichen Grundlagen nur bei verhältnismäßig wenigen Kassen, beziehungsweise Kassenverbänden eine bescheidene Pflege erfahren haben.

Der Entwurf bricht mit dem bisherigen System der Mindestleistungen und setzt an dessen Stelle obligatorische gesetzliche Leistungen, die für alle Krankenkassen und für alle Mitglieder gleich sind. Darnach ist auch das Krankengeld nach den Lohnklassen in ziffermäßig bestimmten Beträgen festgelegt. Eine Erhöhung gegenüber dem jetzigen Stande tritt dadurch im Durchschnitte zweifellos nicht ein. Erhöhte Leistungen, insbesondere Zuschußleistungen, Versicherung der Familienglieder und Rekonvaleszentenfürsorge können zwar statutarisch festgesetzt werden, aber nur unter Errichtung eines eigenen Unterstützungsfondes, beziehungsweise gegen Entrichtung besonderer Zusatzbeiträge, welche von den Versicherten allein zu leisten sind.

Eine bedeutsame Neuerung des Entwurfes ist die Scheidung der Versicherungspflichtigen in zwei Gruppen: Vollversicherte und Teilversicherte, welch' letztere keinen Anspruch auf Krankengeld besitzen. Zu den Teilversicherten sollen hauptsächlich die nun in die Krankenversicherung einbezogenen Personen, die unter die Dienstboten- und Gesindeordnungen fallen, aber auch andere Personen, welche keinen Barlohn beziehen, gehören.

Erweitert wird die Unterstützungsdauer und zwar auf ein Jahr; im übrigen aber sind Erweiterungen und Erhöhungen der Versicherungsleistungen gegenüber dem jetzigen Zustande nicht in Aussicht genommen. Das Verhältnis zu den Ärzten sucht der Entwurf durch die gesetzliche Bestimmung zu regeln, wonach es den Kassen frei steht, freie Ärztewahl oder das System bestellter Kassenärzte zu akzeptieren. Angesichts dieser gesetzlichen Befugnis der Krankenkassen könnte allerdings ein

Digitized by Google

prinzipieller Widerstand der offiziellen ärztlichen Kreise nicht mehr in der früheren Weise sich geltend machen. Auch im Verhältnisse zu den Spitälern soll eine Neuerung Platz greifen, durch welche die Krankenkassen von der Erhöhung der Tarife unabhängig gestellt werden: Für die Verpflegung der Kassenmitglieder soll in Hinkunft nicht mehr die tarifmäßige Gebühr in Anrechnung kommen, sondern eine Überweisung des Krankengeldes — allerdings für die ganze Verpflegsdauer — stattfinden.

C. Bergarbeiterversicherung.

Die Leistungen der Bruderladen auf dem Gebiete der Krankenversicherung sind schon dermalen im allgemeinen denjenigen der nach dem Krankenversicherungsgesetze eingerichteten Krankenkassen gleich und werden nach dem Entwurfe denselben vollständig aequiparieren, daher auf das bezüglich der Krankenversicherung Gesagte verwiesen werden kann.

Wesentliche Änderungen werden durch den Entwurf auf dem Gebiete der Provisionsversicherung angebahnt: durch Einbeziehung der Bergarbeiter in die Unfallversicherung werden ihnen auf diesem Gebiete in Hinkunft die gleichen Ansprüche zustehen wie den anderen unfallversicherungspflichtigen Personen. Dagegen bleibt die Provisionsversicherung für Invaliditätsfälle, Witwen und Waisen, über welche der Entwurf sehr kurz hinweggeht und auf die künftige gesetzliche Regelung verweist, vorläufig in der bisherigen Art und Höhe.

D. Invaliditäts- und Altersversicherung sowie Hinterbliebenenversicherung.

Die Bestimmungen des Entwurfes über die Leistungen der Invaliditäts- und Altersversicherung sind im großen ganzen denjenigen des deutschen Invaliditätsversicherungsgesetzes nach-

Digitized by Google

gebildet. Der Schwerpunkt liegt in der Invaliditätsversicherung; die Altersrente ist nichts anderes als eine Invalidenrente, bei welcher der Nachweis der Invalidität durch den Nachweis eines gewissen Alters (65. Lebensjahr) ersetzt wird.

Nach der Legaldefinition des Entwurfes ist als invalid derjenige anzusehen, welcher infolge von Alter, Krankheit oder anderen Gebrechen nicht imstande ist, durch eine seinen Kräften und Fähigkeiten entsprechende Lohnarbeit, die ihm unter billiger Berücksichtigung seiner Ausbildung und seines Berufes zugemutet werden kann, $^1/_3$ desjenigen zu erwerben, was geistig und körperlich gesunde Personen derselben Art mit ähnlicher Ausbildung in derselben Gegend zu verdienen pflegen. Die Bezugsberechtigung ist außerdem von der Zurücklegung einer Wartezeit abhängig, welche für die Invalidenrente 200, für die Altersrente 1200 und für die Hinterbliebenenversicherung 40 Beitragswochen beträgt. Übergangsbestimmungen schaffen Ausnahmen für Personen, die zur Zeit der Einführung das 35. Lebensjahr überschritten haben.

Die Rente beginnt mit dem Eintritte der Invalidität, bezw. mit dem ersten Tage nach Vollendung des 65. Lebensjahres. Die Höhe der Renten hängt einerseits ab von den Lohnklassen, in welchen Beiträge geleistet wurden, und andererseits von der Dauer und dem Ausmaße der Beitragsleistung. Die Invalidenrente besteht aus einem Grundbetrag, der in den 6 Lohnklassen mit 150 bezw. 180, 210, 240 und 270 Kronen jährlich fixiert ist, und aus einem Steigerungsbetrage, welcher mit $^2/_{10}$ der Summe der während der ganzen Versicherungsdauer geleisteten Beiträge bemessen ist.

Die Leistungen der Invaliditätsversicherung sind aber nicht ausschließlich auf Geldrenten beschränkt, vielmehr kann die Versicherungsanstalt auch zum Zwecke einer besonderen Heilbehandlung Aufwendungen machen u. zw. für Versicherte, um der drohenden Invalidität vorzubeugen, für Rentenempfänger, um die Erwerbsfähigkeit wieder herzustellen. Auch kann statt

Digitized by Google

der Rente oder eines Teiles derselben freie Verpflegung in einem Versorgungshause gewährt werden.

Die Versicherung an Kapitalbeträgen (Abfertigungen) für die Hinterbliebenen soll beim Tode einer für den Invaliditätsfall versicherten männlichen oder weiblichen Person oder eines Rentenempfängers der Witwe, ferner den Kindern (ehelichen und unehelichen, letzteren aber nur nach weiblichen Versicherten), eventuell auch Aszendenten, Enkeln und Geschwistern unter 15 Jahren Abfertigungsbeträge im Ausmaße des ganzen oder halben Grundbetrages bis zum Höchstausmaße des dreifachen Grundbetrages zusammen sichern.

V. Die Finanzgebahrung, insbesondere die Versicherungsbeiträge.

Bekanntlich liegen den verschiedenen Versicherungszweigen verschiedene versicherungstechnische Systeme zur Aufbringung des Erfordernisses zugrunde: der Krankenversicherung das System der Aufwandsdeckung, der Unfallversicherung das System der Kapitaldeckung (Prämiendurchschnittssystem), der Provisionsversicherung der Bergarbeiter das System der Anwartschaftsdeckung. Die Wahrnehmungen und Erfolge sind denn auch sehr abweichende.

Gemeinsam ist bei allen Versicherungszweigen, daß die Mittel der Versicherung von den Beteiligten (d. i. den Versicherten und den Arbeitgebern) allein aufgebracht werden; andere Faktoren sind an der Aufbringung der Mittel nicht beteiligt. Immerhin hat sich in diesem Punkte im Zusammenhange mit den Postulaten auf Erhöhung der Versicherungsleistungen ein Wandel in den Anschauungen vollzogen; wenn auch die Forderung, die Mittel der Versicherung durch eine allgemeine progressive Einkommensteuer aufzubringen, nur ein Postulat der radikalen Arbeiterschaft bildet, wird doch eine ge-

Digitized by Google

wisse Zuschußleistung des Staates heute von keiner Seite mehr perhorresziert, vielmehr allgemein für die weitere Ausgestaltung der Arbeiterversicherung als notwendig angesehen.

Der Entwurf hat dem Rechnung getragen und sieht insbesondere für die Alters- und Invaliditätsversicherung eine Zuschußleistung des Staates zu jeder fälligen Rente im Betrage jährlicher 90 K vor. Außerdem soll der Staat in diesem Versicherungszweige die Beitragsleistung während der aktiven Militärdienstzeit übernehmen, ferner die Kosten der allen Versicherungszweigen gemeinsamen Schiedsgerichte bestreiten und zu den Verwaltungskosten der staatlichen Versicherungsanstalt — und damit indirekt auch zu jenen der Kranken- und Unfallversicherung — jährlich zwei Millionen Kronen beisteuern. Im übrigen verbleibt es bei den Beiträgen der Beteiligten, wenngleich auch hier wesentliche Änderungen platzgreifen. Insbesondere ist nunmehr auch für die Bemessung der Beiträge in allen Versicherungszweigen das einheitliche Lohnklassenschema zugrundegelegt und der Einhebungsmodus ist insoferne ein ganz neuartiger, als die Beiträge für alle Versicherungszweige zu den gleichen Einzahlungsterminen individuell für jede versicherte Person bei den Krankenkassen als den Lokalstellen aller Versicherungszweige einzuzahlen sind.

Ausdrücklich betont der Entwurf den Charakter der Versicherungsbeiträge als öffentlicher Abgaben, was übrigens die Praxis schon jetzt angenommen hat, und gewährt ihnen dementsprechend politische oder gerichtliche Exekution, ein gesetzliches Pfandrecht an den zum Betriebe gehörigen Liegenschaften des Unternehmers und die Einhebung von Verzugszinsen. Letzteres ist ein neu eingeräumtes, von den Versicherungsinstituten längst angestrebtes Privilegium, während die beiden ersteren die Praxis bereits auf Grund der geltenden Gesetze, obgleich ausdrückliche Bestimmungen hierüber fehlen, anerkannt hat. Die übrigen Finanzprivilegien der Versicherungsinstitute, Stempel- und Gebührenfreiheit sowie Freiheit

Digitized by Google

von der Erwerbsteuer, sind auch im Entwurfe aufrecht erhalten und lediglich den inzwischen erlassenen neuen Steuergesetzen angepaßt.

Hinsichtlich der Anlage der Reservefonde bezw. Deckungskapitalien hat sich das bisherige gesetzliche Erfordernis strenger Pupillarsicherheit als überflüssiges Gebahrungserschwernis erwiesen und kommt deshalb der Entwurf einem allgemeinen Wunsche entgegen, indem er diesfalls einige Erleichterungen schafft. Insbesondere sind die betreffenden neuen Bestimmungen von der Tendenz getragen, die teilweise Verwendung der angesammelten Kapitalien zu sozialpolitischen Zwecken, Einrichtung von Rekonvaleszentenhäusern, Arbeiterwohnhäusern etc. — unbeschadet der Sicherheit der Anlage — zu ermöglichen. Im übrigen sind die finanzwirtschaftlichen Gesichtspunkte, welche die bisherige Entwicklung kennzeichnen bezw. im Entwurfe zum Ausdrucke kommen, bezüglich der einzelnen Versicherungszweige so verschieden, daß sie eine getrennte Besprechung erfordern.

A. Unfallversicherung.

Das der Unfallversicherung zu Grunde liegende Kapitaldeckungssystem gegen feste Prämie ist Gegenstand lebhafter Anfechtung aus den Kreisen der Industrie geworden und sind, ungeachtet von offizieller Seite, gestützt auf fachwissenschaftliches Urteil, immer wieder die Vorzüge dieses Systemes vor dem System der Aufwandsdeckung und dem Umlageverfahren betont und nachgewiesen wurden, die Stimmen bis heute nicht verstummt, welche den Bruch mit dem Kapitaldeckungssysteme befürworten. Der Grund dieser auffälligen Erscheinung liegt in den ungünstigen finanziellen Gebahrungsresultaten der Unfallversicherungsanstalten, welche bald nach dem Beginne ihrer Wirksamkeit zu Tage getreten sind. Es genügt hier die Daten der drei letzten Jahre anzuführen:

Digitized by Google

Unbedeckter Bilanzabgang bei den territorialen Anstalten nach den von diesen gelieferten Ausweisen.

Anstalt	Unbedeckter Abgang der Bilanz mit Ende des Jahres					
	1902		1901		1900	
	Kronen	in Prozenten der erforderlichen Deckungskapitalien und Schadenreserven	Kronen	in Prozenten der erforderlichen Deckungskapitalien und Schadenreserven	Kronen	in Prozenten der erforderlichen Deckungskapitalien und Schadenreserven
Wien . . .	16,516.616	44·0	14,484.027	38·6	12,661.566	37·3
Salzburg . .	570.732	8·1	531.286	7·5	423.794	6·7
Prag	18,335.906	52·7	14,212.410	40·9	12,597.106	39·9
Brünn . . .	474.591	3·4	591.478	4·3	203.830	1·7
Graz . . .	28.372	0·4	33.915	0·5	25.526	0·4
Triest . . .	796.695	21·9	467.383	12·9	283.249	9·1
Lemberg . .	2,096.766	38·7	1,562.961	28·9	1,182.468	25·2
Alle Anstalten	38,819.678	35·7	31,883.460	29·3	27,377.539	28·0

Die Hoffnung, daß es auf Grund der Erfahrungen und des gewonnenen statistischen Materiales gelingen werde, die Berechnungsgrundlagen, Tarif und Gefahrenklassifikation richtig zu bestimmen und mit den Beiträgen dem infolge des raschen Anwachsens der Zahl der Unfälle stets steigendem Erfordernisse nachzukommen, hat sich nicht erfüllt, trotzdem mit Rücksicht auf die außerordentliche Verschiedenheit der Entwicklung der einzelnen Anstalten schon im Jahre 1897 der bis dahin einheitliche Tarif und seit der zweiten abgeänderten Gefahrenklassifikation (Vdg. vom 23. August 1899) auch die bisher einheitliche Gefahrenklassifikation geopfert und die Tarife für die einzelnen Anstalten verschieden festgesetzt, die Gefahrenklassen für dieselben Betriebsgruppen für die verschiedenen Anstaltssprengel abweichend bestimmt wurden. Es kann bei dieser Gelegenheit nicht unerwähnt gelassen werden, daß die auffallenden Ungleichheiten der Entwicklung teilweise auf eine verschiedene Anwendung des Gesetzes zurückzuführen sind,

Digitized by Google

ein Umstand, der ein stark arbiträres Moment in den Voraussetzungen des Systemes aufzeigt, welches für das ganze System verhängnisvoll ist.

Sicherlich tragen an den Defiziten der Anstalten auch andere Umstände Schuld; abgesehen von dem exorbitanten Steigen der Unfallszahl vor allem der dermalige unglückselige Einhebungsmodus der Beiträge, die nicht individuell bemessen, sondern für sämtliche in einem Betriebe beschäftigten Arbeiter halbjährig summarisch fatiert und abgeführt werden sollen, ein Modus, der unrichtigen Angaben und Beitragshinterziehungen Tür und Tor öffnet.

Angesichts dieser Übelstände sind eine Menge Reformpläne aufgetaucht, von einer vollständigen Systemänderung bis zu verhältnismäßig kleinlichen Verbesserungen auf Grund des geltenden Systems. Für alle Reformpläne aber bedeutet das vorhandene Defizit von über 40 Millionen Kronen ein besonders schwer wiegendes Hemmnis. Man konnte gespannt sein, wie der Entwurf die finanzielle Frage lösen würde, denn auf einer Seite steht der Widerstand der Industrie gegen eine höhere Belastung, auf der anderen Seite das Defizit, welches das geltende Kapitaldeckungssystem bereits praktisch negiert.

Es kann nicht in Abrede gestellt werden, daß die Bestimmungen des Entwurfes den Eindruck eines Auskunftsmittels der Verlegenheit machen. Eine besondere Sanierungsaktion zur Behebung des Defizites ist nicht vorgesehen. Vielmehr wird eine Kontingentierung der Versicherungsbeiträge eingeführt, welche eine Erhöhung der Gesamtlast aus der Unfallversicherung für einen längeren Zeitraum ausschließt. Weiters aber wird für den Fall, als die Einnahmen einer Versicherungsanstalt einschließlich der Zinsen des Vermögens nicht hinreichen, um die laufenden Ausgaben zu bestreiten, bestimmt, das restliche Erfordernis durch Zusatzbeiträge der Betriebsunternehmer im Verhältnisse ihrer regelmäßigen Beiträge aufzubringen. Darin liegt zweifellos ein einigermaßen ver-

Digitized by Google

schleierter Übergang zur Aufwandsdeckung und Umlageverfahren, wobei das angesammelte als Kapitaldeckung unzureichende Vermögen wie hohe Reservefonde wirken würde. Verschleiert ist der Übergang insoferne, als nach wie vor die Herstellung der vollen Kapitaldeckung als ideales Ziel vorschwebt und die sonstigen Maßnahmen, insbesonders die Ausschließung der höchst passiven landwirtschaftlichen Betriebe aus der Unfallversicherung, die Verlängerung der Karenzfrist, die Unterdrückung der kleinen Renten, der neue Modus der Beitragseinhebung dazu beitragen sollen, das finanzielle Gleichgewicht der Anstalten herzustellen.

Neu ist ferner die im Entwurfe vorgesehene gesetzliche Ermächtigung, erhöhte Beiträge den Unternehmern vorzuschreiben, welche den Unfallverhütungsvorschriften nicht entsprechen.

Eine mehr prinzipielle als praktische Neuerung ist endlich die Aufhebung des Arbeiterbeitrages, so daß die Versicherungsbeiträge nunmehr zur Gänze von den Unternehmern zu tragen sind, was übrigens größtenteils schon dermalen der Fall war.

B. Krankenversicherung.

Im Gegensatze zur Unvallversicherung sind die Resultate der Gebahrung der Krankenkassen im großen ganzen befriedigende und hat es auch hier niemals eine „Systemfrage“ in dem Sinne gegeben wie dort.

Ziemlich allgemein steht der Beitragssatz von 3% vom Lohne in Geltung; eine Abstufung der Beiträge mit Rücksicht auf die verschiedene Krankheitsgefahr ist dem Krankenversicherungsgesetze fremd, es ist somit direkt auf einen Ausgleich der Risken abgesehen. Übrigens hat sich das Streben geltend gemacht, auch auf dem Gebiete der Krankenversicherung mit Rücksicht auf die gemachten Erfahrungen einer größeren Individualisierung des Risikos Eingang zu verschaffen, obwohl

Digitized by Google

gerade über die Behandlung der eigentlichen Berufskrankheiten manche Meinungsverschiedenheiten obwalten.

Außer bei den Vereinskrankenkassen und registrierten Hilfskassen, bei welchen ein Zuschuß der Arbeitgeber überhaupt nur auf statutarischer, nicht auf gesetzlicher Anordnung beruht, steht fast allgemein die Verteilung der Beiträge zwischen Arbeitern und Arbeitgebern nach dem Verhältnisse von $^2/_3 : ^1/_3$ in Geltung.

Die finanzielle Lage der Krankenkassen im ganzen ist, wie bemerkt, nicht ungünstig, wenngleich infolge der Zersplitterung manche Kassen passiv geworden und sich als lebensunfähig erwiesen haben. Für die Gesamtheit der Krankenkassen stellen sich die Gebahrungsüberschüsse seit dem Bestande folgendermaßen:

Gebahrungsjahr	Gebahrungsüberschuß in Millionen Kronen (in % der laufenden Beiträge)	
1890	2·038	(8·9)
1891	2·853	(11·4)
1892	2·404	(9·1)
1893	2·394	(8·5)
1894	3·436	(11·4)
1895	2·727	(8·3)
1896	3·509	(9·8)
1897	2·515	(6·6)
1898	2·866	(7·1)
1899	0·979	(2·3)
1900	1·607	(3·6)
1901	1·797	(3·9)
1902	3·402	(7·1)
Summe	32·527	(7·1)
Durchschnitt 1890/1902	2·502	—

Mit Rücksicht auf die im großen ganzen geordneten finanziellen Verhältnisse der Krankenkassen lag für den neuen Gesetzentwurf kein Anlaß vor, grundlegende Neuerungen einzuführen. Dessenungeachtet sieht der Entwurf, abgesehen von der veränderten Bemessungsgrundlage der Beiträge mit

Digitized by Google

Rücksicht aur das Lohnklassensystem, zwei wesentliche Neuerungen vor: einmal soll in Hinkunft eine Abstufung der Beiträge nach gewissen Momenten, welche die Krankheitsgefahr beeinflußen (Geschlecht, Beschäftigungsart, Betriebsgattung, nicht aber nach dem Alter) zulässig sein; die zweite Neuerung betrifft das Beitragsverhältnis und zwar bei allen Kassenkategorien: in Hinkunft sollen Arbeiter und Arbeitgeber je die Hälfte der Beiträge leisten, außer den besonderen Zusatzbeiträgen für Rekonvaleszenten- und Angehörigenversicherung, welche den Teilnehmern an dieser Versicherung allein zur Last fallen.

C. Bergarbeiterversicherung.

In der Krankenversicherung ist nur die eine Besonderheit gegenüber der allgemeinen Krankenversicherung hervorzuheben, daß hier immer die Beitragsleistung zur Hälfte den Arbeitern, zur Hälfte den Arbeitgebern oblag. In der Provisionsversicherung ist die reine Beitragsleistung einigermaßen verdunkelt durch die finanziellen Leistungen zum Zwecke der Sanierung der vielen notleidenden Bruderladen, Leistungen, welche die Bergarbeiter um so drückender belasteten, als Hand in Hand damit eine Reduktion der Versicherungsleistungen ging, beziehungsweise gehen konnte. Die sukzessive Besserung der finanziellen Lage der Bruderladen ist somit durch eine drückende Belastung der Arbeiterschaft erkauft.

Gleichwohl ist die finanzielle Lage der Bruderladen keine besonders günstige. Zwar sind die Reservefonde der Krankenkassen von 1,041.650 K Ende des Jahres 1894 auf 3,476.937 K Ende 1901 gestiegen, doch ist die Zahl der passiven Kassen vergleichsweise groß (30 gegen 145 aktive). Bei den Provisionskassen stiegen Dank der Sanierungsmaßnahmen die Gesamtreservefonde von 40,485.122 K im Jahre 1893 auf 82,777.093 K im Jahre 1901. Die durchschnittlich auf ein vollberechtigtes aktives Mitglied entfallende Reservefondsquote beziffert sich pro

Digitized by Google

1901 auf 493 K 55 h und ergibt sich seit Beginn der Reformierung der Kassen eine stetige Zunahme (1893: 351 K 06 h).

Nach dem Entwurfe wird sich mit Rücksicht auf die vollständige Abtrennung der Krankenkassen und die Ausscheidung der Unfallversicherung aus der Provisionsversicherung eine wesentlich geänderte Finanzwirtschaft ergeben. Da aber die Provisionskassen vorläufig als solche auf Grund der alten Bestimmungen fortbestehen werden, wird auch die höhere Beitragsleistung bei wesentlich geringerer Anspruchsberechtigung gegenüber der allgemeinen Invaliditätsversicherung ungeachtet der Erleichterung durch den Staatszuschuß vorläufig nicht tangiert werden.

D. Invaliditäts- und Altersversicherung.

Im Hinblicke auf die bedeutende Zuschußleistung des Staates ist nur ein Teil des Erfordernisses durch die Beiträge der Beteiligten aufzubringen. Der Bemessung der Beiträge liegt das reine Prämiendurchschnittsverfahren zugrunde. Die Höhe der Beiträge ist vorläufig für 12 Jahre gesetzlich fixiert und beträgt in den sechs Lohnklassen 10, 20, 30, 40, 50 und 60 Heller per Woche.

Für versicherungspflichtige Personen ist je die Hälfte des Beitrages vom Dienstgeber und vom Versicherten zu leisten. Freiwillig Versicherte haben selbst den ganzen Betrag zu leisten, doch ist den Versicherungsberechtigten die Befugnis eingeräumt, vom Dienstgeber die Erstattung des halben Versicherungsbeitrages zu begehren.

Besondere Vorschriften regeln die Dokumentierung der Abstattungen und die Evidentführung der Anwartschaften. Der Entwurf hat nicht die deutschen Quittungskarten mit den fortlaufend einzuklebenden Versicherungsmarken akzeptiert, sondern von den Krankenkassen evident zu führende Beitragskarten und die Übertragung ihres maßgebenden Inhaltes in eigene Beitragskonti, deren Führung den Unfallversicherungsanstalten übertragen werden kann, in Aussicht genommen.

Digitized by Google

Zum Schlusse mögen hier die Ziffern angeführt werden, welche die Erläuterungen zum Entwurfe als künftiges Beitragserfordernis in den drei Versicherungszweigen berechnen und die Art der Verteilung der Beitragsleistung auf die Versicherten und Arbeitgeber.

Voraussichtliche jährliche Beitragsleistung in Millionen Kronen											
in der Krankenversicherung zu Lasten der			in der Invalidenversicherung zu Lasten der			in der Unfallversicherung zu Lasten der			in allen 3 Versicherungszweigen zu Lasten der		
Dienstgeber	Versicherten	Zusammen	Dienstgeber	Versicherten	Zusammen	Dienstgeber	Versicherten	Zusammen	Dienstgeber	Versicherten	Zusammen
30·8	30·8	61·6	28·4	28·4	56·8	22·0	—	22·0	81·2	59·2	140·4

Aus der vorstehenden mit Rücksicht auf den zur Verfügung stehenden Raum äußerst flüchtig gehaltenen Skizze dürfte immerhin zu ersehen sein, daß die österreichische Arbeiterversicherung schon auf Grund der dermaligen Gesetzgebung ungeachtet mancher Mängel und Unvollkommenheiten Bedeutendes geleistet hat. Größere Ziele und durchgreifende Reformen sind im Entwurfe angekündigt. Niemand wird bestreiten können, daß der neue Gesetzentwurf ein gewaltiges Werk ist und das Produkt intensivsten Bestrebens, die gewonnenen Erfahrungen des In- und Auslandes im Sinne einer Evolution unserer Arbeiterversicherungsgesetzgebung zu verwerten und einen bedeutenden Schritt nach vorwärts zu tun. Formell aus einem Gusse, und schöpferische Gedanken in konsequenter Weise durchführend, erscheint er der größten Beachtung und einer unvoreingenommenen Aufnahme und Prüfung wert. Sein meritorischer Inhalt wird nicht Alle befriedigen, er wird manche Enttäuschungen hervorrufen, manche Befürchtungen erwecken; aber eine sachliche Prüfung wird sich gegenwärtig halten müssen, daß ein derartiges Gesetzgebungswerk, welches mit so vielen widerstreitenden Interessen zu rechnen hat, nur einen Kompromiß darstellen und die Resultierende nur nach der Richtung des Erreichbaren und Durchführbaren ziehen kann.

Digitized by Google

DIE ARBEITERVERSICHERUNG
IN DEN
NIEDERLANDEN

VON

Dr. jur. R. MACALESTER-LOUP,
PRÄSIDENT DER DIREKTION DER REICHSVERSICHERUNGSBANK
IN AMSTERDAM.

Das Gesetz vom 2. Jänner 1901, betreffend die Versicherung von Arbeitern gegen die Schadensfolgen von Unfällen in gewissen Betrieben, das am 1. Februar 1903 in Kraft getreten ist, ist bis jetzt unser einziges soziales Versicherungsgesetz geblieben. Ungleich dem Verfahren in vielen anderen Staaten hat man bei uns die Unfallversicherung eher als die Krankenversicherung zur Hand genommen, weil das Bedürfnis zu einer Zwangsfürsorge bei Betriebsunfällen schärfer hervortrat und das Rechtsbewußtsein sie kräftiger forderte. Auf dem Gebiete der Krankenfürsorge war schon seit Jahren Mehreres geleistet worden, ein großer Teil der arbeitenden Bevölkerung war seit längerer Zeit in Betriebskassen oder in freien Hilfskassen gegen Krankheitsfolgen versichert, und obgleich in den letzten Jahren aus offiziellen sowie aus nichtoffiziellen Untersuchungen das Ungenügende dieser Versicherung in Hinsicht sowohl der Anzahl der Versicherten als der ihnen zu gewährenden Sicherheit hervorgehoben ward, blieb doch die Ansicht ziemlich allgemein verbreitet, daß eine Einschreitung der Staatsgewalt zur Sicherstellung der Arbeiter gegen die Folgen von Betriebsunfällen am meisten Not tat, insofern denselben gemäß der Bestimmungen des bürgerlichen Gesetzbuches nur dann Rechtshilfe gewährt werde, falls sie ein Verschulden

Digitized by Google

des Arbeitgebers oder eines Vorgesetzten nachweisen können. Inzwischen war man in der zweiten Kammer so sehr überzeugt, daß die bestehende Krankenfürsorge im allgemeinen nicht hinreichen würde, um den Verletzten für die ersten Wochen eine gebührende Unterstützung zuteil kommen zu lassen, daß man die anfangs im Gesetzentwurf vorgesehene Wartezeit von vier Wochen allmählich einschränkte und schließlich sich verständigte über die Vorschrift, um bei jedem Unfall Entschädigung zu gewähren vom Anfang an, falls der Verletzte am dritten Tage nicht imstande wäre, im Unternehmen seines Arbeitgebers seine gewöhnliche Arbeit vorzunehmen.

Schon jetzt nach zweijähriger Erfahrung ist deutlich ans Licht getreten, mit welcher ungeheuren Arbeit dieses System die Reichsversicherungsbank belastet hat und welchen Umfang die Zahl der unerheblichen Unfälle angenommen hat. Die statistischen Arbeiten sind noch nicht so weit fortgeschritten, um mit Genauigkeit die Zahl der Vollarbeiter anzugeben, die in der Versicherung einbegriffen sind. Man wird vielleicht nicht weit irregehen, falls man sie auf 600.000 veranschlagt. Bei solcher Arbeiterzahl erfolgten im Jahre 1903, d. h. in den elf Monaten vom 1. Februar an, 38.194 Unfallsanzeigen, im zweiten Jahre nicht weniger als 49.542. Nur in etwa 6% von diesen Fällen wurde die Entscheidung getroffen, daß ein Unfall im Sinn des Gesetzes nicht vorläge. Von den übrigen ergab sich im Jahre 1903, insofern sie in diesem Jahre in Behandlung genommen wurden, daß 6276 Verletzte innerhalb drei Tagen wieder arbeitsfähig waren, so daß ihnen nur ärztliche Behandlung zuteil ward; daß weitere 25.515 vor dem 43. Tag völlig wiederhergestellt waren und also dem Gesetze gemäß nebst ärztlicher Behandlung eine zeitliche Auszahlung bekamen zu 70% des Taglohnes während der Zeitdauer der Arbeitsunfähigkeit; daß nur 2210 Personen nach dem 43. Tage eine vorläufige Rente zuerkannt wurde und deren 219 wegen

Digitized by Google

dauernder Arbeitsunfähigkeit eine definitive Rente erhielten, schließlich andere 243 Verletzte zufolge des ihnen zugestoßenen Unfalles starben. Für das Jahr 1904 sind diese Zahlen: 7235 am dritten Tage wieder arbeitsfähig, 34.167 vor dem 43. Tag völlig wiederhergestellt, 3513, denen eine vorläufige und 631, denen eine definitive Rente zuerkannt wurde, 168 Verstorbene. Zwar ist zu bemerken, daß einzelne von diesen Zahlen eine endgültige Bedeutung nicht haben, indem einerseits der Regel nach, um nur dann eine definitive Rente festzusetzen, falls zu erwarten ist, daß der Zustand sich binnen Jahresfrist nicht wesentlich ändern wird, einige derer, welche vorläufig eine Rente erhalten, später in die Gruppe der definitiven Rentner übersiedeln werden, anderseits einige definitive Rentner reaktivieren können, aber soviel wenigstens geht aus den statistischen Erhebungen hervor, daß die Zahl der unerheblichen Unfälle sehr bedeutend und die Zahl derer, welche zur dauernden Arbeitsunfähigkeit führen, verhältnismäßig sehr gering ist. Eine Folge dieser Tatsache ist, daß die Verwaltungskosten der Bank und die Kosten des Heilverfahrens einen unerwartet hohen Betrag erreicht haben. Die Zentralverwaltung in Amsterdam muß sich mit all diesen, auch den unerheblichsten Unfällen befassen und über Bewilligung, Ablehnung, Abänderung, Beendigung der Entschädigung in jedwedem Falle entscheiden. Die Unfallserhebung muß an Ort und Stelle von den Beauftragten der Bank vorgenommen werden, deren Zahl im Anfange auf neun festgesetzt wurde, jetzt aber schon bis auf 70 gestiegen ist. Die ärztliche Behandlung ist im Verordnungswege so geregelt worden, daß jedem Arzt kraft seiner Einschreibung in ein Register die Befugnis erteilt wird, die Verletzten zu behandeln für Rechnung der Bank zu den von der Direktion festgesetzten Tarifsätzen. Die große Mehrzahl der Ärzte hat sich eintragen lassen und für sehr viele ist die Behandlung der Unfallspatienten eine recht ersprießliche Nebenbeschäftigung, die ihnen einen willkommenen Zuschlag zum

Digitized by Google

Jahreseinkommen sichert. Welchen Umfang der medizinische Dienst der Bank angenommen hat, beweist die Zahl der eingelaufenen Rechnungen von Ärzten und Apothekern: 35.900 im Jahre 1903 und 51.000 im Jahre 1904. Die behandelnden Ärzte sind der Kontrolle der sogenannten »kontrollierenden Ärzte« unterstellt. Anfangs wurden deren sechs ernannt; ihre jetzige Anzahl ist neun. Es liegt auf der Hand, daß diese Anzahl bei weitem nicht hinreichen würde, um eine tägliche sorgfältige Aufsicht zu üben bei den etwa 50.000 Unfällen, die sich jährlich ereignen; allein eine derartige eingehende Kontrolle anläßlich jedes unbedeutenden Unfalles würde beim gewissenhaften Arzte einen gerechten Widerwillen erregen, weshalb darauf verzichtet werden mußte im Interesse einer guten Ausführung des Gesetzes. Es kann aber nicht Wunder nehmen, daß demzufolge die weniger gewissenhaften Ärzte in der Lage sind, die Unfallspatienten gehörig auszubeuten, beziehungsweise durch Überbehandlung der Verletzten die Bank schwer zu belasten. Nachstehende Daten sind in dieser Hinsicht nicht ohne Bedeutung. Indem für die Jahre 1903 und 1904 die Rentenauszahlungen an Erwerbsunfähige betrugen 113.000, beziehungsweise 377.000 fl. und die Hinterbliebenenrenten 21.000, beziehungsweise 72.000 fl., waren die zeitlichen Auszahlungen (für die ersten sechs Wochen) bis zur Summe von 485.000, beziehungsweise 702.000 fl. gestiegen und die Kosten des Heilverfahrens bis zu 277.000, beziehungsweise 494.000 fl.

Das System, alle sich im ganzen Lande ereignenden Unfälle, welche eine Arbeitsunfähigkeit von mehr als drei Tagen herbeiführen, von einem Zentralpunkte aus in Behandlung zu nehmen, ist weiter sehr kostspielig in dem Sinn, daß es ein sehr zahlreiches Verwaltungspersonal erfordert. Dabei ist zu bemerken, daß im Gesetz allwöchentliche Auszahlung aller Entschädigungen vorgesehen ist, sowie daß von allen Entscheidungen über Bewilligung und Ablehnung einer Entschädigung dem Verletzten sowie dem Arbeitgeber (oder der risiko-

Digitized by Google

tragenden Körperschaft, worüber näheres hier unten), und den örtlichen Ausschüssen, welche sich mit der Sache befassen können (unter Umständen sind es deren drei, nämlich der Ausschuß des Wohnortes des Verletzten, derjenige des Wohnortes des Arbeitgebers und derjenige des Ortes, wo der Unfall sich ereignete), eine Abschrift übersandt werden soll. Am 1. Februar 1903 war ein Personal von 124 Beamten und Schreibern im Dienste der Bank, am 1. Jänner 1904 war es bis auf 248 gestiegen und ein Jahr später bis auf 506. Die Verwaltungskosten betrugen 427.000 fl. im Jahre 1903 und 663.000 fl. im Jahre 1904. Es fallen jedoch nicht diese Totalsummen zur Last der Bank, da laut Gesetzesvorschrift die Besoldung der Beamten zur Hälfte vom Staat getragen wird. Dieser Staatsbeitrag betrug in den ersten Jahren 144.000, beziehungsweise 172.000 fl. Nichtsdestoweniger bilden die der Bank zur Last bleibenden Verwaltungskosten eine überaus drückende Bürde, obgleich die höchste Sparsamkeit vorherrscht, wie ersichtlich aus der dürftigen Behausung des Personals in einigen nicht zum Bureaudienst geeigneten Privathäusern und der für die teuren hauptstädtischen Lebensverhältnisse ziemlich kargen Besoldung desselben.

In zweiter Linie unterscheidet das niederländische Gesetz sich darin von den meisten anderen, daß es mit der Zwangsversicherung bei einer staatlichen Anstalt die Befugnis des Arbeitgebers zur Selbstversicherung oder auch zur Übertragung seines Risikos an eine Aktiengesellschaft oder sonstige Rechtspersönlichkeit besitzende Vereinigung verbindet. Es ist den Arbeitgebern sehr leicht gemacht worden, sich dieser Befugnis zu bedienen, zumal der Befugnis, das Risiko zu übertragen. Der Arbeitgeber, beziehungsweise die risikotragende Gesellschaft bekommt die erforderliche königliche Erlaubnis nach Bestellung eines Pfandes, dessen Höhe nach den im Verwaltungsweg erlassenen Vorschriften der übernommenen Verpflichtungen gemäß zu berechnen ist. Von jedweder Bemühung

Digitized by Google

mit der Behandlung und der Entschädigung des Verletzten ist der Risikoträger enthoben. Aufgabe der Bank bleibt die Unfallserhebung, die Überwachung des Heilverfahrens, die Auszahlung der Entschädigungen. Dem Risikoträger zur Last fällt nur die Rückzahlung der von der Bank entrichteten Auszahlungen, sowie die Einzahlung des von der Direktion der Bank berechneten Kapitalwertes der Rente, sobald diese endgültig festgestellt ist. Für den Arbeitgeber, der selbst das Risiko trägt, ist die Entrichtung des Kapitalwertes eine Zahlung à fonds perdu, also daß er keine weiteren Raten zurückzuzahlen hat, aber auch Nichts zurückfordern kann nach erfolgtem Tode oder Reaktivierung des Verletzten, indem die risikotragende Gesellschaft für weitere Raten haftet und den Kapitalwert nur als Pfand stellt für die Erfüllung der ihr obliegenden Verpflichtungen. Weiter haben die Risikoträger einen Anteil an den Verwaltungskosten beizusteuern, der gemäß der bezüglichen Verordnung also bemessen ist, daß er ungefähr zwei Drittel beträgt des den bei der Bank versicherten Arbeitgebern zur Last fallenden Anteiles, welcher im von diesen Letzteren zu entrichtenden Prämienbetrag enthalten ist.

Zur Selbstversicherung haben nur einzelne Unternehmer sich entschlossen, weil die erforderliche Sicherheit nur von sehr kapitalkräftigen Unternehmern geleistet werden kann. Außer dem Staate, einigen Provinzen und einigen Gemeinden von mehr als 20.000 Einwohnern, welche der Verpflichtung um Sicherheit zu stellen enthoben sind, sind es nur eine einzelne Gemeinde von weniger als 20.000 Einwohnern, eine der beiden großen Aktiengesellschaften, die die Staatseisenbahnen in Betrieb haben, die weltbekannte Fabrik für Kakaobereitung Van Houten und eine größere Papierfabrik in Maastricht. Sehr bedeutend dagegen ist die Zahl derer, die das Risiko übertragen haben, entweder einer der vier privaten Versicherungsunternehmungen, welche diesen neuen Zweig der Versicherung in ihren Geschäftskreis einbezogen haben, oder einer der vier

Digitized by Google

Aktiengesellschaften, beziehungsweise Vereinigungen, welche sich anläßlich der Bestimmungen des Unfallgesetzes zu diesem Zwecke gebildet haben. Den privaten Versicherungsgesellschaften war es ein Leichtes, die Arbeitgeber zu sich heranzuziehen durch das Anerbieten, sie zu niedrigeren Tarifsätzen als den offiziellen zu versichern, es sei denn, daß sie auf Grund früherer Erfahrungen urteilten, daß die offiziellen Sätze mitunter zu hoch gegriffen wären, oder auch, daß sie meinten, bestimmte Risikos zu niedrigeren Sätzen übernehmen zu können. Die Verordnung zur weiteren Ausführung der betreffenden Gesetzesbestimmungen hat es ihnen bequem gemacht durch die Vorschrift, daß sie sich zu jedem beliebigen Momente von einem übernommenen Risiko lossagen können durch die bloße Meldung eines solchen Vorhabens an die Direktion der Bank. Von den vier neugegründeten Körperschaften sind zwei nicht wesentlich von diesen privaten Versicherungsunternehmungen unterschieden, während die zwei anderen mehr als eine Art Unternehmersyndikate zu betrachten sind. Eine dieser zwei nähert sich dem Typus Berufsgenossenschaft, da nur solche Unternehmer zur Beitretung befugt sind, die dem Betriebe der Hausmaler und Anstreicher angehören. Die andere, die kapitalkräftigste dieser Körperschaften, die sogenannte »Zentrale Risikobank der Arbeitgeber« schließt prinzipiell keine Art von Unternehmen aus, übt aber scharfe Kontrolle aus, daß nur solche angenommen werden, welche genügende Garantie bieten für eine tüchtige Geschäftsführung und für möglichst sorgfältige Anwendung der erforderlichen Unfallverhütungsmaßregeln. Ihre Organisation geht aus von dem Grundgedanken, die Vorteile der Selbstversicherung und der Risikoübertragung, sowie die des Umlage- und des Kapitaldeckungsverfahrens womöglich zu kombinieren. Jedes Mitglied haftet für die Folgen der in seinem Unternehmen erfolgten Unfälle, jedoch werden die Entschädigungen für Massenunfälle gemeinschaftlich getragen.

Digitized by Google

Die Gesamtzahl der den obengenannten Körperschaften beigetretenen Unternehmungen beträgt zur Zeit ungefähr 35.000, indem etwa 40.000 die Versicherung bei der Bank abgeschlossen haben, also nur wenig mehr als die Hälfte. Und wenn man nach den versicherten Lohnbeträgen unterscheidet, wird sich mutmaßlich sogar ergeben, daß nur etwa ein Drittel des Gesamtlohnbetrages unmittelbar bei der Bank versichert ist.

Ob es für die erwähnten privaten Gesellschaften auf die Dauer ein lohnendes Geschäft sein wird, diese Risikoversicherung zu treiben, und ob es für den Arbeitgeber vorteilhaft ist, sich der privaten Versicherung zu bedienen, muß nach der kurzen Erfahrung von zwei Jahren dahingestellt bleiben. Fraglich ist übrigens auch, ob es für die Wahrung der Interessen der Versicherten gleichgültig ist, welcher Versicherungsweise der Arbeitgeber sich anschließt. Jedenfalls sind die Verletzten bei der Privatversicherung in ungünstigerer Lage, insofern die ihnen von der Bank bewilligten Entschädigungen aberkannt werden können, falls die risikotragende Gesellschaft sie im Berufsverfahren anficht. Zwar ist die gleiche Befugnis dem Arbeitgeber, dessen Unternehmen bei der Bank versichert ist, eingeräumt, doch wird tatsächlich niemals von dieser Befugnis Gebrauch gemacht. Daß übrigens die Privatversicherung für die Geschäftsführung der Bank eine Entlastung nicht herbeigeführt, sondern sie vielmehr mit neuen Arbeiten überbürdet hat, steht jetzt wohl fest. Die monatliche Abfassung der Listen, worauf die von der Bank ausgezahlten Entschädigungen der Gesellschaften in Anschlag gebracht werden, die Berechnung des denselben zur Last fallenden Anteiles an den Verwaltungskosten, die Berechnung und Verwaltung der Pfänder, die Korrespondenz über fragliche Punkte jeder Art sowie über Streitigkeiten anläßlich der bewilligten Entschädigungen, alle diese Arbeiten erfordern ein zahlreiches und sachkundiges Personal, das bei Ausschließung der Privatversicherung zum größten Teile entbehrlich wäre.

Digitized by Google

Was von den Risikoträgern zu den Verwaltungskosten beigesteuert wird, betrug im Jahre 1903 eine Summe von 218.000 fl. (der Betrag für das Jahr 1904 konnte noch nicht festgesetzt werden), ein jedenfalls beträchtlicher, jedoch vielleicht verhältnismäßig noch zu geringer Beitrag.

Hinsichtlich der Prämienabführung ist es eine Eigentümlichkeit des niederländischen Gesetzes, daß dieselbe ganz der Initiative der Arbeitgeber anheimgegeben ist. Halbjährlich soll der Arbeitgeber, dessen Unternehmung bei der Bank versichert ist, die Lohnliste, die er zu führen hat, einsenden mit Hinzufügung der Berechnung des Prämienbetrages, den er für den in Betracht kommenden Zeitraum zu entrichten hat. Gleichzeitig soll er den Betrag an das Postamt abführen und eine der ihm ausgestellten Quittungen an die Direktion einsenden. Falls zuviel bezahlt worden ist, wird der Unterschied ihm kostenlos übersandt, falls zuwenig entrichtet wird, wird der Fehlbetrag eingefordert. Die Unternehmer sind von der Direktion der Bank in sechs Gruppen eingeteilt worden mit Festsetzung verschiedener Fälligkeitstage, also daß die erste Gruppe am 15. Jänner und am 15. Juli zahlen soll, die zweite am 15. Februar und am 15. August usw. Diese Regelung, die eine gleichmäßige Verteilung der mit der Prüfung der Lohnlisten und der Prämienberechnung verbundenen Arbeiten über das ganze Jahr zum Zwecke hatte, hat sich aber nicht bewährt, weshalb neuerdings der 1. Jänner und der 1. Juli als allgemeine Fälligkeitstage für alle Unternehmungen festgesetzt worden sind.

Es hat sich nun gezeigt, daß der Gesetzgeber zu hohe Meinung hatte von der Einsicht der Mehrzahl der Unternehmer, als er ihrer Initiative soviel zutraute. Schon das Führen der Lohnlisten war vielen beschwerlich, und den Beauftragten der Bank, denen unter anderem auch die Aufsicht über die richtige Beibehaltung der Lohnlisten obliegt, fehlt die Zeit, um sich dieser Aufgabe gehörig zu widmen, wo eine

Digitized by Google

oberflächliche Kontrolle nicht genügt, sondern die Mehrzahl der Unternehmer der Belehrung und des Beistandes bedürftig ist. Es erfolgt weiter die Berechnung des Prämienbeitrages öfters in ganz fehlerhafter Weise und auch wird der Fälligkeitstag von den Unternehmern häufig außer Acht gelassen. So geschah es, daß wohl etwa 60% der Unternehmer nicht innerhalb der bestimmten Frist die erforderlichen Schriftstücke einreichten und die Prämie zahlten. Der alsdann vorschriftsmäßig dem säumigen Arbeitgeber zugestellten Aufforderung, den schuldigen Betrag innerhalb acht Tagen einzuzahlen, wird in der Regel nur von weiteren 35% Folge geleistet. In den erübrigenden Fällen sollte nach den Bestimmungen des Gesetzes zur Zwangsvollstreckung geschritten werden. Eine so massenhafte Zwangsvollstreckung wäre aber kaum durchführbar und würde gewiß nicht zur Popularisierung des Gesetzes beigetragen haben. Also entschloß sich die Direktion, vorläufig nur dann Zwangsbefehle zu erlassen, als auf Grund einer näheren Untersuchung durch einen Agenten sich ergäbe, daß nicht nur Unwissenheit oder Sorglosigkeit im Spiele war.

Es ist selbstverständlich, daß all diesen Umständen zufolge die Prämienbeiträge nur mit großer Verspätung einliefen und daß darin nur allmählich eine Besserung eintritt. In den elf Monaten des Dienstjahres 1903 sind 672.000 fl. eingezahlt worden. Wenn man aber in Betracht zieht, daß von den im ersten Halbjahr 1904 verabfolgten Einzahlungen der größere Teil dem Rechnungsjahr 1903 angehört, kann die Gesamtsumme der Prämien für dieses Jahr auf etwa eine Million veranschlagt werden. Im Jahre 1904 sind im ganzen 1,237.000 fl. eingezahlt worden.

Was zur Zeit der Behandlung des Unfallgesetzes schon von mehreren Seiten betont wurde, nämlich daß es zweckmäßiger wäre, die Krankenversicherung vorangehen zu lassen, ist nach den Erfahrungen der letzten Jahre wohl zur communis

Digitized by Google

opinio geworden. Nicht nur weil die Behandlung der unerheblichen Unfälle durch die Reichsbank eine kostspielige und weitläufige Geschäftsführung erfordert und überdies zur Simulation und zum Betrug gleichsam herausfordert, aber auch weil der Zusammenlauf der Unfallversicherung und der privaten Krankenfürsorge öfters zur Folge hat, daß sowohl Krankengeld als Unfallsentschädigung ausgezahlt wird und das Heilverfahren doppelt honoriert wird, einmal von der Krankenkasse und zweitens von der Reichsversicherungsbank. Welche Unzuträglichkeiten dies zur Folge hat, bedarf wohl keiner näheren Ausführung.

Also wurde es zur allgemeinen Überzeugung, daß der nächste Schritt auf dem Gebiete der allgemeinen Sozialpolitik die Krankenversicherung sein sollte. Ein Gesetzentwurf wurde ausgearbeitet und samt einem mit demselben in Zusammenhang stehenden Entwurf zur teilweisen Abänderung des Unfallversicherungsgesetzes noch im Anfang der Sitzung 1904/05 der zweiten Kammer zugestellt. Der Entwurf bezweckt, dem Arbeitnehmer im Krankheitsfalle ärztliche Behandlung samt Arzneien und Heilmitteln, im Todesfalle Begräbnisgeld zu gewähren und ihm im Falle der Arbeitsunfähigkeit eine Unterstützung zu versichern bis zum 180. Tage. Falls die Arbeitsunfähigkeit Folge ist eines Betriebsunfalles in einem versicherungspflichtigen Betriebe, fällt der Arbeiter der Krankenkasse zur Last bis zum Ablauf der 13. Woche; nur bei nach diesem Zeitraume dauernder Unfähigkeit tritt die Reichsversicherungsbank an die Stelle der Kasse. Auch kann die Bank früher einschreiten, falls die von der Krankenkasse gewährte ärztliche Behandlung ihr nicht zweckmäßig erscheint, in welchem Falle sie die Fürsorge für Behandlung und Entschädigung übernimmt gegen nachherigen Ersatz seitens der Kasse. Das Krankengeld beträgt 70% des Taglohnes, wie die zeitliche Auszahlung des Unfallgesetzes; jedoch wird es zur Hälfte gekürzt, sobald der Versicherte, obgleich noch nicht völlig er-

Digitized by Google

werbsfähig, wieder einige Lohnarbeit verrichtet. Eine derartige Bestimmung ist auch in das Abänderungsgesetz zum Unfallgesetze einbezogen worden, um den Übelstand zu beseitigen, daß bis zum Ablauf der sechsten Woche fortwährend 70% ausgezahlt werden sollen, weil der Verletzte noch nicht imstande ist, im Unternehmen seines Arbeitgebers seine gewöhnliche Arbeit zu verrichten (Wortlaut des § 20), obwohl er öfters schon mit etwaiger anderer Arbeit einen gewissen Taglohn verdient oder wenigstens verdienen kann. Diese Abänderung ist notwendig mit Bezug auf den Umstand, daß auch in der Zukunft noch manche Verletzte vom ersten Tag an der Reichsversicherungsbank zur Last fallen, indem sie von der Krankenversicherung ausgeschlossen sind. Namentlich ist dies der Fall bei den unständigen Arbeitern. Anderseits ist aber auch der Kreis der Versicherten im Krankengesetz viel weiter gezogen als im Unfallgesetze: ersteres umfaßt mit einigen wenigen Ausnahmen alle Personen im Alter von 16 Jahren an, welche gegen Gehalt oder Lohn in einem Unternehmen oder einer Einrichtung in einem festen Dienstverhältnisse, d. h. für wenigstens 6 Tage, beschäftigt sind und deren Lohn oder Gehalt 1200 fl. nicht übersteigt. Es bleibt dabei dem königlichen Verordnungsrecht vorbehalten, diese Lohngrenze für bestimmte Gemeinden herabzusetzen. Hierbei ist zu bemerken, daß im Unfallgesetze die allgemeine Lohngrenze zu 4 fl. pro Arbeitstag festgesetzt ist, jedoch in dem Sinne, daß die Personen, deren Gehalt oder Lohn diesen Betrag übersteigt, nicht von der Versicherung ausgeschlossen sind, jedoch nur nach diesem Maßstab entschädigt werden. Von der Krankenversicherung ausgeschlossen sind weiter nur die weiblichen Dienstboten, die Seeleute und die im Reichs-, Provinzial- und Kommunaldienst stehenden Personen, für welche anderweitig gehörige Krankenfürsorge getroffen ist. Übrigens erstreckt sich die Zwangsversicherung auf die einwohnenden Familienangehörigen des Versicherungspflichtigen, nämlich auf die Kinder im Alter

Digitized by Google

unterhalb 16, auf die erwerbsunfähigen Aszendenten und Deszendenten, und weiter, sofern sie nicht selbst als ständige Arbeiter sind versicherungspflichtig, auf die verheiratete Frau, auf die Kinder vom 16. bis zum 18. Jahr und auf die Aszendenten im Alter von mindestens 65 Jahren. Den Familienangehörigen wird gewährt freie ärztliche Behandlung samt Arzneien und Heilmitteln, ferner Geburtshilfe für verheiratete Frauen und im Todesfall Begräbnisgeld; das Krankengeld aber wird nur den versicherungspflichtigen Arbeitern selbst gewährt, also auch der Wöchnerin, welche ständige Arbeiterin ist. Der unverheirateten Wöchnerin wird im Entwurfe jedwede Hilfe und Unterstützung versagt.

Das System der Beitragszahlungen ist nun folgendes: Der Arbeitgeber zahlt die ganze Prämie, hat aber die Befugnis, den auf den Arbeitnehmer entfallenden Teil bei der Lohnzahlung einzuziehen. Der Beitrag entfällt zum Drittel auf den Arbeitgeber, sofern derselbe die Versicherung der versicherungspflichtigen Person selbst betrifft. Der Zusatzbeitrag für die Familienversicherung fällt den versicherungspflichtigen Arbeitern zur Last, aber nicht wie im deutschen Rechte, also daß ein jeder zahlt, was zur Versicherung seiner Familienangehörigen nötig ist, vielmehr also daß der zur allgemeinen Familienversicherung erforderliche Beitrag umgelegt wird über alle Versicherungspflichtige, ob sie ledig sind oder verheiratet, ob sie eine große oder eine kleine Familie zu ernähren haben. Auf den Arbeitgeber entfällt wieder der Zusatzbeitrag, der erhoben werden soll auf Grund höherer Erkrankungsgefahr des Betriebes. Es ist nämlich eine Einteilung der Betriebe in einige wenige Gefahrenklassen mit Bezug auf die Erkrankungsgefahr in Aussicht genommen. Diese Einteilung soll im Verordnungswege erfolgen. In der Begründung des Entwurfes ist des Näheren erörtert, in welchem Sinne die Regierung sich die Durchführung dieser Bestimmungen denkt. Mutmaßlich werden vier Gefahrenklassen festgesetzt werden. In der niedrigsten wäre dann

Digitized by Google

die wöchentliche Prämie auf einen Betrag von 2·4 bis 7·1 Cent pro Tag zu stellen je nach dem gesetzlichen Durchschnittslohn in derjenigen der zehn Lohnklassen, welcher der Versicherte angehört. Diese Durchschnittslöhne sind im Gesetze selbst auf 25, 50, 70, 90, 110, 150, 200, 250, 300 und 360 Cent festgesetzt. In der zweiten Klasse wäre der tägliche Prämienbetrag 2·8 bis 8·6 Cent, in der dritten 3·2 bis 10·2, in der vierten 3·5 bis 11·7 Cent. Der Teil, der auf die Familienversicherung entfällt, wäre alsdann in jeder Gefahrenklasse auf 1·2 bis 1·6 Cent zu stellen, also mit geringen Erhöhungen in den höheren Lohnklassen. Nach der obenerwähnten Berechnungsweise fiele dem Arbeitgeber zur Last: in der niedrigsten Gefahrenklasse 0·4 bis 1·8 Cent, d. h. ein Drittel von 2·4—1·2 bis von 7·1—1·6 Cent; in der nächstfolgenden 0·8 bis 3·3 Cent, weil für die höhere Erkrankungsgefahr weitere 0·4 bis 1·5 Cent beizusteuern sind; in der dritten 1·2 bis 4·9, in der höchsten Klasse 1·5 bis 6·4 Cent.

Der Tarif soll ungefähr nach diesem Vorbilde vom Minister des Innern festgesetzt werden für die staatlichen Krankenkassen, deren Einführung über das ganze Reich in Aussicht genommen ist, je eine in den Gemeinden, deren Einwohnerzahl 5000 übersteigt und weiter in Verbänden von kleineren Gemeinden. Es sollen jedoch neben diesen offiziellen Körperschaften Privatkassen und Unternehmerkassen anerkannt werden, die selbständig ihre Tarife festsetzen können, jedoch vom Arbeiter keinen höheren Betrag fordern dürfen, als er der Distrikts-Krankenkasse (offizieller Name der staatlichen Anstalten) schulden würde. Die Unternehmer- oder Betriebskassen bedürfen der königlichen Genehmigung. Die Statuten sollen festgesetzt werden in einer Versammlung der ständigen Arbeiter, in welcher dem Arbeitgeber nicht mehr als ein Drittel der Stimmen eingeräumt werden soll. Der Vorstand soll bestehen aus einer ungleichen Zahl Mitglieder, deren kleinere Hälfte vom Unternehmer bestellt und deren Vorsitzender von

Digitized by Google

ihm ernannt wird. Der Arbeitgeber, der wenigstens 50 ständige Arbeiter in seinem Dienst haben soll, hat zur Sicherstellung der seiner Kasse obliegenden Verpflichtungen ein Pfand zu bestellen, das von der Reichsversicherungsbank verwaltet wird, und hat der Kasse einen Vorschuß zu gewähren, falls der Kassenbestand ungenügend ist. Die den Arbeitern zu gewährenden Entschädigungen sollen nicht andere noch höhere sein, als die im Gesetz vorgesehenen. Auch die Privatkassen bedürfen der königlichen Genehmigung, sind jedoch bedeutend freier in ihrer Einrichtung. Jede Aktiengesellschaft oder sonstige Rechtspersönlichkeit besitzende Vereinigung kann sich als Krankenkasse organisieren unter der Bedingung, daß sie den bei ihr versicherten Arbeitern alle die im Gesetz vorgesehenen Entschädigungen gewährt (ärztliche Behandlung, Unterstützung, Begräbnisgeld) und daß sie den Mitgliedern keine höhere Dividende als zu 4% des eingezahlten Kapitales auszahlt. Auch haben sie der Reichsversicherungsbank ein Pfand zu stellen. Es ist der Privatkasse erlaubt, nur bestimmte Arbeitergruppen in ihre Versicherung einzubeziehen, jedoch nicht bestimmte, diesen Gruppen angehörende Arbeiter zurückzuweisen. Die Betriebskasse kann selbstverständlich keine dem Unternehmen angehörenden Arbeiter ausschließen; auch sind die im Unternehmen beschäftigten Personen zur Beitretung verpflichtet. Übrigens besteht im allgemeinen Freiheit für die Arbeiter zu wählen zwischen der Distriktskasse ihres Wohnortes und einer Privatkasse. Die Distriktskassen sind in finanzieller Hinsicht der Aufsicht der Reichsversicherungsbank unterstellt. Die Verwaltung derselben wird vom Minister des Innern bestellt; sie wird geführt von einem Direktor und einem aus Vertretern der Beteiligten (Arbeitgeber, Arbeitnehmer, Ärzte usw.) zusammengesetzten Aufsichtsrat. Der Staat gewährt unter bestimmten Voraussetzungen den finanziell schwachen Kassen einen Zuschuß zu den Verwaltungskosten.

Digitized by Google

Die Oberaufsicht über die richtige Ausführung des Gesetzes soll geführt werden von Staatsbeamten, Versicherungskontrollöre genannt. Zu ihrer Aufgabe gehört unter mehr die Entscheidung in Fragen über Versicherungspflicht und über Einteilung in Gefahren- und Lohnklassen und die amtliche Einschreibung von versicherungspflichtigen Personen, die der Meldungspflicht nicht genügen. Für die Entscheidung von Streitigkeiten über die Höhe der Prämienbeiträge sowie der Entschädigungen sind die bürgerlichen Gerichte zuständig, nicht die speziellen, kraft des Unfallgesetzes eingesetzten Berufungsgerichte.

Freiwillige Versicherung, die auf dem Gebiete der Unfallversicherung ausgeschlossen ist, ist bei der Krankenversicherung zulässig. Freiwilliger Beitritt zu den Distriktskassen ist nämlich allen solchen Personen gestattet, deren Jahreseinkommen dasjenige der versicherungspflichtigen Personen nicht übersteigt. Jedoch soll die Versicherung erfolgen nach einem Spezialtarif, der dem Alter des Versicherten und seiner Familienangehörigen Rechnung trägt. Im Verordnungswege soll diese freiwillige Versicherung näher geregelt werden. Die Entschädigungen werden vom Staate gewährleistet. Den Privatkassen ist die Zuziehung von nicht versicherungspflichtigen Personen gestattet; es fällt jedoch diese Versicherung außer den Rahmen des Gesetzes.

Die Kosten der Durchführung der Krankenversicherung, die dem Staatsbudget zur Last kommen, werden auf 850.000 Gulden veranschlagt (Aufsicht und Zuschuß zu den Verwaltungskosten).

Ungefähr zur selben Zeit als der Krankenkassenentwurf sind der zweiten Kammer noch zwei Entwürfe zugestellt worden, welche die Ausdehnung der Unfallversicherung auf die Gebiete des Ackerbaues und der Seefischerei zum Zweck haben. Schon bei der Behandlung des Unfallgesetzes, das im wesentlichen den Fabriks- und Handwerksbetrieb umfaßt, wurden Stimmen laut, welche der Einbeziehung des Ackerbaues und der Seefischerei in den Rahmen des Gesetzes das Wort redeten.

Digitized by Google

Die Regierung antwortete darauf, daß es nicht angebracht wäre, die Versicherung dieser Berufszweige, die eine besondere Organisation verlangten, im selben Gesetze wie die Gewerbeversicherung zu regeln, und daß es tatsächlich nahezu unmöglich wäre, diese verschiedenartigen Versicherungen gleichzeitig einzuführen, daß aber nach Einführung der Gewerbeversicherung die Ausarbeitung von Sondergesetzen für die Landwirtschaft und die Seefischerei baldigst folgen würde.

Die auf Grund dieses Versprechens ausgearbeiteten Entwürfe stehen auf demselben Boden als das Unfallgesetz, d. h. die Versicherung dieser Berufszweige soll bei der Reichsversicherungsbank stattfinden, mit Befugnis der Unternehmer, das Risiko selbst zu tragen oder es einer Aktiengesellschaft oder Vereinigung zu übertragen. Anfangs war, was die Seefischerei betrifft, die Ausgestaltung von Berufsgenossenschaften beabsichtigt. Davon wurde aber Abstand genommen auf Grund des Gutachtens der zuständigen Aufsichtsbehörde (des Kollegiums für die Seefischerei), die hervorhob, daß die Organisation unserer Fischereibetriebe, die in überwiegender Mehrzahl von wenig kapitalkräftigen und wenig ausgebildeten Unternehmern geleitet werden und dem Kleinbetriebe angehören, eine Ausbildung von Genossenschaften nicht ermögliche.

Ist also die Organisation der Seefischerei- sowie der Ackerbauversicherung im wesentlichen dieselbe als die Organisation der Gewerbeversicherung, in mancher Hinsicht bedingt die Eigenart dieser Betriebe eine Abweichung von den Bestimmungen des Unfallgesetzes. Zuerst ist es eine bedeutende Abweichung in der landwirtschaftlichen Versicherung, daß nicht nur die Arbeitnehmer, sondern auch die Arbeitgeber der Versicherung unterliegen. Grundsätzlich erachtete die Regierung es angebracht, die kleinen Arbeitgeber in die Versicherung einzubeziehen, weil diese an der täglichen Arbeit teilnehmen und denselben Gefahren ausgesetzt seien als die Arbeiter — ein Motiv, das, beiläufig gesagt, auch beim Kleingewerbe zur Ein-

Digitized by Google

beziehung des Arbeitgebers in die Versicherung führen sollte. Da es aber sehr schwierig sei, die Grenzlinie zu ziehen zwischen dem großen und dem kleinen Arbeitgeber, entschloß die Regierung sich, die Versicherung auf alle Unternehmer zu erstrecken, jedoch mit dem Vorbehalt, daß zur Berechnung der Entschädigungen niemals ein höherer Taglohn als zu vier Gulden maßgebend sein sollte. Übrigens wird ihr Durchschnittseinkommen auf 500 Gulden festgesetzt, mit Befugnis des Versicherten, falls diese Summe mit der Wirklichkeit nicht übereinstimme, Schätzung zu beantragen.

Eine zweite Abweichung ist, daß vom Lohnlistenzwang Abstand genommen wird. Den Entschädigungen wird ein Durchschnittslohn zugrunde gelegt. Auch werden die Prämienbeiträge nicht erhoben von den tatsächlich ausgezahlten Lohnsummen, sondern von einem abgeschätzten, zur Bewirtschaftung des Betriebes durchschnittlich pro Jahr erforderlichen Betrag. Zur Abschätzung der Durchschnittslöhne sowie der für die Bewirtschaftung der Grundstücke erforderlichen Auslagen sollen Gemeindeausschüsse eingesetzt werden, deren Mitglieder von der Gemeindevertretung, womöglich aus den an den versicherungspflichtigen Betrieben beteiligten Personen gewählt werden, und worin der Bürgermeister den Vorsitz führt. Gegen die vom Ausschuß festgesetzten ortsüblichen Tagelöhne für die verschiedenen Arbeitergruppen in den verschiedenen Betrieben kann Berufung eingelegt werden beim ständigen Ausschuß der Provinzialvertretung (die sogenannten deputierten Staaten), von den Arbeitgebern, den Arbeitern, der Reichsversicherungsbank und den Ortsausschüssen, die nach dem Vorbilde der kraft des Unfallgesetzes eingesetzten Kommissionen zur Kontrollierung der Ausführung des Gesetzes auch für die landwirtschaftliche Versicherung eingeführt werden sollen. Das Verzeichnis der Löhne wird von fünf zu fünf Jahren einer Revision unterzogen. Es können aber auch die deputierten Staaten innerhalb dieser Frist eine Revision anordnen.

Digitized by Google

In zweiter Linie liegt den obenerwähnten Gemeindeausschüssen die Festsetzung der Prämienbeiträge ob, welche also den Bemühungen des Arbeitgebers sowie der Beaufsichtigung seitens der Direktion der Bank entzogen sind. Es soll die Bildung von einigen wenigen Gefahrenklassen ohne nähere Abstufung nach Prozentsätzen im Verordnungswege erfolgen. Die Einreihung der Betriebe in die entsprechenden Gefahrenklassen ist Sache des Gemeindeausschusses, der Direktion der Bank ist nur die Entscheidung vorbehalten über die Vorfrage, ob der Betrieb überhaupt versicherungspflichtig sei, hinsichtlich welcher Frage sie übrigens das Gutachten des Ausschusses einholen soll. Weiter hat alsdann der Ausschuß mit Berücksichtigung der Zahl und der Art der Arbeiter, die in dem betreffenden Betriebe in der Regel beschäftigt sind, sowie der zur Bewirtschaftung erforderlichen Arbeitstage dem örtlichen Lohnverzeichnis gemäß abzuschätzen, welche Lohnsumme der Berechnung des Beitrages zugrunde gelegt werden soll und wie hoch der Beitrag sich stelle. Bei den Berufungsgerichten für Unfallversicherung kann Berufung eingelegt werden. Übrigens bleibt der festgesetzte Betrag auch für folgende Jahre gelten, so lange nicht eine derartige Veränderung in der Lage des Unternehmens oder in der Bewirtschaftung der Grundstücke eintritt, daß eine anderweitige Veranlagung geboten ist. Eine proportionelle Herabsetzung des Beitrages kann verlangt werden im Falle einer durch außergewöhnliche Verhältnisse bedingten Einschränkung des Betriebes.

Im übrigen ist die landwirtschaftliche Versicherung der gewerblichen ganz ähnlich. Zu bemerken ist, daß sie alle landwirtschaftlichen und forstwirtschaftlichen Betriebe, die Viehzucht, den Gartenbau und die Gemüsegärtnerei umfaßt und außerdem solche Nebenbetriebe, welche in Abhängigkeit zu dem Hauptbetriebe von den darin beschäftigten Personen vorgenommen werden. Die ständigen Arbeiter in all diesen Betrieben unterliegen der Krankenversicherung.

Digitized by Google

Die Seefischereiversicherung soll sich nicht nur auf die Hochseefischerei, sondern auch auf den Südsee- und Wattfischfang, sowie auf den Fischfang auf den Binnenwässern, falls dieser auch, sei es bloß ausnahmsweise, im offenen Meere betrieben wird, erstrecken (welche letzten Zweige der Fischerei bis jetzt nach dem Gewerbeunfallgesetz versichert sind), weiter auch auf die Tätigkeiten in den Fischereiunternehmungen, die als Hilfsbetriebe im Dienste des Hauptbetriebes vorgenommen werden, schließlich auf wissenschaftliche Forschungen im Meeresgebiete. Also ist eine vollständige Seeunfallversicherung nicht vorgesehen. Etliche Nebenbetriebe der Seefahrt sind nach dem Gewerbeunfallversicherungsgesetz versichert, die eigentliche Seefahrt aber, soweit sie nicht Seefischerei ist, fällt außer den Rahmen dieser Gesetze. Die Hochseefischer sind nicht in die Krankenversicherung mit einbezogen; demnach wird ein Teil der Personen, die nach dem Seefischereigesetz versichert sind, auch für die Dauer der ersten 13 Wochen der Reichsversicherungsbank zur Last fallen.

Mit der landwirtschaftlichen Versicherung stimmt diese Versicherung darin überein, daß auch Arbeitgeber der Versicherung unterworfen sind, jedoch nur solche, welche sich an der eigentlichen Berufstätigkeit beteiligen. Die Bestimmung, daß der Versicherung unterliegen nur diejenigen Arbeitgeber, die ein einziges Schiff besitzen, auf welchem sie selbst mitfahren zum Fischfang, soll diese Auffassung zum Ausdruck bringen.

Zweitens ist hervorzuheben, daß in dieser Versicherung wie ind er landwirtschaftlichen die Entschädigungen nicht nach dem tatsächlich verdienten Lohn, sondern nach einem Durchschnittslohn bemessen werden. Dieser Durchschnittslohn aber soll bei königlicher Verordnung festgesetzt werden für die verschiedenen Betriebe und die verschiedenen Arbeitergruppen. Für den Unternehmer, der versichert ist, soll als Jahreseinkommen gelten der Lohnbetrag, der festgesetzt wird für den Schiffer eines gleichartigen Fahrzeuges. Damit in der Hochsee-

Digitized by Google

fischerei, die in verschiedene Betriebszweige zerfällt, welche zu verschiedenen Saisonen öfters von denselben Arbeitern betrieben werden, von vornherein feststehe, welcher Betrag als Jahreslohn gelten soll für die dabei beschäftigten Personen, sollen ihre Namen, sobald sie in ein Dienstverhältnis eingetreten sind, in ein Register eingetragen werden, das die Aufzeichnung enthalten soll, in welchem Betriebe oder in welchen Betrieben der Betreffende im nächsten Jahr voraussichtlich tätig sein wird. Das Register soll geführt werden vom Wasserschulzen (einer polizeilichen Behörde in den Seehäfen) oder vom Bürgermeister, und eine Abschrift soll der Reichsversicherungsbank zugestellt werden.

Die festgesetzten Durchschnittslöhne sollen auch der Beitragserhebung zugrunde gelegt werden. Die Berechnung der Beiträge erfolgt übrigens auf eine andere Weise als bei der Gewerbeversicherung. Es soll nämlich nicht dem ganzen Unternehmen, in welchem öfters ganz verschiedenartige Betriebstätigkeiten ausgeübt werden, ein einheitlicher Prozentsatz zugeteilt werden, sondern für diese verschiedenartigen Tätigkeiten sollen im Tarif Prozentsätze festgesetzt werden zur Berechnung des Beitrages. Der Unternehmer braucht keine Lohnliste zu führen, nur die Aufzeichnungen über die Art der verübten Tätigkeiten und über die in jedem Teil des Unternehmens beschäftigten Arbeiter zu besorgen, welche die Festsetzung des Beitrages der Direktion der Bank ermöglichen sollen. Eine Klassifikation der Unternehmer wie die im § 37 des Unfallgesetzes vorgesehene ist also hier ausgeschlossen. Nur soll ein Register von der Direktion der Bank geführt werden, das die Aufzeichnung enthalten soll der verschiedenartigen im Unternehmen vorgenommenen Tätigkeiten, der Zahl und Beschaffenheit der Fahrzeuge usw.

Für die Dauer und die Höhe der Entschädigungen soll in den Hochseefischereibetrieben ein System gelten, das in mancher Hinsicht abweicht von dem in den Unfallgesetzen für

Digitized by Google

Gewerbe und Landwirtschaft vorgesehenen. In den Fällen dauernder Erwerbsunfähigkeit konnte die Festsetzung der Rente im Verhältnis zur verlorenen Fähigkeit und nach Maßstab des Lohnes beibehalten bleiben. Für die Fälle der vorübergehenden Erwerbsunfähigkeit aber, in welcher eine dem entgangenen Verdienst entsprechende Entschädigung verabfolgt werden soll, bedinge nach der Meinung der Regierung die Eigenart des Betriebes ein anderes Verfahren. Da die Festsetzung und Auszahlung des Lohnbetrages erst nach Ablauf einer Fahrt oder auch nach Ablauf der Saison, in welcher mehrere Fahrten vorgenommen werden, erfolge, also von vornherein die Höhe des Betrages gar nicht feststehe, wäre es nicht angemessen, den entgangenen Lohnbetrag nach dem Durchschnittslohn zu bemessen. In den meisten Fällen könne selbstverständlich mit der Unterstützung nicht die Zeit der Lohnzahlung abgewartet werden; also sollte ein Teil der Entschädigung vorschußweise sofort gewährt werden, vorbehaltlich späterer Verrechnung. Zur Bestimmung der Zeitdauer, für welche die Unterstützung zu gewähren sei, wäre der Zeitpunkt, wenn der Unfall sich ereigne, maßgebend. Verschiedene Umstände seien dabei zu berücksichtigen. Es könne Einem der Unfall zustoßen vor dem Anfang der Fahrt, an welcher er sich alsdann nicht beteiligen kann: auch im Falle, daß er alsdann wieder arbeitsfähig sei vor dem Ablauf der Fahrt, sollte doch die Entschädigung sich auf die ganze Dauer derselben erstrecken, da er tatsächlich erwerbsunfähig bliebe. Das Umgekehrte wäre der Fall, wenn der Unfall sich auf der Heimfahrt ereignete und der Verletzte völlig wiederhergestellt sei vor dem Anfang der zweiten Reise: weil er in diesem Falle seinen vollen Lohn bekomme und im wirtschaftlichen Sinne keinen Schaden leide, bliebe Entschädigung ausgeschlossen. Mehrere komplizierte Fälle sind im Entwurf vorgesehen, die je eine besondere Lösung erfordern. Dabei wird stets von den Grundsätzen ausgegangen, daß dem Arbeiter eine Entschädigung gewährt werden soll, solange er

Digitized by Google

zufolge des Unfalles nicht imstande ist, im Betriebe, worin er beschäftigt ist, tätig zu sein, und daß dieselbe bemessen werden soll nach dem ihm tatsächlich entzogenen Verdienste. Es leuchtet ein, daß die Durchführung dieser für den Verletzten allerdings sehr günstigen Bestimmungen den Beamten der Bank hohe Anforderungen stellen wird.

Diesem Entwurfe eigentümlich ist noch eine darin vorgesehene Erweiterung des Begriffes Betriebsunfall. Die übrigen Versicherungsgesetze stellen zwar nicht fest, was man unter einem Betriebsunfall verstehen soll, aber sie beschränken die Wirkung des Gesetzes auf solche Unfälle, welche dem Arbeiter »im Zusammenhang mit der Ausübung des Betriebes zustoßen« (§ 1 des Unfallgesetzes). Wie das zu verstehen sei, bliebe für jeden Einzelfall der Jurisprudenz vorbehalten. Inzwischen war die Regierung der Meinung, daß für Seeunfälle eine Erweiterung des Begriffes notwendig sei. Also wurden im Entwurf neben den Unfällen, welche dem Arbeiter im Zusammenhang mit der Ausübung des Betriebes zustoßen, als Betriebsunfälle anerkannt solche, welche während einer Seefahrt infolge von Elementarereignissen oder bei häuslichen Diensten entstehen, oder auch bei der Heimfahrt auf einem anderen Schiffe nach einem Schiffbruch usw. Indem man dieser Auffassung, der Eigenart des Berufs wegen, nur beipflichten kann, bleibe es dahingestellt, ob nicht eben wegen dieser Eigenart die Jurisprudenz in manchen Fällen solche Unfälle als in Zusammenhang mit der Ausübung des Betriebes sich ereignende betrachten würde.

Zu guter letzt ist noch im April dieses Jahres der zweiten Kammer ein Entwurf über Alters- und Invaliditätsversicherung zugestellt worden. Dieser Entwurf hat eine längere Vorgeschichte, die ausführlich von unserem Kollegen Dr. Zacher behandelt wurde in seiner Schrift über die Arbeiterversicherung in den Niederlanden. Wie daraus ersichtlich, hat die Regierung, unter deren Leitung das erste Unfallgesetz in den Generalstaaten behandelt wurde, einen Entwurf über die Zwangsver-

Digitized by Google

sicherung der Arbeiter gegen die wirtschaftlichen Folgen von Invalidität und Alter ausgearbeitet und den Arbeitskammern zur gutachtlichen Äußerung zugestellt. Ihre Nachfolgerin unterzog den Entwurf auf Grund näherer versicherungstechnischer Darlegungen einer gründlichen Revision und legte schließlich der Kammer einen in manchen Punkten völlig umgearbeiteten Entwurf vor.

Nach diesem Entwurf soll Altersrente gewährt werden nach vollendetem 70. (beim Vorentwurf 65.) Lebensjahre. Ein Anrecht auf Invalidenrente wird anerkannt, ungefähr wie nach deutschem Recht, falls der Versicherte infolge von Krankheit, Alter oder Gebrechen außer stande ist, in der Gemeinde, in welcher er beschäftigt ist, beziehungsweise früher beschäftigt war, oder in einer Nachbargemeinde mittels seinen Kräften und Fähigkeiten entsprechender Arbeit, die ihm mit Rücksicht auf seine Ausbildung und seine frühere Tätigkeit zugemutet werden kann, ein Drittel zu verdienen desjenigen, was gleichartige valide Arbeiter daselbst zu verdienen pflegen. Übrigens wird auch der Witwe eines versicherungspflichtigen Arbeiters nach Vollendung des 70. Lebensjahres oder bei früher eingetretener Invalidität eine Rente gewährt. Waisenrente wird nicht gewährt; der Witwe wird aber ein Zuschlag eines Viertels der Rente zuerkannt für jedes Kind unterhalb 16 Jahre. Die Versicherungspflicht soll sich erstrecken auf alle Personen vom 16. Jahre ab, die zu einem Jahresverdienst von weniger als 1000 Gulden (im Vorentwurf war die Lohngrenze 1200 Gulden wie bei der Krankenversicherung) in einem Unternehmen oder in einer Einrichtung oder in einem sonstigen Dienstverhältnis beschäftigt sind. Also sind weibliche Dienstboten, die von der Krankenversicherung ausgeschlossen sind, dieser Versicherung unterstellt, und wird ein Unterschied zwischen körperlicher und geistiger Arbeit nicht gemacht. Ausgenommen sind Personen des Soldatenstandes; solche Arbeiter, denen eine Staatspension zugesichert ist; solche, welche im Dienste einer öffent-

Digitized by Google

lichrechtlichen Körperschaft stehen und ein statutarisch gesichertes Anrecht auf eine den gesetzlichen Renten entsprechende Pension haben. Weiter nicht nur die Arbeiter, die schon invalide sind oder das 70. Lebensjahr vollendet haben, sondern auch solche, welche das Alter von 35 Jahren erreicht haben und nicht eher versicherungspflichtig waren. Die Regierung meint, daß letztere Einschränkung praktisch wenig Bedeutung habe, daß es ein Ausnahmefall sei, daß man erst nach vollendetem 35. Lebensjahre in ein Dienstverhältnis eintrete, welches überdies nur ein Jahreseinkommen von weniger als 1000 Gulden gewähre. Zu bemerken ist, daß der ehemals Versicherungspflichtige beim Ausscheiden aus dem Dienstverhältnis nur auf eigenen Antrag aus der Versicherungspflicht hinaustritt, sowie daß bei Wiedereintritt in ein versicherungspflichtiges Verhältnis die Versicherung wieder auflebt. Freiwillige Versicherung ist gestattet, aber bloß dem kleinen Unternehmer, dessen Jahresverdienst den Betrag von 1000 Gulden nicht übersteigt.

Die Versicherung soll stattfinden bei einer dazu bestimmten staatlichen Bank. Selbstversicherung und Versicherung bei einer Privatbank ist unzulässig. Ob die Versicherung bei der Reichsversicherungsbank oder bei einer selbständigen Bank erfolgen soll, bleibt vorbehalten. Ortsausschüsse können im Verordnungswege eingeführt werden, nicht nur um die Ausführung des Gesetzes zu überwachen, sondern auch um mit der Ausführung selbst betraut zu werden nach im Verordnungswege festzustellenden Regeln. Von der Aufsicht mittels Agenten ist Abstand genommen.

Die Versicherten werden in fünf Lohnklassen eingeteilt mit Lohngrenzen zu 240, 400, 600, 800 und 1000 Gulden und wöchentlichen Prämienbeiträgen zu 20, 24, 32, 40 und 48 Cent. Die Einreihung der verschiedenen Arbeitergruppen in die verschiedenen Lohnklassen erfolgt für jede Gemeinde bei königlicher Verordnung. Der Arbeitgeber hat die Prämien zu entrichten, hat aber die Befugnis, bei der Lohnzahlung die Hälfte

Digitized by Google

abzuziehen, auch den entsprechenden Mehrbetrag, falls der Arbeiter die Beisteuerung in einer höheren Klasse verlangt, welchem Wunsch der Arbeitgeber Folge zu leisten verpflichtet ist. Zur persönlichen Zahlung verpflichtet sind die Arbeiter, die nicht länger versicherungspflichtig sind, jedoch in der Versicherung bleiben; auch solche, welche den Lohn nicht unmittelbar vom Arbeitgeber bekommen, z. B. falls sie auf Trinkgelder angewiesen sind oder Provision beziehen, durch Zurückhaltung eines Teilbetrages auf eingetriebene Geldsummen. Die Prämienzahlung erfolgt mittels Einklebung von Rentenmarken auf eine Rentenkarte; jedoch kann für bestimmte Gruppen von Versicherten, wie Seeleute und freiwillig Versicherte, im Verordnungswege eine andere Zahlungsweise festgesetzt werden.

Die Wartezeit ist zu 150 Wochen für die Invalidenrente und zu 1248 Wochen für die Altersrente. Die Rente, auf welche der Versicherte nach vollendeter Wartezeit ein Anrecht hat, ist zusammengesetzt aus einem Grundbetrage und einem Zusatzbetrag. Der Grundbetrag ist das 324fache der sämtlichen eingezahlten Prämien, geteilt durch die Zahl der Prämienwochen; dazu kommt als Zusatzbetrag ein Zuschlag von 12% des Gesamtbetrages der eingezahlten Prämien. Es kann jedoch die Rente nicht unter einen gesetzlichen Mindestbetrag fallen. Um diesen zu berechnen, nimmt man die eingezahlten Prämien zusammen, multipliziert in der ersten Lohnklasse mit 90, in der zweiten mit 108, in der dritten mit 132, in der vierten mit 158, in der fünften mit 174, und teilt die Summe durch die Zahl der Prämienwochen. Die Witwenrente beträgt 104 Gulden, unbeschadet des Betrages, auf den die Frau ein Anrecht geltend machen kann, falls sie persönlich versicherungspflichtig war. Das Recht auf Invalidenrente wird zuerkannt, sobald voraussichtlich eine völlige oder teilweise Wiederherstellung der verlorenen Arbeitskraft nicht zu erwarten ist oder nachdem die Invalidität ein halbes Jahr gedauert hat. Unter Umständen

Digitized by Google

kann die Invalidenrente auch zuerkannt werden, bevor die Wartezeit noch erfüllt ist, nämlich falls der Versicherte den Hinweis führen kann, daß die Invalidität eingetreten war, bevor er dieselbe erfüllen konnte, daß er übrigens nicht imstande ist, zu arbeiten, und daß weder er noch seine Frau die Prämienzahlung fortsetzen kann. Der Antrag soll abgelehnt werden, falls sich erweisen läßt, daß die Invalidität schon beim Anfang der Versicherung vorhanden war. Würde die Rente weniger als 26 Gulden pro Jahr betragen, so erfolgt anstatt der wöchentlichen Rentenzahlung eine Abfindung mittels Barzahlung zu drei Viertel des Kapitalwertes.

Jährlich sollen vom Staate 6 Millionen Gulden beigesteuert werden, welcher Zuschuß im wesentlichen dienen soll zur Bestreitung der zur Durchführung der Übergangsbestimmungen erforderlichen Auslagen. Es soll nämlich Altersrente zuerkannt werden allen solchen Personen, welche beim Inkrafttreten des Gesetzes das 70. Lebensjahr vollendet haben, wenn sie den Hinweis führen können, daß sie in den jenem Zeitpunkte oder dem 70. Geburtstag vorangehenden fünf Jahren während 208 Wochen versicherungspflichtig gewesen wären, falls die Zwangsversicherung in Kraft gewesen wäre. Ein Gleiches soll gelten für solche Personen, welche zwar das 70. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, jedoch ein solches Alter erreicht haben, daß sie die Wartezeit nicht erfüllen können. Solchen Personen soll die Altersrente zugesprochen werden, falls die Zahl der Prämienwochen den $^{47}/_{52}$. Teil der zwischen dem Inkrafttreten des Gesetzes und dem vollendeten 70. Lebensjahre fallenden Wochenzahl erreicht. Diese Altersrente soll den Betrag von 104 Gulden und im Falle von Eheleuten, die beide ein Anrecht auf Rente haben, die Summe von 78 Gulden nicht übersteigen. Die Regierung bedauert, daß ihr die Mittel nicht zur Verfügung ständen, eine derartige Übergangsbestimmung mit Bezug auf die Invaliditätsrente zu beantragen: der Etat würde dadurch zu schwer belastet werden. Eine weitere

Digitized by Google

Übergangsbestimmung verordnet für die ersten zwei Jahre nach Einführung des Gesetzes, daß die Versicherung sich auch erstrecken soll auf die Arbeiter, die das 35. Lebensjahr erreicht haben und sich innerhalb dieser Frist anmelden. Der jährliche Zuschuß von 6 Millionen Gulden wird nach den Berechnungen der Versicherungstechniker genügen, um in 70 Jahren den in den Übergangsbestimmungen enthaltenen Anforderungen gerecht zu werden; nach diesem Zeitraum könne er Verwendung finden zur Herabsetzung der Prämien oder zur Erhöhung der Renten. Indessen ist eine weitere Bestimmung von der Höhe der Prämien oder der Rente vorgeschrieben, wenn sich nach Aufstellung der zweiten oder einer späteren versicherungstechnischen Bilanz, die jede fünf Jahre erfolgen soll, die Notwendigkeit einer Erhöhung oder einer Herabsetzung der Prämien mit mindestens 20% herausstellen möchte.

Der uns zur Verfügung stehende Raum verbietet ausführlichere Erörterungen. Es ist übrigens sehr fraglich, ob die verschiedenen obenerwähnten Entwürfe in der gegenwärtigen Gestaltung in nächster Zukunft zum Gesetz erhoben werden. Sie verkehren alle noch im allerersten parlamentarischen Stadium, d. h. sie sind der zweiten Kammer zugestellt worden, aber noch wurde keiner von allen der vorschriftsmäßigen Behandlung in den Abteilungen unterworfen. Inzwischen haben die Generalwahlen stattgefunden mit für die Regierung ungünstigem Ablauf. Die Möglichkeit ist nicht ausgeschlossen, daß ihre Nachfolgerin die Entwürfe zurücknimmt und dieselben einer näheren Umarbeitung unterwirft. Da aber die Mehrheit der Parteien die Fortsetzung der sozialpolitischen Versicherung als dringlich in ihr Programm aufgenommen hat, kann jedenfalls die Durchführung dieser Reformen, sei es in anderer Gestaltung, nicht allzulange hinausgeschoben werden.

Digitized by Google

CONGRÈS INTERNATIONAL DES ACCIDENTS DU TRAVAIL ET DES ASSURANCES SOCIALES.
7e session. — Vienne. — 17 au 23 septembre 1905.

LES ASSURANCES OUVRIÈRES EN ITALIE

RAPPORT PRÉSENTÉ

PAR LE

Dr. V. MAGALDI,
INSPECTEUR GÉNÉRAL DU CRÉDIT ET DE LA PRÉVOYANCE AU MINISTÈRE DE L'AGRICULTURE, DE L'INDUSTRIE ET DU COMMERCE DU ROYAUME D'ITALIE.

La législation italienne — en ce qui regarde les assurances ouvrières — s'est affirmée jusqu'ici et est parvenue à un développement remarquable sur deux sujets de la plus haute importance: l'assurance contre les accidents du travail et l'assurance pour l'invalidité et la vieillesse des ouvriers.

La première est fondée sur le principe de l'obligation, tempéré par le choix facultatif de l'Institut assureur; la seconde est laissée à la volonté libre de l'ouvrier.

Il faut noter qu'avant d'arriver à l'assurance obligatoire contre les accidents du travail, on avait déjà tenté l'expérience de l'assurance libre, moyennant la Caisse Nationale d'assurance contre les accidents du travail.

Je traiterai donc le thème des assurances sociales en Italie, en commençant par les accidents du travail, et ensuite je m'occuperai de l'assurance pour l'invalidité et la vieillesse des ouvriers.

J'ajouterai enfin quelques mots sur le projet de loi récemment présenté au Parlement sur l'institution d'une Caisse de Maternité.

Digitized by Google

I. Les accidents du travail.

1. L'Assurance libre.

La Caisse Nationale d'assurance contre les accidents du travail fut fondée par la loi du 8 juillet 1883, laquelle approuva l'accord qui avait eu lieu entre le Gouvernement et quelques Instituts de prévoyance et de bienfaisance, qui contribuèrent à former un fonds de garantie pour le nouveau corps moral s'élevant à la somme de 1,500.000 fr.*)

L'administration de la Caisse Nationale qui avait et a encore son siége près de la Caisse d'épargne de Milan, fut confiée à un Conseil supérieur composé des membres du Comité exécutif de la Caisse d'épargne de Milan, et d'un représentant pour chaque Institut fondateur. Le Conseil supérieur est présidé par le Président de la Caisse d'épargne de Milan.

Les ouvriers résidant dans le royaume pouvaient s'assurer près de la Caisse Nationale pourvu qu'ils fussent parvenus à l'âge de 10 ans; et l'assurance pouvait être individuelle ou collective (c'est-à-dire entre les entrepreneurs seulement ou entre les entrepreneurs et leurs ouvriers ou encore entre les seuls ouvriers réunis en société ou syndicat). Dans l'une ou l'autre de ces deux formes, l'assurance avait pour but de pourvoir à tous les cas d'accident qui auraient produit la mort de l'assuré, son incapacité absolue permanente, l'incapacité partielle permanente ou enfin l'incapacité temporaire de durée supérieure à un mois.

Les tarifs de la Caisse Nationale des accidents furent fixés avec équité et ils étaient sans doute moins élevés que ceux des Sociétés privées d'assurance, car il s'agissait d'un corps moral n'ayant pas le profit pour but et ne devant pas

*) Les Caisses d'épargne de Milan, Turin, Bologne, Venise, Cagliari, le Monte dei Paschi de Sienne, le Mont de Piété et la Caisse d'épargne de Gènes, le Banco de Naples et le Banco de Sicile. La Caisse d'épargne de Cagliari ayant dû liquider, la somme de 50.000 fr., qu'elle devait verser, fut fournie généreusement par la Caisse d'Épargne de Florence.

Digitized by Google

distribuer des dividendes ou n'importe quelle autre forme de participation aux bénéfices.

Le Gouvernement ne manqua pas non plus de faire connaître aux ouvriers la nouvelle institution et de les engager à en profiter. Le Ministère pour l'Agriculture, l'Industrie et le Commerce adressa à cet égard une circulaire remarquable aux Sociétés de secours mutuels, en leur communiquant un ordre de jour voté à la Chambre des députés, et conçu en ces termes:

»La Chambre exprime le vœu que les Société de secours mutuels, en recueillant les épargnes des travailleurs et en instituant des Comités spéciaux d'ouvriers, contribuent par tous les moyens qui leur sont possibles, à effectuer le rapprochement des classes ouvrières et coopératives à la Caisse Nationale pour les accidents, afin de rendre le nouvel institut une réalité bienfaisante pour les familles des travailleurs.«

Une circulaire fut encore adressée aux Caisses d'épargne du Royaume, par laquelle on invitait ces instituts qui — d'après une ancienne habitude, emploient une partie des bénéfices annuels en œuvres de bienfaisance et de prévoyance — à favoriser et à propager parmi les ouvriers la pratique de l'assurance, en y contribuant même sous forme de dons et de prix d'encouragement.

Il y eut également l'action des patrons, qui instituèrent des Comités de patronage pour favoriser les inscriptions à la Caisse Nationale. Les Comités de patronage de Milan et de Turin sont particulièrement dignes d'éloges.

Malgré toutefois l'action du Gouvernement et celle des particuliers, l'assurance libre contre les accidents n'eut pas la diffusion que l'on espérait. En 1893, dix ans après la constitution de la Caisse Nationale, le nombre des ouvriers assurés ne s'élevait qu'à 118.133, et lorsqu'en 1898 la loi sur l'assurance obligatoire commença à fonctionner, les assurés étaient 160.772. On peut donc affirmer que, dans le domaine des

Digitized by Google

accidents du travail, l'assurance libre, pour un ensemble de causes superflues à énumérer, ne pouvait pas donner un résultat satisfaisant.

Il faut ajouter pourtant que ce n'est pas seulement l'insuccès de l'assurance libre qui détermina l'adoption du système de l'assurance obligatoire. Celle-ci surgit par l'évolution du travail législatif préparatoire non seulement, mais encore du sentiment de la responsabilité civile des patrons, ainsi que nous le verrons dans les chapitres suivants.

2. L'Assurance obligatoire.

a) L'élaboration législative.

On peut partager le long cycle législatif qui se déroula laborieusement jusqu'à la loi du 17 mars 1898, en deux périodes, chacune desquelles est caractérisée par un système juridique différent.

On peut appliquer à la première période et au premier système, la dénomination synthétique de période et système de la responsabilité, et à la seconde période et au second système celle de période et système de l'assurance obligatoire.

La première période s'étend de 1879 à 1886, et pendant ce laps de temps deux projets d'initiative parlementaire furent présentés à la Chambre des Députés ainsi que trois projets ministériels dont un parvint au Sénat du Royaume, mais aucun ne réussit à obtenir la sanction royale.

Selon le Code civil italien, toute personne est responsable du dommage qu'elle a causé, soit qu'elle l'ait causé par un délit ou un quasi-délit, ou par une simple faute, par une action, par une négligence ou imprudence; et cela, non seulement par sa propre action, mais encore par celle des personnes dont elle est responsable et par les choses dont elle a la garde.

Digitized by Google

Mais dans l'explication de l'action de responsabilité civile on rencontrait de graves difficultés dérivant de la maxime établie par la jurisprudence en vue du droit probatoire et de la procédure.

L'accident frappant l'ouvrier peut être causé: 1° par la faute de l'ouvrier; 2° par la faute du patron; 3° par un cas fortuit. Afin d'obtenir la réparation pécuniaire du dommage souffert, l'ouvrier, d'après la doctrine établie, doit fournir la preuve de la faute du patron; et pour la raison que la responsabilité du patron est considérée comme dérivant ex delicto ou ex quasi delicto, l'ouvrier est tenu d'en fournir la preuve, non seulement parce qu'il est le demandeur, mais encore, parce que la faute du patron est l'unique cause juridique du droit à l'indemnité; de sorte que c'est l'ouvrier lui-même qui doit prouver l'existence ou la cause de son droit.*)

Or, si l'on pense à la condition financière si modeste de l'ouvrier, condition rendue encore plus pénible en cas d'accident, et conséquemment aux difficultés pour soutenir les frais d'un procès, on comprendra facilement la difficulté sinon l'impossibilité pour l'ouvrier de citer le patron pour obtenir le payement d'une indemnité comme dédommagement de l'accident souffert.

De tout ce qui précède naquit l'idée fondamentale qui prit forme dans le premier projet d'initiative parlementaire présenté en mars 1879. Cette idée est exprimée assez improprement dans la locution »inversion de l'épreuve«. D'après ce projet de loi, les propriétaires de terrains rustiques ou urbains, sur lesquels on bâtit ou on fait des réparations, les propriétaires ou chefs d'entreprises minières, les architectes et les ingénieurs, les propriétaires ou directeurs d'établissements industriels, les entrepreneurs de travaux et les contremaîtres devaient se considérer responsables civilement et solidairement de tous les dommages causés aux ouvriers par les accidents non dérivés de causes fortuites ou par faute de la

*) Voir mon rapport au Congrès de Milan. Tome premier, page 566.

Digitized by Google

victime même. Une fois le principe établi, on fixa le minimum des indemnités dues en cas de mort et d'incapacité permanente ou temporaire, absolue ou partielle, laissant à l'autorité judiciaire le droit de déterminer la somme définitive.

Les projets de loi successifs, qui se rapportent à la première phase du travail législatif, contiennent quelques variantes et quelques améliorations afin de rendre plus aisée la procédure judiciaire et plus efficace la participation des ouvriers aux procès.

Le second projet de loi qui est caractérisé par le système de l'assurance obligatoire, part du projet de loi présenté en février 1890 à la Chambre des Députés. Ce projet était le fruit d'études et de propositions faites par le Conseil de la Prévoyance et avait pour titre: »Précautions pour prévenir les accidents du travail.« Le projet de loi, composé de 21 articles, admettait l'obligation de l'assurance pour tous les cas d'accidents, pour les ouvriers employés dans les établissements industriels employant des moteurs inanimés, dans les mines et carrières, dans les entreprises de construction de bâtiments et dans les industries employant des matières explosibles, dans les chantiers de constructions maritimes, et dans les arsenaux, dans les constructions de voies ferrées, de tramways, de ponts, de canaux, de ports et de digues.

Quant aux chantiers et aux établissements industriels, on avait mis pour condition qu'il y eût au moins dix ouvriers employés, et six au moins pour les constructions de voies ferrées, chaussées, etc.

Les industriels avaient la faculté d'assurer leurs ouvriers à la Caisse Nationale, ou à une Compagnie privée d'assurance dûment autorisée par l'État, ou bien encore ils pouvaient se dispenser de l'obligation de l'assurance en instituant eux-mêmes une caisse avec toutes les garanties nécessaires. C'est ainsi que se présenta d'abord l'idée du libre choix de l'institut

Digitized by Google

assureur, idée qui fut ensuite chaleureusement soutenue et défendue par l'hon. Luzzatti au Congrès de Milan.

Le projet de loi établissait comme mesure de l'indemnité à payer dans les différents cas d'accidents, le minimum fixé par le Gouvernement après avoir consulté la Caisse Nationale d'assurance. Les industriels qui avaient fondé des caisses reconnues par la loi ou par un décret royal, dans le but d'allouer des indemnités aux ouvriers en cas d'accident, étaient dispensés de l'assurance.

Une disposition importante du projet de loi était celle permettant aux Instituts d'assurance l'action de recours contre les personnes civilement responsables, dans le cas de dol reconnu par sentence pénale; et elle donnait aux personnes endommagées ou lésées le droit d'obtenir l'indemnité déterminée par l'autorité judiciaire dans le cas où elle serait supérieure à la somme payée par la Société d'assurance.

Les dispositions concernant les réglements préventifs votés par le Conseil de la Prévoyance venaient en second lieu.

La Commission parlementaire référa sur ce projet de loi et introduisit des modifications et des améliorations, surtout en ce qui regardait la prévention des accidents. Mais le projet n'arriva pas à la discussion et tomba.

On présenta au Sénat en avril 1891 un second projet de loi fondés sur les principes du précédent; et le Bureau Central du Sénat présenta, après une étude élaborée sur l'argument, un contre-projet divisé en cinq parties: 1° Règlements préventifs; 2° obligation de l'assurance et mesure de l'indemnité en cas d'accident; 3° modes et effets de l'assurance de l'indemnité; 4° procédure pour l'obtention de l'indemnité; 5° dispositions générales. Les différences les plus caractéristiques entre le contre-projet du Bureau Central du Sénat et celui du Gouvernement consistaient en une procédure différente dans la formation des règlements préventifs; dans l'exclusion de la faute lourde de l'ouvrier; en comprenant parmi les

Digitized by Google

ouvriers bénéficiaires de l'assurance les surveillants d'un groupe d'ouvriers qui auraient un salaire ne dépassant pas 6 fr. par jour; en fixant avec précision la mesure des indemnités dues aux victimes des accidents selon la différente nature de l'incapacité résultante et de leurs ayants-droit en cas de mort.

Le projet de loi discuté et approuvé par le Sénat fut présenté à la Chambre des Députés au mois de mars 1892; mais il ne parvint pas à la discussion parlementaire à cause de la crise ministérielle de mai 1892 qui obligea la Chambre à se dissoudre.

L'hon. Lacava, Ministre du Commerce, présenta à la Chambre des Députés, en décembre 1892, un nouveau projet de loi préparé dans la précédente législation par le Bureau Central du Sénat, avec cette seule différence, qu'au lieu d'être partagé en cinq titres, il n'en comprenait que trois: 1° règlements préventifs; 2° obligation de l'assurance et mesures légales de l'indemnité dans les cas d'accident; modes et effets de l'assurance.

Dans ce projet, l'assurance obligatoire fonctionnait seulement dans les cas d'accidents qui pouvaient être considérés comme dérivant de l'organisation de l'industrie (risque professionnel). Le principe de la responsabilité civile du patron restait donc dans son intégrité en cas de dol, de négligence dans l'application des règlements et même pour la faute lourde. De son côte, l'ouvrier qui aurait par dol ou par faute lourde causé l'accident, perdait tous ses droits à l'indemnité.

Le projet de loi Lacava fut examiné par la Commission parlementaire, qui l'approuva dans ses lignes fondamentales, n'y apporta que quelques modifications de peu d'importance et en présenta enfin le rapport au mois de mars 1893. Mais cette fois encore la fin de la Session parlementaire fit avorter le projet de loi.

Digitized by Google

Depuis lors, deux ans à peu près s'écoulèrent. Ce ne fut qu'en juin 1895 qu'un nouveau projet de loi fut présenté par l'hon. Barazzuoli, contenant les dispositions essentielles de celui qui l'avait précédé.

Le projet de loi Barazzuoli différait seulement du projet Lacava, en ce qui regardait la vexata quaestio des responsabilités civiles. Il admettait que la responsabilité civile ne pût être invoquée que dans le cas de dol ou de négligence des règlements, et mettait ainsi entièrement de côté la thèse controversée de la faute lourde. Mais cette fois encore ce projet de loi, sur lequel la Commission parlementaire fit un rapport, n'arriva pas à la discussion.

L'hon. Guicciardini, successeur de l'hon. Barazzuoli au Ministère du Commerce, accepta le projet de loi dans son intégrité et le porta à la discussion de la Chambre en avril 1896. La discussion fut longue et animée surtout sur les points regardant la responsabilité civile des patrons. Les propositions du Ministère remportèrent toutefois la victoire, soutenues et défendues vigoureusement par l'hon. Chimirri, rapporteur de la Commission parlementaire, et le projet de loi fut définitivement approuvé dans la séance du 27 mai 1896. Mais il rencontra encore des difficultés sérieuses et imprévues au Sénat, qui, faisant un pas en arrière, après avoir délibéré sur la suspension de la discussion, chargea le Bureau Central d'examiner de nouveau toute la matière. Le Bureau Central présenta en décembre 1896 un contre-projet grâce auquel on modifiait de fond en comble le projet ministériel en substituant à l'obligation de l'assurance, l'obligation des indemnités et donnant faculté à l'entrepreneur d'en assurer le paiement soit par le moyen de la Caisse Nationale, ou d'une Compagnie d'assurance. Le Ministre retira son projet de loi et voulut, avant d'affronter de nouveau la discussion parlementaire sur ce grave argument, interpeller le Conseil de la Prévoyance qui s'en était déjà occupé en 1889. Le prof. Charles Ferraris, rapporteur du Conseil

Digitized by Google

de la Prévoyance et présentement Ministre des Travaux Publics, formula plusieurs propositions qui devaient frayer la route au Gouvernement dans la compilation d'un nouveau projet de loi. Ces propositions, qui furent presque intégralement accueillies par le Conseil de la Prévoyance, rappelaient dans leurs lignes générales et principales, le projet de loi approuvé par la Chambre des Députés en mars 1896. Seulement, pour ce qui regardait la question si controversée de la faute lourde, l'hon. Ferraris proposa une nouvelle solution qui fut accueillie par le Conseil et qui a été définitivement acceptée par la législation sur les accidents du travail. C'est-à-dire que la responsabilité civile ne pouvait être invoquée que dans le cas d'une sentence pénale définitive contre l'entrepreneur ou ses préposés, reconnus coupables de dol, d'imprudence, de négligence, d'infraction aux règlements, etc., cas prévus par les articles 371 et 375 du Code pénal.

Il y avait encore d'autres innovations importantes parmi les propositions de l'hon. Ferraris, soit pour améliorer la condition des ouvriers frappés d'accidents, soit pour la mesure des indemnités en cas d'incapacité permanente absolue et pour l'évaluation de la limite maxima du salaire moyen annuel afin de pouvoir calculer les indemnités en cas d'incapacité permanente ou de mort. Le rapporteur voulait en outre que l'assurance dût se faire seulement près de la Caisse Nationale, en accordant toutefois aux industriels le droit de se réunir en syndicats d'assurances mutuelles.

Inspiré des idées qui venaient d'être accueillies par le Conseil de la Prévoyance, le Ministre d'alors, l'hon. Guicciardini, présenta au Sénat, en avril 1897, un projet de loi, autour duquel, avant même d'être discuté, l'opinion publique s'agita vivement. Il y eut des manifestations en différents sens de la part de la presse quotidienne, des revues techniques, des Congrès et de plusieurs Associations.

Le Bureau Central du Sénat (l'hon. Vacchelli, rapporteur)

Digitized by Google

accepta dans son ensemble le projet de loi ministériel; il voulut seulement une formule plus générale pour la clause de la responsabilité civile, et revint au système du libre choix de l'institut assureur ainsi qu'il était introduit dans le projet de loi de juin 1896. La discussion eut lieu en juillet 1897, et le projet de loi fut enfin approuvé par le Sénat le 5 juillet et fut présenté par le Ministère à la Chambre des Députés le 7 du même mois. Afin de ne pas éloigner davantage la promulgation d'une loi qui avait déjà subi de si longs retards pendant sa préparation parlementaire, la Chambre des Députés approuva le texte du projet de loi qui avait déjà été accepté par le Sénat, en mars 1898. La loi fut donc promulguée le 17 du même mois, et entra en vigueur le 1er octobre 1898.

b) La loi du 17 mars 1898.

La loi comprend dans sa structure organique deux parties distinctes.*)

La première partie contient les dispositions nécessaires pour prévenir les accidents du travail, la seconde établit les conditions pour déterminer le droit à l'indemnité et l'obligation de l'assurance des risques.

Cette savante disposition de deux élements juridiques, dont l'un est le complément et le tempérament de l'autre, constitue le côté caractéristique de la loi italienne qui, observée scrupuleusement, répare une injustice sociale sans entraver le développement de l'industrie.

C'est en ayant égard à cette idée fondamentale que la loi de 1898 n'a pas voulu étendre à toutes les industries l'obligation de l'assurance. Elle s'est bornée aux industries offrant des dangers; aux établissements où sont réunis beaucoup d'ouvriers et où on se sert de moteurs inanimés. C'est à ces industries et à ces établissements qu'elle a imposé l'obli-

*) Voir mon Rapport au Congrès international de Paris 1900. Tome 1er, page 99.

Digitized by Google

gation d'observer les mesures de précautions exigées par les lois et les réglements existant déjà ou à établir conformément à la procédure indiquée par la loi même. On y envisage aussi les modes et les organes pour la vigilance que le Gouvernement doit exercer pour l'observation rigoureuse de la loi et pour les mesures de précautions à prendre.

La loi dispose, pour ce qui concerne l'assurance, que c'est aux frais des entreprises industrielles indiquées ci-dessus que les ouvriers qui y appartiennent devront être assurés. Les frais de l'assurance sont à la charge des chefs des entreprises ou des propriétaires. L'assurance comprend tous les cas de mort ou de lésion personnelle provenant des accidents survenus par une cause violente à l'occasion du travail, et dont les conséquences aient une durée supérieure à cinq jours.

L'obligation de l'assurance, tempérée par le libre choix de l'assureur, permet aux industriels de choisir librement la Société d'assurance près de laquelle il assurera ses ouvriers, mais seulement parmi celles qui sont autorisées par le Gouvernement. Ils peuvent toutefois se dispenser d'avoir recours à ces Sociétés en instituant des Caisses reconnues par la loi ou par décret royal, ou encore en s'associant pour former un Syndicat d'assurance mutuelle.

De cette règle sont exceptés les ouvriers qui travaillent dans les établissements de l'État, des provinces et des communes, qui doivent être assurés à la Caisse Nationale d'assurance pour les accidents du travail.

L'indemnité à payer aux ouvriers blessés ou aux ayants-droit en cas de mort de l'ouvrier, est réglée aux conditions suivantes:

1° en cas d'incapacité permanente et absolue, une somme égale à cinq salaires annuels, et jamais moins de 3000 fr.;

2° en cas d'incapacité permanente partielle, une somme égale à cinq fois la partie dont a été réduit ou peut être réduit le salaire annuel;

Digitized by Google

3° en cas d'incapacité temporaire absolue, une allocation journalière égale à la moitié du salaire moyen pendant toute la durée de la suspension du travail, à commencer du sixième jour;

4° en cas d'incapacité temporaire partielle, une allocation journalière égale à la moitié de la réduction que subit le salaire moyen par suite de cette incapacité, pendant toute sa durée, à commencer du sixième jour:

5° en cas de mort, dans les trois mois à partir du décès de l'ouvrier assuré, on allouera aux héritiers légitimes ou légataires une indemnité égale à cinq salaires annuels.

Les patrons devront, ou outre, supporter tous les frais des premiers soins du médecin et du pharmacien.

Pour déterminer l'indemnité en cas d'incapacité permanente absolue ou partielle et de mort, on calcule le salaire annuel à raison de 300 fois le salaire journalier, jusqu'au maximum de 2000 fr. Le maximum de l'indemnité est, par conséquent, de 10.000 fr.

Il faut ajouter que la loi italienne, contrairement à plusieurs lois étrangères, ne fait aucune distinction entre ouvriers italiens et ouvriers étrangers, les mêmes indemnités étant allouées aux uns comme aux autres.

En ce qui regarde la responsabilité civile des patrons, la loi ne l'admet que dans les cas où les faits qui ont eu pour conséquence l'accident, constituent un délit dans le sens légal du mot et donnent lieu à une condamnation pénale, soit contre le patron, soit contre un des préposés à la surveillance. Il faut donc le concours de deux éléments: le caractère de délit, judiciairement constaté, de délit d'action publique; et le fait qu'il y a eu une condamnation définitive.

c) La loi modificative du 29 juin 1903.

Cinq années d'application de la loi de mars 1898, démontrèrent la nécessité d'amendements et d'additions afin de

Digitized by Google

corriger quelques imperfections de cette loi, et étendre davantage les bienfaits de l'assurance.

La loi se propose principalement d'étendre le bénefice de l'assurance obligatoire à d'autres catégories d'ouvriers qui n'ont pas été visées par la loi de 1898.

Conséquemment devront être assurés les ouvriers employés :

1° sans limite de nombre:

Aux entreprises pour le placement, la réparation et le déplacement des conducteurs électriques et des paratonnerres; au chargement, transport et déchargement des matières extraites des mines; aux entreprises de chargement, transport et déchargement des matériaux pour les constructions ou dérivant des démolitions; à prêter service près de machines mues par des moteurs inanimés ou près des moteurs mêmes, si les machines sont destinées à un usage industriel ou agricole; à prêter service près des canons ou autres appareils contre la grêle;

2° en nombre supérieur à cinq:

Aux entreprises de navigation maritime, y compris celles pour l'exploitation de la pêche au-delà de 10 kilomètres du rivage, et celle des éponges et des coraux; aux entreprises de transport par voie de terre; aux entreprises de chargement et de déchargement; aux travaux nécessaires pour la réparation des éboulements et des bassins de montagne; aux entreprises de tailles et d'abattage de bois dans les forêts, et leur transport jusqu'aux dépôts ordinaires le long des torrents ou des berges des fleuves, ou sur les routes carrossables, et leur lancement de l'endroit du dépôt dans le fleuve ou le torrent; aux constructions, réparations et démolitions de navires; aux constructions et aux réparations des routes communales; aux ateliers industriels qui font usage de machines, même si elles sont mises en mouvement par l'homme, pourvu que celui que les meut ne soit pas le même qui les emploie.

Digitized by Google

La loi s'applique encore aux commis préposés aux vivres dépendant des entreprises pour la fourniture des vivres à la marine militaire.

Les modifications apportées au régime des indemnités, regardent les points fondamentaux suivants:

1° Indemnité pour incapacité permanente:

Le traitement qui doit être assuré aux ouvriers en cas d'incapacité permanente a été notamment amélioré sous un double aspect:

a) en ce que l'indemnité fixée pour le cas d'incapacité permanente a été portée de 5 à 6 salaires annuels et l'indemnité pour les cas d'incapacité partielle a été augmentée dans la même proportion;

b) en ce qu'à cette indemnité s'ajoute encore celle qui a été établie pour les cas d'incapacité temporaire et qui devra être allouée pendant tout le temps que l'ouvrier s'abstiendra du travail, avec un maximum de trois mois à partir du jour de l'accident.

2° Indemnité pour incapacité temporaire:

La période de carence ou de franchise en cas d'incapacité temporaire a été abolie, si celle-ci dépasse la durée de cinq jours; l'indemnité décourra ainsi à partir du premier jour après l'accident au lieu du sixième.

3° Ayants-droit en cas de mort de l'ouvrier et partage entre eux de l'indemnité:

Le droit d'indemnité en cas de mort de l'ouvrier, qui a été accordé jusqu'à ce jour à tous les héritiers légitimes et testamentaires, est maintenant borné aux parents les plus proches qui vivaient ou qu'on puisse supposer avoir vécu à charge du défunt.

Quant au partage de l'indemnité assurée entre les ayants-droit, on a adopté le principe de proportionner chaque partie à l'importance de la perte ou du dommage souffert par chacun d'eux. Et comme, après tout, ce dommage est re-

Digitized by Google

présenté par la perte des aliments, l'indemnité est proportionnée au temps pendant lequel les ayants-droit se seraient trouvés dans les conditions d'avoir besoin de ces aliments, et au différent degré de ce besoin. Ainsi, considérant que, parmi les descendants et les collatéraux, ceux d'un âge inférieur à 18 ans mais supérieur à 12, peuvent travailler et gagner quelque chose tandis que ceux au-dessous de cet âge sont dans l'impossibilité de gagner, on a établi que chaque quote-part représente la valeur capitale d'une annuité temporaire qui reste constante jusqu'aux douze ans révolus et se réduise de 50% pendant les six années successives jusqu'à l'accomplissement des 18 ans. Si pourtant quelqu'un des descendants ou collatéraux était incapable de travailler par une cause mentale ou corporelle, c'est au juge de paix qu'est dévolu le soin de déterminer la quote-part qui lui est due.

Quant aux ascendants, l'indemnité est répartie de façon à ce que tous en reçoivent la même rente viagère.

Il est reconnu au conjoint le droit à deux-cinquièmes de l'indemnité s'il y a des descendants; à la moitié s'il y a des ascendants; aux trois quarts s'il faut partager avec des frères ou des sœurs du défunt.

La loi pourvoit en outre à empêcher des retards fâcheux pour les indemnités temporaires et pour la liquidation de l'indemnité en cas d'incapacité permanente et de mort; elle établit des principes plus sûrs pour déterminer le salaire qui doit servir de base à la liquidation des indemnités.

Une innovation remarquable de la loi consiste en ce qu'elle donne au Gouvernement la faculté d'instituer des Syndicats obligatoires d'assurance mutuelle.

La loi donne au Gouvernement du Roi la faculté de déclarer obligatoire par décret Royal, après avoir entendu les Chambres de Commerce, les Conseils provinciaux et le Conseil d'État, la constitution d'un Syndicat d'assurance mutuelle entre ceux qui exercent une industrie déterminée, alors que, à cause

Digitized by Google

de sa nature et des conditions particulières du lieu où elle est exercée, il soit reconnu nécessaire ou convenable de recourir à ce moyen pour mieux assurer l'exécution de la loi. Les Syndicats obligatoires doivent comprendre au moins 15.000 ouvriers.

Cette innovation a été suggérée par les difficultés qu'on a rencontrées dans l'application de la loi à propos de l'exploitation des mines de soufre en Sicile. La petite industrie y prend encore une large part, de sorte qu'il y a un grand nombre de mines en activité et la plus grande quantité d'entr'elles embrassent plusieurs exploitations, soit parce que le propriétaire a partagé le terrain sulfureux entre plusieurs concessionnaires (gabellotti), soit parce qu'une même mine est exploitée par plusieurs concessionnaires ayant chacun son puits d'entrée et son chantier complet ou ayant une entrée et un puits en commun pour l'écoulement de l'eau. Le grand nombre de ces petites exploitations, la fréquence des concessions et des sous-concessions pour l'exploitation de la même mine et le système de rétribuer le travail à la tâche, ce qui n'oblige pas le directeur ou propriétaire de la soufrière à tenir compte des journées de travail mais seulement du minerai extrait et transporté, tout cela a créé des difficultés presque insurmontables pour l'application juste et correcte des principes qui dirigent le fonctionnement des Instituts assureurs. Il est résulté de tout cela des plaintes de la part des entrepreneurs pour les formalités qui leurs sont imposées à cause de l'assurance; des récriminations de la part des Instituts assureurs pour la facilité avec laquelle, surtout de la part des petits entrepreneurs, les fraudes sont commises à leur détriment; de la fréquence de contestations, incertitudes et retards pour la liquidation des indemnités avec grave dommage pour les ouvriers frappés d'accident.

Si l'on considère ces conditions ou d'autres analogues, qui peuvent facilement se vérifier même pour d'autres industries, on conviendra qu'il faut nécessairement recourir au système de l'assurance directe des ouvriers par le moyen

Digitized by Google

des chefs même des industries. La faculté accordée au Gouvernement de rendre obligatoire ce système est entourée des garanties nécessaires de façon à empêcher qu'il n'en fasse usage lorsque le besoin n'en a pas été reconnu.

On a du reste accordé des bénéfices spéciaux aux Syndicats obligatoires, en conséquence et par effet de cette obligation.

Ils sont exemptés de donner un cautionnement; et l'on supplée au manque de cette garantie:

a) par l'obligation d'instituer peu à peu un fonds de réserve dont le mode et la limite seront déterminés dans le décret qui déclarera le Syndicat obligatoire;

b) par la faculté accordée à l'Administration du Syndicat même de percevoir les contributions des associés, dans les formes, avec les priviléges et les dispositions en vigueur pour la perception des impôts directs.

De plus, dans tous les cas où l'ouvrier mort en conséquence d'accident ne laisse personne qui, d'après la loi, ait droit aux indemnités qu'elle a établies, celles-ci, au lieu d'être versées au fonds spécial prévu par l'article 21 de la loi, sont au bénéfice du Syndicat obligatoire. Tout cela est accordé à la condition que le Syndicat prenne l'engagement, par statut, de payer les indemnités dues pour les accidents dont ses ouvriers sont frappés, dans les cas où les entrepreneurs qui ont encouru les responsabilités visées par l'article 21, sont restés insolvables.

d) Aperçu statistique des résultats de la loi:

Les modifications apportées à la loi de 1898 par celle du 29 juin 1903 entrèrent en vigueur le 1er janvier 1904; la période d'expérimentation est donc encore trop courte pour qu'il soit possible d'exposer les résultats et d'en tirer des conclusions fondées sur l'utilité et sur l'application pratique des modifications susdites. Je me bornerai pourtant à donner de courts renseignements sur les faits principaux.

Digitized by Google

Par décret royal du 11 juillet 1904 on a constitué un Syndicat obligatoire d'assurance mutuelle contre les accidents du travail parmi les entrepreneurs des mines de soufre de la Sicile; ces entrepreneurs, au nombre d'environ 900, emploient environ 40.000 ouvriers.

Pour ce qui concerne les considérations qui portèrent le Gouvernement à cette constitution, je me réfère à l'analyse déjà faite de la nouvelle disposition législative qui a introduit l'institut du Syndicat obligatoire dans certaines industries. Je dois maintenant mentionner les principales dispositions introduites dans le décret royal cité auparavant dans le but de faciliter le fonctionnement économique du Syndicat obligatoire de la Sicile:

a) tandis qu'en général la prime d'assurance est calculée sur la base du montant des salaires payés aux ouvriers, pour le Syndicat obligatoire la prime est proportionnée à la quantité de soufre produit: et précisément, L. 1·50 pour tonne de soufre ou de minerai contenant plus de 65 pour cent de soufre pur; L. 0·50 pour tonne de minerai ayant moins de 65 pour cent de soufre pur.

b) Le Syndicat peut percevoir la prime quand le soufre est amassé près des lieux de production pour être envoyé aux lieux de transformation et d'exportation;

c) Le Syndicat, enfin, a le droit de percevoir les primes même des propriétaires de mines, qui, ayant concédé à autrui l'exploitation de ces mines moyennant une récompense proportionnelle au soufre produit, et ayant gardé le droit de régler les travaux d'extraction, peuvent bien être considérés comme de vrais entrepreneurs.

La réduction du cautionnement nécessaire pour la constitution des Caisses privées (art. 19, N. 2, de la loi — texte unique — du 31 janvier 1904, N. 51) a contribué notablement à faciliter la constitution de semblables Caisses; de sorte qu'en 1904 cinq autres Caisses furent fondées, et à la fin de la

Digitized by Google

même année on en avait en total vingt-trois (y comprises sept Caisses consortiales recueillant 930 entrepreneurs), avec 30.275 ouvriers.

Pendant la même année 1904 furent fondés quatre nouveaux Syndicats d'assurance mutuelle contre les accidents, tandis que quatre seulement existaient précédemment. Les huit Syndicats volontaires comprenaient, à la date du 31 décembre 1904, 2982 entrepreneurs et 145.825 ouvriers.

Donc, en total, les entrepreneurs fondateurs de Caisses privées ou associés à des Syndicats d'assurance mutuelle étaient, le 31 décembre 1904, au nombre de 3928 et employaient 176.100 ouvriers. Si l'on ajoute à ces chiffres les entrepreneurs du Syndicat obligatoire sicilien et leurs ouvriers, on trouve que 4828 entrepreneurs pourvoient à l'assurance de 216.100 ouvriers par le système des Caisses privées (isolées ou réunies) et des Syndicats d'assurance mutuelle; et il est à souhaiter que dans la classe des entrepreneurs et industriels se répande toujours davantage la tendance à l'auto-assurance que le Gouvernement a cherché à favoriser de toute façon. L'assurance mutuelle, ainsi qu'elle est pratiquée dans les institutions dont il est question, offre l'avantage d'une grande économie sur les frais pour les entrepreneurs ou industriels, et offre encore l'avantage d'une plus grande protection de la sûreté personnelle des ouvriers, les associés ayant un vif intérêt à assurer rigoureusement le parfait fonctionnement des moyens de prévention des accidents et à atténuer conséquemment la fréquence de ces accidents mêmes. Tous ces avantages, de premier ordre au double point de vue économique et social, sont démontrés clairement par l'expérience. En effet, tandis que les Caisses consortiales et les Syndicats exigent des associés le paiement à l'avance de contributions qui sont certainement inférieures aux primes perçues par les Instituts privés d'assurance, les chiffres fournis par la statistique des accidents survenus pendant les années 1900, 1901 et 1902, dont il est question dans les

Digitized by Google

tableaux qui suivent, démontrent que, sur 100 fr. de contributions ou primes perçues par les Caisses ou les Syndicats, on a eu 70·50 fr. distribués comme indemnité à l'occasion d'accidents, en réalisant ainsi une économie de 39·50 fr. Et comme dans les Syndicats et dans les Caisses consortiales les résidus actifs annuels sont en partie destinés à constituer un fonds de réserve et en partie sont distribués aux associés proportionnellement aux contributions qu'ils ont payées, il faut conclure que l'économie susdite, après le prélèvement pour les frais d'administration, augmentera le bénéfice des associés, soit, directement, au moyen de la partielle restitution des contributions, soit, indirectement, au moyen de la constitution d'un fonds de réserve, qui sert à exclure l'éventualité de plus grandes contributions à l'avenir.

Les mêmes tableaux montrent que, sur 100 fr. de primes, la Caisse Nationale d'assurance contre les accidents a payé, pour les indemnités, 85·60 fr. en 1900, 111·38 fr. en 1901 97·58 fr. en 1902, et 98·85 fr. pendant les trois années. Les primes perçues par la Caisse Nationale furent donc à peine suffisantes pour le paiement des indemnités légales. D'autre part, les Instituts privés d'assurance, sur 100 fr. de primes, payèrent pour les indemnités 85·06 fr. en 1900, 81·08 fr. en 1901, 70·21 fr. en 1902, et pendant les trois années 78·85 fr. Donc les primes perçues par les Instituts privés d'assurance surpassèrent, dans la mesure moyenne de 21·15 pour cent, le capital nécessaire à la distribution des indemnités légales.

Voilà les considérations les plus importantes qui dérivent clairement de l'examen des premiers trois tableaux statistiques.

Dans le quatrième, enfin, je donne la répartition, en pour 100 du nombre total, de 30.523 accidents du travail ayant eu lieu en 1902, d'après l'industrie, la cause ou l'occasion, la nature des lésions et leurs conséquences.

Je regrette de n'avoir pu recueillir des renseignements complets pour les exercices 1901 et 1902.

Digitized by Google

Tableaux statistiques sur les accidents du travail ayant eu lieu en 1900, 1901, 1902.

Tableau I. Accidents survenus en 1900.

Instituts assureurs	Nombre des accidents	Nombre des tués	Nombre des cas d'incapacité permanente			Nombre des cas d'incapacité temporaire	Montant des primes d'assurance afférentes à l'exercice 1900	Montant des indemnités allouées pour les accidents ayant eu lieu en 1900
			absolue	partielle	Total		Francs	
Caisse Nationale d'assurance contre les accidents du travail	15.726	153	9	529	538	14.497	1,547.202·19	1,325.951·12
Sociétés privées autorisées aux opérations d'assurance conformément à la loi	36.293	324	8	1605	1613	32.743	3,433.250·39	2,920.336·46
Syndicats d'assurance mutuelle et Caisses consortiales	2.352	27	1	86	87	2.151	231.831·00	173.459·53
Total	54.371	504	18	2220	2238	49.391	5,212.283·58	4,419.747·11
Caisses privées	1.053	5	1	40	41	966	—	88.644·30
Institutions de prévoyance des Compagnies des grands Chemins de fer (Méditerranée, Adriatique et Sicilienne) et de la Compagnie Royale des Chemins de fer de la Sardaigne	3.309	50	7	72	79	3.101	—	498.962·58
Total général	58.733	559	26	2332	2358	53.458	—	5,007.353·99

Digitized by Google

Tableau II. Accidents survenus en 1901.

Instituts assureurs	Nombre des accidents	Nombre des tués	Nombre des cas d'incapacité permanente			Nombre des cas d'incapacité temporaire	Montant des primes d'assurance afférentes à l'exercice 1901	Montant des indemnités allouées pour les accidents ayant eu lieu en 1901
			absolue	partielle	Total		Francs	
Caisse Nationale d'assurance contre les accidents du travail	22.021	279	10	895	905	19.932	1,930.693·62	2,150.410·09
Sociétés privées autorisées aux opérations d'assurance conformément à la loi	37.017	209	3	1627	1630	33.548	2,942.102·40	2,385.559·16
Syndicats d'assurance mutuelle et Caisses consortiales	2.612	32	—	111	111	2.358	300.058·11	237.796·40
Total	61.650	520	13	2633	2646	55.838	5,172.854·13	4,773.765·65
Caisses privées	1.049	6	3	27	30	983	—	75.511·04
Institutions de prévoyance des Compagnies des grands Chemins de fer (Méditerranée et Adriatique) .	4.374	50	1	133	134	4.056	—	542.499·93
Total général	67.073	576	17	2793	2810	60.877	—	5,391.776·62

Digitized by Google

Tableau III. Accidents survenus en 1902.

Instituts assureurs	Nombre des accidents	Nombre des tués	Nombre des cas d'incapacité permanente			Nombre des cas d'incapacité temporaire	Montant des primes d'assurance afférentes à l'exercice 1902	Montant des indemnités allouées pour les accidents ayant eu lieu en 1902
			absolue	partielle	Total		Francs	
Caisse Nationale d'assurance contre les accidents du travail	32.392	314	?	?	1272	30.806	3,025.689·72	2,952.400·00
Sociétés privées autorisées aux opérations d'assurance conformément à la loi	?	?	?	?	?	?	3,226.959·41	2,265.596·76
Syndicats d'assurance mutuelle et Caisses consortiales	?	?	?	?	?	?	408.304·96	234.539·84
Total	?	?	?	?	?	?	6,660.954·09	5,452.536·60
Caisses privées	?	?	?	?	?	?	—	94·394·44
Total général	64.272	490	?	?	2817	60.965	—	5,546.931·04

Digitized by Google

Tableau IV. Répartition, en p. 100 du nombre total, de 30.523 accidents du travail ayant eu lieu en 1902 — d'après l'industrie, la cause ou l'occasion, la nature des lésions et leurs conséquences.

Industries.	Nombre proportionnel des accidents %
Mines, usines, tourbières	14·19
Industrie des pierres et terres	3·94
Travail des métaux; construction de machines-outils, instruments, appareils	31·59
Industrie chimique	3·77
Produits alimentaires	7·99
Travail du bois	2·71
Industrie textile	10·33
Industries des cuirs et d'autres résidus animaux	1·31
Habillement et nettoyage	2·60
Fabrication de papier, de carton, et industries polygraphiques	3·92
Industries de la construction	8·29
Industries des transports	6·58
Industries électriques	1·07
Industries agricoles	0·66
Autres industries	1·05

Causes ou occasions.	
Moteurs	0·29
Transmissions	1·72
Machines-outils	16·75
Appareils de levage	1·27
Chaudières à vapeur	0·24
Matières combustibles, chaudes etc.	7·44
Chutes d'objets	33·33
Chutes de personnes	19·99
Chemins de fer	0·17
Navigation	0·02
Courants électriques	0·06
Outils	8·33
Chargement et déchargement	6·91
Autres occasions	3·48

Lésions.	
A. Brûlures:	
Parties du corps isolées (sauf les yeux)	5·62
Yeux	0·90
Plusieurs parties du corps à la fois, sauf les yeux	1·03
Plusieurs parties du corps à la fois, les yeux compris	0·10
Tout le corps	0·02
Total	7·67
B. Blessures, foulures, fractures, etc.:	
Bras droit, sauf les doigts	7·26
Bras droit, les doigts compris	1·01
Les doigts seulement	16·07
Total	24·34
Bras gauche, sauf les doigts	6·35
Bras gauche, les doigts compris	0·82
Les doigts seulement	14·94
Total	22·11

Digitized by Google

	Nombre proportionnel des accidents %
Les deux bras, sauf les doigts	0·12
Les deux bras, les doigts compris	0·06
Les doigts seulement	0·08
Total	0·26
Une jambe, sauf les doigts	16·18
Une jambe, les doigts compris	1·16
Les doigts seulement	4·13
Total	21·47
Les deux jambes, sauf les doigts	0·29
Les deux jambes, les doigts compris	0·02
Les doigts seulement	0·01
Total	0·32
Tête et cou, sauf les yeux	4·66
Tête et cou, les yeux compris	0·15
Les yeux seulement	4·20
Total	9·01
Poitrine	1·14
Dos	4·50
Épaules	1·72
Côtes	0·94
Bassin	1·30
Hernies	1·39
Autres parties du tronc	0·82
Total	11·81

	Nombre proportionnel des accidents %
Plusieurs parties du corps à la fois	2·90
Tout le corps	0·07
Total des blessures, foulures, fractures, etc.	92·29
C. Asphyxie	0·01
D. Submersion	0·01
E. Autres lésions	0·02

Conséquences.

A. Incapacité temporaire:	
de 5 à 10 jours	31·42
» 11 » 15 »	21·55
» 16 » 20 »	13·67
» 21 » 30 »	13·95
» 31 » 60 »	11·65
» 61 » 90 »	1·98
» 91 » 180 »	1·18
» 181 jours en avant	0·27
Total	95·67
B. Incapacité permanente partielle:	
de 1 à 10 (centièmes de l'incapacité permanente absolue)	1·86
» 11 » 20	0·82
» 21 » 30	0·39
» 31 » 40	0·42
» 41 » 50	0·14
» 51 » 60	0·10
» 61 » 70	0·05
» 71 » 80	0·07
Total	3·85
C. Incapacité permanente absolue	0·04
D. Mort	0·44

Digitized by Google

II. Invalidité et vieillesse.

a) Travaux législatifs préliminaires.

Au mois de mars 1881, M. Berti, Ministre de l'agriculture, de l'industrie et du commerce, présenta un projet de loi pour l'institution d'une Caisse nationale de retraites pour les ouvriers. Les moyens dont la nouvelle institution avait besoin pour atteindre son but, devaient être fournis par les contributions des ouvriers inscrits, par des sommes que l'État aurait allouées afin de constituer le premier capital de fondation et par des contributions annuelles obligatoires que les Caisses d'épargne ordinaires auraient dû prélever sur leurs bénéfices.

Le principe de l'assurance libre inspirait le projet de loi dont je viens de parler, ainsi que les projets successifs et la loi d'institution de la Caisse nationale de prévoyance pour l'invalidité et la vieillesse des ouvriers. Je me réserve de donner tous les détails de l'application de ce principe en parlant de la loi fondamentale de l'Institut.

Ce projet de loi n'arriva pas à la discussion, et au mois de février 1882 le même Ministre M. Berti présenta un nouveau projet de loi avec de nombreuses variantes, surtout pour ce qui regarde les moyens financiers et le système d'accumulation des sommes versées par les ouvriers inscrits à la Caisse nationale on attribuées à ceux-ci.

M. Grimaldi, Ministre de l'agriculture, présenta au mois de juin 1889 un troisième projet de loi, presque identique à celui de M. Berti, qui n'arriva pas à la discussion, ainsi que les précédents.

Un quatrième projet de loi fut présenté à la Chambre des Députés en décembre 1887 par l'initiative de MM. Vacchelli et Louis Ferrari. Tandis que les précédents projets tendaient à fonder un seul institut national pour les retraites ouvrières, le projet de MM. Vacchelli et Louis Ferrari visait à l'institution de plusieurs Caisses régionales autonomes, légalement

Digitized by Google

constituées et admises à la répartition des fonds recueillis selon les dispositions des projets précédents. En décembre 1889, M. Vacchelli présenta le rapport au nom de la Commission parlementaire.

A la fin de la session parlementaire ce projet de loi tomba, et il fut présenté de nouveau à la session suivante par les mêmes députés; M. Luzzatti, rapporteur, présenta en juillet 1890 un contre-projet qui maintenait toutefois les Caisses régionales autonomes.

M. Lacava, Ministre de l'agriculture, présenta au mois de novembre 1893 un nouveau projet de loi, semblable en beaucoup de points aux précedents; il s'agissait toujours de donner naissance à une institution de prévoyance alimentée par les contributions des ouvriers inscrits et par plusieurs ressources provenant de l'État, en particulier une partie des bénéfices annuels des Caisses d'épargne postales.

Le dernier projet de loi fut présenté en avril 1897 par le Ministre Guicciardini, qui, en homme politique très avisé, ne s'éloigna pas des principes fundamentaux suivis dans les projets de ses prédécesseurs. Il trouva pour sa bonne initiative un vaillant appui dans son collègue du Trésor, M. Luzzatti, qui, dans une conférence publique, avait exposé de nouveau ses opinions en matière de retraites ouvrières, avait esquissé les lignes fondamentales de la nouvelle institution et avait montré de quelle manière l'État aurait pu aider l'institution dans la formation du fonds patrimonial et dans l'accroissement des ressources annuelles. Ce projet de loi eut la chance d'être examiné par une Commission de dix-huit députés, instituée pour l'étude de lois financières et banquaires, dont le président était M. Carcano, actuellement Ministre du Trésor, ardent apôtre de la Caisse Nationale. Nommé rapporteur, il présenta tout de suite à la discussion, le 24 juin 1897, son rapport qui était le résultat de profondes études accomplies avec le

Digitized by Google

plus grand enthousiasme et avec un sens exquis d'opportunité pratique.

Les discussions qui s'ensuivirent sur le projet de loi à la Chambre des Députés et au Sénat, en rétardèrent l'approbation jusqu'au juillet 1898, et la loi fut promulguée le 17 de ce mois.

b) Loi du 17 juillet 1898.

La loi du 17 juillet 1898 donna naissance à la Caisse Nationale de prévoyance pour l'invalidité et la vieillesse des ouvriers sous le régime de l'assurance libre.

Comme premier fonds de dotation on assigna à la Caisse Nationale la somme de 10 millions de francs, constitués, pour 5 millions, par la valeur des billets de banque déjà prescrits et, pour 5 millions, par une partie des bénéfices accumulés dans les Caisses d'épargne postales.

La Caisse Nationale est une institution autonome, créée par l'État, mais tout à fait indépendante et séparée de l'administration de l'État. La responsabilité de l'État se borne à son concours dans la constitution de patrimoine et des revenus annuels de la Caisse. Il exerce sa surveillance au moyen de trois de ses fonctionnaires qu'il délégue pour le représenter dans le Conseil d'administration: c'est-à-dire les délégués des Ministères de l'Agriculture, du Trésor et des Postes et Télégraphes. Les autres membres du Conseil d'administration sont nommés par décret Royal sur la proposition du Ministre de l'Agriculture*), parmi lesquels quatre ouvriers inscrits à la Caisse.

La Caisse Nationale a son siége central à Rome; mais elle exerce ses fonctions dans les départements au moyen des bureaux de poste, des sièges secondaires et des succursales. Les siéges secondaires peuvent être instituées par le Conseil

*) Le Directeur de l'Office du Travail est membre de droit du Conseil d'Administration de la Caisse, selon la loi d'institution de l'Office et du Conseil du Travail.

Digitized by Google

d'administration près des Caisses d'épargne ordinaires, près des institutions publiques de bienfaisance, des Banques populaires et des institutions de prévoyance qui ont obtenu la personalité juridique. Les succursales peuvent être instituées par le Conseil dans tout endroit où les inscrits à la Caisse ont atteint un nombre assez considérable. Elles sont placées sous la surveillance d'un Comité nommé par le Conseil.

Les ressources financières assurées à la Caisse Nationale par la loi du 1898 sont les suivantes:

Pour l'augmentation du fonds patrimonial:

1. La moitié de la valeur des billets de banque qui seront prescrits par application de la loi 10 août 1893*);

2. Les sommes déposées aux Caisses postales d'épargne qui sont atteintes par application de la prescription;

3. Les dépôts faits à la Caisse des dépôts et prêts qui viendraient aussi à être prescrits;

4. Le dixième du résidu actif dû à l'État par la gestion du Fonds pour le Culte;

5. Les dons et legs que la Caisse peut recevoir, pourvu qu'ils n'aient pas une destination particulière;

6. Une partie du revenu annuel ordinaire de la Caisse afin que le fonds patrimonial puisse atteindre 16 millions à la fin de la dixième année de fonctionnement.

Pour les revenus annuels ordinaires:

1. La moitié des bénéfices des Caisses postales d'épargne jusqu'à 500 millions de dépôts et sept dixièmes pour le surplus;

2. La moitié des bénéfices de la gestion des dépôts judiciaires administrés par la Caisse des dépôts et prêts;

3. Le montant des successions en déshérence;

4. Les intérêts annuels du fonds patrimonial de la Caisse.**)

*) Le terme de la prescription établi au 30 juin 1905 a été, par une loi récente, prolongé jusqu'au 31 décembre 1907.

**) Par la loi du 16 février 1899 ayant le but de soustraire à la circulation des bons de caisse à 1 et 2 lires, on a établi que la valeur des bons non retirés et tombés en prescription le 31 décembre 1906 sera

Digitized by Google

Cette liste des moyens financiers qu'on a mis à disposition de la Caisse Nationale de prévoyance montre bien que l'État a voulu éviter toute charge budgétaire sous la forme de versements annuels. On a employé des ressources qui ne dérivent pas d'impôts et qui sont en partie en rapport bien étroit avec le caractère social de l'institution. C'est là un des côtés les plus sympathiques de la loi italienne sur les retraites ouvrières, et il trouve sa raison et sa liaison dans le principe fondamental de l'assurance libre. Par des moyens très variés ou parvient ainsi à accroître le patrimoine de l'Institut, d'un mouvement peu rapide, c'est vrai, mais correspondant, jusqu'ici, au lent accroissement du nombre des ouvriers inscrits.

A la Caisse Nationale peuvent s'inscrire tous les italiens des deux sexes qui sont appliqués à un travail manuel et qui sont payés à la tâche ou avec salaire journalier. Les femmes mariées peuvent y participer sans l'autorisation de leurs maris, les mineurs sans celle de leurs parents ou tuteurs. Sont admis aussi les artisans et les agriculteurs qui disposent d'un capital, si toutefois ils ne peuvent en tirer les moyens nécessaires à l'existence sans y joindre leur travail manuel. Sont admises aussi les femmes et les filles des ouvriers, même si elles sont seulement chargées du ménage domestique.

Tout ouvrier qui veut obtenir l'inscription à la Caisse doit souscrire une demande et la présenter à l'office central, ou aux offices secondaires ou succursales, ou aux bureaux de poste. La demande doit être accompagnée de l'acte de naissance, d'un certificat de naturalité et d'un certificat con-

---

attribuée à la Caisse Nationale. La loi du 19 juin 1902 sur le travail des femmes et des enfants a destiné en faveur de la Caisse Nationale le montant des sommes perçues à titre de contravention à la même loi. Par la loi du 3 juillet 1902 on a établi en faveur de la Caisse la prescription des livrets des Caisses d'épargne postales avec un crédit non supérieur à 1 franc, à la fin de trois ans à partir de la dernière opération de versement ou de remboursement. Et enfin, par la loi du 21 juillet 1902 on a établi d'attribuer à la Caisse Nationale la moitié de la valeur des obligations et des primes du prêt Bevilacqua-La Masa qui tombent en prescription.

Digitized by Google

statant la profession exercée. Toutes ces pièces sont délivrées par les mairies gratuitement et sans droits de timbre. L'office central, s'il reconnaît régulières la demande et les pièces à l'appui, ouvre le compte individuel et délivre un livret au nom du titulaire, qui le reçoit par le bureau ou par l'Office auquel il avait présenté la demande.

Les ouvriers italiens résidant à l'étranger peuvent aussi s'inscrire et verser leurs cotisations près les agents consulaires d'Italie ou près les institutions qui auront une autorisation spéciale à cet effet.

Pour favoriser l'inscription des ouvriers âgés, la loi a permis, pendant une période transitoire, à ces ouvriers de verser à la Caisse, les cotisations arriérées, jusqu'à un maximum de 15 ans; les cotisations ne peuvent être inférieures à 6 francs par an, avec les intérêts composés. Par cette disposition, un ouvrier âgé de 50 ans peut obtenir, sa pension à l'âge de 60 ans, pourvu qu'il ait payé quinze cotisations annuelles arriérées. On admet aussi l'inscription de personnes âgées de plus de 50 à 55 ans qui veulent obtenir leur pensions après dix ans d'inscription. La Caisse ajoute aux cotisations des ouvriers des cotisations extraordinaires pour la période d'abréviation.

Le maximum des versements annuels d'un ouvrier ou au profit d'un ouvrier ne peut pas dépasser la somme de 100 francs. Le minimum des versements partiels est fixé à 50 centimes. Des bulletins délivrés gratuitement dans tous les bureaux de poste, permettent toutefois de réaliser cette somme au moyen de timbres-poste. Les versements peuvent être interrompus ou continués au gré des ouvriers inscrits et peuvent être effectués près tous les bureaux de poste, offices secondaires ou succursales.

Afin de pouvoir jouir des allocations que la Caisse Nationale distribue pour encourager et accroître les versements

Digitized by Google

individuels, les ouvriers inscrits doivent verser 6 francs au moins par an.

A cet effet à la fin de chaque année le Conseil d'Administration prélève une partie du revenu annuel, pour la répartir d'une manière égale entre les inscrits qui auront versé, ou au profit desquels auront été versés, dans l'année, au moins 6 francs; les allocations dont on dispose ainsi en faveur de chaque inscrit ne pourront pas dépasser 12 francs par tête pendant les cinq premières années de fonctionnement de la Caisse. Cette répartition ne profite pas aux ouvriers inscrits qui ont, pas l'effet d'une loi, droit à une pension de retraite.

Les ouvriers inscrits peuvent effectuer leurs versements à capital réservé ou bien à capital aliéné. En cas de mort, pendant la période d'accumulation, d'un ouvrier qui aura fait ses versements à capital réservé, le montant de ses cotisations et de celles qui auront été effectuées à son profit, intérêts non compris, sera remis à ses héritiers (parents, veuve, fils mineurs et filles nubiles). Les cotisations versées à capital aliéné seront, en cas de mort du titulaire, réparties entre ceux du même âge qui auront versé leurs cotisations sous la même condition. Tout inscrit qui aura effectué des versements à capital réservé pourra ultérieurement en consentir l'aliénation; la faculté de réserver le capital d'abord aliéné ne pourra, au contraire, être exercée que par ceux qui, après l'inscription et avant l'accomplissement de leur quarant-cinquième année, auront contracté mariage, ou reçu des fils du mariage précedent.

Le système de pleine liberté conférée aux ouvriers inscrits de verser leurs cotisations dans la mesure et les temps, qui leur mieux plaisent, a conduit nécessairement à la constitution des capitaux pour les rentes viagères d'après le système des comptes individuels.

Les éléments qui composent le compte de chaque ouvrier inscrit à capital aliéné, sont les suivants:

Digitized by Google

1. Les cotisations versées par lui on à son profit;

2. les allocations de la Caisse;

3. les allocations que des institutions ou des particuliers pourraient faire à son profit;

4. sa quote-part dans le montant des sommes provenant des comptes 1, 2 et 3 qui seraient restées vacantes par décès des autres ouvriers de même âge;

5. les intérêts sur toutes ces recettes.

Dans le compte d'un ouvrier qui a réservé ses versements figurent les recettes désignées sous les numéros 1, 2, 3, 5, tandis que la répartition des sommes des décédes se fait sur la seule partie de ces sommes qui n'est pas disponible au profit des héritiers, ou qui ne trouve pas des héritiers ayant droit.

La liquidation normale des comptes individuels se fera à l'expiration de la vingt-cinquième année à partie du jour du premier versement, pourvu que le titulaire ait atteint l'âge de 60 ans. L'inscrit peut toutefois prolonger la liquidation de son compte jusqu'à l'âge de 65 ans.

Une liquidation exceptionnelle pourra être faite après l'expiration de la cinquième année de participation à la Caisse, quel que soit l'âge de l'intéressé, en cas d'invalidité permanente absolue, dûment constatée.

La liquidation du compte individuel consiste dans la conversion du capital accumulé en une rente viagère sur la tête du titulaire. Les tarifs pour cette conversion sont établis par décret Royal. Lorsque la rente à liquider est supérieure à 180 francs par an, le capital équivalent au surplus de la rente de 180 francs, pourra être payé en une seule fois au titulaire, à sa demande, ou pourra aussi être converti en une somme à payer à son décès à ses héritiers ou ayants droit. Si le capital accumulé ne peut fournir qu'une rente viagère inférieure à 36 francs par an, le Conseil d'administration de la Caisse

Digitized by Google

pourra, si le titulaire n'y fait pas opposition, effectuer le payement du capital en une seule fois.

Les rentes viagères des invalides peuvent être augmentées grâce à un fonds spécial constitué en premier lieu d'une partie du revenu ordinaire annuel, déterminée à la fin de chaque année par le Conseil d'administration, des sommes à verser par les institutions qui, en vertu de loi, doivent concourir au maintien des invalides, et des dons et legs faits, avec cette destination, à la Caisse.*)

Enfin les indemnités dues à des ouvriers victimes d'accidents du travail, ainsi que les sommes allouées par les institutions de prévoyance ou de bienfaisance et par les particuliers aux ouvriers atteints d'invalidité, à la suite d'infirmité ou de vieillesse, pourront être versées à la Caisse Nationale et transformées en rentes viagères.

Les Sociétés de secours mutuels peuvent verser à la Caisse les sommes qu'elles ont recueillies en vue d'assurer à leurs membres des pensions de vieillesse ou d'invalidité. Elles obtiennent par ce moyen l'inscription de leurs membres et la participation aux cotisations de la Caisse. Pour le payement des pensions et pour l'assurance des sociétaires âgés, elles peuvent établir avec la Caisse des accords spéciaux.

La Caisse peut prendre à sa charge la gestion des institutions de prévoyances que, par effet d'une loi, les administrations publiques et les entreprises privées pourraient être contraintes d'instituer pour subvenir à la vieillesse et à l'invalidité de leurs ouvriers. La Caisse peut encore obtenir du Gouvernement l'autorisation à exercer certaines branches d'assurance; et dans ce cas les profits de l'entreprise seront affectés à l'augmentation de revenu ordinaire annuel. **)

*) Sa Majesté le Roi d'Italie, à l'occasion de la naissance du Prince héritier, a donné à la Caisse Nationale 1 million de francs, qui a été affecté au fonds d'invalidité.

**) La Caisse a déjà obtenu par décret Royal la faculté d'exercer les assurances de rentes viagères pour les classes moyennes.

Digitized by Google

c) Les lois du 7 juillet 1901 et du 13 mars 1904.

Par la loi du 7 juillet 1901 on a trouve de nouvelles ressources pour accroître le patrimoine de la Caisse Nationale:

1. Au moyen de la transformation en dépôt, près de la Caisse des dépôts et prêts, de la valeur des bons de caisse à 1 et 2 francs qui étaient encore en circulation le 31 décembre 1901, et de l'allocation à la Caisse Nationale des intérêts de ce dépôt, tout en maintenant le droit de la Caisse sur la valeur résiduelle des bons en circulation le 31 décembre 1906, d'après les dispositions de la loi du 16 février 1899;

2. en obligeant les Instituts d'émission à verser à la Caisse des dépôts et prêts la somme de 8 millions de francs, en correspondance aux billets de banque qui ont cessé d'avoir cours légal et qu'on suppose perdus. Ces 8 millions sont employés en rente d'État 5 pour cent, dont la moitié est attribuée à la Caisse Nationale;

3. en obligeant l'Administration du Fonds pour le Culte à verser à la Caisse Nationale la somme de 2,950.000 francs pour payement partiel de la partie attribuée à la Caisse par la loi de 1898 sur le résidu actif du patrimoine régulier du Fonds pour le Culte dû à l'État.

La loi à voulu aussi favoriser l'inscription des ouvrières en abaissant pour elles de 60 à 55 ans le commencement de la jouissance de la rente viagère, et celle des ouvriers âgés en éloignant jusqu'au 31 décembre 1903 le terme de la période transitoire pour l'inscription à des périodes abrégées.

Afin d'augmenter le revenu de ses fonds, on a permis à la Caisse Nationale de les employer, non seulement en titres d'État ou garantis par l'État, mais encore en prêts faits aux Communes et aux Provinces, et l'on a exonéré de l'impôt sur les valeurs mobilières les intérêts des fonds mêmes, à l'exception de ceux qui dérivent des titres émis ou garantis par l'État.

Digitized by Google

Par la loi du 31 mars 1904 on a concédé un nouveau délai jusqu'au 31 décembre 1905 pour l'inscription à des périodes abrégées de la part des ouvriers âgés; et l'on a donné à la Caisse Nationale la faculté d'employer ses fonds aussi en immeubles urbains.

d) Les résultats.

La Caisse Nationale de Prévoyance pour l'invalidité et la vieillesse des ouvriers a commencé ses opérations à Rome le 1er octobre 1899; mais elle est entrée en plein fonctionnement dans tout le Royaume le 1er janvier 1900. Maintenant elle compte donc cinq ans et demi de vie, et si l'on considère que l'assurance est libre, que l'esprit de prévoyance parmi nos classes ouvrières est très faible, qu'il n'est pas facile de faire pénétrer tout d'abord dans la conscience de l'ouvrier l'utilité de l'institution, le devoir même qu'il a de pourvoir à sa vieillesse, nous ne nous pouvons pas étonner si les résultats jusqu'à présent obtenus ne correspondent pas aux besoins que la nouvelle institution est appelé à satisfaire.

D'ailleurs, et je l'ai dit au Congrès de Paris (1900), le Gouvernement d'Italie en instituant la Caisse Nationale n'a pas eu la présomption de résoudre le problème si complexe et imposant de l'invalidité et de la vieillesse des ouvriers; il a voulu seulement planter un premier jalon sur cette voie si difficile.

Mais il faut ajouter que la Caisse Nationale est douée de force éducatrice, et pourtant son oeuvre de pénétration dans les classes ouvrières est une oeuvre lente mais sûre. Et il n'est pas téméraire de prévoir le triomphe final d'une institution qui fonde tout son succès sur l'esprit de prévoyance des ouvriers et sur le sentiment de bienveillance des patrons. *)

*) Voir mon rapport au Congrès international de Düsseldorf (juin 1902).

Digitized by Google

Le nombre des inscriptions à la Caisse a suivi pendant les années 1900—1904 la progression suivante:

1900	. . . . .	N. 11.055
1901	. . . . .	» 20.324
1902	. . . . .	» 54.470
1903	. . . . .	» 28.779
1904	. . . . .	» 31.426
	Total .	N. 146.054

Les inscrits à la Caisse Nationale sont à présent au nombre de 160.000.

La Caisse Nationale a, dans le Royaume, 31 siéges secondaires et succursales, et trois succursales à l'étranger: une à Paris, une autre à Trieste et la troisième à Tunis.

Le patrimoine de la Caisse a déjà atteint le montant prévu pour la fin des dix premières années de son existence: au 31 décembre 1904 il s'élevait à 16,404.306 francs. Les capitaux accumulés dans le fonds des ouvriers inscrits et alimentés par les versements de ceux-ci, des patrons ou industriels ou corps moraux, atteignent le chiffre de 10 millions de francs. Le fonds d'invalidité, destiné à remédier à l'insuffisance des versements faits par les inscrits qui deviennent incapables au travail avant d'avoir atteint l'âge et le nombre des années d'inscription imposés par la loi, est de 2,313.299 francs. Le montant de tous les fonds possédés par la Caisse Nationale au 31 décembre 1904 était de 34,089.080 francs. Les fonds sont augmentés de 6 millions de francs pendant l'année courante, et atteignent par conséquent 40 millions de francs.

Pendant la période de l'accumulation la Caisse Nationale de prévoyance voit donc ses fonds s'accroître d'une manière suffisamment rapide et sa puissance s'accroître de même. De sorte que, si, après l'épreuve de l'assurance libre, on songera à appliquer le système de l'assurance obligatoire, nous aurons un Institut puissant qui pourra bien offrir des moyens et des organes précieux au service de la nouvelle forme d'assurance.

Digitized by Google

III. Institution d'une Caisse de Maternité.

La loi du 19 juin 1902, N. 242, sur le travail des femmes et des enfants, statue, dans l'article 6, que les ouvrières ne doivent pas être occupées dans les établissements industriels ou dans les ateliers pendant le premier mois successif à leur accouchement. Or, afin que cette disposition, inspirée aux principes les plus élevés d'hygiène et de prévoyance sociale, soit rigoureusement observée et soit capable d'atteindre le but de protéger légalement les mères et les générations naissantes, il faut prendre des mesures telles que les ouvrières en couches soient indemnisées de quelque manière du dommage économique immédiat provenant de leur chômage obligatoire. Par cette raison la Chambre des députés et le Sénat, pendant la discussion qui porta à la loi susdite, invitèrent le Gouvernement à présenter un projet de loi concernant l'institution d'une ou de plusieurs Caisses de maternité, dans le but d'allouer aux ouvrières en couches une partie de leur salaire journalier pendant le temps de leur chômage légal.

C'est de ces vœux importants que naquit le projet de loi que M. Rava, Ministre de l'Agriculture, de l'Industrie et du Commerce, a présenté le 27 mai 1905 à la Chambre des députés, projet de loi rédigé d'après de longues et approfondies recherches et études accomplies par le Conseil Supérieur de Travail, par l'Office du Travail et par l'Inspectorat général du Crédit et de la Prévoyance.

La Caisse de Maternité dont il est question dans le projet de loi, doit être considérée précisément comme une institution complémentaire de la loi sur le travail des femmes et des enfants, puisqu'elle se propose le but:

a) d'allouer des secours en argent aux seules ouvrières qui sont protégées par la loi, c'est-à-dire les ouvrières occupées dans les mines et carrières, dans les établissements industriels ou dans les ateliers;

Digitized by Google

b) d'allouer ces secours pendant le chômage légal, c'est-à-dire pendant la période normale de trente jours ou pendant la période exceptionnellement réduite de vingt-et-un jours après l'accouchement.

Après avoir ainsi défini le champ d'application de l'institution nouvelle, on procéda à l'élaboration du projet de loi en partant des principes suivants:

1. L'assurance des secours près de la Caisse doit être obligatoire pour toutes les ouvrières en âge fécond, c'est-à-dire pour toutes les ouvrières de 15 à 50 ans. Si l'assurance était laissée à la libre initiative des ouvrières, on comprend aisément qu'en général seulement celles qui seraient en condition d'avoir bientôt besoin du secours d'accouchement, profiteraient de l'institution. Du reste, c'est ce qui a été amplement démontré par l'expérience des Caisses de maternité fondées grâce à la libre initiative de privés dans notre pays et à l'étranger. D'où il s'ensuit qu'une telle Caisse ne pourrait fonctionner qu'à la condition d'exiger des associées une contribution très élevée; et une telle condition rendrait impossible l'inscription de la part des ouvrières le moins payées, c'est-à-dire de celles qui auraient le plus de besoin des secours de la Caisse en cas d'accouchement. Le but éminemment social et humanitaire de l'institution échouerait donc complètement, ainsi que l'a démontré mon ami Henri Scodnik dans son mémoire sur l'institution de Caisses de maternité en Italie, qui a été présenté au Congrès de Düsseldorf.

2. Le secours journalier aux ouvrières en couche doit être fixé dans la mesure de trois quarts du salaire journalier. Pour des raisons d'équité et de justice distributive, il a paru évident que les contributions et les secours concernant la Caisse de maternité doivent être partagés parmi les ouvrières en proportion de leurs salaires. Cette proportionnalité paraît d'autant plus nécessaire si l'on considère que le salaire est à sa fois proportionné au coût spécial de la vie dans les endroits

Digitized by Google

où l'ouvrière se trouve; de manière que, si le secours était fixé dans une seule mesure déterminée pour toutes les ouvrières, cette mesure aurait dû être assez élevée, faute de réussier insuffisante dans les lieux où la vie est plus coûteuse.

3. La contribution doit être aussi proportionnée au salaire et à charge, en parties égales, de l'ouvrière et de l'entrepreneur. Dans le Conseil supérieur du Travail il y eut quelqu'un qui proposa que la contribution fût proportionnée à l'âge des ouvrières; mais l'on considéra que cette proportionnalité aurait trop augmentée la contribution relative à l'âge le plus fécond, tandis qu'il convenait, surtout dans un système d'assurance obligatoire, de maintenir la contribution à un niveau le plus bas possible. On observa, en outre, que l'âge n'est pas la seule variable dont dépend la probabilité d'accouchement, et qu'à vouloir proportionner rigoureusement la contribution à cette probabilité, on devrait considérer aussi l'état civil, en distinguant les filles et les veuves des mariées, la race, la région, la hauteur des salaires, etc.

Une recherche statistique diligemment accomplie par l'Office du Travail donna les éléments nécessaires pour calculer le coût de cette nouvelle branche d'assurance sociale et la contribution relative à chaque ouvrière.

Sans entrer en des détails sur cette matière, je me borne ici à mentionner:

Que l'enquête de l'Office du Travail s'étendit à 172.365 ouvrières de 16 à 54 ans révolus, observées le 30 novembre 1903, qui équivalaient à 153.695 ouvrières observées pendant une année (ouvrières-année);

Que le nombre total des accouchements qui ont eu lieu parmi les ouvrières observées, a été de 6893, dans la proportion de 45 pour 1000 ouvrières-année;

Que le montant des salaires perçus pendant l'année d'observation par toutes les ouvrières observées a été de 48,800.861 francs;

Digitized by Google

Que le montant des salaires journaliers perçus par les ouvrières en couche a été de 9267 francs.

Maintenant, si nous divisons le montant des salaires journaliers des ouvrières en couche par le montant total des salaires perçus par toutes les ouvrières observées, si nous multiplions en outre ce rapport par 22.500 et tenons compte des écarts probables, nous aurons que la prime annuelle suffisante à assurer un secours d'accouchement égal à trois quarts du salaire journalier pendant 30 jours, résulte exprimée par 45 dix-millièmes parties du salaire annuel.

Et comme il a résulté que le salaire journalier moyen des ouvrières observées est égal à fr. 1·20 et celui des ouvrières en couche à fr. 1·34, on déduit que le fonds nécessaire au fonctionnement de l'assurance est amplement alimenté par une contribution annuelle égale à une journée et demie de salaire de la part de chaque ouvrière de 15 à 54 ans révolus.

Cette faible contribution individuelle trouve son explication dans un des faits plus importants qui ont été acquis par l'enquête de l'Office du Travail, c'est-à-dire en ce que la fécondité de l'ouvrière italienne est inférieure de beaucoup à la fécondité moyenne des femmes italiennes considérées dans leur totalité. En 1901 en effet, 1,067.367 naissances eurent lieu en Italie avec 8,900.000 femmes (filles, mariées et veuves) entre 15 et 54 ans révolus, ainsi qu'il résulte du dénombrement de la population et des statistiques démographiques, c'est-à-dire 120 naissances sur 1000 femmes en âge fécond; tandis que l'enquête de l'Office du Travail donna 45 naissances pour 1000 ouvrières-année. Cette différence considérable dérive de ce que la distribution des ouvrières d'après leur état civil et d'après leur âge diversifie beaucoup de celle de la population féminine considérée dans sa totalité: les patrons accueillent de préférence ou exclusivement les jeunes filles au lieu des mariées dans leurs établissements, et

Digitized by Google

d'ailleurs bien souvent les ouvrières mariées s'éloignent des établissements dès leurs premiers accouchements.

Il faut maintenant observer que l'enquête statistique n'a pu tenir compte des fausses couches, bien qu'elles méritent d'être comprises parmi les cas à secourir, tout en laissant au règlement d'administration publique le soin de définir les conditions auxquelles les secours doivent être subordonnés. En outre le taux de fécondité a été calculé tout en restant rigoureusement dans le domaine qu'on a présentement assigné à la Caisse de maternité qu'il s'agit de fonder. Il convient d'observer une fois encore que la Caisse sera précisément une institution complémentaire de la loi sur le travail des femmes et des enfants: et, conformément à ce point de vue, on a compté les accouchements des ouvrières sous la condition catégorique que celles-ci étaient et restaient ouvrières, et on a, par conséquent, omis de compter les accouchements des ouvrières qui quittèrent définitivement les établissements industriels ou y revinrent après trois ou quatre mois; tandis que le projet de loi ne subordonne pas d'une manière explicite la concession du secours à la condition que l'ouvrière reprenne son travail avant que trente jours ou peu de plus soient écoulés dès l'accouchement. Enfin, la limite supérieure de l'âge pour les ouvrières à assurer a été abaissée, dans le projet de loi, de 54 à 50 ans, d'où il vient une augmentation presque insensible du taux de fécondité.

Pour cet ensemble de considérations, et pour tenir compte aussi des frais d'administration, on a élevé prudemment d'une journée et demie à deux journées de salaire la contribution annuelle relative à chaque ouvrière à assurer.

Le projet de loi, tout en accueillant le principe de proportionner la contribution annuelle et le secours journalier au salaire, puisqu'il a fixé la première à deux journées de salaire et le second à trois quarts de salaire journalier, a néanmoins dû modifier tant soit peu le même principe en vue de son

Digitized by Google

applicabilité. A cause de la grande variabilité des salaires individuels, l'application rigoureuse du principe en question aurait entraîné de graves difficultés et complications dans le payement des contributions de la part des industriels et dans l'administration de la Caisse. Pour ces raisons, dans le projet de loi on a distribué les ouvrières en plusieurs classes de salaires, comme ci-après:

1re	classe:		jusqu'	à	fr.	0·60	de	salaire	journalier,
2me	»	de	fr. 0·61	»	»	1·20	»	»	»
3me	»	»	» 1·21	»	»	1·80	»	»	»
4me	»	»	» 1·81	»	»	2·40	»	»	»
5me	»	»	» 2·41	»	»	3·00	»	»	»
6me	»	»	» 3·01	»	»	3·60	»	»	»
7me	»	»	» 3·61	»	»	4·20	»	»	»

On a fixé ensuite que les ouvrières ayant un salaire journalier supérieur à 4 fr., 20, ne profitent des dispositions de la loi que jusqu'à concourrence de 4 fr., 20 et sont, par conséquent, inscrites à la septième classe de salaires.

En correspondance à ces classes de salaires, le projet de loi contient la mesure de la contribution annuelle obligatoire relative à chaque ouvrière, ainsi que la mesure du secours journalier en cas d'accouchement, telle qu'elle résulte des tableaux suivants:

Contribution annuelle (pour moitié à charge du patron et pour l'autre moitié à charge de l'ouvrière):

1re	classe	. . . . .	fr. 1·20
2me	»	. . . . .	» 2·40
3me	»	. . . . .	» 3·60
4me	»	. . . . .	» 4·80
5me	»	. . . . .	» 6·00
6me	»	. . . . .	» 7·20
7me	»	. . . . .	» 8·40

Digitized by Google

Secours journalier:

1re et 2me classes	. . . fr.	1·00
3me classe	. . . . »	1·35
4me »	. . . . . »	1·80
5me »	. . . . . »	2·25
6me »	. . . . . »	2·70
7me »	. . . . . »	3·15

Seulement pour les deux premières classes le secours ne correspond pas aux trois quarts du salaire particulier des mêmes classes, puisque, conformément au vœu exprimé par le Conseil Supérieur du Travail, il a paru convenable d'établir que le secours journalier ne soit jamais inférieur à un franc.

A cause du système adopté de la distribution des ouvrières en sept classes de salaires, il y aura des ouvrières qui, au lieu de payer une contribution égale à une journée de salaire, paieront quelque chose de plus: mais la différence, qui ne sera jamais supérieure à 59 centimes, sera compensée par le fait que le secours d'accouchement est proportionné au maximum du salaire correspondant à chacune de ces classes. Il suit de cette circonstance que les ouvrières, qui auront payé quelque chose en plus d'une journée de salaire, recevront, en cas d'accouchement, un secours supérieur aux trois quarts de leur salaire; les ouvrières, dont le salaire dépasse de peu de centimes seulement le maximum de la classe immédiatement précédente, auront un secours supérieur à une journée de leur salaire; et il pourra arriver aussi le cas de parfaite égalité entre le secours journalier et la journée de salaire. Mais dans une institution inspirée aux principes de la mutualité, de telles différences sont tout-à-fait négligeables. Il faut abandonner l'idée d'une contribution individuelle précisément égale à deux journées de salaire et d'un secours journalier précisément égal aux trois quarts d'une journée de salaire, puisque la pratique de ce système donnerait lieu à de graves complications et, par conséquent, à une augmentation consi-

Digitized by Google

dérable dans les frais d'administration. Ce qui est essentiel c'est que chaque ouvrière ait éventuellement un secours rigoureusement proportionné à sa contribution.

Le Gouvernement a la faculté de modifier par décret royal la mesure des secours et des contributions lorsque la nécessité de ces modifications soit reconnue d'après les résultats d'un bilan technique que l'Administration de la Caisse doit faire tous le trois ans; en tout cas cependant la contribution ne peut être augmentée au delà du 50 pour cent de sa valeur actuelle.

La contribution individuelle est, pour moitié à charge de l'ouvrière, et pour l'autre moitié à charge du patron. Celui-ci doit payer entièrement la contribution, mais il a le droit d'en retenir la moitié sur le salaire de l'ouvrière. Le paiement doit être fait au moyen de versements périodiques, dont le nombre annuel sera fixé par le règlement, et au moyen de timbres vendus par la Caisse de maternité, et appliqués sur une feuille certificative que chaque ouvrière recevra de son patron.

La Caisse de maternité sera administrée par la Caisse nationale de prévoyance pour l'invalidité et la vieillesse des ouvriers, et en constituera une section autonome, jouissant de tous les privilèges et de toutes les facilités que la loi accorde à cette dernière.

Le Comité administratif de cette section autonome est nommé par le Conseil d'administration de la Caisse nationale; et des représentants des ouvrières assurées en feront part pour un quart.

Dans ce qui précède j'ai tracé les lignes principales d'un projet de loi qui ne dérive point de la législation étrangère, où l'on chercherait en vain quelque chose de semblable, puisque les secours de maternité sont partout distribués par la bienfaisance publique on privée, on sont mêlés avec les secours de maladie dans les pays qui, comme l'Autriche et

Digitized by Google

l'Allemagne, ont organisé l'assurance obligatoire contre les maladies.

La Caisse de maternité devra donc initier son action bienfaisante sans l'appui de l'expérience d'institutions semblables. C'est pour cela que le Gouvernement italien a voulu prudemment borner pour le moment l'action de la Caisse à une classe déterminée et relativement peu nombreuse de femmes travailleuses. Il est à espérer que les résultats du fonctionnement de la Caisse permettront d'accroître peu à peu la classe des associées, et de transformer ainsi en réalité splendide l'idéal presque utopique de la protection sociale, aux différents points de vue hygiénique, économique et moral, de toutes les mères et de tous les nouveaux-nés.

Rome, juillet 1905.

Digitized by Google

Digitized by Google

DIE ARBEITERVERSICHERUNG IN SCHWEDEN 1889—1904.

VON

JOHN MAY,

CHEF DER REICHSVERSICHERUNGSANSTALT IN STOCKHOLM.

Schon am 11. Mai 1884 wurde von einem Reichstagsabgeordneten im Reichstage beantragt, daß die kgl. Regierung in Erwägung ziehen sollte, »ob und inwiefern Mittel ausfindig gemacht werden könnten, die geeignet wären, das Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitern rücksichtlich etwaiger Betriebsunfälle zu ordnen, sowie den Arbeitern und den diesen gleichzuhaltenden Personen eine Altersversicherung einzurichten und danach die bezüglichen Anträge an den Reichstag zu stellen«.

Infolgedessen wurde am 3. Oktober 1884 ein Komitee — das sogenannte Arbeiterversicherungskomitee — eingesetzt, das nach und nach verschiedene Gutachten erstattete und Gesetzesvorlagen ausarbeitete. Von diesen Vorlagen führte die eine zur Ausfertigung des Gesetzes betreffend Schutz gegen Gefahren im Betriebe vom 10. Mai 1889. Am 12. März 1890 übermittelte der König dem Reichstag eine Gesetzesvorlage über die Versicherung für Unfälle bei der Arbeit, welche sich an die entsprechende Vorlage und die Gutachten des Arbeiterversicherungskomitees anlehnte.

Diese Regierungsvorlage beruhte gleich der des Komitees auf dem Gedanken, daß innerhalb gewisser industrieller Betriebe die Arbeiter auf Kosten der Arbeitgeber gegen Betriebsunfälle bei einer vom Staate eingerichteten Reichsversicherungsanstalt zwangsversichert sein sollten, bei welcher auch eine

Digitized by Google

freiwillige Versicherung gegen Betriebsunfälle abgeschlossen werden könnte.

Diese Vorlage, welche in einzelnen Punkten (Umfang der Versicherungspflicht, Festsetzung der Entschädigungen) von dem Komitee-Entwurfe abwich, wurde jedoch vom Reichstage abgelehnt.

Dasselbe Schicksal erfuhr eine in einigen nicht wesentlichen Punkten umgearbeitete Regierungsvorlage vom Jahre 1891. Die hauptsächlichste Divergenz der Anschauungen hatte sich nämlich daraus ergeben, daß die Regierung das Prinzip der Zwangsversicherung, der Reichstag (und auch das um Begutachtung der Vorlage angegangene »höchste Gericht«) hingegen das Haftpflichtprinzip vertrat.

Die Frage über Einführung eines Zwangsgesetzes für Unfallversicherung war also zum zweiten Male vom Reichstage abgelehnt worden. Dagegen wurde im Jahre 1891 die Krankenkassenvorlage des Arbeiterversicherungskomitees vom Reichstag angenommen, wonach das Gesetz am 30. Oktober 1891 ausgefertigt wurde.

In demselben Jahre legte das Arbeiterversicherungskomitee einen Entwurf über Altersversicherung nebst den hierüber abgegebenen Äußerungen vor. Der damalige Minister des Innern betonte aber, daß diese Frage für die Gesetzgebung noch nicht spruchreif sei, und daß diese Versicherung, wie auch die Unfallversicherung, wenn möglich mit dem Invaliditätsprinzipe in Verbindung gesetzt werden sollte. Auf Verlangen des Ministers des Innern wurde ein neues Komitee eingesetzt — gewöhnlich das neue Arbeiterversicherungskomitee genannt — welches am 30. März 1893 den Entwurf eines Gesetzes betreffend die Versicherung auf Pensionen bei vollständiger Erwerbsunfähigkeit mit ausführlichen Motiven und statistischen Tabellen einreichte. Diese Vorlage war auf dem Invaliditätsprinzipe gegründet und enthielt Bestimmungen über die obligatorische Versicherung aller, mindestens 18 Jahre

Digitized by Google

alten, bei den Arbeitgebern angestellten Lohnarbeiter, einschließlich der Seeleute und Dienstboten sowie der Betriebsbeamten und sonstigen Gehilfen und Beamten in Handel und Gewerbe mit einem Jahresgehalt bis 1800 *K*. Diese Personen sollten in einer Reichsversicherungsanstalt gegen jede vollständige Erwerbsunfähigkeit versichert werden, gleichviel ob diese Erwerbsunfähigkeit vom Alter, von einem Betriebsunfalle oder aus anderen Ursachen herrührte. Die Versicherung sollte daher die Altersversicherung und Unfallversicherung in sich schließen. Nur die vorübergehende Erwerbsunfähigkeit kam nicht in Betracht, sondern wurde den Krankenkassen und den diesen gleichzuhaltenden Anstalten überlassen. Mit der Invaliditätsversicherung war eine Pension für Ehefrauen und Kinder verbunden. Die Kosten für die Versicherung sollten durch Versicherungsbeiträge bestritten werden, welche in drei Pensionsklassen eingeteilt waren und teils dem Arbeitgeber, teils dem Arbeiter zur Last fielen. Das Pensionsausmaß war von der Dauer der Beitragsleistung abhängig.

Diese Vorlage wurde nach vorheriger Begutachtung mit einigen Modifikationen von der kgl. Regierung im Reichstage im Jahre 1895 eingebracht. Die Modifikationen waren folgende:

Der Staat sollte die Kosten der Pensionen für Ehefrauen und Kinder übernehmen, wodurch die Beiträge der Arbeitgeber eine entsprechende Herabsetzung erfahren.

Ferner sollte gewissen kleineren Arbeitgebern eine Entschädigung aus öffentlichen Mitteln für die von ihnen jedes Jahr gezahlten Versicherungsbeiträge zuerkannt werden.

Endlich sollte neben der obligatorischen Versicherung eine freiwillige Versicherung zugelassen sein.

Diese Vorlage wurde jedoch vom Reichstage abgelehnt, welcher in einem Schreiben vom 10. Mai 1895 den Wunsch aussprach, daß die kgl. Regierung die Frage von neuem zu prüfen und einen neuen Entwurf vorzulegen hätte.

Digitized by Google

Infolgedessen wurde ein neuer Gesetzentwurf betreffend die Versicherung von Pensionen oder Leibrenten ausgearbeitet. Diese Vorlage unterschied sich von der im Reichstage im Jahre 1895 eingebrachten u. a. in folgenden Punkten:

Die Beitragspflicht der Arbeitgeber wurde beseitigt und durch entsprechende Staatszuschüsse ersetzt; ein Staatszuschuß war auch für die freiwillige Versicherung in Aussicht gestellt; die Kinderpensionen sollten wegfallen, endlich war normiert, daß die Pension in keinem Falle vor dem 50. Lebensjahre ausbezahlt werde, auch wenn früher Invalidität eingetreten ist.

Bei dem letzteren Punkte äußerte sich die Regierung in dem Sinne, daß es wesentlich zur Beseitigung vielfach erhobener Beschwerden beitragen würde, wenn auch in Schweden, ähnlich wie in mehreren zivilisierten Staaten, eine gesetzliche Pflicht für die Arbeitgeber zur Entschädigung der von Betriebsunfällen betroffenen Arbeiter statuiert würde, wobei die den Arbeitgebern hierdurch auferlegte finanzielle Last es rechtfertigen würde, die Arbeitgeber von der Beitragslast für eine allgemeine Pensionsversicherung zu befreien.

Die kgl. Regierung beschloß nun, dem Reichstage im Jahre 1898 den genannten Gesetzentwurf betreffend die Versicherung von Pensionen oder Leibrenten zur Annahme zu empfehlen. Aber auch dieser Vorschlag wurde vom Reichstage abgelehnt. Im Prinzipe wurde zwar der Entwurf von der zweiten Kammer angenommen, er war aber schon vorher von der ersten Kammer mit großer Mehrheit abgelehnt worden. Dieser Beschluß erfolgte hauptsächlich aus Abneigung gegen das Prinzip der obligatorischen Versicherung, in der Furcht vor den schweren Verpflichtungen, welche der Staat mit der Einführung einer solchen Versicherung übernehmen müßte.

Die kgl. Regierung nahm die Frage betreffend die Entschädigung der Arbeiter für Unfälle bei der Arbeit wieder im Jahre 1900 auf, indem sie es mit Rücksicht auf die bisherigen Vorfälle nicht für angezeigt hielt, wieder auf die Frage

Digitized by Google

der Invaliditäts- und Altersversicherung zurückzukommen. Die kgl. Regierung glaubte vielmehr, daß man den wahrscheinlich nicht so fernen Zeitpunkt abwarten müsse, in welchem die Erkenntnis von der Bedeutung einer solchen Versicherung in die verschiedenen Bevölkerungsklassen Schwedens vollständiger eingedrungen sei, und auch vollständigere und reichere Erfahrungen im Auslande vorlägen, welche die bisher gehegten Zweifel und Befürchtungen widerlegen könnten.

Die kgl. Regierung hatte aus diesen Gründen und mit Rücksicht auf die im Reichstage bei verschiedenen Gelegenheiten gegen die obligatorische Unfallversicherung ausgesprochenen Bedenken eine neue Gesetzesvorlage betreffend die Entschädigung für Schäden infolge von Betriebsunfällen ausarbeiten lassen, welche auf dem Grundsatze der Haftpflicht des Arbeitgebers beruhte, aber so viel wie möglich die mit der Annahme dieses Grundsatzes verbundenen Ungelegenheiten vermied. Deshalb wurden in diese Gesetzvorlage Bestimmungen über das Recht der Entschädigungsansprecher aufgenommen, in gewissen Fällen den Kapitalwert der Leibrenten zu fordern. Ferner war den Arbeitgebern nach dieser Gesetzesvorlage Gelegenheit gegeben, durch Versicherung bei einer besonderen Versicherungsanstalt sich von dem mit der Haftpflicht verbundenen Risiko zu befreien. In dieser Beziehung hatte der Entwurf aus praktischen Gründen insbesondere das Vorbild des dänischen Gesetzes vor Augen, welches die Haftpflicht mit dem Rechte der Wahl der Versicherungsanstalt verbindet. Nach der Vorlage sollte der König das Recht haben, den Versicherungsanstalten jene Bedingungen hinsichtlich Garantie und Einrichtung vorzuschreiben, welche sie befähigen, die in diesem Gesetze vorgeschriebene Haftpflicht der Arbeitgeber im Wege der Versicherung zu übernehmen. Die auf Grund dieser Bedingungen zu erteilende Erlaubnis zur Übernahme der Versicherungen war aber als eine widerrufliche gedacht. In dieser Gesetzesvorlage waren u. a. Vor-

Digitized by Google

schriften des Inhaltes getroffen, daß das Erkenntnis des ersten Gerichtes, welches eine Entschädigung zuerkennt, sogleich exequierbar ist, ferner daß das Gericht auch das Recht haben sollte, vor der endgültigen Austragung der Sache vorläufige Entschädigungen zuzubilligen. Diese Vorschriften verfolgten die Absicht, die Arbeitgeber von einer unbegründeten Anfechtung der Ansprüche der verletzten Arbeiter und von der Verschleppung einer Verhandlung, bei welcher das Untergericht eine dem Arbeiter günstige Entscheidung gefällt hat, möglichst abzuhalten.

Auf Verlangen einzelner Abgeordneten wurde noch in demselben Jahre, 1900, vom Reichstage in die Prüfung der Vorlage über obligatorische Unfallversicherung eingegangen. Die fragliche Vorlage fand indessen nicht die Zustimmung des Reichstages, indem die Regierungsvorlage von der ersten Kammer abgelehnt wurde, nachdem sie von der zweiten Kammer mit gewissen Modifikationen gebilligt worden war. Unter diesen Modifikationen war die wichtigste, daß für die freiwillige Versicherung eine Reichsversicherungsanstalt eingerichtet werden sollte.

Die königliche Regierung nahm die Frage von neuem im Jahre 1901 auf und legte dem Reichstage eine neue Gesetzesvorlage betreffend Entschädigung von Betriebsunfällen vor. In dieser Vorlage waren die vom Reichstage gewünschten Modifikationen berücksichtigt. Daher wurde zunächst dem Beschlusse der zweiten Kammer dadurch Rechnung getragen, daß nach der neuen Vorlage die freiwillige Versicherung, durch welche die Arbeitgeber sich von ihrer Haftpflicht freimachen, bei einer für diesen Zweck eingerichteten, nicht auf Gewinn berechneten Reichsversicherungsanstalt abgeschlossen werden konnte, deren Verwaltungskosten aus öffentlichen Mitteln zu bestreiten wären. Um die Arbeiter gegen unvorteilhafte Übereinkommen zu schützen, ohne aber alle früher geschlossenen Übereinkommen betreffend Unfallsentschädigungen als un-

Digitized by Google

gültig zu erklären, wurde in diese Vorlage die Bestimmung aufgenommen, daß solche Übereinkommen für beide Parteien bindend sein sollten, wenn sie von der Reichsversicherungsanstalt als für die Arbeiter vorteilhaft befunden werden.

Diese Gesetzvorlage der königlichen Regierung wurde vom Reichstage zum größten Teile angenommen, worauf der König am 5. Juli 1901 das Gesetz betreffend Entschädigungen für Verletzungen infolge von Unfällen bei der Arbeit ausfertigen ließ, welches am 1. Jänner 1903 in Kraft trat.

Im folgenden ist der wesentliche Inhalt dieses Gesetzes angegeben:

Haftpflicht.

Das Gesetz (§ 1) statuiert für die Unternehmer der ihm unterworfenen Betriebe (§§ 2 und 3) bei Betriebsunfällen der von ihnen beschäftigten Arbeiter, beziehungsweise Vorarbeiter eine Schadenersatzpflicht, welche jedoch nicht eintritt, wenn der Unfall auf grobes Verschulden des Betroffenen oder Vorsatz zurückzuführen ist, sei es nun, daß eigener Vorsatz oder Vorsatz eines nicht mit der Betriebsleitung oder Betriebsaufsicht befaßten Dritten vorliegt.

Haftpflichtige Betriebe.

Solche sind (§§ 2 und 3), gleichviel ob sie von Privaten oder vom Staate oder Kommunen betrieben werden, u. a.:

Fabriken einschließlich fabriksmäßig betriebener Brennereien, Brauereien, Bäckereien, Schlächtereien, Mühlen; Bergwerke, Gruben, Brüche; Waldmanipulation, Sägen; Eis- oder Torfgewinnung; Erzeugung von Explosivstoffen; Laden und Entladen von Waren; Flößerei; Eisenbahnbetrieb; Eisenbahn-, Weg- oder Wasserbau; Maurer, Zimmerer, Dachdecker; Betrieb und Installation von elektrischen, Gas- oder Wasserleitungen, sowie von Anlagen für elektrische Kraftübertragung.

Höhe des Schadenersatzes (§§ 4 und 5).

A. Bei vorübergehender Erwerbsunfähigkeit vom 61. Tage ab Krankengeld in der Höhe von 1 *K**) täglich.

B. Bei dauernder Erwerbsunfähigkeit:

a) wenn vollständige Invalidität besteht (wie bei vollständiger Geistesstörung, allgemeiner Lähmung, Blindheit auf beiden

*) 1 *K* schwedisch = 1 *K* 32 *h* (öst.-ung.).

Digitized by Google

Augen, bei Verlust oder vollständiger Lähmung beider Arme oder beider Beine, oder eines Armes und eines Beines) eine Leibrente jährlicher 300 *K*;

b) wenn teilweise Invalidität bei mindestens 10%iger Verringerung der Erwerbsfähigkeit besteht; einen entsprechenden Teil dieser Rente (z. B. 20% bei Blindheit auf einem Auge, 70% bei Blindheit auf einem Auge und Schwächung der Sehkraft des zweiten Auges, 50% bei Taubheit auf beiden Ohren, 15% bei Leistenbrüchen, Verlust eines Daumens 25%, eines Zeigefingers 15%, aller Finger einer Hand 50%, aller Zehen eines Fußes 20% u. a.).

C. Bei tödlicher Verunglückung Beerdigungskostenbeitrag 60 *K*; Witwenrente (zahlbar bis zur Wiederverheiratung) jährlich 120 *K*; Kinderrente (zahlbar bis zum 15. Lebensjahr) jährlich 60 *K*; Maximum der Hinterbliebenenrenten 500 *K*.

Reichsversicherungsanstalt.

Bei dieser Anstalt können die Unternehmer ihre Arbeiter mit der Wirkung versichern, daß sie bis zum Betrage dieser Versicherung von der Ersatzpflicht befreit sind.

Zur Zahlung einer Leibrente verpflichtete Unternehmer können sich durch Erlegung des Kapitalswertes der Rente bei der Anstalt von der weiteren Zahlung liberieren (§ 10).

Diese Anstalt ist auch verpflichtet, über Verlangen der Parteien oder der Gerichte bei Unfällen, welche sich in nicht bei ihr versicherten Betrieben ereignet haben, kostenlos Gutachten über das Zutreffen der Haftpflicht, sowie über das Maß der Verminderung der Erwerbsfähigkeit zu erstatten (§ 15).

Der aus der Konkursmasse eines Betriebes für die Befriedigung der Ersatzansprüche Verunglückter erübrigende Betrag soll zum Einkaufe von Leibrenten bei der Anstalt verwendet werden, soferne die resultierende Rente mindestens 45 *K* jährlich beträgt (§ 17).

Dasselbe gilt hinsichtlich jener Beträge, welche von den aus irgend einem Grunde zahlungssäumigen, zur Rentenleistung verpflichteten Arbeitgebern hereingebracht werden (§ 18).

Der Prüfung der Reichsversicherungsanstalt unterliegen alle zwischen Arbeitern und Arbeitgebern hinsichtlich Unfallentschädigung getroffenen privaten Übereinkommen, welche, wenn sie von der Anstalt als unvorteilhaft befunden werden, nicht zu genehmigen sind (§ 21).

Digitized by Google

Auch Arbeiter, gleichviel ob sie bei einer nach dem Gesetze haftpflichtigen Unternehmung oder anderweitig beschäftigt sind, können sich bei der Anstalt gegen die Folgen von Unfällen auf Schadenersatz versichern (§ 24).

Die Versicherungsbeiträge werden von der Anstalt, deren Organisations- und Verwaltungskosten der Staat trägt, nach versicherungstechnischen Grundsätzen unter Berücksichtigung der Unfallsgefährlichkeit der Betriebe festgesetzt (§ 25).

Ausdehnung des Gesetzes vom 5. Juli 1901.

Nach dem vorstehend mitgeteilten Gesetze vom 5. Juli 1901 ist die Schadenersatzpflicht der Arbeitgeber durch eine 60tägige Karenzfrist beschränkt. Nun hatten manche Arbeitgeber schon längst vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes bei privaten Versicherungsanstalten ihre Arbeiter auch während der ersten 60 Tage nach dem Unfall versichert. Dies hatte zur Folge, daß jene Arbeitgeber, welche diese Versicherungsmodalität beibehalten wollten, auch weiterhin bei den privaten Versicherungsanstalten ihr Arbeiterpersonal versicherten, weil die Reichsversicherungsanstalt laut des Gesetzes vom 5. Juli 1901 Versicherung für die ersten 60 Tage nicht abschließen konnte. Diese Beschränkung in der Befugnis der Reichsversicherungsanstalt erwies sich demzufolge der Entwicklung der Anstalt als hinderlich.

Die Reichsversicherungsanstalt regte daher am 30. Dezember 1903 bei der königlichen Regierung eine Abänderung des Gesetzes an, wonach die Arbeitgeber, welche ihr Arbeiterpersonal freiwillig für die ersten 60 Tage nach dem Unfalle zu versichern wünschten, eine solche Versicherung auch bei der Reichsversicherungsanstalt abzuschließen in die Lage kämen.

Überdies sollte die Reichsversicherungsanstalt auch Versicherungen gegen die Gefahren außerhalb des Betriebes abschließen können.

Die königliche Regierung erstattete daher dem Reichstage entsprechend dem Antrage der Reichsversicherungsanstalt

Digitized by Google

einen Vorschlag zur Abänderung des § 23 des geltenden Gesetzes, wobei sie aber den Antrag der Reichsversicherungsanstalt, ihr die Versicherung des Risikos außerhalb des Betriebes zu gestatten, nicht aufnahm. Dieser Entwurf fand am 7. Mai 1904 die einhellige Billigung des Reichstages. Ein Mitglied der zweiten Kammer des Reichstages hatte allerdings auch die Zulässigkeit der Versicherung auf das Risiko außer der Arbeit beantragt, diesem Antrag wurde aber, nachdem der Ausschuß ihn abgelehnt hatte, nur in der zweiten Kammer zugestimmt.

In dem angegebenen Sinne wurde § 23 des Gesetzes abgeändert mit Gesetzeskraft vom 1. Oktober 1904.

Die Reichsversicherungsanstalt.

Nachdem durch Allerhöchste Verordnung vom 9. Juni 1902 die Errichtung einer am 1. September 1902 zu aktivierenden Reichsversicherungsanstalt angeordnet worden war, begann die Reichsversicherungsanstalt am letztgenannten Tage ihre Organisationsarbeit.

Vom 1. Jänner 1903 an, dem Tage, an welchem das Unfallentschädigungsgesetz vom 5. Juli 1901 in Kraft trat, hat die Reichsversicherungsanstalt Versicherungen auf Ersatzpflicht nach diesem Gesetze gewährt.

Die für die Reichsversicherungsanstalt geltende Allerhöchste Instruktion enthält im wesentlichen folgende Bestimmungen:

Die Erhebung der Versicherungsbeiträge und der Deckungskapitalien für Leibrenten, die Auszahlung der Entschädigungen obliegt der Postsparbank, welche auch die Gelder zu verwalten hat und welche im Einvernehmen mit der Reichsversicherungsanstalt auch Reglements über die Behandlung der Versicherungsgeschäfte erläßt.

Die Reichsversicherungsanstalt hat alljährlich über ihre Tätigkeit der Regierung Bericht zu erstatten und dabei auch Übersichten über den Stand der Versicherungsfonds (Prämienreserven, Sicherheitsfonds u. dgl.) vorzulegen.

Endlich wird die innere Organisation der Reichsversicherungsanstalt (Beamten: Oberdirektor, Bureaudirektoren, Sekretär) eingehend ge-

Digitized by Google

regelt, u. a. wird die Anstellung eines Oberarztes vorgesehen. Endlich wird die Bestellung auswärtiger Vertreter, hauptsächlich behufs Vermittlung der Versicherungstätigkeit der Anstalt, sowie behufs Intervention bei Unfallserhebungen vorbehalten.

Die Versicherungstätigkeit der Reichsversicherungsanstalt.

Die Versicherung des Arbeiterpersonales bei der Reichsversicherungsanstalt kann nach zwei verschiedenen Modalitäten abgeschlossen werden:

1. Versicherung unter Benennung der einzelnen Arbeiter.
2. Versicherung unter Angabe der Durchschnittsanzahl der Arbeiter.

Beim Gebrauch der ersten Versicherungsart hat der Arbeitgeber im Versicherungsantrage Namen und Alter usw. für die zu versichernden Arbeiter anzugeben und sich zur nachträglichen Anzeige späterer Änderungen, eventuell zur Entrichtung des sich infolge Personalvermehrung ergebenden Prämienmehrbetrages zu verpflichten.

Beim Gebrauch der zweiten Versicherungsart hat der Arbeitgeber im Versicherungsantrage die Anzahl derjenigen Arbeiter anzugeben, welche wahrscheinlich während der Versicherungsdauer beschäftigt sein werden, wobei dann im allgemeinen der 300. Teil der Arbeitstage als durchschnittliche Arbeiterzahl pro Jahr angenommen wird.

Die Prämien.

Die Versicherungsprämien werden von der Reichsversicherungsanstalt in jedem besonderen Falle bestimmt. Um jedoch die Agenten der Reichsversicherungsanstalt in die Lage zu setzen, den Arbeitgebern beiläufige Angaben über die Höhe der Prämien zu machen, hat die Anstalt ein Verzeichnis gewisser wichtigerer Betriebe mit den zugehörigen Gefahrenklassen ausgearbeitet, worin die für jede Gefahrenklasse im allgemeinen geltenden niedrigsten und höchsten Prämien für einen Vollarbeiter angegeben sind. Dabei gilt als Grundsatz, daß ein Betrieb, in welchem Motoren verwendet

Digitized by Google

werden, in der Regel um zwei Gefahrenklassen höher eingeschätzt ist, als der gleichartige Betrieb ohne Motoren.

Am 1. Jänner 1905 waren 1283 Betriebe mit einer Anzahl von 26.460 Arbeitern in der Reichsversicherungsanstalt unfallversichert.

Einkauf von Leibrenten.

Die Reichsversicherungsanstalt hat ihren Berechnungen der Kapitalwerte der Leibrenten für Invalide die Erfahrungen über die Sterblichkeit unter der Bevölkerung Schwedens während der Jahre 1881—1890 zugrunde gelegt und dabei vorsichtshalber einen Zinsfuß von $3^1/_2$ Prozent angenommen, obwohl die Reichsversicherungsanstalt gegenwärtig noch eine höhere Verzinsung erzielt.

Maßgebend für die Wahl dieser Grundlagen war hauptsächlich der Mangel einheimischer Erfahrungen über Invalidensterblichkeit.

Bei der Berechnung der Kapitalwerte der Leibrenten für Witwen nach tödlich Verunglückten mußte das Moment der Wiederverheiratung wegen der in diesem Falle erfolgenden Einstellung der Rente berücksichtigt werden. Die Reichsversicherungsanstalt konnte sich nicht zur Anwendung der hierüber vorliegenden Daten der offiziellen schwedischen Statistik entschließen, da sie die Möglichkeit einer anderweitigen, für sie vielleicht ungünstigeren Gestaltung der Verhältnisse annahm, sondern beschloß, den Berechnungen eine hypothetische Wiederverheiratungsfrequenz (gx) bestimmt durch die Formel

$$g\,x = 0{\cdot}02 \,.\, 10^{-0{\cdot}001\,(x-17)^2}$$

zugrunde zu legen. Im übrigen wurde die Sterblichkeitstabelle für die weibliche Bevölkerung Schwedens während der Jahre 1891—1890 und der Zinsfuß 3·5 Prozent angenommen.

Bis zum 1. Jänner 1905 wurden im ganzen 462 Leibrenten in die Reichsversicherungsanstalt eingekauft, und zwar für 285 invalide Arbeiter, 57 Witwen und 120 minderjährige Kinder.

Digitized by Google

Der Kapitalwert

einer jährlichen Leibrente von

300 Kronen

für einen männlichen Arbeiter laut des Gesetzes vom 5. Juli 1901 (vierteljährig zahlbar).

Alter	Kapitalwert *K*	Alter	Kapitalwert *K*	Alter	Kapitalwert *K*
15	6.612·60	40	5.214·30	65	2.806·50
6	6.562·20	1	5.137·50	6	2.696·10
7	6.512·40	2	5.059·20	7	2.586·00
8	6.465·00	3	4.978·80	8	2.476·80
9	6.419·40	4	4.896·60	9	2.368·20
20	6.375·00	45	4.812·90	70	2.259·30
1	6.331·80	6	4.727·70	1	2.152·50
2	6.289·80	7	4.630·10	2	2.047·80
3	6.246·60	8	4.550·40	3	1.945·80
4	6.202·50	9	4.459·50	4	1.845·60
25	6.156·90	50	4.366·80	75	1.748·70
6	6.108·90	1	5.272·00	6	1.655·40
7	6.058·80	2	4.174·80	7	1.566·30
8	6.006·00	3	4.076·10	8	1.479·60
9	5.952·00	4	3.975·90	9	1.398·60
30	5.896·20	55	3.874·50	80	1.307·40
1	5.837·40	6	3.771·60	1	1.227·30
2	5.775·90	7	3.667·20	2	1.153·80
3	5.712·30	8	3.561·60	3	1.085·40
4	5.646·30	9	3.456·60	4	1.022·40
35	5.578·50	60	3.351·30	85	965·10
6	5.508·30	1	3.245·10	6	906·90
7	5.437·50	2	3.136·80	7	849·00
8	5.364·90	3	3.027·30	8	796·50
9	5 290·50	4	2.916·90	9	753·60

Digitized by Google

Der Kapitalwert

einer jährlichen Leibrente von

300 Kronen

für eine Arbeiterin laut des Gesetzes vom 5. Juli 1901
(vierteljährig zahlbar).

Alter	Kapitalwert *K*	Alter	Kapitalwert *K*	Alter	Kapitalwert *K*
15	6.740·10	40	5.439·90	65	2.980·20
6	6.699·60	1	5.369·10	6	2.867·40
7	6.658·80	2	5.296·20	7	2.755·80
8	6.617·10	3	5.220·00	8	2.644·80
9	6.574·80	4	5.140·50	9	2.533·50
20	6.531·60	45	5.058·00	70	2.429·70
1	6.487·80	6	4.973·40	1	2.316·30
2	6.443·10	7	4.856·40	2	2.210·10
3	6.397·50	8	4.796·10	3	2.105·40
4	6.351·90	9	4.703·10	4	2.003·10
25	6.304·80	50	4.607·10	75	1.902·90
6	6.257·70	1	4.509·30	6	1.805·10
7	6.209·70	2	4.408·50	7	1.709·70
8	6.159·60	3	4.306·50	8	1.617·60
9	6.108·00	4	4.203·00	9	1.529·70
30	6.055·20	55	4.098·60	80	1.445·70
1	6.001·50	6	3.993·00	1	1.365·00
2	5.945·70	7	3.884·70	2	1.286·70
3	5.888·10	8	3.774·30	3	1.212·30
4	5.828·40	9	3.661·80	4	1.141·50
35	5.767·50	60	3.545·70	85	1.074·30
6	5.705·40	1	3.435·60	6	1.010·40
7	5.641·80	2	3.321·90	7	952·50
8	5.576·10	3	3.207·90	8	899·40
9	5.508·60	4	3.094·20	9	850·50

Digitized by Google

Der Kapitalwert

einer jährlichen Leibrente von

120 Kronen

für eine Witwe laut des Gesetzes vom 5. Juli 1901
(vierteljährig zahlbar).

Alter	Kapitalwert *K*	Alter	Kapitalwert *K*	Alter	Kapitalwert *K*
20	2.145·00	45	1.989·60	70	969·50
1	2.151·80	6	1.961·90	1	926·50
2	2.158·60	7	1.931·60	2	884·00
3	2.165·00	8	1.899·20	3	842·20
4	2.171·50	9	1.865·60	4	801·20
25	2.177·50	50	1.829·90	75	761·20
6	2.183·00	1	1.793·00	6	722·00
7	2.187·50	2	1.754·80	7	683·90
8	2.191·00	3	1.715·60	8	647·00
9	2.192·90	4	1.675·70	9	611·90
30	2.193·50	55	1.635·20	80	578·30
1	2.192·80	6	1.593·70	1	546·00
2	2.190·20	7	1.551·50	2	514·70
3	2.186·00	8	1.507·80	3	484·90
4	2.179·70	9	1.462·90	4	456·60
35	2.171·60	60	1.418·00	85	429·70
6	2.162·20	1	1.373·20	6	404·20
7	2.150·80	2	1.327·90	7	381·00
8	2.137·20	3	1.282·70	8	359·80
9	2.121·40	4	1.237·20	9	340·20
40	2.105·00	65	1.191·70	90	323·50
1	2.086·40	6	1.146·70	1	307·10
2	2.067·60	7	1.102·30	2	288·50
3	2.042·60	8	1.057·80	3	269·60
4	2.017·60	9	1.013·30	4	253·60

Digitized by Google

Der Kapitalwert

einer jährlichen Leibrente von

60 Kronen

für Kinder laut des Gesetzes vom 5. Juli 1901
(vierteljährig zahlbar).

Alter	Kapitalwert *K*	Alter	Kapitalwert *K*
0	582·70	8	367·10
1	606·00	9	321·10
2	586·90		
3	559·00	10	272·90
4	526·70	11	222·30
		12	170·10
5	491·00	13	115·60
6	452·30	14	58·90
7	410·90		

Gesetz betreffend Krankenkassen

vom 30. Oktober 1891.

Die, wie eingangs schon erwähnt, am 3. Oktober 1884 eingesetzte Arbeiterversicherungs-Kommission hielt es zunächst für angezeigt, die im Reiche schon bestehenden Kranken-, Sterbe-, Begräbnis-, Pensions- und übrigen Kassen für Arbeiter zu untersuchen, und sammelte so ein reichhaltiges Materiale, welches der Gegenstand einer sehr sorgfältigen und verdienstlichen Bearbeitung wurde. Die Untersuchung umfaßte 1049 Kassen mit 138.726 Mitgliedern.

Die Kommission gelangte auf Grund dieser Untersuchung zu dem Schlusse, daß die meist in den siebziger Jahren des 19. Jahrhunderts entstandenen Krankenkassen den Bedürfnissen der Arbeiterschaft nur bei ausgiebigem Eingreifen der Gesetzgebung entsprechen könnten. Die gesammelten An-

Digitized by Google

gaben zeigten nämlich, daß von Schwedens männlicher Bevölkerung damals nur 4·3% und von der weiblichen nur 1% als Mitglieder von Unterstützungskassen auf Krankenhilfe Anspruch hatten. Neben der Unzulänglichkeit hob die Kommission auch die Mängel der Organisation hervor, welche den vorzeitigen Zusammenbruch zahlreicher Kassen verschuldet hatten.

Die Kommission führte ferner an, daß man in einigen Ländern den Mängeln des Krankenkassenwesens durch Einführung der zwangsweisen Krankenversicherung abzuhelfen gesucht habe, glaubte aber doch, wenn man auch billigerweise zugeben müsse, daß das erhoffte Resultat auf diesem Wege schneller zu erlangen sei, von einer gesetzlichen Zwangsversicherung abraten zu sollen. Der Staat dürfe nicht zur Sicherstellung der Lage einzelner Personen zu Zwangsmaßregeln greifen, abgesehen von dem Falle, daß der Wille und die Fähigkeit des einzelnen offenbar nicht hinreichten, Aufgaben von zweifelloser Wichtigkeit zu erfüllen. Die Resultate, die rücksichtlich der Krankenversicherung bereits durch freiwillige Vereinbarung erzielt worden, seien aber so schön und vielverheißend, daß sie wahrscheinlich im großen und ganzen befriedigend sein würden, wenn nur diese Tätigkeit den Schutz der Gesetze und die ökonomische Unterstützung des Staates erhielte.

Die Kommission entwarf daher den Vorschlag zu einem Gesetze betreffend Krankenkassen, das ausschließlich für solche Kassen gelten sollte, die eine Krankenunterstützung mit oder ohne Begräbniskostenersatz gewährten und sich freiwillig unter den Schutz des Gesetzes stellen wollten. Dieser Gesetzesentwurf enthielt nach ausländischem Muster zwei Arten von dergleichen Kassen: (registrierte) eingeschriebene und anerkannte.

Gegen die Vorschriften über anerkannte Krankenkassen erhoben jedoch die Departements und Behörden, denen die Vorlage zur Begutachtung überwiesen wurde, so große Bedenken, daß der damalige Minister des Innern sich veranlaßt

Digitized by Google

sah, dieselbe in seinem Ministerium einer Umarbeitung zu unterwerfen.

Dieser so umgearbeitete Gesetzesentwurf wurde von der kgl. Regierung dem schwedischen Reichstage im Jahre 1891 zur Beratung vorgelegt. In der Regierungsvorlage wurde vorausgesetzt, daß die Registrierung (Einschreibung) der Krankenkassen bei der ebenda vorgeschlagenen Reichsversicherungsanstalt erfolgen solle, welche zugleich die Aufsicht über die Krankenkassen zu führen hätte. Da jedoch der Reichstag die Errichtung einer Reichsversicherungsanstalt verwarf, wurde die Vorlage dahin abgeändert, daß die Registrierung (Einschreibung) der Krankenkassen und die damit zusammenhängenden Verfügungen besonderen Behörden aufgetragen wurden. Im übrigen beschloß der Reichstag nur wenige und unbedeutende Veränderungen der Gesetzesvorlage.

Darauf veröffentlichte die kgl. Regierung das unter dem 30. Oktober 1891 sanktionierte Gesetz betreffend Krankenkassen.

Im folgenden wird eine Übersicht über den wesentlichen Inhalt dieses Gesetzes gegeben:

Das Gesetz normiert die Bedingungen, unter welchen Krankenkassen die Rechte von behördlich eingetragenen (registrierten) Krankenkassen erlangen können.

Die Eintragung (Registrierung) können vor allem nur solche Krankenkassen begehren, welche mindestens 25 Mitglieder zählen, einen Vorstand einsetzen und Statuten errichten, welche den Anforderungen des Gesetzes entsprechen (§ 1).

Das Gesetz trifft Bestimmungen über die Einbringung und Beschaffenheit derartiger Registrierungsgesuche (§ 2) und verpflichtet die Registrierungsbehörden solche Kassen, deren Statuten den gesetzlichen Vorschriften entsprechen, in ihre Register einzutragen und die erfolgte Eintragung in den Zeitungen zu veröffentlichen. Ein die Registrierung ablehnender Bescheid ist zu begründen (§ 3).

Bei Prüfung der Statuten hat die Registrierungsbehörde darauf zu sehen, ob das Statut gemäß § 5 des Gesetzes Bestimmungen enthält über Namen und Zweck der Kasse, ferner über Eintritt und Austritt (Ausschluß)

Digitized by Google

von Mitgliedern, über die Höhe der Beiträge, über die Höhe, Art und Dauer der Unterstützungen, sowie über die Versicherungsbedingungen, über die Verwaltung der Kasse (Zusammensetzung, Wahl und Obliegenheiten des Vorstandes), über Vermögensanlage, über die Vornahme von Statutenänderungen, endlich über die Auflösung der Kasse.

Das Gesetz läßt die Verwendung der Mittel einer eingetragenen Kasse nur zu für die Gewährung von Krankenunterstützungen oder Begräbnisgeldern, für die Bestreitung der Verwaltungskosten und für die Dotierung der Fonds (§ 6).

Die eingetragenen (registrierten) Krankenkassen haben alljährlich innerhalb vorgeschriebener Fristen und nach vorgeschriebenen Formularien Berichte über ihre Gebarung der Registrierungsbehörde vorzulegen, welche auch befugt ist, die Verwaltung der Kassen amtlich zu untersuchen (§ 10).

Die eingetragenen Krankenkassen haben juristische Persönlichkeit und haften für ihre Verbindlichkeiten nur mit ihrem Vermögen, während eine Haftung der Vorstands- und Kassenmitglieder im allgemeinen ausgeschlossen ist (§ 11).

Eingetragenen Kassen, welche trotz ergangener Mahnung ihre Pflichten nicht erfüllen, kann die Registrierungsbehörde die Rechte einer eingetragenen Kasse entziehen, worüber gleichfalls eine öffentliche Bekanntmachung in den Zeitungen zu erfolgen hat (§ 13).

Die Staatsbeiträge zu den Krankenkassen.

Der Staat gewährt den eingetragenen Krankenkassen Beiträge zu den Verwaltungskosten.

Für das Jahr 1905 beträgt der den Krankenkassen vom Staate hiernach gewährte Beitrag:

Je 1·50 Kronen für weniger als 101 Mitglieder,
je 1·00 Krone für 101—300 Mitglieder,
je 50 Öre für 301—2600 Mitglieder und
je 25 Öre für jedes fernere Mitglied.

Er wird unter folgenden Bedingungen gewährt:

1. Die Krankenkasse muß nach den Vorschriften des Gesetzes betreffend Krankenkassen bei der betreffenden Behörde eingetragen (registriert) sein;

2. die Krankenkasse muß im verflossenen Rechnungsjahr ein eigenes Einkommen gehabt haben, das wenigstens

Digitized by Google

ebenso groß war, wie der beantragte Verwaltungsbeitrag sein soll;

3. der Verwaltungsbeitrag ist jährlich nach der geringsten Anzahl der in den verflossenen Jahren beitragspflichtigen Krankenkassenmitglieder zu berechnen.

Die Tätigkeit der registrierten (eingeschriebenen) Krankenkassen im Jahre 1901.

In dem Folgenden gebe ich einige Mitteilungen über die Tätigkeit der Krankenkassen im Jahre 1901, dem letzten Jahre, für welches amtliche Berichte vorliegen.

Die Anzahl der Ende 1901 bestehenden registrierten (eingeschriebenen) Krankenkassen betrug 1619.

Von 21 Kassen abgesehen, deren Mitgliederzahl nicht hat ermittelt werden können, gehörten 293.487 Personen zu jener Zeit den registrierten (eingeschriebenen) Krankenkassen als Mitglieder an.

Von den Kassen bestanden 798 in den Städten und hatten 185.257 Mitglieder, die übrigen 821 Kassen mit 108.230 Mitgliedern befanden sich auf dem Lande.

Die Entwicklung der registrierten (eingeschriebenen) Krankenkassen geht aus nachstehender Übersicht über die Anzahl derselben und ihre Mitgliederzahl am Schlusse der Jahre 1892—1901 hervor.

Jahr	Anzahl der Kassen	Anzahl der Mitglieder	Jahr	Anzahl der Kassen	Anzahl der Mitglieder
1892	221	24.735	1897	880	149.195
1893	344	41.243	1898	1.075	184.119
1894	477	54.445	1899	1.272	225.133
1895	572	77.684	1900	1.443	260.163
1896	680	99.434	1901	1.619	293.487

Digitized by Google

Was das Gründungsjahr der registrierten (eingeschriebenen) Krankenkassen betrifft, sei erwähnt, daß fast die Hälfte aller Kassen ihre Tätigkeit in dem seit der Entstehung des Krankenkassengesetzes verflossenen Jahrzehnt begonnen hat. Was wiederum das Registrierungs-(Einschreibungs-)Jahr der Krankenkassen betrifft, sei bemerkt, daß eine verhältnismäßig große Anzahl derselben im Jahre 1897 und in den darauffolgenden Jahren registriert, beziehungsweise eingeschrieben worden ist, was ohne Zweifel bis zu einem gewissen Grade mit der im Jahre 1897 stattgehabten Erhöhung des erwähnten, vom Staate gewährten Verwaltungsbeitrages in Zusammenhang zu bringen ist.

Die große Mehrzahl der eingeschriebenen Krankenkassen waren zugleich auch Sterbekassen oder Begräbniskassen, die beim Todesfalle eines Mitgliedes den Hinterbliebenen ein Sterbegeld zahlen. So waren nicht weniger als 1502 sämtlicher Kassen zugleich Kranken- und Sterbekassen, während nur 116 ausschließlich Krankenkassen waren. Die Anzahl der Kranken- und Sterbekassen betrug mithin 92·8% sämtlicher eingeschriebenen Krankenkassen und enthielten 95·4% der Mitglieder sämtlicher Kassen.

Im Verhältnis zur Bevölkerungszahl von Schweden, entfielen am Ende des Jahres 1901 auf je 10.000 Einwohner 3·1 eingeschriebene Krankenkassen, während die Gesamtzahl ihrer Mitglieder mehr als 5·7% der Gesamtbevölkerung betrug.

Bei der Beurteilung des Verhältnisses der Mitgliederzahl der eingeschriebenen Krankenkassen zur Gesamtbevölkerung ist jedoch auch zu berücksichtigen, daß in der Regel nur erwachsene Personen die Mitgliedschaft beanspruchen können.

Von den Mitgliedern sämtlicher Krankenkassen waren durchschnittlich 76·4% Männer und 23·6% Frauen.

Das Einkommen der eingeschriebenen Krankenkassen während des Jahres 1901 betrug zusammen Kronen schwedisch 3,272.188·80; hiervon entfielen auf die der Städte

Digitized by Google

2,338.917·85 und auf die des platten Landes 933.270·95 Kronen schwedisch.

Näheres über die Größe der einzelnen Posten gibt folgende Tabelle:

Einnahmen der eingeschriebenen Krankenkassen 1901.

	Kronen schwedisch
Eintrittsgeld	76.319·80
Jährliche Beiträge	1,993.200·44
Zusatzbeiträge	537.206·43
Verwaltungsbeitrag des Staates	260.044·74
Ordnungsstrafen	36.577·61
Zinsen	208.723·10
Sonstige Einnahmen	160.116·68
Summe	3,272.188·80

Ausgaben der eingeschriebenen Krankenkassen 1901.

	Kronen schwedisch
Krankengeld (Unterstützung) bar	2,017.967·75
Begräbnis-(Sterbe-)Geld	350.389·09
Für ärztliche Behandlung, Arznei etc.	89.444·98
Verwaltungs-(Betriebs-)Kosten	267.075·63
Sonstige Ausgaben	52.901·21
Summe	2,777.778·66

Die Überschüsse sämtlicher Kassen 1901 betrugen 494.410·14 Kronen, wovon 260.777·46 auf die Städte und 233.632·68 auf das Land entfielen.

Digitized by Google

INTERNAT. ARBEITERVERSICHERUNGS-KONGRESS
7. Tagung. — Wien. — 17. bis 23. September 1905.

SKIZZE
ÜBER DIE
ARBEITERVERSICHERUNGEN
IM
GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG

VON
H. NEUMAN
STAATSRAT UND PRÄSIDENT DER UNFALLVERSICHERUNGS-GENOSSENSCHAFT.

Seit der ersten Versammlung des internationalen Arbeiterversicherungs-Kongresses zu Paris, im Jahre 1889, wurden seitens der Großherzoglichen Regierung verschiedentlich Anstrengungen gemacht, um auch unserm kleinen Vaterlande die Vorteile dieser zum Gemeinwohl erstandenen Unternehmungen zu sichern.

Heute ist die gestellte Aufgabe zum großen Teile erledigt.

Krankenversicherung.

Der Vorentwurf zum Gesetze über die Zwangsversicherung der Arbeiter gegen Krankheiten wurde in der Tat vollständig umgearbeitet und einer neuen gründlichen Untersuchung unterworfen, deren Ergebnisse sich vorfinden in dem endgültigen Entwurf von 1897, welcher nach Annahme durch die Kammer der Abgeordneten das heutige Gesetz vom 31. Juli 1901 bildet.

Da die durch uns auf den internationalen Kongressen von Paris (1900) und Düsseldorf (1902) erstatteten Berichte die Grundprinzipien der luxemburgischen Gesetzgebung wiedergeben, gestatten wir uns heute, darauf zu verweisen.

Es bleibt jedoch ein wesentlicher Punkt hervorzuheben, nämlich die Aufnahme des Prinzips der freien Ärzte- bezw. Apothekerwahl in das Gesetz selbst. (Art. 12 und 21.)

Digitized by Google

Zu Beginn der Gesetzesausführung gab die seitens aller Kassenmitglieder dankfällig aufgenommene Bestimmung Anlaß zu äußerst mißliebigen und verwickelten Reibereien zwischen den Ärzten, den Kassenorganen und der Regierung. Erstere hatten sich zu einem Syndikat gebildet und suchten auf diese Weise ihre oft als erdrückend erachteten Bedingungen den Kassen aufzuzwingen, welche sich hierdurch zu übertriebenen Ausgaben verurteilt glaubten. — Im Laufe der Zeit jedoch, namentlich durch die versöhnende Haltung einiger Vermittler, lösten sich die Schwierigkeiten und es ergaben sich beiderseits bessere Beziehungen.

Um aber fürderhin jede Schwierigkeit zu vermeiden, muß der Gesetzgeber der Regierung wirksame Mittel an die Hand geben. Dieser soll das Recht zustehen den bei den einzelnen Kassen anzuwendenden Gebührentarif festzusetzen, wobei natürlich die Lebenslage der Kassenmitglieder, die Dichtheit der Bevölkerung, die Verkehrserleichterungen, die Ausdehnung der Kasse usw. in Betracht zu ziehen sind.

Selbstverständlich soll der Tarif auch dem Arzte eine seiner Mission wie seinen Diensten würdige Entschädigung gewährleisten, ohne daß hierdurch die rechtmäßigen Interessen der mit $^2/_3$ durch die Arbeiterschaft selbst gespeisten Kassen geschädigt werden dürften.

Überdies müßte der Regierung die Befugnis zustehen, mit größerem Nachdruck disziplinarisch gegen diejenigen Ärzte vorgehen zu dürfen, welche ihre Hülfe systematisch verweigern oder ihre Stellung durch unnütze Vermehrung der Krankenbesuche oder auch durch Verabfolgung von Gefälligkeits-Gutachten mißbrauchen sollten.

Diese Maßregel wird in den meisten Fällen überflüssig, da der gerade Sinn, die Gefühle der Gerechtigkeit und die Nächstenliebe dem Ärztestande allzusehr innewohnen, als daß dessen Mitglieder ihrer erhabenen Aufgabe uneingedenk werden sollten.

Digitized by Google

Da jedoch Ausnahmen immerhin vorkommen können, muß diesen vorgebeugt werden.

Es bedingt ferner auch einer strengen, sogar rücksichtslosen Beaufsichtigung der Krankgemeldeten, um die durch das System der freien Ärztewahl erheblich erleichterte Simulation zu unterdrücken.

Wenn wir von diesem Punkte absehen, so hat das nach Veröffentlichung verschiedener Vorbereitungsmaßregeln, mit dem 1. Dezember 1902 in Kraft getretene Gesetz zufriedenstellende Resultate ergeben, wie dies aus den nachstehend für die Jahre 1903 und 1904 aufgeführten Zahlen hervorgeht.

Zahl der Krankenkassen		1903	1904
Bezirkskrankenkassen		21	21
Mitgliederzahl		11.214	11.509
Betriebskrankenkassen		48	48
Mitgliederzahl		18.302	19.385
Auf Gegenseitigkeit beruhende Hilfskassen		4	4
Mitgliederzahl		185	185
Gesamtzahl der Mitglieder		29.701	30.894
Erkrankungsfälle		34.002	37.063
Ärztliche Behandlung	frk.	174.536	206.062·97
Arznei und sonstige Heilmittel . . .	„	124.585	166.509·67
Kur- und Verpflegungskosten	„	92.764	114.142·53
Auf ein Mitglied kommen:			
Ärztliche Behandlung	„	5·87	6·67
Arznei und sonstige Heilmittel . . .	„	4·19	5·38
Kur- und Verpflegungskosten	„	3·12	3·69
Auf einen Krankheitsfall kommen:			
Ärztliche Behandlung	„	5·13	5·56
Arznei und sonstige Heilmittel . . .	„	3·66	4·49
Hospitalisation	„	2·72	3·08

Digitized by Google

Unfallversicherung.

Erst nach dem internationalen Kongreß von Brüssel, im Jahre 1897, wurde die Zwangsversicherung der Arbeiter gegen Unfälle mit allem Ernst seitens der verschiedenen Gesetzesorgane behandelt.

In mehr denn einer Hinsicht stützt sich daher auch der am 23. Oktober 1897 vorgelegte Gesetzesentwurf auf die damals stattgefundenen, hervorragenden Debatten und unsere diesbezüglichen, parlamentarischen Dokumente (Gutachten des Staatsrates vom 6. Januar 1899, 27. Juli 1900, März 1902; Bericht der Zentralsektion vom 1. Mai 1900, 21. Februar 1902) benutzten verschiedentlich diese so lehrreichen Besprechungen.

Das Gesetz, welches wir bereits die Ehre hatten auf den Kongressen von Paris (1900) und Düsseldorf (1902) auseinanderzusetzen, wurde am 5. April 1902 sanktioniert und am 15. April 1903 in Kraft gesetzt, nachdem noch zuvor eine Reihe von Ausführungsmaßregeln (11 großherzogliche oder ministerielle Beschlüsse) veröffentlicht worden waren.

Die günstigen Resultate des ersten Jahres bestimmten die Klein-Industrie, d. h. diejenigen Betriebe, welche weniger als 5 Arbeiter beschäftigten, die Ausdehnung der Versicherung zu ihren Gunsten zu verlangen.

Durch Gesetz vom 23. Dezember 1904 wurde den vorliegenden Wünschen im weitgehendsten Maße entsprochen, sodaß die Groß- und Kleinindustrie, gleichviel ob nur ein oder mehrere Arbeiter beschäftigt sind, oder ob ein Motor verwendet wird oder nicht, dem Versicherungszwang unterliegen.

Dieser Beschlußfassung ist es daher auch zu verdanken, daß selbst die Handwerke sich die Versicherung zu Nutzen machen können und daß es fürderhin auch nicht mehr einen Handwerksmann im Großherzogtum gibt, dessen Arbeiter nicht versichert wäre (wir verweisen jedoch auf einige im Beschluß

Digitized by Google

vom 23. Dezember 1904 vorgesehene Ausnahmen, wonach gewisse, nur leichten Gefahren ausgesetzte Gewerbe von der Unfallversicherungspflicht entbunden sind). Jedoch besitzen letztere Betriebe sowie die Handelsgewerbe die Befugnis, eine freiwillige Versicherung einzugehen, sodaß eigentlich nur mehr die Landwirtschaft und die Hausarbeiten für jetzt noch allein von der Versicherungspflicht ausgeschlossen sind.

Aber auch zu Gunsten dieser haben sich schon beredte Stimmen für eine neue Gesetzesausdehnung kundgetan und ist dieserhalb bereits eine Untersuchung eingeleitet, sodaß Aussicht vorhanden ist, daß binnen wenigen Jahren alle Arbeiter des Großherzogtums, sie mögen in der Industrie oder der Landwirtschaft, im Handel oder im häuslichen Dienst beschäftigt sein, gegen die Gefahren von Arbeitsunfällen und natürlich zu gleicher Zeit gegen die Krankheitsschäden gesichert sind.

Wohl läßt sich in einem kleinen Lande, wie dem Großherzogtum, die allgemeine Versicherung der Arbeiter leichter bewerkstelligen als in den großen Ländern; aber auch hier dürfte dies anscheinend zu erreichen sein durch die Einteilung des jeweiligen Landes in Zonen, welche durch eine allgemeine Vereinigung als Rückversicherungsorgane dienen würden.

Treu dem bereits durch das Gesetz aufgestellten Gleichheitsprinzip hat die Großherzogliche Regierung durch Beschluß vom 23. Februar 1904 dahin entschieden, daß diejenigen Ausländer, welche im Großherzogtum einen Unfall erleiden, oder deren Erbberechtigten, ohne Unterschied der Nationalität noch des Aufenthaltes, den Luxemburgern gleichgestellt sind.

Überdies ist die Regierung durch Gesetz vom 12. Mai 1905, betreffend die Ausführung der Unfallversicherungs-Gesetze im internationalen Verkehr, ermächtigt worden, in Übereinstimmung mit dem Staatsrate, in den internationalen Abkommen, welche die Ausführung der Unfallversicherungsgesetze in den vertragschließenden Ländern auf dem Prinzipe der Gegenseitigkeit regeln, von den luxemburgischen Gesetzen abzuweichen.

Digitized by Google

Und um in dieser Hinsicht allen Einsprüchen vorzubeugen, bestimmt dasselbe Gesetz, daß die Entschädigung derjenigen Personen, welche im Großherzogtum vorübergehend beschäftigt sind von ausländischen Unternehmen, welche gemäß Art. 3 des Gesetzes vom 5. April 1902 von der Anwendung des letzteren Gesetzes entbunden sind, nach Maßgabe der besonderen Arbeiterversicherungs-Gesetzgebung desjenigen Staates, zu welchem das Unternehmen gehört, in dem sie beschäftigt sind, zu geschehen hat.

Diese Beschlußfassungen ermöglichten der Großherzoglichen Regierung den Abschluß zweier internationaler Übereinkommen mit Deutschland, wovon das eine bezweckt, den Luxemburgern und besonders deren Angehörigen, auch wenn sie nicht in Deutschland wohnen, die den Deutschen oder deren Angehörigen durch das Unfallversicherungsgesetz gewährleisteten Wohltaten ebenfalls zu sichern und das andere, die Doppelversicherung der in den beiden Ländern zeitweilig arbeitenden Betriebe zu vermeiden.

Mit Frankreich und Belgien sind ebenfalls Unterhandlungen eingeleitet worden zwecks Abschluß gleichartiger Übereinkommen, welche voraussichtlich ebenfalls in nächster Zukunft zu einem günstigen Abschluß führen werden.

Im Allgemeinen sind die Ergebnisse äußerst zufriedenstellend, sowohl hinsichtlich der Arbeitgeber, Mitglieder der Versicherungsgenossenschaft, als der durch einen Unfall getroffenen Arbeitnehmer oder deren Angehörigen.

Der Raum gegenwärtiger Abhandlung gestattet nicht, die zahlreichen aus den Geschäftsberichten der Genossenschaft ersichtlichen statistischen Übersichten wiederzugeben.

Nachstehende Angaben mögen daher genügen:

Im Jahre 1904 zählte die Genossenschaft 636 Mitglieder, mit 32.253 versicherten Arbeitern und einer Gesamtlöhnung von 30,700.000 frk. Der Gesamtbeitrag der Betriebsinhaber belief sich auf 517.272 frk. Der Einnahmebetrag (einschließlich

Digitized by Google

der Zinsen und des Anteiles des Staates an Verwaltungskosten) auf 533.953 frk. Von dieser Summe wurde angewandt an Entschädigungen für Versicherte und deren Angehörige 130.696 frk., für die ärztliche Behandlung 38.400 frk., für den Deckungsfond der Dauerrenten 298.323 frk., für den Reservefond 11.299 frk., für die Verwaltung 38.689 frk. und für Entgelt an die Privatversicherungsgesellschaften bezüglich der aufgelösten Privatverträge 16.544 frk.

Auf die Arbeiterklasse entfiel somit im Jahre 1904 die Summe von 491.935 frk.

Angemeldet wurden während desselben Jahres 4304 Unfälle, wovon 356 ersatzpflichtig waren. Letztere Ziffer begreift 44 Unfälle mit tödlichem Ausgange.

Während desselben Jahres entschied der Vorstand insgesamt über 605 Fälle, wovon 368 aus dem Jahre 1903 und 287 aus dem Jahre 1904 stammen. Von diesen 605 Entscheiden wurden 94 Berufungen bei den Schiedsgerichten anhängig gemacht oder 15·54%.

Von diesen 94 Berufungen fanden 75 eine Erledigung und zwar 4 durch Zurücknahme, 1 durch Vergleich, 70 durch Urteil, wovon 27% zu Gunsten der Versicherten und 73 zu Gunsten der Genossenschaft. 8 Rekurse waren beim Obergerichtshofe anhängig gemacht worden, welche jedoch sämtlich zu Gunsten der Genossenschaft erledigt wurden.

Diese günstige Gestaltung verdanken wir in erster Linie der Organisation des Vorstandes selbst, welcher im Großherzogtum, außer dem Präsidenten, aus Arbeiterdelegierten in gleicher Anzahl wie die Arbeitgeberdelegierten besteht, in zweiter Linie der freien Wahl des behandelnden Arztes, welcher ebenfalls sein Gutachten über den Grad der Erwerbsbeeinträchtigung abgibt und in dritter Linie den weitherzigen Gesinnungen der Arbeitgeber, die in ihren Entscheiden sich meistenteils auf wenigstens drei ärztliche Gutachten stützen.

Digitized by Google

Die größte Zahl der gemeldeten Unfälle wurde an den Mittwochen verzeichnet (697), da die Gruben- und Schmelzarbeiter noch immer der leidigen Gewohnheit huldigen, an den Montagen und oft an den Dienstagen zu feiern, so wurden auch zwischen 10 und 11 und 11 und 12 Uhr morgens die meisten Unfälle festgestellt, weil die Arbeit dann am meisten drängt und die Kräfte durch die vorangegangenen Arbeitsstunden am meisten erschöpft sind.

Invaliden- und Altersversicherung.

Ein diesbezügliches Gesetzesprojekt ist im Studium begriffen und bereits weit fortgeschritten.

Sich an die deutsche Gesetzgebung anlehnend, sieht dasselbe doch eine wesentliche Vereinfachung der Organisation, der Rentenberechnung und Beitragserhebung vor. Gemäß den gemachten Vorschlägen fällt das Markensystem weg und wird durch die Beitragerhebung mittelst Heberollen, wie bei der Unfallversicherung ersetzt.

Im Allgemeinen stützt sich die Rentenberechnung auf Durchschnittsgrundlagen; auch sind Erhöhungen für diejenigen vorgesehen, welche mehr als 5 Jahre gearbeitet oder höhere Löhne bezogen haben.

Überdies sind alle für die später etwa eintretende Verschmelzung der Versicherungen notwendigen Maßregeln vorgesehen, besonders bezüglich der Unfall- und Invaliditätsversicherungen: Eingliederung der Mitglieder, Festsetzung und Erhebung der Beiträge, Einrichtung der Verwaltungsorgane, Festsetzung der Renten, Auszahlung durch die Postanstalten, Schiedsgerichte, Verwaltungsgericht usw.

Die Zahl der Versicherten wird auf 50.000 geschätzt mit einer Gesamtlöhnung von 50 Millionen frk., welche bei einem Beitragsatze von 2% jährlich eine Million Einnahmen ergeben würden. Daneben würde der Staat alljährlich einen Zuschuß von 200.000 frk. geben.

Digitized by Google

Da diese beiden Beiträge während der ersten Jahre natürlich nicht aufgebraucht werden, dürfte der auf Zinseszinsen angelegte Überschuß dazu dienen, durch Aufwendung der Zinsen die laufenden Ausgaben auszugleichen.

Da fraglicher Entwurf jedoch infolge des nicht abgeschlossenen Studiums die Zustimmung der Oberbehörde noch nicht gefunden, müssen wir darauf verzichten, auf Einzelheiten im Besondern einzugehen.

Arbeitslosenversicherung.

Der luxemburgische Gesetzgeber hat auch der Arbeitslosenversicherung sein Wohlwollen damit bekunden wollen, daß eine diesbezügliche Summe in das Staatsbudget vom Jahr 1905 eingeschrieben wurde zu Gunsten derjenigen Gemeinden, die derartige Versicherungen einzurichten gesinnt sind. So ist die Stadt Luxemburg in gegenwärtigem Augenblicke ernstlich damit beschäftigt, einen Versuch in diesem Sinne zu machen

---

Aus dieser kurzen Übersicht erhellt, daß, wenn das Großherzogtum Luxemburg mit den großen Staaten nicht immer Schritt gehalten, es dieselben doch in mehr denn einer Hinsicht überholt hat, so namentlich durch eine allgemeinere und ausgreifendere Anwendung wie Ausführung, und daß dessen Versicherungsgesetzgebung binnen weniger Jahre eine der vollständigsten und weitherzigsten sein wird.

Es wird dies die natürliche, unabweisbare Folge der freiheitlichen und unabhängigen Einrichtungen unseres lieben Vaterlandes sein, wie des demokratischen Geistes unserer öffentlichen Gewalten, der menschenfreundlichen Gesinnungen unserer Industriellen und der friedfertigen Bestrebungen unserer Arbeiterwelt.

Luxemburg, den 15. Juli 1905.

Digitized by Google

Digitized by Google

CONGRÈS INTERNATIONAL DES ACCIDENTS DU TRAVAIL ET DES ASSURANCES SOCIALES.
7e session. — Vienne. — 17 au 23 septembre 1905.

LES ASSURANCES SOCIALES EN FRANCE

DE 1889 À 1905

PAR

M. GEORGES PAULET

DIRECTEUR DE L'ASSURANCE & DE LA PRÉVOYANCE SOCIALES
AU MINISTÈRE DU COMMERCE DE FRANCE,
PROFESSEUR DE LÉGISLATION OUVRIÈRE
À L'ECOLE LIBRE DES SCIENCES POLITIQUES DE PARIS.

I. Assurance contre les accidents: A. Législation générale sur les accidents. — B Législations spéciales et législations à l'étude. — C. Maladies professionnelles.

II. Assurance contre la maladie: A. Caisses obligatoires de secours dans les mines. — B. Sociétés de secours mutuels.

III. Assurance contre la vieillesse et l'invalidité: A. Mesures réglementaires concernant les retraites. — B. Organisation de retraites obligatoires dans les mines. — C. Encouragements aux retraites libres; sociétés de secours mutuels. — D. Projet de législation générale sur les Retraites ouvrières.

IV. Assurances sociales complémentaires ou spéciales: A. Assurance au décès; pensions des veuves et des orphelins. — B. Assurance contre le chômage. — C. Ouvriers des exploitations de l'Etat. — D. Ouvriers étrangers.

Conclusion.

Quand il m'a fait l'honneur de me demander, pour la France, un rapport sur »ce qui s'est passé dans le domaine des assurances sociales« depuis le premier Congrès tenu à Paris en 1889, votre Comité d'organisation m'a recommandé de limiter ce rapport à l'essentiel et de le restreindre à des indications »en forme lapidaire«.

En concevant, avec M. le Dr. Boediker, l'heureuse idée de donner pour préface aux travaux de la session actuelle le

Digitized by Google

résumé des reformes accomplies dans les différents pays depuis la session initiale de Paris, le Comité pouvait, en effet, appréhender que chaque rapporteur fût enclin à s'exagérer l'importance relative de sa législation nationale et à se flatter, dans une candide alliance d'amour-propre personnel et d'amour-propre collectif, que l'ampleur de son rapport mettrait en meilleur relief les réformes réalisées et la largeur de vues de celui qui les exposerait.

Ce souci de laconisme est, en vérité, trop explicable et légitime pour qu'il puisse être question de s'y dérober. Il y a modestie nécessaire à s'y ranger. S'il contraint le rapporteur à de trop sèches concisions, s'il l'expose à des raccourcis qui, mal mesurés, peuvent ôter à la compréhension du dessin, s'il lui interdit tout ensemble les développements d'idées générales qui éclairent le tréfonds des réformes sociales et les détails topiques d'application qui les caractérisent à la surface, il appelle, comme tout sacrifice consenti de bonne grâce à l'intérêt commun, une commune indulgence, et je suis assuré qu'à voir nos collègues étrangers ne pas trouver ce rapport trop long, mes collègues français lui pardonneront d'être trop bref.

I. Assurance contre les accidents.

A. Législation générale sur les accidents.

La première, et pendant longtemps l'unique préoccupation de vos Congrès a été la diffusion de l'idée nouvelle de Risque professionnel et l'institution de mesures réparatrices des accidents du travail. C'est aussi sur cette question, la plus grave au point de vue théorique, la plus pressante au point de vue pratique, que la législation française, comme d'ailleurs la plupart des législations étrangères, a le plus profondément et le plus rapidement évolué.

Nous en étions encore en 1889 à la responsabilité personnelle de l'employeur et à la nécessité de relever une faute

Digitized by Google

à sa charge. L'ouvrier blessé ne pouvait faire cette preuve que dans la minorité des cas d'accidents. Même s'il réussissait à l'administrer, au travers des difficultés de témoignage et des complexités de procédure qui entravaient son action, il ne pouvait à l'avance connaître l'étendue de son droit, que fixait seule l'appréciation du juge. Même quand son droit était ainsi établi, il restait à la merci de l'insolvabilité éventuelle du patron débiteur.

Certes notre droit civil, héritier conservateur de l'individualisme romain, avait depuis quelques années subi brèche sur brèche. La doctrine cherchait à le trahir en le traduisant, tendait à déplacer le fardeau de la preuve et s'essayait à impliquer dans les clauses tacites du contrat de travail une dette patronale de sécurité, génératrice d'une responsabilité présumée. La jurisprudence, encore liée dans certains tribunaux à la stricte interprétation de l'article 1382, se rencontrait ailleurs favorable aux idées nouvelles, allait au-devant d'elles, faisait jaillir de ce même article 1382 des conséquences inattendues et désertait, en pratique, la conception de la faute, tout en s'en réclamant dans la lettre de ses décisions. L'opinion publique, sans entrevoir encore les bases définitives de la réforme nécessaire, condamnait sans retour le régime d'apparente équité, mais de réelle injustice, qui mettait ou laissait à la charge des victimes presque tout le dommage des accidents.

Le Parlement depuis plusieurs années déjà élaborait des projets qui, dès 1888, avaient paru près du succès, mais qui, divisant les deux chambres, restaient voués à plusieurs remaniements importants. Il fallait encore près de dix années d'études parlementaires, de discussions publiques, de controverses parfois passionnées entre les différentes thèses en présence et les divers intérêts en jeu pour aboutir à des transactions successives et aux solutions finales.

Dans mon rapport au Congrès de Paris en 1900 j'ai tenté de montrer comment notre loi du 9 avril 1898, corres-

Digitized by Google

pondant à des idées françaises vieilles d'un demi siècle, préparée par vingt années de travaux parlementaires, très voisine de la législation allemande par ses résultats, en même temps qu'assez éloignée d'elle par ses principes et ses modalités de mise en œuvre, avait définitivement organisé la réparation des accidents. Ce n'est pas le lieu d'en exposer à nouveau l'économie, maintenant très connue de tous ceux qui s'intéressent à la question et dont certaines législations étrangères n'ont même point été sans faire profit.

Substituant à la responsabilité personnelle le risque social, cette loi constitue toute victime créancière d'indemnités prédéterminées. Elle met cette créance en action à l'aide d'une procédure simplifiée et tutélaire. Elle imprime à cette procédure, comme aux droits qu'elle sanctionne, un caractère d'ordre public, qui doit soustraire les intéressés eux-mêmes à tout abandon de ces droits. Elle laisse l'employeur libre de faire face à ses charges éventuelles comme il lui plaît, mais en abritant complètement l'ouvrier contre son éventuelle insolvabilité par l'aménagement de tout un ensemble d'organismes d'assurances, administrativement surveillés ou gérés, et par l'institution d'un Fonds commun de garantie qu'alimentent des taxes spéciales prélevées sur les assujettis.

A n'en croire que les apparences, sans scruter le mécanisme même de cette législation, certains ont cru pouvoir la déclarer infidèle à la théorie du Risque professionnel et, d'autre part, la classer dans le groupe des lois de responsabilité, sans lui reconnaître le caractère de loi d'assurance. Cette double méprise vaut d'être relevée.

On allègue que le Risque professionnel ne joue pas dans cette législation son plein rôle, parce que le juge reste en droit de faire état de la »faute inexcusable«, pour réduire ou majorer les indemnités légales, suivant que cette faute est établie et retenue à la charge de l'ouvrier ou du patron. On ajoute que l'assurance, restant facultative, n'apparaît

Digitized by Google

que comme un rouage subsidiaire à la décharge des responsabilités patronales.

C'est, sur le premier point, s'en tenir trop étroitement à la lettre du texte législatif et risquer d'en rester dupe. Les lois ne valent en definitive que par l'esprit qui inspire leur application et par les habitudes judiciaires qui la règlent. La loi française faisant, peut-être au détriment de la pleine logique du Risque professionnel, une dernière concession théorique au principe de la responsabilité personnelle qu'elle abandonne, a bien réservé le cas de la »faute inexcusable«, au même titre que celui de la »faute intentionnelle«; c'est la théorie. Mais il faut voir de quelles restrictions cette concession a été entourée et combien ces restrictions se trouvent encore accusées dans l'esprit public; c'est le fait, qui prévaut. D'après la loi, l'imputation de faute n'est aucunement recevable lorsqu'il s'agit d'incapacité temporaire et, même en cas d'incapacité permanente ou de mort, elle ne saurait jamais motiver qu'une modification de rente, sans pouvoir aller jusqu'à la pleine réparation du préjudice ou à l'entière suppression de l'indemnité: en même temps qu'une atténuation éventuelle des effets du Risque professionnel proclamé, il y a donc là, de façon plus évidente encore, la négation du principe même de la responsabilité individuelle, puisque la faute la plus extrême n'entre plus en ligne de compte dans le plus grand nombre des cas et que, même dans les cas d'accidents graves, elle ne peut entraîner ni l'intégrale responsabilité du patron, ni la forclusion de la victime.

Il importe, au surplus, de considérer — et mon rapport au Congrès de 1900 n'avait pas manqué de le faire — qu'»en substituant, dans le texte final, à la formule classique de faute lourde la formule nouvelle de faute inexcusable, le législateur a certainement voulu, malgré l'apparente et inévitable synonymie des mots, indiquer et imposer au juge une restriction plus grande. Pour qu'il y ait faute vraiment inexcusable

Digitized by Google

au sens de la loi, il ne suffit pas que le patron ait transgressé des prescriptions légales ou administratives, omis des précautions possibles, manqué, même gravement, de prévoyance ou de diligence. Il ne suffit pas davantage que l'ouvrier ait été maladroit, inattentif, imprudent, intempérant, qu'il ait enfreint un ordre ou un règlement. Il faut que, de la part du patron ou de l'ouvrier, il y ait quelque chose de plus qu'une faute passive, si grave, si lourde, si grossière soit-elle; il faut qu'il y ait un acte conscient, allant jusqu'au mauvais vouloir, confinant au dol, et, pour tout dire, se rapprochant de la faute intentionnelle et tendant à se confondre avec elle. Si, comme on peut le croire, la jurisprudence consacre cette notion nettement restrictive de la faute inexcusable, au commun profit des patrons et des ouvriers, elle tarira une des principales sources de procès, en même temps qu'elle donnera à la loi sa véritable signification, qui est de réserver, pour le principe, le jeu exceptionnel et limité de la responsabilité personnelle, en cas de faute sans explication extérieure possible, tout en englobant dans le forfait du Risque professionnel toutes les fautes lourdes que retenait naguère la jurisprudence du Code civil«.

Cette interprétation a été avouée par la jurisprudence. Elle a été comprise et appliquée par les intéressés eux-mêmes. Très rares se rencontrent, en fait, les espèces où le juge est amené à faire état de fautes inexcusables pour modifier la quotité des indemnités légales. Sur 5058 règlements judiciaires d'accidents opérés en 1904 par quinze sociétés d'assurances et examinés à ce point de vue par la Direction de l'Assurance et de la Prévoyance sociales, 4522 étaient effectués sans contestation par voie d'ordonnances donnant acte des accords intervenus entre les parties; 536 étaient soumis aux tribunaux. Sur ces 536, la faute inexcusable n'était alléguée que 9 fois (3 fois par des patrons, 6 fois par des ouvriers); elle n'etait admise par le juge qu'une fois. La supputation de la faute

Digitized by Google

n'était donc, en définitive, retenue que pour un accident sur plus de cinq mille. C'est dire que dès maintenant la pratique de la loi répond sur ce point à son esprit et que, par une sorte de force centrifuge, le mouvement d'idées nouvelles tend, comme il était permis de le conjecturer, à écarter à peu près complètement le jeu, même tout subsidiaire, du principe ancien.

Si elle a ainsi véritablement pour point de départ le Risque professionnel, la loi française a aussi pour point d'arrivée la réalisation de l'assurance. Qu'après de longues péripéties parlementaires et de chauds débats cette loi ait finalement écarté l'obligation administrative de l'assurance individuelle ou le groupement corporatif obligatoire des assujettis, qu'elle ait laissé les patrons libres de faire face comme ils le préfèrent à la charge des accidents survenus dans leurs exploitations, il est superflu de le rappeler. Mais ce n'est, à le bien prendre, que la thèse et la surface. Au fond des choses, et dans toutes les dispositions des art. 26 et 27 de la loi, éclate le dessein du législateur de favoriser l'assurance par tous les moyens d'accès (syndicats de garantie solidaire, sociétés mutuelles, compagnies à primes fixes, caisse d'Etat), de la rendre sûre, profitable, moralement nécessaire pour tous ceux que n'aveugle pas l'imprudence ou que n'abrite pas efficacement soit l'insignifiance d'un risque négligeable, soit l'importance d'une exploitation qui peut sans témérité se couvrir elle-même. Cela a été si bien saisi et pratiqué, que dès maintenant, après six années à peine d'entraînement et d'expérience, on peut tenir pour déjà très restreint le nombre des assujettis qui restent leurs propres assureurs sans trouver dans le nombre même de leurs ouvriers l'élément normal d'une couverture s'équilibrant elle-même.

Aussi bien, et même si l'assurance ne devait pas quelque jour atteindre jusqu'aux derniers récalcitrants qui l'ignorent ou la dédaignent encore, le mécanisme même de la loi se suf-

Digitized by Google

firait théoriquement à lui-même dans tous les cas importants, c'est à-dire en matière d'accidents ayant entraîné mort ou incapacité permanente.

Toutes les fois qu'un patron non assuré n'acquitte pas régulièrement à l'échéance les rentes liquidées à sa charge, c'est le »Fonds de garantie« qui, à titre temporaire ou définitif, prend sa place et solde sa dette, au moyen des contributions spéciales recouvrées à cet effet par l'Etat sur l'ensemble des assujettis. De sorte que, si, dans une hypothèse heureusement irréalisable, la moitié même des assujettis se rencontrait sans assurance et sans solvabilité, c'est l'autre moitié qui, par le mécanisme automatique du Fonds de garantie et à l'aide d'une majoration prévue des contributions spéciales, couvrirait, en même temps que ses dettes propres, les dettes de tous les insolvables. Qu'est-ce à dire, si non qu'en fait dans le système français tout est aménagé pour convier efficacement les assujettis aux modalités variées de l'assurance spontanée et qu'en droit, au surplus, une véritable assurance d'Etat se trouve toujours prête, des qu'il en est besoin, à parer intégralement aux défaillances: telles des réserves imposantes de force publique, que masse dans une abstention discrète une police avisée et qui n'apparaissent pour une intervention décisive que si l'ordre n'a pu se maintenir de lui-même grâce a la libre sagesse des intéressés. Solution à coup sûr neuve et intéressante, dont je signalais au Congrès de 1900 l'originalité, qui a depuis fait ses preuves, qui a franchi la frontière française et qui, tout en imprimant, dans une large mesure, à notre législation le caractère d'une loi de liberté, ne lui en laisse pas moins l'indéniable portée d'une loi d'assurance.

Ces fondements mêmes de la loi sont aujourd'hui à peu près unanimement acceptés en France et les retouches législatives qui sont déjà survenues ou que l'expérience pourrait appeler encore ne portent que sur des conditions ou des garanties d'application.

Digitized by Google

Une première loi modificative, en date du 22 mars 1902, a été sommairement analysée dans mon rapport au Congrès international de Düsseldorf. Elle avait principalement pour objet la prorogation des délais d'appel et de prescription, l'extension du bénéfice d'assistance judiciaire et surtout le remaniement du régime des déclarations d'accidents pour assurer une mise en route plus sûre de la procédure et une surveillance plus effective des assurances.

Une seconde loi, dont le Sénat avait alors disjoint les articles et qui n'a pu être promulguée qu'à la date du 31 mars 1905, vient d'apporter à la législation de 1898, sans toucher d'ailleurs à ses principes, des modifications beaucoup plus importantes, dont une circulaire ministérielle du 3 mai a résumé les principales dispositions.

En ce qui a trait aux indemnités, cette loi détermine le salaire de base pour les ouvriers à salaire journalier variable, supprime le délai de carence des quatre premiers jours pour les cas où l'incapacité de travail dépasse dix jours, fixe les lieux et époques de payement des indemnités journalières, aussi bien que des rentes. Elle spécifie la situation faite aux représentants des ouvriers étrangers et, en ce qui concerne d'une manière générale les ouvriers étrangers et leurs ayants-droit, confère au Gouvernement le droit de modifier par traités les dispositions qui leur sont actuellement applicables.

Elle résout les diverses difficultés qui s'étaient produites dans le traitement des blessés, en assurant plus formellement à la victime le libre choix de son médecin et de son pharmacien, en prévoyant pour ce cas la préparation d'un tarif de remboursements spécial, en admettant pour le chef d'entreprise le droit de faire suivre les effets du traitement dans des conditions qui respectent l'indépendance de la victime et de son médecin, en mettant définitivement à la charge des entreprises ou de leurs assureurs l'intégralité des frais d'hospitalisation et en définissant les créances des administrations hospitalières.

Digitized by Google

En ce qui concerne la procédure, elle ouvre des facilités nouvelles au profit des ouvriers des chemins de fer et des autres entreprises de transport qui peuvent se trouver blessés loin du siège des entreprises et de leur domicile. Elle met fin aux divergences de la jurisprudence sur le partage de compétence entre les justices de paix et les tribunaux d'arrondissement, laisse aux premières la connaissance de tous les litiges portant sur les indemnités journalières et les frais médicaux, pharmaceutiques ou funéraires et attribue définitivement aux seconds tout ce qui touche au règlement des rentes, y compris la consolidation de la blessure, condition et point de départ de la rente. Elle soumet à l'appel les décisions du juge de paix relatives aux frais médicaux et pharmaceutiques, et au pourvoi en cassation pour violation de la loi, ses décisions en dernier ressort. Elle donne compétence au président du tribunal pour allouer ou modifier les provisions en cours d'instance, de manière à proportionner aussi exactement que possible ces provisions aux rentes probables et à éviter ainsi des compensations ultérieures de créances, susceptibles de préjudicier aux ouvriers et aux patrons. Elle assigne exclusivement aux assureurs la dette des rentes judiciairement liquidées à leur charge, de manière à mettre les chefs d'entreprise assurés irrévocablement hors de cause. Elle impose enfin aux Présidents de tribunaux l'obligation de spécifier dans leurs ordonnances donnant acte d'accords entre les parties les bases légales de ces accords et prononce la nullité de celles qui, en ne faisant point ainsi foi de leur régularité, laisseraient place à la collusion des parties ou à l'inattention du juge.

Elle supplée au silence de la loi de 1898 en organisant le régime des actions en revision et soustrait ces actions aux accords frustratoires qui commençaient à se développer à l'abri du droit commun et au détriment des ouvriers; elle étend à cette procédure de revision les garanties introduites pour la procédure initiale.

Digitized by Google

Les rachats des petites rentes sont subordonnés à des conditions plus expresses et plus étroites; le Comité consultatif des assurances contre les accidents du travail, qui avait été institué par le Règlement d'administration publique du 28 février 1899 et qui a si activement concouru par ses interprétations à la première application de la loi de 1898, reçoit une consécration légale et se trouve investi d'une mission mieux définie en ce qui touche les arrêts de fonctionnement des sociétés d'assurance qui ne se trouveraient plus en situation normale; ces arrêts de fonctionnement sont, en outre, réglementés dans leurs conséquences pour les assureurs et pour les assurés.

Enfin des nullités d'ordre public ou des sanctions pénales viennent faire obstacle aux ordonnances judiciaires irrégulières, aux agissements des agents d'affaires qui assiègent les victimes, à ceux des patrons qui tentent de rejeter sur leurs ouvriers, par voie de retenues sur les salaires, la charge de l'assurance, ou qui entravent le droit des victimes de choisir librement leur médecin, de même qu'aux mensongères certifications médicales qui, en dénaturant les conséquences des accidents, faussent l'application de la loi.

A ces dispositions importantes s'ajoutent, au surplus, d'assez nombreuses modifications de détail, qui complètent, éclairent ou améliorent le texte primitif et réservent aux ouvriers, aux patrons et aux assureurs des droits plus exactement définis ou des garanties plus effectives.

A côté de cette évolution législative, s'est parallèlement développée l'œuvre propre des tribunaux qui, s'appliquant à un grand nombre d'espèces variées (15.303 règlements judiciaires intervenus pendant l'année 1904) a pu dégager les règles d'application de la loi, quelquefois en opposition avec les principes qui paraissaient avoir inspiré le législateur, et dans la préoccupation survivante des règles du Code civil ou du Code de procédure, mais le plus souvent, il faut prendre

Digitized by Google

plaisir à le constater, en compréhension croissante des principes et des idées directrices du droit nouveau.

La Direction de l'Assurance et de la Prévoyance sociales, sans se désintéresser un instant de ce mouvement de jurisprudence, dont dépendaient pour une large part le sort et l'application de la loi, a surtout porté ses efforts sur le contrôle des sociétés d'assurances. Organiser de toutes pièces, mettre en action et armer progressivement d'investigations et de sanctions suffisantes un contrôle qui devait prendre expérience d'une mission toute nouvelle, le garder aussi bien d'une sévérité qui eût entravé la liberté effective de l'assurance que d'une condescendance qui eût pu mettre en péril le Fonds de garantie, c'était œuvre délicate autant que laborieuse. Ceux qu'elle intéresse en pourront trouver tout l'exposé dans le premier »Rapport sur l'application de la loi du 9 avril 1898 (février 1905)«.

Quarante-deux sociétés d'assurances ou syndicats de garantie solidaire en exercice (sans compter la Caisse nationale d'assurances et les grandes exploitations restées avec raison leurs propres assureurs), plus de trois milliards de salaires assurés, une soixantaine de millions de primes, avec une prime moyenne de 2% des salaires, environ 2½ millions de rentes constituées, le capital constitutif de ces rentes représentant, avec les indemnités journalières et les frais médicaux et pharmaceutiques, une somme supérieure à 46 millions, tels apparaissent déjà (1903) les résultats annuels de l'assurance.

Quant à la statistique des accidents eux-mêmes, ou du moins des accidents graves, les seuls que le fonctionnement actuel de la loi permette de relever avec quelque certitude, elle fait ressortir les chiffres suivants pour les 66 premiers mois d'application de la loi, du 1er juillet 1899 au 31 décembre 1904, d'après le relevé des décisions judiciaires intervenues en vertu de l'article 16 de la loi pour constater les accords des parties ou trancher leurs différends en matière d'attribution

Digitized by Google

de rentes à la suite d'accidents ayant entraîné décès ou incapacité permanente soit totale, soit partielle.

Années	Total	Cas de mort		Cas d'incapacité permanente totale		Cas d'incapacité permanente partielle	
		Nombre	P. 100	Nombre	P. 100	Nombre	P. 100
1899 (2e semest.)	899	534	59·4	13	1·4	352	39·2
1900	6.543	1.562	23·9	139	2·1	4.842	74·0
1901	10.627	1.729	16·3	227	2·1	8.671	81·6
1902	12.241	1.613	13·2	198	1·6	10.430	85·2
1903	13.853	1.524	11·0	179	1·3	12.150	87·7
1904	15.303	1.560	10·2	197	1·3	13.546	88·5
Totaux .	59.466	8.522	14·3	953	1·6	49.991	84·1

D'autre part, et d'après les mêmes bases, ces accidents se sont divisés comme suit entre les différents groupes d'industrie:

Groupes d'industrie	Nombre total d'accidents graves	P. 100
1. Métaux	12.172	20·47
2. Travaux publics et bâtiments	10.158	17·08
3. Manutention et transports .	10.168	17·10
4. Industries extractives . .	6.992	11·76
5. » du bois. . . .	5.676	9·54
6. » textiles	3.681	6·19
7. » de l'alimentation	3.344	5·62
8. » chimiques . . .	2.100	3·53
9. Travail des pierres et des terres au feu	1.748	2·94

Digitized by Google

Groupes d'industrie	Nombre total d'accidents graves	P. 100
10. Papiers, caoutchouc, etc. .	1.524	2·56
11. Agriculture et forêts . . .	998	1·68
12. Cuirs et peaux	813	1·37
13. Industries insuffisamment désignées	92	0·16
Totaux . . .	59.466	100·00

Ces premiers éléments de statistique iront fournir quelque contribution à la statistique internationale des accidents dont le Congrès de Düsseldorf a préconisé à bon droit l'élaboration. Sans pouvoir naturellement atteindre aux résultats complets que ménagent les lois d'assurance obligatoire, ils deviendront sans doute, dans la mesure restreinte que comporte un régime d'assurance facultative, un appoint utile aux statistiques générales dont tous les pays ont un intérêt commun à voir croître la précision dans l'unité.

B. Législations spéciales et législations à l étude.

Au moment même où les efforts du département du Commerce aboutissaient, pour les accidents industriels, après vingt années de travaux parlementaires, au vote de la loi du 9 avril 1898, intervenait, presque à l'improviste, sur l'initiative du département de la Marine, sans débats, pour les accidents survenus aux marins, une loi du 21 avril 1898, qui s'inspirait de principes très différents, en plusieurs points même radicalement contraires, et qui se combinait avec les dispositions générales du code de commerce applicables en cas d'incapacité temporaire aux marins embarqués et avec le régime fort complexe de nos vieilles législations sur l'inscription maritime et sur les pensions de la marine marchande.

Cette loi a constitué, au profit des marins français, une »Caisse nationale de prévoyance contre les risques et accidents

Digitized by Google

de leur profession«, qui sert des pensions et des indemnités, non pas à la suite de tous les accidents professionnels, mais seulement lorsque l'accident survient à la victime au cours de l'embarquement et la met dans l'impossibilité absolue de continuer la navigation. La charge de la réparation n'incombe pas uniquement, comme en matière industrielle, aux employeurs; les marins y concourent, en principe, par le versement de cotisations, égales à celles des armateurs. La Caisse qui reçoit ces cotisations n'est d'ailleurs pas un organisme d'assurance proprement dite, puisque les pensions et indemnités ne sont point réglées en raison des cotisations versées, mais en corrélation du grade ou de la situation qu'occupait la victime dans les équipages.

Mise en œuvre du Risque professionnel, correspondance des indemnités aux salaires, responsabilité de tout accident de travail à la charge exclusive du patron, faculté pour lui de s'assurer à des sociétés d'assurance libres, tel est le régime normal de réparation des accidents, d'après la loi du 9 avril 1898. Au contraire, méconnaissance du Risque professionnel, pensions sans correspondance avec le salaire, limitation des accidents indemnisés, couverture de ces accidents pour moitié seulement par les armateurs et pour l'autre moitié par les marins, obligation de versement des cotisations à une caisse d'Etat, tel est le régime exceptionnel simultanément créé pour les marins par la loi du 21 avril de la même année.

L'année suivante, une loi du 30 juin 1899, tout en confirmant l'application du Risque professionnel à l'agriculture, comme au commerce, en ce qui concerne l'emploi de moteurs inanimés, faisait de cette application une interprétation restrictive pour les exploitations agricoles. Elle libérait de toute responsabilité le cultivateur qui se borne à faire appel aux machines d'un entrepreneur, individuel ou collectif, et limitait la responsabilité de cet entrepreneur lui-même aux seuls accidents survenus du fait de la conduite ou du service des ma-

Digitized by Google

chines. Par contre, elle étendait le bénéfice du Risque professionnel aux personnes qui, même sans contrat de travail et sans salaire, participent bénévolement à la conduite ou au service des machines.

On est en droit de considérer que ces législations d'exception ou d'attente feront bientôt place à des législations nouvelles, adaptant directement aux particularités des exploitations maritimes ou agricoles les principes du Risque professionnel et les garanties générales contenues dans la loi du 9 avril 1898.

Pour ce qui est des accidents marins, ainsi que le constatait récemment M. le Ministre du Commerce dans son Rapport au Président de la République, »en vertu d'un décret du 18 mars 1902, rendu après accord entre les départements du commerce et de la marine, une commission a fonctionné au ministère du commerce, pour étudier les modifications à apporter au mode de réparation des accidents survenus aux marins dans l'exercice de leur profession, tel que l'organise la loi spéciale du 21 avril 1898. Les travaux de la commission ont abouti à la rédaction d'un avant-projet de loi dont le ministère de la marine est saisi depuis le mois de décembre 1903 et qui, tendant à concilier les divers intérêts en présence, ceux des armateurs et ceux des marins, s'est efforcé, tout en limitant les charges de la marine marchande, d'assurer au personnel maritime l'essentiel des avantages dont bénéficient depuis cinq ans déjà les ouvriers des industries terrestres«.

Quant aux accidents agricoles, une autre commission, instituée au Ministère du Commerce le 25 octobre 1904, après entente avec le Ministère de l'Agriculture, a été chargée d'examiner les conditions dans lesquelles la loi du 9 avril 1898 pourra être pleinement étendue à toutes les exploitations agricoles. Cette commission a déjà arrêté les bases générales de ses travaux et elle aboutira vraisemblablement avant peu à cette conclusion que, sous le bénéfice de quelques disparités

Digitized by Google

importantes, la législation du Risque professionnel peut s'appliquer à l'agriculture.

Plus avancé déjà se trouve le projet d'extension de cette législation à toutes les exploitations commerciales. Voté par la Chambre des Députés le 9 juin 1904, il semble destiné à un vote assez prochain du Sénat; sans rencontrer aucune sérieuse opposition de principe, il ne soulève d'objections que sur certaines difficultés d'application, d'ordre secondaire.

Si l'on ajoute que le Gouvernement étudie en ce moment un projet tendant à appliquer la loi du 9 avril 1898 aux industries de l'Algérie et un projet destiné à régler l'application de cette loi aux employés et ouvriers des exploitations de l'Etat; qu'une commission instituée au Ministère du Commerce le 26 janvier 1903, après accord avec le Ministère de l'Intérieur, est sur le point d'achever l'étude d'une législation spéciale pour la réparation des accidents survenus au personnel occupé dans les établissements hospitaliers et dans les établissements pénitentiaires, et enfin que le Sénat étudie actuellement une proposition, déjà votée par la Chambre des députés le 10 février 1902, qui permettrait à tout employeur non encore assujetti par la loi de s'assujettir spontanément lui-même au Risque professionnel, on constatera que notre législation sur les accidents du travail, aujourd'hui à peu près incontestée dans son principe, dégagée des premières difficultés d'application par l'expérience acquise et par deux lois modificatives, est en marche vers des mesures d'unification et de généralisation qu'on peut présager prochaines.

C. Maladies professionnelles.

On a pu croire quelque temps que cette généralisation engloberait jusqu'aux maladies professionnelles, qui sont, en théorie, si voisines des accidents de travail et qu'une assimilation à coup sûr séduisante semblait destiner à un régime de réparation analogue à celui des accidents.

Digitized by Google

Mais cette solution se trouve actuellement écartée par une étude plus attentive du problème, par un examen plus minutieux de la diversité qu'il présente sous d'apparentes logies, par la pressante préoccupation d'éviter le triple écueil auquel ne pourrait échapper toute réparation des maladies professionnelles assise sur les mêmes bases que notre régime de réparation des accidents: multiplication des procès pour arriver à la spécification, presque toujours si difficile aux praticiens eux-mêmes, de l'origine professionnelle directe des maladies; indétermination des responsabilités respectives des employeurs successifs de l'ouvrier malade; incitation redoutable aux congédiements prématurés ou aux refus d'embauchage que se verraient opposer les ouvriers déjà prédisposés ou entamés.

Il a paru que le seul moyen d'échapper à ces critiques décisives, sans renoncer au but qu'il importe d'atteindre, était d'organiser résolument, pour les quelques industries qui présentent notoirement des menaces de maladie professionnelle, un régime partiel et obligatoire d'assurance-maladie, qui envelopperait toutes les entreprises similaires dans une responsabilité indivise et qui ne laisserait à leur charge exclusive que les conséquences des maladies professionnelles graves: décès, incapacités permanentes, incapacités temporaires de plus d'un mois. Quant aux incapacités temporaires ne dépassant point un mois, qui sont incomparablement les plus nombreuses et qui risqueraient de donner lieu aux contestations les plus fréquentes et les plus disproportionnées, elles seraient au contraire indemnisées à frais communs, sans débat, sans distinction entre l'origine professionnelle et l'origine banale de la maladie, la contribution des ouvriers devant alors correspondre, d'après une ventilation qu'inspireraient les statistiques, à la part présumée de la maladie d'origine banale celle des patrons, à la part présumée de la maladie d'origine professionnelle, de manière que ces derniers, en définitive, aient à supporter intégralement et

Digitized by Google

exclusivement la charge que leur eût fait subir, si elle eût été pratiquement réalisable, l'application pure et simple de la législation sur les accidents de travail aux maladies professionnelles.

Ce systéme impliquerait, pour la réparation à frais communs des courtes maladies, la création de mutualités obligatoires locales et corporatives, analogues à celles du régime allemand ou de nos caisses de secours des exploitations minières, et, pour la couverture des maladies professionnelles graves, ainsi que des insolvabilités patronales, l'organisation combinée de syndicats de garantie analogues aux syndicats de garantie fonctionnant en vertu de la loi du 9 avril 1898. Elle entraînerait, en outre, l'institution de comités d'arbitrage, sans lequels il semble bien malaisé de résoudre avec équité et célérité les questions techniques et médicales que posera au jour le jour l'application de la législation nouvelle, quelles que soient ses dispositions définitives.

C'est sur ces bases qu'après une étude scientifique de la Commission d'Hygiène industrielle et sur un rapport préparatoire du Directeur de l'Assurance et de la Prévoyance sociales le Comité consultatif des assurances contre les accidents du travail vient d'arrêter un projet de loi, que M. le Ministre du Commerce soumis à la Chambre des Députés.

II. Assurance contre la maladie.

A. Caisses obligatoires de secours dans les mines.

La question de l'assurance contre la maladie était, en 1889, comme celle de l'assurance contre les accidents, pendante depuis plusieurs années devant les Chambres. Elle devait recevoir deux solutions différentes: dans la loi du 29 juin 1894, qui institue pour les exploitations minières un régime d'assurance obligatoire, et dans la loi du 1er avril 1898, qui encourage et subventionne l'assurance libre en élargissant le domaine et la liberté d'action des sociétés de secours mutuels.

Digitized by Google

D'après la première de ces lois, à chaque exploitation minière correspond, en principe, une »caisse de secours«, à laquelle contribuent obligatoirement tous les exploitants et tous les ouvriers ou employés. La circonscription de la caisse peut d'ailleurs, suivant les cas, comprendre plusieurs petites exploitations voisines ou, inversement, une portion d'exploitation importante.

La caisse de secours est administrée par un conseil d'administration de 9 membres au moins, composé, pour les deux tiers, de représentants élus des ouvriers et employés, et pour un tiers de membres choisis par l'exploitant, à moins qu'il ne renonce pour tout ou partie à ce droit de désignation. Ce conseil établit les statuts de la caisse, pourvoit à sa gestion, détermine la nature, la quotité et les conditions des indemnités qui peuvent être attribuées soit aux participants eux-mêmes en cas de maladie ou d'infirmité, soit à leur famille en cas de maladie, soit à leurs ayants-droit après leur décès. Il fixe la quotité des prélèvements à effectuer sur le salaire des participants, sans que ces prélèvements puissent excéder 2%, et l'exploitant est de plein droit débiteur vis-à-vis de la caisse d'un versement égal à la moitié du prélèvement ainsi déterminé, contribuant ainsi pour $^1/_3$ à l'assurance, sans préjudice de certaines subventions attribuées par l'Etat.

La loi de 1894, modifiée d'ailleurs en ce point par plusieurs lois ultérieures, règle par le détail les conditions et les formalités des élections au conseil d'administration, de manière à assurer l'exacte représentation des intéressés et l'indépendance du vote.

L'administration (préfets, ingénieurs des mines, ministre des Travaux publics) est investie des pouvoirs nécessaires pour contrôler le fonctionnement régulier des caisses; elle peut faire directement dresser et afficher les listes électorales que les exploitants négligeraient de préparer; elle approuve les statuts établis par les conseils d'administration, ainsi que toutes

Digitized by Google

les modifications statutaires, et peut, dans le cas de violation de ces statuts ou de la loi, dissoudre les conseils d'administration; elle doit recevoir, dans les formes déterminées de concert par le ministre des Travaux publics et le Ministre de l'Intérieur, les comptes-rendus annuels de la situation financière des caisses, ainsi que la statistique des cas de maladies et de décès, et peut requérir communication sur place de tous livres, procès-verbaux et pièces comptables.

Ces caisses étaient, en 1903, au nombre de 202 et comprenaient environ 190.000 ouvriers ou employés, alors qu'en 1896 elles n'en comprenaient encore que 95.000. En 1903, elles avaient encaissé un peu plus de 7 millions et dépensé un peu moins de 6 millions et demi.

B. Sociétés de secours mutuels.

Sauf pour l'industrie des mines, l'assurance contre la maladie est restée facultative. La loi du 1er avril 1898 n'a fait qu'étendre et encourager l'action des »sociétés de secours mutuels«, organismes de solidarité spontanée, faisant appel, dans les conditions définies par les statuts de chaque société, aux cotisations régulières de »membres participants«, aux cotisations ou aux dons de »membres honoraires«, et unissant ainsi dans un commun et fraternel effort la prévoyance des uns à l'assistance des autres.

D'après la loi organique du 15 juillet 1850 et les actes législatifs ou réglementaires ultérieurs, ces sociétés ne pouvaient exister légalement qu'avec l'agrément de l'administration, sous forme de »reconnaissance d'utilité publique«, »d'approbation«, ou de simple »autorisation«; elles ne pouvaient se grouper entre elles; elles devaient avant tout se consacrer à l'attribution de secours en cas de maladie et n'étaient en droit de constituer des retraites que dans des conditions étroitement déterminées. Il est vrai que, depuis 1870, une large tolérance administrative avait fait fléchir les règles légales et écarté

Digitized by Google

presque toutes les barrières: la loi de 1898 a été une loi de régularisation autant que d'extension.

Cette loi, faisant état du mouvement de libre association qui s'était affirmé déjà dans la loi du 21 mars 1884 sur les syndicats professionnels et qui devait bientôt se développer dans la loi du 1 juillet 1901 sur le contrat d'association, a admis la constitution de »sociétés libres« de secours mutuels, dont la fondation ne dépend plus à aucun titre de l'administration et dont le fonctionnement ne relève plus que des dispositions légales, sous des sanctions civiles et pénales que les tribunaux seuls peuvent appliquer.

La liberté qui préside ainsi désormais à la formation des sociétés s'étend à la formation de leurs groupements; elles ont acquis le droit de se fédérer en »unions«, pour l'étude d'intérêts communs ou l'organisation de services collectifs, et de créer, notamment pour la réalisation de réassurances ou d'assurances à long terme, des »caisses autonomes«.

D'autre part, sans modifier pour les sociétés le régime de la reconnaissance d'utilité publique, — qui demeure un régime d'exception réservé à quelques grandes sociétés et qui n'offre guère, en définitive, que les avantages dévolus aux sociétés approuvées, — la loi transforme radicalement le régime de l'approbation, qui échappe dorénavant à l'appréciation discrétionnaire de l'administration et devient un droit pour toute société, à la seule condition que ses statuts soient conformes aux dispositions légales et, s'ils comportent des retraites garanties ou d'autres assurances, prévoient les recettes correspondant aux engagements pris.

En même temps, toutes les sociétés, quel que soit le régime qu'elles adoptent, ont vu singulièrement s'étendre leur champ légal d'activité. Séparément ou simultanément, elles peuvent désormais assurer des secours en cas de maladies ou d'invalidité, des pensions de retraites éventuelles ou garanties, des secours aux veuves ou aux orphelins, sans préjudice d'as-

Digitized by Google

surances en cas de vie, en cas de décès ou en cas d'accidents individuels. Elles peuvent, en outre, à titre accessoire et moyennant cotisations ou ressources spécialisées, créer des cours professionnels, des offices gratuits de placement et accorder des allocations en cas de chômage. Une seule obligation s'impose à elles: l'égalité de traitement entre tous les participants, sans avantages particuliers au profit de certains d'entre eux, sans distinctions entre tous que celles pouvant résulter de la disparité des risques ou des cotisations.

C'est donc, au demeurant, pour toutes les sociétés, même pour celles qui ne veulent point de l'approbation et échappent à tout contrôle administratif, la possibilité de réaliser, avec l'assurance contre la maladie et contre le chômage, toutes les modalités d'assurances sur la vie.

Les sociétés »approuvées«, bien que l'approbation soit maintenant de droit, conservent néanmoins, si toutefois les indemnités journalières qu'elles allouent ne sont pas supérieures à 5 francs, les pensions à 360 francs par an et les capitaux assurés en cas de vie ou de décès à 3000 francs, le bénéfice d'avantages considérables. Outre que les droits de timbre et d'enregistrement ne leur sont point applicables et que les municipalités doivent leur fournir des locaux de réunion, ainsi que les registres et livrets nécessaires à leur administration et à leur comptabilité, elles jouissent d'encouragements financiers directs de l'État, sous la double forme de subventions et d'un régime privilégié de placement. Elles gardent, en effet, la faculté de placer leurs fonds à la Caisse des dépôts et consignations, soit à un »compte courant disponible«, soit à un »fonds commun de retraite« inaliénable et de recevoir d'elle un intérêt de $4^1/_2\%$, bien que le portefeuille ainsi géré ne rapporte aujourd'hui guère plus de 3%; la différence entre la capitalisation réelle et la capitalisation garantie est remboursée à la Caisse des dépôts et consignations par voie d'allocations budgétaires annuelles. Ce privilège d'intérêt, qui a fait lors de l'élaboration de la loi

Digitized by Google

l'objet de longues et vives discussions et qui a été quelque peu modifié dans son application technique par une loi du 31 mars 1903, a naturellement pour effet l'abandon de tous autres placements, notamment de placements locaux, par les sociétés approuvées, en même temps qu'il impose à l'État des charges échappant à toute prévision précise.

En retour de ces avantages, les sociétés »approuvées« sont soumises au contrôle administratif des préfectures et du Ministère de l'Intérieur. Elles doivent produire annuellement le compte-rendu de leur situation morale et financière, la statistique de leur effectif, ainsi que celle des maladies de leurs membres, et, si elles constituent des retraites garanties au moyen du fonds commun inaliénable, des inventaires quinquennaux de leurs engagements et des ressources correspondantes. Elles sont, en outre, tenues de communiquer aux préfets, aux sous-préfets ou à leurs délégués leurs livres, registres, procès-verbaux et pièces comptables.

Grâce à cette législation élargie et à la faveur croissante de l'opinion publique pour les groupements mutualistes, les sociétés de secours mutuels ont pris en ces dernières années un développement considérable. Aux sociétés d'adultes se sont ajoutées les sociétés scolaires; puis se sont spécialisées les sociétés féminines, les sociétés maternelles, etc. A l'assurance contre la maladie tend à s'adjoindre de plus en plus l'allocation de pensions ou de secours de vieillesse, dans la mesure des ressources amassées, parfois même une assurance technique contre la vieillesse, avec des retraites garanties et des cotisations correspondantes; sans parler de toutes les initiatives complémentaires qui de plus en plus tendent si heureusement à faire reculer la maladie ou l'invalidité, en s'attaquant aux habitations malsaines, aux contagions morbides, aux habitudes d'intempérance ou d'imprévoyance, en concourant en un mot à cette prophylaxie d'hygiène sociale et d'hygiène morale qui devient à juste titre la préoccupation grandissante du siècle qui commence.

Digitized by Google

En 1889, les sociétés de secours mutuels de toutes catégories n'étaient pas encore 9000; elles étaient déjà près de 12.000 en 1898 et, d'après les dernières statistiques officielles complètes qui aient été publiées, elles étaient, en 1901, près de 15.000.

Le nombre des »membres participants«, qui n'excédait guère 1,200.000 en 1889, s'est élevé à plus de 1,600.000 en 1898 et à 2,360.000 en 1901.

Le nombre des »membres honoraires«, d'environ 200.000 en 1889, a atteint 280.000 en 1898 et 360.000 en 1901; les cotisations de ces membres, sans préjudice des libéralités exceptionnelles sous forme de dons ou de legs, a passé de 2,300.000 (1889), à 2,900.000 (1898) et à près de 3 millions et demi en 1901.

Les dépenses pour secours de maladie et frais funéraires se sont élevées de 14 millions et demi (1889) à plus de 18 millions en 1898 et à près de 21 millions en 1901.

L'actif général des sociétés, y compris les fonds de retraites sur lesquels reviendra la suite de ce Rapport, s'est élevé de 165 millions (1889) à 278 millions en 1898 et à 339 millions en 1901.

Si nos sociétés de secours mutuels continuent à se développer aussi rapidement pendant les années qui vont suivre que pendant celles qui se sont écoulées depuis 1898; si elles se répandent dans les nombreux cantons où elles manquent encore; si, sans renoncer à leur caractère primitif d'aide fraternelle et de gestion familiale, elles réussissent à donner à leurs opérations à long terme toute la securité technique de l'assurance; si elles savent proportionner leurs promesses aux sacrifices obtenus de la prévoyance des intéressés; si leur désir de se consacrer à la constitution des retraites ne les expose pas à délaisser l'urgente extension de l'assurance contre la maladie, qui devrait demeurer leur office essentiel; si à la juste fierté de leurs efforts elles ajoutent la

Digitized by Google

modestie prudente qui se garde d'embrasser plus qu'el nele saurait étreindre; si elles fortifient leur union dans le silence d'une activité laborieuse, en dehors de toute autre préoccupation que celle de l'intérêt général et du bien social, elles deviendront de plus en plus, pour le pays qui les a vues surgir de ses vieilles coutumes professionnelles et, en quelque sorte, germer de son terroir, un des instruments les plus précieux de l'assurance sociale.

III. Assurance contre la vieillesse et l'invalidité.

A. Mesures réglementaires concernant les retraites.

Les assurances contre l'incapacité de travail résultant soit des accidents, soit de la maladie, appellent une autre assurance non moins nécessaire, l'assurance contre l'incapacité de travail dérivant, à titre normal, de la vieillesse ou, à titre exceptionnel, de l'invalidité prématurée.

Cette question des »retraites ouvrières«, qui n'avait qu'une place restreinte dans les premières délibérations de vos Congrès, y prend et y prendra de plus en plus la place prédominante. Elle a frappé ou frappe à la porte de tous les parlements; elle est, tout particulièrement en France, depuis plusieurs années déjà, l'objet d'universelles préoccupations.

Elle ne se posait guère encore en 1889.

Le système de la prévoyance libre et de l'abstention de l'Etat venait de triompher dans la discussion de la loi du 20 juillet 1886. Cette loi réorganisait la Caisse nationale des retraites pour la vieillesse, qui n'était guère alors, en fait comme en droit, qu'un établissement administratif ouvert à la prévoyance individuelle: si, depuis, son caractère réel s'est trouvé assez sensiblement altéré, son statut législatif n'a subi, en ce qui concerne les retraites de vieillesse, que des modifications de peu de portée.

Digitized by Google

Sur quelques points spéciaux intéressant les retraites privées, diverses lois ont, au contraire, introduit certaines garanties au profit des ouvriers bénéficiaires.

C'est ainsi qu'une loi du 27 décembre 1890 a astreint les compagnies de chemins de fer à soumettre à l'homologation du ministre des Travaux publics, aussi bien que les statuts de leurs caisses de secours contre la maladie, les statuts de leurs caisses de retraites.

Une loi du 27 décembre 1895, inspirée par les faillites retentissantes d'une exploitation minière et d'un grand établissement de crédit où les ouvriers et employés avaient vu s'engloutir les fonds versés par eux ou pour eux en vue de la constitution de retraites, est venue séparer juridiquement le patrimoine des institutions patronales de prévoyance du patrimoine des entreprises qui les instituent ou les gèrent, de sorte que les fonds de prévoyance demeurent réservés à leur affectation, à l'abri de toute atteinte des créanciers de la faillite.

La même loi dispose que, pour l'avenir, toutes les sommes retenues sur les salaires des ouvriers ou employés ou attribuées par les patrons en vue de la constitution de retraites ne peuvent plus être conservées par l'entreprise, mais doivent être versées par elle soit à la Caisse nationale des retraites, soit à la Caisse des dépôts et consignations dans les conditions que détermine un règlement d'administration publique, soit dans des caisses patronales ou syndicales spécialement autorisées à cet effet par le Gouvernement. Si l'on observe d'ailleurs qu'aucune de ces caisses patronales ou syndicales n'a pu jusqu'ici être autorisée et que le mécanisme des versements à la Caisse des dépôts et consignations n'a, pour ainsi dire, pas encore fonctionné dans les dix années écoulées, on est amené à conclure que les entreprises soucieuses de se conformer à la loi ont dû effectuer leurs versements à la Caisse nationale des retraites et que les autres se sont con-

Digitized by Google

tentées d'attendre pour régulariser leur situation le vote définitif d'une législation générale sur les retraites ouvrières.

Sans faire état d'une disposition législative du 29 mars 1897, qui a prévu la contribution financière de l'Etat aux pensions allouées par les départements ou les communes en faveur de septuagénaires et d'infirmes ou d'incurables privés de ressources, et qui, à ce titre, relève de l'assistance, on doit encore signaler une loi du 3 février 1902, qui a régularisé la situation juridique de quelques grandes associations tontinières à durée illimitée tendant au partage des revenus du capital social accumulé, sous réserve que désormais les fondateurs et sociétaires ne pourront prétendre, à titre de parts annuelles, des sommes supérieures à une fois et demie le capital versé par eux au jour de la première répartition. On peut également relever une série de décrets ou d'arrêtés ministériels qui, pour les ouvriers et employés occupés dans les exploitations militaires ou civiles de l'Etat, ont organisé des retraites, généralement constituées à la Caisse nationale des retraites pour la vieillesse et alimentées pour partie par des retenues sur les salaires et pour partie par des allocations budgétaires que l'Etat, en tant que patron, prend l'engagement d'y ajouter. Ce régime s'applique, avec certaines différences de conditions et de taux, à un effectif important d'ouvriers et agents des établissements de la guerre, des manufactures de tabacs et d'allumettes, des postes et télégraphes, etc.

Mais l'effort législatif qui mérite principalement d'être relevé au cours de ces quinze dernières années en matière de retraites a porté, d'une part, sur l'institution de retraites obligatoires dans les exploitations minières et, d'autre part, sur l'organisation d'encouragements aux retraites libres.

B. Organisation de retraites obligatoires dans les mines.

La loi du 29 juin 1894 a naturalisé dans notre législation l'obligation de la retraite au profit des ouvriers et employés des mines.

Digitized by Google

Aux termes de cette loi (titre II), chaque exploitant de mines est tenu de prélever sur le salaire de ses ouvriers et employés (jusqu'à concurrence de 2400 francs) une retenue de 2%, d'ajouter de ses deniers à cette retenue une contribution égale de 2% et de verser le tout à la Caisse nationale des retraites pour la vieillesse sur livrets individuels qui demeurent la propriété des titulaires. Ces versements sont effectués à capital aliéné; si toutefois les titulaires le demandent, la part correspondant aux retenues opérées sur leurs salaires peut être versée à capital réservé.

Les versements sont liquidés dans les conditions générales déterminées pour le fonctionnement de la Caisse nationale des retraites pour la vieillesse et notamment le bénéfice en est partagé, en cas de mariage, entre les deux conjoints. Les pensions peuvent être liquidées à partir de 55 ans et, en tout cas, à partir de cet âge tout versement cesse d'être obligatoire.

Une disposition légale, qui ne paraît pas d'ailleurs avoir reçu d'application, admet, au surplus, les exploitants à substituer à la Caisse nationale des retraites pour la vieillesse des caisses patronales ou syndicales, qui auraient à obtenir l'autorisation du Gouvernement.

Le compte-rendu de la Caisse Nationale des Retraites pour l'année 1903 accuse, en ce qui concerne les ouvriers et employés des mines, en chiffres ronds, 250.000 livrets et 8 millions de versements annuels.

Ces dispositions ne visaient, on le voit, qu'un régime normal de retraites. Pour faire face au régime de transition, le Parlement en 1894 s'était borné à décider le maintien des droits acquis ou en cours d'acquisition et la création d'une commission arbitrale qui, à défaut d'accord entre les parties intéressées, avait la mission délicate de régler les mesures à prendre pour l'exécution des engagements antérieurement intervenus. Mais, à la suite de revendications répétées et sous la poussée de gréves que le Gouvernement voulut apaiser, une loi du 31 mars 1903

Digitized by Google

a institué, jusqu'à concurrence d'une dépense annuelle d'un million, des majorations pour les pensions acquises avant la loi de 1894 et, d'une manière générale, des allocations pour tous les anciens mineurs justifiant de 30 années de travail salarié dans les mines. Ces majorations et allocations, qui pourront croître avec la réduction du nombre de parties prenantes, sont couvertes pour deux tiers par l'Etat et pour un tiers par l'ensemble des exploitants de mines.

C. Encouragements aux retraites libres; sociétés de secours mutuels.

En même temps qu'il élaborait ainsi un régime partiel de prévoyance obligatoire, le législateur étudiait les moyens de provoquer et de seconder la prévoyance libre.

Dans ce dernier ordre d'idées, la loi du 31 décembre 1895 a ouvert un crédit annuel pour la majoration des retraites acquises soit à la Caisse nationale des retraites pour la vieillesse, soit dans les sociétés de secours mutuels, soit dans toute autre société de prévoyance. Compte tenu de plusieurs modifications apportées au texte légal primitif, ces majorations sont aujourd'hui attribuées aux titulaires de pensions qui justifient de 25 ans de prévoyance pour la retraite, qui sont âgés d'au moins 65 ans et qui ne jouissent pas d'un revenu annuel personnel supérieur à 360 francs, y compris leur retraite, mais indépendamment du produit de leur travail. Les majorations sont allouées sous forme de capitaux aliénés à la Caisse nationale des retraites pour la vieillesse, dans la mesure nécessaire pour accroître les pensions d'un cinquième de leur quotité au maximum, sans toutefois les élever, majoration comprise, au-dessus de 360 francs; et, si le crédit budgétaire se trouvait insuffisant pour faire face aux majorations ainsi calculées, elles seraient proportionnellement réduites, de manière que le crédit ne pût être dépassé. Cette éventualité ne s'est d'ailleurs point réalisée et le crédit, initialement fixé à 2 millions, a même

Digitized by Google

pu être diminué. De 1895 à 1903 inclusivement, il a été alloué 40.000 majorations et 12.000 bonifications spéciales. Le total de ces allocations viagères a atteint 965.000 francs et exigé un capital d'environ 7 millions et demi.

En sus de ces majorations, la loi du 31 décembre 1895 (modifiée sur ce point par une loi du 13 avril 1898) a accordé des »bonifications spéciales« aux parents ayant élevé plus de trois enfants jusqu'à l'âge de 3 ans accomplis; le taux de ces bonifications, fixé chaque année par le Ministre du commerce après avis de la Commission supérieure de la Caisse nationale des retraites, est actuellement de 16% pour les parents ayant ainsi élevé 4 enfants, avec bonification complémentaire de 4% par chaque enfant en plus.

Beaucoup plus importants ont été les encouragements budgétaires affectés aux pensions des sociétés de secours mutuels.

La loi du 1 avril 1898 ne s'est pas contentée, en effet, de régulariser définitivement les tolérances administratives qui, à l'encontre de la législation antérieurement en vigueur, laissaient les sociétés de secours mutuels constituer à leurs membres des pensions de retraites ou leur accorder des allocations annuelles renouvelables. Si l'on peut regretter qu'elle ait spécifié, pour le passé, le maintien obligatoire et, pour l'avenir la création facultative d'un »fonds commun« dont le capital est pour toujours inaliénable et dont les arrérages seuls peuvent alimenter le service ou la constitution de retraites; qu'elle ait paru rester favorable aux constitutions de retraites à capital réservé au profit des sociétés constituantes; qu'elle n'ait pas simplifié la complexité de mécanisme qui, par le jeu parallèle ou connexe du »compte courant disponible« et du »fonds commun« met en action tantôt la caisse des dépôts et consignations, tantôt la caisse nationale des retraites comme assureur, tantôt la même caisse comme intermédiaire, avec des inter-

Digitized by Google

ventions du Ministère de l'Intérieur et des enchevêtrements de comptabilité déconcertants pour qui n'a pas le secret de ces habitudes superposées, il faut du moins lui savoir gré d'avoir marqué nettement des préférences pour un régime de »livrets individuels« et de »retraites garanties« qui rendrait tangible autant que certain le résultat de l'effort de prévoyance et qui viendrait soustraire les sociétés à l'imprudence de promesses excessives, en même temps qu'aux mécomptes de retraites inférieures aux prévisions ou indéfiniment reculées.

En même temps, et sans préjudice des encouragements moindres qu'elle réservait aux secours en cas de maladie, cette loi a consacré ou accru les avantages financiers tendant spécialement à encourager les sociétés de secours mutuels dans la constitution des retraites: subventions à ces sociétés pour la formation des retraites; bonification des pensions servies par elles, indépendament des majorations et bonifications déjà allouées en vertu de la loi du 31 décembre 1895; allocations budgétaires pour parfaire à $4^1/_2\%$ la capitalisation réelle des fonds gérés par la caisse des dépôts et consignations et provenant eux-mêmes pour partie de subventions ou de majorations d'intérêts accumulées, autant d'encouragements directs et importants qui font de l'Etat, c'est-à-dire de l'ensemble des contribuables, le principal »membre honoraire« des sociétés de secours mutuels en matière de retraite et qui, tout pesé, ne doivent pas être sensiblement au-dessous des encouragements plus apparents organisés par la loi belge du 10 mai 1900.

Que l'intégral maintien de ces avantages semble devoir être d'autant moins certain qu'ils s'appliqueront précisément à des sociétés et à des retraites de plus en plus nombreuses, c'est l'appréhension secrète de ceux qui ne veulent considérer que leur effet bienfaisant pour le développement de la prévoyance, autant que la prévision de ceux qui voient dans leur diffusion automatique une charge quelque peu menaçante pour nos budgets futurs. Tous d'ailleurs s'accordent à reconnaître leur influence mani-

Digitized by Google

feste sur les résultats actuellement obtenus. Si les pensions acquises ou en cours d'acquisition restent encore bien loin, par leur nombre et par leur quotité, de ce qu'attendent les ouvriers, si même, bien que malheureusement les statistiques ne livrent pas de données actuelles précises sur ce point capital, les ouvriers semblent se trouver en minorité parmi les bénéficiaires de ces pensions, on n'en doit pas moins reconnaître la marche ascendante remarquable effectuée depuis 1889, et surtout depuis 1898, par les sociétés de secours mutuels. Pour la mesurer, il suffit de relever quelques chiffres caractéristiques dans la dernière statistique officielle complète du Minitère de l'Intérieur, afférente à l'année 1901.

Les arrérages de pensions servis par les sociétés, non compris les majorations et subventions de l'État, et des suppléments de pensions ou allocations annuelles ont passé de 6,637.000 en 1898 à 7,727.000 en 1901.

Les secours annuels aux vieillards, infirmes et incurables, ainsi qu'aux veuves et orphelins, ont passé d'un million et demi en 1898 à près de 2 millions et demi en 1901.

Rappelons enfin que l'avoir général des sociétés, qui est à peu près exclusivement destiné à faire face aux retraites, a doublé de 1889 à 1901 et augmenté de plus d'un cinquième de 1898 à 1901; qu'il atteint, à cette dernière date, 339 millions; et que, depuis les statistiques de 1901, l'importance de cet avoir, aussi bien que le nombre des sociétés et le nombre des sociétaires, s'est encore notablement accru.

D. Projet de législation générale sur les Retraites ouvrières.

Pour tout esprit impartial ces résultats accusent tout ensemble un tel progrès eu égard au peu d'années qui nous séparent de la loi de 1898 et une telle insuffisance eu égard aux dix millions de salariés qui aspirent impatiemment à une

Digitized by Google

retraite au moins alimentaire, qu'ils expliquent surabondamment l'égale ardeur et l'égale bonne foi de ceux qui n'admettent la retraite que par la libre initiative des sociétés de secours mutuels et de ceux qui, mettant en doute la pleine efficacité de cette initiative, préfèrent aller droit aux difficultés du problème et à ses solutions immédiates.

En France, comme en d'autres pays d'ailleurs, cet antagonisme passager de principes et de méthode ajoute précisément aux difficultés inévitables une difficulté de plus, de sorte qu'un observateur superficiel pourrait bien se demander si les indéniables efforts des sociétés de secours mutuels vont en définitive servir la généralisation des retraites ouvrières, ou l'entraver. Par bonheur, les faits sont plus souples que les thèses et les hommes; en matière sociale plus qu'en toute autre, il est toujours permis d'espérer la conciliation de points de vue d'abord contradictoires, l'adoption de successives transactions et la survenance d'une union finale pour les réformes nécessaires. Déjà paraît se dessiner en ce sens un mouvement d'opinion qui montre les esprits moins réfractaires aux rapprochements et laisse entrevoir comme probable, le vote des dispositions essentielles contenues dans les projets auxquels depuis cinq ans s'est tenue la Commission de la Chambre des députés et s'est rallié le Gouvernement.

A ne signaler que les lignes maîtresses, ces projets successifs reposent sur les bases suivantes: application de la législation sur les retraites à tous les salariés de l'industrie, du commerce et de l'agriculture; obligation pour les salariés de subir une retenue sur leur salaire, et pour les employeurs d'opérer à leur profit des versements d'égale quotité; constitution des pensions en régime de capitalisation, et, au choix des intéressés dans une caisse nationale des retraites ouvrières à instituer, ou dans des sociétés de secours mutuels, des caisses patronales ou syndicales, des syndicats de garantie solidaire, etc.; versements opérés à capital aliéné, à moins que, pour

Digitized by Google

les retenues opérées sur leurs salaires, les bénéficiaires ne stipulent la réserve du capital; liquidation normale des retraites de vieillesse à 65 ans (ou plus tard 60 ans), avec certaines majorations budgétaires; liquidation exceptionnelle, en cas d'incapacité de travail prématurée, de retraites d'invalidité subordonnées à la justification précise de l'incapacité et sensiblement inférieures aux retraites normales de vieillesse; organisation d'un régime transitoire ayant pour double effet d'attribuer des allocations viagères aux anciens ouvriers qui, au moment de la promulgation de la loi, dépasseront l'âge légal de la retraite et de majorer ultérieurement les pensions de ceux qui, à cette date, n'auront plus à accomplir qu'un nombre d'années de service trop faible pour s'assurer, par le seul jeu des versements et de la capitalisation, des retraites suffisantes.

C'est en tout cas, semble-t-il, sur ces bases que s'enaggeront au Parlement les discussions prochaines, que se livreront les derniers combats entre les partisans opposés des principes ou des systèmes en ligne et qu'apparaîtront les réponses définitives aux questions suivantes, qui dominent le problème:

La liberté, en cette matière, se suffit-elle à elle même et peut-on sincèrement espérer des initiatives de la prévoyance libre, même très fortement encouragées par l'État, une généralisation rapide des retraites? — ou ne faut-il pas, pour aboutir, faire appel à l'obligation légale, dans la mesure du nécessaire, tout en réservant aux organes libres de prévoyance, et particulièrement aux sociétés de secours mutuels, toute la part qu'ils pourront prendre à l'application de cette obligation?

Y a-t-il lieu d'étendre la retraite obligatoire à tous les citoyens, au moyen des ressources générales de l'impôt? — ou n'est-il pas plus logique, plus juste et plus sage de la restreindre aux salariés et de l'alimenter par les cotisations des ouvriers et de leurs patrons, avec certaines majorations d'État pour les pensions les plus faibles, de manière à obtenir ce

Digitized by Google

triple résultat: 1. Concours initial et direct des intéressés eux-mêmes, sans lequel il n'est plus d'acte de prévoyance. 2. Concours corrélatif des patrons qui, en définitive, par le jeu d'incidence des prix de revient et des prix de vente, ne se trouvent, dans la grande majorité des cas, que des agents intermédiaires de répartition finale entre les consommateurs des produits ou des services réalisés par les ouvriers bénéficiaires. 3. enfin intervention subsidiaire de la collectivité nationale, à l'aide des impôts généraux, en faveur des ouvriers dont le salaire se trouve trop faible pour la constitution de retraites strictement alimentaires, et pourvu que ces subventions budgétaires soient assez déterminables dans leur assiette et assez modérées dans leur quotité pour ne point être taxées de témérité financière?

Peut-on écarter du régime de retraite toute assurance d'invalidité ou, à l'inverse, faire de l'assurance-invalidité le centre même et le pivot de ce régime, malgré les menaces d'exagération, de condescendances locales et politiques, de collusions et d'abus qu'elle recèle et dont l'Allemagne commence à redouter justement l'effet? — ou n'est-il pas à tous points de vue plus expédient d'envisager l'assurance-invalidité comme le complément nécessaire de l'assurance-retraite, inséparable d'elle comme l'accessoire du principal et l'exception de la règle, mais entourée de garanties multiples et sûres, subordonnée à d'étroites conditions d'attribution, restreinte à des allocations assez faibles pour ne pouvoir jamais devenir ni un appât à l'ouvrier sans vaillance ni une menace au budget?

Peut-on ne légiférer que pour l'avenir, écarter du régime général de retraites les anciens ouvriers, ainsi que les ouvriers déjà près du terme de leur labeur et de leur salaire, ne réserver l'effet des dispositions nouvelles qu'aux jeunes générations encore assez loin du but pour se trouver en état de l'atteindre par elles mêmes? — ou n'est-il pas indispensable de réparer dans une certaine mesure la trop longue abstention de la loi,

Digitized by Google

de rendre le présent caution de la négligence sociale du passé, en accordant à ceux qui ne pourront bénéficier ou ne bénéficieront que partiellement de l'assurance nouvelle des allocations transitoires, comme la Belgique elle-même n'a pu s'y soustraire en un régime de prévoyance libre, ou bien, à tout le moins, en ne renvoyant aux secours aléatoires et précaires de l'assistance que les ouvriers dès maintenant sortis du travail, et en ménageant aux autres le complément d'une assurance insuffisante dans sa brièveté?

Peut-on, pour apporter immédiatement à cet aspect le plus délicat et à cette charge la plus lourde du problème une apparente simplification, céder à la séduction de mécanismes de »répartition« qui, en rendant les jeunes générations débitrices certaines des travailleurs qui les précèdent, ne les constitueraient elles mêmes que les créancières incertaines des générations suivantes et les laisseraient à la merci des inexactitudes de calculs que les statistiques actuelles rendent inévitables, comme aussi des diminutions de main d'œuvre et des revirements de système que peut amener l'avenir? — ou n'est-ce pas un effort nécessaire de franchise sociale, de clarté législative et de prudence financière que de recourir à une capitalisation technique qui, sans voiler l'importance des sacrifices reconnus désirables, sans rien ravir au gage de la prévoyance qu'on impose, laisse à la fois l'ouvrier toujours sûr de suivre et de recueillir le produit direct de son épargne et le législateur toujours maître d'améliorer ou de transformer le régime de retraites, sans léser des droits acquis ou tromper de légitimes espoirs?

A ces questions primordiales, la première réponse parlementaire n'est probablement pas lointaine. Elle pourrait bien intervenir pour partie avant la réunion même du Congrès. Je serais, pour mon compte personnel, surpris si le Parlement français, dans cette étape nouvelle que lui ouvre l'extension nécessaire des assurances sociales, ne cherchait pas ses inspi-

Digitized by Google

rations en lui-même, s'il ne se reportait pas aux principes qu'il a introduits déjà dans une législation précédente, aujourd'hui consacrée par le succès, et s'il ne retrouvait pas, au moment décisif, dans cette législation sur les accidents, comme l'observait en 1902 mon rapport au Congrès international de Düsseldorf, »la démonstration saisissante qu'entre la liberté réduite à ses initiatives, au risque d'un insuccès final, et l'obligation mise en œuvre par l'Etat, au risque d'une absorption disproportionée, peut se concevoir et se réaliser une solution intermédiaire, moins simple, il est vrai, et moins systématique, mais non moins efficace et plus souple: l'obligation du but, avec option de moyens appropriés«.

IV. Assurances sociales complémentaires ou spéciales.

Ces indications sommaires resteraient trop incomplètes, si elles ne comprenaient au moins mention des assurances sociales complémentaires dont le développement n'appartient qu'à l'avenir, mais dont les esprits clairvoyants doivent dès maintenant préparer l'expansion (assurances au décès ou pensions des veuves et des orphelins; assurances contre le chômage) et si elles ne rappelaient les difficultés auxquelles se heurtent parfois les assurances sociales en ce qui touche les salariés de l'Etat et les ouvriers étrangers.

A. Assurance au décès; pensions des veuves et des orphelins.

Les assurances au décès quelque peu embryonnaires qui fonctionnaient en 1889, en vertu de la loi du 11 juillet 1868 sur la Caisse nationale d'assurance en cas de décès, ne se sont guère développées. En habilitant la même caisse à faire des assurances temporaires, comme couverture des engagements pris par les acquéreurs »d'habitations à bon marché«

Digitized by Google

et à délivrer des polices »d'assurance mixte«, les lois des 30 novembre 1894 et 17 juillet 1897 n'ont fait à la prévoyance qu'un appel resté vain.

Les veuves gardent le bénéfice indirect de la législation sur la caisse nationale des retraites pour la vieillesse qui, dans un mécanisme intéressant, mais trop rigide, leur réserve pour moitié l'émolument de tous les versements effectués par leurs maris. Elles tiennent maintenant de la loi du 9 avril 1898, si leurs maris sont victimes d'accidents du travail, ou de la loi du 21 avril 1898, dans le cas où leurs maris, appartenant à la marine marchande, sont victimes de maladies ou d'accidents, des pensions déterminées. Elles peuvent obtenir des allocations des caisses de retraites des ouvriers mineurs, en vertu de la loi du 29 juin 1894, et des sociétés de secours mutuels, en vertu de la loi du 1er avril 1898, si toutefois les statuts de ces diverses institutions ont prévu et organisé de tels secours.

De même, les orphelins ont droit à des allocations dans les cas prévus par les deux lois des 9 avril et 21 avril 1898 et ils peuvent obtenir des secours, le cas échéant, des caisses de retraites des mines et des sociétés de secours mutuels.

B. Assurance contre le chômage.

On a pu soutenir non sans raison que l'assurance contre le chômage involontaire serait la base même de toutes les autres assurances sociales: son utilité n'a d'égale que la difficulté même de l'organiser. Ce serait, au surplus, il en faut convenir, une mauvaise méthode pour triompher de cette difficulté que de débuter par la déclarer insurmontable et toutes les tentatives qui, sans résoudre le problème, pourront contribuer à l'éclaircir, seront déjà des gages de succès.

Dans cet esprit, une disposition législative d'hier (loi de finances du 22 avril 1905, art. 55) vient d'inaugurer une de

Digitized by Google

ces tentatives, en ouvrant un crédit pour subventions aux caisses de secours contre le chômage involontaire, dans les conditions que doit incessamment régler un décret spécial, en s'inspirant des intéressantes expériences pratiquées depuis quelques années en Belgique, notamment à Gand.

On ne s'est d'ailleurs pas dissimulé que cette première organisation de secours éventuels contre le chômage n'a pas le réel caractère d'une assurance et qu'il importera de rendre prochainement cette assurance possible, en créant un statut législatif approprié pour les institutions spéciales qui voudraient faire à la prévoyance des intéressés un appel plus large, en même temps que ménager à leurs efforts un résultat plus certain par l'ouverture de droits plus sûrs. C'est dans ces vues que le Conseil supérieur du travail (session de novembre 1903) a émis l'avis »qu'il y a lieu de mettre à l'étude un régime législatif spécial d'institution d'assurance contre le chômage«.

C. Ouvriers des exploitations de l'État.

Le plus élémentaire respect de la logique et de l'équité semblerait commander l'entière égalité entre les industries privées et les industries d'État dans l'application des lois d'assurances sociales. On peut concevoir que l'État, dans les exploitations qu'il se réserve et qu'il dirige, s'impose le premier des sacrifices en faveur des ouvriers qu'il occupe et, soit à titre d'expérience, soit à titre d'exemple, ouvre ainsi les voies aux mesures législatives qui viendront ensuite régir les industries privées. Mais il semble au premier abord inconcevable que ce soit précisément, au contraire, l'État qui se dérobe ou ne se prête que de mauvaise grâce à l'application des lois qui déjà contraignent les industries privées. Cette anomalie n'est pourtant pas sans se recontrer parfois dans certaines administrations de l'État: un sentiment d'indépendance particulariste

Digitized by Google

et de privilège autoritaire semble les pousser à écarter ou à restreindre l'exécution de lois sociales que, dans un esprit plus large, elles devraient être les premières à comprendre et à appliquer.

Notre législation sur les accidents n'a pas été complètement à l'abri de cette tendance et le Gouvernement étudie en ce moment même une loi qui étendra sans doute explicitement aux agents de toutes les exploitations de l'État les avantages et les garanties dont jouissent déjà les agents des industries privées similaires.

D. Ouvriers étrangers.

Beaucoup plus délicate que la question des ouvriers de l'État apparaît la question des ouvriers étrangers. Elle a déjà donné lieu à d'assez vives discussions dans un autre Congrès international et il n'y aurait ici, semble-t-il, pas moins de prétention à s'abstenir de l'aborder qu'à se piquer de la résoudre.

Qu'en droit positif, chaque Etat garde l'incontestable maîtrise de sa législation propre et n'ait de comptes à rendre qu'à lui-même des mesures qui lui paraissent, à titre définitif ou temporaire, les plus conformes à l'intérêt public, c'est ce que personne ne peut contester. Que si, d'un point de vue plus haut et plus général, on disserte sur les idées mêmes dont devrait s'inspirer chaque législateur, le champ reste alors ouvert aux thèses contraires et il eût été surprenant que la plus large, la plus bienveillante et, pour tout dire, la plus humaine ne vînt pas assez vite s'imposer aux préoccupations de l'esprit français.

Il y aurait cependant naïveté ou prévention à imaginer que notre législation sur les accidents du travail a commencé sans raison par faire aux étrangers victimes d'accidents un sort défavorable. Tout d'abord on ne doit pas oublier que ses

Digitized by Google

dispositions sur ce point avaient été directement et textuellement empruntées à la législation allemande. On ne saurait, d'autre part, méconnaître, surtout en présence de la manifeste disproportion des effectifs ouvriers en cause des deux côtés de nos frontières, la résistance compréhensible de nos industriels à subir une surcharge au profit d'ouvriers étrangers dont les pays d'origine ne s'imposeraient encore qu'une législation ouvrière moins lourde que la nôtre et se réserveraient ainsi, au regard de la concurrence universalisée qui se fait aujourd'hui si vive dans la lice internationale du travail, une situation non moins redoutable pour leurs rivaux commerciaux que dommageable pour leurs propres ouvriers. Les inégalités les plus apparentes ne sont pas en cette matière les plus profondes; il en est de latentes qui, pour moins solliciter l'attention, peuvent peser davantage. Le plus sûr moyen de pouvoir les écarter toutes est encore de provoquer l'avènement d'une sérieuse équivalence des législations ouvrières, qu'il n'est plus maintenant d'ailleurs téméraire d'entrevoir à l'horizon des Conférences internationales.

C'est vers ce but que s'est acheminée la France par un traité dont elle a le droit, pour sa part, de rester fière et qui, sans abdication des réciprocités nécessaires, proclame assez haut sa volonté de ne rester au-dessous d'aucune parité effective et de concourir, aussi rapidement que possible, à l'amélioration du régime international des assurances sociales, aussi bien que de la réglementation du travail. La convention franco-italienne du 15 avril 1904 marque à cet égard une date qui ne pouvait être omise dans ce rapport; elle ouvre la voie à des arrangements auxquels la loi du 31 mars 1905, sur les accidents, vient de frayer le premier chemin et qui seront d'autant plus sûrs qu'ils deviendront les instruments d'une égalité internationale plus entiére et plus vraie.

Digitized by Google

Conclusion.

En résumé, l'assurance sur les accidents complètement organisée dans ses principes et dans son mécanisme, appliquée dès maintenant à tous les ouvriers de l'industrie, en attendant sa transformation nécessaire pour les marins et son extension prochaine aux employés du commerce et aux travailleurs des champs; — l'assurance contre la maladie constituée obligatoirement dans l'industrie des mines et, d'autre part, encouragée dans les sociétés de secours mutuels, dont le rapide et remarquable essor autorise à cet égard les plus grandes espérances; — l'assurance contre la vieillesse et l'invalidité constituée obligatoirement dans les exploitations minières, puis développée à la Caisse nationale des retraites pour la vieillesse, dans diverses sociétés de prévoyance et surtout dans les sociétés de secours mutuels en une proportion telle que le problème des retraites ouvrières s'en trouve, non pas certes résolu, mais plus abordable et plus proche d'une solution définitive; — cette solution déjà préparée par de longs travaux parlementaires, par un premier vote de principe de la Chambre des députés en 1901, par la vivacité même des controverses auxquelles donne lieu le conflit actuel des préoccupations et des appréhensions qu'elle inspire; — c'est assurément là, pour laisser de côté toute une série de mesures secondaires qui n'ont trouvé qu'accessoirement place dans le présent rapport ou n'ont même pu y être mentionnées, un ensemble de dispositions législatives qui ne laisse point sans honneur les quinze années qui viennent de s'écouler, ni sans espoir les années qui vont suivre.

On ne peut dénier que ces dispositions sont encore singulièrement insuffisantes et manquent de cohésion. Tous reconnaissent, plus ou moins explicitement, en même temps que la nécessité de réformes nouvelles, le besoin d'une unité plus forte: unité dans les lois ouvrières, unité dans les organes ad-

Digitized by Google

ministratifs qui ont charge d'en guider et d'en coordonner l'application, unité dans la pénétration réciproque des diverses assurances.

L'unité dans les lois est presque faite par la rédaction d'un »Code du Travail et de la Prévoyance sociale«, dont le livre V est consacré aux »assurances ouvrières« et qui, déjà voté par la Chambre des Députés, viendra bientôt sans doute mettre la Législation ouvrière, ainsi réunie, au rang des grands codes légués par la science juridique du passé.

L'unité dans l'administration des lois sociales se heurte encore, en France comme dans plusieurs autres pays, aux attributions et aux habitudes bureaucratiques antérieurement adoptées; mais elle a de plus en plus pour elle tous les esprits indépendants et l'on peut, sans trop s'exposer au ridicule des vaines prophéties, prédire l'avènement d'une centralisation sociale groupant dans un même ministère, quelle que soit sa dénomination, la préparation et l'exécution de toutes les lois relatives au Travail et à la Prévoyance.

Quant à la pénétration mutuelle des diverses assurances, dans leurs effets et dans leur gestion, elle devient depuis peu une visible préoccupation en France, comme depuis plusieurs années déjà dans quelques pays étrangers. Mais on peut se demander si, en l'état des législations qui chez nous s'appliquent ou s'élaborent, cette préoccupation, en s'affirmant trop, n'irait pas à l'encontre même du but qu'elle paraît poursuivre et, pour prétendre le mieux, n'arrêterait pas le bien. A demander dés aujourd'hui un système complet d'assurances on n'obtiendrait sans doute que l'abstention du législateur. Pour qui veut sérieusement aboutir, mieux vaut, semble-t-il, s'en tenir à des réformes successives, susceptibles de s'ordonner plus tard à un plan général et de concourir à l'unité finale.

Telle qu'elle apparaît déjà, l'œuvre de ces quinze dernières années ne semblera sans doute pas négligeable. Elle n'est peut être pas parmi les moins actives qui se sont déroulées en

Digitized by Google

matière d'assurances sociales dans les différents pays depuis le Congrès de 1889. Elle caractérise, jusqu'en ses hésitations et ses tâtonnements, une démocratie qui s'interroge encore elle-même, dans le ferme dessein d'opposer progressivement à tous les risques sociaux des assurances efficaces et dans le souci de ne faire pourtant appel à l'obligation et à l'État que là où ne suffisent pas les aiguillons et les ressources de la liberté.

16 mai 1905.

Digitized by Google

Digitized by Google

CONGRÈS INTERNATIONAL DES ACCIDENTS DU TRAVAIL ET DES ASSURANCES SOCIALES.
7e session. — Vienne. — 17 au 23 septembre 1905.

RÉSUMÉ

SUR

L'ÉTAT DES ASSURANCES SOCIALES EN ROUMANIE

DEPUIS 1889

PAR

ALPHONSE ROMALO
DIRECTEUR DE LA „PATRIA" SOCIÉTÉ ROUM. D'ASSURANCE, BUCAREST.

I. Considérations Générales.

Au point de vue des lois qui la régissent, la Roumanie peut être classée parmi les pays de droit français. Le code Napoléon y est adopté presque sans modifications autres que de détails. Le code de commerce est proche parent des codes de commerce belge et italien, et n'intéresse du reste la prévoyance sociale que de fort loin, par le chapitre concernant les assurances-vie.

Sauf quelques lois, détaillées plus loin et qui, incidemment, touchent à la question ouvrière, il n'y a, pour ainsi dire, pas de loi spéciale protégeant le travail, ou assurant la réparation des accidents dont les ouvriers sont victimes dans leur travail.

La raison de cet état de choses, plutôt pénible à notre point de vue, peut s'expliquer tant par l'absence presque complète, jusqu'à tout dernièrement, de la grande industrie, que par le caractère essentiellement agricole du pays, dont les $^4/_5$ de la population sont des laboureurs, peu exposés du reste aux accidents de machines agricoles. Peut être faudrait-il encore attribuer l'absence de pareilles lois à la préocupation constante des gouvernants de ne point obérer, par de nouvelles charges, l'industrie à peine naissante du pays.

Digitized by Google

Quoiqu'il en soit, l'ouvrier, tout comme les autres contribuables, pour pouvoir invoquer la responsabilité civile du patron, ou de l'employeur, en cas d'accident, doit établir la preuve à la charge de ces derniers.

II. Législation en vigueur.

Voici maintenant l'énumération des lois, promulguées depuis 1889, qui touchent l'assurance sociale:

a) La Loi Sanitaire et son Réglement d'Application concernant les Industries Insalubres (14 Juin 1893).

Réglemente, en principe, le travail des ouvriers; l'interdit totalement aux enfants n'ayant pas 12 ans révolus, ainsi que le travail de nuit pour les femmes et les mineurs, dans certaines industries plus fatiguantes (constructions, etc.). Le travail est encore généralement prohibé les Dimanches et jours fériés. La durée des heures de travail n'est fixée que pour les femmes et les enfants. Des dispositions très minutieuses y sont encore prévues pour éviter les accidents du travail. Malgré ses nombreuses lacunes, la lo donnerait encore de bons résultats si elle était sérieusement appliquée. Malheureusement ce n'est pas le cas: faute d'inspecteurs du travail, le contrôle des industries est à la charge des autorités administratives qui, surchargées de besogne, ne peuvent, de fait, exercer aucun contrôle.

b) La loi des Mines du 20 Avril 1895 marque l'intention de l'État de réglementer le sort des ouvriers. Elle prévoit en principe:

1° Une Caisse de secours, alimentée par des retenues obligatoires, de 3% au maximum, sur le salaire des ouvriers, dans toute exploitation ayant plus de 120 ouvriers, afin de couvrir les frais de maladie et d'accidents du travail, occasionnant une incapacité dépassant 3 jours; d'inhumation et de premiers secours aux familles des défunts.

Digitized by Google

2° Une Caisse de Pensions alimentée par des retenues obligatoires, de 2%, sur le salaire des ouvriers et par une cotisation équivalente du patron, destinées à servir des pensions tant aux ouvriers devenus infirmes, par suite d'accidents, de maladies et par la vieillesse qu'à leurs veuves et orphelins. Cette Caisse devait être administrée par l'État; mais cette loi non plus n'a jamais reçu d'application, quant aux dispositions énumérées plus haut.

c) La loi sur le Repos Dominical (6 Mars 1897) établit le principe de l'interruption obligatoire de tout travail les Dimanches et les jours fériés y stipulés.

d) La loi sur l'Organisation des Corps de Métiers du 30 Août 1902 serait d'un intérêt plus général, vu le grand nombre de personnes qu'elle assujettit.

En dehors des dispositions concernant les conditions du travail, cette loi impose aux corporations, par l'art 56, l'obligation suivante:

„La création des Caisses d'Assurance, ou d'assurer, „à des Sociétés privées d'Assurances, les membres de la „corporation contre les maladies, les accidents, les infir„mités, la mort."

Cette loi péniblement élaborée du reste, ne paraît pas devoir satisfaire à tous les besoins; car, depuis sa mise en viguer, bien que toutes les corporations prévues ne se soient pas encore constituées, les résultats donnés par les corporations déjà formées sont très défavorables. Les moyens dont les corporations disposent, semblent exclure, dès le début, la possibilité de mettre en pratique toutes les obligations imposées par la loi. Jusqu'à présent on a tâché de pourvoir au plus pressé, en organisant du moins un service médical fonctionnant assez bien, ainsi que son complément, celui des pompes funèbres.

Digitized by Google

Il nous a été cependant impossible de recueillir des données précises sur le fonctionnement de cette assistance corporative, faute de publications ou statistiques sur la matière.

Du reste, en parcourant les statuts de quelques corporations déjà constituées, il est facile de se rendre compte qu'ils ne sont établis sur aucune base scientifique. Les obligations, dès le début, dépassent de beaucoup l'encaissement des cotisations et taxes qui ne sont même pas recouvrées faute de moyens de contrainte.

Il faut encore mentionner les projets de lois suivants:

e) Celui concernant les précautions et conditions imposées pour éviter les explosions des chaudières. Ce projet est encore à l'étude.

f) Le projet modifiant la loi sur l'encouragement de l'industrie nationale qui, en échange des divers avantages accordés pour faciliter la création d'établissements industriels, impose en revanche aux patrons l'obligation d'assurer leurs ouvriers, soit à une caisse à former par l'État, soit à des mutuelles industrielles, soit à des Compagnies privées, par prélèvement d'une retenue, de 2%, sur le salaire des ouvriers et d'une cotisation égale des patrons. Ce projet prévoit encore des mesures préventives en vue des accidents du travail.

III. Activité patronale.

Tout d'abord il faut observer que l'État est un des principaux patrons, par ses nombreuses exploitations industrielles en régie: Chemins de fer, Docks, Services Maritime et Fluvial, Chantier de Constructions navales, Régie des Monopoles du tabac, du sel et de la poudre, etc. Aussi toutes ces entreprises, ont, au point de vue de l'assistance ouvrière, une certaine organisation.

Digitized by Google

Ainsi, en dehors des pensions auxquelles ont droit tous les fonctionnaires de l'État, soit après une limite d'années de service, soit avant, pour infirmités contractées au service, (loi du 23 Février 1902), les ouvriers et employés inférieurs de ces diverses entreprises de l'État, ne bénéficiant pas des prévisions de ladite loi, sont cependant secourus par des caisses alimentées par des retenues sur les salaires et par certaines cotisations de l'État.

Ces caisses accordent en principe des indemnités et des secours pour inhumations, maladies, accidents et infirmités. Bien qu'elles fonctionnent déjà depuis assez longtemps, le sort de l'ouvrier devenu infirme au service, ainsi que le sort de sa famille, en cas de décès, sont loin d'être assurés suivant les besoins réels. Ces caisses ne reposant sur aucune base scientifique établie sur la statistique, ne peuvent donner que des secours très modiques et variables suivant l'état de la caisse.

Les administrations industrielles privées, d'une certaine importance, dans le but d'éviter leur responsabilité en cas d'accidents, ont fondé, avec l'assentiment de leurs ouvriers, des caisses de secours alimentées généralement par des retenues sur les salaires des ouvriers, et rarement aussi par des cotisations complémentaires des patrons. Ces caisses sont, le plus souvent incapables de fournir même les indemnités pour maladies, de sorte qu'en réalité elles ne peuvent correspondre à leur but; aussi ne fonctionnent-elles, la plupart du temps, que fort irrégulièrement. Une grande partie de ces entreprises se sont vues obligées de recourir aux Compagnies d'Assurance pour couvrir ces risques, au moins en partie.

IV. Efforts de la Mutualité.

L'importance et la puissance de la mutualité a été de tout temps entrevue par le public roumain; aussi, toutes proportions gardées, les Sociétés de secours mutuels y foisonnent.

Digitized by Google

Il y en a de toutes les espèces; malheureusement elles disparaissent aussi très vite après leur création, et celles qui subsistent encore doivent leur maintien à la charité publique, fortement pressurée. Toutes ces associations se sont fondées sans une étude préalable du rapport pratique entre leurs moyens et obligations. Elles assument en général de trop lourdes charges: secours aux membres ou à leur famille, frais de maladies, d'inhumation, secours en cas d'accidents et de chômage, etc. Comme moyens, elles prévoient des taxes d'inscription des cotisations régulières, des revenus extraordinaires par les bals et fêtes de charité, etc. Mais la pratique les met, presque dès le début, en impossibilité de se maintenir, faute de rentrées suffisantes et de moyens efficaces pour contraindre les associés à payer leur cotisation. Certaines autres associations tâchent de couvrir leurs obligations en répartissant, le cas échéant, tous les frais entre les membres, qui ne sont autrement pas tenus de payer des contributions. Il est impossible de connaître le fonctionnement éphémère de toutes ces associations, car, n'étant astreintes à aucune autorisation pour leur constitution ni à aucune publication ou contrôle, il n'existe aucune publication statistique.

V. Influence des Sociétés d'Assurance contre les Accidents.

Depuis quelques années quand l'industrie (forestière, pétrolière, etc.) a pris son essor, l'influence des sociétés d'assurance contre les accidents a, sans contredit, amélioré le sort des ouvriers, en ce qui concerne la réparation du préjudice que leur causent les accidents du travail [1]). La société roumaine d'assurance „Patria", a introduit, dès 1893, et pour la première fois en Roumanie, l'assurance contre les accidents, inclusivement celle garantissant la responsabilité des patrons

[1]) En 1904 ces Sociétés ont payé pour plus de 150.000 Lei de dédommagements aux ouvriers assurés contre les accidents.

Digitized by Google

du fait des accidents causés à leurs ouvriers, responsabilité ressortant d'une façon générale du code civil.

Et, grâce aux efforts de cette Société, auxquels se sont joints plus tard ceux de la Cie. Generala, presque tous les ouvriers des établissements industriels un peu importants, sont assurés; souvent insuffisamment, vu le refus des patrons de contribuer aussi pour que l'assurance puisse garantir aux ouvriers une retraite suffisante en cas d'infirmités ou une pension à leur famille.

Il faut espérer que bientôt l'État rendra, comme partout ailleurs, cette assurance obligatoire.

Digitized by Google

Digitized by Google

INTERNATIONAL CONGRESS ON WORKMEN'S INSURANCE.
VIIth Session. — Vienna. — 17—23 September 1905.

OLD AGE PENSION SCHEMES IN THE UNITED KINGDOM,

BY

D. F. SCHLOSS,

SPECIAL INQUIRY OFFICER, COMMERCIAL, LABOUR AND STATISTICAL DEPARTMENT, BOARD OF TRADE.

The object of the present paper is to furnish a brief account of the various proposals for the establishment of some system of pensions to aged persons to be provided, wholly or partially, out of public monies, which, since 1889, when the First Meeting of the International Congress on Workmen's Insurance was held, have been made in the United Kingdom, and have been investigated in official inquiries.

The first of these inquiries was the Royal Commission, appointed in 1893, "to consider whether any alterations in the system of Poor Law Relief are desirable, in the case of persons whose destitution is occasioned by incapacity for work, resulting from old age, or whether assistance could otherwise be afforded in those cases", and which was presided over by Lord Aberdare.

The most important among the various schemes investigated by Lord Aberdare's Commission — were three in number those put forward respectively by Mr. Charles Booth, by Canon Blackley, and by Mr. Chamberlain.

Mr. Booth proposed, that, subject to certain limitations, every person, male or female, on attaining the age of 65 years shoulb de given for the remainder of life a sum of 5 s. weekly

Digitized by Google

out of public funds. The Commission declined to recommend the adoption of Mr. Booth's proposals upon several grounds. In particular, the Commission reported, that "the first objection which presents itself is the enormous cost of the scheme. Mr. Booth himself admits that the immediate cost of the pensions in England and Wales alone would be nearly £ 18,000,000, and if Scotland and Ireland were included would reach £ 24,500,000; while the direct saving as regards poor law expenditure in amounts actually spent on the aged is estimated by him as not more than £ 2,000,000 . . . . And even hough it might by possible so to levy the immense sum, which would have to be raised by taxation under Mr. Booth's scheme, that very little of the charge would fall directly on the working-classes, such an adjustment would in our opinion be far from equitable, and would destroy that principle of indirect contribution which many of its advocates regard as the moral justification of the scheme; and it would, moreover, throw on property and industrial enterprise a burden so excessive that its effect could not fail to be felt most severely by all classes of the community, including the working-classes themselves. Even if the scheme were free from the objections on economic grounds which have been urged against it, we cannot agree that the evils of aged pauperism are so grave, and the prospects of meeting it in other ways so hopeless as to justify the enormous expenditure which it is admitted would be involved, or that, if so vast a sum were at the disposal of the State for public purposes, it could not be more usefully employed."

Canon Blackley's scheme may "be thus shortly stated, that all young persons from 18 to 21 should be required to contribute to a fund, State-collected and State-secured, a sufficient amount to entitle the contributor to a pension at some fixed age, either 65 or 70. The total sum to be paid for a pension of 4 s. at 70 was originally (in 1878) estimated at £ 10, but

Digitized by Google

in view of the fall in the rate of interest, and the larger benefit and earlier age of pension that would now probably be thought desirable, Canon Blackley fully agrees that a higher contribution would be necessary, though he points out that this would be met by the State aid, which he would be willing to accept." These proposals the Commission declined to endorse on the ground that "we recognise that a compulsory universal scheme, if it were practicable, would have great advantages, but we feel that there are insuperable objections to its adoption even in the simplest form now advocated by Canon Blackley". In particular, a scheme of this nature is open to the objection that, while in the case of persons in regular employment, their contributions may be deducted from their wages through the employers, it would be impossible to apply compulsion to persons, who are their own employers, or who are in casual employment, a very large class of the population; the cost of administration would be enormous; and any such scheme "would be in the long run very unpopular with the working-classes, who would resent it as an unreasonable interference with their liberty."

Mr. Chamberlain's scheme contemplated three cases, in which persons desirous of making provision for old age, and voluntarily prepared to do so, could be helped by the proposed State Pension Fund. The main outlines of this scheme are thus described in the Report of the Commission.

"In the first case, the insurance is for an annuity of 5 s. a week from the age of 65, and provides for no collateral advantage or return of subscription in the event of death before that age. In this case, a cash deposit of £ 2 10 s. is required from the insurer at or before the age of 25 years, and after that age an annual cash payment of 10 s. up to the age of 65, when the pension would begin. The State assistance would consist of an entry of a credit of £ 10 in the insurer's pass-book under the same date that his own deposit bore

Digitized by Google

therein. His annual cash payments of 10 s. would be similarly entered as they were made, and also interest at $2^1/_2$ per cent per annum accruing on the total amount of credit and deposits in each year. The credits of £ 10 would be entered in the insurer's book by way of stimulus at the time of the first deposit, but the financial details of the scheme 'would be a question of State book-keeping', though it is suggested that the appropriation of funds by the State to meet its liability should be spread over the whole period of insurance. By payment of higher premiums additional pension can be secured, but without further State contribution.

"In the second case the payments would be larger, the deposit being £ 5, the annual payment £ 1, and the State aid the equivalent of £ 15 deposited at or before 25. In this case there would be other benefits in addition to the pension of 5 s a week at 65, which are fully shown in the evidence, the chief being a provision for widows and children in the event of death after the third payment and before the age of 65. Lower rates and pensions are proposed for females, but they do not provide for any benefit in case of the death of the insurer before 65.

"As regards Cases I and II, Mr. Chamberlain at first proposed that 'the whole matter should be administered by the 'State and through the Post Office', but afterwards suggested that it might advantageously be conducted by local authorities rather than by the State.

"The third case, Mr. Chamberlain tells us, 'has been de-'vised in order to ensure the co-operation of the friendly societies', and is that from which, if such co-operation is obtained, he anticipates by far the largest result. The provision is 'that any person after depositing 30 s. if male, 25 s. if female, 'into the Post Office, and insuring in any society for £ 6.10 s. 'or £ 3.18 s. respectively, shall have their pension doubled by 'the State at the age of 65'.

Digitized by Google

"In all three cases a deposit is required with the view of encouraging the continuance of the insurer's payments, failure in which has been seen to be so frequent in friendly societies.

"The proposals in Cases I and II are presented in their simplest form, but Mr. Chamberlain has pointed out that several supplementary provisions would be desirable. 'There would 'also have to be a provision', he says, 'that the contributions 'might be made at the convenience of the insurer, either by 'one lump sum or by various lump sums in the course of 'life'. It is also suggested 'that in the case of arrears the 'contributor should be charged interest at the rate of 5 per 'cent. for a period of two years, during which he might have 'an opportunity of making up his arrears. But if he does not 'make up his arrears, then, if he dies before 65, his widow 'is to have 5 s. for 26 weeks, and any balance of his own 'subscriptions in cash without interest'; and if he lives to 65 his payments would be returned without interest. Again, it is proposed that the ages both of deposit and pension should be variable, the former extending say from 5 to 60, and the latter from 45 to 80; 'the earlier the payment made, the larger 'would be the pension; and the earlier the pension would be 'received the smaller would be the pension'.

"Mr. Chamberlain calculates the rate of interest which would be allowed to the insurer as $2^1/_2$ per cent., and he allows $^1/_4$ per cent. as margin for the cost of administration, the total of $2^3/_4$ per cent. being, he points out, the present rate of interest on Consols[1]). He tells us that the scheme as originally proposed has been actuarially examined, though since the calculations were made the Committee somewhat increased the benefits to be allowed, and a much more searching actuarial calculation would admittedly be necessary before any legislation

[1]) Subsequently reduced to $2^1/_2$ per cent.

Digitized by Google

could be introduced. The main actuarial difficulty is, of course, in connexion with Case II, under which, as Mr. Chamberlain has pointed out, a man may sometimes 'obtain value from 'the State amounting to more than one hundred pounds in 'return for a contribution of only a few pounds', and the administration in this case would, as he says, be more costly, as not only the man but his widow and children would have to be followed."

The report enumerates a large number of objections, which had been taken to Mr. Chamberlain's scheme, of which "the first is that those, who would avail themselves of the advantages of the scheme, would be limited in numbers, and would be mainly confined to the higher strata of the working classes; and that thus but little benefit would result to persons of the class likely to become destitute in their old age". The Commission stated, that "there is much force in the view that the payments under a State-aided scheme should be so arranged as to be practically within the reach of all classes; but some of the proposals made as necessary to secure this object involve provisions so elastic that we fear they would make the scheme impracticable".

"Secondly, there is the difficulty that . . . . the scheme in the absence of temporary provisions would have no direct effect as regards the aged, until 40 years after its introduction, when the pensions would begin to be payable", while any such provision "would certainly be very expensive if its benefits were made universally applicable in accordance with the general spirit of the scheme".

With respect to the financial aspect of the scheme generally, the Commission stated, that "we are of opinion that, before the adoption of the scheme could have any material effect on the destitution of the aged, a continuous charge, higher than the £ 2,000,000 a year suggested by Mr. Chamberlain, would have to be borne for 40 years, if the State aid for each contract

Digitized by Google

were set apart at the time of the first deposit, while, if it were not so set apart, an enormous and progressive liability would threaten the taxpayers of the future"; further, the accumulation by the State of trust funds, which would have to be kept invested for long periods to yield a fixed rate of interest, on a very large scale, "would be a grave national danger". On the whole question the Commission observe, that "we have arrived at the general conclusion that from the point of view of our inquiry, the ultimate effect which the scheme might have on the destitution of the aged would not be such as to justify the immediate or prospective expenditure which would be involved".

So far as concerns that part of Mr. Chamberlain's scheme, which provides for additions by the State to old-age pensions given by friendly societies, the Commission point out, that any provisions of this nature would lead the insurer to insist that the State was responsible for securing the fulfilment of all the obligations undertaken by a society which he had joined in the hope of State aid, while "if, on the other hand, the State were in any way to guarantee the old-age funds of any friendly society, we are of opinion that . . . . a grave liability would be incurred as to the absolute actuarial soundness of the society", and that a degree of State interference would be involved, which would be resented by the members of these organisations.

In conclusion the Commission state that they feel that the various difficulties which present themselves in connection with Mr. Chamberlain's scheme "are such as to preclude us from recommending its introduction".

In relation to the whole of the schemes for State assistance to the aged, which were submitted to them, the Commission state that they regret that, in view of the financial and economic difficulties involved, they have been unable to recommend the adoption of any of these proposals.

Digitized by Google

Lord Aberdare's Commission was followed in 1896 by that of which Lord Rothschild was Chairman, which was appointed by the Treasury with the following reference:

> "To consider any schemes that may be submitted to them for encouraging the industrial population, by State aid or otherwise, to make provision for old age: and to report whether they can recommend the adoption of any proposals of the kind, either based upon, or independent of such schemes, with special regard in the case of any proposals of which they may approve, to their cost and probable financial results to the Exchequer and to local rates; their effect in promoting habits of thrift and self-reliance; their influence on the prosperity of the Friendly Societies; and the possibility of securing the co-operation of these institutions in their practical working."

This Committee had to consider more than a hundred schemes. Since, however, it appeared to them, that their terms of reference precluded them from recommending any scheme: 1. based on compulsion, as contrasted with encouragement; 2. confined to members of friendly societies or other cognate organisations as distinguished from the industrial population generally; 3. requiring no provision by the pensioners, they excluded certain classes of schemes, and confined themselves mainly to dealing with schemes providing special facilities and encouragement to voluntary insurance against old age, with material assistance from the State; but they also made some special inquiry into some schemes providing State aid towards old-age pensions for members of friendly societies only.

With respect to Mr. Chamberlain's scheme, the Committee stated, that "it seems to us to be improbable, that public opinion would accept a scheme, which confers no benefit on the present generation, and only comes into effective operation ta a date so distant as to make it impossible to forecast the

Digitized by Google

condition or needs of the classes who would then be affected by it. It would, moreover, in our opinion be difficult to overestimate the objections to the creation and direct control by the State of so enormous a fund as would be required to meet the future liabilities of such a pension scheme, and to the establishment of relations between the State and the societies, increasing the labour and the responsibility of the one, and fatal to the independence of the other".

In relation generally to the whole of the proposals submitted to them, the Committee reported that "after a careful examination of all the schemes which seemed worthy of attention we were very reluctantly forced to the conclusion, that there was not one of them, whatever its particular merits which would not ultimately injure rather than serve the best interests of the industrial population".

The Committee proceeded to consider, with a view to making it their own, if possible, a scheme originally suggested by one of their members, and subsequently developed and modified in discussion. This scheme ultimately took the following shape:

"1. Any person, who, on attaining the age of 65, possesses an assured income of not less than 2 s. 6 d., and not more than 5 s. a week, may apply to the pensioning authority for a pension.

2. It shall be the duty of the pensioning authority, unless it has reason to believe that the assured income of the applicant is either less than the smaller or more than the larger of these sums, to grant the applicant a pension if eligible.

3. A person shall not be eligible for a pension who requires, in the opinion of the pensioning authority, from his physical or mental infirmity, relief in an asylum, infirmary, or as inmate of a workhouse.

Digitized by Google

4. A person to whom a pension may be granted shall receive the following sums from the pensioning authority:

If his income be 2 s. 6 d., and less than 3 s., an additional 2 s. 6 d. a week.

If his income be 3 s., and less than 4 s., an additional 2 s. a week.

If his income be 4 s., and less than 5 s., an additional 1 s. a week.

5. 'Assured income' means an income derived from one of the following securities:

a) Real estate.

b) Leasehold property, the unexpired term of the lease being not less than 30 years.

c) Any security in which trustees are authorised to invest either by statute, or by an order of the Court of Chancery.

d) Any annuity purchased from the National Debt Commissioners, or through the Post Office, or from a registered friendly society, or from an insurance office.

e) Or any other security from time to time approved by the Treasury.

No allowance of out-door relief from the rates shall be 'assured income'.

6. Subject to the observation in paragraph 37,[1]) the Poor Law guardians of the district in which the pensioner resides shall be the pensioning authority.

7. The pensions shall be payable from the local rates, and a proportion of not more than one-half of the cost shall be made good by the State.

8. The receipt of a State-aided old-age pension shall not involve the forfeiture of any civil rights."

---

[1]) This paragraph refers to differences of opinion between the members of the Commission on this point.

Digitized by Google

The Committee stated, that the scheme just set forth, while it possessed certain advantages, was open to several objections, and that its administration would be beset with serious difficulties, which are explained in detail in their Report.

As to the cost of this scheme, the Committee reported, that it was difficult to estimate this amount. Making certain assumptions explained in the Report, they estimated, that "the cost of the pensions would amount to about £ 2,300,000 a year, apart from the very heavy expenses attending their distribution. Whatever might be the cost of the scheme, at the beginning, however, it would tend to increase through the additions which have been periodically made to the population during the past 65 years. The additional survivors from this growing population between 1838 and 1898, will necessarily produce a steadily increasing number of persons who will be more than 65 years of age, who again would be subsequently added to from probable further increases of population. On the other hand, should the population cease to grow, the cost of the pension scheme would press with greater relative severity on the comparatively smaller proportion of remaining taxpayers."

With respect to the effect of this scheme in promoting habits of thrift and self-reliance, the Committee considered that since the motive for thrift would diminish after a man had saved enough to produce 2 s. 6 d. per week, "the scheme would seem to encourage thrift up to a certain point, and after that to discourage it".

The Committee stated, that within the limits marked out by their reference they had not received and were unable to construct any scheme less open to objection than that just described, but that they did not hide from themselves the objections to it, which their investigation had established.

In 1899 a Select Committee of the House of Commons was appointed to "consider and report upon the best means of improving the condition of the Aged Deserving Poor, and

Digitized by Google

for providing for those of them who are helpless and infirm; and to inquire whether any of the Bills dealing with Old Age Pensions, and submitted to Parliament during the present Session, can with advantage be adopted, either with or without amendment". This Committee, of which Mr. Chaplin was Chairman, investigated and discussed the provisions of the seven different Bills, which were referred to it, and subsequently agreed, that instead of adopting, either with or without amendments, any one of these measures, it was desirable to formulate for themselves the general principles upon which any measure dealing with the question might be framed[1]).

The Committee decided, that "the general lines, upon which a scheme for Old Age Pensions might best be framed, should include the following conditions:

"Any person who satisfies the Pension authority that he

1. Is a British subject;
2. Is sixty-five years of age;
3. Has not within the last twenty years been convicted of an offence and sentenced to penal servitude or imprisonment without the option of a fine;
4. Has not received poor relief other than medical relief, unless under circumstances of a wholly exceptional character, during twenty years prior to the application for a pension;
5. Is resident within the district of the Pension authority;
6. Has not an income from any source of more than ten shillings a week; and

[1]) The Committee also made certain recommendations with respect to the amendments in the Poor Law, without which, in their opinion, any scheme for Old Age Pensions would be incomplete, and would still leave many of the old, deserving poor without improvement in their lot. On this point the Committee generally indorsed the recommendations, which had been made by the Select Committee of the House of Commons, to which in 1899 the Cottage Homes Bill had been referred, including "the provision of separate cottages in connection with the workhouse", which "would be available for old and deserving couples who are infirm".

Digitized by Google

7. Has endeavoured to the best of his ability, by his industry or by the exercise of reasonable providence, to make provision for himself and those immediately dependent on him;

shall receive a certificate to that effect and be entitled to a pension.

"With reference to the exercise of reasonable providence, we think that the authority should be bound to take into consideration whether, and how far, it has been shown, either by membership of a benefit society for a period of years, or by the endeavour of the applicant to make some provision for his own support by means of savings, or investments, or some other definite mode of thrift.

"The expression 'person' means either man or woman".

The Committee further recommended as follows:[1])

"1. That a Pension authority should be established in each Union of the country, to receive and to determine applications for pensions.

2. That the authority for this purpose should be a Committee of not less than six or more than twelve members appointed by the guardians from their own number in the first instance.

3. That the Committee, when so appointed, should be independent of the Board of Guardians, and that other members should be added to it, subject to Regulations to be made by the Local Government Board, and that it is desirable that other public bodies within the area should be represented on the Committee, and that a majority of the Committee shall be members of the Board of Guardians.

4. That the cost of the pensions should be borne by the Common Fund of the Union, and that a contribution from Imperial sources should be made to that fund in

[1]) These recommendations relate to England & Wales, and are subject to such modifications as to machinery for administration of the Pension Seachem s might be necessary or desirable in case of Ireland or Scotland.

Digitized by Google

aid of the general cost of the Poor Law administration, such contribution to be allocated not in proportion to the amount distributed in each Union in respect of pensions, but on the basis of population, not to exceed one-half of the estimated cost of the pensions.

5. That the amount of the pensions in each district should be fixed at not less than 5 s. or more than 7 s. a week, at the discretion of the Committee, according to the cost of living in the locality, and that it should be paid through the medium of the Post Office.
6. That the pension should be awarded for a period of not less than three years, to be renewed at the end of that period, but subject to withdrawal at any time by the Pension authority, if in their opinion the circumstances should demand it.

"In order to facilitate the inquiries of the Pension authority, and to prevent as far as possible attempts at fraudulent misrepresentation, we think that applications for a pension should be made on a prescribed form, and should be signed before a justice of the peace on oath, without fee".

With respect to the number of applicants, who would be eligible for Pensions, and the cost that the Pensions would entail (matters not directly included in the reference to this Committee), the Committee were of opinion "that this branch of the subject should be further investigated . . . by competent experts on the basis of the proposal that we recommend"; and this investigation was, later in 1899, undertaken by a Departmental Committee appointed by the Local Government Board under the Chairmanship of Sir E. Hamilton, "to obtain information bearing upon certain questions raised in connection with the Report" of Mr. Chaplin's Committee.

Sir E. Hamilton's Committee in their Report observed, that Mr. Chaplin's Committee had formulated a scheme for the award of pensions to poor persons, who, being able to fulfil

Digitized by Google

certain conditions, had reached the age of 65; and the main object of the inquiry entrusted to them was to arrive at some estimate of the cost which such a scheme, if put into operation, would involve; but they understood, that they were desired also to estimate the cost of the scheme on the supposition that the pensionable age were fixed at 70 or 75.

The Report of this Departmental Committee estimated the number of pensionable persons in the United Kingdom and the total approximate cost of the Pension Scheme (including administrative expenses), first in 1901 and then in 1911 and 1921, on the three separate assumptions that the pensionable age was to be fixed at 65, at 70, and at 75 respectively, as under:

	1901	1911	1921
Pensionable Age fixed at 65.			
Number of Pensionable Persons	655,000	844,000	1,071,000
Total Cost . .	£10,300,000	£12,650,000	£15,650,000
Pensionable Age fixed at 70.			
Number of Pensionable Persons	376,000	501,000	661,000
Total Cost .	£ 5,950,000	£ 7,450,000	£ 9,550,000
Pensionable Age fixed at 75.			
Number of Pensionable Persons	185,000	248,000	342,000
Total Cost . .	£ 2,950,000	£ 3,700,000	£ 4,950,000

The next in date of the official inquiries into proposals for the provision of Old-age Pensions is that made by the Select Committee of the House of Commons, to which, in 1903, the Aged Pensioners Bill, 1903, was referred, and which was

Digitized by Google

under the chairmanship of Mr. Grant Lawson. This Committee also had before them, as documents to be considered, the Bills on this subject and the subject of Cottage Homes, introduced in Parliament since the Report of Mr. Chaplin's Commission.

The Aged Pensioners Bill referred to Mr. Grant Lawson's Committee followed the general lines of the scheme proposed by Mr. Chaplin's Committee, but contained certain modifications of those proposals. Thus in this Bill the amount of weekly income, the possession of which disqualifies for a pension, was fixed in the case of a single person at more than 10 s., but in that of a married couple at 15 s. together, and it was provided that "the Treasury, on the certificate of the Local Government Board, shall pay to the guardians of every poor law union out of moneys to be voted by Parliament. a sum at the rate o £ 6 per annum for every aged pensioner within such poor law union".

Mr. Grant Lawson's Committee reported this Bill without amendment to the House, but also presented a Special Report, in which they offered certain observations on the main features of the Bill. The Committee recommended that the disqualification arising from the receipt of poor law relief should be so defined as not to exclude from pensions aged persons in receipt of such relief at the passing of the Act, but who had not received such relief for 20 years before they reached the qualifying age; that the "circumstances of a wholly exceptional character", under which poor relief may be given without invalidating a subsequent claim to a pension, should be inserted in the Bill, that "the transfer of property and collusive arrangements as to wages for the purpose of reducing the income of the applicant to a weekly sum below that which will disqualify for a pension should be guarded against"; and that "provision should be made against the transfer of the maintenance of aged parents from well-to-do children to the State, which is stated to have in some instances occured in New Zealand and Victoria".

Digitized by Google

This Committee also proposed that every person qualified to receive a pension should, whether a pension is granted or not, be entitled "to certain privileges, e. g., the retention of his civil rights even if he should receive poor law relief, and the right to outdoor relief should he or she be compelled by destitution to apply for assistance to the guardians while in such a state of health as not to require admission into the workhouse infirmary".

With respect to the constitution of the authority, upon whom should be imposed the duty of deciding the question, who shall, and who shall not receive pensions, the Committee observe as follows:

> "It does not appear to your Committee, that it would be fair or reasonable to leave to an elected body the duty of deciding upon the merits of large numbers of its constituents. In the Colonies in which State Old Age Pensions are given, the duty of deciding whether an applicant fulfils the conditions necessary to entitle him to a pension is imposed upon Stipendiary Magistrates or Commissioners appointed by the State. Your Committee consider that any scheme adopted by Parliament should provide that the qualification of any person to receive a pension should be placed in the hands of Special Commissioners for suitable areas. If the money required for a Pension scheme is to come out of general taxation, an additional reason exists for declining to commit the management to a local authority. The temptation to relieve the rates by the grant of pensions instead of poor law relief might lead to grave abuses. To utilise the experience of poor law guardians in allocating pensions is one thing. It is a very different thing to leave the whole management in their hands. The Commissioners should consider any representations made on behalf of the Treasury or the local authorities".

Digitized by Google

The Committee stated, that if Parliament should decide to devote to the provision of Old Age Pensions the very large sum which would be required to carry out the provisions of the Bill in its entirety, the Bill, if modified as suggested by them, appeared to the Committee to afford a satisfactory basis for the distribution of that sum. The Committee also expressed "their opinion, that the provision of Old Age Pensions for the deserving poor is a matter which might well be proceeded with step by step. If it is not considered possible to provide by taxation the full sum, which would be required each year in increasing amounts for the scheme of pensions contemplated by the Bill referred to your Committee, the provision of a considerably smaller sum would, in the opinion of your Committee, meet many of the most necessitous cases. This result might be obtained either by raising the age, at which a pension might be claimed, or by reducing the amount of weekly income, the possession of which disqualifies for a pension."

The Committee also pointed out, that "there is some danger, that those, who are in a position to save money, may be discouraged from saving by the reflection that the more they have, the less they will receive in the form of a pension. It may be advisable to intrust those, who have the distribution of pensions, with a discretion as to amount, so that the pension awarded may not be so reduced as to deprive applicants of the fruits of their own thrift. In no case, however, ought any pension to be granted where it is not really needed."

Subsequent to the date (July, 1903) of the Report of Mr. Grant Lawson's Committee a number of Bills dealing with the subject of Old Age Pensions have been introduced in Parliament, no one of which, however, has as yet been passed by the Legislature. In the present Session two such Bills have been introduced, the Aged Pensioners Bill and the Old Age

Digitized by Google

Pensions Bill. The first of these Bills bears a close resemblance to the Aged Pensioners Bill of 1903 referred to above, but contains certain modifications. Thus, the receipt of poor law relief is to disqualify, only if it took place within 20 years prior to the applicant's attaining the age of 65 (not, as in the earlier Bill, prior to his application for a pension). With respect to the constitution of the authority, which is to decide upon the qualifications of applicants for pensions (5 s. to 7 s. per week from the age of 65), it is now proposed, that one-half of the pensions Committee shall be appointed by the Treasury and shall have the same qualifications as persons selected to serve as Income Tax Commissioners, while the other half shall be appointed by the Board of Guardians of the poor law union concerned, two-thirds of the persons so appointed being members of the Board, but any number not exceeding one-third may be persons selected on account of their special fitness for the work. The total number of the pensions Committee is to be fixed by the Local Government Board. The Bill makes it an offence punishable by imprisonment with or without hard labour for a term not exceeding 6 months to obtain or attempt to obtain a pension by collusive arrangement with any other person for the purpose of shewing a fictitious reduction of income. The Aged Pensioners Bill of 1905 proposes that the amount of the Treasury contribution shall be at the rate of £ 7 per annum per pensioner, and provides that a board of guardians shall be entitled to recover from relatives of any pensioner the same sum by way of contribution towards a pension as would be recoverable from such relatives for the maintenance of such person if he or she were in receipt of poor law relief. This Bill (like its predecessor) does not extend to Scotland.

The second of the Bills introduced in the present Session (the Old Age Pensions Bill) proposes, that every British subject of the age of 65 years or upwards, having resided in the United Kingdom for at least 20 years, and not having, within 5 year

Digitized by Google

of claiming a pension, been guilty of crime (other than a politica offence) for which he has been sentenced to penal servitude or any term of imprisonment exceeding 12 months with hard labour, shall be entitled to a pension £ 13 a year, to be paid at a post office in instalments of 5 s. each week. All pension claims have to be examined by the Registrar of births, marriagesl and deaths of the district, in which the person claiming resides. That official is to report on the claim to the Superintendent Registrar, who shall hold an inquiry in order to decide, whether the claim is established or not. Either the claimant, or the County Council concerned, or the Treasury may appeal to the County Court Judge of the district, whose decision will be final.

The Bill provides, that a pension shall be suspended, while the pensioner is maintained (in an asylum, workhouse, etc.) at the public expense, and may if a pensioner is convicted of drunkenness or of any offence punishable by imprisonment of not less than one month with hard labour, be suspended for any period not exceeding 2 months, or may be ordered during such period to be paid to or applied on behalf of his dependants, and shall be forfeited if the pensioner is guilty of any crime of the nature above specified. The pensions provided under this Bill are to "be paid as regards two-thirds of the total amount thereof in any year out of the Consolidated Fund of the United Kingdom, and as regards one-third thereof out of the Exchequer Contribution Account of each County, which account shall be from time to time supplemented as may be necessary from the Local Taxation Fund." [1])

---

[1]) A Bill introduced in the present Session (the Cottage Homes Bill) proposes to empower guardians of the poor, assisted by contributions from the County Council, to provide and maintain cottage homes "for the use of the necessitous deserving aged poor", and provides, that "no person admitted to a home shall be considered a pauper or be subject to any such disabilities as persons in receipt of parochial relief".

Digitized by Google

INTERNAT. ARBEITERVERSICHERUNGS-KONGRESS
7. Tagung. — Wien. — 17. bis 23. September 1905.

DIE GESCHICHTE
DER
ARBEITERVERSICHERUNG IN DER SCHWEIZ
SEIT DEM JAHRE 1889

VON
EDMUND VON STEIGER
NATIONALRAT.

Zum Verständnis dessen, was seit dem Jahre 1889 auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung geschaffen und geplant worden ist, scheint es uns erforderlich, zunächst eine Darstellung desjenigen zu geben, was die Gesetzgebung hinsichtlich des Schutzes des Arbeiters gegen die Folgen von Krankheit und Unfall in jenem Zeitpunkte bereits geboten hat, indem hierin die geschichtliche Grundlage zu denjenigen Maßnahmen, welche seither getroffen wurden, erblickt werden muß.

I. Stand der Arbeiterversicherung im Jahre 1889.

Für den Schutz der Lohnarbeiter gegen die Folgen der Krankheit hat der Staat zu jener Zeit sich noch in keiner Weise betätigt. Die Krankenversicherung war vielmehr vollständig der Freiwilligkeit, sei es der freien Kassen, sei es der Unternehmungen, wie Eisenbahn- und größere Fabrikbetriebe, welche für ihre Arbeiter Krankenkassen einrichteten, überlassen. Die Zahl der in solcher Weise für Krankheit Versicherten mag zirka 200.000 betragen haben.

Anders hinsichtlich der Folgen des Unfalls. Eine gesetzlich geregelte Versicherung im strengen Sinne des Wortes gab es zwar ebenfalls nicht. Wenn man aber diesen Begriff weiter fassen will, als gesetzliche Zusicherung einer Entschädigung

Digitized by Google

an den von Unfall betroffenen Arbeiter, auszurichten durch den Unternehmer, dann finden wir zu Ende der Achtzigerjahre in der schweizerischen Haftpflichtgesetzgebung den Zweck einer Unfallversicherung in anderer Form wenigstens für einen großen Teil der Betriebe erreicht.

Es fallen hier folgende drei Gesetze in Betracht:

1. Das Bundesgesetz betreffend die Haftpflicht der Eisenbahn- und Dampfschiff-Unternehmungen bei Tötungen und Verletzungen vom 1. Juli 1875.

Die wesentlichen Grundsätze dieses Gesetzes sind:

a) Haftpflicht beim Bau für Tötung oder Verletzung eines Menschen überhaupt im Falle der Verschuldung der Unternehmung, wofür der Beweis durch den Kläger zu erbringen ist.

b) Haftpflicht beim Betriebe, sofern die Transportanstalt nicht beweist, daß höhere Gewalt oder Versehen und Vergehen Reisender oder dritter nicht von der Unternehmung angestellter Personen ohne Mitverschulden der Anstalt oder Schuld des Getöteten oder Verletzten, den Unfall verschuldet habe.

c) Beim Bau und Betrieb haftet bei Unfällen die Unternehmung für die Handlungen von Angestellten und anderer von ihr verwendeter Personen, mit Rückgriffsrecht im Falle der Verschuldung derselben, wofür die Unternehmung den Beweis zu erbringen hat.

d) Verneint wird die Haftpflicht gegenüber Personen, welche durch verbrecherische oder unredliche Handlung oder durch wissentliche Übertretung polizeilicher Vorschriften sich mit der Transportanstalt in Berührung gebracht haben.

e) Der Ersatz für Heilungskosten und eventuell für erlittenen Vermögensnachteil ist durch das Gericht zu bestimmen, ohne daß dieses an eine Maximalgrenze gebunden wäre.

Digitized by Google

2. Das Bundesgesetz betreffend die Haftpflicht aus Fabrikbetrieb vom 25. Juni 1881.

a) Gegenstand der Haftpflicht sind Verletzungen oder Tod eines Arbeiters in den Räumlichkeiten und durch den Betrieb der Fabrik, sofern der Betriebsunternehmer nicht höhere Gewalt oder ein Vergehen Dritter nicht zur Unternehmung gehörender Personen oder eigenes Verschulden beweisen kann, mit Rückgriffsrecht auf diejenigen Personen, für deren Verschulden der Unternehmer haftbar ist; ferner Erkrankungen in solchen Industrien, welche gefährliche Krankheiten erzeugen, wenn die Erkrankung erwiesenermaßen und ausschließlich durch den Betrieb der Fabrik erfolgt ist. Eine billige Reduktion der Haftpflicht findet statt bei Zufall, teilweiser Schuld des Geschädigten und wenn frühere Verletzungen auf die letzte und deren Folgen Einfluß haben.

b) Die Entschädigung umfaßt:

Im Todesfalle: Die Kosten der versuchten Heilung; den Schaden gänzlicher oder teilweiser Erwerbsunfähigkeit des Verletzten während der Krankheit; die Beerdigungskosten; den Schaden der Hinterlassenen, zu deren Unterhalt der Getötete oder Verstorbene verpflichtet war.

Bei Verletzung oder Erkrankung: die Heilungs- und Verpflegungskosten, den Schaden infolge gänzlicher oder teilweiser, dauernder oder vorübergehender Erwerbsunfähigkeit.

c) Das Maximum der durch den Richter festzusetzenden Entschädigung beträgt, von den Kosten für ärztliche Behandlung, Verpflegung und Beerdigungskosten abgesehen, den sechsfachen Jahresverdienst, jedoch höchstens Franks 6000.—. Die Entschädnisforderungen sind unübertragbar; diese und Entschädigungsgelder von Pfändung, Arrestnahme und von der Konkursnahme des Berechtigten ausgenommen.

Digitized by Google

d) Leistungen einer Unfallversicherung, Kranken- oder Unterstützungskasse sind von der Entschädigung ganz in Abzug zu bringen, wenn der Betriebsunternehmer mindestens die Hälfte an die bezahlten Prämien und Beiträge geleistet hat, im anderen Falle nur mit einer Summe, welche im Verhältnis zu den vom Unternehmer geleisteten Beiträgen steht.

3. Das Bundesgesetz betreffend die Ausdehnung der Haftpflicht und die Ergänzung des Bundesgesetzes vom 25. Juni 1881, erlassen am 26. April 1887.

Durch dieses Gesetz wird die Haftpflicht ausgedehnt

a) auf eine Anzahl nicht unter dem Fabrikgesetz stehende Gewerbe, nämlich alle, in welchen explodierbare Stoffe gewerbsmäßig erzeugt oder verwendet werden; ferner, unter der Voraussetzung der Beschäftigung von durchschnittlich mehr als fünf Arbeitern, das Baugewerbe und die damit in Verbindung stehenden Verrichtungen, die Fuhrhalterei, den Schiffsverkehr, die Flößerei, die Aufstellung und Reparatur von Telephon- und Telegraphenleitungen, die Aufstellung und den Abbruch von Maschinen, Installationen technischer Natur, den Eisenbahn-, Tunnel-, Straßen-, Brücken-, Wasser- und Brunnenbau, die Erstellung von Leitungen, sowie die Ausbeutung von Bergwerken, Steinbrüchen und Gruben;

b) auf die mit dem Fabrik- oder Eisenbahnbetrieb im Zusammenhange stehenden Dienstverrichtungen und Hilfsarbeiten, auch wenn jene nicht in geschlossenen Räumen der Fabrik vorgenommen werden.

Fassen wir die Wirkungen dieser Haftpflichtgesetzgebung ins Auge, so waren diese unstreitig für eine große Zahl von Lohnarbeitern wohltätige. Durch das Haftpflichtgesetz vom 1. Juli 1875 waren nämlich auf Ende des Jahres 1889 rund

Digitized by Google

16.300 Angestellte und Arbeiter der Bahn- und Dampfschiffunternehmungen geschützt; auf Ende 1891 rund 20.000, und es wurden in diesem Jahre für 15 getötete und 455 verletzte Personen Francs 145.853.— als Entschädigung ausgerichtet. Zurzeit dürfte die Zahl der durch das Gesetz vom 28. März 1905 (siehe weiter unten) geschützten Angestellten und Arbeiter rund 43.500 betragen. Die Zahl der nach Ziffer 2 und 3 der obgenannten Gesetze entschädigten Unfälle betrug im Jahre 1889

in Fabriken:	Arbeiterzahl 161.774,	Unfälle 5059
in anderen haftpflichtigen Betrieben:	„	3817
	total .	8876

mit einer Entschädigungssumme von Francs 1,286.907.

Immerhin hatte die Haftpflichtgesetzgebung auch entschiedene Nachteile zur Folge, und es zeitigte die Erfahrung mehr und mehr unverkennbare Übelstände. Es sind dies im wesentlichen folgende:

1. Die Haftpflicht ist für viele Arbeitgeber zu schwer.

Dieses gilt namentlich für solche der erweiterten Haftpflicht unterstellte Unternehmer, welche, obgleich mehr als fünf Arbeiter beschäftigend, doch zu den kleinen und nicht kapitalskräftigen gezählt werden müssen und entweder durch hohe Prämien der privaten Versicherungsgesellschaften empfindlich belastet sind oder, wenn nicht versichert, durch schwere Unfälle in ihrer Existenz erschüttert, oft geradezu ruiniert werden können.

2. Die Haftpflicht ist für viele Arbeiter unwirksam.

Unter gleicher Gefahr arbeitet der eine bei einem haftpflichtigen, der andere zufällig bei einem nicht haftpflichtigen Arbeitgeber; jener ist demnach gegen die Folgen des Unfalles geschützt, dieser nicht.

3. Die Haftpflicht schafft einen Kriegszustand zwischen Arbeitgeber und Arbeiter, da diese sich als Parteien gegenüberstehen, ruft zu zahlreichen und langwierigen Prozessen, fördert auch die Simulation und demoralisiert auf diese Weise den Arbeiter.

Digitized by Google

4. Durch die Haftpflichtgesetzgebung ist für die Folgen der Krankheit in keiner Weise gesorgt, obgleich sie doch die wirtschaftliche Lage des Arbeiters mindestens ebenso sehr bedrohen, wie die Unfallfolgen. Trotz der ziemlich verbreiteten freiwilligen Krankenversicherung bleibt daher die große Mehrzahl der Lohnarbeiter der Verarmung und Not infolge von Krankheit ausgesetzt.

II. Maßnahmen zur Einführung der Arbeiterversicherung seit 1889.

Für die Einführung der Arbeiterversicherung von Staatswegen mußte zunächst der verfassungsrechtliche Boden geschaffen werden.

Mit Botschaft des Bundesrates vom 28. November 1889 wurde den eidgenössischen Räten ein neuer Verfassungsartikel 34 bis aufzustellen beantragt, lautend:

„Der Bund ist befugt, im Wege der Gesetzgebung die obligatorische Unfallversicherung einzurichten".

„Er ist im weiteren befugt, über die Krankenversicherung gesetzliche Bestimmungen zu treffen und für sämtliche Lohnarbeiter den Beitritt zu einem Krankenkassenverband verbindlich zu machen".

Durch Beschluß der eidgenössischen Räte vom 4. bis 13. Juni 1890 erhielt, in etwelcher Abänderung des bundesrätlichen Antrages, der Artikel 34 bis folgende Fassung:

„Der Bund wird auf dem Wege der Gesetzgebung die Kranken- und Unfallversicherung einrichten, unter Berücksichtigung der bestehenden Krankenkassen".

„Er kann den Beitritt allgemein oder für einzelne Bevölkerungsklassen obligatorisch erklären".

Dieser Verfassungsartikel wurde in der Volksabstimmung vom 26. Oktober 1890 mit 283.228 gegen zirka 92.000 Stimmen,

Digitized by Google

also mit 75 Prozent gegen 25 Prozent der Stimmenden, und von 18 ganzen und 5 Halbkantonen gegen 1 1/2 Kantone angenommen. Die Untersuchungen und Vorarbeiten für das zu erlassende Gesetz nahmen mehrere Jahre in Anspruch. Mit Botschaft vom 21. Januar 1896 legte der Bundesrat den eidgenössischen Räten das Bundesgesetz betreffend die Kranken- und Unfallversicherung vor. Nachträglich wurde denselben noch die Militärversicherung beigefügt, welche jedoch für unseren gegenwärtigen Bericht außer Betracht fällt. Die eidgenössischen Räte, Nationalrat und Ständerat, stellten das Gesetz in definitiver Beschlußfassung fest am 2. bis 5. Oktober 1899. Dasselbe wurde jedoch nach heißem Kampfe, auf gestelltes Referendumsbegehren hin, am 20. Mai 1900 mit 342.114 gegen 148.022 Stimmen, also mit 69·8 Prozent gegen 30·2 Prozent der stimmenden Bürger verworfen.

Grundzüge des Bundesgesetzes vom 5. Oktober 1899

(mit Weglassung der Militärversicherung).

1. Umfang der Versicherung.

a) Obligatorische Versicherung für alle unselbständig erwerbenden Personen männlichen oder weiblichen Geschlechtes, welche auf schweizerischem Gebiet in inländischen Betrieben, die Hausindustrie inbegriffen, arbeiten, sowie sämtliche Dienstboten von inländischen Dienstherrschaften, vom zurückgelegten vierzehnten Altersjahre an, sofern nicht die Beschäftigung auf einen Zeitraum von weniger als einer Woche beschränkt ist; ebenso für die Angestellten und Bediensteten der öffentlichen Verwaltungen.

Ausgenommen sind diejenigen Personen, welche einen Jahresgehalt von mehr als fünftausend Franken beziehen, oder deren Anstellung einen vorwiegend öffentlich rechtlichen Charakter besitzt.

Digitized by Google

Eine Ausdehnung des Obligatoriums auf andere Bevölkerungskreise, speziell auf Tagelöhner und Tagelöhnerinnen und andere abwechselnd im Lohne Dritter arbeitende Personen, sowie auf diejenigen selbständig erwerbenden Angehörigen der Hausindustriebetriebe, welche das vierzehnte Altersjahr zurückgelegt haben, bleibt sowohl den Versicherungskreisen als den Kantonen überlassen.

b) Freiwilliger Eintritt in die Versicherung ist gestattet; in der Krankenversicherung jeder nicht versicherungspflichtigen Person vom zurückgelegten 14. bis zum angetretenen 45. Alterjahre, sofern sie gesund ist; außer Vollversicherung ist auch Halbversicherung zuläßig; in der Unfallversicherung jedem Arbeitgeber, so lange er für auf Unfall obligatorisch Versicherte prämienpflichtig und zugleich vollversichertes freiwilliges Mitglied einer öffentlichen oder halbversichertes freiwilliges Mitglied einer eingeschriebenen freien Krankenkasse ist.

Es ist berechnet worden, daß auf Grund dieser Bestimmungen beim Inkrafttreten des Gesetzes mutmaßlich 600.000 obligatorisch Versicherte und 100.000 freiwillig Versicherte der Versicherung für Krankheit und Unfall teihaftig geworden wären, gegen 200.000 schon vorher bei den freien Krankenkassen Versicherte.

2. Organisation der Versicherung.

a) Krankenversicherung.

Es sollten Versicherungskeise von je wenigstens 2000 Einwohnern mit einer Kreiskrankenkasse gebildet werden, bestehend aus den obligatorisch versicherten und freiwillig voll- oder halbversicherten Mitgliedern; Verwaltung entweder getrennt mit zwei Generalversammlungen, je eine der Arbeiter und der Arbeitgeber, und einem von den Mitgliedern (Arbeitern) gewählten Vorstande, in welchem die Arbeitgeber einen Vertreter mit beratender Stimme haben, oder mit beiderseitiger Genehmigung gemeinsame Verwaltung.

Digitized by Google

In gleichen Rechten und Pflichten wie die Kreiskrankenkassen können für Betriebe mit mindestens 100 versicherungspflichtigen Personen Betriebskrankenkassen gebildet werden. Eine solche wird durch den Bundesrat wieder aufgehoben, wenn die Zahl der Mitglieder dauernd unter 100 herabsinkt, oder wenn der Betriebsunternehmer oder die Generalversammlungen der Versicherten es beantragen, oder wenn die Rechte oder Ansprüche der Mitglieder als ernstlich gefährdet erachtet werden.

Die Kreiskrankenkasse und die Betriebskrankenkasse sind die beiden Formen der öffentlichen Krankenkassen.

Neben diesen können auch die freien Kassen unter staatlicher Aufsicht fortbestehen. Diejenigen von ihnen, welche sich stark genug dazu fühlen, können als eingeschriebene Krankenkassen an der obligatorischen Versicherung sich beteiligen, indem sie ihren Mitgliedern entweder die volle Leistung der Kreiskrankenkasse gewähren oder die Krankenpflege und ein tägliches Krankengeld von wenigstens einem Franken.

Die Aufsicht über die Krankenversicherung liegt den Kantonen ob. Hievon ausgenommen und dem eidgenössischen Versicherungsamte unterstellt sind diejenigen Betriebskrankenkassen, welche für einen über mehrere Kantone sich erstreckenden Betrieb oder Betriebsteil errichtet sind.

b) Unfallversicherung.

Für die Besorgung dieses Zweiges der obligatorischen Versicherung war eine einzige zentrale eidgenössische Versicherungsanstalt vorgesehen, geleitet und verwaltet von dem eidgenössischen Versicherungsamte (nicht identisch mit der zurzeit bestehenden mit der Aufsicht über die privaten Versicherungsanstalten betrauten Behörde dieses Namens), mit einer Anzahl — man sah davon zehn bis zwölf vor — von Versicherungsinspektoraten als ausführenden Organen. Man hat sowohl von einer kantonalen Organisation der Unfall-

Digitized by Google

versicherung als von einer solchen nach Berufsverbänden abgesehen, weil bei der Kleinheit unseres Landes beide für eine starke Grundlage dieser Versicherung zu schwach erscheinen.

Hingegen sollten als untere Organe in der Peripherie die öffentlichen und die eingeschriebenen Krankenkassen dienen, indem sie die Unfallkosten während der ersten sechs Wochen auf sich nehmen und weiterhin zur Besorgung der Unfallversicherten auf Rechnung der zentralen Anstalt herbeigezogen werden sollten.

Dieser organische Zusammenhang der Kranken- und Unfallversicherung, worin sich die geplante Organisation wesentlich von derjenigen in den Nachbarländern Deutschland und Österreich unterschied, war unseres Erachtens ein Hauptvorzug des Bundesgesetzes vom 5. Oktober 1899. Einmal wurde auf diese Weise der Versicherte bei Krankheit und Unfall der Aufsicht und Besorgung des gleichen behördlichen Organes unterstellt; sodann wurde auch der Unfallversicherung die Aufstellung eines zahlreichen Beamtenapparates erspart, ihre Verwaltung überhaupt vereinfacht.

3. Leistungen der Versicherung.

a) Krankenversicherung.

Für obligatorische Mitglieder unentgeltliche Arznung bei freier Ärztewahl (nicht Kassenärzte) und vom 4. Tage an ein Krankengeld bis zu 60 Prozent des Tagesverdienstes, als welcher jedoch höchstens Francs 7.50 in Berechnung fallen, in Notfällen ausnahmsweise bis zum vollen Tagesverdienste, beides auf die Dauer eines Jahres; die Bundesversammlung kann das Krankengeld allgemein auf $66^2/_3$ Prozent des Tagesverdienstes erhöhen; Wöchnerinnengeld; Sterbegeld statutarisch festzusetzen von Francs 20—40.

Für halbversicherte freiwillige Mitglieder einer eingeschriebenen Kasse Krankengeld von mindestens Franc 1.—.

Digitized by Google

b) Unfallversicherung.

Dieselben Leistungen wie für obligatorische Mitglieder der Krankenversicherung, sechs Wochen lang von der Krankenkasse zu tragen, nachher von der Unfallversicherungsanstalt.

Für dauernden körperlichen Nachteil eine Invalidenrente im Betrage von 60 Prozent des mutmaßlich entgehenden Jahresverdienstes (300facher Tagesverdienst zurzeit der Verletzung), mit Erhöhung bei gänzlicher Erwerbslosigkeit und Verminderung je nach veränderten Umständen; die Bundesversammlung kann die volle Rente allgemein auf $66^2/_3$ Prozent erhöhen.

Sterbegeld Francs 40. Hinterlassenenrente höchstens 50 Prozent des Jahresverdienstes für Hinterlassene verschiedener Grade zusammen genommen.

4. Aufbringung der Mittel.

a) Krankenversicherung.

α) Bundesbeitrag, betragend mindestens einen Rappen per Tag der Mitgliedschaft für jedes obligatorisch versicherte und für jedes freiwillig versicherte Mitglied schweizerischer Nationalität, — der sogenannte Bundesrappen. Die Bundesversammlung ist befugt, denselben für die Landwirtschaft, das Handwerk und das Kleingewerbe auf 2 Rappen zu erhöhen.

β) Die Vollauflage der Arbeitgeber und Versicherten für jedes obligatorisch oder freiwillig vollversicherte Mitglied statutarisch und jährlich nach dem Umlageverfahren festzusetzen bis auf 4 Prozent des Lohnes, berechnet auf Grund von zehn Lohnklassen mit Francs 1—7.50 Tagesverdienst. Naturalleistungen an in häuslicher Gemeinschaft mit dem Arbeitgeber lebende obligatorische Versicherte können im gegenseitigen Einverständnis ganz oder teilweise in Anrechnung gebracht werden. Der Arbeitgeber kann die Hälfte der Auflage vom Monatslohn des Arbeiters in Abzug bringen.

γ) Die Halbauflage für jedes halbversicherte freiwillige Mitglied, für alle Mitglieder gleich hoch, ist von jeder einzelnen

Digitized by Google

Krankenkasse festzusetzen, darf aber höchstens die auf die unterste Klasse der Vollversicherten entfallende Auflage betragen. Der freiwillig Versicherte hat für die Auflage allein aufzukommen.

Ein Nachlaß der Auflage kann während der Krankheit, je nach dem Grade der Erwerbsunfähigkeit, ganz oder teilweise gewährt werden.

Aus den Einnahme-Überschüssen werden Reserven angelegt. Einzelne Krankenkassen des nämlichen Kantons können Reserveverbände bilden.

Ein nach Erschöpfung der Maximalleistungen sich wiederholt einstellender Ausfall der Jahresrechnung wird aus den Reserven, eventuell durch den Versicherungskreis gedeckt.

b) Unfallversicherung.

α) Bundesbeitrag, bestehend in der Bestreitung der Einrichtungs- und Verwaltungskosten der Anstalt, in der Leistung von Beiträgen zur Förderung der Bestrebungen für erste Hülfe bei Unglücksfällen (Samariterwesen), sowie für Sammlungen und Untersuchungen auf dem Gebiete des Unfallverhütungswesens; Beiträge an die Krankenkassen für ihre Mitwirkung beim Betriebe der Unfallversicherungsanstalt; endlich ein Fünftel der Prämien.

β) Der Arbeitgeber hat vier Fünftel der Gesamtprämie zu bezahlen und ist berechtigt ein Viertel dieses Betrages, gleich einem Fünftel der Gesamtprämie, am Lohne des Versicherten in Abzug zu bringen.

Es wird demnach tatsächlich belastet: der Bund mit einem Fünftel, der Arbeitgeber mit drei Fünftel, der Arbeiter mit einem Fünftel der Gesamtprämie.

Die Prämie wird nach der Höhe der Unfallsgefahr und des Tagesverdienstes abgestuft. Das eidgenössische Versicherungsamt stellt mit Genehmigung des Bundesrates einen Gefahrentarif auf; auf Grund desselben werden jährlich die Versicherten hinsichtlich der Unfallgefahr eingeschätzt.

Digitized by Google

Für die Aufbringung der Mittel zur Bestreitung der Verpflichtungen der Anstalt gilt das Verfahren der Kapitaldeckung.

c) Die Gesamtkosten der obligatorischen Versicherung wurden für den Anfang berechnet:

Für die Krankenversicherung auf jährlich . . .	Fr.	14,540.000
„ „ Unfallversicherung „ „ . . .	„	9,120.000
Total:	Fr.	23,660.000

An diese Summe hatten beizutragen:

Der Bund	Fr.	5,164.000 =	22 Prozent
die Arbeitgeber . .	„	10,872.000 =	46 „
„ Arbeiter . . .	„	7,624.000 =	32 „
			100 Prozent

5. Die Rechtspflege.

a) In der Krankenversicherung soll die Entscheidung von Streitfällen schiedsrichterlich erfolgen; die Organisation der Schiedsgerichte geschieht durch die Kantone; zu gültiger Verhandlung müssen ein einer kantonalen Gerichtsbehörde entnommener Vorsitzender und je ein Vertreter der in öffentlicher Krankenkasse versicherten Arbeiter und der beitragspflichtigen Arbeitgeber amten. Vom Schiedsgericht kann Berufung an das eidgenössische Bundesversicherungsgericht erfolgen.

b) In der Unfallversicherung entscheidet das Bundes-Versicherungsgericht erst- und letztinstanzlich über alle aus dieser Versicherung zwischen einem Versicherten oder einer anderen Person und der Anstalt oder zwischen einem Arbeitgeber und seinem Arbeiter oder zwischen der Anstalt und einer öffentlichen oder eingeschriebenen Krankenkasse entstehenden Streitigkeiten.

c) Das Bundes-Versicherungsgericht ist eine Behörde mit sechsjähriger Amtsdauer, bestehend aus sieben Richtern

Digitized by Google

und fünf Ersatzmännern, durch die Bundesversammlung gewählt. Das Gericht hält, so oft es zur beförderlichen Erledigung der Streitigkeiten nötig ist, Sitzung.

Dieses sind die wesentlichen Grundzüge des Bundesgesetzes betreffend die Kranken- und Unfallversicherung vom 5. Oktober 1899.

III. Ursachen des verwerfenden Volksentscheides vom 20. Mai 1900.

Es wird kaum bestritten werden können, daß mit dem vorstehend dargestellten Gesetz ein großes nationales Werk geschaffen und ein Schritt von bedeutender Tragweite auf dem Wege der sozialen Hilfe getan worden wäre. Mehr als eine halbe Million von Lohnarbeitern wären für Krankheit und Unfall versichert, sie und an die hunderttausend Familien gegen Not und Elend geschützt, die allgemeine Lebenshaltung der unteren Volksklassen wäre gehoben, die Armenpflege der Gemeinden und der Kantone mit der Zeit merklich entlastet worden. Der Bund war bereit, den Arbeitgebern und Arbeitern zu diesem Werke in der Weise materielle Hilfe zuzuwenden, daß er Jahr für Jahr an die sechs bis sieben Millionen Franken aus seinen Mitteln der Arbeiterversicherung zufließen lassen wollte. Die eidgenössischen Räte glaubten redlich und gewissenhaft im Sinne und zum Wohle des Volkes den Verfassungsartikel, welchen dieses im Jahre 1890 mit einer Dreiviertelmehrheit gutgeheißen hatte, ausgeführt zu haben. Und dennoch dieser Widerstand und auf gestelltes Referendumsbegehren hin eine Volksabstimmung, durch welche nahezu mit einer gleichen Mehrheit, wie sie zuvor für den grundlegenden Verfassungsartikel eingetreten war, das Gesetz begraben wurde. Wie erklärt sich diese Erscheinung?

So schwierig es nun in der Regel ist, bei einem verwerfenden Volksentscheide aus den mancherlei durcheinander und wider einander laufenden Motiven der stimmenden Bürger

Digitized by Google

die für das Resultat der Abstimmung ausschlaggebenden Beweggründe herauszufinden, so glauben wir doch mit den folgenden Andeutungen nicht weit fehl zu gehen.

Bedenken wir vorerst, daß ein Steuergesetz beim Volke niemals beliebt ist; und als eine Art von Steuergesetz, durch welches, wenn nicht allen Bürgern, so doch dem größten Teile derselben eine neue Belastung zugemutet wurde, konnte das Versicherungsgesetz dargestellt und aufgefaßt werden. Im besonderen aber ließen sich drei Gruppen von Gegnern unterscheiden, deren vereinigter Macht das Gesetz als nicht gewachsen sich erwies:

1. Ein großer Teil der freien Kassen, namentlich in der romanischen Schweiz, welche für ihren Bestand fürchteten, obgleich man ihnen bei der Beratung des Gesetzes sehr weit entgegen gekommen war und gut arbeitende freie Kassen eher da und dort die öffentlichen hätten schädigen können. Es gibt aber eine große Zahl freier Kassen, welche finanziell auf absolut schwachen Füßen stehen und deshalb eine Bundessubvention allerdings noch so gerne hätten können sehen, die aber sich nicht im Stande fühlten, diejenigen Leistungen zu bieten, an welche der Bundesbeitrag geknüpft war und vermöge deren sie auch erfolgreich mit den öffentlichen Kassen hätten konkurrieren können.

2. Die Landwirtschaft hat ziemlich geschlossen gegen das Gesetz gestimmt, indem sie die Kosten der Versicherung bei dem ohnehin schon harten Kampfe um ihre Existenz nicht ertragen zu können erklärte. Speziell sträubte man sich in diesen Kreisen gegen das Obligatorium der Krankenversicherung, deren Notwendigkeit für die bäuerlichen Verhältnisse man im Hinblicke auf die ohnedies vielfach geübte Fürsorge für Knecht und Magd einerseits nicht anerkannte und andererseits von ihr namentlich eine Förderung der Simulation befürchtete. Einer obligatorischen Unfallversicherung stehen die Landwirte immerhin weniger abgeneigt gegenüber.

Digitized by Google

3. Ein Teil der Arbeiter selbst nahm gegen das Gesetz Stellung, namentlich diejenigen, welche den Schutz der Haftpflicht genießen, welche ihnen bei Unfall bis zur Heilung den Weiterbezug des ganzen Taglohnes (nicht bloß 60%) verschafft. Sie verlangen zudem, daß bei einer obligatorischen Versicherung der Arbeitgeber die ganze Unfallprämie tragen solle, während sie die Krankenversicherung allein zu bestreiten und zu verwalten sich bereit erklären.

So hat das Versicherungsgesetz zu viele Gegner auf einmal auf den Plan gerufen. Wir haben mit demselben, indem wir nicht allein dem Beispiel unserer Nachbarstaaten folgen, sondern es ihnen noch zuvor tun wollten, zuviel auf einmal angestrebt, anstatt schrittweise vorzugehen. Ohne Unterstellung der Landwirtschaft unter das Obligatorium der Krankenversicherung wäre das Gesetz wahrscheinlich durchgedrungen.

Mit der Verwerfung des Gesetzes ist aber das Bedürfnis nach einer staatlichen Ordnung der Arbeiterversicherung selbstverständlich nicht beseitigt worden. Es mußte dieses Ziel nach wie vor im Auge behalten werden.

IV. Gang der Haftpflichtgesetzgebung seit 1890.

Nachdem in den Bemühungen um die Einrichtung einer Arbeiterversicherung infolge der Verwerfung des betreffenden Gesetzes eine längere Pause eingetreten war und es sich als notwendig erwiesen hatte, die Vorarbeiten zu einem zweiten Versuch auf neuen Grundlagen zu betreiben, glaubten die Bundesbehörden eine teilweise Revision und Ergänzung der Haftpflichtgesetzgebung vornehmen zu sollen. Dieses geschah durch das Bundesgesetz betreffend die Haftpflicht der Eisenbahn- und Dampfschiffahrts-Unternehmungen und der Post vom 28. März 1905.

Dieses Gesetz tritt an die Stelle des gleichartigen Bundesgesetzes vom 1. Juli 1875 und bedeutet eine erhebliche Verschärfung der Haftpflicht zu Gunsten des Verletzten. Einmal

Digitized by Google

wird nun auch der Postbetrieb der Haftpflicht unterstellt. Sodann haftet, wie früher schon beim Betriebe, nun auch beim Bau einer Eisenbahn oder bei Hilfsarbeiten die Unternehmung schlechthin für die Tötung oder körperliche Verletzung eines Menschen, ohne daß ihr ein Verschulden nachzuweisen wäre, sofern sie selbst nicht den Beweis erbringt, daß der Unfall durch höhere Gewalt, durch Verschulden dritter nicht zum Personal der Unternehmung gehörender Personen oder durch Verschulden des Getöteten oder Verletzten verursacht ist. Bei teilweiser Verschuldung des Verletzten oder Getöteten kann der Richter die Entschädigung ermäßigen. Bei wissentlicher Übertretung polizeilicher Vorschriften durch den Verletzten oder Getöteten ist die Ersatzpflicht nicht schlechthin ausgeschlossen, sondern es kann nur der Richter dieselbe einschränken oder von derselben ganz entbinden. Andererseits kann der Richter bei vorhandener Verschuldung der Unternehmung, auch abgesehen von dem Ersatz nachweislichen Schadens, dem Verletzten oder dessen Angehörigen eine angemessene Geldsumme zusprechen. Der Rückgriff der Unternehmung auf Personen, die durch ihr Verschulden einen Unfall verursacht haben, bleibt vorbehalten. Bei vorhandener Unfallversicherung kann die Schadenersatzsumme nach Verhältnis der Beitragsleistung der Unternehmung an die Prämie ermäßigt werden, gegenüber Angestellten und Arbeitern aber nur dann, wenn die Versicherung, an welche die Unternehmung beiträgt, alle beim Bau oder Betrieb einer Eisenbahn vorkommenden Unfälle umfaßt.

Reglemente, Bekanntmachungen oder besondere Übereinkommen, welche die Haftbarkeit der Eisenbahnunternehmung zum voraus ausschließen oder einschränken, haben keine rechtliche Wirkung.

Die aus diesem Gesetz gegen die Unternehmung entstehenden Ansprüche der Angestellten und Arbeiter sind unübertragbar.

Digitized by Google

Der Richter urteilt bei allen gestützt auf dieses Gesetz erhobenen Ansprüchen nach freiem Ermessen, ohne an die Beweisangabe der einschlagenden Prozeßgesetze gebunden zu sein.

Das gegenwärtige Gesetz findet entsprechende Anwendung auf den Betrieb der Dampfschiffahrts-Unternehmungen und auf den Postbetrieb.

V. Neue Schritte zum Erlaß einer Gesetzgebung über die Arbeiterversicherung.

1. Kundgebungen aus den beteiligten Kreisen.

Die freien Kassen, welche am 20. Mai 1900 einen starken Anteil an der Schuld der Verwerfung des Versicherungsgesetzes trugen, mußten bald die moralische Verpflichtung empfinden, Vorschläge zu einer anderen Lösung der Frage zu machen; auch stehen dieselben, wie schon erwähnt, im allgemeinen nicht in so günstigen Verhältnissen, daß ihnen eine gesetzliche Regelung derselben, und namentlich eine finanzielle Unterstützung seitens des Bundes nicht erwünscht sein müßte. Auf der anderen Seite empfindet der Handwerker- und Gewerbestand je länger, je stärker die Härte und vielfache Unbilligkeit der Haftpflichtgesetze. Hieraus erklärt sich das Auftreten zweier Hauptströmungen im Volke hinsichtlich der Wege, die eingeschlagen werden sollen:

a) Man verlangt Subventionierung der Krankenversicherung und der Krankenpflege, und zwar zunächst oder überhaupt ohne Unfallversicherung; die Subvention soll entweder unter durch das Gesetz festzustellenden Bedingungen an die freien Krankenkassen, oder aber an die Kantone zum Zwecke der Einführung der allgemeinen freien Arznung verabfolgt werden. Letztere Zweckbestimmung wird hauptsächlich vom Schweizerischen Arbeiterbund postuliert; es müßte aber hiefür erst ein neuer Verfassungsartikel geschaffen werden.

Digitized by Google

b) Man verlangt die gleichzeitige Beratung zweier Gesetze betreffend die Einrichtung der Kranken- und Unfallversicherung selbständig oder eventuell in Verbindung miteinander. Diese Strömung ist hauptsächlich bei den Handwerkern und Gewerbetreibenden vorherrschend und hat in einer von zwanzig schweizerischen Berufsvereinen am 30. November 1903 in Olten beschickten Delegiertenversammlung in einer Beschlußfassung Ausdruck erhalten, durch welche zugleich die Einsetzung einer Spezialkommission zur Vorberatung der allgemeinen Grundlage für eine Unfallversicherung beschlossen wurde. Von dieser Seite wird unter anderem namentlich auf die Herbeiziehung der Berufskreise (Unternehmer und Arbeiter) für die Durchführung der Unfallversicherung Gewicht gelegt, unseres Erachtens mit Recht.

2. Vorarbeiten der Bundesbehörden.

Eine vom Bundesrate aus seinem Schoße bestellte Delegation, worunter der Verfasser des verworfenen Bundesgesetzes, hat vorläufig folgende Grundsätze aufgestellt und anfangs April dieses Jahres durch die Presse bekanntgegeben:

a) Krankenversicherung. Es sollen die bestehenden Krankenkassen subventioniert und beaufsichtigt werden. Die Einführung des Obligatoriums sowie die Errichtung von öffentlichen Kassen würde den Kantonen anheimgegeben. An die Subvention würden gewisse Bedingungen geknüpft, namentlich die nötige Sicherheit, eine gewisse Freizügigkeit, die Aufnahme von weiblichen Personen und ein Minimum in Bezug auf Dauer und Höhe der Unterstützung. Auch die Frage der Zuerkennung weiterer besonderer Bundesbeiträge an Kantone, die für Verbilligung der Krankenbehandlung besondere Vorkehrungen treffen, und an Kassen in solchen Gegenden, wo die topographischen Verhältnisse die Krankenbehandlung besonders verteuern, soll geprüft werden.

Digitized by Google

b) Unfallversicherung. Hier würde ein Obligatorium aufgestellt für solche Personen, Angestellte und Arbeiter, die zurzeit unter der Haftpflichtgesetzgebung stehen; das Haftpflichtsystem würde dagegen mit Bezug auf diese Personen wegfallen. Freiwillig könnten versichert werden die Arbeitgeber von obligatorisch oder freiwillig versicherten, sowie die in der Landwirtschaft, im Handwerk oder Kleingewerbe beschäftigten Personen. Für alle Versicherten würde der Bund einen Beitrag leisten. Die Versicherung würde betrieben durch eine große schweizerische Gegenseitigkeitsanstalt und durch die Interessenten selbst in Gemeinschaft mit dem Bunde verwaltet. Die subventionierten Krankenkassen würden dieser Anstalt als Organe und als Rückversicherer für die kleinen Unfälle dienen,

Die bundesrätliche Delegation beabsichtigt, die Entwürfe für die Kranken- und die Unfallversicherung gleichzeitig vorzulegen, wobei die Frage offen bleibt, ob diese Entwürfe zu einem Gesetze vereinigt werden.

Je nach dem Vorrücken der für das Gesetz notwendigen Vorarbeiten, speziell der neuen Hilfskassenstatistik über die in Betracht fallenden 2300 Kassen, dürfte der Bundesrat im Falle sein zu Ende des laufenden oder zu Anfang des kommenden Jahres den eidgenössischen Räten seine Vorschläge zu unterbreiten. Da zudem aus den bekanntgegebenen Grundsätzen sich ergibt, daß den Wünschen der verschiedenen Volkskreise, welche sich bis jetzt in Sachen haben vernehmen lassen, im wesentlichen Rechnung getragen werden soll, so steht zu hoffen, daß die langjährigen Bemühungen um staatliche Ordnung und Unterstützung der Arbeiterversicherung in der Schweiz endlich von Erfolg gekrönt seien und daß wir wenigstens schrittweise dem Ziele uns nähern, das wir uns mit dem verworfenen Versicherungsgesetze gesteckt hatten.

Bern, im Mai 1905. *Edmund von Steiger*
Nationalrat.

Digitized by Google

CONGRÈS INTERNATIONAL DES ACCIDENTS DU TRAVAIL ET DES ASSURANCES SOCIALES.
7e session. — Vienne. — 17 au 23 septembre 1905.

LA PROTECTION DES INVALIDES DU TRAVAIL EN RUSSIE.

RAPPORT AU CONGRÈS DES ACCIDENTS DU TRAVAIL ET DES ASSURANCES SOCIALES, A VIENNE 1905.

PAR

LOUIS SKARZYNSKI,
ALEXANDRE STOFF.

Au Congrès de Dusseldorf, qui nous a laissé à tous de si beaux souvenirs, les représentants de la Russie parlèrent d'un projet de loi sur la responsabilité des patrons pour les accidents du travail, projet qui était alors en préparation en Russie.

Nous sommes heureux d'annoncer que cette loi sur la responsabilité des patrons fut approuvée par l'Empereur le 2 Juin 1903. Avant de l'examiner en détail, il nous semble digne d'intérêt de dire quelques mots sur l'état dans lequel se trouvait la question des assurances-accidents en Russie avant la publication de la loi du 2 Juin 1903, d'autant plus qu'il ne faudrait pas croire que longtemps au paravent les obligations des patrons, n'eussent pas été déjà prises au sérieux par un grand nombre de propriétaires des établissements industriels.

Sept sociétés d'assurances par actions et trois sociétés d'assurance basées sur la mutualité, font jusqu'ici en Russie, le service de l'assurance-accident.

Nous avons devant nous les comptes-rendus de ces dix sociétés, et nous constatons qu'en l'année 1902, ces sociétés touchèrent en guise de primes 3,927.603 roubles (donc =

Digitized by Google

11,500.000 Francs) pour l'assurance accidents de 1,410.211 ouvriers assurés.

Maintenant, vu le nombre total des ouvriers des usines de la Russie, nombre qui ne dépasse pas 2,200.000 hommes (selon les données officielles des usines tombant sous le contrôle des Inspecteurs des fabriques), nous pouvons constater que presque les deux tiers de ce personnel étaient déjà assurés avant la publication de loi qui rendait obligatoire la responsabilité des patrons des usines.

Quant aux ouvriers des entreprises de l'État, il en était déjà question dans les rapports aux derniers Congrès; nous ne voulons donc plus revenir sur ce sujet. Nous rappellerons seulement notre loi du 15 Mai 1901, loi qui donne pleine et entière garantie aux ouvriers qui succombent aux accidents du travail, ou aux maladies professionnelles dans les mines et usines de l'État, et qui garantit de même le sort des ouvriers morts à la suite des accidents du travail, même si ces accidents sont dus à une faute préméditée de ces ouvriers.

Nous parlerons plus tard des lois concernant la protection des ouvriers victimes des accidents du travail dans les usines du Ministère de la Guerre et du Ministère de la Marine, vu que ces lois n'ont été promulguées qu'à la suite de la loi du 2 Juin 1903. Pour le moment, nous tenons à donner quelques détails concernant cette dernière loi, que nous envisageons comme une des lois fondamentales de la protection du travail en Russie.

La loi du 2 Juin 1903 compte 53 paragraphes, et outre cela, des dispositions se rapportant à des changements de la législation en vigueur, changements résultant des obligations de la nouvelle loi.

Tous les ouvriers employés des mines, usines et fabriques de la Russie, sans distinction de sexe ni d'âge, et tous les employés de ces entreprises, touchant un salaire annuel de moins de 1500 roubles (§ 51), tombent sous l'application de

Digitized by Google

la loi du 2 Juin 1903. Malheureusement, cette loi n'a en vue que les accidents du travail, et non les maladies professionnelles, lacune qui probablement sera comblée par l'assurance obligatoire dont nous parlerons plus tard.

La loi ne libère le patron de l'obligation de servir une entre à l'ouvrier victime du travail, qu'au cas où le patron est en état de prouver que l'accident a eu lieu à la suite d'une faute grave ou d'une mauvaise intention de la part de l'ouvrier.

En cas d'accident, le patron est tenu de procurer les soins nécessaires à l'ouvrier malade, de lui payer des indemnités pour les journées perdues pendant la maladie, à raison de la moitié de son salaire habituel (§ 56), et en cas d'incapacité complète de travail de la part de l'ouvrier de lui servir une pension égale aux $^2/_3$ de son salaire habituel.

En cas d'entente entre le patron et l'ouvrier le patron est en droit de dédommager en une fois l'ouvrier, en lui payant un capital égal à dix fois la rente annuelle à laquelle il a droit.

La veuve d'un ouvrier qui succombe à la suite d'un accident de travail, a droit à une rente viagère égale au tiers du salaire annuel que l'ouvrier gagnait avant sa mort. Dans le cas où la veuve se remarie cette rente doit être supplée par un capital payé en une fois et égal à la somme de trois années de la rente due à la veuve de l'ouvrier.

Les enfants d'un ouvrier mort à la suite d'un accident, ont droit, jusqu'à l'âge de 15 ans, à une pension égale à $^1/_6$ du salaire de l'ouvrier. Ont droit à la même pension les enfants naturels de l'ouvrier et ses frères et sœurs, s'ils sont orphelins de père et de mère, et si l'ouvrier, de son vivant, survenait à leurs dépenses.

Les ascendants de l'ouvrier, qui, du vivant de ce dernier, étaient entretenus par lui, ont droit à une pension viagère.

Digitized by Google

La loi interdit la saisie de la rente de l'ouvrier victime d'un accident de travail, et renforce les garanties légales des droits acquis par l'ouvrier victime d'un accident, en lui donnant certains droits et prérogatives légales sur les autres dettes et hypothèques de l'entreprise, en cas de liquidation de cette dernière.

Il s'agit d'indiquer les côtés défectueux de la loi, on ne peut passer sous silence ce détail, que même si l'ouvrier connaît la faible solvabilité du propriétaire de l'entreprise, il n'a pas le droit d'exiger de lui la capitalisation de la rente, vu que cette capitalisation ou dédommagement en une fois ne peut avoir lieu que du consentement des deux parties, comme nous l'avons dit plus haut.

La mise en pratique de la loi du 2 Juin 1903 ne se fit pas sans difficultés. Les propriétaires des entreprises industrielles étaient tellement effrayés par la responsabilité à laquelle ils étaient soumis à la suite de la nouvelle loi, qu'ils demandèrent de retarder la date de son application qui avait été fixée au 1er Janvier 1904. Le gouvernement ne céda pas à ces instances, la loi fut introduite quand même. Alors on se tourna vers les sociétés d'assurance, pour se garantir des risques et périls qui faisaient tellement peur aux propriétaires des entreprises; malheureusement, les sociétés d'assurance voulant profiter du changement, ou étant dans l'incertitude sur l'extension de la responsabilité qui leur incombait à la suite de la nouvelle législation, demandèrent des primes exhorbitantes, allant jusqu'à 13 et 14% des gages des ouvriers assurés, ce qui rendait l'assurance dans ces sociétés, tout-à-fait impossible aux entrepreneurs.

La première moitié de l'année 1904 passa donc, pour les industriels, en incertitudes et en crainte de catastrophes.

Peu à peu, les choses s'éclaircirent, et les entrepreneurs en vinrent à se tranquilliser sur les suites de l'application de la nouvelle loi.

Digitized by Google

Les dédommagements payés aux ouvriers des mines de l'Oural, en 1904, ne firent que 1·9% des salaires des ouvriers; dans les mines de charbon du même rayon, ces dédommagements ne firent que 2·5% des salaires. Les industriels métallurgistes du Nord de la Russie en arrivèrent à la conviction que, dans les petites entreprises, ces dédommagements ne dépasseraient pas 8% des salaires, et que dans les grandes industries, ils ne dépasseraient pas 3%. L'inspecteur général des fabriques de Petersbourg déclara dans une des séances de la Société pour l'encouragement de l'industrie en Russie, que conformément à ses calculs, les dédommagements, à Petersbourg, ne dépasseraient pas 4½% des salaires, et même l'un des inspecteurs de Petersbourg, Mr. Litvinoff Falinsky, est d'avis qu'ils ne devraient pas dépasser 3%.

Une des plus grandes fabriques de Moscou, celle de Morozoff, fabrique qui dépense annuellement plus de deux millions de roubles, en salaires, voulant faire inscrire ses ouvriers dans une société d'assurance, on lui demanda 40.000 roubles de primes annuelles. En attendant, les premiers onze mois de l'année 1904 ne coûtèrent à l'entreprise que 4000 roubles, et du 1er Janvier 1904 au 1er Juillet 1905, l'entreprise ne paya en dédommagements que 20.400 roubles, au lieu des 60.000 qu'on lui demandait.

Tout cela tranquillisa les esprits, et les entrepreneurs se félicitèrent de ne pas s'être adressés aux sociétés d'assurance.

Les propriétaires d'entreprises songèrent à organiser des sociétés d'assurance basées sur la mutualité des entrepreneurs, à l'instar des fabricants de Riga, Odessa et d'Iwano-Voznecensks, qui jouissent déjà de ce genre d'assurance mutuelle. Les industriels de Bakou, de Petersbourg, de Varsovie, de Lodz et d'autres villes, présentèrent à l'approbation des autorités des statuts de ce genre de sociétés.

Nous avons déjà dit que la loi du 2 Juin 1903 ne rendait responsable des accidents du travail que les entreprises

Digitized by Google

minières et industrielles, et qu'il n'y était pas question des métiers, et encore moins des entreprises de construction et de celles d'exploitations forestières et agricoles.

Quant à ces dernières entreprises, et aux ouvriers occupés dans l'agriculture, un conseil spécial nommé le 22 Janvier 1902 par Sa Majésté l'Empereur pour étudier la question de l'agriculture en Russie, s'y consacra tout spécialement.

Ce conseil spécial, présidé par Mr. Serge de Witte, président du Comité des Ministres, discuta, aux séances du 1er, du 8 et du 22 Novembre, la question de l'assurance des ouvriers agricoles: et il remit aux soins des Ministres des Finances et de l'Agriculture, l'élaboration d'un projet de loi concernant l'assurance obligatoire des ouvriers agricoles.

Plus loin, nous reviendrons encore à la question de l'assurance-accidents en parlant du nouveau projet de loi préliminaire élaboré dernièrement au Ministère des Finances.

Pour le moment, nous voudrions ajouter quelques mots sur les soins donnés aux ouvriers malades et aux ouvriers âgés.

Pour les mines et usines de l'État, tous les ouvriers de ces entreprises sont soignés en cas de maladie aux frais de ces entreprises mêmes quant aux secours aux familles des ouvriers et à eux-mêmes, pendant la maladie, la loi du 8 Mars 1861 oblige chaque ouvrier et employé de ces entreprises de l'État, de devenir membre d'une caisse spéciale de secours, caisse basée sur la mutualité.

Dans le cas de la maladie d'un ouvrier ou d'un employé de l'entreprise, la femme du malade touche de la part de la caisse une pension journalière répondant à la moitié du salaire ordinaire de l'ouvrier malade, si cette femme n'a pas d'enfant, et aux $^2/_3$ du salaire s'il y a des enfants. Si l'ouvrier n'a ni femme ni enfants, mais s'il a des parents qu'il faisait précédemment vivre de son salaire, ces membres de sa famille ont droit à $^1/_3$ du salaire ordinaire de l'ouvrier. Cette même caisse donne encore des subsides aux ouvriers ayaprouént vé des

Digitized by Google

pertes à la suite d'un accident, d'un incendie, d'une inondation, d'une maladie épidémique du bétail etc., et couvre encore les frais d'enterrement dans le cas de la mort de l'ouvrier ou d'un membre de sa famille.

Moins satisfaisantes sont jusqu'ici les conditions dans lesquelles vivent les ouvriers dans les entreprises particulières. Une loi datant de 1866 et prenant son origine dans les soins qu'on désirait donner aux malades du choléra à Moscou, oblige les propriéraires des usines et entreprises industrielles d'ouvrir des hopitaux dans chaque entreprise à raison d'un lit pour chaque centaine d'ouvriers occupés dans l'entreprise.

Donc, la loi de 1866 satisfaisait en principe toutes les exigences concernant les soins à donner aux ouvriers victimes d'une maladie. Malheureusement, cette loi n'avait souvent qu'une application éphémère. Sur 19.292 entreprises contrôlées par les inspecteurs des fabriques, on ne trouve que dans 3488, des hôpitaux et des soins réguliers et systématiques donnés aux ouvriers malades.

Cependant, il faut bien avouer en même-temps que dans bien des fabriques, la question des soins donnés aux ouvriers malades est parfaitement organisée.

Les 3488 entreprises qui ont une organisation régulière pour les soins des malades, dépensent annuellement en moyenne quatre roubles par tête d'ouvrier occupé dans ces entreprises.

Les frais d'entretien d'un malade reviennent en moyenne par an à 350 roubles (946 francs), mais il y a des entreprises où les soins des malades sont spécialement bien organisés, et où l'entretien d'un malade coûte annuellement jusqu'à 852 roubles (2367 francs).

Le Ministère des Finances est en train de préparer une nouvelle loi sur l'assistance aux ouvriers malades des fabriques et usines, loi devant combler les lacunes existantes.

Quant aux soins des malades indigents et des ouvriers travaillant dans des entreprises qui ne sont pas subordonnées

Digitized by Google

aux exigences des lois concernant l'industrie, le § 2 de la loi sur les Zemstvos (administrations autonomes locales), enjoint aux Zemstvos l'organisation des secours médicaux, et dans les provinces où les Zemstvos n'existent pas, ces soins retombent, conformément au XIIIe tome de notre Code, sur le Département de Médecine du Ministère de l'Intérieur.

Dans les 37 gouvernements de la Russie qui ont des organisations autonomes locales (Zemstvos), la dépense des soins médicaux pendant l'année 1898 était de 21,619.283 roubles (60,053.600 francs) pour les 66,548.000 habitants de ces gouvernements. Les grandes villes, comme St. Pétersbourg, Moscou, Kronstadt, Odessa, Nicolajew et Ivano-Vosnecensk, ont leur organisation urbaine de soins médicaux, et conformément à une loi spéciale, chaque travailleur de ces villes est obligé de payer annuellement un impôt d'un rouble pour l'entretien des hôpitaux.

Les entrepreneurs des usines du Royaume de Pologne et de l'Oural, ainsi que les entrepreneurs du pétrole de Bakou demandèrent au gouvernement d'approuver les statuts de caisses de secours aux familles des ouvriers malades; nous parlerons plus tard d'une loi spéciale en préparation qui projette d'introduire ce genre de caisses dans toutes les entreprises industrielles de la Russie.

Quant à la protection de la vieillesse ouvrière et du passé de cette protection en Russie, nous en avons déjà parlé dans le rapport de Congrès de Düsseldorf. Nous rappellerons seulement ici que la première loi concernant la protection de la vieillesse fut promulguée le 13 Janvier 1720 par Pierre le Grand pour les vieux marins. Le 9 Juin 1728, l'Empereur Pierre II décida la question des retraites des vieux soldats.

L'Impératrice Anna Johanovna institua les premières retraites pour les ouvriers de Sestrojetzk le 28 Octobre 1738.

L'Empereur Paul Ier donna des droits à la retraite aux ouvriers de Kolyvano-Voznesensk, le 29 Juin 1797; les

Digitized by Google

vieux ouvriers touchaient selon cette loi 10 roubles par an, leurs veuves 5 roubles, et les orphelins 3 roubles. Les dépenses des retraites devaient être couvertes par le revenu de la poste. Alexandre Ier fit servir en 1804 des retraites aux ouvriers des usines d'Olonetz.

En 1820, la dépense annuelle occasionnée par les retraites s'elevait déjà à 7,500.000 roubles, et le 6 Décembre 1827, une loi spéciale de l'Empereur Nicolas Ier réglait définitivement la question des retraites des employés et des militaires.

L'époque des réformes de l'Empereur Alexandre II donna entre autres à la Russie l'organisation de l'administration locale autonome dans 37 provinces du centre de la Russie: les Zemstvos en 1864, et les Conseils éligibles des villes, les Doumas en 1870.

Les administrations locales des provinces et les administrations des villes se trouvèrent nécessairement à la tête de differéntes entreprises, et il s'agissait de penser au sort des ouvriers employés dans ces entreprises.

Le Zemstvo de la province de Tver, qui se distingue toujours par son esprit de progrès, donna le premier l'exemple des soins dus à la vieillesse de l'ouvrier. Une caisse de retraite pour les ouvriers du Zemstvo de Tver fut fondée des 1868; le Zemstvo de Nijninowogorod suivit cet exemple en 1871, et celui de St. Pétersbourg en 1877.

Le 30 Avril 1883, fut publiée une loi concernant les caisses de retraite dans les Zemstvos et les Doumas de la Russie, mais cette loi, loin d'obliger les administrations locales à introduire les caisses de retraite, ne donnait que des indications générales concernant ces caisses, exigeait pour chaque caisse une approbation spéciale des statuts par les autorités centrales de l'État; et ce qui, encore et surtout, n'était qu'un empêchement pour la création des caisses, cette loi posait comme condition

Digitized by Google

de l'institution d'une caisse de province, le consentement unanime des Zemstvos de tous les districts de la province.

Il faut bien dire cependant à l'honneur de nos Zemstvos, que, malgré les obstacles occasionnés par la loi de 1883, quatorze provinces virent l'introduction des caisses de retraite établies en faveur des travailleurs des administrations locales (29). De 1883 à 1899, nous vîmes des caisses de retraite s'ouvrir dans les administrations locales des Gouvernements de Vladimir, Viatka, Ekaterinoslaw, Kostroma, Koursk, Moscou, Penza, Riazan, Samara, Simbirsk, Smolensk, Tauride, Tchernigoff et Cherson.

Néanmoins, on ne sentait que trop les entraves que la loi de 1883 opposait au développement des caisses de retraite. Le Ministère de l'Intérieur se mit à l'œuvre pour élaborer un nouveau projet de loi. Ce nouveau projet éloignait une des grandes difficultés de la création des caisses de retraite: il ne demandait plus le consentement unanime de tous les districts pour ouvrir une caisse de province, mais uniquement le consentement de la majorité des Zemstvos de ces districts. Malheureusement, ce projet maintint encore l'obligation de présenter à l'approbation des autorités centrales les statuts spéciaux de chaque province toutefois il facilitait l'élaboration des statuts spéciaux, en proposant aux Zemstvos d'accepter un statut type qui avait toutes les chances d'être toujours approuvé, si les Zemstvos consentaient à s'y conformer et à l'accepter comme base pour fonder une caisse de retraite.

Ce projet de loi passa avec certains changements opérés par le Conseil d'État, et il fut approuvé par Sa Majesté Impériale le 12 Juin 1900.

Pour former les fonds nécessaires aux caisses de retraite, les employés et les ouvriers des Zemstvos font un versement mensuel de 5% de leur salaire ou de leur pension; la même somme est versée dans la caisse de retraite par l'administration du Zemstvo. En outre sousversér à la caisse de retraite dix

Digitized by Google

pour cent de toutes les gratifications et récompenses pécuniaires octroyées aux ouvriers et employés des Zemstvos et les $^3/_{12}$ de toutes leurs augmentations de salaire dans le courant la première année où a eu lieu cette augmentation. L'employé ou ouvrier qui a servi 15 ans a déjà droit à une retraite, et même un ouvrier qui n'a que 5 ans de service, mais qui a perdu après 5 ans révolus sa capacité de travail.

Si l'ouvrier ou employé des Zemstvos ou des Doumas meurt après 5 ans de service, sa veuve a droit à une pension. La même pension est due à la femme de l'ouvrier, si son mari perd ses droits civils à la suite d'une décision judiciaire, s'il se fait moine, ou s'il a disparu pendant plus d'une année. La pension dépend naturellement des sommes accumulées au compte spécial de chaque ouvrier.

La caisse paie des rentes aux orphelins des ouvriers et employés jusqu'à l'âge de 18 ans. Seulement, si la fille de l'ouvrier défunt se marie avant d'avoir atteint ses 18 ans, la retraite ne lui est due que jusqu'à son mariage. Si le fils de l'ouvrier défunt fait des études, on lui paye une pension jusqu'à ce qu'il ait fini ses études, mais pas au-delà cependant de sa vingte unième année. A la suite de la nouvelle loi, 11 nouveaux Zemstvos ont déjà créé des caisses de retraite: la Bessarabie, Vologda, Voronège, Kazan, Kalouga, Novgorod, Orloff, Tamboff, Toula, Karkoff et Jaroslaff.

Ayant rendu compte ainsi de ce qu'a fait la société russe par l'entremise de ses corps élus dans la question des soins à la vieillesse, nous passerons en revue les soins donnés à cette question par le gouvernement et par les autorités législatives.

Nous commencerons par la législation concernant les caisses de retraite des chemins de fer.

La première loi qui introduisit les caisses de retraite dans les chemins de fer de l'Etat fut publiée le 30 Mai 1888; elle fut complétée par la loi du 3 Juin 1894, et par celle du 2 Juin 1903.

Digitized by Google

Ces lois introduisent des caisses de retraite sur toutes les lignes des chemins de fer. Les revenus de ces caisses consistent en des remises de 6% des salaires et des pensions des ouvriers et employés de chemins de fer, d'une somme égalant les remises des employés versée annuellement par l'administration des chemins de fer. Sont encore versées à la caisse retraite en augmentant les fonds de cette caisse, les sommes provenant de la vente des marchandises et bagages que leurs propriétaires n'ont pas réclamés aux gares des chemins de fer, les amendes pécuniaires payées par les employés le revenu des buffets et restaurants, le revenu provenant des annonces et publications dans les gares etc.

L'ouvrier ou employé des chemins de fer a droit à une retraite, s'il quitte après quinze ans de service.

En cas d'incapacité complète de travail, l'ouvrier a déjà droit à une retraite après dix ans de service. Au cas où l'employé quitte le service avant d'avoir le droit de toucher sa retraite, on lui rend quand même toutes les sommes accumulées sur son compte: et s'il quitte le service sans avoir encore droit à une retraite, malgré son incapacité de travail, on lui paie non-seulement toutes les sommes accumulées à son compte, mais encore on lui ajoute une somme égale à la moitié de sa pension mensuelle, pour chaque année qu'il a passée au service. De même si l'ouvrier meurt avant d'avoir fini ses dix premières années de service, on remet à sa veuve et à ses enfants toutes les sommes réunies à son compte. D'autre part, si l'ouvrier meurt après dix années révolues de service, sa veuve a droit à une rente viagère. Si après dix années de service, l'ouvrier est privé de droits civils, s'il entre dans un couvent ou s'il a disparu depuis plus d'une année, les mêmes droits reviennent à sa femme.

Le chiffre de chaque rente viagère dépend des sommes accumulées aux comptes spéciaux de l'ouvrier et de sa femme et doit être calculé d'après certaines tables spécialement éla-

Digitized by Google

borées à cet effet. Chaque enfant d'un ouvrier ou ouvrière défunt a droit à une rente qui répond au $^1/_{12}$ de la rente qu'aurait eu l'ouvrier; cependant, les enfants d'un ouvrier ne peuvent pas toucher ensemble plus du $^1/_4$ de la pension que lui-même aurait eue. Les orphelins des ouvriers morts avant d'avoir fini leurs premières dix années de service reçoivent un secours correspondant à un sixième de la pension mensuelle de leur père, multipliée par le nombre des années de service du défunt.

Si la veuve de l'ouvrier entre dans un couvent, ou si elle se remarie, la rente qu'elle recevait passe à ses enfants.

Le 3 Mai 1899, Sa Majesté Impériale approuva une loi concernant une caisse de retraite pour les nombreux ouvriers et employés de la Manufacture des papiers de crédit de l'État. Le Prince Borys Galitzyn, directeur de la Manufacture, ne trouve pas cette caisse de retraite suffisante, et il travaille déjà à préparer les statuts d'une caisse dont l'organisation se baserait sur les principes de l'assurance. Cependant nous ne pouvons pas ne pas dire un mot au sujet de cette caisse, car, malgré ses défectuosités, elle travaille jusqu'ici avec succès, et son existence ainsi que les garanties qu'elle donne aux ouvriers furent une des raisons pour lesquelles pendant la grève générale du commencement de cette année, grève qui entraîna les ouvriers de toutes les entreprises à Pétersbourg, c'est uniquement la Manufacture des papiers de crédit de l'État qui ne cessa jamais de travailler.

Les fonds de la caisse de retraite de la Manufacture des papiers de crédit de l'État proviennent d'un versement fait chaque mois, et de la part de chaque employé de la Manufacture, d'une somme équivalant à 6% de sa pension ou d son salaire (la première année $6^1/_2$%), puis 10% de toutes les gratifications et rénumérations extraordinaires, la différence de l'augmentation des appointements pendant les trois premiers mois de cette augmentation, une somme versée par l'admini-

Digitized by Google

stration de la Manufacture, somme égale à 3% de tous les salaires et pensions payées par l'administration.

L'ouvrier a déjà droit à une retraite ordinaire après 15 ans de service; une rente extraordinaire lui est adjugée après 10 ans de service, en cas d'incapacité complète de travail. Cette dernière rente répond à 15% du salaire ordinaire de l'employé après 10 années de service, 20% après 15 ans, 30% après 20 ans, 40% après 25 ans, et 50% après 30 ans de service.

Chaque veuve d'un employé a droit à une retraite d'après les années de service de son mari. Le même droit revient à la femme de l'ouvrier au cas où son mari perd ses droits civils à la suite d'une condamnation judiciaire, s'il entre dans un couvent ou s'il disparaît pendant plus d'une année. Au cas où l'ouvrier quitte le service après deux ans de travail et avant d'avoir droit à une rente, on lui rembourse tous ses propres versements sans toutefois lui remettre les sommes versés à son compte.

L'administration du monopole des spiritueux occupant en Russie un nombre très-considérable d'ouvriers et d'employés (près de 60.000 hommes, le 1er Janvier 1904); la question d'une retraite pour la vieillesse de ces nombreux employés, s'est posée très-catégoriquement. Les fonds de la caisse de retraite des employés du Monopole sont rassemblés de la même manière que les fonds de la caisse de la Manufacture des papiers de crédit de l'État. Après 15 ans de service, l'employé a déjà droit à une rente dont montant dépend des sommes inscrites à son compte spécial. Les veuves et les orphelins des ouvriers ont droit à une rente indépendantes des années de service de leurs péres et de leurs maris. Le 1er Janvier 1904, la caisse avait, en fait de membres, 36.536 hommes et 13.734 femmes, avec un salaire annuel de 19,514.750 roubles. Ces employés assurés avaient 78.862 enfants (fils et filles) qui, du coup, étaient ainsi assurés, au cas de mort du père de famille.

Digitized by Google

En 1903, les rentrées de la caisse, de la part des ouvriers, étaient de 1,071.000 roubles et de la part de l'administration du Monopole, 535.500 roubles; avec cela, les rentrées comptaient encore 267.936 roubles de pourcent des capitaux et 6143 roubles de rentrées imprévues. La caisse qui était ouverte le 1er Janvier 1900, comptait au 31 Décembre 1904 un capital de réserve de 11,401.200 roubles.

Dans les différentes usines de l'État, nous comptons 16 caisses de retraite qui sont en même temps des caisses de secours. Les statuts approuvés par le Ministère des Domaines, le 26 Mai 1893, statuts qui introduisirent ces caisses, sont basés sur la loi du 8 Mars 1861; les fonds de ces caisses proviennent des versements annuels égalant 2% du salaire des employés et ouvriers, des amendes payées par les ouvriers, dès versements faits par l'administration des usines etc. L'ouvrier qui perd sa capacité de travail avant d'avoir fini ses dix ans touche une bonification qui répond à $^1/_8$ de son salaire annuel. La veuve du même ouvrier reçoit un secours de $^1/_{16}$ du salaire annuel de cet ouvrier. L'orphelin dit de père et de mère, a droit au $^1/_3$ de la rente entière de l'ouvrier. Un ouvrier qui a travaillé 35 ans dans une entreprise reçoit une rente égale à la $^1/_2$ de son salaire habituel. Si la veuve d'un ouvrier est incapable de travailler, elle touche la moitié de la rente que toucherait le mari. Une veuve capable de travailler, mais ayant avec elle un enfant orphelin, touche $^1/_3$ de la retraite qu'aurait touchée l'ouvrier, et, en outre, $^1/_6$ de la rente de son mari pour son enfant, $^1/_3$ de la rente pour deux ou plus d'enfants.

Nous voyons encore des caisses de retraite dans les entreprises et usines du Ministère de la Marine; dans les deux plus grandes usines appartenant à ce Ministère, celles Oboukoff et de la Baltique, les caisses de retraite furent introduites en 1898 et dans toutes les autres entreprises de ce Ministère, par les lois du 27 Janvier et du 18 Avril 1903. Chaque ouvrier

Digitized by Google

ou employé de ces entreprises est membre obligatoire de la a cisse et chaque ouvrier ou employé a son compte spécial dans cette caisse.

La particularité de ces caisses consiste dans la réunion de deux sortes de capitaux: les uns pour le service des rentes, et les autres pour celui des secours octroyés dans des cas spéciaux aux employés de ces entreprises.

En cas de mort de l'ouvrier, toutes les sommes inscrites à son compte sont remises à sa veuve et à ses enfants. Une loi du 27 Juillet 1896 avait déjà introduit le même genre de caisse dans les entreprises de la flotte volontaire. Nous trouvons dans ces caisses le même système de caisses de retraite et de caisses de secours; seulement les versements qu'on fait à ces caisses sont de beaucoup supérieurs, vu que les versements faits par l'ouvrier correspondent à $^1/_{10}$ de son salaire, et qu'une somme répondant à $8^0/_0$ du salaire de l'ouvrier est versée par l'administration de l'entreprise.

Les entrepreneurs des usines du Royaume de Pologne ayant à plusieurs reprises demandé l'introduction des caisses de retraite dans leurs entreprises, un projet de loi spécial fut élaboré à cet effet, mais ce projet ne sera probablement pas approuvé, puisque l'assurance obligatoire pour la vieillesse est en préparation pour toutes les entreprises de la Russie, assurance dont nous aurons à parler bientôt.

La question de l'assurance sur la vieillesse préoccupa beaucoup chez nous la Société pour l'encouragement de l'industrie et du commerce de la Russie.

Une commission spéciale instituée à cet effet travailla avec le concours des représentants officiels de l'administration à élaborer les principes généraux sur lesquels devrait être basé en Russie ce genre d'assurance. Il est intéressant de constater qu'à l'encontre de la grande majorité des sociologues et des économistes, et de toutes les sociétés mutuelles en France, qui se sont déclarées contre l'assurance obligatoire, en Russie, autant

Digitized by Google

la Société pour l'encouragement de l'industrie et du commerce que toutes les autres réunions d'industriels et d'économistes se prononcèrent pour l'introduction de l'assurance obligatoire, tant pour l'assurance-accident, que l'assurance-maladie et l'assurance-vieillesse.

A la suite des travaux de la Société pour l'encouragement de l'industrie, la presse russe s'est de même beaucoup occupée de la question de l'assurance ouvrière. Dans les nombreux articles publiés par les membres de la presse, et en général par tous ceux qui s'intéressent en Russie aux questions ouvrières, nous n'avons pu constater une seule voix contraire à l'introduction de l'obligation dans l'assurance, et même dans les réunions de la Société pour l'encouragement de l'industrie, réunions auxquelles prenaient part les nombreux spécialistes des questions ouvrières, la question de l'obligation dans l'assurance ne fut presque pas discutée et le principe de l'obligation fut accepté à l'unanimité comme pouvant seul garantir les intérêts des ouvriers.

Des actes officiels donnèrent une sanction aux désirs exprimés par les industriels et les ouvriers. En approuvant la loi du 2 Juin 1903, le Conseil d'État obligea le Ministre des Finances à lui présenter dans un delai de cinq ans, un projet complet pour l'assurance obligatoire des ouvriers.

Enfin, l'Oukase du 12 Décembre 1904, dont il a déjà été question, promettait à la Russie toute une série de réformes, ordonnait au Comité des Ministres sous la présidence de Mr. de Witte l'introduction de ces réformes, et, parlant très-nettement de l'assurance obligatoire, promit cette assurance au monde ouvrier de la Russie.

Le 24 Décembre 1904, le Comité des Ministres ordonna la formation d'une Commission spéciale auprès du Ministère des Finances, sous la présidence de l'Adjoint du Ministre, Mr. V. de Timiriazjeff, pour l'élaboration spéciale d'une loi concernant la question de l'assurance.

Digitized by Google

En attendant la réunion de cette commission la section de l'industrie du Ministère des finances a élaboré un projet comprenant les articles fondamentaux d'une loi sur l'assurance des ouvriers, projet destiné à servir de base aux travaux de la commission.

La gestion de l'assurance des ouvriers est attribuée, suivant ce projet, à une Direction Générale qui doit être créée, dans ce but, au Ministère des finances; la solution des questions les plus importantes sera réservée à un Conseil composé des représentants du Gouvernement, des chefs d'entreprises industrielles et des ouvriers; la Direction possèdera une section judiciaire, qui aura une composition analogue.

Le projet vise les trois catégories de l'assurance sociale — c'est-à-dire l'assurance-maladie, l'assurance-accidents, et l'assurance-vieillesse et invalidité —, mais il n'a pour objet qu'une partie des travailleurs: l'impossibilité d'instituer immédiatement un contrôle sur le payement des salaires dans les branches de l'industrie non soumises à l'inspection existante des fabriques, des usines et des mines, ne permet, pour le moment, de rendre l'assurance obligatoire que pour les ouvriers des trois branches susnommées de l'industrie, en laissant à l'avenir le soin d'étendre cette mesure à toutes les classes de travailleurs.

I. L'assurance-maladie existe à présent, d'une part sous forme de loi spéciale concernant les soins donnés aux malades (ce dont nous avons déjà parlé plus haut), et d'autre part sous forme de caisses de secours aux ouvriers malades et à leurs familles, caisses qui existent dans certaines régions de la Russie (dans les provinces polonaises par exemple). Le nouveau projet de loi ne s'occupe que de cette dernière catégorie de secours aux ouvriers malades et propose la création de caisses spéciales (»Caisses de secours«) fondées par tout établissement industriel qui emploie plus de 50 ouvriers ou par des groupes de patrons, les établissements qui emploient moins

Digitized by Google

de 50 ouvriers devant se réunir en groupes pour fonder une caisse commune.

Mais on devait prendre en considération l'existence, dans quelques contrées de la Russie, de petites entreprises qui trop isolées des autres ne peuvent se grouper pour fonder une caisse; c'est pourquoi le projet donne à la direction générale le droit d'exempter ces entreprises de l'obligation de fonder une caisse de subvention.

Les ouvriers et employés visés par la loi du 2/15 Juin 1905 (c. à. d. les ouvriers attachés aux travaux de l'entreprise et les employés dont le gain annuel ne dépasse pas 1500 roubles) sont membres obligatoires des caisses de secour; les autres peuvent être membres volontaires.

Les ressources financières des caisses se composent: 1° des versements des membres, versements égaux à 1% jusqu'à 3% de leur salaire ou gain, prélevés à chaque payement sous la responsabilité du patron; et 2° des versements des patrons eux-mêmes pour une somme égale au moins à celle payée par tous les membres.

Chaque caisse possède un »capital d'amendes« se formant des amendes versées par les ouvriers, amendes qui peuvent être infligées, selon la loi, par le patron même (pour infractions aux règlements d'ordre intérieur etc. . . .) Ces amendes forment actuellement, dans chaque entreprise, un capital spécial destiné à donner aux ouvriers des subventions en cas de maladie, de malheurs quelconques etc. . . . Le montant de ce capital, au moment de la mise en vigueur de la loi projetée, servira à former pour la caisse un »fonds de réserve«, complété en outre par des sommes prises sur les versements jusqu'à concurrence des dépenses moyennes de deux années.

Les subventions que les caisses sont tenues de délivrer sont: 1° Subventions quotidiennes aux malades — de $^1/_2$ à $^2/_3$ du salaire journalier — pendant la durée de la maladie, mais non au delà d'un terme fixé par les statuts de la caisse, terme

Digitized by Google

qui ne doit pas être moindre de trois moins; 2° Subvention aux ouvrières en couches, se montant à la somme du salaire de 4 à 6 semaines; 3° Subvention funéraire équivalente au salaire de 20 à 50 jours. A propos de la subvention indiquée au N. 1° nous rappellerons, ce que nous avons déjà dit, que les soins dus aux ouvriers malades en Russie sont (d'après les lois en vigueur), à la charge des patrons des fabriques, usines et mines, et que le projet dispense le patron du payement aux victimes des accidents, suivant la loi du 2/15 Juin 1903 (art. 6), des »indemnités temporaires« pendant 6 semaines après l'accident; cette charge est reportée par le projet sur les caisses de subvention. La subvention N. 2° s'inspire du désir d'empêcher les accouchées de reprendre le travail pendant 6 semaines après les couches.

Les subventions facultatives, données par les caisses exclusivement sur le »capital d'amendes«, consistent en frais de traitement des membres malades de la famille des ouvriers; en secours déstinés pour couvrir les frais des funérailles des mêmes membres; en subventions payées aux femmes en couches des ouvriers et aux membres des caisses en cas de perte ou de détérioration de leur avoir à la suite d'incendie, d'inondation, etc. . .

La gestion de chaque »caisse de secours« incombe à l'assemblée générale des délégués de ses membres, au nombre de 100 au plus, élus par les membres, et à la Direction de la caisse, composée d'un nombre pair de membres, dont la moitié au moins sont élus par les membres de la caisse et les autres nommés par le chef de l'entreprise.

Chaque caisse doit avoir un statut élaboré par le patron avec l'aide d'au moins trois ouvriers et confirmé par l'inspecteur local des fabriques ou l'ingénieur des mines. Pour faciliter l'élaboration des statuts des caisses, le Gouvernement publie un statut normal.

Digitized by Google

II. L'assurance-accidents a pour objet le service des indemnités déterminées par la loi du 2/15 Juin 1903, sauf les »indemnités temporaires« pendant les 6 premières semaines de maladie des victimes, qui sont (comme il est dit plus haut) à la charge des caisses de subvention.

Le nouveau projet de loi a en vue de perfectionner et de combler les lacunes de la loi du 2 Juin 1903. Ainsi ce projet propose d'annuler la disposition de l'art. 2 relative à »l'imprudence grave« de l'ouvrier victime, en n'exonérant le patron de l'obligation de délivrer une indemnité que dans le cas où l'accident aurait été intentionnellement provoqué par la victime; cependant, même dans ce cas, les membres de la famille de l'ouvrier décédé auront droit à l'indemnité. Le projet veut élargir le cercle des indemnisés en y introduisant les victimes des maladies professionnelles dont la liste sera publiée par la Direction générale de l'assurance. Le montant de la rente due à la victime ne dépasse en aucun cas, d'après la loi du 2/15 Juin 1903, les $^2/_3$ du salaire annuel; le nouveau projet veut l'augmenter jusqu'au total du salaire dans le cas où la victime, complètement incapable de travail, ne peut se passer du secours d'une autre personne. Si l'enfant mineur de la victime décédée est reconnu complètement incapable de travail à la suite d'une infirmité, le projet propose de lui assurer une rente viagère; de même au veuf de l'ouvrière victime, s'il était à la charge de sa femme en raison d'une incapacité complète de travail.

En substituant l'assurance obligatoire à la responsabilité individuelle du patron, le projet a l'intention de limiter d'une manière précise le nombre des cas de capitalisation des rentes qui ne dépend, d'après la loi du 2/15 Juin, que du consentement mutuel des parties; la capitalisation s'effectue en multipliant la rente par 10. Le projet, suivant l'exemple de la loi allemande, ne laisse la liberté de capitalisation que pour les rentiers adultes et lorsque la rente ne dépasse pas 10% du

Digitized by Google

salaire, ou 24 roubles par an; le coefficient fixe de capitalisation doit être remplacé par un coefficient variable dépendant de l'âge du rentier, d'après un tarif publié par la Direction générale de l'assurance.

L'organisation de l'assurance-accidents est conçue sur le modèle de celle de l'Allemagne:

Les chefs d'entreprises sont tenus de former entre eux des »sociétés d'assurance« qui embrassent toutes les entreprises d'une région, ou les entreprises de même ordre dans des régions déterminées par la Direction générale de l'assurance. Mais on devait ici, comme on l'a fait pour l'assurance-maladie, tenir compte de l'existence, dans quelques contrées de la Russie, de petites entreprises trop isolées pour pouvoir être réunies dans le but de former une société d'assurance des ouvriers. Dans ce cas, le projet donne à la Direction générale de l'assurance la faculté d'exempter ces entreprises de l'obligation d'entrer dans un groupe d'assureurs, et de les laisser provisoirement sous l'action de la loi du 2/15 Juin 1903. En même temps, le projet veut garantir aux victimes des accidents le payement, par le patron, des rentes qui leur sont dues d'après la loi; cette garantie doit être donnée moyennant des mesures spéciales, mesures qui doivent être élaborées à l'instar de la loi française du 9 Avril 1898.

Les »sociétés d'assurance« procèdent d'office à l'allocation des indemnités; l'intéressé peut, en cas de contestation, porter appel de la décision des sociétés; à cet effet un délai officiel est fixé par la loi, tant pour porter appel à la Direction centrale de la Société d'assurance, que pour se pourvoir ensuite à la »cour spéciale d'assurance« du lieu, composée d'un juge, comme président, et des représentants des patrons et des ouvriers en nombre égal. Les décisions de la cour relatives aux »indemnités temporaires«[1]) sont définitives; contre celles relatives aux rentes

[1]) Voir la traduction de la Loi russe du 2 Juin 1903 p. M. M. Salomon et Leblanc. § 6.

Digitized by Google

viagères, l'ouvrier peut se pourvoir en cassation près de la Direction générale d'assurance (section judiciaire).

Les frais de l'assurance sont, conformément à la loi du 2/15 Juin, à la charge des patrons. Quant au mode de recouvrement de ces frais, le projet se prononce décidément pour le système connu sous le nom de »mixte«, c'est-à-dire pour le versement annuel, de la part des membres des sociétés mutuelles d'assurance, d'un capital dont le chiffre est détermine par la capitalisation de toutes les rentes qui ont-été adjugées dans le courant de l'année, système qui donne pleine et entière garantie du payement des rentes adjugées. La répartition a lieu d'après les salaires payés par l'entreprise et d'après la classe du danger à laquelle elle appartient la capitalisation se fait d'après le tarif publié par la Direction générale. Ce système, comprenant une revision annuelle du »fonds des rentes«, ou plutôt de la justesse des calculs sur lesquels sont basées les garanties des payements dus aux victimes du travail pour suppléer aux sommes qui pourraient manquer au capital de garantie et le tenir toujours au niveau de ses obligations, garantit le payement des rentes d'une façon absolue. Pour atténuer autant que possible la variation du taux des versements annuels — variation inévitable, dans ce système — le projet veut créer, dans chaque société, un fonds spécial, nommé »fonds de réserve des rentes«, auquel sont versés les excédents du »fonds des rentes« constatés par la vérification, et qui sert à compléter le fond de réserve avant de recourir à l'augmentation du taux des versements.

La gestion des affaires de chaque »société d'assurance« est confiné à l'assemblée générale de ses membres et à une direction élue par l'assemblée. Cette dernière a la faculté de donner, suivant les règles qu'elle aura établies, des primes pour le sauvetage des victimes des accidents et pour les inventions destinées à prévenir les accidents; elle peut aussi

Digitized by Google

instituer des établissements destinés à faire recouvrer aux victimes la capacité de travail.

Le statut de chaque »société«, élaboré par elle suivant la loi, doit être confirmé par la Direction générale.

Les droits et obligations d'une »société« en liquidation pour cause d'insolvabilité passent à l'État.

III. L'assurance-vieillesse et -invalidité est certainement celle dont l'institution est la plus difficile. L'Allemagne est le seul des États de l'Europe où cette assurance fonctionne, si l'on ne compte pas la Belgique, qui cherche à résoudre le même problème, non par voie d'assurance proprement dite, mais au moyen de rentes allouées par l'État aux vieillards et aux invalides indigents.

L'idée de suivre dans cette matière l'exemple de l'Allemagne était, sans doute, très tentante pour les auteurs du projet russe. Mais l'introduction du système allemand fut jugée inapplicable en Russie par la section de l'industrie au Ministère des Finances, vu les difficultés d'introduire, dès à présent, l'assurance obligatoire pour tous les travailleurs, comme il est indiqué plus haut, et le changement très fréquent de profession parmi les membres de la classe ouvrière. Les ouvriers des fabriques usines et mines se recrutent en Russie le plus souvent dans la classe des petits propriétaires fonciers (paysans) qui, poussés par le besoin, quittent pour un temps limité les travaux agricoles (soit dans des fermes qui leurs appartiennent, soit dans celles de leurs patrons), retournant ensuite à leur terre, pour recommencer, après un laps de temps plus ou moins long, le même va-et-vient. Si l'on introduisait en Russie le système allemand d'assurance-vieillesse uniquement pour les ouvriers d'usines — avec ses termes de carence, avec le minimum de paiement pendant deux années de suite, nécessaire pour qu'il soit tenu compte de ces paiements — il est certain qu'il y aurait bien plus d'ouvriers de fabriques, usines et mines ayant perdu leur argent versé comme prime d'assu-

Digitized by Google

rance, que d'ouvriers ayant acquis le droit à la rente, de sorte qu'une minorité de rentiers subsisterait aux frais d'une grande majorité de personnes non moins besogneuses que les premières.

Une autre difficulté pour la Russie en matière d'assurance-vieillesse et -invalidité consiste dans le manque presque absolu de données statistiques pouvant servir à calculer la prime fixe nécessaire pour assurer d'avance la future rente capitalisée. C'est pourquoi il fut décidé qu'un système d'assurance applicable en Russie doit être basé sur un des deux principes suivants: 1° Les rentes sont déterminées par la loi et les versements dépendent des obligations incombant effectivement à la caisse d'assurance, ou bien, 2° les versements sont fixes et les rentes dépendent des sommes accumulées dans la caisse. Le premier de ces principes est adopté par le projet, comme il est dit plus haut, pour l'assurance-accidents, et là il est admissible sans aucun inconvénient. Mais dans l'assurance-vieillesse et -invalidité ce mode de procéder aurait pour conséquence la croissance constante des versements pendant une période assez longue, vu la nécessité d'augmenter la rente d'après le nombre d'années de participation des membres à la caisse — croissance qui ne serait ni bien compréhensible ni commode pour les ouvriers. Il ne reste donc, selon les auteurs du projet, que le second principe — celui des versements fixes et des rentes variables — qui est adopté aussi par le dernier projet, de loi sur les retraites ouvrières élaboré en France par la Commission d'assurance et de prévoyance sociales de la Chambre des Députés.[1])

Basé sur ce principe, le projet russe veut créer une caisse unique pour tont l'Empire, destinée à l'assurance-vieillesse et -invalidité des ouvriers dans les industries susnommées. Le cercle des assurés est le même que dans l'assurance-maladie.

---

[1]) V. le Bulletin du Comité permanent, 1904, N° 4. La Commission est présidée par M. Millerand; le rapporteur en est M. Paul Guieysse.

Digitized by Google

Les ressources financières de la caisse proviennent des versements, fixés à 6% du salaire, dont une moitié est à la charge du patron et l'autre à celle de l'ouvrier; à l'entrée de chaque nouveau membre, la caisse perçoit un rouble, réparti de la même manière. Le capital de la caisse — qui sera assez grand, vu le nombre des assurés, montant à plus de 2 millions, et dont le gain annuel moyen peut être évalué à 250 roubles (soit pour la caisse un revenu annuel de 30 millions roubles) — doit être placé en fonds publics, suivant les indications du Ministre des Finances, indications basées sur l'avis de la Direction générale d'assurance. Une partie de ce capital, fixée de la même manière par le Ministre des Finances, peut être placée en biens immobiliers, ce qui, avec le temps, donnera à la Direction la possibilité de faire bâtir des maisons pour les ouvriers, d'instituer des sanatoriums pour les malades.

Le mode de perception des versements est le même que pour les caisses de subventions.

Outre le capital formé par ces versements, la caisse possède un »fonds de réserve«, constitué par le »capital d'amendes« qui est maintenant à la dispositions du Ministère des Finances et qui se compose des amendes infligées aux patrons, par un tribunal au par voie administrative, pour infraction aux lois et règlements concernant leurs rapports avec les ouvriers; ce fonds pourra être complété par d'autres capitaux qui sont à la disposition du Gouvernement pour améliorer le sort de la classe ouvrière et qui n'ont pas encore reçu une destination déterminée.

Pour chaque membre de la caisse il est ouvert un compte personnel sur lequel sont inscrits les versements faits par lui et par le patron, ainsi que la part des intérêts qui lui reviennent provenant des capitaux de la caisse et des rentrées accidentelles. Cette part est calculée en répartissant les bénéfices susnommés — déduction faite des frais d'administration et après les défalca-

Digitized by Google

tions pour le »fonds des rentes« (V. ci-après) — sur les comptes personnels proportionnellement à leur montant.

Le montant du compte personnel d'un membre qui cesse d'appartenir à la caisse (en quittant, par exemple, la fabrique pour retourner aux travaux des champs) n'est pas perdu pour lui: il est conservé à la caisse, comme appartenant à l'ouvrier, et porte un intérêt égal à celui que donnent les caisses d'épargne de l'État (actuellement 3·6%), si toutefois cet intérêt n'est pas supérieur à la part des bénéfices de la caisse revenant pour une année donnée aux membres actifs.

Le titulaire du compte personnel a le droit de toucher de l'argent à la caisse: 1°, à l'âge de 55 ans révolus, et 2°, avant ce terme, en cas d'invalidité permanente, consistant en la perte des $^2/_3$ au moins de sa capacité de travail. Il peut toucher par anticipation, à l'âge de 50 ans au moins, mais sans droit à la majoration indiquée ci-après. Pour les ouvriers des mines, ces deux termes sont diminués de 5 mois pour chaque année de travaux souterrains.

Les payements faits par la caisse consistent en général en rentes calculées d'après l'âge du rentier et le montant de son compte personnel conformément au tarif publié par la Direction générale.

En cas de décès du titulaire d'un compte personnel, ce dernier est réparti entre les membres de la famille du défunt: la moitié est accordée à sa veuve (ou au veuf d'une ouvrière, s'il était à la charge de celle-ci pour cause d'invalidité complète), un quart à chacun de ses enfants ($^3/_8$ aux orphelins de père et de mère); ces parts sont diminuées proportionnellement si leur somme dépasse l'unité. Après la veuve et les enfants du défunt, le droit à la somme de son compte personnel passe a ses ascendants, et à ses frères et sœurs, orphelins de père et de mère, si ces personnes étaient à la charge du défunt, et à d'un quart pour chacun.

Digitized by Google

La caisse sert aux personnes indiquées des rentes, calculées d'après leur âge et le nombre de parts auxquelles elles ont droit — viagères pour la veuve (ou le veuf) et les ascendants, et jusqu'à l'âge de 15 ans révolus pour les enfants et pour leurs frères et sœurs orphelins.

Si le défunt ne laisse aucun des parents ci-dessus indiqués, le montant de son compte personnel est acquis à la caisse et sert à compléter le »fonds de réserve«. Il en est de même du reliquat de ce montant après le payement des parts ci-dessus indiquées revenant aux membres de la famille du défunt. Si un membre de la caisse devient invalide par suite d'un accident de travail et reçoit une rente d'une »société d'assurance«, la caisse acquiert pour le même usage la moitié du compte personnel du rentier (mettant à la disposition de ce dernier la moitié constituée par ses propres versements) lorsque la rente est complète, et proportionnellement moins de la moitié au cas où la rente est partielle.

Le système exposé présente un inconvénient incontestable: celui de ne pouvoir donner aux assurés que des rentes très modiques. Pour remédier autant que possible à cet inconvénient, dans les cas les plus urgents, le projet a recours aux majorations des rentes. Auront droit à la majoration: 1° Les membres qui ont participé à la caisse pendant 300 mois au moins, si leur rente calculée n'atteint pas 36 roubles (96 francs) par an; et 2° les membres devenus invalides complets, ne recevant aucune rente d'une »société d'assurance« et ayant participé à la caisse pendant 60 mois au moins (dont 6 mois au moins pendant la dernière année), si la rente calculée n'atteint pas 24 roubles (64 francs) par an. La majoration se fait aux frais du »fonds de réserve« jusqu'à concurrence des sommes indiquées (36 et 24 roubles par an).

Si la rente calculée n'atteint pas les sommes indiquées et ne peut pas être majorée, le titulaire adulte peut recevoir de la caisse, au lieu de la rente, le capital auquel correspond.

Digitized by Google

Les sommes dues par la caisse sont incessibles et insaisissables.

Chaque fois qu'une rente est allouée, le capital correspondant du compte personnel (et en cas de majoration de la rente, le capital correspondant pris dans le »fonds de réserve«) est versé dans un fonds spécial de la caisse nommé »fonds des rentes«. Ce fonds s'accroit annuellement de 4% (ce même taux sera appliqué au tarif des rentes) aux frais des revenus de la caisse et doit être vérifié et complété s'il y a lieu, chaque année, suivant les mêmes règles que celles appliquées aux »fonds des rentes« des »sociétés d'assurance«.

La gestion de la caisse appartient à la Direction générale de l'assurance, qui détermine l'intérêt annuel revenant aux capitaux des comptes personnels et prononce sur la majoration des rentes; les organes locaux de la Direction (qui sont encore à créer et dont le rôle sera peut-être attribué aux directions locales des caisses d'épargne de l'État) tiennent les comptes personnels, décident des rentes et autres paiements de la caisse, acceptent les versements, surveillent la régularité des rentrées de la caisse et veillent au recouvrement des arrérages.

Le Ministre des finances est chargé d'élaborer, sur la base des dispositions ci-dessus, avec le concours des autres ministres intéressés, un statut détaillé de la caisse.

Tout ce qui précède se rapporte aux ouvriers des entreprises privées. Quant aux entreprises de l'État, le projet statue qu'elles doivent avoir (si elles n'en ont déjà) des caisses donnant aux ouvriers au moins les mêmes secours obligatoires que ceux allouées par les caisses des entreprises privées; et qu'elles participent à la caisse d'assurance-vieillesse et invalidité comme les entreprises privées. Mais l'assurance-accidents

Digitized by Google

ne présentant pas d'avantages pour le Trésor — vu le grand nombre des ouvriers de l'État —, le projet veut seulement que les ministres respectifs déposent au Conseil de l'Empire, dans le délai d'un an, des projets de règlements sur la responsabilité du Trésor envers les ouvriers de l'État, projeté qui devront leur assurer des indemnités au moins égales à celles obligatoires pour les chefs d'entreprises privées.

14/27 Juin 1905.

A. Stoff.
Louis Skarzynski.

Digitized by Google

L'ASSURANCE OUVRIÈRE EN HONGRIE

PAR

JOSEPH SZTERÉNYI,

SECRÉTAIRE D'ÉTAT DU ROYAUME DE HONGRIE.

(Résumé de l'article original paru en langue allemande.)

Des rapports entre le droit privé et les droits d'économie nationale qui, unis par le courant de la politique sociale des temps modernes, ont produit l'idée et les institutions de l'assurance ouvrière, est ressorti un ensemble de nouveaux principes de droit qu'on peut appeler droit de l'assurance ouvrière et qui réunit en un parfait accord des éléments de droit civil, d'économie nationale et de politique sociale.

Ce furent des considérations de politique sociale qui menèrent à l'assurance reposant sur la base des corporations. Mais l'état économique modifié qui avait changé à fond les conditions de la production, qui avait donné une nouvelle base aux rapports entre l'employeur et l'employé et amené la nécessité d'assurer ces rapports et les conditions d'existence économique de l'ouvrier par l'intervention de l'État, par des institutions légales, n'ont pas moins contribué à leur création. Cependant, quelle que soit l'importance qu'on veuille attribuer à l'influence des considérations de politique sociale et d'économie nationale sur l'assurance ouvrière, on trouvera pourtant la vraie cause de la fondation de ses institutions dans le droit privé qui, quant aux rapports entre l'employeur et l'ouvrier, impose au premier, outre le payement du salaire qui se règle d'après l'état économique et les lois des valeurs, d'autres obligations envers celui-ci tendant plus loin.

Digitized by Google

C'est pourquoi, pour approfondir l'histoire de l'assurance ouvrière, il faudra examiner des prémisses de deux sortes, celles fournies par le développement du droit civil et celles résultant des principes de la politique sociale et de l'économie nationale.

Le droit privé nous explique par quel procédé la responsabilité de l'employeur en cas d'incapacité de travail de l'ouvrier par suite du travail a été fixée et comment cette responsabilité est devenue le droit à l'indemnisation et, par rapport à l'employeur, le devoir de l'indemnisation qui, aujourd'hui encore, représentent dans quelques États européens la seule forme existante de l'assurance ouvrière. Par contre, en suivant le cours du développement des principes d'économie nationale et de politique sociale, nous arrivons aux institutions, reposant en partie sur l'initiative privée, en partie sur les dispositions législatives, et complétant le droit de responsabilité, par lesquelles l'assurance et l'amélioration de l'existence économique de l'ouvrier a été conférée aux associations et corporations. Par conséquent, cette étude traite dans les limites de l'espace accordé: 1e du développement de la responsabilité de l'employeur, 2e des prémisses, du développement et de l'état actuel de l'assurance coopérative.

Développement et état actuel de la responsabilité de l'employeur, respectivement du droit d'indemnisation.

Dans les anciens codes hongrois, l'assurance des droits des ouvriers à des secours n'est pas prévue. Il est vrai que c'était inutile, vu d'un côté la servitude qui précedait le droit actuel, reposant sur le libre contrat, des ouvriers agricoles et des domestiques et dont les lois des anciens rois hongrois font mention en divers endroits (Livre II, chap. 34 et 41 de la loi de St. Etienne; livre I, chap. 74 et 77 des lois du roi Koloman, Art. 34 du décret de l'an 1486 du roi Mathias Ier),

Digitized by Google

d'un autre côté l'influence du droit romain que mentionne Verbocy dans l'avant-propos de son Tripartitum (Titre 2, § 9), et entendu que sous les conditions patriarcales du travail il était du devoir du maître d'entretenir ses domestiques. Dans les anciennes lois hongroises, il n'y a qu'un seul passage se rapportant au cas où l'employé tombe malade; il se trouve dans l'article 10 du décret du roi Ferdinand Ier de l'an 1545 où il est enjoint de faire connaître les domestiques tombés malades ou décédés dans l'armée, non dans le but de les secourir, mais simplement dans l'intérêt de l'organisation de l'armée.

Sous ce rapport, la condition des ouvriers agricoles et des domestiques n'a pas changé jusque dans les temps les plus récents, c'est-à-dire jusqu'à ce que par l'article de loi IX de l'an 1848 la servitude fut abolie. Cependant, bien que depuis la mise en vigueur de cette loi les conditions du travail des ouvriers agricoles et des domestiques se soient transformées en des rapports mutuels reposant sur un libre accord, les traditions patriarcales ont survécu à cette grande réforme du droit civil et de l'économie nationale de sorte que pendant longtemps la question du secours des ouvriers agricoles en cas d'incapacité de travail n'a pas figuré parmi les problèmes économiques à résoudre par voie législative.

Les obligations incombant à l'employeur pendant la maladie de ses ouvriers agricoles ou de ses domestiques vis-à-vis de ceux-ci furent d'abord fixées lors de la réglementation du traitement public des malades en 1875 et plus tard, par l'article de loi XXI de l'an 1898 sur le remboursement des frais du traitement public des malades, remplaçant l'article de loi III de l'an 1875. Spécialement, d'après le § 5 de cette loi, les frais du traitement à l'hôpital ou à une maison de santé, ainsi que les frais de transport pour le domestique devenu malade pendant la durée de son service, sont supportés par le maître: a) pendant 30 jours si le domestique est tombé malade après une durée de service d'au moins 15 jours sans

Digitized by Google

sa propre faute ou celle du maître; b) sans égard à la durée effective du service jusqu'au rétablissement complet quand le domestique est tombé malade par la faute du maître. Par contre, l'État paie les frais de traitement et de transport pour les pauvres atteints de maladies sexuelles ou souffrant d'un trachome traités dans des hôpitaux, des maisons de santé ou, par ordre des autorités, à domicile, ainsi que les frais de traitement et de transport pour les aliénés pauvres traités dans des maisons d'aliénés ou, par ordre des autorités, à domicile, même quand le patient servait comme domestique au moment où il est tombé malade.

Comme la loi de 1875, l'article de loi XXI de 1898 ne statue sur la responsabilité de l'employeur que par rapport aux frais des hôpitaux et des maisons de santé, de sorte que dans ces lois la responsabilité de l'employeur ne semble pas provenir du point de vue de politique sociale, mais plutôt du point de vue de police sanitaire. Les relations juridiques de la responsabilité de l'employeur ont été reglées d'abord par l'article de loi XIII de 1876 sur les rapports entre le domestique et son maître. Si le domestique tombe malade pendant la durée de son service sans sa propre faute ou celle du maître, celui-ci est tenu de le faire traiter et guérir ou dans la maison même ou bien hors de la maison et cela, d'après le § 1 de l'article de loi III de 1875, tout au plus pour un laps de temps d'un mois pendant lequel le domestique n'a pas droit a un salaire s'il est du reste entièrement entretenu. Passé ce délai, l'obligation du maître expire. Si la maladie du domestique est occasionnée par la faute du maître, l'obligation sus-mentionnée du maître dure selon le § 33 jusqu'au rétablissement complet du domestique, eventuellement donc aussi plus de 30 jours, et le domestique a droit à son salaire pour ce temps aussi. Si enfin la maladie du domestique est occasionnée par une manière de vivre légère ou immorale, en général par sa propre faute, l'obligation du

Digitized by Google

maître de payer les frais de guérison, du traitement et, si le domestique est incapable de faire son service, aussi le salaire, expire d'après le § 34, et cette obligation est mise à la charge du domestique ou de ses proches parents qui par la loi sont obligés d'en prendre soin. S'il s'agit d'un traitement à l'hôpital ou dans une maison de santé publique, on applique naturellement, au lieu des règles citées de l'article de loi XIII de 1876, celles déjà mentionnées de l'article de loi XXI de 1898.

Tandis que l'article de loi XIII de 1876, joint à l'article de loi XXI de 1898, ne statue que sur la responsabilité incombant à l'employeur vis-à-vis de ses domestiques (de ménage ou d'économie) devenus malades et soumis au traitement à domicile ou dans une maison de santé publique, la législation des années 1898 à 1900 a réglé ce problème pour toutes les branches du travail agricole. A cette époque, les conditions de service, respectivement de travail furent fixées: pour les employeurs et ouvriers agricoles par l'article de loi II de 1898, pour les journaliers et ouvriers employés dans les travaux de régularisation de fleuves, dans la construction de chaussées ou de chemins de fer par l'article de loi XLI de 1899, pour les entrepreneurs de travaux agricoles et leurs ouvriers par l'article de loi XLII de 1899, pour les employés d'économie rurale par l'article de loi XXVII de 1900, enfin pour les ouvriers forestiers par l'article de loi XXVIII de 1900. Ces lois fixèrent aussi les droits des ouvriers vis-à-vis de l'employeur en cas d'incapacité de travail dans les limites des règles sur les conditions du service.

Selon le § 33 de l'article de loi II de 1898 sur la réglementation des droits des employeurs et ouvriers agricoles, l'employeur est tenu de faire guérir et traiter chaque ouvrier d'une autre commune tombé malade pendant l'exercice de son travail et, si la maladie dure plus de 8 jours, d'en porter connaissance au chef de la commune afin qu'il fasse ses dispositions.

Digitized by Google

Ce paragraphe ne touche pas au devoir de prévenir immédiatement des cas de maladies épidémiques.

Cette disposition de l'article de loi II de 1898 fut étendue par le § 18 de l'article de loi XLII de 1899 aux rapports entre les entrepreneurs d'égrenage et les ouvriers agricoles, ainsi qu'entre les entrepreneurs de travaux agricoles et les ouvriers à leur service, enfin entre les ouvriers agricoles et leurs manoeuvres.

Le paragraphe 20 de l'article XLI de 1899 sur les ouvriers employés dans les travaux de régularisation de fleuves et dans la construction de chaussées et de chemins de fer, ainsi que le § 18 de l'article de loi XXVIII de 1900 sur les ouvriers forestiers contiennent les mêmes dispositions par rapport au secours des ouvriers mentionnés en cas de maladie.

Quant aux droits des employés d'économie rurale, il est stipulé par le § 9 de l'article de loi XXVII de 1900: »Si un employé d'économie rurale tombe malade par suite de l'exercice de ses fonctions ou par suite d'un accident qui l'a frappé dans l'exercice du service sans sa propre faute, le propriétaire est obligé de prendre soin de sa guérison à ses propres frais pendant tout au plus six mois; s'il meurt dans un cas pareil, les frais funéraires incombent aussi au propriétaire. Si la santé ou l'intégrité corporelle de l'employé d'économie rurale à été endommagée par suite de la faute du propriétaire, ce dernier est obligé au plein dédommagement.« Le § 10 de cette même loi ordonne: »Les appointements d'un employé d'économie rurale ne peuvent pas être réduits s'il est, pendant un laps de temps relativement court, empêché de faire son service pour une cause quelconque résultant de sa constitution, mais sans sa faute. Dans ce cas, l'employé est obligé de fournir au remplaçant engagé par le propriétaire le logement et la nourriture en tant que cela soit nécessaire et possible; mais le propriétaire doit lui en restituer les frais.« Et le § 11 veut: »Si le propriétaire, par le contrat de

Digitized by Google

service, ne prend pas sur lui de plus amples obligations quant au versement d'une pension ou au paiement d'une somme de décharge à l'employé ou à sa famille, il est obligé, dans le cas où l'employé est décédé pendant la durée de son service, de payer à la veuve ou aux enfants mineurs de l'employé une somme de décharge égale à un quart des appointements si l'employé a passé à son service moins de 5 ans après la mise en vigueur de la loi, à la moitié du salaire s'il y a passé moins de 10 ans, mais au moins 5 ans, enfin au salaire entier d'un an si son service a duré plus de 10 ans.

Si l'employé d'économie rurale décède dans un délai de 30 jours à partir du moment où le propriétaire a eu connaissance d'une faute lui donnant droit de renvoyer l'employé sans lui donner congé, le propriétaire n'est pas obligé de verser la somme de décharge.

Si l'employé d'économie rurale était assuré sur la vie et que le total des primes d'assurance avait été payé par le propriétaire, celui-ci peut faire entrer tout le montant de l'assurance liquidée dans la somme de décharge qu'il a à verser. Si le propriétaire n'a payé qu'une partie des primes d'assurance, il ne peut faire entrer l'assurance dans la somme de décharge qu'en proportion aux contributions fournies par lui.

En fixant la somme de décharge, les émoluments supplémentaires pour voyages, entretien de domestiques, éclairage, frais de bureau, des primes, dividendes et tantièmes n'entrent pas en cause.

La somme de décharge doit être payée dans un délai de six mois comptés à partir du jour du décès de l'employé en des quotes-parts mensuelles égales payables d'avance.

Dans tous les cas, le propriétaire est tenu de donner à la famille de l'employé d'économie une demeure appropriée pendant trois mois comptés à partir du jour du décès ou d'en payer la valeur; mais même dans ce dernier cas, il ne peut

Digitized by Google

exiger que la famille de l'employé déménage avant 30 jours comptés à partir du jour de décès.

Il est en outre obligé de fournir à la famille l'attelage nécessaire au déménagement jusqu'à la station la plus proche du chemin de fer (ou du bâteau) ou jusqu'à une distance égale, mais tout au plus jusqu'à 50 km.

Le droit des ouvriers-artisans à des secours s'est développé dans les anciens droits hongrois sur une base identique à celle du droit des ouvriers agricoles. Tant que la vie urbaine ne s'était pas encore développée, on ne trouvait d'artisans que dans les châteaux-forts et tous les artisans venaient des châteaux-forts. Mais en même temps que les villes elles-mêmes, une classe importante d'artisans se formait déjà au moyen-âge qui fut bientôt organisée en corps de métiers sur la base de privilèges royaux et des statuts des villes. Malgré le développement des métiers, nous ne trouvons dans les anciennes lois hongroises pas plus de dispositions quant au secours des ouvriers-artisans en cas d'incapacité de travail que pour les ouvriers agricoles puisque les conditions patriarcales du travail satisfaisaient complètement aux besoins effectifs.

L'article de loi XVI de 1840 sur le commerce fut la première loi hongroise qui régla les droits du personnel de commerce. Nous y trouvons déjà une disposition sur le secours des employés tombés malades puisque par le § 27 de cette loi le commerçant était tenu de fournir des soins médicaux à son apprenti en cas de maladie et, par l'article de loi XVII de 1840 sur les droits des fabriques, cette disposition fut étendue à l'industrie manufacturière.

Ces deux lois furent remplacées par l'article de loi VIII de 1872, contenant l'ancienne loi sur l'industrie, et plus tard par l'article de loi XVII de 1884, contenant celle actuellement en vigueur, et par l'article de loi XXXVII de 1875 sur le commerce qui contiennent par rapport au secours des

Digitized by Google

employés en cas d'incapacité de travail les règles suivantes:

Suivant le § 56 de la loi de commerce (article de loi XXXVII de 1875), l'employé commercial qui par un accident arrivé sans sa propre faute est empêché pendant quelque temps de faire son service n'en perd pas son droit au salaire et à l'entretien. Mais il ne jouit de cette faveur que pendant 6 semaines.

Par le § 42 P d) de l'ancienne loi sur l'industrie (article de loi VIII de 1872), le maître était tenu de faire traiter son apprenti en cas de maladie si celui-ci habitait chez lui. Cette obligation durait tout au plus deux mois — puisque selon le § 52 P b) le maître avait le droit de dissoudre le contrat d'apprentissage dans un terme de 15 jours si l'apprenti était malade plus de 2 mois. En outre, par le § 68 P e) chaque fabricant était tenu de fixer le traitement des ouvriers en cas de maladie ou d'accidents par un réglement de fabrique.

Ces dispositions de l'article de loi VIII de 1872 furent adoptées par la loi sur l'industrie contenue dans l'article de loi XVII de 1884, puisque cette dernière contient des dispositions identiques à celles de l'ancienne loi sur l'industrie dans le § 62 P d) pour les apprentis et dans le § 113 P e) pour les ouvriers des fabriques.

D'autres dispositions sur la responsabilité de l'employeur industriel complétant celles des lois de l'industrie et du commerce se trouvent encore dans deux autres lois. La première en est l'article de loi XVII de 1874 qui statue sur la responsabilité par rapport aux lésions corporelles et aux cas de décès occasionnés par les chemins de fer. Sur la base de cette loi, on ne peut revendiquer une indemnisation d'une entreprise de chemin de fer que dans le cas d'un accident arrivé lors du fonctionnement puisque, selon le § 1 de la loi, l'entreprise de chemin de fer n'est responsable que pour les dommages occasionnés par une blessure corporelle ou un décès

Digitized by Google

arrivés pendant le fonctionnement d'un chemin de fer, aussi quand il n'est pas encore livré à la circulation publique. Mais cette responsabilité expire quand l'entreprise peut prouver que la blessure corporelle ou la mort ont été causées par un hasard inévitable (vis major) ou par l'action inévitable d'une tierce personne que l'entreprise n'a pas pu empêcher ou enfin par la propre faute du blessé ou tué. Selon le § 2 de la loi, le devoir d'indemnisation de l'entreprise de chemin de fer embrasse, dans le cas d'une blessure corporelle, les frais de guérison et tous les dommages pécuniaires que le blessé encourt par suite de sa blessure à cause de son invalidité passagère ou permanente ou de la diminution de la capacité de travail; en cas de décès, l'entreprise a à payer, outre les frais mentionnés, ceux de l'enterrement ainsi que de l'entretien et de l'éducation des personnes à l'entretien et éducation desquelles le défunt était obligé par la loi ou l'usage légal, en tant que celles-ci perdent leur soutien par ce décès. Selon le § 3, des contrats ou des conditions de contrat (règlements de service) qui supprimeraient la responsabilité fixée par la loi n'ont pas de valeur légale. D'après le § 4, le juge fixe la somme d'indemnisation selon son libre arbitre, ayant égard aux circonstances spéciales. Le juge décide aussi si l'entreprise est obligée de donner caution ou non et de quelle espèce ainsi que de quelle valeur elle doit être.

Le dédommagement pour le gain perdu ou diminué, respectivement pour les frais d'instruction et d'éducation, consiste en une rente mensuelle payable d'avance si les parties n'en ont pas disposé autrement par voie de contrat.

Suivant le § 55, l'entreprise de chemins de fer responsable a le droit, même quand une rente viagère avait été fixée par le juge, d'en demander la suspension ou la diminution si les circonstances, qui avaient donné lieu à l'adjudication, se sont modifiées essentiellement. D'une façon semblable, l'endommagé a aussi le droit de demander l'augmentation ou, si

Digitized by Google

elle avait été suspendue, la réadjudication de la rente viagère si les circonstances, qui en avaient déterminé la fixation, la diminution ou la suspension, se sont modifiées essentiellement. D'après le § 9, les droits à une indemnisation cessent après trois ans comptés en cas de blessure à partir de la date de l'accident, en cas de mort à partir de la date du décès.

Dans le § 77 de l'article de loi XIV de 1876 sur la réglementation du service sanitaire, le Ministère prescrit toutes les mesures nécessaires à assurer, le plus possible, la santé du personnel et des ouvriers de tous les chemins de fer du pays et de tous les bateaux circulant dans le pays, puis des fabriques et mines de houille appartenant à ces entreprises de transport, des ouvriers occupés dans la construction des chemins de fer et surtout des voyageurs. Par le § 78, le service sanitaire des chemins de fer et des bateaux est soumis à la surintendance de l'État. Cette surintendance veille surtout à ce qu'on tienne prêts les médicaments, les bandages et autres appareils et instruments médicaux nécessaires quand par une catastrophe de nombreuses personnes ont été blessées; qu'on observe exactement les réglements sanitaires émis pour ces entreprises de transport; qu'on prenne soin de loger au besoin et d'assurer le traitement médical en cas de maladie des ouvriers des chemins de fer en circulation ou bien en construction; enfin qu'on remplisse les mesures de surêté prescrites en cas d'épidémie.

D'après le § 15 de cette même loi, l'autorité a le devoir de faire des dispositions afin que les ouvriers occupés dans les grandes entreprises et les constructions publiques, là où ils ne peuvent se procurer un logement eux-mêmes, soient logés convenablement aux frais de l'entreprise ou de la construction publique et qu'ils soient soumis au traitement médical en cas de maladie.

Parmi les lois qui à un certain degré prennent soin de l'entretien des employés en cas de maladie, il faut aussi

Digitized by Google

mentionner l'article de loi XXIV de 1897 sur l'amélioration des conditions officielles et matérielles des écrivains (commis) à la journée. D'après le § 2 P 3 et 4 de cette loi, le commis à la journée qui, pendant un an, a dûment rempli son service reçoit en cas de maladie attestée pour le premier mois le montant total de son honoraire, pour les deux mois suivants 50%. Si la maladie dure plus longtemps, le paiement du salaire cesse; mais il ne peut être renvoyé que quand pendant les trois mois suivants il ne s'est pas présenté pour reprendre ses fonctions; en cas d'invalidité, il reçoit après 10 ans de service 200 couronnes, après 20 ans 400 couronnes, après 30 ans 500 couronnes et après 40 ans 600 couronnes de pension fixe.

Cette série de dispositions légales qui toutes prennent plus au moins soin de l'assistance et du traitement des employés malades témoignent du développement harmonique continu des principes de droit et des considérations de politique sociale. Le principe de droit qui a trouvé son expression dans ces réglementations légales est la responsabilité de l'employeur quant aux frais de la maladie ou de l'accident qui frappent l'ouvrier pendant le travail sans sa propre faute, mais la responsabilité telle qu'elle a été développée successivement dans tous les sens par la politique sociale moderne qui, abandonnant de plus en plus les principes de droit se manifestant dans les rapports entre l'employeur et l'employé, le point de vue de la stricte obligation selon le contrat, a suivi les idées du Jus naturae.

Et toutes ces dispositions légales qui règlent pour certaines parties de droit, pour ainsi dire parallèles, dans les limites des lois relatives les prétentions de l'ouvrier vis-à-vis de l'employeur en cas d'une invalidité passagère occasionnée par une maladie ou par un accident proviennent de la même racine commune du droit civil général de Hongrie, par lequel le devoir d'indemnisation de l'employeur pour les dommages

Digitized by Google

éprouvés par l'ouvrier dans sa capacité de travail par suite de l'exercice du travail a été fixé dans sa totalité.

Le droit civil hongrois n'est pas encore codifié jusqu' ici; il est le résultat de diverses sources de droit, de l'usage et de la pratique judiciaire, mais il a trouvé un soutien dans celles des dispositions légales qui ont prescrit le devoir de l'employeur d'assurer la santé et l'intégrité corporelle des ouvriers. Une telle disposition se trouve déjà dans l'article de loi XVII de 1840, mis hors vigueur par l'article de loi VIII de 1872.

Car, puisque le § 6 de cette loi fixait à quel genre de travail et pendant combien de temps on pouvait employer des enfants et des ouvriers mineurs, une base légale était créée, par rapport aux dommages occasionnés par l'omission de ces devoirs légaux, pour fixer la responsabilité selon les principes généraux du droit civil. L'ancienne loi sur l'industrie contenue dans l'article de loi VIII de 1872 renfermait plusieurs dispositions destinées à préserver la vie et la santé des ouvriers.

La loi qui l'a remplacée, actuellement encore en vigueur, contenue dans l'article de loi XVII de 1884, a donné une base légale à la pratique judiciaire par diverses dispositions réglant l'âge des apprentis, des enfants employés au travail, des ouvriers mineurs et des ouvrières, le temps de travail, le travail nocturne etc., ainsi que le logement des ouvriers, et surtout par le § 114 d'après lequel chaque fabricant »est obligé d'organiser et d'entretenir dans sa fabrique à ses propes frais tout ce qui, eu égard à la nature du travail et à ses conditions, peut servir le plus possible à la sécurité de la vie et de la santé des ouvriers«.

L'article de loi XXVIII de 1893 n'a pas seulement maintenu ce principe de responsabilité, mais il lui a même donné une base plus sûre en statuant des dispositions spéciales et en prononçant expressément la responsabilité d'après le droit civil.

Digitized by Google

Le développement total le plus récent et probablement aussi le fondement du droit de responsabilité de l'avenir est représenté par le »Projet d'un code civil général de Hongrie«, résultat des travaux préparatoires de codification du droit privé hongrois.

Développement de l'assurance ouvrière sur la base de la mutualité.

Les règlements légaux cités ci-dessus, l'état actuel du droit, et de nouvelles initiatives de législation fixent et concernent la responsabilité qui par suite des conditions du travail incombe à l'employeur vis-à-vis de l'ouvrier pour assurer la situation économique de ce dernier.

Cette responsabilité est la base de l'assurance des ouvriers aussi bien en cas de maladie et d'invalidité qu'en cas d'accident.

Mais l'application rigoureuse du principe de responsabilité n'est pas prope à assurer positivement la situation économique de l'ouvrier en tout point, puisque, d'un côté, vu les rapports entre les agents de production reposant actuellement sur le libre accord de l'employeur et de l'ouvrier, sur la coordination, la responsabilité de l'employeur ne peut être fixée que jusqu'à une certaine limite et puisque, d'un autre côté, cette responsabilité augmente souvent les frais de production de telle sorte que l'industrie frappée par elle se trouve menacée sans que, pour cela, l'existence de l'ouvrier soit assurée dans tous les cas. Ces raisons d'économie nationale, mais aussi les buts et considérations de politique sociale, représentant dans la solution des grands problèmes de l'assurance le leitmotiv qui fixe l'équilibre et la coopération des agents sociaux et des besoins de la production, ont démontré depuis longtemps déjà la nécessité de l'assurance coopérative. Ainsi, quand les classes intéressées des industriels et des ouvriers ont commencé à former spontanément des instituts d'assurance, la législation hongroise a

Digitized by Google

développé parallèlement le droit de responsabilité sur la base de l'assurance coopérative.

A. Caisses des mineurs.

La première institution coopérative destinée à remplir sur la base du principe de l'assurance coopérative les conditions nécessaires pour assurer l'existence économique des ouvriers en cas d'incapacité de travail était celle des caisses des confréries de mineurs.

Les caisses de secours des mineurs reposant sur l'association sont connues depuis des siècles. C'est à cause de l'ancienneté de cette tradition que la législation a réglé et protégé en premier lieu l'institution des caisses des confréries de mineurs.

L'assurance obligatoire des mineurs ainsi que l'organisation et l'activité des caisses des confréries furent réglées, en Hongrie aussi, par la loi autrichienne sur les mines de l'an 1854 qui fut mise en vigueur en Hongrie par le brevet impérial du 23 mai 1854, à l'époque de la suspension de la Constitution hongroise. Lorsque la Constitution fut restituée en 1867 après la convention entre la Hongrie et l'Autriche, les lois publiées pendant la suspension de la Constitution furent mises hors vigueur; cependant, sur la proposition de l'enquête convoquée en 1867 par le Iudex Curiae pour réviser les lois hongroises, quelques-unes de ces lois furent pourtant maintenues dans l'usage judiciaire jusqu'à ce que la législation hongroise constituelle en disposât. Ainsi, la loi sur les mines avec les modifications proposées par l'enquête resta en vigueur jusqu' aujourd'hui, la codification d'une nouvelle loi étant préparée, mais pas encore terminée. La loi mentionnée oblige chaque propriétaire de mines d'établir une caisse de mineurs servant à secourir les ouvriers, leurs veuves et orphelins, mais à laquelle chaque ouvrier de la mine est forcé de participer. La loi sur les mines indique les points qui doivent être réglés par les statuts de la caisse.

Digitized by Google

Le secours qu'accordent les caisses de mineurs se basant sur la loi des mines embrasse ordinairement les frais de guérison, d'assistance des malades, d'entretien ou d'indemnisation des veuves et des orphelins et les frais funéraires.

Les caisses de mineurs basées sur la loi des mines de l'an 1854 sont destinées aux ouvriers des mines et des forges. Ayant égard à l'ancienneté de leur organisation et aux conditions spéciales du travail des mines, l'article de loi de XIV de 1891 n'y toucha pas et ne les modifia qu'en tant qu'il leur enjoignit de recevoir comme membres aussi les ouvriers des travaux se rattachant au travail des mines. Par rapport à ces ouvriers, les caisses de mineurs ont à observer les réglementations de l'article de loi XIV de 1891 sur le minimum des secours et le maximum des contributions.

Bien que la loi des mines en vigueur depuis 1854 eût rendu les caisses de mineurs capables d'un plus vaste développement, l'influence des dispositions légales peu exactes devait pourtant être défavorable à l'organisation et à l'activité des caisses de mineurs, ainsi qu'aux affaires de l'assurance exercée par elles, de sorte qu'aux tendances anciennes de codifier à nouveau le droit des mines se joignit la nécessité d'améliorer les instituts d'assurance des mineurs.

Le Ministre des finances du royaume de Hongrie fit donc, en 1903, donner une nouvelle forme à la loi des mines avec l'intention d'y régler aussi les caisses de mineurs.

B. Assistance des ouvriers des métiers et des fabriques.

Jusqu'au milieu du XIXième siècle, nous ne trouvons pas, vu le caractère patriarcal des conditions du travail, d'institutions qui auraient eu la tâche de secourir les ouvriers des métiers. Car les secours fournis surtout par les villes étaient des actes de charité publique et les corps des métiers avec leurs aumônes et auberges pour les compagnons voyageurs se bornaient plutôt à l'assistance de l'ouvrier sain tandis que

Digitized by Google

l'ouvrier malade trouvait le soutien nécessaire dans la maison de son maître.

Mais par suite du développement de l'industrie manufacturière et du commerce et sous l'influence de l'esprit de corps se manifestant dans l'organisation des corps des métiers, naquit peu à peu une institution spéciale pour secourir les ouvriers industriels, de sorte que les institutions d'assistance des ouvriers des fabriques et des métiers reposent aussi sur un fondement vénérable par son ancienneté.

Lorsque dans la séance du Parlement hongrois du 29 avril 1885 la question des institutions humanitaires existantes pour ouvriers fut traitée, le Gouvernement ordonna la recherche et l'élaboration des données les concernant. Le premier recensement statistique de l'année 1885 fournit des détails sur les institutions d'assistance fondées en partie par les employeurs, en partie par voie d'association par les ouvriers mêmes pour assurer les secours matériels nécessaires en cas de maladie.

Quoiqu'on pût constater une augmentation constante des associations et caisses de secours, le manque d'une réglementation légale se fit de plus en plus sentir par rapport à la généralisation de l'assurance et à l'activité des associations. C'est l'Association industrielle du royaume de Hongrie qui souleva la première, en 1876, la question de la réglementation légale de l'assurance en proposant l'établissement de l'assurance obligatoire qui devait être administrée par les caisses obligatoires municipales à côté des instituts privés existants qu'on voulait maintenir. Cette initiative aboutit à un résultat du moins partiel puisque par l'article de loi XVII de 1884, c'est-à-dire par la loi sur l'industrie, la question de l'assurance des ouvriers en cas de maladie fut réglée, mais seulement pour les ouvriers-artisans et sans obligation. Car, d'après le § 126 P d) de cette loi, les corps des métiers sont chargés aussi de la fondation de caisses de secours.

Digitized by Google

Par suite de l'insuffisance des caisses de secours peu nombreuses fondées par les corps des métiers, ceux-ci furent poussés eux-mêmes à s'occuper plus intensivement de la fondation de caisses de secours obligatoires. Il en résulta une résolution prise par l'assemblée générale de tous les corps des métiers du pays au mois de mai 1879 d'après laquelle les dispositions sus-mentionnées de la loi des mines devaient être abolies et des caisses de secours obligatoires pour les compagnons des métiers qui exigent le certificat de capacité devaient être établies dans toute ville ou commune habitée au moins par 100 artisans.

Par suite de cette initiative des cercles industriels et d'après le modèle des institutions fondées à l'étranger, la législation hongroise basa par l'article de loi XIV de 1891 l'assurance des ouvriers en cas de maladie sur le principe obligatoire. Ainsi fut organisé le système des caisses de secours pour malades par lequel le problème social de l'assistance et de l'entretien des ouvriers devenus incapables de travailler a été dissolue, du moins partiellement, dans une mesure efficace au point de vue financier et sanitaire, comme cela se voit dans les faits statistiques. Il est vrai qu'on n'y arriva qu'après avoir surmonté bien des difficultés et soutenu un combat continuel contre les obtacles résultant du morcellement de toute l'organisation.*)

C. Assurance des ouvriers agricoles (article de loi XVI de 1900).

Par rapport à l'assurance coopérative des ouvriers, la législation hongroise prit donc la voie de l'association volontaire, à l'exception des caisses de mineurs qui par suite de

*) Les données concernant la situation et l'activité des caisses de secours pour malades existant en Hongrie sont publiées par le »Rapport sur l'activité du Gouvernement du royaume de Hongrie et l'état général du pays et Annuaire statistique« paraissant annuellement.

Digitized by Google

la tradition de plusieurs siècles et des conditions spéciales du travail de mines se développèrent à part. Plus tard, le droit d'assurance prit deux directions différentes. Quant à l'assurance des ouvriers industriels, la législation adopta par l'article de loi XIV de 1891 cité plus haut le principe de l'assurance obligatoire; mais pour l'assurance des ouvriers agricoles, la législation maintint à l'avenir aussi par l'article de loi XV de 1890 la base de l'assurance volontaire.

L'assurance des ouvriers agricoles n'est pas administrée par des organisations locales ou professionnelles comme les caisses de secours pour malades des ouvriers industriels, mais par une Caisse de secours de l'État placée sous la surintendance du Ministre de l'agriculture du royaume de Hongrie.

Les organes de cette caisse sont: a) la direction centrale et b) les commissions locales.

Dans chaque commune ou ville où la caisse compte au moins 50 membres, une commission locale est formée, composée de 12 membres.

Là où une commission locale n'est pas constituée, sa tâche est remplie par le chef de la commune, ou par le représentant autorisé de la direction centrale, ou par la commission locale des notaires de district formée par la direction.

La sphère d'activité des commissions locales embrasse toutes les affaires administratives locales, surtout la décision en première instance sur toutes les questions d'admission, d'exclusion et d'assistance.

Les membres de la Caisse de secours de l'État pour ouvriers et domestiques agricoles sont des membres ordinaires ou extraordinaires. Les membres ordinaires sont divisés en quatre classes. Peut être membre ordinaire — sans égard au sexe — tout ouvrier possédant un certificat d'ouvrier ou tout domestique agricole possédant un livret de domestique, puis toute personne s'occupant d'agriculture, et cela, quant à la première et la seconde classe, si à l'époque de son entrée

Digitized by Google

elle a atteint l'âge de 14 ans, mais pas encore dépassé l'âge de 35 ans; quant à la troisième classe, si elle a atteint l'âge de 14 ans et qu'elle n'a pas plus de 50 ans; enfin, quant à la quatrième classe, sans égard à l'âge.

Peut être membre extraordinaire, sans égard à l'âge, tout ouvrier possédant un certificat d'ouvrier.

Hormis les groupes mentionnés des membres volontaires, la Caisse a aussi des membres obligatoires. Surtout, il faut considérer comme membres obligatoires les domestiques agricoles. Car pour eux, les employeurs sont obligés de payer les contributions, et ils reçoivent, même quand ils ne sont pas entrés spontanément dans la Caisse, les secours dus aux membres extraordinaires. De même — par suite de l'article de loi XIV de 1902 — l'assurance des ouvriers occupés aux machines agricoles est obligatoire. Quant à l'assurance contre accidents, la Caisse peut faire des contrats spéciaux avec les employeurs, respectivement les propriétaires de machines.

Chaque membre de la Caisse peut appartenir à plusieurs groupes des membres ordinaires, moyennant plusieurs livrets de membres, ou il peut s'assurer plusieurs fois dans la même classe en acquérant le nombre relatif de livrets de membres.

La cotisation des membres ordinaires du premier groupe se monte a 20 heller par jour, cela fait 10 Cour. 40 heller par an, celle des membres ordinaires du second groupe à 11 heller par semaine, cela fait 5 Cour. 72 heller par an. Les cotisations échoient tous les six mois, cependant elles peuvent aussi être payées par termes hebdomadaires de 20, respectivement 11 heller.

La cotisation des membres du troisième groupe, qui doit être payée à partir du jour de l'entrée jusqu'à la mort du membre, est de 2 Cour. 60 heller par an et échoit tous les six mois, mais elle peut être payée par termes hebdomadaires de 5 heller.

Digitized by Google

La cotisation des membres du quatrième groupe se monte à 50 Cour. 20 heller par an, écheant également tous les six mois, mais payables aussi par termes hebdomadaires de 10 heller.

La Caisse accorde à ses membres des secours en cas de maladie, d'invalidité, de vieillesse, d'accidents et des secours pour les veuves et les orphelins.

D. Assurance contre accidents et invalidité.

Quant à la réglementation législative de l'assurance contre accidents, le Parlement hongrois résolut, dans sa séance du 28 février 1885, que le Gouvernement devait présenter le plus tôt possible un projet de loi sur l'assurance-accidents des ouvriers. Par conséquent, en 1890, un projet de loi fut élaboré qui cependant trouva un accueil si défavorable de la part des classes intéressées qu'on y renonça.

Jusqu'en 1901, ce problème ne fut plus discuté en Hongrie. Mais l'allocution impériale par laquelle la session du Parlement de 1901 à 1906 fut ouverte, plaça de nouveau cette question au premier plan et eut pour conséquence que le projet de loi fut achevé. Les cercles intéressés, invités à donner leur avis sur ce projet basé sur le principe de l'assurance obligatoire contre accidents, l'accueillirent pour la plupart d'une manière extrêmement favorable — se reservant seulement quelques modifications de détails — et demandèrent d'urgence depuis lors à plusieurs reprises la solution de l'assurance-accidents sur la base de ce projet.

Donc, tandis que l'assistance des malades est déjà réglée par la loi, et que pour l'assurance-accidents un projet de loi est élaboré sur lequel les cercles intéressés n'ont pas seulement donné leur avis, mais qu'ils ont déjà acceptés et dont ils ont même demandé l'exécution d'urgence, l'assurance-vieillesse et -invalidité est abandonnée à l'initiative privée.

Des sociétés fondées il y a plusieurs dizaines d'années s'occupent de cette branche d'assurance et remplissent par là

Digitized by Google

un rôle social et humanitaire de plus en plus important. Il faut surtout nommer l'Association de retraites des employés privés et l'Association d'invalidité et de retraites des ouvriers de la Hongrie.

La vie économique de la Hongrie se trouve dans une période d'évolution. Sous l'influence de l'intensité grandissante de la production et des idées de l'époque moderne, toute une série de problèmes économiques et sociaux a été soulevée dans toutes les branches de la vie économique et industrielle. Les créations législatives mentionnées ne sont pas seulement le résultat du développement économique, mais en même temps la base de créations de politique sociale à l'avenir et les garanties réelles de celles-ci. Comme nous voyons surtout dans les nouvelles initiatives législatives, les institutions de politique sociale du pays se développent, quoique adoptant les expériences faites à l'étranger et les appliquant aux conditions spéciales du pays, tout à fait indépendamment et, bien qu'elles soient basées sur les lois de la technique d'assurance, elles sont remplies des idées dominantes de l'humanité et de la politique sociale de la nation.

L'idéal auquel tendent ces initiatives législatives est l'organisation uniforme de l'assurance ouvrière basée sur les lois de la technique d'assurance, par laquelle la classe des ouvriers serait à même de collaborer avec la classe des employeurs par la voie de l'autonomie, l'État lui vouant son soutien et sa protection, et par laquelle, les effets nuisibles des accidents se trouvant compensés, la force de travail, l'un des plus importants agents économiques, serait secourue.

En poursuivant ce but, les prochaines dispositions législatives de la Hongrie consisteront en la création d'une nouvelle loi sur l'assistance des malades et d'une loi sur l'assurance obligatoire des ouvriers contre accidents, éventuellement en une solution commune des deux branches d'assurance, et ce sera là le point de départ d'une nouvelle période de législation de politique sociale en Hongrie.

Digitized by Google

DIE VERSORGUNG UNBEMITTELTER AUSSERHALB DES ARMENWESENS IN DÄNEMARK

VON

CORDT TRAP

DIREKTOR DES KOMMUNALSTATISTISCHEN BUREAUS KOPENHAGENS
UND MITGLIED DES DÄNISCHEN ARBEITERVERSICHERUNGSRATES

In Dänemark haben die Bestrebungen, eine von der Armenpflege unabhängige soziale Versorgungsgesetzgebung zu schaffen, schon recht umfassende Resultate erzielt. Bevor ich aber die auf diesem Gebiete durchgeführten Gesetze bespreche, werde ich kurz die Vorgeschichte derselben berühren.

Die ersten Elemente einer Arbeiterversicherung findet man in Dänemark innerhalb der Zünfte, von denen die meisten Krankenkassen und einige auch noch Altersversorgungskassen für ihre Gesellen hatten. Da das Monopol der Zünfte vom Jahre 1862 an zu rechnen aufgehoben und die Gewerbefreiheit das Grundgesetz unseres gewerblichen Lebens wurde, blieben doch die meisten Zunftkrankenkassen als freie Kassen bestehen, und mit diesen als Kern erwuchs innerhalb der unbemittelten Klassen eine freiwillige Krankenkassenbewegung, die sich zuerst auf die Städte beschränkte, vom Anfang der Siebzigerjahre sich aber auch auf die Landesdistrikte hinausverbreitete. Von 1868 bis 1884 ist die Anzahl der Krankenkassenmitglieder von 29.000 auf 128.000 gewachsen. Dagegen wird nur wenig für die Altersversicherungsfrage ausgerichtet. Ein erhöhtes Interesse für die Arbeiterversicherung resultierte aus der mächtigen darauf gerichteten Bewegung, die um das Jahre 1880 herum in Deutsch-

Digitized by Google

land entstand. So wurden in den Jahren 1883 und 1884 von dem Ministerium Estrup Entwürfe zu einer Altersunterstützung für Unbemittelte dem Reichstage vorgelegt, und im Jahre 1885 berief die Regierung eine Kommission, die sich mit den Fragen der Unfallversicherung der Arbeiter und eines Krankenkassengesetzes beschäftigen sollte. In öffentlichen Versammlungen, in der Tages- und Fachpresse, wurde die soziale Versorgung, namentlich die Altersversorgungsfrage behandelt, und von verschiedener Seite (Bramsen, Neergaard, Rubin, Krankenkasseninspektor Sörensen) erschienen Vorschläge zu einer Ordnung dieser Sache. Die Sache war indessen kaum spruchreif, als die Realisation der Altersversorgung durch eine bestimmte politische Konstellation herbeigeführt wurde.

In der Reichstagssession 1890/91 hatte die moderate Linke eine Umlegung der Steuerlast von Zucker auf spiritushaltiges Bier, das bis dahin nicht besteuert war, vorgeschlagen. Im Gegensatz hiezu stellten die radikalen Volksthingsmitglieder Berg und Hörup den Vorschlag, den Ertrag der projektierten Biersteuer in Verbindung mit einigen anderen Staatseinnahmen zur Durchführung einer Altersunterstützung für Unbemittelte zu benützen. Es war beabsichtigt, jeder unbemittelten Person, die ihr 62. Jahr erreicht hatte, eine feste, aus Staatsmitteln entrichtete, für die Städte und die Landdistrikte verschieden bemessene Leibrente zu geben. Daneben sollten die Unbemittelten berechtigt sein, bei der Staatsanstalt für Lebensversicherung eine Leibrente von einer näher bestimmten Größe gegen halbe tarifmäßige Prämie zu zeichnen. Die moderate Linke und die Rechte einigten sich jetzt auf einen Vorschlag, der mit dem Berg-Hörup'schen Vieles gemein hatte, sich aber doch in wesentlichen Punkten von diesem unterschied, namentlich darin, daß die Unterstützungen nicht fest bestimmt waren, sondern sich nach der Bedürftigkeit des Bewerbers richteten, wobei noch gefordert wurde, daß der Betreffende sich während eines gewissen Zeitraumes von der Armenpflege frei gehalten habe. Durch diese Bestimmung

Digitized by Google

wurde eine indirekte Selbsthilfe in das Gesetz hineingetragen. Dieser Vorschlag ist mit einigen weniger wesentlichen Änderungen in dem jetzigen Altersversicherungsgesetz vom 9. April 1891 aufgenommen. Der Hauptinhalt dieses Gesetzes ist folgender:

Jeder Heimatsberechtigte, der das 60. Jahr zurückgelegt hat, ist, wenn er nicht mehr im Stande ist, für sich selbst oder für diejenigen, deren Versorgung ihm obliegt, das zum Lebensunterhalt oder in Krankheitsfällen zur Kur und Pflege Notwendige zu beschaffen, zur Altersunterstützung berechtigt, wenn er gewisse gesetzlich geforderte Bedingungen erfüllt. Von diesen mögen folgende hier genannt werden. Der Bewerber muß während der letzten 10 Jahre, bevor er sein Gesuch um Altersunterstützung einreicht, festen Wohnsitz hier im Lande gehabt haben und darf während dieser Zeit weder eine Armenunterstützung empfangen haben noch wegen Umtreibens oder Bettelns bestraft sein. Außerdem wird gefordert, daß der Betreffende nicht wegen einer in der öffentlichen Meinung entehrenden Handlung verurteilt ist, für welche er nicht Rehabilitation erlangt hat und daß die Bedürftigkeit nicht selbstverschuldet ist, z. B. dadurch hervorgerufen, daß der Unbemittelte zu Gunsten seiner Kinder oder anderer über die zu seinem Unterhalt nötigen Mittel verfügt hat.

Die Unterstützung soll das zu jeder Zeit zum Unterhalt des Unterstützten und seiner Familie Erforderliche sowie in Krankheitsfällen das zur Kur und Pflege Notwendige ausmachen und kann sowohl in Geld als in Naturalleistungen und auch in der Unterbringung in Altersheimen oder ähnlichen Anstalten bestehen.

Die Ausgaben zur Altersversorgung werden nach folgenden Regeln von den Gemeinden und dem Staate gemeinsam getragen. Die Gemeinde des Aufenthaltsortes entrichtet die Unterstützung; falls der Betreffende aber eine von dieser verschiedene Versorgungsgemeinde hat, soll diese drei Viertel der aufgewandten Kosten refundieren. Endlich soll die Staatskasse die Hälfte sämtlicher von den einzelnen Gemeinden zur Altersunterstützung entrichteten Beträge beisteuern.

Digitized by Google

Die Altersversorgung wird von den Gemeindebehörden verwaltet: in Kopenhagen vom Magistrat, in den übrigen Gemeinden vom betreffenden Gemeindevorstand. Bei diesen Behörden ist das Gesuch um Altersunterstützung einzureichen. Dem Gesuch sind die notwendigen Legitimationspapiere und Urkunden beizufügen, und es soll mit einer vom Bewerber auf Treu und Glauben unterschriebenen Erklärung versehen sein, daß sein Inhalt der Wahrheit entspricht. Die genannten Gemeindebehörden entscheiden nach beendigter Untersuchung der Verhältnisse, ob der Antragsteller Anrecht auf Unterstützung hat und bestimmt im Bejahungsfalle die Größe derselben. Die einmal gewährte Unterstützungssumme behält der Betreffende in der Regel unverändert, so lange seine Verhältnisse dieselben bleiben. Die von den Gemeindebehörden getroffenen Entscheidungen können nicht bei den Gerichten eingebracht, sondern sollen der Oberbehörde vorgelegt werden. Deren Entscheidung ist, falls dem Gesuch nicht Folge geleistet wird, endgiltig, kann aber andernfalls der Berufung an den Minister des Innern unterliegen. In Kopenhagen sind Beschwerden über die Entscheidungen des Magistrats direkt beim Ministerium des Innern anzubringen.

Das Gesetz von 1891 ist in einigen Punkten durch das Gesetz vom 23. Mai 1902 geändert; dieses bestimmt unter anderem, daß die Behörden bei der Feststellung der Größe der Altersunterstützung solche Einnahmen, die von privater Unterstützung herrühren, nicht berücksichtigen dürfen, falls diese 100 Kr. nicht überschreiten und daß sie berechtigt sind, Einkünfte außer Betracht zu lassen, welche der Antragsteller in anderer Weise, etwa aus Leibrenten, Legaten, Pensionen oder dergl. bezieht, ebenso auch die Nutznießung an Wohnung, insoweit der Wert davon einschließlich etwa privater Unterstützungen insgesamt 100 Kr. nicht übersteigt.

Ferner wurde die Milderung eingeführt, daß eine von der Gemeinde erhaltene Krankenhilfe (darunter Arznei, Kranken-

Digitized by Google

hausbehandlung u. dergl.), die sonst als Armenhilfe gerechnet wird, doch nicht der Erreichung der Altersunterstützung hinderlich sein soll. Eine Verschärfung bedeutet es dagegen, daß das Gesetz von der Altersunterstützung solche Personen ausschließt, die ein Ärgernis erregendes Leben geführt haben (erweisliche Trunksucht, gewerbsmäßige Unzucht oder dergl.).

Die Altersversorgung hat seit dem Inkrafttreten derselben eine sehr bedeutende Entwicklung aufzuweisen, wovon die nachstehende Tabelle ein Zeugnis gibt.

Am Ende des Jahres	Hauptpersonen		Angehörige	Zusammen	Durchschnittliche Unterstützung pro Hauptperson Kr.[1]	Gesamt-Ausgabe	Davon Staatszuschuß
	Männer	Frauen					
1892	15.311	15.646	12.869	43.826	82,63	2.557.961	1.014.278
1893	16.207	16.722	13.652	46.581	90,00	2.963.086	1.392.154
1894	16 847	17.856	13.706	48.409	95,82	3.249.454	1.618.724
1896	18.165	19.810	14.955	52.930	105,62	3.893.699	1.950.134
1898	19.198	21.561	15.897	56.656	114,47	4.551.340	2.278.040
1900	19.665	22.828	15.854	58.347	122,27	5.140.855	2.571.153
1902	21.137	24.878	16 791	62.806	135,12	6.063.413	3.031.705

Es ist sowohl eine sehr bedeutende Steigerung in der Anzahl der unterstützten Hauptpersonen, besonders der weiblichen, wie auch in der durchschnittlichen Höhe der Unterstützungen ersichtlich. Über die letztgenannte Steigerung für Kopenhagen, die Provinzialstädte und die Landbezirke geben die nachfolgenden Zahlen einige Aufschlüsse.

	Durchschnittliche Unterstützungen für Hauptpersonen	
	1895	1902
	Kronen	
Kopenhagen	146,63	183,17
Provinzialstädte . . .	118,26	163,89
Landbezirke	87,20	113,11

[1]) Hier und überall in dem Folgenden bezeichnet Kr. dänische Krone = 1,125 Mark = 1,389 Franks = 1,323 österreichische Krone.

Digitized by Google

Die demokratische Tendenz der Zeit in Verbindung mit dem Umstand, daß die Staatskasse den Gemeinden die Hälfte der Ausgaben bei der Altersversorgung zuschießen soll, hat sich stark genug erwiesen, die durchschnittliche Größe der Altersversorgungsunterstützung in beträchtlicher Weise zu heben, trotz des lokalen Sparsamkeitssinnes, der oft, namentlich in den Landgemeinden, gesucht hat, zurückzuhalten.

Als Folge der Steigerung sowohl mit Rücksicht auf die Anzahl der Altersversorgten als auch auf die Höhe der Unterstützung sind die Ausgaben zur Altersversorgung natürlich bedeutend gewachsen. Von 1892 bis 1902 sind sie zum Beispiel von zirka $2^1/_2$ auf zirka 6 Millionen Kronen gestiegen.

Wenden wir uns zu einer Schätzung der dänischen Altersversorgung, so müssen folgende Züge hervorgehoben werden. Da zur Durchführung dieser Sache keine Beiträge seitens der unterstützten Personen gefordert werden, kann die Altersversorgung leicht und billig durchgeführt werden, indem die Administration derselben dem Gemeindevorstand überwiesen ist, der jedenfalls in den kleineren Gemeinden die Altersversorgung hat administrieren können, ohne daß es nötig wäre, eine neue Organisation zu schaffen. Die gewichtigste Beschwerde gegen das Gesetz ist die, daß die Versorgten kein wirkliches Recht haben, da die Feststellung der Größe der Altersversorgung dem Ermessen der Gemeindeverwaltung anheimgestellt ist. Dieser Umstand wird demnach in Verbindung mit dem Mangel an Selbsthülfe dazu beitragen, den Charakter der Altersversorgung herabzusetzen. Von größerer reeller Bedeutung ist es, daß die Gemeindeverwaltungen, die nicht immer so weit in die Zukunft hinausschauen, wenn es möglich ist, im Augenblicke etwas zu sparen, versucht sein werden, die Unterstützung herabzusetzen oder ganz wegfallen zu lassen, wenn der Unterstützte unter irgend einer Form von außerhalb Einnahmen hat, zum Beispiel durch Arbeit, durch Zinsen von einem kleinen aufgesparten Kapital, durch Gaben oder Unter-

Digitized by Google

stützungen von anderen. Daß dieses auf verschiedene Weise demoralisierende Wirkungen haben kann, ist leicht zu ersehen. So wird der Unbemittelte, von dem Tage an, da er das 60. Jahr zurückgelegt hat, kein Interesse mehr daran haben, seine Arbeit fortzusetzen, indem die Gemeinde und nicht er selbst die Früchte derselben genießen würde. Eine andere Folge des Systems ist die, daß die Bande, die den Unbemittelten und seine Verwandtschaft, Freunde und frühere Arbeitgeber verbanden, zerschnitten werden, indem dieselben, wenn sie sehen, daß ihr Zuschuß praktisch gesehen in die Tasche der Gemeinde geht, sich ganz natürlich zurückziehen werden. Eine große Gefahr enthält ferner das jetzige System darin, daß das Interesse daran, durch eigene Kraft sich etwas zur Hilfe in den alten Tagen zusammenzusparen, stark abgeschwächt wird. Es liegt in der Natur der Sache, daß es schwer fällt, einen direkten Beweis für die schädlichen Wirkungen, die das Gesetz in dieser Richtung verursacht, zu führen; daß aber eine solche Einwirkung stattfindet, ist auch ohne Beweis wahrscheinlich, indem das Selbstinteresse unzweifelhaft eine der Haupttriebfedern der menschlichen Handlungen ist. In dieser Richtung gehen auch die Aussagen der Männer, die mit dem Gedankengange der unbemittelten Bevölkerungsschichten vertraut sind. Wenn man sich bestrebt, dieselben zu bewegen, ihr Alter zu sichern, lautet die Antwort in der Regel: „Bei der jetzigen Ordnung der Altersunterstützung gewinnen wir dadurch nichts". Es existiert zum Beispiel eine Altersversorgungskasse für subalterne Funktionäre des Postetats, die teils durch freiwillige Beiträge der Interessenten, teils durch ebensogroße Zuschüsse vom Staat unterhalten wird, und es ist mir von einem mit den Verhältnissen vertrauten Manne gesagt worden, daß das größte Hemmnis für einen großen Anschluß an die Kasse seitens der Postfunktionäre in obigem Räsonement von der Nutzlosigkeit der Selbsthilfe liegt. In einem Aufsatz in der dänischen nationalökonomischen Zeitschrift sind neuerdings als

Digitized by Google

Beispiel dafür, wie die Altersversorgung die Richtung der Selbsthilfsbestrebungen beeinflußt, einige Zahlen aus der Alters- und Kinderversorgung der Arbeiterbank Kopenhagens vorgeführt. In der ersten Abteilung der Versorgungskasse können Einzahlungen gemacht werden, die mit Zinsen und Prämien, die von der Bank beigesteuert werden, zum Einkauf einer Leibrente nach dem 60. Jahre benützt werden. In der zweiten Abteilung können für ein Kind Einzahlungen gemacht werden, die mit Zinsen und Prämien zu einem näher bestimmten Zeitpunkte in dem Leben des Kindes gefordert werden können. Das Publikum, welches die beiden Abteilungen der Versorgungskasse sucht, gehört in der Regel den ganz unbemittelten Volksschichten an. Die untenstehende Tabelle zeigt den jährlichen Zugang an Interessenten innerhalb der beiden Abteilungen.

	Alters- Versorgung	Kinder- Versorgung		Alters- Versorgung	Kinder- Versorgung
1887 . .	265	289	1894 . .	153	370
1888 . .	306	313	1895 . .	168	403
1889 . .	448	310	1896 . .	123	368
1890 . .	438	448	1897 . .	120	398
1891 . .	666	390	1898 . .	133	428
1892 . .	424	466	1899 . .	77	515
1893 . .	251	359	1900 . .	53	461

Man bemerkt das starke Fallen der Anzahl der gezeichneten Altersversorgungen seit dem Jahre 1892.

Die hervorgehobenen Mängel, unter welchen die Altersversorgung leidet, beruhen — wie schon berührt — im wesentlichen darauf, daß die Größe der Altersversorgung hauptsächlich von der Schätzung der Gemeindevorstände abhängig ist. Es sind deshalb verschiedene Versuche gemacht worden, diese Mängel des Gesetzes dadurch abzuschwächen, daß die Gemeindevorstände durch festere Regeln gebunden werden. Es mag hier an die vorerwähnten Bestimmungen des Gesetzes vom 23. Mai 1902 erinnert werden. Erwähnt mag noch sein,

Digitized by Google

daß die Kommune Kopenhagen schon vor dem Gesetz vom Jahre 1902 gewisse Regeln dafür gegeben hatte, in welchem Verhältnis die festen Einnahmen bei der Berechnung der Größe der Altersversorgung eingerechnet werden können; so müssen zum Beispiel Einnahmen, die aus der Sparsamkeit des Bewerbers hervorgegangen sind, zur Hälfte zur Vergrößerung der Unterstützung dienen.

Von Interesse ist der Vorschlag betreffs fester Taxen, der von dem Magistrat Kopenhagens im Jahre 1900 ausgearbeitet ist und der durch einen im Reichstage eingebrachten Gesetzentwurf über Altersunterstützung veranlaßt schien. Der Vorschlag geht von gewissen Summen aus, die für den Lebensunterhalt als notwendig angesehen werden müssen. Diese sind in Kopenhagen und Frederiksberg 360 Kronen, in den Provinzialstädten 300 Kronen und in den Landbezirken 240 Kronen. Für Ehefrauen wird eine Zulage von beziehungsweise 120, 100 und 60 Kronen berechnet, dasselbe für das erste und die Hälfte für jedes folgende unversorgte Kind. Diese Summen bezeichnen eine Grenze derart, daß derjenige, dessen Einnahmen diese Grenze erreichte oder überschritt, in der Regel keine Altersunterstützung erlangen kann, während derjenige, dessen Einnahmen geringer sind, nach folgenden Regeln auf eine feste Unterstützung ein Anrecht hat.

In der Altersklasse:	Kopenhagen und Frederiksberg	Provinzialstädte	Landbezirke
60—64 Jahre	60 Kronen	50 Kronen	40 Kronen
65—69 „	120 „	100 „	80 „
70—74 „	180 „	150 „	120 „
75—79 „	240 „	200 „	160 „
80 Jahre oder darüber	300 „	250 „	200 „

Der Hauptgedanke dieses Vorschlages ist der, daß falls man feste Unterstützungstaxen einführte, auf welche Alle, welche die Bedingungen des Gesetzes zwecks Erreichung der Altersunterstützung erfüllten, und die nicht im Besitze der

Digitized by Google

zum Lebensunterhalte notwendigen Jahreseinnahme sind, ein Anrecht hätten, die wesentlichsten Unannehmlichkeiten der Altersversorgung wegfallen würden, indem die Unbemittelten jetzt ein Interesse daran haben würden, sich durch Aufsparungen Hilfe für die alten Tage zu sichern und dann Verwandte und Gönner ihnen aufs Neue ihre Unterstützung zuwenden würden.

Der Vorschlag wegen Einführung fester Taxen wurde sämtlichen Amts- und Stadträten und einer Anzahl Gemeinderäten zur Begutachtung vorgelegt. Eine Majorität der Stadträte hat sich zu Gunsten der festen Taxen ausgesprochen, während die allermeisten Amts- und Gemeinderäte, von denen Erklärungen eingingen, sich denselben ungünstig gegenüberstellten.

Als ein Beweis dafür, daß man sich nicht mit der jetzigen Altersfürsorge als der endlichen Ordnung der Sache zufrieden gibt, sei schließlich die Tatsache angeführt, daß laut Gesetz vom 27. März 1903 eine aus Mitgliedern des Reichstages und Fachmännern bestehende Kommission zur Erwägung der Frage einer allgemeinen Invaliditäts- und Altersfürsorge eingesetzt ist. Die Kommission hat die Befugnis, in ihre Erwägungen auch andere Zweige der sozialen Fürsorgegesetzgebung, zum Beispiel die Arbeitslosenversicherung einzubeziehen.

Wir haben schon erwähnt, daß die Krankenkassenbewegung in den Siebzigern und in der ersten Hälfte der Achtzigerjahre einen bedeutenden Aufschwung genommen hatte. Dieses war eine mitwirkende Ursache, daß die i. J. 1885 eingesetzte Arbeiterversicherungskommission die Freiheit als leitendes Prinzip für die Entwicklung der Krankenkassen zu bewahren, dieselben aber gleichzeitig durch ökonomischen Beistand von Seiten des Staates zu unterstützen und fördern wünschte. Diese

Digitized by Google

Gesichtspunkte waren es denn auch, welche dem Krankenkassengesetz vom 12. April 1892 zu Grunde gelegt wurden, dessen Hauptprinzip ist freie Wahl der Bevölkerung betreffs Eintrittes in die Krankenkassen und innerhalb derselben öffentliche Hilfe zur Selbsthilfe. Die öffentliche Unterstützung erreicht eine Krankenkasse durch Staatsanerkennung, die wiederum an Bedingungen geknüpft ist, welche die Entwicklung der Krankenkassen in die richtige Spur leiten sollen. Vor der Anerkennung muß ein Statut vorliegen, aus welchem hervorgeht, daß die geforderten Bedingungen erfüllt sind. Ist dieses der Fall, hat die Krankenkasse das Recht auf Anerkennung.

Den anerkannten Krankenkassen können beitreten: unbemittelte Arbeiter, Häusler, Handwerker, Gewerbetreibende, niedrig gelohnte Bedienstete, sowie andere mit den Genannten in wirtschaftlicher Beziehung gleichstehende Personen beiderlei Geschlechtes. Das Beitrittsrecht ist demnach nicht davon abhängig, daß der Betreffende einer bestimmten Gesellschaftsklasse angehört, sondern davon, daß er unbemittelt ist. Von den anderen Bedingungen, welche die Statuten als Regel aufstellen, mögen hervorgehoben werden, daß der Betreffende keine Armenunterstützung beziehen darf, daß er nicht wegen einer in der öffentlichen Meinung entehrenden Handlung verurteilt worden ist, für welche er nicht Rehabilitation erlangt hat, und daß er nicht an einer ernsteren chronischen oder unheilbaren Krankheit leidet. Dagegen ist es sehr selten, daß das Beitrittsrecht zu einer Krankenkassen von dem Heimatsrecht bedingt ist. Das Gesetz setzt als untere Altersgrenze für die Aufnahme in eine Krankenkasse das vollendete 15. Jahr fest, und die Statuten bestimmen in der Regel auch als Altersgrenze nach obenhin 45 Jahre. Eine Ehefrau muß, um Unterstützung zu bekommen, selbst Mitglied einer Krankenkasse sein, wogegen das Mitgliedsrecht der Eltern auch Kindern unter 15 Jahren, die im elterlichen Hause sind, Anrecht auf sämtliche Leistungen der Kassen mit Ausnahme der Geldhilfe gewährt.

Digitized by Google

Die laut Gesetz geforderten Bedingungen für die Anerkennung einer Krankenkasse haben den doppelten Zweck, einerseits eine sichere finanzielle Grundlage für die Wirksamkeit der Krankenkassen zu schaffen, andererseits den Mitgliedern ein gewisses Mindestmaß der Unterstützung zuzusichern, so daß die Hilfe effektiv wird. In erstgenannter Richtung wirkt zum Beispiel die Bestimmung, daß eine Krankenkasse eine gewisse Mindestzahl an Mitglieder, in der Regel 50, haben solle.

In bezug auf den Kreis von Personen, den eine Krankenkasse umfassen soll, stellt das Gesetz den Grundsatz auf, daß eine Kasse entweder an eine passende örtliche Begrenzung, in der Regel an die Gemeinde (innerhalb einer solchen darf die Kasse nicht weniger als ein Kirchspiel umfassen) oder an ein bestimmtes Fach (Handel, Industrie oder Handwerke) geknüpft sein soll.

Die Verhältnisse haben es mit sich geführt, daß die Krankenkassenmitglieder, welche einen anderen Aufenthaltsort erwählen, in den meisten Fällen in der neuen Gemeinde eine Krankenkasse finden, bei welcher sie ohne Schwierigkeit Mitglieder werden können. Dies liegt teils darin, daß es nun Krankenkassen in den meisten Gemeinden gibt, teils in den Überführungsregeln, indem eine sehr große Anzahl der Krankenkassen sich in Zentralvereine eingemeldet haben, dessen eine Aufgabe es ist, Krankenkassenmitgliedern, die von dem Gebiete einer Krankenkasse in das einer anderen verziehen, Aufnahme in die Krankenkasse des neuen Aufenthaltsortes ohne Eintrittsgeld und ohne Rücksicht auf Alter und Gesundheitszustand zu sichern. Ist eine Krankenkasse für ein Fach errichtet, soll dieselbe innerhalb ihres örtlichen Gebietes allen Personen derjenigen Gesellschaftsklassen (Meister, Gesellen, Lehrlingen), für welche die Kasse errichtet ist, offen stehen. Als Hauptregel kann Krankenkassen, welche für ein bestimmtes Geschäft oder eine bestimmte Wirksamkeit errichtet werden, keine Anerkennung gegeben werden, doch sind in dieser Beziehung für

Digitized by Google

diejenigen Kassen, die bei dem Inkrafttreten des Gesetzes bereits bestanden, Ausnahmen gemacht.

Eine andere Bedingung für die Anerkennung ist die, daß das Verhältnis zwischen den Einnahmen und Ausgaben der Kasse auf einer wirtschaftlich gerechtfertigten Grundlage ruhen soll. Daß dieses der Fall ist, wird von dem Krankenkasseninspektor kontrolliert. Das Rechnungsjahr der Krankenkassen läuft vom 1. Januar bis zum 31. Dezember und innerhalb einer näher bestimmten Frist soll der Rechnungsabschluß und der Bericht an den Krankenkasseninspektor eingesandt sein. Dieser Beamte hat ein weitgehendes Recht, sich mit den Büchern, dem Rechnungswesen und der ganzen Wirksamkeit der Kassen bekannt zu machen. Der Krankenkasseninspektor hat ferner das Recht unter gewissen im Gesetze vorgeschriebenen Bedingungen dem Minister des Innern vorzuschlagen, daß die Staatsanerkennung zurückgezogen werde. Die Aufgaben des Krankenkasseninspektors bestehen jedoch nicht nur darin, die einzelnen Krankenkassen zu kontrollieren, sondern in gleich hohem Grade auch darin, ein Führer für die ganze Krankenkassenbewegung zu sein. Diese Seite seiner Wirksamkeit übt der Krankenkasseninspektor teils in Verbindung mit Repräsentanten der Krankenkassen (siehe hierüber später), teils selbstständig aus. Er soll den Vorständen der Kassen Aufschlüsse und Anleitungen geben, wenn sie sich an ihn wenden, und soll bei Errichtung neuer Kassen seinen Beistand leisten. Der Krankenkasseninspektor erstattet jedes Jahr dem Minister des Innern einen Krankenkassenbericht, welcher veröffentlicht wird.

Die Unterstützungen, welche die Krankenkassen laut Gesetz ihren Mitgliedern gewähren sollen, sind:

1. freie ärztliche Hilfe und Krankenhausbehandlung für die Mitglieder und deren Kinder unter 15 Jahren, sofern sie im elterlichen Hause sind. In die Krankenhausbehandlung müssen auch alle diejenigen Ausgaben ein-

Digitized by Google

gerechnet werden, welche dieselbe notwendig macht, zum Beispiel Bandagen, Extraverpflegung usw.; in den meisten Krankenkassen gehört auch Medizin zu den obligatorischen Leistungen;

2. ein tägliches Krankengeld, welches einen bestimmten Betrag ausmachen soll, der wenigstens 40 Öre täglich und höchstens zwei Drittel des durchschnittlichen Arbeitsverdienstes der Mitglieder betragen soll. In den Statuten einer Kasse kann jedoch bestimmt werden, daß für weibliche Personen und für männliche Personen unter 18 Jahren kein Krankengeld oder nur ein geringeres als das vorhin erwähnte gezahlt wird, vorausgesetzt, daß für diese Personen der Geldbeitrag auch niedriger gestellt wird, als der gewöhnliche. Erreicht die gewöhnliche Unterstützung einer Kasse nicht das erwähnte Maximum, so haben die Mitglieder das Recht, sich durch Extraprämien ein Krankengeld bis zu zwei Drittel ihrer eigenen oder des für sämtliche Mitglieder geltenden durchschnittlichen Arbeitsverdienstes zu sichern. Von dieser Bestimmung haben namentlich männliche Mitglieder in den Städten Gebrauch gemacht. Das Krankengeld soll sich auf mindestens 13 Wochen im Laufe von 12 aufeinander folgenden Monaten erstrecken. Dagegen wird kein Krankengeld gezahlt für eine Krankheit, die nur 3 Tage dauert, oder die sich nur über die ersten 6 Wochen der Mitgliedszeit erstreckt. (Um zu hindern, daß Personen, bei welchen eine Krankheit unmittelbar im Ausbruch ist, sich bei einer Krankenkasse einmelden).

Das Prinzip des Gesetzes, „Hilfe zur Selbsthilfe“, zeigt sich darin, daß die Ausgaben der Krankenkassen durch die Beiträge der Mitglieder in Verbindung mit ökonomischer Unterstützung, sowohl von Seiten des Staates als von Seiten der Gemeinden gedeckt werden. Die Mitgliedsbeiträge sollen in Verbindung mit den übrigen Einnahmen der Kasse im Stande

Digitized by Google

sein, die Ausgaben der Kasse zu decken. Die Einstrittsgelder, welche bei der Aufnahme in eine anerkannte Krankenkasse zu entrichten sind, sollen als Reservefond angelegt werden. Die Staatshilfe wird den Kassen in Form eines Geldzuschusses gewährt, dessen Maximum auf 2 Kronen jährlich pro Mitglied sowie einem Fünftel des Mitgliederbeitrages der Kasse festgesetzt ist.

Neben diesem direkten Staatszuschuß haben die anerkannten Krankenkassen, wenn sie ihre Mitglieder und deren im Elternhause sich befindenden Kinder unter 15 Jahren zur Behandlung in einem dem Staate oder einer Gemeinde gehörenden Krankenhause einlegen, ein Recht auf Erlaß oder Herabsetzung der Kosten auf höchstens die Hälfte der gewöhnlichen Bezahlung für eine eben so lange Zeit, als die Mitglieder einen Unterstützungsanspruch gegen die Kasse haben. Einige Gemeinden leisten jedoch auf diesem Gebiete wesentlich mehr als ihnen das Gesetz auferlegt. Dieses gilt besonders von den Gemeinden Kopenhagen und Frederiksberg, welche die nachfolgenden Bezahlungsregeln für Krankenkassemitglieder, die in die Gemeindekrankenhäuser eingelegt werden, festgesetzt haben. Es werden 60 Öre pro Tag für Mitglieder und 30 Öre pro Tag für deren im elterlichen Hause befindlichen Kinder unter 15 Jahren erlegt. Nach Verlauf von 13 Wochen wird darauf Bezahlungsfreiheit für die folgenden 13 Wochen gewährt, und danach wechseln 13wöchentliche Perioden mit herabgesetzter oder ganz wegfallender Bezahlung miteinander ab. Im Jahre 1902 sind in Übereinstimmung mit den angegebenen Bezahlungsregeln 3644 erwachsene Mitglieder sowie 1390 Kinder in die Kopenhagener Krankenhäuser eingelegt worden.

Auf dem Lande sind ferner die Gemeinden verpflichtet, innerhalb einer Grenze von $1^1/_2$ Meilen hin und eben so weit zurück den Mitgliedern freie Fuhren zum Abholen des Arztes oder der Hebamme oder zur Beförderung der Kranken zu diesen zu gewähren. Die einzelnen Krankenkassen haben

Digitized by Google

Selbstverwaltung, jedoch unter Wahrnehmung der im Gesetz gegebenen Vorschriften.

Die anerkannten Krankenkassen haben nach außen hin eine Art Repräsentation in dem Krankenkassenausschuß, der von den Vorständen der einzelnen Krankenkassen, die wenigstens 100 Mitglieder zählen, gewählt wird.

Mehrere kleinere Kassen können sich zusammentun um einen Repräsentanten zu wählen.

Vorsitzender ist der Krankenkasseninspektor, der den Ausschuß zur Erörterung der Sachen, die für die Krankenkassen von Interesse sind, zusammenberuft, und der Ausschuß hat das Recht vorzuschlagen, daß die einer Kasse zugestandene Anerkennung wegfallen soll, wenn die Kasse auf eine für die Krankenkasseninstitution im Ganzen ungünstige Art tätig ist. Außerdem können die Krankenkassen nach den vorgenannten Regeln Vertrauensmänner wählen, welche vom Krankenkasseninspektor jährlich zu Zusammenkünften im ganzen Lande zusammenberufen werden, um gewisse, alle Krankenkassen interessierende Fragen, wie die Errichtung von Rückversicherungsvereinen und die Aufstellung von Normalstatuten gemeinschaftlich zu regeln.

Auf Grund der hier skizzierten Ordnung haben die Krankenkassen während der Zeit seit dem Inkrafttreten des Krankenkassengesetzes eine sehr bedeutende Entwicklung zu verzeichnen, worüber man einige Aufschlüsse aus den nachstehenden Zahlen erhält:

		1893	1896	1899	1901	1903
Zahl der Krankenkassen		457	724	1014	1171	1271
Unbemittelte	Männer	60.311	91.703	136.170	167.917	200.849
	Frauen	55.550	86.969	129.784	164.654	201.308
Bemittelte		902	705	562	457	394
Insgesamt		116.763	179.377	266.516	333.028	402.551

Digitized by Google

	1893	1896	1899	1901	1903
EINNAHMEN (in dänischen Kronen)					
Mitgliederbeiträge .	721.828	1.100.220	1.680.372	2.206.821	2.714.127
Staatszuschuß . .	—	475.817	710.161	957.741	1.182.466
Gemeindezuschüsse	24.580	38.982	52.543	66.242	80.021
Andere Einnahmen	83.517	136.765	202.719	234.625	263.517
Insgesamt	829.925	1.751.784	2.645.795	3.465.429	4.240.131
AUSGABEN (in dänischen Kronen)					
Krankengeld . . .	439.312	611.518	1.013.966	1.278.010	1.520.549
Anstaltspflege . . .	51.031	95.298	159.150	225.434	328.371
Arzt und Fuhren .	266.286	517.833	862.456	1.106.992	1.436.174
Arznei	122.161	178.349	300.303	434.561	498.152
Verwaltungskosten .	84.190	126.392	175.154	246.458	294.530
Insgesamt	962.980	1.529.390	2.511.029	3.291.455	4.077.776
Vermögen	605.275	1.359.953	2.113.657	2.595.273	3.070.948

Im Laufe von 10 Jahren ist die Zahl der Krankenkassen von 457 auf 1271 angewachsen, von denen 1197 territorial begrenzt waren, während 74 Fach- oder Fabrikskassen waren; die Anzahl der unbemittelten Mitglieder ist in demselben Zeitraume von 115.861 auf 402.157 angewachsen, die Einnahmen der Kassen von 829.925 Kr. auf 4.240.131 Kr., die Ausgaben von 962.980 auf 4.077.776 Kr. und endlich das Vermögen von 605.275 auf 3.070.948 Kr. Die Mitgliederzahl ist auf das dreieinhalbfache, die Ausgaben auf über das vierfache und das Vermögen auf das fünffache gestiegen. Während der ersten Jahre nach dem Inkrafttreten des Krankenkassengesetzes geben die die Krankenkassen betreffenden Zahlen bei weitem den wirklichen Zuwachs an, weil die Staatsanerkennung zum großen Teil schon früher bestehenden aber nicht anerkannten Kassen zugestanden wurde; für die letzten Jahre ist die Anzahl der nicht anerkannten Krankenkassen aber so gering, daß die Zahlen der staatsanerkannten Krankenkassen (im großen und ganzen) die Entwicklung der wirklichen Stärke gemäß angeben. Als Ausdruck für den Anschluß, welchen die Krankenkassen

Digitized by Google

von der Bevölkerung gefunden haben, möge daran erinnert werden, daß die Mitgliederzahl im Jahre 1884 auf 128.000 geschätzt wurde, während sie jetzt über 400.000 ausmacht.

Die dänischen Krankenkassen haben eine große Verbreitung gefunden, nicht nur in den Städten, sondern auch auf dem Lande. Im Jahre 1903 existierten Krankenkassen in 83% der Landgemeinden Jütlands und in 81% der Landgemeinden der Inseln. Die Zahl der unbemittelten Krankenkassenmitglieder war Ende 1903 109.268 in Kopenhagen, 60.890 in den Provinzialstädten, 124.309 in den Landgemeinden der Inseln und 107.690 in den Landgemeinden Jütlands. Im Verhältnis zur Bevölkerung macht die Zahl der unbemittelten Krankenkassenmitglieder in Kopenhagen zirka 21·8%, in den Provinzialstädten zirka 12·4%, in den Landgemeinden der Inseln zirka 17·2% und in denen Jütlands zirka 13% aus. Da aber die Altersgrenze für das Eintreten in die Krankenkassen das zurückgelegte 15. Jahr ist und die Krankenkassenleistungen den im Hause der Eltern wohnenden Kindern unter 15 Jahren zugute kommen, ist — den wirklichen Verhältnissen mehr entsprechend — die Anzahl der Krankenkassenmitglieder mit der der Bevölkerung über 15 Jahre zu vergleichen und das Verhältnis wird dann dieses, daß von der Bevölkerung zirka 31% in Kopenhagen, zirka 19% in den Provinzialstädten, zirka 25·5% in den Landbezirken der Inseln und zirka 21% in denen Jütlands Krankenkassenmitglieder sind. In Verbindung hiemit sei erwähnt, daß von den Arbeitern, von welchen Unfälle bei dem Arbeiterversicherungsrate angemeldet wurden, zirka drei Fünftel Mitglieder von Krankenkassen waren. Über das Verhältnis, in welchem Männer und Frauen an der Krankenkassenbewegung teilnehmen, erhält man einige Aufschlüsse aus nachstehenden Zahlen:

31. Dezember 1903	Kopenhagen	Provinzialstädte	Landbezirke der Inseln	Landbezirke Jütlands
Männer	53.649	31.437	61.926	53.837
Frauen	55.619	29.453	62.383	53.853

Digitized by Google

Im ganzen Lande sind 200.849 männliche und 201.308 weibliche Krankenkassenmitglieder.

Pro Krankenkassenmitglied betrug die Ausgabe in der Hauptstadt 16,42 Kr., in den Provinzstädten 12,80 Kr., in den Landbezirken auf den Inseln und in Jütland bezw. 7,29 Kr. und 7,21 Kr.

Die Ausgaben für ärztliche Hilfe sind in starkem Steigen gewesen und verbrauchen jetzt mehr als den ganzen Staatszuschuß.

Die jährliche Durchschnittsausgabe für ärztliche Hilfe macht in Kopenhagen 3,42 Kr., in den Provinzialstädten 3,73 Kr., in den Landbezirken der Inseln bezw. Jütlands 3,57 Kr. bezw. 4,24 Kr. aus.

Es wäre von Interesse, die durchschnittliche Krankenkassenunterstützung in Geld für die verschiedenen Landesteile kennen zu lernen. Man stößt indessen hiebei auf die Schwierigkeit, daß der Krankenkassenbericht den Gesamtbetrag der Geldunterstützungen nicht für die beiden Geschlechter getrennt angibt, wozu noch kommt, daß eine bedeutende Anzahl weiblicher Mitglieder — meist Ehefrauen — keine Geldunterstützung bekommen, dafür aber auch ein geringeres Kontingent bezahlen. Die Anzahl solcher Frauen kann für Kopenhagen auf zirka 12.000 im Jahre 1903 geschätzt werden. Werden diese weiblichen Personen nicht mit in Betracht genommen, so kann die durchschnittliche tägliche Geldunterstützung für die männlichen und weiblichen Mitglieder zusammengenommen in den Kopenhagener Kassen insgesamt auf 1,18 Kr. geschätzt werden, man darf aber annehmen, daß die durchschnittliche Geldhilfe für Männer eine wesentlich höhere ist.

Von den nachstehenden Zahlen erfährt man die durchschnittliche Zahl der Krankentage für männliche und weibliche Mitglieder in den einzelnen Landesteilen:

Digitized by Google

	Durchschnittliche Anzahl Krankentage i. J. 1903	
	pro männliches Mitglied	pro weibliches Mitglied
Kopenhagener Kassen	8,1	5,7
Provinzialstadtkassen	7,0	5,6
Landdistrikte auf den Inseln . .	4,0	4,5
„ in Jütland	3,1	3,8
Alle Kassen	5,4	4,6

Man sieht, daß die Zahl der Krankentage bedeutend höher ist in den Städten als auf dem Lande und daß in ersteren die Männer, in letzteren die Frauen die meisten Krankentage haben, ein Verhältnis, das sich regelmäßig von Jahr zu Jahr wiederholt.

Im Jahre 1900 wurde ein Rückversicherungsverein für Begräbniskassen in Dänemark gegründet, welcher nur solche Kassen der genannten Art umfaßt, die in Verbindung mit Krankenkassen errichtet sind. Von den anerkannten Krankenkassen wird gefordert, daß das Statut, das Rechnungswesen und das Vermögen für die beiden Zwecke getrennt gehalten werden. Die Rückversicherung ist in den wenigen Jahren ihres Bestehens in starkem Wachstum gewesen. Die Zahl der rückversicherten Begräbniskassen ist vom 1. Januar 1900 bis zum 1. Januar 1904 von 139 auf 333, die Anzahl der Mitglieder derselben von 32.794 auf 81.217 angewachsen.

Bei der Beurteilung der dänischen Krankenkassen muß daran erinnert werden, daß wir einer Bewegung gegenüberstehen, die durchaus nicht abgeschlossen, sondern noch in starkem Wachstum begriffen ist. So verlautet es für 1904, daß ein sehr starker Zuwachs in der Mitgliedsliste zu verzeichnen ist. Es wird kaum eine Utopie sein, der Hoffnung Raum zu geben, daß es im Laufe der Zeit glücken wird, den bei weitem größeren Teil der unbemittelten Bevölkerung in die Krankenkassen hineinzuziehen.

Digitized by Google

Das Stammgesetz über die Unfallversicherung der Arbeiter in Dänemark ist vom 7. Januar 1898; an dieses schließt sich das Gesetz vom 15. Mai 1903, das im wesentlichen nur den Zweck hatte, verschiedene Zweifel und praktische Mängel zu entfernen, die sich bei der Durchführung des erstgenannten Gesetzes herausgestellt hatten. Im Vorstadium war aber eine große Arbeit für die Sache geleistet worden. So hatte schon die im Jahre 1885 eingesetzte Kommission einen Entwurf zur Sicherung der Arbeiter gegen die Folgen von Unfällen während der Arbeit ausgearbeitet, der im wesentlichen die Grundlage einen von der Regierung im Jahre 1888 vorgelegten Gesetzentwurfes bildete. Dieser, der die Ausgaben bei der Unfallversicherung als Zwangsbeiträge auf die Arbeitsgeber zu verteilen vorschlug, war weit umfassender als das spätere Gesetz von 1898, indem es namentlich Land- und Forstarbeiter mit umfaßte; andererseits machte es das Entschädigungsrecht davon abhängig, daß der Verunglückte Mitglied einer Krankenkasse war. Der Entwurf wurde nicht durchgeführt. Einen außerordentlich weiten Umfang hatte der von dem bekannten der Linken angehörigen Volksthingsmitglied Berg vorgelegte Entwurf, der eine wesentlich mit dem Gesetze von 1898 übereinstimmende Ordnung für die Großindustrie und für die eigentlich gefährlichen Betriebe durchzuführen wünschte, außerdem aber auch Arbeiter und Arbeitsgeber aller anderer Betriebe, unter anderen Ackerbau, Forstwirtschaft und Handwerk unter das Gesetz mit hineinziehen und ferner auch noch die Versicherung auf eine ganz neue Klasse von Unfällen ausdehnen wollte, nämlich auf solche, die außerhalb der Arbeit sich ereigneten. Die ungeheuren Kosten bei dieser erweiterten Versicherung sollten nach dem Entwurf die Gemeinden tragen.

Digitized by Google

Der Hauptverdienst um die Durchführung des Gesetzes von 1898 gebührt dem damaligen Volksthingmitglied, späteren Minister des Innern Ludwig Bramsen.

Als Hauptzüge des dänischen Unfallversicherungsgesetzes vom 7. Januar 1898 sind hervorzuheben, daß dasselbe nur eine Haftpflicht für die Arbeitgeber einführt, indem es Regeln dafür gibt, in welchen Fällen die Arbeitgeber verpflichtet sind, ihren Arbeitern Entschädigung für die durch die Arbeit verursachten Unfälle zu entrichten, denselben aber keine Art Versicherungspflicht oder Versicherungszwang auferlegt, und daß die Entschädigung, hauptsächlich in der Form einer einmaligen Kapitalauszahlung geleistet wird, im Gegensatze zur sogenannten Rentenversicherung. Es ist für die dänische Unfallversicherung eigentümlich, daß zur Durchführung des Gesetzes überhaupt und zur Entscheidung der einzelnen Entschädigungsanträge ein Arbeiterversicherungsrat errichtet ist, über dessen Zusammensetzung und Wirksamkeit später Aufschlüsse gegeben werden sollen.

Die Fälle, in welchen das Gesetz von 1898 Anspruch auf Entschädigung gibt, werden nach § 4 in 2 Gruppen geteilt, je nachdem die Betriebsgefährlichkeit in A) der Art des Betriebes (gefährliche Betriebe im Sinne des Gesetzes) oder in B) den benutzten Betriebsmitteln liegt.

A) umfaßt namentlich Fabrikbetriebe und Betriebe in fabrikmäßig betriebenen Werkstätten, insofern diese Betriebe der Fabriksaufsicht gemäß Gesetz vom 12. April 1889 über Vorkehrungen zur Verhütung von Unfällen beim Gebrauch von Maschinen unterstellt sind. Als andere Betriebe, welche dem Unfallversicherungsgesetze im Jahre 1898 unterstellt sind, sollen hier erwähnt werden: Bauarbeiten, Steinbrüche, Kalkbrüche, Kalkbrennereien, Steinhauereien, Brunnenbau, Eiswerke, Schornsteinreinigung und Arbeiten auf Schiffswerften, Bau und Anlegung von Eisenbahnen, Pferdebahnen, Wegen, Brücken, Dämmen, Kanälen etc., Wasserbau-, Ausgrabungs-, Auffüllungs-, Austrocknungs-

Digitized by Google

arbeiten etc., Gas- und Wasserleitungsarbeiten, Eisenbahn-, Pferdebahn- und Omnibusbetriebe, Laden und Löschen von Waren, Wind- und Wassermühlen, Betriebe, welche sprenggefährliche Stoffe oder Gegenstände herstellen oder regelmäßig Sprengstoffe anwenden usw.

Unter B) fallen Betriebe, die solche Maschinen benützen, daß der Betrieb gemäß dem Maschinenschutzgesetz der Fabriksinspektion unterliegt.

Das Gesetz kommt bei den unter A) genannten Betrieben zur Anwendung, wenn der Unfall durch den Betrieb oder die Verhältnisse, unter welchen derselbe geschieht, bei den unter B) genannten dagegen nur, wenn der Unfall durch die gefährdenden Betriebsmittel herbeigeführt ist.

Das Gesetz umfaßt in persönlicher Hinsicht:

1. Einzelpersonen oder Gesellschaften, welche einen der in § 4 A) aufgeführten Betriebe gewerbsmäßig ausüben oder Maschinen von der in § 4 B) angegebenen Beschaffenheit benützen.
2. Staat und Gemeinde, welche Arbeiter in einem der in § 4 erwähnten Betriebe beschäftigen.

In den Fällen unter 2) ist das Entschädigungsrecht also nicht davon bedingt, daß der Betrieb gewerbsmäßig erfolgt.

Ein Anrecht auf Entschädigung auf Grund dieses Gesetzes haben nur diejenigen, die von dem Arbeitgeber in dem technisch-mechanischen Teil der Arbeit beschäftigt werden. Hierher gehören vor allem Arbeiter (darunter Lehrlinge und Gehilfen), welche ohne Rücksicht auf ihren Lohn Anspruch auf Entschädigung haben, wogegen Personen, die für den Arbeitgeber die Aufsicht oder Leitung des Betriebes führen, nur mitgenommen werden, falls ihre Löhnung 2400 Kronen jährlich nicht übersteigt. Von der Entschädigung ausgeschlossen ist zum Beispiel das Comptoirpersonal sowie in der Regel auch die Kutscher, wenn der Unfall nicht innerhalb der Betriebsstätte der Wirksamkeit stattfindet.

Digitized by Google

Das dänische Gesetz reiht sich den europäischen Gesetzen an, die nicht nur Vorsatz sondern auch grobe Fahrlässigkeit von der Entschädigung ausschließen. Der Arbeiterversicherungsrat hat jedoch diesem Ausdrucke eine sehr milde Auslegung zu Grunde gelegt. Wenn zum Beispiel die Handlung im Interesse der Arbeit und unter schwierigen Verhältnissen vorgenommen wurde, hat der Rat keine grobe Fahrlässigkeit statuiert, selbt wo der verunglückte Arbeiter bedeutende Unvorsichtigkeit gezeigt hatte. Strenger ist der Rat gewesen, wenn der Unfall außer Verbindung mit der Arbeit geschehen ist, die auszuführen dem Betreffenden auferlegt war.

Entschädigung wird nur für Unfälle gewährt, deren Folgen über 13 Wochen dauern, und dann von Ablauf dieser Frist ab; gegen die Folgen ganz kurz dauernder Unfälle müssen die Arbeiter sich durch Eintritt in eine Krankenkasse oder auf andere Weise sichern. Mit Rücksicht auf die Entschädigung welche das Gesetz gibt, unterscheidet dasselbe, ob der Unfall eine Arbeitsunfähigkeit mit sich geführt hat, deren endgiltige Folge noch nicht bestimmbar ist (a), oder eine solche, welche für eine dauernde erklärt wird (b). In dem Falle (a) wird dem Betreffenden Tagegeld gegeben, wenn eine Verminderung der Arbeitsfähigkeit vorliegt; es wird angenommen, daß dieses der Fall ist, so lange der Verunglückte durch den Unfall daran verhindert ist, eine Arbeit derselben Art wie früher wieder aufzunehmen. Die Tagegeldleistung kann höchstens bis zum Jahrestag nach dem Eintreten des Unfalles andauern. Die Größe des Tagegeldes soll drei Fünftel der Taglohnes des Verletzten betragen, jedoch nicht über 2 Kronen und nicht weniger als 1 Krone täglich ausmachen. Wird die Arbeitsunfähigkeit als von dauernder Beschaffenheit erkannt (b), kommt dem Verletzten eine Geldsumme zu, die für vollständige Invalidität das sechsfache des Jahreslohnes, für teilweise Invalidität eine der Schwere des Schadens angepaßte Summe beträgt. Die Berechnung des Jahreslohnes wird von dem Arbeiterversicherungsrate nach den

Digitized by Google

im Gesetze enthaltenen Regeln vorgenommen; der Jahreslohn darf nicht auf mehr als 800 Kronen und nicht auf weniger als 300 Kronen berechnet werden (auch wenn der Verunglückte keinen Lohn erhalten hat). Hat der Unfall den Tod herbeigeführt, steht den Hinterbliebenen eine Entschädigung zu, welche das vierfache des Jahreslohnes ausmacht.

Entschädigungsberechtigt ist die Witwe des Verunglückten, sofern die Ehe vor dem Unfall eingegangen war, und das eheliche Zusammenwohnen nicht aufgehört hatte. Hinterläßt der Verunglückte keine entschädigungsberechtigte Witwe, fällt das Kapital denen seiner Kinder zu, deren Fürsorge ihm oblag oder die er faktisch versorgte, als der Unfall eintrat. Hinterläßt er auch nicht solche, bestimmt der Arbeiterversicherungsrat, ob die Versicherung anderen zum Beispiel Eltern zufallen soll, welche der Arbeiter versorgte, als der Unfall eintrat. Der Rat hat jedoch in diesem Falle gefordert, daß in der Hauptsache eine volle Fürsorge seitens der Kinder vorlag. Die angeführten Regeln gelten auch für hinterlassene Kinder weiblicher Arbeiter, oder für andere, von diesen versorgte Personen. Wenn nach obigen Regeln keine Entschädigungsberechtigten zu finden sind, steht doch immer denen, welche das Begräbnis veranstalten, eine Begräbnisbeihilfe von 50 Kronen zu.

Die dänische Gesetzgebung baut — wie schon angeführt — hauptsächlich auf das Prinzip der Kapitalsabfertigung; eine Regel, nach welcher das Kapital im Invaliditätsfalle normal in eine Lebensrente umgesetzt werden soll, haben wir bei uns nicht. Dagegen hat der Arbeiterversicherungsrat für Männer unter 30 und über 55 Jahren und für alle Frauen und Kinder das Recht, den im Gesetze angegebenen Regeln gemäß, das Kapital festzulegen, wohl um Kapitalverschwendung zu verhindern.

Kapitalabfindung steht als Mittel zur regelmäßigen Fürsorge des Verunglückten (durch Ankauf einer Lebensrente oder sukzessiven Verbrauch des Kapitals) hinter der Rentenversicherung weit zurück; dies des näheren zu erörtern, ist hier

Digitized by Google

jedoch kein Platz. Für die Kapitalabfindung wird angeführt, daß die Auszahlung eines Kapitals in den Städten die Erwerbung eines kleinen Geschäftes, auf dem Lande eines kleinen Hauses ermöglicht, wodurch der Verunglückte in die Lage gesetzt wird, den Rest seiner Arbeitskraft in glimpflicher Weise auszunützen. Eine Statistik über die Anwendung der Ersatzsummen existiert nicht. Vorderhand spricht wohl die Wahrscheinlichkeit dafür, daß das Geld oft unvernünftig ausgegeben wird. Eine von dem Sekretär des Arbeiterversicherungsrates während einer amtlichen Reise nach Bornholm vorgenommene kleine Enquête in dieser Beziehung zeigte jedoch, daß die Abfindungssumme in einer Anzahl Fälle zum Einkauf eines kleinen Eigentums oder dergl. benutzt worden war. Schlüsse aus diesen vereinzelten bekannten Fällen ziehen zu wollen, wäre natürlich unberechtigt.

Wie schon erwähnt, steht der Arbeiterversicherungsrat der Durchführung des Unfallversicherungsgesetzes vor. Der Rat besteht aus 7 Mitgliedern, von denen 3, unter welchen der Vorsitzende und ein Arzt, vom König ernannt werden, während 2 Arbeitgeber vom Ministerium des Innern und 2 Arbeiter von dem Krankenkassenausschuß gewählt werden. Die Mitglieder werden für 6 Jahre gewählt. Als Beigeordnete fungieren der Direktor für die Fabriksaufsicht und der Krankenkasseninspektor. Eine wichtige Aufgabe für den Rat ist die Prüfung aller unter das Gesetz fallenden Unfälle. Daher sollen die Arbeitgeber alle Unfälle, von welchen anzunehmen ist, daß sie einen Anspruch nach diesem Gesetz begründen würden, beim Rate anmelden, worauf dieser entscheidet, a) ob der Unfall rechtlich unter das Gesetz hineinfällt, und bejahenden Falles, b) die Form der Entschädigung (Tagegeld oder Kapitalabfindung) bestimmt, sowie auch, sofern es sich um Kapitalabfindung handelt, die Größe derselben, wogegen die beiderseits Beteiligten, was das Tagegeld betrifft, in erster Instanz auf gegenseitige Übereinkunft angewiesen werden, jedoch mit Berufung auf den Rat, falls

Digitized by Google

Einigkeit nicht erzielt werden kann. Fragen unter a) können durch Berufung an das Ministerium des Innern angefochten werden; dieses hat jedoch in nur ganz einzelnen Fällen die Entscheidung des Rates geändert. Eigentümlich für die dänische Ordnung in diesem Punkte ist es, daß alle Entscheidungen schon in erster Instanz von einer öffentlichen Institution, dem Arbeiterversicherungsrate, getroffen werden, in welcher sowohl Repräsentanten der Arbeitgeber wie der Arbeiter sind. Das System hat unter andern den Vorteil, daß man den in anderen Ländern so häufigen Rechtsstreitigkeiten wegen Entschädigungsfragen entgeht, und daß die größtmöglichste Rechtseinheit erreicht wird; es muß aber eingeräumt werden, daß die auf diesem Punkte getroffene Ordnung sich nur für ein kleines Land wie Dänemark eignet. Die Auszahlung der den Verunglückten zuerkannten Entschädigungen geschieht durch den Rat.

Nach dänischem Gesetze liegt die Entschädigungspflicht, wie fast in allen anderen Ländern, allein den Arbeitgebern ob; diesen ist es aber vollständig freigestellt, selbst den Verein oder die Gesellschaft zu wählen, worin sie ihre Arbeiter versichern wollen, oder selbst die Versicherung gänzlich zu unterlassen. Dagegen haben die verunglückten Arbeiter ein Vorzugsrecht an dem Vermögen des Arbeitgebers nach den gemäß § 33 des Konkursgesetzes privilegierten Forderungen. Als das Gesetz von 1898 ins Leben treten sollte, begründeten die Arbeitgeber eine Reihe gegenseitiger Versicherungsvereinigungen mit engeren oder weiteren Grenzen in fachlicher oder territorialer Hinsicht; beispielsweise können genannt werden die „Unfallversicherung der Arbeitgeber“, die „Unfallversicherung der Eisenindustrie“ etc. Zur Erreichung der Anerkennung solcher Vereinigungen seitens der Staatsmacht sind eine Reihe Bedingungen aufgestellt, die teils die Vereinigungen an ihrer natürlichen Aufgabe, für das Gesetz zu wirken, festhalten, teils auch ihre Solidität sichern sollen. In erstgenannter Beziehung wird namentlich gefordert

Digitized by Google

daß die Versicherung derart gezeichnet werden kann, daß jegliche Versicherungshaftpflicht laut Gesetz vom 7. Januar 1898 auf die Vereinigung übertragen wird, und daß nichts bei dem Arbeitgeber bleibt; wegen der Sicherheit wird unter anderem die Bedingung gestellt, daß die Mitglieder solidarisch und mit Begrenzung ihres Rechtes zum Austritt haften sollen, ferner, daß die Gesellschaft sowohl bezüglich der Zahl der Arbeitgeber wie bezüglich der Zahl der versicherten Arbeiter eine hinreichend breite Grundlage für die Versicherung bietet; daneben wird ein Depositum gefordert, dessen Größe vorläufig auf 20.000 Kronen festgesetzt ist. Außerdem suchten eine Anzahl sowohl fremder wie dänischer Aktiengesellschaften Anerkennung, für welche unter anderem ähnliche Bedingungen hinsichtlich des Umfanges der Versicherung wie für die gegenseitigen Vereinigungen gestellt werden und eine Sicherheitsstellung von 100.000 Kronen verlangt wird. Im Ganzen bestanden mit Ende 1903 an anerkannten Gesellschaften 6 gegenseitige und 9 mit begrenzter Haftpflicht.

Die Arbeiter nehmen nicht an den Ausgaben zur Durchführung des Gesetzes teil. Dagegen sollen sie, wie schon erwähnt, während der ersten 13 Wochen nach dem Eintreten des Unfalles für sich selbst sorgen und sie sind verpflichtet, so bald wie möglich nach diesem Zeitpunkt sich von einem Arzt untersuchen zu lassen und sich alsdann der erforderlichen Behandlung zu unterwerfen. Unterläßt dies der Verletzte oder wirkt er dem Heilverfahren entgegen, kann er seinen Anspruch ganz oder teilweise verlieren.

Folgende Zahlen für das Jahr 1903 geben darüber Aufschluß, in welchem Umfange das Unfallversicherungsgesetz den Arbeitern zu gute gekommen ist. In 525 Fällen erkannte der Rat den Verunglückten Entschädigung für bleibenden Verlust der Arbeitsfähigkeit zu. Die Gesamtsumme der Entschädigungen machte 442.309 Kronen aus, die sich nach dem Umfange der Invalidität wie folgt verteilten:

Digitized by Google

5 %	Invalidität . .	26	Fälle	5.701	Kronen
6—10 %	„ . .	182	„	69.094	„
11—15 %	„ . .	100	„	58.048	„
16—25 %	„ . .	115	„	102.029	„
26—50 %	„ . .	80	„	135.902	„
51—99 %	„ . .	19	„	58.935	„
100 %	„ . .	3	„	12.600	„
	Insgesamt für	525	Fälle	442.309	Kronen.

Hier ist Tagegeld nicht berücksichtigt, indem der Arbeiterversicherungsrat über die Gesamtsumme derselben Aufschlüsse vermißt. In 38 Fällen wurde Entschädigung wegen Todesfall zuerkannt, im Ganzen mit 118.032 Kronen, Begräbnisbeihilfe nicht mit einbefaßt, die in den genannten und 17 anderen Fällen, in denen keine entschädigungsberechtigte Hinterbliebene vorhanden waren, mit je 50 Kronen bewilligt wurden.

Bezüglich des Umfanges, in welchem die verunglückten Arbeiter versichert waren, wird für 1903 angegeben, daß von 1936 Fällen, in welchen der Arbeiterversicherungsrat Aufschlüsse besaß, die Arbeiter in den 1775 Fällen versichert, in 161 Fällen nicht versichert waren. Die Arbeitgeber waren in letztgenannten Fällen meistenteils der Staat, die Gemeinde oder große industrielle Etablissements. Nur in geringem Umfange haben die Arbeiter Genugtuung ihrer Ansprüche nicht erreicht; solches ist während der 5 ersten Jahre nach dem Inkrafttreten des Gesetzes nur in 7 von den 2596 Fällen geschehen, in welchen Entschädigung zuerkannt wurde, während die Arbeiter in 2 Fällen nur teilweise Entschädigung erreichten. In einzelnen anderen Fällen ist Entschädigung nur durch Rechtsverfolgung gegen den Arbeitgeber erlangt.

Eine Erweiterung hat die dänische Unfallversicherung durch das Gesetz vom 3. April 1900 über die Unfallversicherung dänischer Fischer bekommen. Das Gesetz umfaßt jeden hier im Lande Heimatberechtigten, der sich durch Fischerei ernährt, ohne Rücksicht darauf, ob derselbe für eigene Rechnung oder

Digitized by Google

für andere arbeitet, sofern derselbe sich gegen Entrichtung eines Jahresbeitrages von 5 Kronen in eine vom Minister des Innern anerkannte Unfallvereinigung für dänische Fischer einmeldet. Bedingung für eine Entschädigung ist, daß der Unfall herbeigeführt wurde 1. beim Fischereibetrieb oder bei Verhältnissen, unter denen sich dieser vollzieht, 2. bei freiwilligen Versuchen zur Rettung von Menschenleben auf See oder 3. beim Segeln mit Fischerfahrzeugen, ohne daß gerade gefischt wird. Die zum Unfalle führende Beschäftigung muß auf dänischem Schiff oder Fahrzeug stattgefunden haben.

Die Entschädigung besteht entweder in Tagegeld oder in Kapitalsabfertigung und wird in der Hauptsache nach den im Gesetz vom 7. Januar 1898 gegebenen Regeln berechnet, doch so, daß man in allen Fällen bei der Feststellung des Tagegeldes ($^3/_5$ des Lohnes) mit einem täglichen Arbeitsverdienst von $2^1/_2$ Kronen, bei Feststellung bleibender Invalidität mit einem Jahreslohn von 600 Kronen rechnet, dabei wird im Todesfalle 2500 Kronen ohne besondere Begräbnisbeihülfe ausgezahlt. Sollten die Ausgaben bei der Versicherung durch die eigenen Beiträge der Fischer nicht gedeckt werden können, so entrichtet die Staatskasse den Fehlbetrag. Zur Durchführung dieses Gesetzes ist eine besondere Abteilung des Arbeiterversicherungsrates gebildet, der aus den beiden vom König ernannten Mitgliedern und zwei fischereikundigen Männern besteht.

Endlich ist die Unfallversicherung auch auf Seeleute erweitert durch das Gesetz vom 1. April 1905, das im wesentlichen in Übereinstimmung mit dem Gesetz vom 7. Januar 1898 abgefaßt ist. Von dem Inhalt des Gesetzes sollen einige Hauptpunkte hervorgehoben werden.

Die Versicherung umfaßt alle Schiffe, die in die öffentlichen Schiffsverzeichnisse eingeführt sind oder eingeführt werden sollen. Hierbei sind kleine Schiffe unter 20 Registertons ausgeschlossen. Die Versicherung umfaßt Schiffsführer und Mannschaft, welche zur Besatzung des Schiffes gehören und

Digitized by Google

deshalb ordnungsgemäß in der Bemannungsliste des Schiffes angeführt sind, darunter auch Personen (zum Beispiel Köche, Bäcker, Rechnungsführer), die von anderen als dem Rheder oder Schiffsführer angestellt sind. Von der Versicherung ausgeschlossen ist jedoch jeder, dessen fester Gehalt in Geld 2400 Kronen übersteigt. Bei registrierten Schiffen unter 300 Registertons umfaßt die Versicherung außerdem den Schiffsführer, selbst wenn derselbe das Schiff etwa ganz oder teilweise besitzt.

Die Entschädigung wird teils als Tagegeld, teils als Kapitalabfindung geleistet. Die Kapitalsabfindung für bleibenden Verlust der Arbeitsfähigkeit wird bei vollständiger Invalidität auf das sechsfache des Jahreslohnes festgesetzt und dieser darf in keinem Falle zu weniger als 300 Kronen oder mehr als 700 Kronen angesetzt werden. Entschädigung für teilweise Invalidität unter 10 % wird nicht gewährt. Die Versicherung gilt Unfällen, die beim Seefahrtsbetrieb oder bei Verhältnissen eingetreten sind, unter welchen sich dieser vollzieht. Es ist darunter inbegriffen alle Arbeit auf und an dem Schiffe, Laden und Löschen, sowie Inland- und Anbordbringung der Schiffslast; Beförderung zu und von dem Schiffe, sowie Anbord- und Anlandsteigen; Rettung von Menschenleben zur See, Bergung von Gut; mit der Schiffahrt direkt in Verbindung stehende Beschäftigung an Land. Die Versicherungspflicht liegt dem Rheder, der über das betreffende Schiff zu verfügen hat, ob. Es wird den Rhedern auferlegt, ihre Verpflichtungen nach dem Gesetze an eine von dem Ministerium des Innern anerkannte gegenseitige Gesellschaft von Arbeitgebern oder an eine Gesellschaft mit begrenzter Haftpflicht abzugeben. Zum erstenmale hat man, mit Rücksichtnahme auf die besonderen Verhältnisse der Schiffahrt, Versicherungszwang in die dänische soziale Versicherung eingeführt. Für Schiffe, die nicht durch Dampf, Gas oder Elektrizität oder dergl. in Bewegung gesetzt werden, entrichtet der Staat einen Zuschuß, der zur Herabsetzung der Prämien, die der

Digitized by Google

Rheder der betreffenden Schiffe sonst zu bezahlen hätte, angewendet werden soll. Der Zuschuß darf jedoch nicht die Hälfte der gesamten Prämien und nicht einen Betrag von 12 Kronen für jede von dem Rheder beschäftigte Person übersteigen.

Zur Durchführung des Gesetzes über die Unfallversicherung der Seeleute wird gebildet eine besondere Abteilung des Arbeiterversicherungsrates, aus den 3 vom Könige ernannten, sowie 4 von dem Minister des Innern besonders erwählten Mitgliedern bestehend, von denen 2 Repräsentanten für die Rheder und 2 Repräsentanten für die Versicherten sein sollen.

Von Bramsen ist eine Ausdehnung der Unfallversicherung auf die Landarbeiter in Vorschlag gebracht. Der Entwurf will gegenseitige Versicherungsgesellschaften der Arbeitgeber zu obligatorischen Trägern der Unfallversicherung machen. Leider gestattet der Raum nicht, diesen Vorschlag näher zu besprechen.

Die Arbeitslosenversicherung ist in Dänemark in nicht geringem Umfange durch die Fachverbände ausgeübt worden, die bei uns einen größeren Teil der Arbeiter umfaßt als in irgend einem anderen Lande. Durch die genannten Verbände ist an Arbeitslose ausgezahlt worden im Jahre 1899 zirka 118.000 Kr., im Jahre 1900 zirka 236.000 Kr, im Jahre 1901 zirka 337.000 Kr., im Jahre 1902 zirka 385.000 Kr. und im Jahre 1903 zirka 345.000 Kr. Aber auch die Frage wegen Unterstützung seitens des Staates an Arbeitslosenkassen ist Gegenstand der Erörterung gewesen und es sind im Volksthing mehrere darauf hinzielende Anträge eingebracht, teils von den Sozialdemokraten, teils von einer Fraktion der Rechten des Volksthings.

Digitized by Google

Die Sozialdemokraten haben schon seit Mitte der Neunzigerjahre, und zwar das letztemal in 1902/3 im Volksthing Anträge wegen Staatsunterstützung an Arbeitslosenkassen eingebracht. Der Antrag geht darauf hinaus, daß der Staat jährlich eine halbe Million Kronen denjenigen Fach- und Arbeitervereinen als Zuschuß verabreichen solle, welche ihre Mitglieder gegen Arbeitslosigkeit versichern, falls dieselbe nicht dem eigenen Verhalten der Arbeiter zugerechnet werden kann. Der Staatsbeitrag wird unter die Vereine verteilt, je nach den Beiträgen, welche die Mitglieder selbst zur Arbeitslosenversicherung entrichten. Für den Fall, daß ein Verein mehrere Zwecke verfolgt, wird gefordert, daß die Arbeitslosenversicherung ihre eigene selbständige Kasse habe, deren Mittel nicht auf andere Weise benützt werden können. Die Beiträge der Staatskasse sollen bis zum Doppelten der eigenen Mitgliederbeiträge, doch nicht über 10 Kr. jährlich pro Mitglied betragen können.

Der Antrag der Rechten wurde das erstemal in der Session 1902/3 und daraufhin wieder in den beiden folgenden Sessionen im Volksthing eingebracht. In der etwas geänderten Gestalt, in welcher der Antrag in der Session 1904/5 vorlag, geht derselbe in der Hauptsache auf folgendes hinaus. Es wird aus Staatsmitteln ein jährlicher Zuschuß von 120.000 Kr. an anerkannte Arbeitslosenkassen entrichtet; unter solchen sind zu verstehen gegenseitige Vereinigungen, deren Zweck ausschließlich der ist, ihre Mitglieder während unverschuldeter Arbeitslosigkeit zu unterstützen. Um Anerkennung erreichen zu können, müssen die Vereine gewisse Bedingungen erfüllen: sie müssen wenigstens 50 Mitglieder haben, sie müssen als unterstützungsberechtigte Mitglieder nur solche Personen aufnehmen, die unbemittelte Mitglieder einer Krankenkasse werden könnten; sie sollen fachlich begrenzt sein und sie sind ferner verpflichtet sowohl organisierte wie auch unorganisierte Arbeiter aufzunehmen. Ausgeschlossen von der Aufnahme in anerkannte Kassen sind bestrafte Personen und Per-

Digitized by Google

sonen, welche unrefundierte Armenhilfe empfangen haben. Einen Versuch, Arbeitslosigkeit als zu Unterstützung berechtigend, erschöpfend zu definieren, enthält der Gesetzentwurf nicht. Die Unterstützung soll Arbeitslosigkeit, die direkt durch Krankheit oder Invalidität verursacht ist, nicht umfassen, wogegen es als Arbeitslosigkeit im Sinne des Gesetzes aufgefaßt werden muß, wenn der betreffende keine Arbeit zu der für sein Fach geltenden tarifmäßigen Bezahlung bekommen kann. Kassen, deren Mitglieder hauptsächlich aus Saisonarbeitern bestehen, sind berechtigt, von der Unterstützung Arbeitslosigkeit auszuschließen, die dem zu gewissen Jahreszeiten regelmäßig zurückkehrenden Mangel an Arbeit zuzuschreiben ist. Die Verfasser des Entwurfes sind davon ausgegangen, daß die Vereine, deren Mitglieder einen wesentlichen Teil der Ausgaben bei der Versicherung tragen sollen, in eigenem Interesse es verstehen werden, die Saisonarbeitslosigkeit auszuschließen, und daß demnach das Gesetz selbst keine bestimmten Regeln in dieser Beziehung zu geben braucht. Die Staatsbeiträge sollen unter die Kassen verteilt werden im Verhältnis zur Summe, welche die einzelnen Kassen im zuletzt abgeschlossenen Rechnungsjahre an Unterstützungen ausgezahlt haben, doch dürfen die Zuschüsse höchstens die Hälfte der ausgezahlten Unterstützungen ausmachen. Ferner sollte aus Staatsmitteln ein gemeinschaftlicher Grundfond in Höhe von 400.000 Kr. gestiftet werden der im wesentlichen dazu bestimmt sein sollte, den Kassen die Mittel für kleinere Darlehen an ihre Mitglieder zu leisten.

Man dachte sich die Durchführung des Gesetzes in die Hände eines festen Beamten, des Arbeitsloseninspektors und eines Arbeitslosigkeitsausschusses gelegt, in welchem Arbeitgeber und Arbeiter vertreten sein sollten.

Die beiden hier referierten Anträge nehmen beide von dem Gedanken an Gemeinde-Arbeitslosenkassen Abstand und stimmen darin überein, daß man die Kassen Arbeiter desselben Faches über das ganze Land umfassen lassen will, indem man

Digitized by Google

dadurch hofft, eine Ausgleichung der Arbeitskraft innerhalb der einzelnen Fächer zu erzielen; der große Unterschied zwischen den beiden Anträgen liegt darin, daß die Sozialdemokraten die Fachverbände selbst zu Trägern der Versicherung machen wollen, wodurch die außerhalb derselben stehenden Arbeiter ausgeschlossen werden würden, wogegen der Antrag der Rechten darauf abzielt, unabhängige, fachliche Kassen zu bilden, zur Aufnahme sowohl organisierter wie unorganisierter Arbeiter bestimmt.

Seitens der Regierungspartei wurde geltend gemacht, daß man zur Arbeitslosenversicherungsfrage nicht Stellung nehmen könne, solange die eingesetzte Arbeiterversicherungskommission, die auch die Aufgabe hatte, diese Frage zu untersuchen, noch nicht ihr Gutachten abgegeben hatte.

Digitized by Google

Digitized by Google

CONGRÈS INTERNATIONAL DES ACCIDENTS DU TRAVAIL ET DES ASSURANCES SOCIALES.
7e session. — Vienne. — 17 au 23 septembre 1905.

SOCIÉTÉ DE PRÉVOYANCE
DES
FONCTIONNAIRES ET EMPLOYES TUNISIENS

PAR
Mad^lle SCHMIDT
EX-DIRECTRICE DE L'ANNEXE DE L'ÉCOLE SECONDAIRE DE JEUNES FILLES DE TUNIS.

Avant 1898, il n'existait pas en Tunisie de législation sur les pensions de retraite. Le Gouvernement beylical n'avait jamais reconnu à ses agents de droit à pension.

La création d'une Caisse des Retraites pour les fonctionnaires tunisiens était urgente: les Chefs des Services du Protectorat étant unanimes à déclarer que le recrutement en Tunisie était rendu difficile par la situation précaire des agents n'appartenant pas au Cadre métropolitain qui, n'ayant pas la perspective d'une pension de retraite, ne s'attachaient pas aussi étroitement à leurs fonctions. Des études furent entreprises en vue de grouper dans une association mutuelle les agents tunisiens qui ne versaient pas déjà au Trésor français la contribution exigée pour obtenir une retraite en France. Un projet fut élaboré par la Direction générale des Finances en Tunisie et un décret beylical du 20 janvier 1898, inséré au journal Officiel Tunisien du 22 du même mois approuva les statuts d'une Caisse de retraites tunisiennes créée sous la dénomination de Société de Prévoyance des fonctionnaires et employés tunisiens.

Objet de la Société.

La Société de Prévoyance des fonctionnaires et employés tunisiens a pour objet d'assurer à ses membres, à leurs veuves et orphelins, des avantages en cas de retraite ou de décès.

Digitized by Google

Autonomie de la Société.

La Société est un établissement d'utilité publique; elle a la personnalité civile et, à ce titre, elle est indépendante de l'État, bien que soumise à son contrôle.

Ses gains lui profitent exclusivement, comme elle supporte seule les pertes de son fonctionnement.

Administration de la Société.

La Société de Prévoyance est administrée, sous la presidence du Directeur des Finances, par un Conseil de douze membres, pris parmi les sociétaires en fonctions et résidant à Tunis. Les membres du Conseil sont désignés par le Gouvernement. Les délibérations sont prises à la majorité des voix. En cas de partage, la voix du président est prépondérante.

Membres de la Société.

Pour être membre de la Société, il faut:

1. Ne pas subir déjà une retenue au profit du Trésor français en vue de jouir d'une retraite en qualité de fonctionnaire métropolitain;

2. Etre fonctionnaire ou employé, civil ou militaire, commissionné par le Gouvernement Tunisien et salarié par lui.

Les fonctionnaires et employés de l'État en fonctions au jour de l'approbation des statuts n'ont été admis à la Société que s'ils en ont fait la demande; les fonctionnaires et employés nommés après le 20 janvier 1898 en ont fait de plein droit et obligatoirement partie.

La Société n'assure à ses membres que les avantages qui découlent d'après le calcul mathématique, des sacrifices qu'ils s'imposent ou que l'on consent pour eux.

Dans le système de la loi française du 9 juin 1853 sur les pensions civiles, les retraites sont fixées à forfait d'après des circonstances indépendantes de la somme des retenues que l'employé a supportées pendant sa carrière d'activité. L'État

Digitized by Google

français ne capitalise d'ailleurs pas ces retenues, mais il les fait annuellement entrer dans la masse de ses produits budgétaires. Tout autre est le fonctionnement de la Société de Prévoyance qui opère comme les compagnies d'assurance ou la Caisse nationale française des retraites pour la vieillesse et dont les statuts sont établis de telle sorte que les sociétaires ne puissent retirer de la Société que les avantages inhérents aux retenues qu'ils s'imposent ou aux subventions versées par l'État.

Ces avantages sont calculés d'après des tables dressées en tenant compte du revenu moyen des capitaux versés à la Société et des chances de mortalité déduites des tables de la Caisse nationale française des retraites pour la vieillesse. Les tables sont édictées tous les ans par décret pour l'année suivante. Depuis la constitution de la Société, le taux admis a été de 2 fr. 75 pour cent, la Société ne pouvant pas espérer retirer davantage des valeurs de l'État français ou tunisien qui seules peuvent entrer dans le portefeuille des comptes individuels.

Versements que s'imposent les membres de la Société.

Pour faire partie de la Société, les sociétaires s'imposent à son profit sur leurs traitements:

1. Une retenue du douzième du traitement dont ils jouissent au moment de leur accession à la Société et de toute augmentation ultérieure.

2. Une retenue qui est de 5 % par an du montant des traitements de 4000 fr. et au-dessous; de 6 % du montant des traitements de 4001 fr. à 6000 fr. et de 7 % du montant des traitements au-dessus de 6000 fr. Cette retenue s'opère mensuellement.

Versement par l'État de subventions correspondant aux retenues des Sociétaires.

Pour chaque retenue mensuelle que s'impose l'employé, l'État verse à la Société, au crédit de cet employé, ne usub-

Digitized by Google

vention fixée par an à 8% des traitements de 2000 fr. et au-dessous, à 7% des traitements de 2001 à 4000 fr., à 6% des traitements de 4001 fr. à 6000 fr. et à 5% des traitements au-dessus de 6000 fr.

Cette subvention ne profite pas en capital au sociétaire; elle ne lui donne droit, et seulement au moment de son admission à la retraite, qu'à une rente viagère.

Principaux avantages qui découlent pour les fonctionnaires de leur participation à la Société de Prévoyance:

1. Tout fonctionnaire peut à tout âge adhérer à la Société. Les rentes auxquelles il a droit à sa retraite et qui constituent sa pension, sont proportionnelles à ses versements et à ceux des subventions de l'État, en égard à l'âge auquel ils ont lieu (les rentes sont d'autant plus élevées que le sociétaire est plus jeune au moment du versement).

2. Si le sociétaire meurt avant l'âge de la retraite, sa veuve et, à défaut, ses héritiers directs recueillent immédiatement l'équivalent des capitaux qu'il a versés.

3. S'il quitte son emploi après dix ans de versement, la Société lui restitue ses capitaux (sans intérêts). Les agents âgés de plus de 45 ans au 20 janvier 1898 et en fonction à cette époque, peuvent retirer le capital de leurs retenues, toulours sans intérêts, même s'ils quittent leur emploi avant 10 ans de sociétariat.

4. Si le sociétaire atteint l'âge de la retraite, la Société ui attribue ses capitaux-retenues et lui sert en outre, jusqu'à sa mort, une pension viagère formée de deux rentes: l'une provenant des fruits de ses retenues, l'autre des fruits des subventions versées à son compte par l'État.

L'âge normal prévu pour la retraite est 60 ans; toutefois celle-ci peut être obtenue à 55 ans.

Dans ce cas, la pension de retraite — calculée avec jouissance à 60 ans — sera tout naturellement réduite à due concurrence.

Digitized by Google

5. Le sociétaire qui compte au moins dix ans de sociétariat et dont l'emploi est supprimé peut obtenir la liquidation de son compte, c'est-à-dire la restitution de ses retenues et la délivrance d'un titre de pension proportionnelle.

6. Après quinze ans de sociétariat, si le sociétaire a contracté des infirmités graves dans l'exercice de ses fonctions et se trouve hors d'état de les continuer, il peut obtenir la liquidation de son compte et voir sa rente viagère majorée, sur les revenus du fonds commun, jusqu'au sixième du traitement moyen des cinq années antérieures.

7. Quelle que soit son ancienneté comme societaire, s'il est mis hors d'état de continuer ses fonctions par suite d'un acte de dévouement ou par suite d'une lutte soutenue en accomplissant son devoir professionnel, il peut, de même, obtenir la liquidation de son compte et voir sa rente viagère majorée jusqu'à atteindre le quart du traitement moyen des cinq années anterieures.

8. S'il meurt après avoir obtenu la liquidation de son compte ou en état de l'obtenir, pourvu que son mariage ait été contracté au moins huit ans avant le décès, s'il n'a pas d'enfants de cette union, et au moins quatre ans avant le décès, s'il existe des enfants, il transmet à sa veuve une pension viagère égale au tiers de celle inscrite à son compte individuel.

9. Les orphelins de père et mère d'un sociétaire mort après avoir obtenu la liquidation de son compte ou en état de l'obtenir, reçoivent ensemble sur les revenus du fonds commun, jusqu'à leur dix-huitième année révolue, un secours annuel égal au tiers du montant des rentes inscrites au compte individuel du père.

La part de l'orphelin prédécédé ou de celui qui a accompli sa dix-huitième année accroît aux autres jusqu'au dernier.

Les avantages énumérés sous les n°s 6, 7, 8 et 9 sont acquis aux sociétaires sans aucun sacrifice personnel. Ils leur

Digitized by Google

sont assurés par le Fonds Commun à l'alimentation duquel ils n'ont à contribuer en rien. On chercherait inutilement une semblable disposition dsan les sociétés d'assurances sur la vie.

Comment s'alimente le fonds commun.

Le fonds commun s'alimente principalement par des dotations du Gouvernement Tunisien et des personnes civiles tunisiennes qui adhèrent à la Société au nom de leurs employés (municipalités habous, etc.) par des dons et des legs — par les retenues disciplinaires infligées aux sociétaires — par les capitaux des comptes individuels frappés de déchéance dans les cas prévus par les statuts — par la capitalisation des revenus après prélèvement des dépenses d'administration de la Société de Prévoyance.

Outre les avantages ci-dessus énumérés, avantages qui sont de droit, le sociétaire ou les siens peuvent faire appel aux bénéfices du Fonds d'assistance et de Secours institué par le Gouvernement et dont les revenus sont affectés notamment:

1. à des secours temporaires aux fonctionnaires hors d'état de continuer leurs fonctions avant d'avoir droit à la retraite;

2. à des allocations aux veuves des fonctionnaires morts avant d'avoir droit à leur retraite, lorsque ces veuves n'ont pas été pourvues d'un bureau de tabac;

3. à des allocations aux orphelins sans ressources de sociétaires décédés avant d'avoir droit à pension.

Pour se rendre compte des résultats à espérer, disons qu'un instituteur qui entre dans l'Enseignement public avant de faire son service militaire, s'il parcourt sa carrière d'une manière régulière, obtiendra au moment de sa retraite, c'est-à-dire à 60 ans, un capital de 5336 fr. 25 et une rente viagère de 1269 fr. 51.

Digitized by Google

Résumé des ressources dont la Société a bénéficié pendant la période quinquennale 1898—1902.

Fondée en 1898, la Société de Prévoyance comptait au 31 décembre 1902, cinq années d'existence. Il nous a paru utile de jeter un coup d'oeil d'ensemble sur les résultats de la première période quinquennale.

En résumé la Société de 1898 à 1902 inclus a encaisse:

A titre de cotisation de ses membres	Fr.	568.673.14
A titre de subventions et dotations du Gouvernement	„	1.344.758.47
A titre de subvention et dotations des communes d'établissements publics	„	5.944.30
A titre de dons et legs	„	100.00
A titre de retenues pour congés, mesures disciplinaires	„	5.332.77
A titre de bénéfices sur la vente des biens patrimoniaux, recettes diverses et revenus de valeurs	„	256.591.27
Soit au total . . .	Fr.	2.181.399.95
Les dépenses réelles diverses pendant la même période se sont élevées a	„	48.014.12
De telle sorte qu'au 31 décembre 1902 c'est-à-dire à la fin de la première période quinquennale de sa vie civile, la Société disposait d'un capital de	Fr.	2.133.385.83

et comptait 1978 membres.

La Société de Prévoyance, constituée sur des bases solides, peut envisager l'avenir avec confiance: la sagesse de ses statuts, la précision de ses tarifs et la prudence qui préside à ses opérations journalières, garantissant la réalisation des avantages en vue desquels elle a été instituée.

Les considérations précédentes amènent à cette conclusion qu'il est avantageux et d'une sage prévoyance pour un fonctionnaire d'entrer dans la Société.

Digitized by Google

On ne saurait avoir trop de reconnaissance pour ceux qui ont conçu et réalisé une oeuvre d'une si haute utilité.

Il paraît juste de rappeler à cette occasion le nom de M. Massicault, le regretté Résident Général de France en Tunisie, mort à la tâche, à l'initiative duquel, dès 1890, un décret sur l'organisation de la Régie des Monopoles disposait que les remises allouées aux débitants de tabac seraient l'objet d'un prélèvement dont le produit serait affecté à la dotation d'une Caisse de secours pour les anciens serviteurs de l'État dans l'impossibilité de continuer leurs fonctions ou pour les veuves et les enfants d'anciens serviteurs décédés en activité de service.

Ce décret contient en germe le principe de la Société de Prévoyance.

Digitized by Google

CONGRÈS INTERNATIONAL DES ACCIDENTS DU TRAVAIL ET DES ASSURANCES SOCIALES.
7e session. — Vienne. — 17 au 23 septembre 1905.

LE DÉVELOPPEMENT
DES
ASSURANCES SOCIALES EN BELGIQUE
PENDANT LES QUINZE DERNIÈRES ANNÉES

PAR
JEAN DUBOIS,
DIRECTEUR GÉNÉRAL DE L'OFFICE DU TRAVAIL AU MINISTÈRE DE L'INDUSTRIE ET DU TRAVAIL
ET
LOUIS WODON,
CHEF DE DIVISION AU MÊME MINISTÈRE.

INTRODUCTION.

Le Comité d'organisation du VIIe Congrès des accidents du travail a eu l'heureuse idée de faire dresser, pour tous les États, le bilan de ce qui a été proposé ou réalisé, en matière d'assurances sociales, depuis le premier Congrès tenu à Paris en 1889. Répondant à l'invitation qui nous a été adressée, nous allons exposer sommairement les efforts tentés et les résultats obtenus en Belgique pendant les quinze dernières années, en considérant successivement l'assurance contre les accidents du travail, l'assurance contre la maladie et l'assurance contre la vieillesse.

Qu'il nous soit permis, afin de ne pas dépasser les limites assignées aux rapporteurs, de renvoyer le lecteur à deux études que nous avons publiées antérieurement à l'intention de nos collègues des Congrès internationaux des Accidents du travail et des Assurances sociales.*)

*) J. Dubois, Les pensions de vieillesse en Belgique: Exécution et résultats de la loi du 10 mai 1900. *(Rapport présenté au Congrès de Düsseldorf, 1902.)*

L. Wodon, La question des accidents du travail devant le Parlement belge. *(Bulletin du Comité permanent,* t. XIV, 1903, pp. 402 et suiv.)

Digitized by Google

CHAPITRE PREMIER.

Les accidents du travail.

La réforme toute récente du régime de la réparation des dommages résultant des accidents du travail a été préparée, en Belgique, par de nombreux travaux législatifs. Sans reprendre par le détail l'historique de la question, qui a fait l'objet de rapports publiés dans les actes de précédents congrès, il suffira de citer ici les délibérations de la Commission du travail (1886), la proposition de loi de M. Janson (1890), le projet de la Commission extra-parlementaire soumis à la Chambre en 1891 par M. Le Jeune, Ministre de la Justice, les avant-projets et les discussions du Conseil supérieur du travail (1896—1897), le projet de loi de M. Nyssens, Ministre de l'Industrie et du Travail (1898).

La loi du 24 décembre 1903, qui est entrée en vigueur depuis le 1er juillet 1905, est issue du projet qui fut présenté à la Chambre des représentants le 12 mars 1901. Mais le Gouvernement n'avait pas attendu la fin de cette longue élaboration pour prendre, tout au moins à titre provisoire, certaines mesures destinées à parer aux besoins les plus urgents.

La loi du 21 juillet 1890 a institué une Caisse de secours et de prévoyance en faveur des victimes des accidents du travail. Selon les termes de l'Exposé des motifs, cette loi n'était que »la première pierre apportée à l'édifice«. Elle avait le caractère d'une *loi de bienfaisance* et ne pouvait répondre aux nécessités d'une situation qui appelait la reconnaissance d'un *droit à la réparation* et l'organisation d'un *système de garanties* propres à assurer cette réparation d'une manière certaine. Tel a été l'objet de la loi du 24 décembre 1903. Celle-ci n'a pas mis fin, d'ailleurs, à l'existence de la Caisse de prévoyance et de secours, qui rendra de sérieux services encore dans les cas exceptionnels où la loi nouvelle ne sera pas applicable.

Le principe fondamental de la loi du 24 décembre, c'est la réparation obligatoire, à forfait, de tous les accidents du

Digitized by Google

travail survenus aux ouvriers dans presque toutes les entreprises industrielles (mines, carrières, transports, fabriques et ateliers) et dans les exploitations agricoles et les magasins de commerce d'une certaine importance. On estime que la loi s'appliquera à environ 630.000 ouvriers de l'industrie privée, auxquels il faut ajouter les nombreux ouvriers des régies publiques, de l'agriculture et du commerce.

La réparation comprend une indemnité pécuniaire, représentant une fraction du salaire de la victime (50% au maximum) ainsi que les frais médicaux et pharmaceutiques pendant les six premiers mois à partir de l'accident. (Voir l'arrêté royal du 30 août 1904, fixant le tarif des frais médicaux et pharmaceutiques applicable aux cas où la victime a choisi elle-même son médecin et son pharmacien.) L'indemnité pécuniaire est due à la victime, et, en cas d'accident mortel, à certaines catégories d'ayants droit dont la victime était le soutien (conjoint — enfants, petits-enfants, frères et sœurs âgés de moins de 16 ans — ascendants). Elle est, en règle générale, allouée sous la forme d'une rente viagère si l'incapacité de travail est permanente, et sous la forme d'une rente viagère ou temporaire en cas d'accident mortel.

Il est à remarquer que, dans ce dernier cas, l'indemnité est calculée en raison de l'âge de la victime au moment du décès, et qu'elle reste invariable, pour un même âge, quels que soient le nombre et la qualité des ayants droit. Cette particularité aura pour conséquence de porter le coût des accidents mortels en Belgique à un chiffre généralement supérieur à celui qui résulte des lois analogues en vigueur dans d'autres pays. Et cette différence aura sa répercussion finale sur l'ensemble de la charge que la loi nouvelle fera peser sur l'industrie: c'est ainsi que, par exemple, le coût global de la réparation sera plus élevé en Belgique qu'en France, où cependant les indemnités allouées en cas d'incapacité permanente totale dépassent les taux de la loi belge.

Digitized by Google

Pour obtenir les réparations légales, les intéressés n'ont plus à prouver la faute du patron: elles leur sont dues de plein droit, du moment que l'accident est survenu dans le cours et par le fait du travail et quand bien même la victime aurait été elle-même en faute. La loi écarte donc absolument la notion juridique de la responsabilité civile basée sur l'idée de faute pour y substituer le principe du risque professionnel, compris dans le sens le plus large.

La réparation est à la charge individuelle des patrons. Lorsqu'elle comporte une rente, le patron ne peut se contenter d'en payer les arrérages au fur et à mesure de leurs échéances: il est tenu, dans un délai fixé, soit de constituer le capital de la rente à la Caisse générale d'épargne et de retraite, établie à Bruxelles sous la garantie de l'État, ou à un autre établissement officiellement agréé, soit de fournir des sûretés pour la constitution éventuelle de ce capital.

Toutefois, les patrons ont la faculté de s'exonérer de ces diverses obligations en en transférant la charge à un établissement d'assurance reconnu par l'État. Ils peuvent, à cet effet, traiter, ou bien avec une *compagnie à primes fixes* agréée par le Gouvernement, ou bien avec une *caisse commune d'assurance,* c'est-à-dire avec une *association mutuelle de patrons,* également agréée, ou bien encore, éventuellement, avec la Caisse générale d'assurance dont la loi permet la création et qui serait une dépendance de la Caisse générale d'épargne et de retraite.

L'important arrêté royal du 29 août 1904, qui établit le réglement général de l'assurance, a notamment pour objet de déterminer les conditions d'agréation des assureurs.

En vertu de cet arrêté, dont les dispositions ont été commentées par la circulaire ministérielle du 31 août 1904, les caisses communes d'assurance contre les accidents constituées par les chefs d'entreprise et les sociétés d'assurances à primes fixes qui sollicitent l'agréation, doivent adresser une requête au Ministre de l'Industrie et du Travail.

Digitized by Google

La requête, avec les pièces y annexées, est soumise à l'avis de la Commission des accidents du travail, instituée, en vertu de la loi, par l'arrêté royal du 10 janvier 1904.

Les sociétés d'assurances à primes fixes doivent établir qu'elles sont constituées régulièrement sous la forme de sociétés anonymes ou de sociétés en commandite par actions, et justifier d'un capital social, souscrit en numéraire, qui ne soit pas inférieur à un million de francs. Elles ont á produire des pièces de nature à permettre d'apprécier leur situation financière. Elles sont obligées de joindre à leur requête le texte des conditions générales de leurs polices, ainsi qu'un exposé précis des bases techniques qu'elles ont adoptées pour l'établissement de leurs tarifs de primes. Enfin, elles doivent déposer à la Caisse des dépôts et consignations un cautionnement dont la composition est déterminée par le règlement et qui varie de 300.000 frs. à 1,500.000 frs.

Les arrêtés d'agréation sont publiés au *Moniteur*.

Les sociétés agréées sont soumises au contrôle du Gouvernement. Des règles précises établissent la manière dont elles ont à constituer leurs réserves. Les détails de l'exercice du contrôle, qui relève du Ministère de l'Industrie et du Travail, ont été réglés par l'arrêté ministériel du 20 avril 1905. Les résultats du contrôle seront rendus publics par des rapports annuels.

Les caisses communes constituées par les chefs d'entreprise doivent en principe comprendre cinq affiliés au moins occupant ensemble un nombre d'ouvriers qui ne soit pas inférieur à dix mille. A titre exceptionnel, l'agréation peut être accordée aux caisses qui comprennent un minimum de trente chefs d'entreprise occupant au total cinq mille ouvriers au moins.

Les statuts des caisses communes qui demandent l'agréation doivent être approuvés par le Gouvernement. Ces caisses n'ont pas de capital social: ce qui en tient lieu, ce sont les engagements personnels assumés par les affiliés et qui con-

Digitized by Google

stituent le capital de garantie. L'engagement de chaque affilié, en y comprenant l'obligation relative au paiement de la prime afférente à chaque exercice, sera au moins égal à deux fois la valeur de la dite prime. Pour le surplus, les caisses communes sont soumises aux mêmes règles que les sociétés d'assurances à primes fixes en ce qui concerne les garanties et le contrôle. Elles peuvent toutefois obtenir une réduction du cautionnement moyennant de majorer la valeur des engagements personnels des affiliés. Enfin, elles jouissent de certaines exceptions fiscales, et elles sont autorisées à établir, pour le jugement des contestations, la juridiction arbitrale dont il sera question plus loin. Les sociétés et les caisses communes qui sont agréées pour l'assurance contre les accidents du travail peuvent être agréées aussi pour le service des rentes. Elles sont astreintes alors à la constitution d'un cautionnement supplémentaire.

Les réserves mathématiques des établissements agréés doivent être calculées d'après un barême annexé au Règlement général du 29 août 1904; le même règlement détermine limitativement les modes de placement de ces réserves.

Les sociétés et les caisses communes agréées qui ne se conforment pas aux lois et règlements sur la matière sont passibles du retrait de l'agréation.

A l'effet de garantir les victimes d'accidents et leurs ayants droit contre l'insolvabilité éventuelle des patrons qui ne se sont pas assurés dans les conditions précédemment indiquées, il est institué un fonds spécial de garantie, rattaché à la Caisse des dépôts et consignations.

Le fonds de garantie est alimenté par des cotisations mises à la charge des chefs d'entreprise qui ne se sont pas exonérés par une assurance contractée au vœu de la loi; dispense de la cotisation pourra toutefois être accordée aux assujettis qui fourniront des sûretés déterminées. Le mode de détermination et de recouvrement de la cotisation de garantie et les con-

Digitized by Google

ditions de la dispense sont réglés par l'arrêté royal du 22 décembre 1904, portant règlement organique du fonds de garantie.

Le même règlement fixe la procédure à suivre pour le paiement des allocations dont la charge incombe aux chefs d'entreprise non exonérés, lorsque ceux-ci sont en défaut de s'acquitter volontairement de leurs obligations. Le bénéficiaire de l'indemnité doit présenter requête au juge de paix. Si le bien fondé de la réclamation est contesté pour des raisons qui paraissent sérieuses ou si, en cas de non-comparution, la réclamation ne semble pas suffisamment justifiée, le juge de paix renvoie le requérant à se pourvoir comme de droit, devant la juridiction compétente, contre la personne dont il se prétend créancier. Si le bien fondé de la réclamation n'est pas contesté, ou s'il ne l'est que pour des raisons qui ne paraissent pas sérieuses, de même que si, en cas de non-comparution, la réclamation semble suffisamment justifiée, le juge de paix constate, à charge du débiteur, le défaut d'exécution des obligations qui incombent à celui-ci en vertu de la loi du 24 décembre 1903. Le procès-verbal du juge, constatant l'inexécution, est transmis à la Caisse des dépôts et consignations qui opère le paiement des indemnités restées en souffrance et constitue, le cas échéant, à la Caisse générale d'épargne et de retraite le capital des rentes qui ont pris cours. L'administration des contributions directes recouvre par voie de contrainte, contre le débiteur, les sommes avancées par le fonds de garantie.

En résumé, tout en partant de l'idée de l'obligation individuelle du patron vis-à-vis de l'ouvrier, la loi aboutit finalement au principe de la garantie de la créance d'indemnité, et cette garantie est procurée, soit par un établissement d'assurance contre les accidents fonctionnant sous la surveillance et le contrôle de l'État, soit par le fonds spécial dont la gestion est confiée à une administration de l'État et qui constitue une caisse d'assurance contre l'insolvabilité des patrons.

Digitized by Google

La preuve de la faute du chef d'entreprise n'étant plus imposée aux victimes, les procès qui surgiront ne porteront donc plus guère que sur l'étendue de l'incapacité de travail causée par l'accident, c'est-à-dire sur l'élément d'après lequel le montant et la durée de la réparation doivent être fixés, dans la limite du maximum de 50% du salaire. Toutes les contestations en matière d'indemnités seront jugées par le juge de paix, sauf appel devant le tribunal de première instance pour les litiges d'une certaine importance; toutefois, les caisses communes d'assurance agréées peuvent substituer à la juridiction du juge de paix celle d'une commission arbitrale composée, à nombre égal, de patrons et d'ouvriers présidés par un magistrat. L'organisation des commissions arbitrales est fixée par le règlement général du 29 août 1904. Là où existent des conseils de prud'hommes ou des conseils de l'industrie et du travail, les assesseurs-patrons et les assesseurs-ouvriers seront respectivement élus par les chefs d'industrie et les ouvriers qui font partie de ces conseils.

Tout accident ayant entraîné une incapacité de travail doit être déclaré dans les trois jours par le chef d'entreprise ou son délégué au greffe de la juridiction compétente, ainsi qu'à l'inspecteur du travail du ressort (arrêté royal du 20 décembre 1904). Dans certains cas, l'inspecteur procédera à une enquête.

Les règles de la loi sont d'ordre public: toute convention contraire est nulle de plein droit.

L'ensemble de ces diverses dispositions, dans la pensée du législateur, a été conçu de manière à réaliser concurremment, sous la forme d'indemnités forfaitaires, la généralisation, la certitude et la rapidité de la réparation des dommages qui résultent des accidents du travail.

La loi est entrée en vigueur depuis trop peu de temps pour qu'il soit possible d'en apprécier déjà le fonctionnement.

Digitized by Google

Nous nous bornerons à signaler que l'assurance a pris dès l'abord une très grande extension: tout fait croire qu'à cet égard, les prévisions du législateur ne seront pas déjouées.

Onze caisses communes, fondées par des chefs d'entreprise, ont été agréées par le Gouvernement. Deux de ces caisses sont propres à l'industrie houillère; une autre à l'industrie des carrières; une autre encore, à l'industrie textile. Deux caisses ont pour objet particulier les risques agricoles. Les cinq caisses restantes groupent, avec plus ou moins de restrictions, les risques industriels les plus divers. Des commissions arbitrales ont été jusqu'à présent établies à Bruxelles, Mons, Charleroi et La Louvière.

Vingt compagnies d'assurances à primes fixes ont, d'autre part, obtenu l'agréation. Ce nombre peut, de prime abord, paraître considérable; mais il est à remarquer que treize de ces compagnies sont des sociétés étrangères, dont le portefeuille belge ne sera vraisemblablement qu'un appoint dans l'ensemble des opérations qu'elles pratiquent.

CHAPITRE II.

L'assurance contre la maladie.

L'assurance contre la maladie est réalisée en Belgique par les sociétés mutualistes.

Ces sociétés peuvent se former sans aucune intervention des pouvoirs publics, en vertu de la liberté d'association garantie aux Belges par la Constitution. Mais la liberté d'association n'implique pas l'existence juridique: la personnification civile ne peut résulter que d'une disposition spéciale de la loi.

La loi du 3 avril 1851 avait permis au Gouvernement de »reconnaître« les sociétés de secours mutuels et de leur conférer ainsi les avantages de la personnification civile. Toutefois, cette loi, trop étroitement conçue, ne produisit point les résultats qu'on en espérait. Un petit nombre de sociétés seule-

Digitized by Google

ment se soumirent au régime nouveau qu'elle consacrait. Malgré les encouragements d'ordres divers donnés à la propagande mutualiste, il n'y avait, en 1888, que 297 sociétés reconnues.

La loi du 23 juin 1894, qui régit actuellement les sociétés mutualistes, marque le commencement d'une ère nouvelle dans l'histoire de la mutualité; il importe d'en exposer brièvement l'économie.

La loi de 1894 range en deux classes distinctes les mutualités qui veulent se soumettre à ses prescriptions: *a)* les sociétés pour lesquelles la reconnaissance légale est un *droit*; *b)* celles que le Gouvernement a la *faculté* de reconnaître.

Les associations de la première classe sont celles qui, ayant leur siège en Belgique, sont constituées en vue d'objets appartenant exclusivement à l'une des catégories suivantes:

I. Assurer aux sociétaires et aux membres de leur famille des secours temporaires en cas de maladies, de blessures, d'infirmités, ou en cas de naissance d'un enfant; pourvoir aux frais funéraires; accorder des secours temporaires à la famille des sociétaires décédés.

Faciliter aux sociétaires et aux membres de leur famille l'affiliation aux Caisses d'épargne, de retraite et d'assurance de la Caisse générale d'épargne et de retraite sous la garantie de l'État.

II. Assurer aux sociétaires une indemnité en cas, soit de perte ou de maladie du bétail, soit de dommages causés à la récolte par des cas fortuits.

III. Faciliter aux sociétaires et aux membres de leur famille, mais à l'exclusion de tous autres, par l'accumulation de leurs épargnes, l'achat d'objets usuels ou de consommation, d'instruments de travail, d'animaux domestiques ou d'objets destinés à pourvoir à des nécessités temporaires et périodiques, notamment d'engrais ou de semences.

IV. Faire aux sociétaires des prêts ne dépassant pas le hiffre de 300 frs.

Digitized by Google

Les associations de la seconde classe sont celles ayant leur siège en Belgique et qui sont constituées:

I. En vue d'objets ressortissant à la fois à plusieurs des catégories énumérées ci-dessus.

II. En vue de la constitution d'un fonds distinct destiné à venir en aide, par des allocations annuelles, aux sociétaires âgés ou infirmes ou, après leur mort, aux membres de leur famille. Ces allocations ne peuvent jamais être prélevées que sur les revenus des capitaux et sur les autres ressources annuelles; leur taux est, à chaque exercice, sujet à révision et ne peut excéder, par personne, le chiffre de 1200 frs.

III. Enfin, les fédérations de sociétés mutualistes reconnues, dont le but peut être: l'admission réciproque des membres participants qui ont changé de circonscription; l'organisation en commun des services des mutualités affiliées et l'institution de conseils d'arbitrage pour aplanir les différends qui surgiraient entre les associations.

Indépendamment des attributs inséparables de la personnification civile, les avantages que la nouvelle loi accorde aux sociétés mutualistes reconnues sont:

1. L'exemption de certains droits fiscaux;

2. Le droit d'ester en justice sans autorisation préalable;

3. Le droit de recevoir, moyennant autorisation, des dons et des legs, même immobiliers;

4. Le droit de prendre un immeuble à bail pour y installer le siège social, ou d'acquérir un immeuble, à titre gratuit ou onéreux, dans le même but.

La loi stipule que les administrateurs doivent être élus en assemblée générale; ils ne peuvent être désignés à vie. Leur responsabilité est limitée à leurs engagements vis-à-vis de la société, sauf disposition contraire dans les statuts.

Sont déclarés incessibles et insaisissables, les secours temporaires, les sommes allouées à la mort d'un sociétaire ou

Digitized by Google

d'un membre de sa famille et les allocations annuelles. Ces dernières peuvent toutefois être saisies partiellement pour cause d'obligation alimentaire légale, lorsqu'elles dépassent 360 frs.

La procédure à suivre pour l'obtention de la reconnaissance légale est très simple. Les sociétés adressent leur demande au gouverneur de la province où elles ont leur siège. Elles y joignent la liste de leurs administrateurs ou fondateurs et deux exemplaires de leurs statuts.

Le gouverneur transmet la demande avec son avis à la Commission permanente des sociétés mutualistes, qui, s'il y a lieu, se met directement en rapport avec les sociétés requérantes. Ce collège fait rapport au Ministère de l'Industrie et du Travail, qui décide et notifie ensuite aux sociétés la décision intervenue. La reconnaissance légale est accordée par arrêté royal.

Les associations reconnues obtiennent du Gouvernement l'impression gratuite de leurs statuts. Si elles offrent des garanties suffisantes de stabilité et de bonne gestion, il peut leur être alloué un subside, une seule fois donné, destiné à les aider à couvrir les frais de leur premier établissement. Ce subside varie de 125 à 200 frs. pour les sociétés; il peut s'élever à 5000 frs. pour les fédérations.

En outre, depuis 1898, une indemnité a été octroyée annuellement aux sociétés et aux fédérations mutualistes pour la production de leurs comptes. Ces indemnités sont calculées à raison du travail fourni et le montant total en atteint aujourd'hui environ 100.000 frs. par an; grâce à cette dépense, le Gouvernement se procure les éléments de la statistique de la mutualité.

Aux termes de la loi du 19 mars 1898, tous ces avantages sont exclusivement réservés aux sociétés et fédérations mutualistes reconnues par le Gouvernement. Les associations

Digitized by Google

non reconnues, actuellement au nombre d'environ 800, restent d'ailleurs parfaitement libres, en vertu de l'article 20 de la Constitution, et n'ont de comptes à rendre à aucune autorité publique.

De nombreuses sociétés de secours mutuels se sont formées depuis la mise en vigueur de la loi du 23 juin 1894; en outre, beaucoup de sociétés déjà anciennes ont sollicité et obtenu la reconnaissance légale.

Le but principal de la plupart de ces sociétés est de garantir leurs membres contre les conséquences de la maladie. Elles leur accordent, en cas d'incapacité de travail, une indemnité journalière et les soins médicaux et pharmaceutiques. Certaines sociétés attribuent les mêmes avantages à la femme et aux enfants du sociétaire; elles ont organisé ce qu'on appelle le »service de famille«. Cette forme très recommandable de prévoyance tend de plus en plus à se généraliser.

Le montant total de la cotisation varie de 0·50 à 3 frs. par mois; y compris la rétribution du service de famille, elle s'élève généralement à 1·50 frs. par mois, pour une indemnité journalière de 1 franc payée pendant trois ou six mois.

Beaucoup de mutualités allouent, en outre, des secours en cas de naissance d'un enfant ou en cas de décès du sociétaire ou d'un membre de sa famille, et prennent à leur charge les frais de funérailles de leurs membres effectifs.

Nous parlerons plus loin des sociétés qui ont pour objet l'affiliation de leurs membres à la Caisse de retraite. Pour ce qui est des associations mutualistes dont l'objet est étranger à l'assurance contre la maladie ou à la constitution des retraites de vieillesse, nous n'avons pas à nous en occuper ici.

Les mutualités reconnues peuvent se grouper en fédérations mutualistes. L'objet de celles-ci consiste surtout à organiser en commun les services des sociétés, la mutation et l'arbitrage.

Digitized by Google

Les services communs que les fédérations ont constitués sont principalement le service médical et pharmaceutique et la caisse de réassurance.

On comprend aisément l'intérêt que les sociétés ont à se grouper pour le premier service. Elles parviennent presque toujours à obtenir des médecins et pharmaciens des conditions plus avantageuses pour les soins à accorder aux mutualistes, d'où dégrèvement considérable des budgets des sociétes affiliées.

Plusieurs fédérations paient des traitements fixes à un certain nombre de médecins (38 dans la Fédération libre de Bruxelles, 34 dans la Fédération neutre reconnue de Liége). A Bruxelles, Liége, Gand, Charleroi, Verviers et ailleurs, il a été créé des sociétés coopératives de pharmacie, qui vendent aussi les médicaments au public et dont les bénéfices sont distribués entre les mutualités fédérées.

La durée des secours que les sociétés locales accordent à leurs affiliés est généralement de six mois. Après ce terme, elles sont déchargées de toute obligation vis-à-vis du sociétaire malade ou blessé. C'est à ce moment qu'intervient la caisse de réassurance. Elle a pour objet d'accorder des indemnités aux membres des associations affiliés, à partir du moment où toutes les obligations de celles-ci prennent fin, soit, en règle générale, à partir du septième mois jusqu'à l'expiration de la cinquième année.

Le fonctionnement de caisses de l'espèce n'est possible qu'avec un grand nombre d'adhérents. La cotisation de réassurance est relativement minime: 0·20 frs. par mois pour une indemnité journalière de 1 fr. Il faut donc que le risque puisse être réparti sur un grand nombre de têtes. C'est pour ce motif que presque toutes les caisses de réassurance existant en Belgique ont été organisées par des fédérations. Il en existe cependant quelques-unes au sein de sociétés isolées, mais assez puissantes.

Digitized by Google

L'institution de ces caisses, vivement préconisées par le Gouvernement, a réalisé un progrès sérieux dans le domaine de la mutualité. Elles constituent, en quelque sorte, le corollaire indispensable de l'œuvre primitive entreprise par les sociétés et un acheminement vers l'assurance contre l'invalidité; enfin elles ont rendu plus facile l'extension des services fédéraux.

Le mouvement mutualiste a été favorisé par des encouragements de toute nature: une propagande active a été poursuivie en vue d'améliorer l'organisation des mutualités; l'enseignement et la pratique de la prévoyance ont été introduits avec succès dans les écoles officielles et dans les écoles libres; un nombre croissant d'établissements industriels ont fait profiter leurs ouvriers de ces utiles institutions; enfin, des brochures ont été répandues par milliers d'exemplaires en vue de généraliser les idées de prévoyance et d'en faire connaître les applications nouvelles.

Le crédit inscrit au budget du Ministère de l'Industrie et du Travail afin d'encourager la mutualité a été porté de 35.000 à 350.000 frs.

Les administrations provinciales et communales, la Commission permanente des sociétés mutualistes, la Caisse générale d'épargne et de retraite, les Comités de patronage des habitations ouvrières et des institutions de prévoyance et les inspections de l'enseignement primaire ont très afficacement joint leurs efforts à ceux du Gouvernement.

Grâce à toutes ces bienveillantes interventions et grâce surtout au régime large et généreux de la loi du 23 juin 1904, le développement de la mutualité s'est accentué d'année en année.

Le tableau suivant donne une idée des progès réalisés, depuis 1894, dans le domaine de la mutualité en général: *)

*) Les chiffres de ce tableau ne comprennent pas les mutualités agricoles d'assurance contre la mortalité du bétail ou contre la grêle.

Digitized by Google

ANNÉES	NOMBRE de sociétés mutualistes reconnues	NOMBRE de membres
1895	759	104.272
1896	948	120.715
1897	1.257	151.305
1898	1.927	219.787
1899	2.915	304.037
1900	4.996	425.068
1901	5.806	529.678
1902	6.166	603.908
1903	6.447	649.648
1904	6.730	750.000

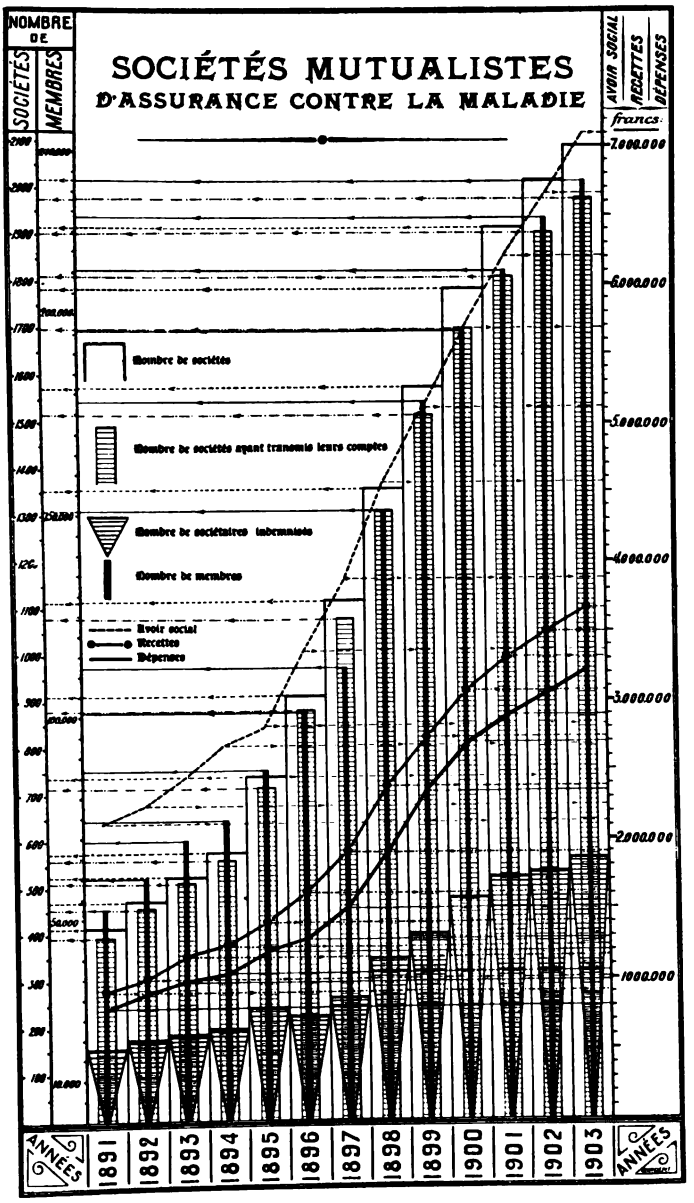
L'accroissement a suivi son cours normal pendant l'année 1905, à tel point que le nombre des sociétés mutualistes reconnues s'élève actuellement, en chiffres ronds, à 7000.

Le nombre des fédérations, qui ne dépassait pas six en 1898, était de soixante-quinze au 31 décembre 1904. Les délégués de ces fédérations, agréés par l'Office du Travail, ont reçu mission de contrôler en partie la comptabilité des sociétés affiliées.

Le mouvement des sociétés mutualistes reconnues ayant pour objet l'assurance contre la maladie est caractérisé par le tableau et le diagramme qui suivent.

Il convient de signaler que le Gouvernement a récemment décidé d'encourager d'une manière spéciale le développement des caisses de réassurance et la prolongation de leurs services. Un subside s'élevant à 115.000 frs. a été alloué à ces institutions en 1904, pour leur constituer un fonds de réserve et leur permettre de s'engager davantage dans la voie de l'assurance contre le risque d'invalidité permanente résultant de maladies chroniques et d'infirmités prématurées.

Digitized by Google



Digitized by Google

Digitized by Google

Sociétés mutualistes reconnues ayant pour objet l'assurance contre la maladie.

ANNÉES	NOMBRE DE SOCIÉTÉS		NOMBRE DE		TOTAL DES		AVOIR SOCIAL
	existantes	ayant transmis leurs comptes	membres effectifs	sociétaires indemnisés	RECETTES	DÉPENSES	
1891	412	397	54.870	17.451	933.851·59	803.133 37	2,127.771·20
1892	473	458	60.291	19.744	1,013.506·12	914.045·42	2,255.841·03
1893	523	510	68.717	21.527	1,175.007·45	1,006.546·43	2,466·386·48
1894	579	559	74.343	22.292	1,265.967·11	1,056.638 78	2,692.159 65
1895	734	712	87.312	27 612	1,415.945·08	1,227.336·41	2,830.648·36
1896	912	883	101.329	25.617	1,627.515·06	1,294.333·81	3,370.799·23
1897	1117	1078	123.177	30.502	1,919.250·17	1,531.099·69	3,867,228 03
1898	1359	1307	151.300	39.646	2,390.012·64	1,911 456·70	4,561.092·11
1899	1580	1515	177.852	45.945	2,734.122·39	2,380.928·54	5,116.052·96
1900	1790	1687	196.487	54.892	3,084.032·69	2,708.457·26	5,707.411.36
1901	1917	1812	201.473	60.286	3,3[illegible]9.122·71	2,903.143·27	6,207.324·49
1902	2022	1898	223.612	62.180	3,489.423·13	3,065.342·16	6,667.431·52
1903	2097	1917	232.917	64.175	3,664.324·19	3,225.459·17	7,106.324·13
1904	2256	2129	254.132	65.210	3,918.573·72	3,417·391·56	7,619.572·78

La création, dans plusieurs fédérations, de caisses spéciales pour les tuberculeux, ainsi que la participation des sociétés mutualistes à l'œuvre des sanatoria et des dispensaires, sont à mentionner dans le même ordre d'idées.

CHAPITRE III.

Les pensions de vieillesse

La Chambre des représentants a été saisie, dans les dix dernières années, de plusieurs propositions de loi d'initiative parlementaire, ayant pour objet l'assurance obligatoire contre l'invalidité et la vieillesse.

Citons, pour la période antérieure à 1900, la proposition de loi sur les pensions des vieux houilleurs, présentée par M. A. De Fuisseaux, le 22 janvier 1895, — la proposition

Digitized by Google

présentée par M. De Malander le 14 février 1895 et ayant pour objet l'institution d'une caisse de retraites ouvrières, — la proposition de M. De Guchtenaere concernant l'assurance contre l'invalidité et la vieillesse (5 mars 1895), et celle de M. Hector Denis sur le même objet, déposée le 24 décembre 1897.

Ces propositions sont devenues caduques par suite de la dissolution des Chambres en 1900.

La proposition de M. De Fuisseaux fut reproduite le 27 novembre 1900. D'autre part, le 11 décembre de la même année, MM. Warocqué et consorts proposèrent l'institution d'une caisse d'assurance ayant pour objet le paiement de pensions aux ouvriers agricoles et industriels invalides et âgés, afin de leur procurer le strict nécessaire, soit 360 frs. par an. Enfin, le 3 mai 1901, M. de Ponthière saisit la Chambre d'une proposition de loi sur les pensions des ouvriers occupés aux travaux du fond.

Le cadre de notre rapport ne nous permet pas d'analyser ces différentes propositions, dont d'ailleurs aucune n'a, jusqu'à ce jour, subi l'épreuve de la discussion parlementaire.

Nous plaçant au point de vue des résultats obtenus, nous allons exposer les effets du système de la »liberté subsidiée«, expérimenté par le Gouvernement belge à partir de 1891 et consacré par la loi du 10 mai 1900.

L'expérience commencée en 1891 tendait à développer la prévoyance pratiquée par l'intermédiaire des sociétés mutualistes: des subsides annuels étaient accordés à ces associations pour les encourager à affilier leurs membres à la Caisse de retraite.

Cette Caisse est un établissement public créé par la loi du 8 mai 1850, et qui, depuis la loi du 16 mars 1865, forme une section de la Caisse générale d'épargne et de retraite, instituée sous la garantie de l'État.

Digitized by Google

Le but de la Caisse de retraite est de fournir une pension aux personnes qui font des versements à cet effet.

Aucune condition de nationalité n'est requise des déposants; ceux-ci doivent être âgés de 18 ans au moins et peuvent faire des versements soit pour eux-mêmes, soit pour toute personne âgée d'au moins 6 ans.

Chaque versement constitue une opération distincte d'acquisition de rente, sans aucune perte ni déchéance en cas d'interruption ou de cessation des versements: aucun engagement de régularité des versements n'est exigé.

Les versements peuvent être faits à capital abandonné ou à capital réservé.

Dans le premier cas, les sommes versées restent acquises à la caisse au décès de l'affilié. Il en résulte que la pension est beaucoup plus élevée que dans le second cas, où, au décès de l'assuré, les sommes versées par lui sont remboursées à ses ayants droit, sauf une retenue de 3 p. c. pour frais d'administration.

Les rentes peuvent être immédiates ou différées.

La rente immédiate prend cours sans délai. L'entrée en jouissance de la rente différée peut avoir lieu à une des années d'âge accomplie entre 50 et 65 ans.

Le maximum des rentes accumulées a été fixé à 1200 frs.

Créée en dehors de tout but de lucre, la Caisse de retraite est organisée et gérée de manière à inspirer au public la confiance la plus complète.

La raison essentielle de cette confiance réside dans la garantie de l'État. Si, par suite de circonstances imprévues, la Caisse se trouvait dans l'impossibilité de faire face à ses engagements, c'est à l'État qu'incomberait l'obligation d'intervenir pour que les intéressés — dans l'espèce, les bénéficiaires actuels et futurs de rentes — ne subissent aucun dommage.

Digitized by Google

Les formalités à remplir pour s'affilier à la Caisse de retraite ne sont guère compliquées: le requérant adresse une demande d'inscription de rente soit à l'administration centrale, soit aux agents de la Caisse d'épargne ou de la Banque Nationale, soit aux bureaux de poste. L'administration se procure directement les pièces d'identité nécessaires.

L'affilié obtient un carnet individuel ou livret sur lequel sont inscrits ses versements et la rente produite par ceux-ci, de manière qu'il puisse constamment se rendre compte de l'effet utile de son épargne et des subventions patronales et gouvernementales qui viennent périodiquement s'y ajouter. Ce livret est incessible et insaisissable.

Les versements sont effectués par francs entiers. Une liberté entière est laissée pour la fixation de l'âge d'entrée en jouissance de la rente (entre 50 et 65 ans) et le mode des versements. L'âge et le mode peuvent même être modifiés à chaque nouveau versement.

Ajoutons, pour terminer l'exposé de l'organisation de la Caisse de retraite, que celle-ci a la faculté de rembourser à l'assuré, après l'entrée en jouissance de sa rente, la valeur du rachat du capital réservé. De même, la valeur actuelle de ce capital pourra, avant l'entrée en jouissance de la rente différée acquise par ce capital, servir à l'acquisition d'une rente temporaire jusqu'à l'entrée en jouissance de la rente différée.

Ce sont là deux mesures très avantageuses pour les assurés.

La première met l'intéressé en possession d'une partie du capital qui n'était exigible qu'à son décès. Au moyen de ce capital, le rentier peut, par exemple, amortir partiellement ou totalement l'emprunt qu'il aurait contracté pour l'acquisition d'une habitation.

La deuxième combinaison a pour objet de mettre à l'abri du besoin les personnes dont l'incapacité de travail est survenue avant l'époque fixée pour l'entrée en jouissance de leur rente.

Digitized by Google

Il est à remarquer, enfin, que l'assuré a toujours la faculté d'abandonner son capital réservé afin d'augmenter la rente qu'il a acquise.

Malgré les multiples avantages offerts par la Caisse de retraite, les affiliations furent peu nombreuses au cours des premières années. Isolé, l'ouvrier n'est guère disposé à se livrer d'une manière continue à l'effort de la prévoyance à longue échéance; quelque réduites que soient les formalités à remplir, elles le rebutent encore; les prélèvements qu'il peut opérer sur son salaire hebdomadaire sont rarement d'un franc entier. C'est le groupement, l'application de la mutualité à la retraite qui devait faciliter, organiser, propager et généraliser le mouvement d'affiliation.

Dans ce but, le Gouvernement sollicita de la Législature, en 1891, un credit de 13.000 frs.

Des primes étaient accordées aux sociétés mutualistes et non directement aux affiliés eux-mêmes. Un »point« était alloué aux sociétés pour chaque franc versé par leur intermédiare à la Caisse de retraite pendant l'exercice écoulé. Le quotient de la division du crédit inscrit au budget par le total des »points« obtenus par l'ensemble des sociétés déterminait la valeur du point. Les primes obtenues ainsi par les sociétés devaient être versées à la Caisse de retraite.

Avec ce système, la valeur du »point« était essentiellement variable d'après le montant du crédit alloué et le nombre total des »points«.

C'était un inconvénient, en ce sens que le montant de l'intervention gouvernementale était incertain. Cette intervention elle-même dépendait, tous les ans, du vote du crédit par le Parlement.

Pour mettre fin à la variabilité des primes, le montant du point fut fixé á 0·60 fr. par franc versé jusqu'au douzième franc. Le maximum des primes annuelles que pouvait ainsi obtenir chaque affilié s'élevait donc à 7·20 frs.

Digitized by Google

Les efforts qu'avait tentés le Gouvernement furent couronnés de succès. En effet, 66.356 personnes ayant opéré des versements en 1898 dans 933 mutualités bénéficiaient, en 1899, de 281.935 frs. de primes d'encouragement et, l'année suivante, le total des primes s'éleva à 555.801 frs.

Ces progrès rapides ne manquèrent pas de fixer l'attention de la Commission spéciale que le Gouvernement avait instituée par arrêté du 5 avril 1895 et qui avait, aux termes de cet arrêté, pour mission des formuler des propositions en vue d'assurer aux ouvriers une pension de retraite en cas de vieillesse ou d'invalidité permanente.

Le rapport présenté par la Commission, le 30 janvier 1900, à M. le Ministre de l'Industrie et du Travail, conclut à l'extension et à la consolidation du système de la liberté subsidiée.

S'appuyant à la fois sur cette consultation mûrement délibérée et sur les résultats très encourageants de l'essai qu'il avait tenté, le Gouvernement s'empressa de déposer à la Chambre des Représentants un projet dont il sollicita la discussion immédiate et qui devint la loi du 10 mai 1900.

Désormais, un fonds spécial de dotation est institué par l'État pour la constitution de pensions de vieillesse. L'allocation annuelle, fixée primitivement à 12 millions, a été portée à 15 millions par la loi du 18 février 1903.

C'est la liberté qui est la base de cette législation. Le Gouvernement seul a l'obligation d'intervenir par voie de primes d'encouragement. Les primes qu'il est tenu d'allouer sont versées directement à la Caisse de retraite au profit des bénéficiaires; les mutualités n'ont d'autre rôle que de faciliter les versements et de dresser annuellement les états des ayants droit, que vérifie le Ministère de l'Industrie et du Travail.

Les membres des sociétés jouissent de trois avantages spéciaux: leurs versements sont susceptibles de primes à partir de l'âge de 6 ans, alors que l'âge de 16 ans est exigé

Digitized by Google

en ce qui concerne les affiliés non-mutualistes; les mutualistes ne sont pas atteints par l'exclusion du droit aux primes portée contre les affiliés non-mutualistes qui paient un certain chiffre de contributions directes; enfin, ils bénéficient, le plus souvent, de la subvention de 2 frs. que le Gouvernement accorde annuellement aux sociétés mutualistes reconnues dont la gestion et les écritures ont été trouvées régulières, pour chaque livret sur lequel il a été versé, par leur intermédiaire, pendant l'année écoulée, une somme de 3 frs. au moins, non compris les subsides des pouvoirs publics.

La loi du 20 août 1903 a augmenté les primes pour les affiliés nés avant 1860.

Le système actuellement en vigueur peut se résumer comme suit:

I. Une prime de 0·60 frs. par franc et par livret est accordée annuellement à concurrence de 15 frs. versés.

II. Cependant, les intéressés qui avaient atteint l'âge de 40 ans au 1er janvier 1900 jouissent de la prime à concurrence de 24 frs. versés annuellement.

En outre, à partir du 1er janvier 1903, le montant de la prime annuelle est porté, à concurrence des six premiers francs versés:

a) A 1 fr. par franc pour les intéressés ayant atteint, au 1er janvier 1900, un âge compris entre 40 et 45 ans;

b) A 1·50 frs. par franc pour les intéressés ayant atteint, à la même date, un âge compris entre 45 et 50 ans;

c) A 2 frs. par franc pour les intéressés ayant dépassé, à la même date, l'âge de 50 ans.

Comme la plupart des sociétés versent à l'actif de leurs affiliés la subvention annuelle de 2 frs., l'allocation réelle de l'État est, dans les différents cas possibles, respectivement de 11, 18·80, 21·80 et 24·80 frs., c'est-à-dire que souvent l'assuré obtient en prime de l'État une somme supérieure au montant

Digitized by Google

de ses versements, sans compter les subsides des provinces, des communes et des chefs d'industrie.

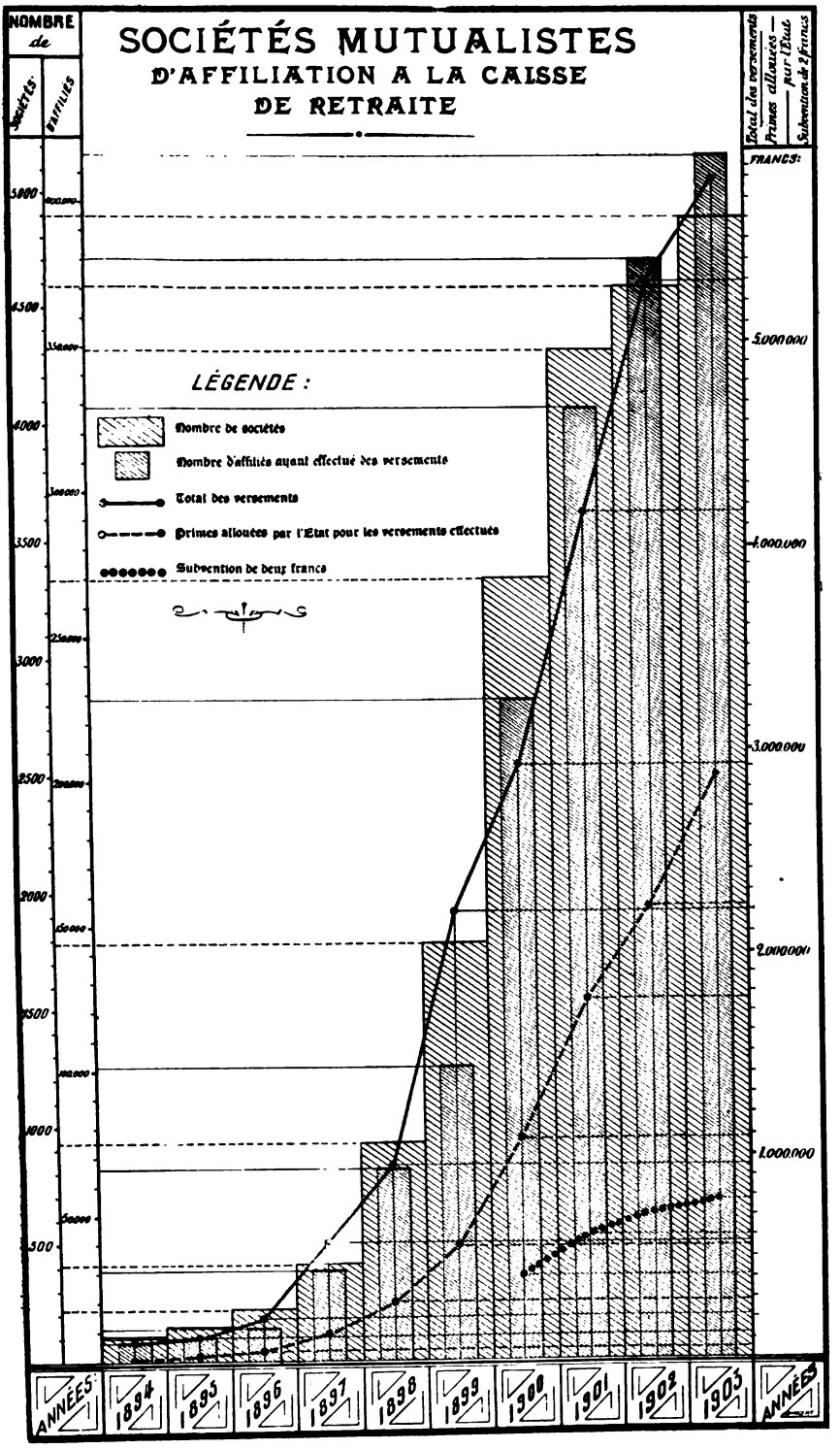
Le montant des primes et subventions accordées annuellement par l'État n'a cessé de s'accroître dans des proportions considérables, comme il résulte du diagramme et du tableau suivants, qui font saisir en même temps la progression suivie par les affiliations à la Caisse de retraite depuis la loi du 23 juin 1889 sur les sociétés mutualistes:

ANNÉES	NOMBRE de sociétés	NOMBRE DE LIVRETS: anciens sur lesquels des versements ont été faits pendant l'année	NOMBRE DE LIVRETS: nouveaux ouverts pendant l'année	NOMBRE DE LIVRETS: TOTAL	TOTAL des versements	PRIMES allouées par l'État pour les versements effectués pendant les années en regard	SUBVENTION de deux francs
1	2	3	4	5	6	7	8
					frs.	frs.	frs.
1894	107	4.169	1.335	5.504	93.346·—	19.987·—	—
1895	147	5.089	2.978	8.067	113.033·—	29.976·—	—
1896	225	7.211	4.904	12.115	213 146·—	46.000·—	—
1897	416	17.769	12.930	30.699	580.276·—	136.185·—	—
1898	933	29.163	36.916	66.079	957.265·—	281.935·—	—
1899	1.785	37.497	64.706	102.203	2,187.577·70	555.801·—	—
1900	3.327	94.105	134.476	228.581	2,902.526·71	1,086.480·80	411.136
1901	4.319	197.057	131.148	328.205	4,147.672·17	1,750.885·40	601.292
1902	4.597	291.799	88.497	380.296	5,273.154·52	2,209.839·— *)	704.402
1903	4.813	384 369	70.603	454.972	5,720.329·16	2,899.182·40 *)	784.334
1904 **)	5.053	506.795	78.861	585.656	6,119.314·—	3,500.000·—	830.258

*) Ces chiffres ne comprennent pas les primes qui sont attribuées, depuis deux ans, aux miliciens obligatoirement affiliés et qui se sont élevées, pour 1903, à 384.093 frs. et. pour 1904, à environ 390.000 frs. Mais le nombre des affiliés directs, c'est-à-dire des personnes faisant leurs versements sans l'intermédiaire d'une société mutualiste, ainsi que les primes qui leur ont été allouées, sont compris dans les chiffres des colonnes 5 et 7; le nombre des affiliés directs ayant bénéficié des primes est d'ailleurs insignifiant: 147 en 1903 et 212 en 1904.

**) Les chiffres afférents à l'année 1904 sont encore susceptibles de correction, mais dans une faible mesure.

Digitized by Google



Digitized by Google

Digitized by Google

Le bilan des effets de la loi du 10 mai 1900, au point de vue de la prévoyance, peut se résumer comme suit:

650.000 personnes assurées à la Caisse de retraite par l'intermédiaire de 5000 sociétés mutualistes reconnues, outre les 50.000 miliciens affiliés obligatoirement;

Le montant des primes et subventions allouées par l'État en 1904, s'élève à 4,600.000 frs.;

L'intervention de l'État pour la première période quinquennale (1900—1904) représente une somme totale de 15½ millions de francs.

D'une statistique dressée par la Caisse de retraite, il résulte que plus de 80% des affiliés appartiennent à la classe ouvrière. C'est la preuve qu'un grand nombre d'ouvriers se sont rendus compte des avantages qu'ils pouvaient retirer de la loi. Certains du concours de l'État, souvent aidés par leurs patrons, ils se sont décidés à opérer volontairement et aussi régulièrement que possible, sur leur salaire, les prélèvements destinés à constituer la pension qui, lorsque l'âge ou les infirmités les rendront incapables de travailler, les mettra à l'abri de la misère.

On sait que la loi du 10 mai 1900 ne s'est pas contentée de venir en aide aux prévoyants qui s'assurent une pension dans l'avenir. Elle a permis au Gouvernement d'accorder, par mesure transitoire, des allocations annuelles de 65 frs. aux ouvriers âgés, au 1er janvier 1901, de plus de 65 ans et se trouvant dans le besoin.*)

Les travailleurs âgés d'au moins 55 ans à la date du 1er janvier 1901 sont admis, dans les mêmes conditions, à jouir de l'allocation de 65 frs. au fur et à mesure qu'ils atteignent 65 ans. Toutefois, les intéressés qui avaient, à la même date, moins de 58 ans accomplis seront exclus du béné-

*) En ce qui concerne les conditions requises pour jouir du bénéfice de l'allocation et les règles suivies pour l'instruction des demandes, voir le rapport prérappelé de M. Dubois au Congrès de Düsseldorf.

Digitized by Google

fice de l'allocation si, pendant une période de trois ans au moins, ils n'ont effectué à la Caisse générale de retraite des versements s'élevant au moins à 3 frs. par an et formant un total de 18 francs. Il est à remarquer que, pour l'intéressé qui s'affilie à la Caisse de retraite par l'intermédiaire d'une mutualité reconnue, ce total pourra être réduit à 12 frs., grâce aux subventions annuelles de 2 frs.

Le nombre des vieillards auxquels l'allocation de 65 frs. fut accordée la première année a été de 180.000. Une majoration d'environ 40.000 s'étant produite l'année suivante, le Gouvernement modifia certaines dispositions réglementaires et donna des instructions très précises aux Collèges chargés de statuer sur les demandes. Depuis lors, le nombre des bénéficiaires n'a subi que des variations peu importantes et ne s'est guère écarté de 210.000, ce qui représente une charge financière de 13 millions 500.000 frs.

Bruxelles, le 1er août 1905.

Digitized by Google

NOTE

ON

WORKMENS COMPENSATION IN THE UNITED KINGDOM

SUPPLIED BY THE

BRITISCH HOME OFFICE.

Previous to the passing of the Workmen's Compensation Act 1897 no systematic provision had been made by law for securing compensation to workmen disabled by accidents arising out of their occupation. By virtue of the Common Law on the subject of employers' liability, and of the Employers' Liability Act 1880, an injured workman had the right, if the injury could be proved to have been caused by some negligence or default on the part of the employer or of some person entrusted by him with superintendence, to recover damages against the employer; but the number of cases in which such a right existed was of course but a small proportion of the total number of industrial accidents. Moreover it was found that even in those cases, where the workman might have been able to obtain redress, he was frequently deterred from taking steps to enforce his claim, by reason of the serious risk of litigation and from fear that by commencing legal proceedings he would destroy all chance of further employment with his former master. Thus the remedies afforded by the Common Law and the Act of 1880 proved of little use as a means of providing compensation, and the injured workman had almost invariably to depend during the period of disablement on the money allowed him from some private Benefit Fund or Club, or on the contributions of relations and friends. This state of

Digitized by Google

affairs continued till 1897 — the date of the Workmen's Compensation Act — notwithstanding the introduction in Parliament of numerous Bills which proposed to enlarge the workmen's remedies. All these measures, none of which ever passed into law, adhered to the principle of the responsibility of the employer for those injuries to his workpeople which can be ascribed directly or indirectly to some default or neglect on his part or on that of persons in his employment, and left untouched the great mass of accidents which occur fortuitously, through no fault on the part of anyone.

The Workmen's Compensation Act 1897, which established the system — now prevailing in this country — of compensation for industrial accidents to workmen, constituted an entirely new departure. It casts on the individual employer in certain trades the liability to pay compensation, according to a fixed scale, for injuries to his workmen by accidents arising out of their employment without any regard to the question whether or not there was any lache on the employer's side, and with but slight respect to the conduct of the workman himself — he is only debarred from compensation if the accident is attributable to his 'serious and wilful misconduct'. The grounds urged in justification of these proposals were that it is not desirable or right that the victims of industrial accidents should have to bear the whole brunt of the loss, which ought rather to be treated as a trade expense and be distributed between employers and employed.

The following are perhaps the most important features of the scheme of the Act:

1. Each individual employer in the employements to which the Act applies is made personally liable to pay the compensation due for accidents to his workmen. He may, and it is assumed that he will, protect himself against this risk by insurance; but the Act does not lay on him any explicit obligation to insure nor does, it provide any facilities therefor

Digitized by Google

Apart from the employer's personal liability no security for the payment of compensation is afforded.

2. The employer cannot by any contract with his workmen relieve himself of the burden of compensation. The only agreement in this respect which he is allowed to make in an agreement to substitute, for the provisions of the Act, the provisions of a definite scheme of compensation certified by Government to be 'on the whole not less favourable to the general body of workmen or their dependants' than the Act itself.

3. The Act is limited to accidents occurring to workmen employed on or about certain specified works or premises. Being of an experimental charakter, it was framed so as to aply, in the main, only to industries which were of a dangerous character and were already subject to some sort of statutory regulation. On this principle, railways, factories, mines, quarries, docks, wharves, engineering and building works were brought within its operation. Subsequently in 1900, it was extended, subject to one or two modifications, to agricultural employment, an industry comparatively safe.

4. The Act only applies to serious accidents — that is to say, to accidents which incapacitate a workman for not less than a fortnight. It makes no provision for accidents of a more trivial character. Further, it does not aim at completely indemnifying the workman from the consequences of an accident, but merely at affording him substantial relief.

5. The amount of the compensation to be paid is fixed, or a provision is made for fixing it, within certain maximum limits. Where death results from the injury and the workman leaves any dependants wholly dependent upon his earnings, the compensation is 3 years wages or £ 150, whichever sum is the larger — in no case more than £ 300.

In case of partial dependency, such sum, not exceeding the sum payable for total dependency, as may be agreed on or determined.

Digitized by Google

In case of injury causing total incapacity, a weekly payment during the incapacity, commencing after 2 weeks disablement, not exceeding half the weekly earnings within a maximum limit of £1. If therefore the accident causes total and permanent incapacity, the Act gives the injured workman a pension, which in practice is usually half his former wages, for the remainder of his life, subject to the right of the employer to obtain a settlement of a sum to be paid by way of commutation.

No limit is set on the amount for which the weekly payment may be commuted.

In the case of partial incapacity, whether permanent or temporary, the same limits apply, but the arbitrator or judge who fixes the weekly payment is required to have regard to the difference between the wages earned previous to the accident and the average amount which the workman is able to earn after the accident.

6. It is provided that any question as to the liability of the employer or as to the amount of or duration of the compensation payable under the Act shall, if not setted by agreement, be referred to arbitration. The arbitrator may be either (1) any committee representative of the employer and his workmen which has power to settle matters under the Act, or (2) a single arbitrator agreed to by the parties or (3) the County Court Judge or under certain conditions a person appointed by him. If the matter is dealt with in the County Court, an appeal lies from the decision of the County Court Judge to the Court of Appeal (in Scotland, to the Court of Session), and in English cases there is an appeal from the Court of Appeal to the House of Lords.

7. When any question arises in an arbitration as to the extent of the workman's incapacity, his prospect of recovery, or other point of this kind, it is possible for the arbitrator to obtain a report on the matter at issue from one of the

Digitized by Google

medical practitioners known as 'medical referees' whom the Secretary of State is expressly authorised to appoint for the purposes of the Act. The expense of any such referee is paid from the funds of the Exchequer.

8. Under the Act, the person to whom the accident happens must be a 'workman', but the definition of 'workman' in the Act is exceedingly wide. It embraces every one engaged in an employment to which the Act applies 'whether by way of manual labour or otherwise, and whether his agreement is one of service or apprenticeship or otherwise and is expressed or implied, is oral or in writing'. In the case of a fatal accident, certain near relations (not including brothers and sisters) of the workman, if wholly or partly dependent upon him at the time of his death, are entitled to compensation.

9. The person liable to pay compensation is in the ordinary case the workman's immediate employer, but where the workman is engaged in work done by sub-contract and has for his immediate employer a sub-contractor he is entitled under certain conditions to recover compensation from the chief contractor for whom his own employer is working. In such cases the chief contractor would usually be entitled to be indemnified by the sub-contractor.

It may be pointed out that the object of this provision is to prevent any general evasion by employers of their liability under the Act by means of a system of sub-contracting. Experience of the working of the Employers Liability Act had shewn that in the case of works carried out under a series of sub-contracts, workmen often failed to obtain compensation because their only remedy was against their immediate employer, the subcontractor, who in many cases was a man of straw. It was deemed necessary therefore in the case of the Workmen's Compensation Act to safeguard the workman's rights by allowing him to proceed, if he so chooses, against the chief contractor instead of against his immediate employer.

Digitized by Google

10. A workman is not debarred by his own behaviour from obtaining compensation, unless the accident is attributable to his 'serious and wilful misconduct'. The Act provides no criterion for determing what constitutes such misconduct: it is a matter left entirely to the arbitrator's judgment.

Digitized by Google

OLD AGE PENSIONS IN AUSTRALIA.

BY THE

HONOURABLE SIR JOHN A. COCKBURN K.C.M.G.

Nowhere is the obligation of a community to the great mass of its workers more in evidence than in a young country. Australia, if she did not make ample provision for the welfare of her industrial army, would be compelled to halt at the very commencement of the march of progress. Legislation in Australia has therefore been largely directed towards improving the condition of the workers and securing to them the fruits of their labour: Witness Shop and Factories Acts with their wages boards, Arbitration Acts and provisions for limiting the working-hours and fixing a minimum wage and many other social and industrial measures. Doubtless the deliberations of this important Congress will be of much service in Australia in assisting to establish a general and adequate scheme of insurance against sickness and accident and, on the other hand, it may not be out of place to say a few words on the working of the system of old age pensions in the States of New South Wales and Victoria. These acts came into operation in 1901. The preamble of the New South Wales Act following that of New Zealand contains these words: "It is equitable, that deserving persons, who during the prime of life have helped to bear the public burdens of the Colony by the payment of taxes and by opening up its resources by their labour and skill, should receive from the Colony pensions in their old age". No contribution towards these pensions is required from either employer or employed. The obligation is regarded as general and is discharged from

Digitized by Google

the general revenue towards which all contribute; the pensions are payable to persons over the age of 65 years who have resided 25 years in New South Wales or 20 years in Victoria. Provision is made for occasional absence. No pension is paid to any one who has been imprisoned for a term of five years during the preceding 25 years or for few month during the preceding 12 years, nor to any man, who has deserted his wife and neglected to provide for the maintenance of his children; the applicant must, for the preceding five years, have led a sober and respectable life. It has been argued, that a pension should be the reward only of a life of prudent forethougt; but Australians recline to the view, that the mere fact of having borne the burden of life for 65 years constitutes a sufficient claim to support while the sun of life is setting. The maximum amount of the pension is £ 26 a year in New South Wales and sufficient to make the income up to 8 shillings a week in Victoria. The pension is diminished by £ 1 for every £ 1 of income above £ 26 and the pension for husband and wife is £ 19.10 each in New South Wales. The investigation of the claim to a pension is conducted in Victoria in open court and in New South Wales by Local Boards. It has been found advisable however, in order to secure uniformity for the decisions of the Local Boards, to be supervised by a Central Board. In the Victorian act there is a provision to the effect, that a pension may be claimed by every person of any age, who is in permanent illhealth caused by having been engaged in mining or any prescribed dangerous or unhealthy occupation. In New South Wales the pension may be paid to any person of the age of 60 who is unable from physical unfitness to earn his own living and who, at the age of 65 years, would be eligible for a pension. In New South Wales out of a population of 1,441.441 20.900 persons are in receipt of a pension. The average pension is £ 23.16.0 and the cost to the state is about £ 41.460 per month. The number of persons becoming 65 years

Digitized by Google

of age in any year is about 5000 and of these about 2150 claim pensions. During the three years and four month that the pension system had been in operation i. e. up to the end of 1904 5724 pensioners died; 1174 pensions were cancelled and 1443 rejected. The death rate represents 84.4 per 1000 pensioners. In Victoria the average pension is £ 17.68 and the number of pensioners is 11.609 out of a population of 1,206.900 persons. Although the maximum pension in Victoria is 8 shillings, the actual amount is affected by the number of pensions granted, for by the act of 1903 the total sum available is limited for the present to £ 150.000 a year. Most of the figures are supplied by Mc. J. A. Coghlan, Government Statistican for New South Wales and now Agent General for that state. There is no evidence, that the thrift of the community has been decreased by the institution of these pensions. The amount in the Savings-Banks has increased in New South Wales from £ 10,900.000 in 1900/1 to £ 12,344.000 in 1903/4 and in Victoria from £ 9,660.000 to £ 10,582.000. Indeed experience goes to prove that a brighter prospect in life stimulates the desire to save. It is essential to the proper working of any old age pension scheme, that its acceptance should involve no humiliation. The veteran soldier, incapacitated by wounds or past the period of active service enjoys with honour some degree of public support, and the rank and file of the industrial army are entitled to similar respect. An army without adequate care for the sick and wounded would be regarded as a monstrosity and yet the welfare of a nation depends equally and even more permanently on its industrial brigades. Workmen's insurance and old age-pensions are as much matters of business as of sentiment. Nothing paralyses effect so much as undue anxiety for future-means of livelihood. Anything, which brings hope and confidence into the life of the worker, strengthens his sinews and makes his labour more effectual. Men will handle dangerous machinery with greater efficiency and will undertake necessary risks with

Digitized by Google

Je vais donc vous en entretenir pendant quelques instants et je commencerai avec un exposé sommaire sur,

L'État actuel de la législation en ce qui regarde le traitement fait aux ouvriers étrangers en cas d'accident du travail.

Nous avons en Europe quatorze pays qui ont une loi sur les accidents du travail: Autriche, Belgique, Danemarc, Finlande, France, Allemagne, Angleterre, Grèce, Italie, Norvège, Russie, Espagne, Suède et Suisse.

Ces lois peuvent être divisées en trois groupes:

I. Lois sans aucune disposition spéciale pour les ouvriers étrangers victimes d'accidents et pour leurs ayant droits.

II. Lois dont les dispositions limitent ou refusent les droits des ouvriers étrangers, mais admettent la clause de la réciprocité.

III. Lois qui ne contiennent même pas la clause de la réciprocité.

I. Ne contiennent aucune disposition spéciale aux ouvriers étrangers les lois sur les accidents du travail de la Grande Bretagne (6 Août 1897), de l'Italie (17 Mars 1898), de la Russie (2 Juin 1903), de l'Espagne (30 Janvier 1900), de la Belgique (26 Décembre 1903).

Evidemment le silence de la loi nous autorise à conclure que l'ouvrier victime d'un accident, quel qu'il soit son pays d'origine, a droit aux indemnités accordées par la loi.

Et en tant qu'Italien, je suis fier de constater, qu'après la Grande Bretagne ce fut l'Italie, qui donna aux autres pays l'exemple de cette grande et noble libéralité. Sa raison d'être, comme je le dirai plus loin, est dans le concept fondamental des assurances en cas d'accidents, c'est-à-dire dans le risque professionnel.

Les critiques à outrance trouveront peut-être qu'il faut en chercher la raison dans le système des indemnités adopté par nous autres italiens et dans leur faible montant. Mais en ce

Digitized by Google

qui regarde le système, la condition qui pourrait justifier une difference de traitement la nationalité des ayants-droit à l'indemnité n'est pas certainement celle de l'obligation ou non de l'assurance, mais plutôt la façon du paiement de l'indemnité, c'est-à-dire en rente ou en capital. Or si nous examinous les lois des pays sus-visés, qui ne font aucune distinction entre ouvriers nationaux et étrangers, nous voyons que les lois italienne et espagnole assurent le paiement d'une indemnité en capital en cas de mort ou d'invalidité permanente. Et il faut ajouter que dans le cas d'invalidité grave la loi italienne impose l'obligation de transformer l'indemnité en une rente viagère. La loi anglaise à son tour renferme un système mixte en assurant une indemnité en capital en cas de mort et une rente viagère en cas d'invalidité permanente. Mais elle donne au patron la faculté de substituer à l'allocation de la rente le paiement de l'indemnité en capital dans une mésure à établir soit avec le consentement de l'ouvrier soit moyennant un arbitrage. La loi belge assure aux ayants-droit de l'ouvrier mort une indemnité en capital transformable en rente viagère, avec faculté au juge de disposer le paiement immédiat d'une partie de l'indemnité. Aux ouvriers blessés devenus invalides la loi belge assure une rente viagère. Et aussi la loi russe assure le paiement d'une rente viagère.

Voila donc des exemples concluants qui démontrent que la parification du traitement entre ouvriers nationaux et ouvriers étrangers est possible quoi qu'il soit le système du paiement de l'indemnité et autorise, avec l'éloquence des faits, à conclure que la méthode du dédommagement ne devrait pas avoir une très grande importance lorsqu'on envisage une question tellement essentielle et un principe tel que le risque professionnel. Pour le montant, il me sera facile de prouver que, si la loi italienne n'alloue pas des indemnités identiques, elle garantit cependant des avantages équivalents à ceux assurés par les pays qui, tout en n'admettant pas les ouvriers étrangers au même traitement que les nationaux, sont considérés quand même

Digitized by Google

comme les plus larges en matière d'indemnités pour les accidents du travail.

II. Il y a seulement trois pays en Europe dont les lois contiennent des dispositions restrictives pour les ouvriers, étrangers d'une part et de l'autre admettent la clause de réciprocité: la France, l'Allemagne et la Suède.

La loi française du 9 Avril 1898 sur la responsabilité des accidents, dont les ouvriers sont victimes dans leur travail, à l'Art. 3 donne les dispositions suivantes:

„Les ouvriers étrangers, victimes d'accidents, qui cesseront „de résider sur le territoire français recevront pour toute in„demnité un capital égal à trois fois la rente qui leur avait „été allouée.

„Les représentants d'un ouvrier étranger ne recevront „aucune indemnité, si, au moment de l'accident ils ne résidaient „pas sur le territoire français."

Avec la loi du 31 Mars 1905, modifiant divers articles de la loi de 9 Avril 1898 sur les accident du travail, on a ajouté à l'Art. 3 l'alinéa suivant:

„Les dispositions des trois alinéas précédents pourront „toutefois être modifiés par traités dans la limite des indemnités „prévues au présent article, pour les étrangers dont les pays „d'origine garantiraient à nos nationaux des avantages équivalents."

La Loi Allemande du 30 Juin 1900 sur l'Assurance des ouvriers industriels contre les accidents, contient les dispositions suivantes:

„art. 4. Le Chancelier de l'Empire est autorisé à conclure, sauf approbation par le Conseil Fédéral, avec les Gouvernements des États qui assurent aux ouvriers et employés techniques une protection correspondant à l'assurance allemande contre les accidents, et à condition qu'il y ait réciprocité, des accords par lesquels:

Digitized by Google

1° La loi ne sera pas applicable aux exploitations situées dans le pays, mais qui font partie d'une entreprise étrangère.

2° La loi est applicable aux exploitations situées à l'étranger, qui constituent une partie d'une exploitation nationale assujettie.

„art. 21. Les ayants droit d'un étranger, qui n'habitaient pas habituellement sur le territoire allemand à l'époque de l'accident, n'ont aucun droit à la rente. Par décision du Conseil fédéral cette disposition peut cesser d'être en vigueur pour certains territoires limitrophes, ainsi que pour les sujets d'États étrangers, dont la législation assurerait une protection équivalente aux survivants d'Allemands tués par un accident du travail.

„art. 94. Le droit à la perception de la rente est suspendu:

1° . . . . . .

2° Aussi longtemps que l'étranger bénéficiaire n'a pas en Allemagne sa résidence habituelle.

Par décision du Conseil fédéral cette disposition peut cesser d'être en vigueur pour certains États étrangers dont la législation assurerait une protection équivalente aux ouvriers Allemands victimes d'accidents du travail.

„art. 95 — 2ème alinéa.

Si l'ayant droit à indemnité est un étranger, il peut, au cas où il abandonne son domicile en Allemagne, être sur sa demande désintéressé par le versement de trois annuités de la rente. Par décision du Conseil fédéral cette disposition peut cesser d'être en vigueur pour certains territoires limitrophes, ainsi que pour les États étrangers dont la législation assurerait une protection équivalente aux ouvriers Allemands victimes d'accidents du travail."

Les mêmes dispositions sont contenues dans la loi sur l'assurance contre les accidents des ouvriers agricoles et forestiers, dans celle sur l'Assurance contre les accidents des marins et dans celle sur l'assurance contre les accidents des ouvriers employés dans les constructions.

Digitized by Google

La loi Suédoise du 5 Juillet 1901 concernant les indemnités occasionnées par les accidents du travail à l'Art. 6 dispose, que „la veuve ou l'enfant d'un ouvrier étranger n'ont aucun „droit à une pension en vertu de la loi si au moment de „l'accident ils ne résidaient pas sur le territoire du Royaume". En outre, aussi longtemps que le bénéficiaire d'une rente réside à l'étranger, celle-ci ne peut pas être perçue. C'est le Roi qui peut modifier les dispositions précédentes soit pour les ayants droit étrangers, soit pour les bénéficiaires d'une rente ne résidant pas sur le territoire du Royaume, sous condition toutefois qu'il y ait réciprocité.

III. Les lois sur les accidents du travail en Autriche, en Danemarc, en Finlande, en Grèce, en Norvège et en Suisse ne contiennent aucune disposition qui autorise ces Gouvernements à assurer aux ouvriers étrangers et à leurs ayants droit les mêmes avantages qu'aux ouvriers nationaux.

Cependant dans ce groupe se manifestent deux systèmes bien divers.

1° Celui des pays scandinaves (Danemarc, Norvège). Ici aux ouvriers étrangers sont assurées les mêmes indemnités qu' aux nationaux, et ne reçoivent aucune indemnité seulement les représentants de l'ouvrier qui, au moment de l'accident, résidaient à l'étranger.

2° Le système des autres pays, ou le droit aux indemnités n'est pas reconnu à l'ouvrier étranger lorsqu'il quitte le territoire national.

Pourtant, même dans ce troisième groupe, les lois sont plus ou moins dures et elles suivent une certaine progression. On le verra bien dans l'esquisse rapide que je vais vous soumettre.

La Loi Autrichienne du 28 Décembre 1887 sur l'assurance des ouvriers contre les accidents dispose à l'art. 42: que, si l'ouvrier ayant droit à une rente est un étranger et s'il a sa résidence habituelle à l'étranger, l'Institut d'assurance a la faculté

Digitized by Google

de liquider son avoir avec un capital proportionnel aux circonstances de l'accident.

Néanmoins dans le programme pour la réforme et la reglementation de l'assurance ouvrière en Autriche, récemment soumis par le Gouvernement à l'examen de la Commission parlementaire, nous trouvons les dispositions suivantes:

„art. 23. Les droits reconnus par la présente loi aux assurés ne seront pas appliquables aussi longtemps que l'intéressé n'aura pas sa résidence habituelle dans l'État et jusqu'à ce qu'il ne se conformera pas aux instructions données par le Ministre de l'Intérieur, afin d'obtenir la continuité de jouissance dans ses droits.

Si l'intéressé est un étranger et s'il fixe sa résidence permanente à l'étranger, son droit est reconnu par l'assurance contre l'invalidité ou contre les accidents et il reçoit un capital égal à trois fois la rente annuelle qu'on lui devrait allouér.

„art. 24. Les dispositions de l'art. 23 et de l'art. 143 dernier alinéa peuvent cesser d'être en vigueur, soit dans toutes, soit seulement dans quelques unes des assurances indiquées à l'art. 1, pour certains territoires ainsi que pour les sujets étrangers, dont les États seront pourvus d'institutions en faveur des ouvriers, analogues à celles réglées dans la présente loi, et lorsqu'il y a réciprocité.

Si dans quelques États les droits des ouvriers Autrichiens, en comparaison de ceux des ouvriers nationaux, sont soumis à une réduction plus forte que celle contemplée par la présente loi en ce qui concerne les ouvriers étrangers, les droits des sujets de ces États peuvent, sur décret du Ministre de l'Intérieur, être soumis à une réduction même plus forte que celle établie à l'art. 4 et à l'art. 143 dernier alinéa.

Les dispositions précédentes de l'art. 23 et l'art. 143 dernier alinéa sont applicables aussi aux sujets des Pays de la Couronne Hongroise.

Digitized by Google

„art. 143 (d. a.). Lee représentants d'un ouvrier étranger ou d'un sujet des Pays de la Couronne Hongroise, qui au moment de l'accident n'avaient pas leur résidence habituelle en Autriche, n'ont aucun droit à la rente.

La loi danoise du 15 Janvier 1898, sur l'assurance des ouvriers: contre les suites des accidents du travail dans certaines industries, à l'art. 2 dispose que les ayants droit aux indemnités accordées par la loi ne recevront aucune indemnité s'ils ne résidaient pas sur le territoire Danois au moment de l'accident.

En Finlande la loi du 5 Décembre 1895 sur les accidents du travail à l'art. 13 disposé que pour le Finlandais naturalisé dans un autre pays, ou pour l'étranger rentré dans sa patrie, cesse à l'avenir tout droit à l'indemnité annuelle: il peut toutefois leur être alloué une somme égale à celle reçue pendant deux ans.

En Grèce la loi du 21 Février 1901 sur les indemnités dues aux victimes d'accidents dans les mines et dans les usines métallurgiques et à leurs ayants droit, à l'art. 3 prescrit que les étrangers ont droit aux rentes allouées en vertu de la loi s'ils résident en Grèce.

De même leurs représentants ont droit à la rente, s'ils résident en Grèce, ou s'ils s'y trouvent au moment de l'accident. Les ouvriers étrangers victimes d'accidents et leurs représentants qui cesseraient de résider en Grèce, ont aussi droit à la rente; mais seulement pendant trois ans: Aucun droit supplémentaire n'est reconnu soit aux ouvriers soit à leurs représentants, même dans le cas ou par la suite ils rentrent en Grèce.

La loi Norvégienne du 22 Juillet 1894 sur l'assurance des louvriers dans les fabriques contre les accidents du travail, contien à l'art. 5 les mêmes dispositions que la loi Danoise. Et ces dispositions se retrouvent dans la loi suivante du 23 Décembre 1899, qui a modifié en plusieurs points la loi précédente.

Enfin la loi Fédérale Suisse du 28 Juin 1901 concernant l'assurance des militaires contre les maladies et les accidents à l'art. 38 dispose que n'ont pas droit à une pension les survivants

Digitized by Google

qui au moment du décés de l'assuré étaient de nationalité étrangère et résidaient à l'étranger.

La legislation a venir.

De la revue sommaire que nous venons de passer sur la législation des divers pays d'Europe, en ce qui concerne le traitement des ouvriers étrangers en cas d'accidents du travail, il résulte que les États les plus importants, où la vie industrielle a plus d'intensité, tels que Angleterre, Belgique, France, Allemagne ou ne font aucune différence entre l'ouvrier étranger ou admettent le traitement de réciprocité.

La tendance vers un traitement d'égalité ressort même des propositions formulées par le Gouvernement Autrichien. Et maintenant je vous ferai remarquer deux points spéciaux aux rapports de l'Italie avec les autres puissances, points qui ont un intérêt tout particulier, car désormais ils permettent d'envisager des applications bien plus hardies dans la protection internationale des travailleurs.

Vers la fin de 1898 l'Italie entra en pourparlers avec le Gouvernement Impérial Allemand pour améliorer la condition faite de par les lois de l'Empire aux ouvriers italiens victimes d'accidents dans leur travail en Allemagne.

En ce moment là, il n'y avait pas dans les lois allemande la clause de la réciprocité: elle y fut introduite seulement avec la loi de 1900. On sait que l'émigration des ouvriers italiens en Allemagne a un caractère temporaire, et on voit tout de suite combien l'application des lois Allemandes était nuisible en ce temps-là aux intérêts des ouvriers italiens et à leurs familles.

Les négociations furent entreprises par voie diplomatique. L'Italie aurait voulu décider le Gouvernement allemand à profiter des études qu'on faisait alors, sur la réforme de la législation impériale des assurances ouvriéres, pour y introduire telles dispositions, qu'égaliseraient les droits des ouvriers étrangers et

Digitized by Google

ceux des nationaux allemands sinon d'une façon absolue comme dans la loi italienne, au moins sous la condition de la réciprocité du traitement.

En effet vint la loi allemande du 30 Juin 1900, qui reconnut la clause de réciprocité sus-mentionnée. Le Gouvernement italien reprit les négociations entamées et demanda au Gouvernement Impérial, que, sur décision du Conseil Fédéral (Bundesrat) fussent abrogées en faveur des ouvriers italiens et en vertu du principe de la réciprocité, les dispositions de la loi concernant les ouvriers étrangers qui cesseraient de résider sur les territoire Allemand, et leurs ayant-droits s'ils n'avaient pas leur résidence en Allemagne.

Le Gouvernement Impérial opposa la question préjudicielle; à son avis le traitement, que la loi allemande aurait fait aux ouvriers italiens, serait résulté bien supérieur à celui fait par la loi italienne aux ouvriers allemands, en sorte que la clause de la réciprocité n'y était pas applicable.

Cependant le Gouvernement Italien soutint, qu'il ne s'agissait pas de savoir si la loi allemande garantissait aux ayant-droits un traitement complessif meilleur de celui garanti par la loi italienne: que par contre il fallait seulement établir, si les héritiers de l'ouvrier allemand, mort en Italie victime d'accident du travail si ces héritiers, ne résidant pas dans le Royaume, étaient oui ou non, par le fait de leur absence, privés des indemnités allouées par la loi italienne; car s'il n'en n'etaient pas exclus, évidemment les articles 21 et 94 de la loi allemande consentaient la réciprocité.

Subsidiairement le Gouvernement italien présenta au Gouvernement imperial, qui semblait insister sur la question préjudicielle une étude technique où l'on comparait les traitements assurés aux ouvriers par les deux lois: allemande et italienne' en cas d'accident du travail.

Il en ressortait, qu'au fond il n'y avait pas entre les deux lois une grande disproportion, contrairement à ce qui venait d'être avancé par le Gouvernement impérial.

Digitized by Google

Et je dois vous faire remarquer qu'à ce moment là il n'existait pas encore la loi italienne de 1903, où, en dehors des nouveaux et moindres avantages assurés aux ouvriers victimes d'accident, l'indemnité en cas d'incapacité permanente et absolue était portée de 5 à 6 salaires annuels, tandis que l'indemnité en cas d'incapacité permanente et partielle passait, elle aussi, de cinq à six salaires annels réduits conformément aux dommages causés par l'accident.

Le résultat des négociations fut fort heureux et le Conseil Fédéral Allemand émit le 29 juin 1901 la décision suivante: „Les dispositions relatives à la suspension de la rente et à l'exclusion du droit à la rente, dont les articles 94 No. 2, et 21 de la loi sur l'assurance contre les accidents dans l'industrie (Gewerbe-Unfallversicherungsgesetz) et les articles 37 première partie et 9 de la loi sur les assurances contre les accidents dans les constructions (Bau-Unfallversicherungsgesetz) cessent d'être en vigueur pour les ouvriers appartement aux Royaumes et Pays représentés dans le Conseil Impérial de la Monarchie Austro-Hongroise, et pour les ouvriers appartenant au Royaume d'Italie: ceci sous condition que les étrangers ayant droit à la rente pendant leur séjour à l'étranger observent les prescriptions dictées par l'Office Impérial des assurances pour les ouvriers allemands suivant l'article 94 No. 3 de la loi sur l'assurance contre les accidents dans l'industrie (Gewerbe-Unfallversicherungsgesetz)".

Par ordonnance du 5 juillet 1901 l'Office impérial des assurances publiait les dispositions pour les ouvriers allemands (valables aussi pour les italiens par la décision sus-visée) qui bénéficient des rentes pour accidents du travail, et résident en dehors du territoire de l'Empire.

Il faut ajouter que avec cette decision le Conseil Fédéral vient d'admettre une assimilation absolue des ouvriers étrangers aux ouvriers nationaux seulement à l'égarde des ouvriers italiens et des ouvriers de l'Empire Autrichien. Mais par avant le Conseil

Digitized by Google

profitant de la Faculté qui lui venait de la loi, avait donné le benefice de l'assimilation:

1° avec ordonnance du 13 octobre 1900 aux ouvriers pensionnés des territoires de frontière, tels que le territoire neutre de Moresnet, le Grand Duché de Luxemburg, quelques parties du Danemarc, des Pays Bas, de la Belgique, de la Suisse, de la Russie;

2° avec ordonnance du 23 mai 1901 aux représentants de la victime qui résident sur le territoire neutre de Moresnet et sur les territoires de frontière du Danemarc et de la Suisse.

L'autre point très important, un vrai pas décisif dans la voie des traités internationaux du travail, est la convention du 15 avril 1904, conclue entre la France et l'Italie pour la protection des ouvriers des deux pays.

En dehors des autres clauses concernant le service des épargnes, les retraites pour la vieillesse, le travail des femmes et des enfants, la protection des enfants italiens qui s'en vont travailler de l'autre côté des Alpes, la France et l'Italie, ont pour les accidents du travail convenu ce qui suit:

„Les ouvriers et employés de nationalité italienne, victimes „en France d'áccidents par le fait ou à l'occasion du travail, „ainsi que leurs représentants résidant en France, auront droit „aux mêmes indemnités que le Français et réciproquement.

„Les Italiens bénéficiaires de rentes cessant de résider „en France ainsi que les représentants de la victime qui ne „résidaient pas en France au moment de l'accident, auront droit „à des indemnités à déterminer. Les capitaux constitutifs de ces „indemnités évalués d'après un tarif annexé à l'arrangement, „pourront être versés à la Caisse nationale italienne de prévoyance, „à charge par elle d'assurer le service des rentes. La Caisse „nationale italienne d'assurance contre les accidents du travail „acceptera également, suivant tarif conventionnel pour le risque „d'indemnité aux représentants ne résidant pas en France des „ouvriers italiens victimes d'accidents, les réassurances des

Digitized by Google

„assureurs français désireux de se décharger éventuellement de „toutes recherches et démarches à cet égard. Des avantages „équivalents seront réservés par réciprocité pour les Français „victimes d'accidents du travail en Italie".

Des délégués italiens et français traitent en ce moment les dispositions d'ordre et de détail nécessaires pour l'exécution des articles sus-mentionnés de la convention du 15 avril 1904; ils conclueront sûrement à un arrangement spécial qui présentera des solutions satisfaisantes pour les deux pays.

En un ensemble de lois, de faits, de tendences aussi favorable aux plus larges concessions internationales, qu'il me soit permis de discuter et présenter une proposition qu'on pourra trouver bien hardie, mais qui, à mon avis, jaillit d'un principe élémentaire de justice.

Je ne vous ferai pas l'historique de l'assurance en cas d'accident. Il est bien connu de tous ceux qui ont étudié ou qui étudient „con intelletto d'amore" les questions sociales. Il suffit de constater que partout on a reconnu l'insuffisance du droit commun lorsqu'il s'agit des obligations qui „ex-quasi delictu nascuntur" ainsi que le manque d'efficacité de la responsabilité civile, même si l'on élargissait son contenu juridique.

La nécessité de donner des nouvelles bases juridiques à „l'institutum" du dédommagement en cas d'accident du travail est généralement admise. Et partant, en considérant l'industrie moderne dans ses fonctions techniques et économiques, on est obligé d'admettre que l'accident est une condition fatale, nécessaire de l'industrie moderne et que les moyens de prevention de plus en plus perfectionnés, et toujours plus répandus, pourront diminuer la fréquence et l'intensité des accidents, mais qu'ils ne réussiront jamais à les éliminer.

Par conséquent on fut amené à la déclaration d'un nouveau principe de droit; le risque professionnel; il justifie la réparation du dommage non seulement dans les cas „ex

Digitized by Google

committentis aut praepositi culpa" mais aussi lorsqu'il y a force majeure, ou faute de l'ouvier lui-même.

Or je ne puis pas comprendre, peut-être parce que je juge d'après l'esprit des lois italiennes, par quel principe juridique la charge, dont l'industrie est affectée par l'application du risque professionnel, qui, à son tour est un des coefficients des frais de production, par quel principe, dis-je, cette charge est diverse selon que la victime de l'accident est un ouvrier national ou étranger.

Les lois, qui ont admis cette différence, n'ont pas procédé d'un critérium juridique, de droit naturel, mais plutôt elles ont été inspirées par des raisons d'opportunité financière, sinon par a protection du travail national.

Et cependant même sur ces bases, le système différentiel des lois étrangères ne me paraît pas bien solide, il offense toujours un principe de justice distributive.

En effet si un industriel, dans son exploitation profite des offres de la main-d'œuvre qu'il trouve sur le marché international et s'il engage des ouvriers étrangers, cela signifie, ou qu'il ne peut pas faire autrement faute de main-d'œuvre nationale, ou qu'il lui convient de se servir de la main-d'œuvre étrangère, soit parce qu'elle est plus parfaite, soit parce qu'elle lui rapporte davantage, soit parce qu'elle est meilleur marché. Etant donné ces conditions, et après avoir admis que l'industriel s'il l'avait pu ou voulu, se serait servi exclusivement de la main-d'œuvre nationale, évidemment il n'y a plus aucun fondement logique aux raisons financières du traitement différentiel. J'ai dit en outre qu'il y avait là une question de justice distributive. En effet considérons deux industriels sur le territoire du même pays: ils ont chacun le même nombre d'ouvriers; chez le premier, ceux-ci sont tous nationaux, chez le second ils sont en grande pertie étrangers, soit parce que cela lui coute moins, soit parce que peut-être cela lui rapporte davantage. Est-il juste que le premier soit charge de frais d'assurances

Digitized by Google

bien plus lourds que ceux qui pèsent sur le deuxième? Car il n'y a pas de doute, l'assurance coûte bien plus cher, lorsque la rente doit être allouée à la victime jusqu'â son décès, et orsque en cas de mort de l'ouvrier la rente doit être servie à ses représentants.

Ceci pour le traitement des ouvriers victimes d'accidents du travail.

Pour les droits des représentants en cas de mort de l'ouvrier, le principe de droit est toujours le même. Le risque professionnel a pour conséquence légitime que la réparation doit être proportionnelle au dommage et que les personnes de la famille dont l'entretien était totalement assuré par l'ouvrier, ont droit à l'indemnité. Cela posé il s'en-suit, que sans un véritable denis de justice, on ne peut pas refuser l'indemnité aux représentants de l'ouvrier lorsqu'ils (au moment de l'accident) ne résident pas sur le territoire de l'État où a eu lieu l'accident.

Avec les règles de droit commun si la faute du commettant ou de son préposé était prouvée, le premier certainement serait condamné â payer aux ayants-droits l'équivalent des dommages à eux causés par la mort de leur auteur quelle que fussent leurs résidences. Or le principe du risque professionnel est plus favorable que le droit commun pour les ouvriers, d'un côté, et d'autre part comme compensation il protège l'industriel contre les conséquences, parfois très onéreuses d'un essai judiciaire de la „culpa Aquiliana".

Pourquoi alors on avance le prétexte que les ayants-droit ne résident pas sur le territoire où a eu lieu l'accident dont a surgi le droit à l'indemnité? Pourquoi sous un tel prétexte qui n'a aucune base juridique, et sous le voile d'une loi, qu'on dit de protection ouvrière, on oppose un refus de justice au droit sacré des représentants?

Il est vrai que les systèmes des lois sur les accidents du travail étant différentes selon les divers pays, on pourrait

Digitized by Google

nous objecter que pour des raisons d'opportunité on ne peut pas admettre une parfaite égalité de traitement. Mais là où est en vigueur le système de payer pour toute indemnité un capital qui est alloué à l'ouvrier en cas d'incapacité occasionnée par un accident du travail et à ses ayants-droit en cas de décès, il es. aisé de traiter sur un pied de parfaite égalité l'ouvrier national et l'ouvrier étranger. Tandis que là où est en vigueur le système des rentes, il faut bien reconnaître que des difficultés bien graves surgissent lorsque l'ouvrier abandonne le territoire de l'État où se produisit l'accident et où fut fixée la rente allouée. Et ces difficultés deviennent encore plus compliquées lorsqu'il s'agit de ses représentants dont il faut connaître le nombre d'abord et constater ensuite s'ils étaient à la charge de la victime de l'accident, et s'ils se trouvaient dans les rapports de parenté voulus par la loi. Au demeurant, tout en laissant de côte le principe de droit qui domine le débat et exclut à priori toute question d'opportunité, on peut répondre, que les relations de plus en plus fréquentes et étroites déterminées par la facilité toujours grandissante des échanges internationaux diminuent dans une large mesure les difficultés mentionnées plus haut. Au sur plus nous avons l'exemple de l'Allemagne dont l'Office Imperial des Assurances avec son ordonnance du 5 Juillet 1901 a donné des dispositions minutieuses et précises pour régler la situation des ouvriers-rentiers qui abandonnent le territoire de l'Empire. Si les ouvriers ou leurs représentants ne remplissent pas les conditions voulues, tant pis pour eux. Dans ce cas la justice n'est nullement offensée, car toute jouissance d'un droit comporte l'accomplissement des devoirs correspondants. Et enfin d'une façon plus résolutive on pourrait ôter toutes espèces de difficultés en adoptant le système de calculer la valeur-capital actuelle des pensions et en donnant la somme correspondante à l'ouvrier s'il abandonne le territoire de l'état où se produisit l'accident, et en cas de décès à ses ayants-droit s'ils ne résident pas dans l'état.

Digitized by Google

Des considérations émises il s'ensuit logiquement le postulat, que des législations des divers pays relatives aux accidents du travail, il faudrait éliminer toutes les dispositions qui concluent à un traitement divers pour les ouvriers et leurs ayants-droit selon qu'ils sont nationaux ou étrangers. Que si par hasard, avant d'arriver à l'affirmation complète de ce principe de droit, on voulait passer par le système de la réciprocité, il faudrait tout au moins que la condition d'une équivalence absolue de traitement soit mise hors des lois des pays qui veulent bénéficier de la réciprocité. Une foule de circonstances multiples, et surtout la différente constitution économique et technique des industries dans les divers pays rendent presque impossible l'équivalence absolue en matière de lois sociales: celles-ci présentent déjà tant de difficultés sur les lieux mêmes où elles exercent leur action!

Il faudrait donc s'en tenir à une équivalence relative, approximative et non mathématique.

L'Italie tout en n'ayant pas un organisme industriel aussi robuste que certains autres pays d'Europe, a néanmoins prouvé avec succès à l'Allemagne, ainsi que tout récemment à la France, dans les négociations en cours, que la loi Italienne sur les accidents du travail assure des indemnités telles que dans leurs ensemble complessif elles s'approchent de beaucoup à celles garanties par les lois allemande et française.

C'est ce que, à mon avis, on pourrait dire même des lois de presque tous les autres pays.

Et puis soyons justes et sincères: nous sommes tous persuadés qu'il est impossible d'obtenir une équivalence parfaite de traitement. A quoi bon inscrire dans nos lois une condition qui est au moins absolument oisive? Les lois sociales contiennent une très grande et très noble conception de justice humaine et elles doivent pousser jusqu'au scrupule le soin de la sincerité.

Digitized by Google

Pour l'art. 8 du réglément du congrès je ne puis pas vous soumettre le vote d'une résolution sur l'objet de ces quelques pages. Mais je crois que le congrès peut exprimer le vœu suivant:

1° Que toute disposition concernant un divers traitement pour les ouvriers étrangers et pour leurs ayants-droit disparaisse des lois des divers pays relatives aux assurances ouvrières contre les accidents du travail.

2° Subsidiairement que le principe de la réciprocité soit admis sans la condition d'une équivalence parfaite de traitement entre les lois des pays qui veulent demander et obtenir la réciprocité.

Rome, août 1905.

Digitized by Google

INTERNATIONALE RECHTSBEZIEHUNGEN
AUF DEM
GEBIETE DER ARBEITERVERSICHERUNG.

VON
PROFESSOR DR. jur. LUDWIG LASS,
KAISERLICHEM REGIERUNGSRAT UND STÄNDIGEM MITGLIEDE DES REICHS-VERSICHERUNGSAMTS.

Die soziale Arbeiterversicherung ist nicht mehr eine Einrichtung, welche lediglich das Inland interessiert, sie ist vielmehr gegenwärtig zu einer Einrichtung von internationaler Bedeutung geworden. Der rege Verkehr der Arbeiterbevölkerung von einem Lande in das andere und die internationale Ausbreitung der Betriebe und der vielfach von dem Gebiete des einen Landes in das des anderen übergreifenden Betriebstätigkeiten machen es notwendig, daß jeder Staat bei Regelung seiner Einrichtungen auf dem Gebiete der sozialen Versicherung auf die bereits bestehenden Einrichtungen der anderen Staaten Rücksicht nimmt und daß da, wo sich durch die verschiedenartige Gestaltung der nationalen Gesetze bereits Ungleichheiten und Mißstände herausgebildet haben, diese — nötigenfalls auf internationalem Wege — beseitigt werden.

Gewisse Beziehungen des Inlandes zum Auslande — namentlich die Eigenschaft als „Ausländer", das „Wohnen" im Auslande, der „Aufenthalt" im Auslande, das „Aufgeben des Wohnsitzes" im Inlande, das „Hinübergreifen" eines inländischen Betriebs in das Ausland und fremder Betriebe in das Inland — haben auf die aus den Arbeiterversicherungsgesetzen erwachsenden Rechte und Pflichten einen wesentlichen Einfluß.

In dem Nachfolgenden sollen nun vom Boden des deutschen Rechtes aus, unter Berücksichtigung der ausserdeutschen Gesetz-

Digitized by Google

gebung, die wichtigsten Gesichtspunkte skizziert werden, welche für die internationalen Rechtsbeziehungen auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung von Bedeutung sind. Zunächst wird der bestehende Rechtszustand in bezug auf die rechtliche Behandlung der Betriebe (Betriebsunternehmungen), der Arbeitgeber (Unternehmer) und der Arbeitnehmer (Versicherten) erörtert werden; sodann wird eine Darstellung derjenigen Maßnahmen folgen, welche zur Beseitigung bestehender Ungleichheiten dienen; ferner werden diejenigen internationalen Abkommen behandelt werden, welche eine zweckmäßige Regelung der Arbeiterversicherung in den vertragschließenden Staaten zum Gegenstande haben, und endlich wird auf die internationalen Abkommen hingewiesen werden, durch welche eine Einwirkung auf die künftige Gestaltung der nationalen Gesetzgebungen über Arbeiterversicherung in den einzelnen Staaten beabsichtigt wird.

I. Überblick über den bestehenden Rechtszustand.

1. Rechtliche Behandlung der Betriebe (Betriebsunternehmungen).

Betriebe (Betriebsunternehmungen), welche in mehreren Staaten tätig sind, haben sich den Gesetzgebungen der verschiedenen Staaten zu unterwerfen. Dabei geht die deutsche Gesetzgebung von dem Grundsatz aus, daß nur die innerhalb der Reichsgrenzen[1]) betriebenen Unternehmungen von ihr betroffen werden und daß sie auf im Auslande betriebene Unternehmungen keine Anwendung findet (Territorialprincip). Nach beiden Richtungen hin bestehen Ausnahmen (oder richtiger Konsequenzen):

a) Was die Krankenversicherung anlangt, so bestimmt das Krankenversicherungsgesetz vom 15. Juni 1883/10. April 1892 (Novellen vom 30. Juni 1900 und 25. Mai 1903) im § 5a (§ 16 Abs. 2), daß für Personen, welche an wechselnden Orten be-

[1]) Die deutschen Kolonien und Schutzgebiete gelten nicht als Inland im Sinne dieser Vorschriften, wohl aber die Insel Helgoland.

Digitized by Google

schäftigt werden, als Beschäftigungsort der Sitz des Betriebs beziehungsweise der Sitz der mit der unmittelbaren Leitung der Arbeiten betrauten Stelle gilt. Hieraus ergibt sich, daß Betriebstätigkeiten, welche von einer derartigen in einem inländischen Betriebe beschäftigten Person im Auslande vorgenommen werden, nach inländischem Rechte versichert sind. Für die ausländische Gesetzgebung ist es deshalb zweckmäßig, solche Betriebstätigkeiten aus ihrer Versicherung frei zu lassen, damit unerwünschte Doppelversicherungen vermieden werden.

b) Auch die deutsche Unfallversicherung (Unfallversicherungsgesetze vom 30. Juni 1900) kennt Ausnahmen von obigem Grundsatze. Unselbständige in das Ausland übergreifende Bestandteile eines inländischen Betriebs (sogenannte Ausstrahlungen) — zum Beispiel Montagen, vorübergehende kleinere Bauarbeiten und dergleichen Tätigkeiten, welche von einem inländischen Betrieb im Ausland ausgeführt werden — werden als Zubehör des inländischen Betriebs betrachtet und der inländischen Gesetzgebung unterworfen. Auf der anderen Seite werden solche Ausstrahlungen eines ausländischen Betriebs von der deutschen Gesetzgebung nicht erfaßt. Dagegen sind solche Bestandteile eines ausländischen Unternehmens, welche im Inlande betrieben wegen ihres Umfanges und ihrer wirtschaftlichen Bedeutung versicherungsrechtlich als selbständig zu versichernder Teilbetrieb anzusehen sind (Filialen, Zweigniederlassungen pp.), der deutschen Gesetzgebung unterworfen. Bezüglich der Frage, ob es sich um eine bloße Ausstrahlung oder um einen selbständig zu versichernden Teilbetrieb handelt, können im Einzelfalle Zweifel und damit Kollisionen in der Anwendung der Gesetzgebung der verschiedenen Staaten entstehen.

c) Die gleichen Grundsätze gelten auch für das Gebiet der Invalidenversicherung. Soweit eine im Auslande stattfindende vorübergehende Tätigkeit als Teil, Zubehör, Fortsetzung oder Ausstrahlung eines inländischen Betriebs gilt, werden

Digitized by Google

auch die diese Tätigkeit verrichtenden Personen als im Inlande beschäftigt angesehen (zu vergleichen § 65 Abs. 3 letzter Satz des Invalidenversicherungsgesetzes vom 13. Juli 1899). Dasselbe muß für die Hauswirtschaft gelten, wenn persönliche Bedienstete ihren Dienstherrn bei einem vorübergehenden Aufenthalt im Auslande begleiten (zu vergleichen Anleitung des Reichs-Versicherungsamts, betreffend den Kreis der nach dem Invalidenversicherungsgesetze versicherten Personen I. Ziffer 2, Abs. 3 und 4, Amtliche Nachrichten des Reichs-Versicherungsamts 1900 S. 277 ff.).

Umgekehrt unterliegen Tätigkeiten, welche von einem auswärtigen Betriebe vorübergehend im Inlande vorgenommen werden, der Invalidenversicherung (im Gegensatze zur Unfallversicherung), da die Invalidenversicherung grundsätzlich alle im Inlande verrichteten Tätigkeiten erfaßt und nicht, wie die Unfallversicherung, auf die Tatsache der Beschäftigung in einem inländischen Betrieb aufgebaut ist. Ausnahmen von diesen Grundsätzen sind zugelassen und werden unten im Zusammenhange bei Erörterung der rechtlichen Behandlung der Arbeitnehmer berührt werden.

Zu bemerken ist nur noch, daß fremde Kriegsschiffe oder unter der Flagge ihres Staatsoberhaupts fahrende fremde Seeschiffe auch bei ihrem Aufenthalt in deutschen Häfen völkerrechtlich nicht als Inland gelten (zu vergleichen die oben erwähnte Anleitung I, Ziffer 2, Abs. 1).

2. Rechtliche Behandlung der Arbeitgeber (Unternehmer).

a) Die Staatsangehörigkeit des Arbeitgebers (Unternehmers) ist auf allen drei Gebieten der Arbeiterversicherung regelmäßig ohne Einfluß auf ihre Rechte und Pflichten. Auf den Gebieten der Kranken- und Invalidenversicherung genügt es, wenn die Beschäftigung der von dem Arbeitgeber angenommenen Personen im Inlande stattfindet, und auf dem Gebiete der Unfallversicherung, wenn es sich um einen innerhalb der

Digitized by Google

Reichsgrenzen befindlichen Betrieb handelt. Jedoch ist hier auf die unter b) und c) erwähnten Ausnahmevorschriften hinzuweisen.

b) § 33 des Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes (§ 13 Abs. 2 des Bau-Unfallversicherungsgesetzes) bestimmt, daß Unternehmer von Betrieben, deren Sitz sich im Auslande befindet, wenn sie vorübergehend im Inland einen versicherungspflichtigen Betrieb ausüben — zum Beispiel ein im Ausland ansässiger Bauunternehmer im Inland einzelne größere Bauten aufführen läßt —, vom Genossenschaftsvorstande mit Beiträgen bis zur doppelten Höhe und zur Sicherheitsleistung herangezogen werden können.

Diese Vorschrift macht allerdings rechtlich keinen Unterschied zwischen Inländern und Ausländern, da es nach dem Gesetze nur darauf ankommt, daß der Betrieb seinen Sitz im Auslande hat, indessen tatsächlich werden durch diese Vorschrift wohl hauptsächlich ausländische Unternehmer getroffen werden. Die Bedeutung dieser Bestimmung besteht indessen nicht darin, daß der ausländische Unternehmer grundsätzlich schlechter gestellt werden soll als der inländische, die Vorschrift hängt vielmehr mit dem von der deutschen Gesetzgebung angenommenen Umlageverfahren zusammen, welches eine dauernde Beitragsleistung der Unternehmer über viele Jahre hinaus voraussetzt. Deshalb war zugunsten der Berufsgenossenschaft eine Ausnahmevorschrift notwendig gegenüber solchen Unternehmern ausländischer Betriebe, welche nur vorübergehend im Inland einen versicherungspflichtigen Betrieb ausüben.

c) Eine weitere Ausnahme besteht bezüglich der sogenannten Exterritorialen, das heißt hauptsächlich der Chefs oder Mitglieder der beim Reiche oder einem Einzelstaate beglaubigten Missionen oder der mit dem Rechte der Exterritorialität ausgestatteten, im Deutschen Reiche angestellten Konsuln. Bekanntlich hat man bezüglich dieser Personen die rechtliche Fiktion aufgestellt, daß die Beschäftigung in einem fremden Gesandtschaftshotel pp. als eine solche auf ausländischem Boden anzusehen

Digitized by Google

sei. Diese Auffassung ist indessen, wie neuerdings mit Recht angenommen wird, unhaltbar. Die Frage, ob und inwieweit die einheimischen Arbeiterversicherungsgesetze auf die Exterritorialen und die von ihnen beschäftigten Personen anwendbar sind, kann nur unter dem Gesichtspunkte beantwortet werden, daß diese Personen dem staatlichen Zwange des Inlandes entrückt sind, soweit nicht die Notwendigkeit eine Ausnahme verlangt. Hieraus ergibt sich, daß sowohl das exterritoriale Geschäftspersonal (zum Beispiel Schreiber, Kassenbeamte, Angestellte im Sinne des § 1, Ziffer 2 des Invalidenversicherungsgesetzes) als auch das fremde Dienstpersonal (Lehrer, Erzieher, Dienstboten) dem Versicherungszwange nicht unterworfen ist. Bezüglich der Anwendung des einheimischen Rechtes der Arbeiterversicherung auf Bedienstete deutscher Nationalität pflegt man auf die eigene Entscheidung des Exterritorialen Gewicht zu legen, denn die zwangsweise Unterwerfung desselben unter die Arbeitgeberpflichten (zu vergleichen §§ 49, 50, 51 ff. des Krankenversicherungsgesetzes, die Beitragskontrolle, den Entwertungszwang des Invalidenversicherungsgesetzes), ohne welche die Versicherung nicht durchgeführt werden kann, widerspricht dem Gedanken der Exterritorialität.

Was die von deutschen Missionen im Auslande beschäftigten Personen anlangt, so hat zwischen den beteiligten Verwaltungen eine Verständigung dahin stattgefunden, daß deutsche Bedienstete nicht nur der im Auslande befindlichen diplomatischen Vertreter des Reichs oder eines Bundesstaats, sondern auch der sonst im Auslande verwendeten deutschen Beamten (Berufskonsuln, Offiziere, Zollbeamte, Gouverneure in den Kolonien und Schutzgebieten, Postbeamte usw.) der Versicherungspflicht unterworfen sein sollen (zu vergleichen Anleitung, betreffend den Kreis der nach dem Invalidenversicherungsgesetz versicherten Personen I Ziffer 3).

d) Von besonderer Wichtigkeit für den Arbeitgeber ist der Einfluß der Arbeiterversicherungsgesetze auf die bestehende

Digitized by Google

zivilrechtliche Schadensersatz- und Haftpflicht der Unternehmer. Nach deutschem Rechte (§§ 135 ff. des Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes und der entsprechenden Vorschriften der übrigen Unfallversicherungsgesetze) beschränkt sich die zivilrechtliche Haftung des Betriebsunternehmers gegenüber dem Entschädigungsberechtigten auf den Fall des Vorsatzes (dolus) und besteht auch hier nur unter Abzug der Leistungen des Versicherungsträgers; und gegenüber dem Versicherungsträger, den Krankenkassen pp. haftet der Unternehmer in Höhe deren Leistungen außer dem Fall des Vorsatzes auch bei sogenannter qualifizierter Fahrlässigkeit. Die ausländischen Versicherungsgesetze schränken dagegen die Haftpflicht der Unternehmer vielfach in geringerem Umfang ein. So ist zum Beispiel in dem niederländischen Unfallversicherungsgesetze vom 2. Januar 1901 (Art. 87 ff.) die Haftpflicht des Unternehmers — abgesehen von den Betriebsunfällen eines Versicherten, dessen Tagelohn mehr als 4 Gulden beträgt, in welchem Falle der Unternehmer voll haftet — gemäß den Artikeln 1406, 1407 des niederländischen Bürgerlichen Gesetzbuchs unbeschränkt, auch bei Fahrlässigkeit, aufrecht erhalten. Für den Unternehmer ist es daher von großem Interesse, welche Versicherungsgesetze auf seinen Betrieb oder auf Teile desselben zur Anwendung zu kommen haben, eine Frage, welche namentlich bei einer internationalen Regelung der Arbeiterversicherung bezüglich der in mehrere Staatsgebiete übergreifenden Betriebe von erheblicher Bedeutung sein wird. Die Unternehmer werden darauf Bedacht nehmen müssen, daß sie bei Anwendung des fremden Rechtes bezüglich ihrer zivilrechtlichen Haftpflicht nicht in eine ungünstigere Lage versetzt werden, als sie sich unter dem einheimischen Rechte befinden würden.

3. Rechtliche Behandlung der Arbeitnehmer (Versicherten).

Auch bezüglich der Arbeitnehmer stehen die deutschen Versicherungsgesetze — abgesehen von den zu erörternden

Digitized by Google

Ausnahmen — auf dem prinzipiellen Standpunkte, daß die Staatsangehörigkeit, der Wohnsitz und Aufenthaltsort der Arbeitnehmer rechtlich ohne Einfluß ist. Die Ausländer stehen den Inländern gleich. Besonderheiten bestehen nur in folgenden Beziehungen:

a) Was zunächst die Krankenversicherung anlangt, so hat in gewissen Fällen das Verlassen des Inlandes rechtliche Nachteile im Gefolge. Diese Nachteile treffen zwar rechtlich Inländer wie Ausländer, tatsächlich aber vornehmlich die in ihre Heimat zurückkehrenden Ausländer. Die freiwillige Fortsetzung der Versicherung ist ausgeschlossen, wenn der Versicherte das Gebiet des Deutschen Reichs verläßt (K. V. G. §§ 11, 27, Abs. 1, 64, 72, Abs. 3 und 73, Abs. 1).

Erkrankt ein Versicherter (In- oder Ausländer) im Auslande, so erhält er die gleichen Krankenunterstützungen, wie wenn die Erkrankung im Inland eingetreten wäre. Sofern und solange eine Überführung des Erkrankten in das Inland nicht erfolgen kann, hat der Betriebsunternehmer diesem diejenigen Unterstützungen zu gewähren, welche der Erkrankte von der Gemeinde-Krankenversicherung oder der Krankenkasse, welcher er angehört, zu beanspruchen hat. Die Krankenkasse (bezw. Gemeinde-Krankenversicherung) hat dem Betriebsunternehmer die ihm aus der Erfüllung dieser Pflicht erwachsenden Kosten zu erstatten (K. V. G. §§ 57a, Abs. 3, 65, 72, 73, 74).

Hierher gehört ferner die Vorschrift des § 27, Abs. 1 des Unfallversicherungsgesetzes für Land- und Forstwirtschaft. Danach hat die Gemeinde während der ersten 13 Wochen nach dem Unfall eines landwirtschaftlichen Arbeiters (nicht Betriebsbeamten) die Kosten des Heilverfahrens in dem im § 6, Abs. 1, Ziffer 1 des Krankenversicherungsgesetzes bezeichneten Umfange — das heißt freie ärztliche Behandlung, Arznei und sogenannte kleine Heilmittel — zu gewähren. Diese Verpflichtung besteht aber nicht, insoweit die Verletzten sich im Ausland aufhalten.

Digitized by Google

b) Die deutschen Unfallversicherungsgesetze erfassen Ausländer in gleicher Weise wie Inländer, sofern nur ihre Beschäftigung in einem inländischen Betrieb erfolgt. Ausnahmen bestehen in folgenden Beziehungen:

1. Die Hinterbliebenen eines Ausländers, also Witwe, Kinder, Aszendenten, elternlose Enkel, welche zurzeit des Unfalls nicht im Inland ihren gewöhnlichen Aufenthalt hatten, haben keinen Anspruch auf Rente — eine Bestimmung der deutschen Gesetzgebung, welche für die Rechte der Ausländer von tief einschneidender Bedeutung ist. Auf dem Gebiete der See-Unfallversicherung ist der Anspruch der Hinterbliebenen dann ausgeschlossen, wenn sie zurzeit des Unfalls nicht im Inland oder an Bord eines deutschen Schiffes ihren gewöhnlichen Aufenthalt hatten (zu vergleichen § 21 des Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes, § 22 des Unfallversicherungsgesetzes für Land- und Forstwirtschaft, § 9 des Bau-Unfallversicherungsgesetzes und § 27 des See-Unfallversicherungsgesetzes).

2. Nicht minder wichtig ist die Vorschrift, daß das Recht auf den Bezug der Rente ruht, solange der berechtigte Ausländer nicht im Inlande seinen gewöhnlichen Aufenthalt hat (§ 94, Ziffer 2 des Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes, § 100, Ziffer 2 des Unfallversicherungsgesetzes für Land- und Forstwirtschaft, § 37, Abs. 1 des Bau-Unfallversicherungsgesetzes). Auf dem Gebiete der See-Unfallversicherung tritt das Ruhen der Rente naturgemäß nicht schon infolge des Aufenthalts im Ausland ein, sondern nur dann, wenn der Berechtigte auf fremden Kriegsschiffen Dienste tut (§ 98, Abs. 2 des See-Unfallversicherungsgesetzes).

3. Ferner kennen die Unfallversicherungsgesetze eine Abfindung entschädigungsberechtigter Ausländer. Diese kann auf seinen Antrag erfolgen, wenn der Berechtigte seinen Wohnsitz im Deutschen Reiche aufgibt. Die Abfindung besteht in dem dreifachen Betrage der Jahresrente (§ 95, Abs. 2 des Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes, § 101, Abs. 2 des Unfall-

Digitized by Google

versicherungsgesetzes für Land- und Forstwirtschaft, § 37, Abs. 1 des Bau-Unfallversicherungsgesetzes, § 99, Abs. 2 des See-Unfallversicherungsgesetzes).

In den vorerwähnten drei Fällen ist indessen vorgesehen, daß der Bundesrat diese Bestimmungen außer Kraft setzen kann, und zwar einmal für bestimmte Grenzgebiete und sodann für die Angehörigen solcher auswärtiger Staaten, durch deren Gesetzgebung eine entsprechende Fürsorge für die deutschen, durch einen Betriebsunfall verletzten Arbeiter und deren Hinterbliebenen gewährleistet ist (zu vergleichen das Nähere unter Abschnitt II).

4. Schließlich ist hier noch auf eine Bestimmung hinzuweisen, welche an den Aufenthalt des Entschädigungsberechtigten im Auslande rechtliche Wirkungen knüpft. Das Recht auf Bezug der Rente ruht, solange der berechtigte Inländer im Auslande sich aufhält und es unterläßt, der Berufsgenossenschaft seinen Aufenthalt mitzuteilen. Das Reichs-Versicherungsamt (die Landes-Versicherungsämter sind nicht zuständig) hat über die Art und Weise der Mitteilung des Aufenthaltsorts nähere Vorschriften zu erlassen und darin anzuordnen, daß der Rentenberechtigte sich von Zeit zu Zeit bei einem deutschen Konsul persönlich vorzustellen hat. Weist der Entschädigungsberechtigte nach, daß er der Vorstellungspflicht ohne sein Verschulden nicht hat genügen können, so lebt insoweit das Recht auf den Bezug der Rente wieder auf (§ 94, Ziffer 3 des Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes, § 100, Ziffer 3 des Unfallversicherungsgesetzes für Land- und Forstwirtschaft und § 37, Abs. 1 des Bau-Unfallversicherungsgesetzes). Auf dem Gebiete der See-Unfallversicherung tritt das Ruhen der Rente ein, solange der Berechtigte, ohne auf einem deutschen Schiffe angemustert zu sein, im Auslande sich aufhält und es unterläßt, der Berufsgenossenschaft seinen Aufenthalt mitzuteilen. An Stelle des Reichs-Versicherungsamts tritt hier die Berufsgenossenschaft, welche die erforderlichen Vorschriften für die

Digitized by Google

Mitteilung des Aufenthaltsorts zu erlassen hat. Die Vorschriften bedürfen aber der Genehmigung des Reichs-Versicherungsamts. Die von dem Reichs-Versicherungsamt in dieser Beziehung unter dem 5. Juli 1901 erlassenen eingehenden Vorschriften sind im Reichsanzeiger vom 10. Juli 1901 (Nr. 161) und in den Amtlichen Nachrichten des Reichs-Versicherungsamts 1901, Seite 451 ff veröffentlicht worden.

c) Auf dem Gebiete der Invalidenversicherung ist das Verhältnis zwischen In- und Ausland schwieriger zu beurteilen. Denn auf diesem Gebiete besteht in Deutschland eine wesentliche Mitwirkung des Staates (richtiger des Reichs) an der Aufbringung der Mittel infolge der gegenwärtig jährlich nahezu 50 Millionen betragenden Reichszuschüsse. Diese Beihülfen aus öffentlichen Mitteln sind naturgemäß in erster Linie für die eigenen Staatsangehörigen bestimmt. Gleichwohl hält das deutsche Gesetz im Prinzip an der Regel fest, daß für die aus der Versicherung erwachsenden Rechte und Pflichten lediglich die Tatsache der Beschäftigung im Deutschen Reiche maßgebend ist und ein Unterschied zwischen Inländern und Ausländern nicht gemacht wird. Von diesem Grundsatze bestehen nur folgende Ausnahmen:

1. Gemäß § 4, Abs. 1 des Invalidenversicherungsgesetzes hat der Bundesrat zu bestimmen, inwieweit vorübergehende Dienstleistungen als versicherungspflichtige Beschäftigung anzusehen sind. Die Vorschriften des Bundesrats sind in der Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 27. Dezember 1899 (Reichs-Gesetzbl. Seite 725, auch abgedruckt in den Amtlichen Nachrichten des R. V. A. 1900, Seite 181) enthalten. Danach sind von der Versicherungspflicht ausgenommen: Dienstleistungen von Bediensteten ausländischer Eisenbahnverwaltungen in Eisenbahnbetrieben des Inlandes, soweit diese Bediensteten in letzteren vorübergehend beschäftigt werden; Dienstleistungen m Inlande von Bediensteten ausländischer Betriebe überhaupt, soweit diese mit einzelnen Betriebshandlungen vorüber-

Digitized by Google

gehend in das Inland hinübergreifen (z. B. Montagen ausländischer Fabriken im Inlande); Dienstleistungen des Personals ausländischer Schiffe, die im Binnenschiffahrtsverkehre deutsche Wasserstraßen befahren, sofern nicht diese Schiffe nach der Entscheidung der unteren Verwaltungsbehörde des Beschäftigungsorts im Inland einen regelmäßigen Verkehr von erheblicher Dauer unterhalten (als ein solcher wird schon ein regelmäßiger Verkehr von zehn Wochen im Jahre angenommen[1]); Dienstleistungen auf Seeschiffen im Auslande, wenn sie von solchen Personen verrichtet werden, die nicht zur Schiffsbesatzung gehören, und Dienstleistungen von Indiern, Japanern, Chinesen, Malayen, Zansibariten, Negern und anderen farbigen Seeleuten auf deutschen Seeschiffen bei der Küstenschiffahrt in asiatischen, australischen, ost- oder westafrikanischen Gewässern sowie in dem Verkehre zwischen asiatischen, australischen, ost- und westafrikanischen Häfen oder zwischen diesen und europäischen Häfen, im letzteren Verkehre jedoch nur, wenn es sich um den Dienst in den Kohlen- und Kesselräumen der Dampfschiffe handelt und wenn bei der Ausmusterung im Auslande zugleich die Rückfahrt ausbedungen ist.

Außerdem sind die Regierungen der einzelnen deutschen Bundesstaaten ermächtigt, mit Zustimmung des Reichskanzlers widerruflich anzuordnen, daß und inwieweit vorübergehende Dienstleistungen solcher Ausländer, denen der Aufenthalt in den Grenzgebieten des Deutschen Reichs auf eine fest bestimmte kurze Zeit behufs Ausführung vorübergehender Arbeiten behördlich gestattet ist, sowie vorübergehend im Inlande stattfindende Dienstleistungen solcher Ausländer, welche übungsgemäß in Flößereibetrieben beschäftigt werden, als eine versicherungspflichtige Beschäftigung nicht anzusehen sind Von dieser Ermächtigung ist in Preußen (zu vergleichen

[1]) Zu vergleichen Rundschreiben des Reichs-Versicherungsamts vom 30. Januar 1900, Amtliche Nachrichten des R. V. A. 1900, Seite 667.

Digitized by Google

Erlaß des Handelsministers vom 27. März 1891) Gebrauch gemacht bezüglich der übungsgemäß stattfindenden vorübergehenden Dienstleistungen der russisch-polnischen und galizischen Flößer (Flissaken) in Flößereibetrieben auf den ostpreußischen Gewässern, auf der Weichsel und dem oberen Laufe der Warthe.

2. Ferner ist der Bundesrat auf Grund des § 4, Abs. 2 des Invalidenversicherungsgesetzes befugt, zu bestimmen, daß Ausländer, welchen der Aufenthalt im Inlande nur für eine bestimmte Dauer behördlich gestattet ist und die nach Ablauf dieser Zeit in das Ausland zurückkehren müssen, der Versicherungspflicht nicht unterliegen. Von dieser Befugnis hat der Bundesrat Gebrauch gemacht und beschlossen, daß polnische Arbeiter russischer und österreichischer Staatsangehörigkeit, bei welchen die angegebenen Voraussetzungen zutreffen, der Versicherungspflicht im Inlande nicht unterliegen, sofern diese Arbeiter in inländischen land- oder forstwirtschaftlichen Betrieben oder in deren Nebenbetrieben beschäftigt werden (zu vergleichen Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 7. März 1901, Zentralblatt für das Deutsche Reich, S. 78, auch abgedruckt in den Amtlichen Nachrichten des R. V. A. 1902, S. 380).

Damit die Arbeitgeber, welche solche Ausländer beschäftigen, aus dieser Vorschrift keinen Vorteil ziehen, welcher sie veranlassen könnte, ausländischen Arbeitern vor den inländischen den Vorzug zu geben, hat das Gesetz (§ 4, Abs. 2, Satz 2) vorgeschrieben, daß die Arbeitgeber nach näherer Bestimmung des Reichs-Versicherungsamts denjenigen Betrag an die Versicherungsanstalt zu zahlen haben, den sie für die Versicherung der Ausländer aus eigenen Mitteln würden entrichten müssen, wenn deren Versicherungspflicht bestände. Die näheren Vorschriften des Reichs-Versicherungsamts sind in der Bekanntmachung vom 31. März 1902 (Amtliche Nachrichten des R. V. A. 1902, S. 380) enthalten.

Digitized by Google

3. Übereinstimmend mit den Unfallversicherungsgesetzen enthält das Invalidenversicherungsgesetz Vorschriften über die Abfindung von Ausländern und über das Ruhen des Rechtes auf den Bezug der Rente.

Ist der Berechtigte ein Ausländer, so kann er, falls er seinen Wohnsitz im Deutschen Reiche aufgibt, mit dem dreifachen Betrage der Jahresrente abgefunden werden (§ 26 des Invalidenversicherungsgesetzes). Ein wesentlicher Unterschied gegenüber der entsprechenden Vorschrift der Unfallversicherungsgesetze besteht darin, daß hier der Berechtigte auch gegen seinen Willen abgefunden werden kann.

Das Recht auf Bezug der Rente ruht, solange der Berechtigte, ohne Rücksicht darauf, ob er Inländer oder Ausländer ist, nicht im Inlande seinen gewöhnlichen Aufenthalt (rechtlicher Wohnsitz wird nicht verlangt) hat (§ 48, Abs. 1, Ziff. 4 des Invalidenversicherungsgesetzes). Hierbei ist es rechtlich unerheblich, ob das Verlassen des Inlandes ein freiwilliges oder erzwungenes ist (zu vergleichen Revisionsentscheidung 675, Amtliche Nachrichten des R. V. A. 1898, S. 395).

Für beide Fälle — sowohl bezüglich der Abfindung als auch bezüglich des Ruhens der Rente — ist dem Bundesrate die Befugnis beigelegt worden, die Vorschrift für bestimmte Grenzgebiete oder für solche auswärtige Staaten, durch deren Gesetzgebung deutschen Arbeitern eine entsprechende Fürsorge für den Fall der Erwerbsunfähigkeit und des Alters gewährleistet ist, außer Kraft zu setzen (zu vergleichen das Nähere unter Abschnitt II).

4. Rechtliche Stellung der Ausländer in Verwaltung und Rechtsprechung.

Die deutchen Arbeiterversicherungsgesetze kennen ferner einen Unterschied zwischen Inländern und Ausländern, soweit eine Beteiligung der Interessenten an der Verwaltung und

Digitized by Google

Rechtsprechung auf diesem Gebiete besteht. Bekanntlich wird die Arbeiterversicherung in Deutschland von einer großen Zahl freier sozialpolitischer Körperschaften und Anstalten durchgeführt, welchen weitgehende Rechte der Selbstverwaltung eingeräumt worden sind.[1])

Eine Beschränkung der Befugnisse der Ausländer auf dem Gebiete der Selbstverwaltung besteht in folgenden Beziehungen:

1. Mitglieder der Vorstände der Berufsgenossenschaften, Vertrauensmänner und Schiedsgerichtsbeisitzer können nur Personen deutscher Nationalität sein, Ausländer sind daher von diesen Ehrenämtern ausgeschlossen. Dies folgt aus § 43, Abs. 1 des Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes (§ 45, Abs. 1 des Unfallversicherungsgesetzes für Land- und Forstwirtschaft, § 14 des Bau-Unfallversicherungsgesetzes, § 43, Abs. 1 des See-Unfallversicherungsgesetzes), wonach zu Mitgliedern der Genossenschaftsvorstände und zu Vertrauensmännern solche Personen nicht wählbar sind, welche zum Amt eines Schöffen unfähig sind. Nach § 31 des deutschen Gerichtsverfassungsgesetzes kann das Amt eines Schöffen aber nur von einem Deutschen versehen werden. Was die Schiedsgerichtsbeisitzer anlangt, so bestimmt § 3 des Gesetzes, betreffend die Abänderung der Unfallversicherungsgesetze vom 30. Juni 1900 in Verbindung mit § 88 des Invalidenversicherungsgesetzes ausdrücklich, daß zu Vertretern der Arbeitgeber und Versicherten nur Deutsche wählbar sind.

Auch die Arbeitervertreter, welche bei dem Zustandekommen der Unfallverhütungsvorschriften mitzuwirken haben, müssen Deutsche sein (§ 114, Abs. 2 des Gewerbe-

[1]) Zu vergleichen die dem VII. internationalen Arbeiterversicherungs-Kongreß in Wien 1905 von dem Reichs-Versicherungsamte gewidmete 2. Auflage der Schrift: Die deutsche Arbeiterversicherung als soziale Einrichtung, Berlin 1905; und die im Auftrage des Reichs-Versicherungsamts bearbeitete Denkschrift: „Einrichtung und Wirkung der deutschen Arbeiterversicherung“ von Lass und Zahn, 3. Auflage, Berlin 1904.

Digitized by Google

Unfallversicherungsgesetzes, § 40 des Bau-Unfallversicherungsgesetzes). Dasselbe gilt für die Arbeitervertreter auf dem Gebiete der Land- und Forstwirtschaft und der See-Unfallversicherung, weil diese aus den Beisitzern der Schiedsgerichte berufen werden, zu welchen, wie hervorgehoben, nur Deutsche wählbar sind (§ 122, Abs. 1 des Unfallversicherungsgesetzes für Land- und Forstwirtschaft, § 120 des See-Unfallversicherungsgesetzes).

2. Entsprechende Grundsätze gelten auch für das Gebiet der Invalidenversicherung. Danach sind zu Vertretern der Arbeitgeber und der Versicherten für die Versicherungsanstalten (Vorstand, Ausschuß, Rentenstellen) und für die unteren Verwaltungsbehörden nur Personen deutscher Staatsangehörigkeit zugelassen (§§ 88 u. 61 des Invalidenversicherungsgesetzes); das Gleiche gilt für die Schiedsgerichtsbeisitzer (§ 104, Abs. 5 des Invalidenversicherungsgesetzes).

3. Das Krankenversicherungsgesetz kennt in diesen Beziehungen eine unterschiedliche Behandlung der Inländer und Ausländer nicht. Die versicherten Ausländer haben namentlich in der Generalversammlung der Krankenkassen gleiches Stimmrecht wie die Inländer und können auch in den Vorstand gewählt werden (§§ 34, 37, 38, 64 des Krankenversicherungsgesetzes).

II. Maßnahmen der nationalen Gesetzgebung zur Beseitigung von Rechtsungleichheiten.

Die deutschen Arbeiterversicherungsgesetze haben, was das Verhältnis des Inlandes zum Ausland anlangt, eine besondere Regelung einmal zugunsten bestimmter Grenzgebiete und zum anderen zugunsten der Angehörigen von Reziprozität gewährenden auswärtigen Staaten vorgesehen. Diese besondere Regelung erfolgt durch Beschluß des Bundesrats, mithin — weil im Gesetze selbst vorgesehen — durch einen Akt der nationalen Gesetzgebung. Die hierher gehörigen

Digitized by Google

Maßnahmen können lediglich aus Rücksicht auf die Bedürfnisse des Inlandes erfolgen, aber auch häufig aus Rücksicht auf die fremden Staaten. Im letzteren Falle pflegen diplomatische Verhandlungen vorherzugehen. Die bisher getroffenen Maßnahmen sind folgende:

1. Maßnahmen bezüglich bestimmter Grenzgebiete.

a) Der deutsche Bundesrat hat bisher die Vorschriften des deutschen Rechtes über den Ausschluß der Hinterbliebenen eines Ausländers von dem Rentenbezuge (zu vergleichen oben Abschnitt I. Nr 3 unter b Ziff. 1) für folgende Grenzbezirke außer Kraft gesetzt:

Dänemark: Für die Ortschaft Vamdrup;

Niederlande: Für die Provinzen Groningen, Drenthe, Oberyssel, Gelderland, Limburg;

Das neutrale Gebiet Moresnet;

Schweiz: Für die Kantone Basel-Stadt, Basel-Land, vom Kanton Aargau die Bezirke Laufenburg, Baden, Rheinfelden und Zurzach, vom Kanton Zürich die Bezirke Bülach und Andelfingen, die Kantone Schaffhausen und Thurgau;

Österreich-Ungarn: Für die Bezirkshauptmannschaften Bregenz, Reutte, Schwaz, Kufstein, Salzburg mit dem Stadtmagistratsbezirke Salzburg, Braunau am Inn, Ried, Schärding, Rohrbach, Krumau, Prachatitz, Schüttenhofen, Strakonitz, Klattau, Taus, Bischofteinitz, Tachau, Plom, Eger, Asch, ferner Braunau (Böhmen), Nachod, Neustadt an der Mettau, Reichenau, Senftenberg, Schönberg, Freiwaldau;

Luxemburg: Für das ganze Gebiet des Großherzogtums.

Zu vergleichen Bekanntmachungen des Reichskanzlers vom 12. Juni 1901 (Zentralblatt für das Deutsche Reich S. 210, auch Amtliche Nachrichten des R. V. A. 1901 S. 418), vom 3. November 1902 (Zentralblatt S. 390 und Amtliche Nachrichten des R. V. A. 1902 S. 674), vom 1. Februar 1904 Ziff. II (Zentralblatt S. 26 und Amtliche Nachrichten des R. V. A. 1904

Digitized by Google

S. 244) und vom 9. Mai 1905 Ziff. 2 (Zentralblatt 1905 S. 117 und Amtliche Nachrichten des R. V. A. 1905 S. 404).

b) Die Vorschrift über das Ruhen der Ausländerrenten, und zwar sowohl der Unfall- als auch der Invaliden- und Altersrenten (zu vergleichen oben Abschnitt I Nr. 3 unter b Ziff. 2 und unter c Ziff. 3), ist in weiterem Umfange durch verschiedene Bundesratsbeschlüsse außer Kraft gesetzt worden. Die begünstigten Grenzgebiete sind die folgenden:

Dänemark, die Niederlande, Luxemburg und das neutrale Gebiet Moresnet in dem oben angegebenen Umfange. Dazu kommen:

Belgien: Die Arondissements Lüttich, Verviers (Provinz Lüttich), Marche, Bastogne (Provinz Luxemburg);

Rußland: Die zwischen der deutschen Reichsgrenze und Sosnowiče belegenen Ortschaften Alt-Sosnowiče, Sielče, Bogunja, Dembowo-Góra, Ostro-Górtea, Milowiče und Niwka.

Bei der Schweiz und Österreich-Ungarn treten zu den oben bezeichneten noch folgende Bezirke hinzu:

Schweiz: Der Kanton Bern, soweit er nördlich und nordwestlich der Zihl und der Aare, vom Einflusse der Zihl abwärts gerechnet, belegen ist; ferner die Kantone Solothurn, die fehlenden Teile der Kantone Aargau und Zürich, die Kantone St. Gallen und Appenzell (Außer- und Inner-Roden);

Österreich-Ungarn: Die Bezirkshauptmannschaften Kitzbühel, Graslitz, Joachimstal, Kaaden, Komotau, Brüx, Dux, Teplitz, Aussig, Tetschen, Schluckenau, Rumburg, Gabel, Reichenberg, Friedland, Gablonz, Starkenbach, Hohenelbe, Trautenau, Jägerndorf, Freudental, Troppau, Neutitschein, Mistek, Freistadt, Teschen, Bielitz und die Bezirke Biala und Chrzanow.

Zu vergleichen die Bekanntmachungen des Reichskanzlers vom 16. Oktober 1900 (Zentralblatt S. 540 und Amtliche Nach-

Digitized by Google

richten des R. V. A. 1900 S. 740) und vom 1. Februar 1904 (Zentralblatt S. 26 und Amtliche Nachrichten des R. V. A. 1904 S. 244).

2. Maßnahmen zugunsten einzelner auswärtiger Staaten.

Eine Außerkraftsetzung der für die Ausländer lästigen Vorschriften über die Ausschließung des Anspruchs auf Hinterbliebenenrente (zu vergleichen oben Abschnitt I Nr. 3 unter b Ziff. 1) und über das Ruhen der Unfallrenten (zu vergleichen oben Abschnitt I Nr. 3 unter b Ziff. 2) ist zugunsten folgender auswärtiger Staaten erfolgt:

a) der Angehörigen der im Reichsrate vertretenen Königreiche und Länder der k. u. k. österreichisch-ungarischen Monarchie. Ausgeschlossen sind hiernach die Länder der ungarischen Reichshälfte, bestehend aus dem Königreich Ungarn mit Siebenbürgen, dem Königreiche Kroatien-Slavonien und der Königlichen Freistadt Fiume.

b) der Angehörigen des Königreichs Italien,

c) der Angehörigen des Königreichs der Niederlande,

d) der Angehörigen des Großherzogtums Luxemburg.

Diese Maßnahmen des Bundesrats gelten indessen nur für das Gebiet der Gewerbe- und Bau-Unfallversicherung, erstrecken sich also nicht auf das landwirtschaftliche und das See-Unfallversicherungsgesetz.

Die Außerkraftsetzung ist aber an die Bedingung geknüpft, daß die rentenberechtigten Ausländer, solange sie sich nicht im Inland aufhalten, den vom Reichs-Versicherungsamt auf Grund des § 94 Ziff. 3 des Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes für Inländer, die sich im Ausland aufhalten, erlassenen Vorschriften (zu vergleichen oben Abschnitt I Nr. 3 unter b Ziff. 4) genügen. Für die Angehörigen des Großherzogtums Luxemburg ergibt sich aus dem Umstande, daß es seinem ganzen Umfange nach schon als Grenzgebiet von den lästigen Ausländerbestimmungen befreit worden ist, daß der Rentenberechtigte die Vorschriften

Digitized by Google

des Reichs-Versicherungsamts nur dann zu beobachten hat, wenn er sich weder im Gebiete des Deutschen Reichs, noch innerhalb des Großherzogtums Luxemburg aufhält. Ferner folgt aus demselben Umstande, daß die Angehörigen des Großherzogtums Luxemburg, solange sie in dem Gebiete des Großherzogtums ihren gewöhnlichen Aufenthalt haben, beziehungsweise zurzeit des Todes hatten, schon auf Grund jener früher erwähnten Ausnahmevorschrift von den beiden lästigen Ausländerbestimmungen befreit sind. Die Bedeutung der neueren Maßnahme des Bundesrats besteht darin, daß diese Personen selbst dann von jenen Vorschriften nicht betroffen werden, wenn sie nicht im Gebiete des Großherzogtums ihren gewöhnlichen Aufenthalt haben, beziehungsweise zurzeit des Todes hatten.

Zu vergleichen Bekanntmachungen des Reichskanzlers vom 29. Juni 1901 (Zentralblatt S. 236 und Amtliche Nachrichten des R. V. A. 1901 S. 450), vom 1. Juli 1903 (Zentralblatt S. 240 und 451 und Amtliche Nachrichten des R. V. A. 1903 S. 467), sowie vom 9. Mai 1905 (Zentralblatt 1905 S. 117 und Amtliche Nachrichten des R. V. A. 1905 S. 404).

Bezüglich der Invalidenversicherung ist nur zu berichten, daß Maßnahmen des Bundesrats zugunsten auswärtiger Staaten noch nicht getroffen werden konnten, da bis jetzt durch keine Gesetzgebung eines auswärtigen Staates deutschen Arbeitern eine entsprechende Fürsorge für den Fall der Invalidität und des Alters gewährleistet ist.

Schließlich möge noch ausdrücklich hervorgehoben werden, daß auch auf dem Gebiete der Invaliden- und Unfallversicherung Maßnahmen zur Beseitigung der für die Ausländer ungünstigen Bestimmungen über die Abfindung der Renten (zu vergleichen oben Abschnitt I Nr. 3 unter b Ziff. 3 und unter c Ziff. 3) nicht getroffen sind. Für solche hat sich auf dem Gebiete der Unfallversicherung bis jetzt ein Bedürfnis nicht herausgestellt, weil schon nach dem Inhalte des Gesetzes selbst ein Zwang nach keiner Richtung hin ausgeübt werden kann;

Digitized by Google

der Ausländer darf gegen seinen Willen nicht abgefunden werden, auf der anderen Seite besteht aber auch gegenüber dem Versicherungsträger kein rechtlich erzwingbarer Anspruch der Ausländer auf Gewährung einer Kapitalsabfindung an Stelle der Rente.

III. Internationale Abkommen.

1. Durch § 4 des deutschen Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes wird der Reichskanzler ermächtigt, unter Zustimmung des Bundesrats mit den Regierungen solcher Staaten, die für Arbeiter und Betriebsbeamte eine der deutschen Unfallversicherung entsprechende Fürsorge durchgeführt haben, im Falle der Gegenseitigkeit Abkommen zu schließen, durch welche die Anwendung des deutschen Gesetzes

a) auf Betriebe im Inlande, welche Bestandteile eines ausländischen Betriebs darstellen, ausgeschlossen,
b) auf Betriebe im Auslande, welche Bestandteile eines versicherungspflichtigen inländischen Betriebs darstellen, erstreckt wird.

Dieselbe Bestimmung findet sich im § 3 des Unfallversicherungsgesetzes für Land- und Forstwirtschaft und im § 3 des Bau-Unfallversicherungsgesetzes.

Solche internationale Abkommen sind bis jetzt noch mit keinem auswärtigen Staate abgeschlossen, jedoch schweben zurzeit Verhandlungen mit Österreich-Ungarn, mit Luxemburg und den Niederlanden.

Die Abschließung derartiger Abkommen ist dann notwendig, wenn die Verschiedenheit der nationalen Gesetzgebungen der mehreren Staaten zu Doppelversicherungen und damit Doppelbelastungen der Unternehmer, zur Nichtversicherung gewisser Personenklassen oder zu sonstigen Unzuträglichkeiten geführt hat. Aber auch wenn solche zwingende Gründe nicht vorliegen, wird häufig eine zweckmäßigere Regelung der Versicherung bei den von dem Gebiete des einen Staates in das des anderen übergreifenden Betrieben wünschenswert sein.

Digitized by Google

Zur Veranschaulichung dieser Verhältnisse mögen einige Beispiele dienen: Nach § 9 des niederländischen Unfallgesetzes vom 2. Januar 1901 unterliegen die in den Niederlanden wohnenden Arbeiter, welche in einem nach deutschem Rechte versicherten, in den Niederlanden sich abspielenden Betriebsteil eines deutschen Unternehmens (sogen. Ausstrahlung) beschäftigt sind, auch der niederländischen Unfallversicherung (insofern Doppelversicherung), während die in Deutschland wohnhaften Arbeiter, welche in einem nach Deutschland übergreifenden Bestandteil eines holländischen Unternehmens beschäftigt werden, nicht versichert sind, und zwar nicht nach niederländischem Rechte und, soweit es sich um eine sogenannte Ausstrahlung eines niederländischen Unternehmens handelt, auch nicht nach deutschem Rechte (insofern Mangel einer Versicherung).

Der Artikel 3 des luxemburgischen Gesetzes vom 5. April 1902 unterwirft das Arbeiterpersonal deutscher Betriebe, welches vorübergehend (passagèrement) in Luxemburg beschäftigt wird, den Vorschriften des luxemburgischen Gesetzes, ohne einen Unterschied zu machen, ob diese Personen bereits nach deutschem Rechte versichert sind oder nicht. Soweit dies — wie bei „Ausstrahlungen“ deutscher Betriebe — der Fall ist, würde der unerwünschte Zustand der Doppelversicherung und damit der Doppelbelastung der deutschen Unternehmer bestehen.

Nicht selten entstehen auch Streitigkeiten darüber, ob eine im Auslande vorgenommene Tätigkeit eines inländischen Betriebs als sogenannte unselbständige „Ausstrahlung“ dieses Betriebs nach deutschem Rechte oder als ein selbständiger Teilbetrieb nach ausländischem Rechte zu versichern ist. Eine deutsche Maschinenfabrik in München stellt zum Beispiel in Österreich eine Brauerei-Einrichtung auf, und die zuständige deutsche Berufsgenossenschaft fordert von dem Unternehmer die auf diese Tätigkeit entfallenden Beiträge, weil sie davon ausgeht,

Digitized by Google

daß die im Ausland ausgeführten Arbeiten einen unselbständigen Bestandteil des Betriebs der inländischen Maschinenfabrik bilden, während die österreichische Versicherungsanstalt ebenfalls die Beiträge verlangt, indem sie einen inländischen Eisenkonstruktionsbetrieb im Sinne des Art. I, Ziffer 10 des Gesetzes vom 20. Juli 1894, betreffend die Ausdehnung der Unfallversicherung, für vorliegend erachtet. Ähnliche Unzuträglichkeiten kommen vor, wenn deutsche Firmen in Holland oder in Italien oder einem sonstigen Lande Dockarbeiten, Gasometerbauten oder ähnliche größere Arbeiten herstellen. In allen diesen Fällen können die Versicherungsträger in den beiderseitigen Staaten über die Versicherungspflicht dieser Arbeiten verschiedener Ansicht sein, und dem Unternehmer bleibt es nur überlassen, in den einzelnen Staaten die gegen ihre Heranziehung zu den Beiträgen zulässigen Rechtsmittel einzulegen. Gehen die letztinstanzlichen Entscheidungen der beiden Länder auseinander, so muß sich der Unternehmer fügen und doppelte Beiträge leisten.

Um solche Unzuträglichkeiten zu beseitigen, sind internationale Abkommen geboten. Von besonderer Wichtigkeit sind derartige Abkommen für Transportbetriebe (Eisenbahn- und Schiffahrtsunternehmungen, Speditionsbetriebe und Fuhrwerksunternehmungen, welche regelmäßig zwischen zwei in verschiedenen Staaten belegenen Orten verkehren) und für Montagen und dergleichen Arbeiten.

Die Voraussetzung für den Abschluß eines solchen internationalen Abkommens ist auf deutscher Seite, daß die auswärtige Gesetzgebung in bezug auf die Unfallfürsorge eine der deutschen entsprechende, das heißt eine gleichwertige ist. Bei Beantwortung der Frage, ob eine auswärtige Unfallgesetzgebung eine der deutschen gleichwertige ist, ist auf folgende Gesichtspunkte Wert zu legen: ob diese die Betriebsunfälle als solche entschädigt und hierbei auch das Schuldmoment nicht wesentlich anders behandelt als dies im deutschen Rechte geschehen ist; ferner ob die Leistungen der Versicherungs-

Digitized by Google

oder Fürsorgeträger, das heißt die Unfallentschädigungen, im wesentlichen dem deutschen Rechte entsprechen; ferner ob die Beitragsleistungen der Unternehmer angemessen geregelt sind; sodann ob die Ansprüche der Entschädigungsberechtigten genügend sicher gestellt sind (dadurch, daß die Verpflichtung leistungsfähigen öffentlichen Verbänden, wie den deutschen Berufsgenossenschaften, auferlegt ist, oder daß eine staatliche Garantie besteht — zu vergleichen zum Beispiel Art. 23—26 des französischen Unfallgesetzes vom 9. April 1898 — oder daß ein genügend gesicherter Garantiefonds besteht — zu vergl. Art. 17 Abs. 2—5 und Art. 20 des belgischen Gesetzes vom 24. Dezember 1903), und endlich ob zur Realisierung der Ansprüche, namentlich der Entschädigungsforderungen ein angemessenes, leicht zu handhabendes Verfahren gewährleistet wird.

Bei Bewertung der ausländischen Unfallgesetzgebung ist diese im ganzen genommen ins Auge zu fassen; kleinere Nachteile können durch größere Vorzüge in anderer Beziehung ausgeglichen werden. Namentlich ist kein erhebliches Gewicht auf das System der Unfallfürsorge, welches der betreffende Staat gewählt hat, zu legen (ob Zwangsversicherung, wie im Deutschen Reiche, oder Haftpflicht mit Versicherungszwang oder Haftpflicht mit sonstigen Garantien). Dagegen ist besonderer Wert zu legen auf diejenigen Bestimmungen der fremden Gesetzgebung, welche die Rechte und Pflichten der Ausländer regeln, und es ist darauf zu achten, daß in dieser Beziehung hinsichtlich der Reichsangehörigen keine ungünstigeren Bestimmungen bestehen bleiben, als sie auch im deutschen Rechte bezüglich der Ausländer enthalten sind. Nötigenfalls ist auf Beseitigung dieser Vorschriften zugunsten der Angehörigen des vertragschließenden Staates hinzuwirken.

Sind die Voraussetzungen für ein internationales Abkommen erfüllt, so werden bei dem Abschlusse des Abkommens selbst namentlich noch folgende Gesichtspunkte zu beachten sein:

Digitized by Google

Zunächst ist das Gebiet genau abzugrenzen, auf welches sich das Abkommen erstrecken soll. Es ist festzustellen, ob das Abkommen gelten soll für das Gebiet der Gewerbe-Unfallversicherung, der landwirtschaftlichen Unfallversicherung, der Bau-Unfallversicherung oder auch der See-Unfallversicherung. Manche Staaten, welche sonst eine entwickelte Unfallgesetzgebung besitzen, haben z. B. noch keine solche für die Land- und Forstwirtschaft, häufig auch keine See-Unfallversicherung. Sodann ist festzustellen, auf welche Betriebe (Unternehmungen) innerhalb der bestimmten Versicherungsgebiete das Abkommen Anwendung finden soll. Sehr häufig ist die Versicherung einzelner Gewerbszweige nach den verschiedenen Gesetzgebungen verschieden begrenzt. So ist z. B. die Binnenschiffahrt nach deutschem Rechte in anderem Umfange versichert (zu vergl. § 1, Abs. 1, Nr. 4 des Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes), als nach niederländischem Rechte (zu vergl. Art. 10, Abs. 1, Nr. 6 und Art. 11, Abs. 2 des niederländischen Unfallgesetzes). Ferner ist zu beachten, daß auch innerhalb der nach den beiderseitigen Gesetzgebungen versicherungspflichtigen Betriebe (Unternehmungen) wiederum Verschiedenheiten in bezug auf die Versicherung in subjektiver Beziehung bestehen können. So sind nach deutschem Rechte die in diesen Betrieben beschäftigten Betriebsbeamten nur dann versichert, wenn ihr Jahresarbeitsverdienst 3000 Mark nicht übersteigt, während eine solche Verdienstgrenze z. B. nach dem niederländischen Unfallgesetze nicht besteht. Umgekehrt sind nach dem niederländischen Rechte nur Lohnarbeiter versicherungspflichtig, während nach deutschem Rechte alle in einem versicherungspflichtigen Betriebe beschäftigten Arbeiter versichert sind, auch wenn sie Lohn nicht erhalten (z. B. Hauskinder). Weiter ist ein Augenmerk darauf zu richten, wie es mit solchen an sich unter das Abkommen fallenden Betrieben gehalten werden soll, welche nach der Gesetzgebung des einen oder des anderen

Digitized by Google

Staates als Nebenbetriebe eines solchen Betriebs anzusehen sind, welcher einem Versicherungsgebiete (z. B. der Landwirtschaft) angehört, auf das sich das Abkommen nicht erstreckt.

Ist das Prinzip gefunden, nach welchem die Versicherung der in den Gebieten beider Staaten tätigen Betriebe geregelt werden soll, so wird für die Entscheidung der Zweifelsfälle ein bestimmtes Verfahren vorzusehen sein. In dieser Beziehung wird es sich als zweckmäßig erweisen, die Vorfrage, ob auf einen Betrieb oder Betriebsteil die Unfallgesetze des einen oder des anderen Staates anzuwenden sind, in einem besonderen Verfahren entscheiden zu lassen. Zu diesem Zwecke sind die Behörden zu bestimmen, welche in jedem der vertragschließenden Staaten für die Entscheidung zuständig sein sollen; in dem Verfahren selbst müssen die Beteiligten (namentlich der Versicherungsträger des anderen Staates, der Unternehmer und, wenn bereits ein Unfall in dem betreffenden Betriebsteil eingetreten ist, auch die Entschädigungsberechtigten in geeigneter Weise zugezogen werden. Die Entscheidung selbst muß, wenn sie Rechtskraft erlangt hat, für beide Staaten in gleicher Weise bindend sein. Wird eine Lostrennung der Vorfrage von der Hauptfrage nicht beliebt, so ist die Zweifelsfrage in dem jeweiligen ordentlichen Verfahren (nach deutschem Rechte im Katasterverfahren, Beitragsverfahren oder, wenn bereits ein Unfall eingetreten ist, im Entschädigungsverfahren) zum Austrage zu bringen. Aber auch in diesem Falle sind nähere Vorschriften über die Zuziehung der Beteiligten (namentlich des Versicherungsträgers im anderen Staate) und über die Tragweite und die bindende Kraft der Entscheidung gegenüber den Behörden des anderen Staates zu treffen. Für den Fall, daß ein zweifellos entschädigungspflichtiger Unfall vorliegt, und nur Zweifel darüber bestehen, ob dieser von dem Versicherungsträger des einen oder des anderen Staates zu entschädigen ist, muß Vorsorge dafür getroffen werden, daß einer der in Betracht kommenden Versicherungsträger (und welcher?) die vor-

Digitized by Google

läufige Fürsorge für den Verletzten oder dessen Hinterbliebenen übernimmt, vorbehaltlich seines Regreßanspruchs wegen seiner Aufwendungen gegenüber dem endgültig zur Entschädigung verurteilten Versicherungsträger.

Ferner wird es erforderlich sein, näher zu bestimmen, in welcher Weise bei Unfällen, die nach inländischem Rechte zu beurteilen sind und sich im Ausland ereignen, die polizeilichen Unfalluntersuchungen zu führen sind, unter Umständen, welche Schiedsgerichte für Arbeiterversicherung zuständig sein sollen, und in welcher Weise die Durchführung der Unfallverhütungsvorschriften im Ausland überwacht werden soll. Auch wird es zweckmäßig sein, Spezialvorschriften wegen gegenseitiger Rechtshilfe und wegen der Auszahlung der Renten im Ausland in das Abkommen aufzunehmen.

Was insbesondere die Unternehmer und ihre Beamten (Repräsentanten, Betriebsleiter, Arbeiteraufseher) anlangt, so ist namentlich darauf Bedacht zu nehmen, daß deren zivilrechtliche Schadensersatzpflicht und Haftpflicht (entsprechend den Einschränkungen gemäß § 135 ff. des Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes), auch soweit es sich um Unfälle handelt, welche sich im Ausland ereignet haben, angemessen geregelt wird.

Sollten Bedenken in der Richtung bestehen, daß die hier vorgesehenen Maßnahmen noch in den Rahmen der dem Reichskanzler durch § 4 des Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes erteilten Ermächtigung fallen, so bleibt noch der Weg übrig, den Reichstag bei dem Zustandekommen des Abkommens zu beteiligen, oder für künftige Fälle die Ermächtigung im Wege der Gesetzgebung in zweckmäßiger Weise erweitern zu lassen. So ist z. B. im Großherzogtume Luxemburg durch ein besonderes Gesetz vom 12. Mai 1905, betreffend die Ausführung der Unfallversicherungsgesetze im internationalen Verkehre (Memorial des Großherzogtums Luxemburg 1905, S. 322) die Regierung ganz allgemein ermächtigt worden, in Übereinstim-

Digitized by Google

mung mit dem Staatsrat, „in den internationalen Abkommen, welche zum Gegenstande haben, nach dem Reziprozitätsprinzipe die Ausführung der Unfallversicherungsgesetze in den vertragschließenden Ländern zu regeln, von den luxemburgischen Gesetzen abzuweichen."

2. Zum ersten Male ist ein internationaler Vertrag über sozialpolitische Verhältnisse zwischen Frankreich und Italien zustande gekommen. Der französisch-italienische Arbeits- und soziale Fürsorgevertrag ist am 15. April 1904 in Rom unterzeichnet und demnächst von den Regierungen beider Staaten ratifiziert worden.[1]) Durch denselben soll gewissermaßen ein gemeinsames Versicherungs-Indigenat für die französischen und italienischen Arbeiter geschaffen werden. Der Vertrag enthält zwei Hauptteile, von denen sich der erste (Art. 1) aur die soziale Fürsorge, der andere (Art. 2—4) auf den Arbeiterschutz bezieht. Was die uns interessierende soziale Versicherung anlangt, so sind in dem Vertrage keine Vereinbarungen enthalten, welche unmittelbar in Kraft treten könnten, er stellt vielmehr nur die Grundsätze für solche Maßnahmen fest, die nach und nach getroffen werden sollen (wie z. B. Erleichterungen der Einzahlung der Beiträge und Auszahlung der erworbenen Renten zugunsten der französisch-nationalen Altersversicherungskasse einerseits und der italienisch-nationalen Fürsorgekasse anderseits); ferner Grundsätze für die künftige Gestaltung der nationalen obligatorischen Altersversicherung in den beiderseitigen Staaten zugunsten der in Frankreich wohnenden italienischen und der in Italien wohnenden französischen Arbeiter, teilweise wird in dem Vertrag auf zukünftige auf Reziprozität beruhende besondere Verein-

---

[1]) Zu vergl. Näheres in dem Exposé von Arthur Fontaine, Directeur du Travail, Paris, in dem Verhandlungsberichte der 3. Generalversammlung des Komitees der Internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz in Basel vom 25.—28. September 1904. Jena 1905. S. 34 ff.

Digitized by Google

barungen verwiesen, oder es werden nur die Prinzipien festgestellt, welche bei solchen künftigen Vereinbarungen festzuhalten sind (in letzterer Beziehung auch namentlich hinsichtlich der für die Ausländer lästigen Vorschriften der französischen Unfallgesetze — Abfindung der Ausländer, welche das französische Territorium verlassen, und Ausschluß der Entschädigung der nicht auf französischem Territorium wohnenden Angehörigen eines Verletzten).

In allerneuester Zeit sind mehrfach Fragen der Sozialpolitik mit den Problemen der Handelspolitik in Verbindung gebracht worden. Die neuen Handelsverträge zwischen dem Deutschen Reiche und Österreich-Ungarn (Art. 6) und zwischen dem Deutschen Reiche und Italien (Art. 2a) enthalten gleichmäßig die Bestimmung, daß die vertragschließenden Teile sich verpflichten, in „freundschaftlichem Einvernehmen die Behandlung der Arbeiter des einen Teiles in den Gebieten des anderen hinsichtlich der Arbeiterversicherung[1]) zu dem Zwecke zu prüfen, um durch geeignete Vereinbarungen diesen Arbeitern wechselseitig eine Behandlung zu sichern, die ihnen möglichst gleichwertige Vorteile bietet". Diese Vereinbarungen sollen unabhängig von den Handelsverträgen durch „besondere Abkommen" festgesetzt werden. Aus der den Handelsverträgen beigegebenen Denkschrift (Reichstagsdrucksache Nr. 543) S. 5 und 29 ist zu entnehmen, daß die vertragschließenden Teile, weil die einschlägige Materie zu verwickelt sei, um im Rahmen eines Handelsvertrags endgültig geregelt zu werden, sich auf die Zusage beschränkt haben, „in gemeinschaftliche Erwägungen darüber einzutreten, ob durch ein zu treffendes besonderes Abkommen den Arbeitern des einen Landes im anderen Lande eine sachgemäße Behandlung auf der Basis der Gegenseitigkeit gewährt werden kann". Es ist hienach zu hoffen, daß in der nächsten Zukunft eine neue Aera inter-

[1]) Der deutsch-österreichisch-ungarische Handelsvertrag nimmt auch auf die Arbeiterschutzgesetzgebung Bezug.

Digitized by Google

nationaler Verträge auf sozialem Gebiete beginnt. Darin besteht der große Wert und die prinzipielle Bedeutung dieser Bestimmungen.

Fragen wir uns nun zum Schlusse, welche Anforderungen sind vom Standpunkte der internationalen Gerechtigkeit — soweit es sich um das Verhältnis des Inlandes zum Auslande handelt — an die Gesetzgebungen über Arbeiterversicherung in den einzelnen Staaten zu stellen, und welche internationalen Forderungen sind berechtigt? Hierauf ist meines Erachtens folgendes zu antworten:

1. Es ist zu fordern, daß sämtliche Staaten, welche infolge ihrer wirtschaftlichen Entwicklung einer gesetzlichen Fürsorge für die Arbeiterbevölkerung bedürfen, möglichst gleichwertige Einrichtungen in ihren Ländern schaffen, und bei deren Ausgestaltung auf die in den anderen Staaten bereits bestehenden Einrichtungen Rücksicht nehmen, so daß Kollisionsfälle verhindert werden.

2. Es ist ferner zu fordern, daß die nationalen Arbeiterversicherungsgesetze — unter der Voraussetzung, daß überall gleichwertige Einrichtungen bestehen — Inländer und Ausländer, und zwar sowohl Arbeitgeber als Arbeitnehmer, gleich behandeln. Eine gleiche Forderung ist von der Internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz gestellt worden. In der dritten Generalversammlung in Basel (25.—28. September 1904) ist folgender Antrag angenommen worden: „Für die Rechte, welche dem Arbeiter und seinen Hinterbliebenen in den Versicherungs- und Haftpflichtgesetzen gewährt sind, soll keine Unterscheidung nach Staatsangehörigkeit, Wohnort und Aufenthalt der Berechtigten stattfinden. Das Gesetz des Ortes, wo der Betrieb liegt, soll maßgebend sein.“

In dieser Beziehung möge noch im einzelnen hervorgehoben werden, daß Bestimmungen, wie sie in dem § 21 und und § 94 Abs. 2 des Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes, sowie im § 48 Ziffer 4 des Invalidenversicherungsgesetzes (zu

Digitized by Google

vergleichen oben Abschnitt I, Nr. 3 unter b, Ziffer 1 und 2 und unter c, Ziffer 3) enthaltend sind, beseitigt werden müssen. Das Gleiche wird bezüglich des § 26 des Invalidenversicherungsgesetzes (zu vergleichen oben Abschnitt I Nr. 3c Ziffer 3) gelten müssen, wenn man nicht vorzieht, diese Vorschrift dem § 95 des Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes entsprechend umzugestalten, wonach eine Abfindung nur auf Antrag des Berechtigten zulässig ist. Dagegen erfordert die nationale Gerechtigkeit nicht unbedingt eine Änderung des § 33 des Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes (zu vergleichen oben Abschnitt I Nr. 2 unter b), der Ausnahme zugunsten der Exterritorialen (daselbst Nr. 2 unter c), der Vorschrift des § 94, Ziffer 3 des Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes (daselbst Nr. 3 unter b Ziffer 4), der nur auf Antrag der Berechtigten zulässigen Abfindung auf Grund des § 95 des Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes (daselbst Nr. 3 unter b Ziffer 3), der Vorschrift des § 27 des Unfallversicherungsgesetzes für Land- und Forstwirtschaft (daselbst Nr. 3 unter a) und des § 4 Abs. 2 des Invalidenversicherungsgesetzes (daselbst Nr. 3 unter c Ziffer 2). Mit Grund können auch vom Standpunkte der internationalen Gerechtigkeit aus wohl keine Einwendungen gegen eine unterschiedliche Behandlung der In- und Ausländer in Ansehung der Mitwirkung der Beteiligten an Rechtsprechung und Verwaltung auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung (zu vergleichen oben Abschnitt I Nr. 4) geltend gemacht werden.

3. Endlich ist zu fordern, daß bei denjenigen Betrieben (Unternehmungen), welche von dem Gebiete des einen Staates in das des anderen übergreifen, eine zweckmäßige internationale Regelung der Arbeiterversicherung durch Staatsabkommen erfolgt, und zwar möglichst frühzeitig, womöglich schon vor Inkrafttreten der fremden neuen Gesetze. Hiernach werden viele Schwierigkeiten, namentlich die höchst unerfreuliche Doppelbelastung der Unternehmer — wenn diese auch nur eine kurze Zeit bestehen sollte — vermieden.

Digitized by Google

Die Fülle der Probleme, welche sich nach den vorstehenden Erörterungen für eine internationale Behandlung der Arbeiterversicherung bieten, reden in deutlicher Sprache, wie wichtig es für einen jeden Staat ist, von den Einrichtungen der sozialen Versicherung, wie sie in den verschiedenen anderen Staaten bereits bestehen, eingehende Kenntnis zu besitzen. Diese Kenntnis ist die erste Vorbedingung für Ausbau einer den internationalen Ansprüchen gerecht werdenden nationalen Gesetzgebung. Zur Vermittlung dieser Kenntnisse dienen vornehmlich die von Vertretern fast aller zivilisierten Staaten besuchten internationalen Kongresse für Arbeiterversicherung. Insbesondere versäumt auch das Deutsche Reich keine sich bietende Gelegenheit, die Einrichtungen und Wirkungen der deutschen Arbeiterversicherung in Wort und Bild (das heißt durch statistische und sonstige graphische Tafeln usw.) den auswärtigen Staaten vorzuführen und dadurch auf eine gleichmäßige Gestaltung und Vervollkommnung des Arbeiterversicherungswesens in den verschiedenen Staaten im Interesse des allgemeinen Kulturfortschritts hinzuwirken.

Literatur.

1. Verhandlungsbericht der 3. Generalversammlung des Komitees der Internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz zu Basel vom 25.—28. September 1904. Jena 1905. Seite 69 ff.
2. Corsi, M. A. u. Invrea, M. F. Projet de convention internationale pour l'application des lois nationales aux ouvriers étrangers en cas d'accidents sur le travail. Turin 1904.
3. Feigenwinter E. Die Behandlung der Ausländer im Haftpflicht- und Versicherungsrecht. Basel 1904.
4. Fokker E. Die Bestimmungen der niederländischen Gesetzgebung über die obligatorische Unfallversicherung betreffend Personen, die ausserhalb des Landes arbeiten, in dem sie selbst und ihre Angehörigen wohnen. Bericht für die

Digitized by Google

3. Delegiertenversammlung der Internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz in Basel 1904.

5. Manfredi, Vittorio. La condizione dello straniero nelle leggi sulle assicurazioni contro gl'infortuni e sulla responsabilità professionale. Roma 1905.

6. Lass L. Die Stellung der Ausländer in der deutschen Arbeiterversicherung. Soziale Praxis. XIII. Jahrg. (1904), S. 1121 ff.; Bericht für die 3. Generalversammlung der Internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz in Basel 1904.

7. Rosin. Das Recht der Arbeiterversicherung. Bd. I. S. 129 ff. Bd. II. S. 90 ff. Berlin 1893 und 1905.

8. v. Grießenbeck. In- und Ausland nach Unfallrecht, in der „Unfallversicherungs-Praxis“ 1905. S. 121 ff., 130 ff.

9. Manes A. Die internationale Bedeutung der Versicherung und der Versicherungs-Wissenschaft, in Masius Rundschau, N. F. XVII, S. 12 ff.

10. Fontaine Arthur. Exposé des französisch-italienischen Arbeits- und sozialen Fürsorgevertrags, in dem oben unter 1. bezeichneten Verhandlungsberichte. S. 34 ff.

11. Zahn Fr. Abhandlungen in den Blättern für administrative Praxis 1895. S. 257 und Arbeiter-Versorgung XII. S. 509 ff.

12. Zacher. Die Arbeiter-Versicherung im Auslande. Berlin—Grunewald 1898—1905.

Digitized by Google

Digitized by Google

INTERNAT. ARBEITERVERSICHERUNGS-KONGRESS
7. Tagung. — Wien. — 17. bis 23. September 1905.

DIE ARBEITERVERSICHERUNG
UND
DAS RECHTSBEWUSSTSEIN

VON
KARL KÖGLER,
REGIERUNGSRAT UND DIREKTOR DER ARBEITER-UNFALLVERSICHERUNGS ANSTALT FÜR NIEDERÖSTERREICH IN WIEN.

Jedem mit der Durchführung der Arbeiterversicherung Vertrauten ist die Tatsache bekannt, daß es manchmal versucht wird, von den Arbeiterversicherungsinstituten unter Anwendung unerlaubter Mittel Entschädigungen zu erschleichen, ebenso wie auch anderseits ab und zu der Fall sich ereignet, daß ein aus einer Versicherungskasse Unterstützung genießender Arbeiter spontan erklärt, er sei zufolge der Wiederkehr seiner Arbeitsfähigkeit zum Weiterbezuge der Entschädigung nicht mehr berechtigt. Beide Erscheinungen wird es stets geben, so lange Unterstützungen zu zahlen sind, gleichgültig, ob sie auf Grund öffentlich- oder privatrechtlicher Einrichtungen gewährt werden Auch können sich die Arbeiterversicherungsinstitute gegen mißbräuchliche Ausnützung durch zweckmäßige Kontrollmaßregeln insoweit schützen, als die hierdurch verursachte Verteuerung der Verwaltung nicht die Abstandnahme gebietet. Es sollen jedoch die einzelnen Formen der Simulation nicht den Gegenstand der folgenden Ausführungen bilden, vielmehr soll die Aufmerksamkeit auf einige gesetzliche Vorschriften gelenkt werden, welche zu mißbräuchlicher Ausnützung der öffentlich-rechtlichen Versicherungsinstitute führen und dadurch nicht nur diese schädigen, sondern auch das Rechtsbewußtsein der versicherungspflichtigen Bevölkerung erschüttern.

Jede Versicherungsleistung hat einen ökonomischen Schaden zur Voraussetzung; wo dieser fehlt, soll jene entfallen. Der

Digitized by Google

Schade ist bei der Arbeiterversicherung nicht so einfach wie z. B. in der Feuerversicherung festzustellen, bei welcher trotzdem der »glücklich Abgebrannte« eine gar nicht so seltene Erscheinung bildet, allerdings oft dank oder besser undank der Coulance der konkurrierenden Versicherungsgesellschaften. Bei der Arbeiterversicherung besteht die wirtschaftlich nachteilige Folge des versicherten Ereignisses in der Beeinträchtigung oder Aufhebung der Verdienstmöglichkeit. Diese wird aber nicht allein von dem Versicherungsereignisse (Krankheit, Unfallsinvalidität, Invalidität schlechtweg), sondern auch durch zahlreiche andere Ursachen (Arbeitsgelegenheit, Geschicklichkeit und nicht zum mindesten auch vom Arbeitswillen des Individuums) bedingt, so daß der gleiche Invaliditätsgrad von verschiedenen wirtschaftlichen Konsequenzen begleitet sein kann. Die Entschädigung sollte sich dieser Beeinträchtigung anbequemen, insoweit sie in dem versicherten Ereignisse begründet ist. Das wechselnde Ausmaß des Verdienstverlustes und die Unmöglichkeit, im Einzelfalle jenen Teil desselben zu ermitteln, der in dem versicherten Ereignisse seinen Grund hat, schließt die Anpassung fortlaufend zu gewährender Unterstützungen an die jeweiligen individuellen Verdienstverhältnisse aus.

Diese Schwierigkeit tritt bei der Unfallversicherung voll in die Erscheinung, da diese im Gegensatze zur Invalidenversicherung nicht nur für Vollinvalidität und die höchsten Grade der Teilinvalidität Entschädigung zu leisten hat, sondern für alle Grade der Erwerbsunfähigkeit bis zur kleinsten herab. Im allgemeinen wird die wirtschaftliche Schädigung des Unterstützungswerbers bei höherem Grade der Erwerbsunfähigkeit konstanter und eher zur Gänze in dieser begründet sein als bei geringerer Beeinträchtigung; es wird infolgedessen auch leichter möglich sein, die Entschädigung mit der wirtschaftlichen Beeinträchtigung in Übereinstimmung zu bringen.

Um einen Maßstab für den ökonomischen Nachteil des versicherten Ereignisses (des Unfalles) und demnach für die

Digitized by Google

Rentenausmittelung zu gewinnen, wird man Durchschnittswerte des wirtschaftlichen Verlustes als Folge der einzelnen Verletzungsarten ermitteln müssen. Steht eine genügend große Zahl gleich verletzter und beschäftigter Arbeiter, z. B. unqualifizierter Hilfsarbeiter für die während einer längeren Zeit fortgesetzte Beobachtung zur Verfügung, so wird es möglich sein, bei Anwendung der gebotenen Vorsicht Durchschnittswerte für die wirtschaftliche Benachteiligung zufolge der Verletzung zu finden. Deren Benützung im Einzelfalle wird nach dem bereits Gesagten bei schwereren Verletzungsfolgen dem individuellen Grade an Erwerbsunfähigkeit im allgemeinen näher kommen als bei geringeren Verletzungsfolgen, wo in- und außerhalb des Individuums gelegene Gründe häufige Abweichungen von dem Durchschnitte bedingen werden. Mit der Verminderung der Erwerbsunfähigkeit wird aber auch die Zahl derjenigen Fälle zunehmen, in welchen eine Herabdrückung des Arbeitseinkommens zufolge des Unfalles gar nicht oder in geringerem Maße erfolgt, so daß bei Zubilligung einer Entschädigung nach dem Durchschnittssatze, welcher der Verletzungsfolge entspricht, eine Prämie für den Unfall bezahlt wird. Die gesetzliche Vorschrift, der zufolge Renten bis zum kleinsten Grade an Erwerbsunfähigkeit zuzubilligen sind, führt dann in zahlreichen Fällen, in welchen auf Grund des medizinischen Befundes allein oder im Zusammenhalte desselben mit Beobachtungen über die wirtschaftlichen Nachteile der gleichen Verletzungsfolge Entschädigungen zugesprochen werden, zu der unbefriedigenden Tatsache, daß Verletzte, welche einen Lohn verdienen, der gleich oder höher ist, als der Lohn vor dem Unfalle, nun noch eine Entschädigung beziehen, was gegen das Rechtsgefühl verstößt.

Die geringfügigen, in Monatsraten von wenigen Kronen auszuzahlenden Entschädigungen fallen für den Arbeiterhaushalt oft nicht in Betracht; die kleinen Unterstützungsbeträge geben zu Bespöttelungen und dann auch zu unrationeller, nicht

Digitized by Google

selten der Gesundheit direkt abträglicher Verwendung Anlaß. Der Durchschnittsarbeitsverdienst unqualifizierter Arbeiter beträgt in Niederösterreich mit Ausnahme von Wien etwa *K* 650 jährlich; die Rente von z. B. 5% beläuft sich demnach jährlich auf *K* 32·50, die Monatsrente sonach auf *K* 2·71; wenn auch bei wirtschaftlich gut veranlagten Arbeitern — im allgemeinen sind sie ja ökonomisch unerzogen — selbst dieser geringe Betrag eine nutzbringende Verwendung z. B. als Zubuße zum Mietzinse finden wird, so ist doch gewiß mit Recht anzunehmen, daß dieser Betrag oft unzweckmäßig verausgabt wird; dies wird insbesondere dann der Fall sein, wenn der Rentenbezugsberechtigte durch den Unfall eine Beeinträchtigung in ökonomischer Beziehung nicht erleidet und die Lebenshaltung also auch ohne Rente ungeschmälert bleibt. Kurz zusammengefaßt: Der unwesentlich Verletzte erhält oft eine Entschädigung ohne Verschlechterung seiner wirtschaftlichen Lage und verwendet die Unterstützung gerade wegen ihrer Geringfügigkeit häufig in unrationeller Weise. Erwägungen ähnlicher Art scheinen für die Regierung bestimmend gewesen zu sein, in dem von ihr veröffentlichten »Programm für die Reform und den Ausbau der Arbeiterversicherung« die Beseitigung der kleinen Renten (in der Form wiederkehrender Leistungen) vorzuschlagen; das »Programm« betrachtet als solche alle unter 12% des Jahresarbeitsverdienstes.

Der jährliche Durchschnittsverdienst unqualifizierter Arbeiter beträgt in Wien etwa *K* 800. Da demnach die Rente von 10% *K* 80 jährlich, sonach *K* 6·67 monatlich ausmacht, so können gewiß Zweifel darüber entstehen, ob diese Entschädigung für den Arbeiterhaushalt noch als »klein« bezeichnet werden darf. Zweifellos wird aber auch diese Entschädigung häufig trotz des ungeschmälerten Arbeitsverdienstes bezahlt werden, eine Tatsache, welche auch bei besser entlohnten qualifizierten Arbeitern und der bei gleichem Prozentsatze noch höheren Rente zutrifft.

Digitized by Google

Noch ein Umstand ist zu beachten. Es ist gewiß für den Arbeiter unverständlich und muß sein Rechtsgefühl verletzen, daß er, wenn er aus anderen Ursachen als durch einen Betriebsunfall in seiner Erwerbsfähigkeit in gleichem Ausmaße beeinträchtigt ist wie sein Arbeitsgenosse, der einen Unfall im Betriebe erlitten hat, im Gegensatze zu dem Verunfallten einer Entschädigung nicht teilhaftig wird; auch aus diesem Gesichtspunkte ist es berechtigt, wenn die Unfallsentschädigung insbesonders bei geringer Beeinträchtigung der Erwerbsfähigkeit entfällt.

Das »Programm« hat die »kleinen Renten« nicht einfach beseitigt, sondern in Anpassung an die bisher gesetzlich bestehenden Rechte an Stelle der Renten unter 12% des Arbeitsverdienstes für nach dem Inkrafttreten des neuen Gesetzes vorkommende Unfälle Abfertigungen in Aussicht genommen.

Die mangelhafte wirtschaftliche Erziehung der meisten Arbeiter läßt bei Auszahlung der Abfertigungsbeträge an die Verletzten die Befürchtung gerechtfertigt erscheinen, daß diese Beträge, welche in Summe eine beträchtliche Belastung der Versicherungsanstalten verursachen, oft unrationell verwendet werden, ja nicht selten durch die Art ihrer Verwendung den Verletzten moralisch und physisch geradezu schädigen; arbeitet er dann obendrein unter den früheren Lohnbedingungen, so wird durch ein solches Beispiel das Rechtsbewußtsein der Mitarbeiter schwer verletzt. Es läge demnach im Interesse der Verunglückten, des Ansehens der Arbeiterversicherung und der Vermeidung ärgerniserregender Vorfälle, wenn diese Beträge zwangsweise Verwendung zur Aufbesserung oder Begründung von Invalidenrenten-Ansprüchen, eventuell nach Wahl des Verletzten bei Bestand einer Hinterbliebenen-Rentenversorgung (siehe das Folgende) zur Begründung oder Erhöhung dieser Ansprüche finden und demnach an den Verletzten nicht ausgefolgt würden.

Digitized by Google

Die Unfallsinvaliden bleiben gegenüber den sonstigen Invaliden auch dann bevorzugt, wenn die Invalidenversicherung eingeführt sein wird. Die Unfalls-Vollrente ist mit Ausnahme der niedrigsten Lohnklasse nach dem »Programm« stets höher als die Invalidenrente, und zwar wächst die Differenz mit der Lohnklasse; die Unfallversicherung kennt die Teilrente, welche es in der Invalidenversicherung nicht gibt (vgl. oben); die Hinterbliebenenversorgung nach einem tötlich Verunfallten besteht in wiederkehrenden Rentenunterstützungen, diejenige nach aus sonstigen Ursachen Gestorbenen, also der weitaus größeren Zahl von Versicherten, soll nur Abfertigungen umfassen. Dem Rechtsbewußtsein hätte es besser entsprochen, wenn bei Schaffung der Arbeiterversicherung nicht von der Unfallversicherung ausgegangen, sondern nebst der Krankenversicherung eine Invalidenversicherung eingeführt worden wäre, welche im Unfalle unter Entfall der ebenfalls dem Rechtsbewußtsein widersprechenden Beschränkung auf bestimmte Betriebsarten und den »Betriebsunfall« nach Abschluß der Krankenunterstützung und auch schon vor Ablauf der für die Invalidenversicherung festgesetzten Wartezeit Entschädigung geleistet hätte. Diese Entschädigung wäre bei Eintritt der schwereren Grade der Erwerbsunfähigkeit unter Zugrundelegung der Invalidenrente nach der Unterstützungsdauer von z. B. mindestens 1200 Beitragswochen zu bemessen gewesen, wobei die bereits zurückgelegten Beitragswochen einzurechnen gewesen wären; bei einer 1200 Wochen übersteigenden Zahl von Beitragswochen wäre natürlich die wirkliche Wochenzahl anzurechnen gewesen. Als zur Entschädigung berechtigt konnten alle jene angesehen werden, welche nicht über ein Drittel desjenigen zu verdienen vermochten, was sie vorher verdient hatten (vgl. die Definition des Invalidenbegriffes im deutschen Invalidenversicherungsgesetze vom 13. Juli 1899, § 5, und im österreichischen »Programm«, § 84, die im folgenden noch zu einer Erörterung Anlaß geben wird).

Digitized by Google

Die Hinterbliebenenversorgung konnte unabhängig davon, ob der Tod des Familienvaters Unfallsfolge war oder nicht, in ähnlicher Art erfolgen, wie sie in dem schwedischen Gesetzentwurfe vom 30. März 1893 vorgeschlagen wurde. Hiernach sind die Ehefrauen von Arbeitern gegen Invalidität, ohne selbst Beiträge zu leisten, gleich den Arbeitern versichert; sie erhalten demnach Invalidenunterstützung ohne Rücksicht darauf, ob sie verwitwet sind oder nicht, wenn die Invalidität eintritt; der zitierte Entwurf nimmt hierbei an, daß die Frauen in der für alle weiblichen Arbeiter vorgesehenen niedrigsten Lohnklasse versichert sind und daß die Frau, beziehungsweise Witwe nur dann zu unterstützen ist, wenn sie arbeitsunfähig wurde. Auf die Hinterbliebenenversicherung eingeschränkt, wäre die Witwe nur dann, und zwar mit der Invalidenrente zu unterstützen, wenn sie im obigen Sinne erwerbsunfähig ist; hierbei hätten die für die Ausmittlung der Invalidenpension sonst geltenden Vorschriften Anwendung zu finden und wären die Beitragswochen des Mannes auch hier anzurechnen; insolange die Witwe wiederverheiratet ist, hätte die Rentenunterstützung zu ruhen. Den hinterbliebenen Kindern könnten geringe Jahresunterstützungen bis zum vollendeten 15. Lebensjahre zugebilligt werden (nach dem bezogenen Entwurfe 30 schwedische Kronen jährlich). Die Kosten der Hinterbliebenenversorgung hätten in Schweden etwa ein Fünftel derjenigen der Kosten der Invalidenversicherung der Männer erfordert, wenn die Höchstpension der Männer je nach der Lohnklasse 320 und 185 schwedische Kronen, die der Frauen 104 schwedische Kronen jährlich beträgt.

Die Gewährung von kleinen Abfertigungen an die Hinterbliebenen, wie sie das »Programm« neben den Beerdigungsbeiträgen, welche die Krankenkassen, beziehungsweise an deren Stelle die Unfallversicherungsanstalten zu leisten gehalten sind, vorsieht*), wird bei der mangelnden wirtschaftlichen Erziehung

*) Die Abfertigung soll für die Witwe und jede Doppelwaise dem Grundbetrage der Invalidenrente (*K* 120—270), für jede Waise dem halben

Digitized by Google

des Volkes und um so mehr der Frauen nur zu oft zu unrationeller Verwendung des Betrages führen und wirklichen Segen vermissen lassen.

Die Unfallversicherung besteht, ihre Abschaffung darf als ein Rückschritt nicht empfohlen werden und kann ernstlich nicht in Frage kommen. Es ist aber nach dem Gesagten zweifellos nicht nur berechtigt, sondern geboten, ihre Leistungen tunlichst auf jene Fälle zu beschränken, in welchen ein die Lebenshaltung des Arbeiters beeinträchtigender ökonomischer Schaden zufolge des Unfalles besteht.

Die Invaliditätsentschädigung ist nach §§ 5 und 15 des deutschen Invalidenversicherungsgesetzes vom 13. Juli 1899 dann zu gewähren, wenn der Rentenanwärter nicht mehr im Stande ist, durch eine seinen Kräften und Fähigkeiten entsprechende Tätigkeit, die ihm unter billiger Berücksichtigung seiner Ausbildung und seines bisherigen Berufes zugemutet werden kann, ein Drittel desjenigen zu erwerben, was geistig und körperlich gesunde Personen derselben Art mit ähnlicher Ausbildung in derselben Gegend durch Arbeit zu verdienen pflegen. Diese auch in das österreichische »Programm« übernommene Definition des Invaliditätsbegriffes hat durch Aufnahme der durchschossen gedruckten Stellen bei der Rentenbewilligung eine wesentliche Annäherung von der Arbeitsinvalidität an die Berufsinvalidität bewirkt. Erwiesenermaßen wurde diese Gesetzesvorschrift bei den deutschen Invalidenversicherungsanstalten, wenn auch entgegen den Intentionen des Gesetzgebers vielfach in dem Sinne der Berufsinvalidität angewendet, wodurch nicht nur eine ganz bedeutende Mehrbelastung der Versicherungsanstalten verursacht wurde, sondern auch in zahlreichen Fällen Rentenbezüge zugebilligt wurden, in welchen ein wirtschaftlicher

---

Grundbetrage gleich sein; im ganzen darf an die Hinterbliebenen nicht mehr als der dreifache Grundbetrag bezahlt werden.

Digitized by Google

Schaden nicht entstand oder entstehen mußte, indem der Rentenanwärter andere Arbeiten besorgte oder verrichten konnte, die ihm jedoch nach Ansicht der Zuspruchsstelle nicht zugemutet werden konnten.

Der Staatssekretär des Innern Dr. Graf von Posadowsky-Wehner sprach sich zu dem Gegenstande in der Sitzung des deutschen Reichstages vom 2. März 1905 laut dem stenographischen Protokoll wie folgt aus: »Bei diesen Untersuchungen (Revisionen der Invalidenversicherungsanstalten durch Kommissäre des Reichsamts des Innern) hat sich ergeben . . ., daß häufig bei Behandlung der Rentenanträge nicht scharf genug unterschieden wurde zwischen Berufsinvalidität und reichsgesetzlicher Invalidität, die keinesfalls vollkommen zusammenfallen.« Zufolge dieser Revisionen zeigte sich in der Zahl der Rentenzubilligungen ein nennenswerter Rückgang, indem 152.871 Rentenzuerkennungen im Jahre 1903 im folgenden Jahre nur 140.112 gegenüberstanden.

Die Vorschrift, daß Invalidität dann anzunehmen ist, wenn der Rentenanwärter das Lohndrittel durch eine »seinen Kräften und Fähigkeiten entsprechende Tätigkeit« nicht mehr verdienen kann, schützt den hochqualifizierten oder geistigen und ebenso den schwächlichen Arbeiter genügend vor der Rentenabweisung mit der Begründung, daß er noch irgendwelche schwere oder seiner bisherigen Wirksamkeit vollkommen unentsprechende Arbeiten verrichten könne. Die Einschränkung der Erwerbsgelegenheiten, deren Benützung dem Rentenanwärter nach der zitierten neuen Begriffsbestimmung für die Invalidität noch zugemutet werden kann und der weite Spielraum, welcher hierbei dem Ermessen der Zuspruchsstelle eingeräumt wird, bildet eine Gefahr im Sinne des widerrechtlichen Rentenbezuges und der Überlastung der Invalidenversicherung; die Zuerkennung unberechtigter Renten verletzt aber auch hier das Rechtsbewußtsein der Arbeiter und demoralisiert sie dadurch.

Digitized by Google

Das »Programm« will durch die Einführung der Lohnklassen als Grundlage für die Beitragsbemessung und Entschädigungsleistung in der Unfallversicherung einen wesentlichen Mangel der bestehenden Gesetzgebung beseitigen, der oft zu Verletzungen des Rechtsbewußtseins führt. Die Erfahrung hat gelehrt, daß vom Unternehmer und Verletzten nicht selten getrachtet wird, den Arbeitsverdienst im Unfalle möglichst hoch anzugeben, wogegen bei der Beitragsberechnung das gegenteilige Verhalten des Erstgenannten beobachtet werden kann; es wird dabei die dem Grundprinzipe jeder Versicherung widersprechende Tendenz verfolgt, die einbezahlten Beiträge wieder »herauszubekommen« und eine möglichst hohe Entschädigung zu erwirken. Bei der Unsicherheit und Unzulänglichkeit der jetzigen Grundlagen für die Beitragsbemessung und dem Mangel der Individualversicherung ist es leicht, den Arbeitsverdienst des Verunfallten höher zu stellen, als er bei der Beitragsermittlung in Rechnung gezogen wird. Ein Vergleich, welcher betriebsgruppenweise bei der Arbeiter-Unfallversicherungsanstalt für das Königreich Böhmen in Prag aufgestellt wurde, hat diese Tatsache ziffermäßig erwiesen. Die durch das Programm vorgeschlagene Neuregelung der Festsetzung des Arbeitsverdienstes Verletzter (Lohnklassen und Individualversicherung) wird diese Unzukömmlichkeit abstellen und dadurch einen Anlaß zur Demoralisation beseitigen.

Unberechtigter Genuß von Entschädigungen verteuert die Versicherung und erhöht die Lasten für diejenigen, welche den Vorteil, den der Versicherte widerrechtlich genossen hat, bezahlen müssen. Die Versicherungsausgaben beeinflussen die Produktionskosten; je höher sie sind und je weitere Kreise der Bevölkerung in die Arbeiterversicherung einbezogen werden, um so teurer wird die Lebenshaltung; die Bevölkerung ist also auch, abgesehen von den Gefahren für die Volksmoral, welche in der Gewährung unberechtigter Entschädigungen nach dem Vorhergehenden liegen, aus dem Gesichtspunkte

Digitized by Google

der Verteuerung der Lebenshaltung an der Beseitigung dieser Schäden interessiert.

Jede Erhöhung der Lasten der Arbeiterversicherung bildet ein Hemmnis für den Ausbau derselben und die Aufbesserung ihrer berechtigten Leistungen; die Arbeiter sind demnach auch von diesem Standpunkte aus an der Schaffung von gesetzlichen Bestimmungen interessiert, welche unberechtigte Entschädigungszahlungen verhindern. —

Die Unfallversicherung wurde von mancher Seite als Hemmnis der Unfallverhütung bezeichnet, weil die Sicherung gegen die wirtschaftlich nachteiligen Folgen des Unfalles das Interesse an der Verhütung beschränke. Es widerspricht der menschlichen Natur, einen Unfall nicht mehr mit aller Sorgsamkeit zu vermeiden, weil anläßlich seiner oft unberechenbaren Folgen eine Unterstützung gezahlt wird; das wirksamste Mittel der Unfallverhütung ist die Furcht vor dem Schmerz und an dieser wird durch den Bestand der Unfallversicherung nichts geändert. Durch eine rationelle Verbindung zwischen der Unfallverhütung und der Belastung des Unternehmers aus der Unfallversicherung wird erstere direkt gefördert. Das »Programm« hat denn auch die Zulässigkeit von Zuschlägen zu dem Unfallversicherungsbeitrage bei einer bestehenden Vorschriften nicht entsprechenden Unfallverhütung vorgesehen; hierbei wird es sich empfehlen, die Unfallverhütung in dem erweiterten Sinne aufzufassen, daß unter dieselbe nicht nur die Raum- und Lichtverhältnisse und die Schutzvorkehrungen an den Motoren, Arbeitsmaschinen und sonstigen Arbeitsbehelfen, sondern auch jene Maßregeln fallen, die der Verwendung geschulter Arbeiter, der Fernhaltung jugendlicher Personen von gefährlichen Arbeitsverrichtungen, der Unterlassung der Überhastung bei der Arbeit u. dgl. gewidmet sind.

Das »Programm« erklärt die Verwendung der Versicherungsbeiträge unter anderem zur Förderung der Unfallverhütung für zulässig. Dies ist eine begrüßenswerte Neuerung;

Digitized by Google

auf diesem Gebiete ist in Österreich noch Vieles zu schaffen nötig, das Interesse weiter Kreise der Arbeitgeber wie auch der Arbeitnehmer muß hierfür erst wachgerufen werden und hierzu bedarf es der Anregung, der Schaffung einer Zentralstelle, an welcher die erforderliche Auskunft in allen einschlägigen Fragen an den Belehrung Heischenden erteilt wird und wo er die Schutzvorkehrungen an im Betriebe befindlichen Maschinen studieren kann. Wird diese Zentralstelle als permanente Ausstellung aller neuen ausstellungswürdigen Schutzvorkehrungen, also ähnlich der ständigen Ausstellung für Arbeiterwohlfahrt in Berlin-Charlottenburg eingerichtet, so wird sie allen Interessenten stets eine Fülle von Anregung bieten.

Eine lebhafte Betätigung ist auf diesem Gebiete auch deshalb nötig, weil die arbeitende Bevölkerung das Recht hat, vor Unfällen bewahrt zu werden, soweit es die moderne Technik irgend ermöglicht. Gleichgültigkeit in dieser Beziehung muß das Bewußtsein des Rechtes auf Schutz bei der Arbeit schwer verletzen; dieses Recht hat aber auch die Pflicht des Arbeiters zur Folge, das Seinige zur Verhütung der Unfälle zu tun, soweit es die Arbeitsverhältnisse zulassen. Durch das Zusammenwirken aller Beteiligten sind auf dem Gebiete der Unfallverhütung zweifellos schöne Ergebnisse zu erreichen.

Die Einführung der Invalidenversicherung wird die Krankheits- und Invaliditätsverhütung beleben, ein Gebiet, das noch größere Schwierigkeiten aufweist, als jenes der Unfallverhütung, da der Erfolg dieser Art der Verhütung von dem Verhalten des Arbeiters auch außerhalb der Betriebsstätte in hohem Maße abhängt. Hier muß der unermüdlichen Aufklärung des Volkes der breiteste Raum werden; jahrelange unausgesetzte mühevolle Arbeit kann zur Gesundung der Bevölkerung führen und sie von der Wichtigkeit guten Wohnens und der Schädlichkeit ihres Feindes Alkohol überzeugen, welcher den Boden für die eigentlichen Volkskrankheiten be-

Digitized by Google

reitet. Die Verwendung der Mittel der Invalidenversicherungsanstalten zur Ermöglichung dieser Aufklärungsarbeit und der Verbesserung der Wohnungsverhältnisse wird in der Arbeiterbevölkerung ebenso begrüßt werden, wie die Verwendung von Beträgen für die Zwecke der Unfallverhütung.

Die Arbeiterversicherung erzetzt die Armenfürsorge, sie verleiht dort Rechte, wo bisher gewohnheitsgemäß in der Armenunterstützung Gnadengeschenke erblickt wurden. Der Ersatz der Gabe durch die rechtmäßige Entschädigung hebt das Selbstbewußtsein und dadurch die Selbstachtung des Individuums. Die Schaffung der Arbeiterversicherung war demnach eine Tat von großer ethischer Bedeutung; sie soll in ihrem Werte für die Volkserziehung nicht beeinträchtigt werden durch Vorschriften, welche zur Ausnützung der Institution, zur Gewährung von Entschädigungen führen, die nicht in der ökonomischen Beeinträchtigung als Folge des versicherten Ereignisses begründet sind.

Digitized by Google

Digitized by Google

VEREINFACHUNG
DER
ARBEITERVERSICHERUNG

VON
DR. T. BÖDIKER
WIRKL. GEHEIMER OBER-REGIERUNGSRAT.

Der Rock, der einem Knaben paßte, paßt ihm als Mann nicht mehr. So geht es auch mit unserer Arbeiterversicherung. Nicht, als ob wir ihrer nicht mehr bedürften, bedarf doch auch der Mann des Rocks. Im Gegenteil: sie soll ausgebaut, erweitert werden. Aber daß wir zu lange mit einer durchgreifenden Änderung warteten, forderte die Kritiker heraus. Es treten „Warner" und „Mahner" auf, Rufer nach „Gegendampf", und sie finden hie und da einen gewissen Resonanzboden, weil die bestehende Form reformbedürftig ist.

Würde man in deutschen Landen eine Umfrage halten, ob im Falle von Krankheit wieder der Bettelsack in den Fabriken herumgehen, bei Unfällen Haftpflichtprozesse angestrengt, die Invaliden der Arbeit auf die nackte Armenpflege hingewiesen werden sollen, so würde kein Mensch das bejahen.

Die deutsche Arbeiterversicherung an sich wird nur mit dem Deutschen Reiche zu Grunde gehen, dessen Kraft und Stärke sie mehrt, weil sie die breitesten Schichten des Volkes kräftigt und hebt; aber reformbedürftig ist sie.

Wenn — mit Recht — geklagt wird, die Krankenversicherung arte oft geradezu zu einer Arbeitslosenversicherung aus; wenn der erste Schnee falle, so meldeten sich zahlreiche Bau- und andere Außenarbeiter krank; [1]) oder, alte Leiden würden

[1]) Übrigens hat Dr. Mugdan diese Klagen in der Reichstagsitzung vom 3. März 1905 bereits auf das rechte Maß zurückgeführt.

Digitized by Google

auf Unfälle zurückgeführt, leichte Unfälle übertrieben und Unfallsrenten auch nach wesentlicher Besserung krampfhaft festgehalten; oder, es finde eine Jagd nach Invalidenrenten statt, Berufsinvalidität werde für Reichsinvalidität ausgegeben, so hat das alles an sich mit dem Prinzip der betreffenden obligatorischen Arbeiterversicherung nichts zu tun. Aber es werden trotzdem daraus Waffen gegen das System geschmiedet, indem absichtlich oder unabsichtlich übersehen wird, daß eine bessere Handhabung der Gesetze, schärfere Kontrollen und fortgesetzte Belehrung der Arbeiter in allen diesen Punkten sehr viel bessern können. Und keineswegs trifft die Schuld hier allein die Selbstverwaltungsorgane, sondern nicht selten auch die staatlichen Behörden. Wenn z. B. zu Schiedsgerichtsvorsitzenden unerfahrene oder sonst ungeeignete Beamte ernannt werden, so wirkt das oftmals sehr ungünstig zurück, und wenn die Vorgesetzten die unteren Behörden auf diesem Gebiete ganz sich selbst überlassen, so können die Folgen keine guten sein. Dem krankhaften Drange nach Renten wird durch die Nachgiebigkeit der Behörden oft vielleicht nicht weniger Vorschub geleistet, als durch Gefälligkeitsatteste einzelner Ärzte. Alle ehrlichen Versicherten — und das ist doch die überwiegende Mehrheit — können nur wünschen, daß alles mit rechten Dingen zugehe, und daß die so segensreiche Institution nicht durch menschliche Schwäche oder gar Unredlichkeit diskreditiert werde; wer hätte übrigens nicht auch schon von der Ausbeutung der verschiedenen bürgerlichen Versicherungsarten gehört? So weit die Gesetzgebung in diesem Punkte durch noch bessere Ausgestaltung des Verfahrens und Einführung obligatorischer Kontrolle nachhelfen kann, wird es sicherlich an ihr nicht fehlen. Dies hat erst kürzlich der Staatssekretär des Innern, Graf von Posadowsky-Wehner in der Reichstagssitzung vom 2. März 1905 ausgesprochen.

In dieser Sitzung verbreitete er sich sodann auch über die Vereinfachung (Zusammenlegung) der Versicherungsgesetze.

Digitized by Google

Manche von den vorher angedeuteten Klagen und die Klagen über die Umständlichkeit der Gesamtgesetzgebung wären nicht laut oder nicht so laut geworden, wenn das Reformwerk früher in die Hand genommen wäre.

In Parenthese darf ich bemerken, daß ich von allem Anfang an für die Vereinigung der Rentenversicherung, also der Invaliditäts- und Altersversicherung und der Unfallversicherung zu einer Organisation gewesen bin, und daß ursprünglich auch auf Seite der Reichsregierung dieselbe Absicht bestanden hat, daß diese Vereinigung indessen bei dem ersten Invaliditäts- und Altersversicherungs-Gesetzentwurf auf Widerstand stieß. (Hierauf näher einzugehen, würde zu weit führen.)

Nachdem dann das Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz vom 22. Juni 1889 etwa fünf Jahre in Kraft gestanden hatte, versuchte ich abermals, auf Grund der bisher gemachten Erfahrungen in einer Denkschrift vom November 1895 jener Vereinigung, unter Beseitigung der Beitragsmarke, das Wort zu reden. In einer zahlreich besuchten Konferenz im Reichsamt des Innern beraten, blieb sie schätzbares Material für das noch jetzt geltende Invalidenversicherungsgesetz vom 13. Juli 1899.[1])

Dieses Gesetz beschritt leider den Weg der Einzelrevision. Die Begründung (Seite 163) lehnte einschneidende grundsätzliche Änderungen ab, erklärte sich insbesondere ausdrücklich gegen „die Reform der gesamten Arbeiterversicherung und deren Vereinfachung durch Zusammenlegung aller oder mehrerer Zweige der Versicherung". „Zur Zeit" könne diese Frage noch nicht befriedigend gelöst werden.

[1]) Für dieselbe Konferenz hatte Dr. R. Freund Grundsätze ausgearbeitet, die auf eine Verschmelzung der Krankenversicherung und der Invalidenversicherung unter den Landesversicherungsanstalten abzielten, eine Idee, die er auch später literarisch mehrfach verfocht. Andererseits haben sich von bekannten Schriftstellern etc. u. a. Dr. Zacher, Dr. Zeller, Dr. Rosin, v. Landmann, Seybold, Düttmann, v. Frankenberg, Fuld, Knobloch, Kulemann, R. Roesicke, E. Lange, mit der Frage beschäftigt, Beweis genug, wie akut sie ist.

Digitized by Google

Als ob mit der Zeit nicht immer mehr Interessen sich an die Aufrechterhaltung der bestehenden Organisationen klammerten, und die Schwierigkeiten eher wüchsen als abnähmen! — Indessen auch bei der Beratung im Reichstag vertrat, wie natürlich, der Staatssekretär des Innern noch jenen Standpunkt der Gesetzesmotive. (Stenographische Berichte 1899, S. 811, 877). Wenn er damals meinte, mit den „Rentenstellen" werde ein Anfang zur Dezentralisation und zur Vorbereitung der Verschmelzung gemacht werden, so werden die seitdem errichteten zwei Rentenstellen sicherlich nicht die vor sechs und acht Jahren behaupteten Schwierigkeiten veringert haben. Was sonst aber hat sie seitdem vermindert?

So verging ein Jahr ums andere unter der Herrschaft der 1899er Gesetzgebung, bis der Reichstag am 30. April 1903 (Stenographischer Bericht, S. 9201) auf Antrag des Abgeordneten Trimborn die Resolution annahm:

„Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, in Er„wägungen darüber einzutreten, ob nicht die drei Ver„sicherungsarten Kranken-, Invaliden- und Unfallversicher„ung, zum Zwecke der Vereinfachung und Verbilligung „der Arbeiterversicherungen in eine organische Verbindung „zu bringen und die bisherigen Arbeiterversicherungs„gesetze in einem einzigen Gesetz zu vereinigen seien." [1])

Seitdem wird das in dieser Resolution enthaltene Verlangen von den verschiedensten Seiten im Reichstage immer wieder laut, und zuletzt hat in den Sitzungen vom 28. Februar, 1., 2., 3., 9. und 10. März 1905 dieses Kapitel bei den verschiedensten Rednern eine wohlverdiente Würdigung gefunden. Hier war es nun der Staatssekretär des Innern selbst, der am energischesten für die Reform eintrat. Von den sechs Jahre früher geäußerten Bedenken war keine Rede mehr.

[1]) Zwei Monate vorher hatte sich im ähnlichen Sinne der Staatssekretär des Innern gelegentlich der Beratung der Krankenversicherungsnovelle im Reichstag und einen Monat vorher der zweite allgemeine Kongreß der Krankenkassen Deutschlands ausgesprochen.

Digitized by Google

Es darf also erwartet werden, daß das Riesenwerk nunmehr energisch in Angriff genommen werden wird; ein Riesenwerk wenn man bedenkt, daß es sich bei der Krankenversicherung um rund 23.000 Organisationen (Gemeindekrankenversicherungen, Orts-, Betriebs- [Fabrik-], Bau-, Innungskrankenkassen, eingeschriebene Hülfs-, landesrechtliche Hülfs- und Knappschaftskassen), bei der Unfallversicherung um 114 gewerbliche und land- und forstwirtschaftliche Berufsgenossenschaften mit 932 Sektionen und 25.687 Vertrauensmännern, daneben 14 Versicherungsanstalten und 487 staatliche, Provinzial- und kommunale Ausführungsbehörden, und bei der Invalidenversicherung um 31 Versicherungsanstalten und 9 zugelassene Kasseneinrichtungen handelt.

Noch bevor die zuletzt erwähnten Reichstagsdebatten stattfanden, hatte das Organisationskomitee unseres Kongresses die Frage der Vereinfachung der Arbeiterversicherung auf das Kongreßprogramm gesetzt. Österreich ist mit einem im Dezember 1904 veröffentlichten, die drei Versicherungsarten, darunter die erst neu einzuführende Invaliditäts- und Altersversicherung umfassenden Gesetzentwurfe auf dem Plan erschienen; Luxemburg beabsichtigt ebenfalls eine Invaliditäts- und Altersversicherung in vereinfachter Form (ohne Beitragsmarken). Ich habe deshalb dem Wunsche des Organisationskomitees entsprechen zu sollen geglaubt, der dahin ging, ich möchte meine Vereinfachungsvorschläge von 1895 dem Kongreß als Material zugänglich machen. Ich gebe sie in der Anlage unverändert wieder und bitte, schon aus ihrer Überschrift zu ersehen, was angestrebt wurde. „Wenn doch damals Ihre Vorchläge angenommen worden wären!“ sagte mir dieser Tage in Veranlassung der vorhin erwähnten Reichstagsdebatte ein sozialpolitisch hervorragender Berliner Großindustrieller.

Manches von dem was jene Vorschläge enthalten, ist durch die 1899er Gesetzgebung ganz oder teilweise berücksichtigt, anderes, insbesondere die Beiseitigung des

Digitized by Google

Markensystems, abgelehnt worden. Dies System wird nunmehr, nachdem inzwischen weitere zehn Jahre ins Land gegangen sind, in Deutschland kaum mehr beseitigt werden. Indessen, wir sind ein „internationaler“ Kongreß, und für die nichtdeutschen Länder können meine damaligen Ausführungen und die folgenden Bemerkungen immer noch von Nutzen sein.

Was insbesondere dieses Markensystem anlangt, so hat die Begründung des 1899er Gesetzes dasselbe eingehend zu verteidigen, meine Einwendungen zu widerlegen gesucht. Ich bin der letzte, der seine vielfachen Vorzüge nicht anerkännte und die Schwächen meiner Gegenvorschläge übersähe. Daß es an sich auch ohne Marke geht, gestehen auch seine Anhänger zu, und beweisen die Gesetzentwürfe Luxemburgs und Österreichs; daß es in Deutschland nicht wohl ohne Marken geht, so lange an der Abrechnung unter den verschiedenen Landesversicherungsanstalten festgehalten wird, ist klar. Aber diese Abrechnung wollte ich ganz beseitigen, die ganze Last zu einer einheitlichen für alle Anstalten machen, was von Anfang an hätte geschehen sollen (das 1899er Gesetz ging den Mittelweg der Teilung in eine Gemein- und eine Sonderlast); aber ich glaube nicht, daß ein Land außer Deutschland eine derartige umständliche Lastenabrechnung vornehmen und aus diesem Grunde das Markensystem einführen möchte.

Daß und warum ich die einheitliche allgemeine Last wollte, enthalten meine Vorschläge. Freilich, den reicheren Anstalten konnte das ja nicht angenehm sein.

Auch heute noch beruht auf den geklebten Marken nicht nur die Rentenhöhe, sondern unter Umständen auch das Rentenrecht. Durch Nichtleistung von wenigstens 20 Beiträgen während 2 Jahre geht die Anwartschaft verloren. Das ist zu hart, nicht sozialpolitisch. Wenn Finanzrat Hassel, Vorsitzender einer der kleinen Landesversicherungsanstalten (Braunschweig mit 1 Million Einwohnern) in seinem markenfreundlichen Referat mitteilt,

Digitized by Google

daß nur durch das Eingreifen der Versicherungsanstalt mancher Versicherte seinen Rentenanspruch rettete, so wird dieses Eingreifen doch nur in einer Minderzahl der geeigneten Fälle vorkommen, und es beweist, daß eben viele Versicherte ihrer Rechte verlustig gehen.

Auch heute noch beruht tatsächlich das Rentenrecht des Arbeiters vielfach in der Willkür des Arbeitgebers. Denn wenn neuerdings auch der Arbeiter selbst seine Marken einzukleben berechtigt ist, so kennt man doch die Sorglosigkeit der Arbeiter und ihr Bestreben, sich der Beitragsleistung zu entziehen.

Aber das verschlägt ja alles gar nichts gegenüber der dem Markensystem anhaftenden Demoralisierung.

In allen Dingen fragt es sich: was ist der oberste Grundsatz? Bei den sich gegenüberstehenden Möglichkeiten der Beitragserhebung hat keine einen solchen moralischen Defekt wie das System des Markenklebens. Es mag den Versicherungsanstalten recht bequem und darum erklärlich sein, daß man es verteidigt — für einen Ballen Marken erhält man ein Packet Tausendmarkscheine — und was nicht geklebt wird, belastet die Anstalten nicht, geniert sie auch nicht; indessen ist die Versicherung doch nicht für die Anstalten, sondern für die Arbeiter da; auch sonst rühmt man die Einfachheit, obgleich das Einfachste noch längst nicht immer das Beste ist. Aber so viel Millionen Klebepflichtige und Klebeveranlassungen (Lohnzahlungen), so viel Millionen Versuchungen zu Unterschlagung und Betrug; und keine Kontrolle der Welt bringt es zu Wege, daß nicht, so lange die menschliche Schwäche besteht, Zahlreiche der Versuchung erliegen. Freilich, die Begründung des 1899er Gesetzes wiegt sich in der Hoffnung, nach den neuen Bestimmungen über die Kontrolle werde das anders werden, es werde „die Klage beseitigt werden, daß Arbeitgeber und Arbeitnehmer in großem Umfange die Beibringung der Marken überhaupt unterlassen“. Diese neuen Bestimmungen sind seit vielen Jahren in Geltung, und trotz ihrer ist im

Digitized by Google

Februar 1905, kurz bevor ich diese Zeilen niederschrieb, im Bezirke einer westdeutschen, anerkannt gut verwalteten Versicherungsanstalt bei einem Betriebe eine Unterschlagung von Beitragsmarken im Betrage von mindestens 15.000 Mark entdeckt, die sich auf eine Reihe von Jahren erstreckt. Nur zufällig erfuhr ich davon, weil ich den Betrieb näher kenne. Wenn das am grünen Holze geschieht, was mag am dürren vorkommen? An die große Glocke pflegen solche Sachen nicht gehängt zu werden. Und nun erst die massenhaften Unterschlagungen kleiner Beträge, und die Entfernung geklebter Marken (trotz „verbesserten Klebestoffes") aus den Karten!

Gewiß, bei einer freiwilligen Versicherung, bei Pfennigsparkassen usw. ist die Marke ausgezeichnet. Hier ist jeder sein eigener Herr und klebt freiwillig so viel er will für sich selbst. Bei dem Invalidenversicherungs-Markensystem handelt es sich aber um eine Zwangsleistung, wobei ein dritter klebt und das fremde Geld in die Hände bekommt. Dort hat der Klebende das Interesse, das eigene Geld auszugeben, hier hat der Klebende die Versuchung zu bestehen, das fremde Geld nicht auszugeben, sondern für sich zu verwenden. Es ist unverständlich, wie man die beiden Fälle wegen der rein äußerlichen Klebeform als ähnlich oder verwandt bezeichnen kann und von dem einen auf den anderen zu dessen Gunsten schließen mag.

Zuzugeben ist, daß wenn noch abermals 15 Jahre das System in Deutschland herrschen wird, die Sache allmählig besser werden mag, man sich auch an die Unbequemlichkeiten mehr und mehr gewöhnt. Aber bis dahin haben sich Berge von Betrug und Unterschlagung infolge des Markensystems aufgehäuft, und die Frage steht so: was ist das geringere Übel, jenes System, oder das von mir vorgeschlagene, zweifellos mit einer Unmasse von Mängeln behaftete System der Beitragserhebung nach den Lohnlisten (eventuell Einschätzung), das aber im Punkte der Moral jedenfalls ungleich höher dasteht.

Digitized by Google

Eine Besserung versprechen sich manche Anhänger jenes Systems von der Einführung des sogenannten Einzugsverfahrens. Andere scheuen dessen Kosten, und wenn das vorerwähnte Referat des Finanzrats Hassel, eines Vertreters des Einzugsverfahrens, angibt, die Einzugsverfahrenskosten stiegen stellenweise bis zu 5 und 6% der Beiträge, die Kontrollkosten daneben bis zu 3 und 4%, so glaube ich, daß mit ungleich geringen Beträgen auch manche Blößen meines Systems zugedeckt werden könnten. Die Unterschlagungen aber gerade auch bei den Einzugsstellen sind ja notorisch. Nach eben jenem Referat kleben auch heute noch die Arbeitgeber bei unständigen Arbeitern aus den verschiedensten Gründen nicht, was ich aus eigener Erfahrung bestätigen kann, und wie sehr ich mit meinen Anklagen gegen die massenhafte Schädigung der Arbeiter durch Nichtverwendung von Marken seitens der Arbeitgeber Recht hatte, erhellt wiederum aus jenem Referat, das zur Illustrierung der guten Folgen der schärferen Kontrolle die Tatsache anführt, in Niederbayern sei die Einnahme an Beiträgen von 1900 bis 1904 um 25% gestiegen. Wie viel ist also vorher in Niederbayern — und anderswo — unterlassen, wie mancher Rentenanspruch verloren gegangen, wie manches Gewissen belastet worden?

Dieses wollte schon vor zehn Jahren das von mir aufgestellte System verhüten. Wenn andererseits der Marken-Entwertungszwang als ein wirksames Kontrollmittel vorgeschlagen wird, so ergibt sich allein aus dem Vorschlag dieses bisher von allen Instanzen in allen Stadien mit Recht verworfenen Mittels, in wie bedenklichem Maße noch immer Marken nicht geklebt, die Arbeiter geschädigt, die Gewissen belastet werden. Daß aber in nichtdeutschen Ländern der Marken-Entwertungszwang unbedenklicher sei, als in Deutschland, ist kaum anzunehmen.

Nur nebenbei möge die Bemerkung hier eingeflochten werden, daß in der Reichstagssitzung vom 3. März 1905 der konservative Abgeordnete Dr. Burckhardt bei Unterstützung

Digitized by Google

der Vereinheitlichungs- und Vereinfachungsidee den besonderen Wunsch aussprach, es möchten seitens der vereinigten Versicherungen die Beitragslisten den Steuerämtern zugestellt und von diesen die Beiträge gemeinsam mit den übrigen Steuern in einer neuen Rubrik „Versicherungsbeiträge" erhoben werden. Damit wäre dem Markensystem der Stab gebrochen, und der Boden des von mir verfochtenen Systems betreten.

Wenn die Begründung des 1899er Gesetzes diesem System in seiner weiteren Entwicklung nachsagt, es bedeute eine Rückkehr zur „Einheitsrente", also einen sozialpolitischen Rückschritt, so tut der Verfasser meinem System wirklich Unrecht. Eine „Grundrente" habe ich vorgeschlagen und Rentensteigerungen, die sich, nach der beigefügten Tafel selbst einem Laien verständlich, mit den gesetzlich geltenden in merkwürdiger Weise, obgleich ganz anders konstruiert, decken. (Siehe diese Tafel in der Anlage.)

Dies vorausgeschickt, halte ich auch heute noch die in der Anlage entwickelten Ansichten aufrecht, wenngleich ich nicht glaube, daß die Beitragsmarke und die Abrechnung unter den Landesversicherungsanstalten in Deutschland wieder beseitigt werden, so daß u. a. der im Kapitel „Organisatorisches" Absatz 1 vorgesehene „Staatsbeamte" keinen Existenzgrund haben würde.

Mit meinen Vorschlägen unter „A. Allgemeines" deckt sich durchaus die mehrfach geäußerte Idee eines „gemeinsamen Unterbaus" (Graf Posadowsky, Reichstagssitzung vom 2. März 1905), einer „Geschäfts-Sammelstelle" (Spahn, daselbst am 3. März). Nur müßte dieser lokale Unterbau nicht völlig von den unteren Verwaltungsbehörden losgelöst und ganz selbständig hingestellt werden (wie Graf Posadowsky zu wünschen scheint), sondern eine besondere Abteilung des Landratsamts, Oberbürgermeisteramts, Magistrats, bilden. Es brauchen nur all die Kräfte, mit denen man sonst die „selbständige" Stelle ausstatten würde, dem Landrat etc. überwiesen zu werden, dem

Digitized by Google

man für die ihm erwachsende Mehrarbeit außerdem eine Entschädigung zu gewähren hätte, um die neue Einrichtung gut funktionieren zu sehen. Lediglich oder wenigstens hauptsächlich aus Mangel an Arbeitskräften klagen die genannten Stellen über Belastung mit Arbeiterversicherungssachen, deren Erledigung deshalb nur zu oft übers Knie gebrochen wird. Sachlich aber gehören diese das Wohl und Wehe der Bevölkerung so nahe berührenden Dinge an das Landratsamt pp. Hier konzentriert sich ohnehin die Kenntnis der Lage der Bevölkerung, und der Landrat wiederum muß seinerseits auf alle Weise über sie orientiert werden. Er steht in fortwährendem Verkehr mit den Gemeindebehörden; die Polizeiorgane der verschiedensten Art (Gendarmen etc.) stehen ihm unter Umständen als Aufklärungsorgane zur Verfügung; er muß der Vater seines Kreises, namentlich der weniger Bemittelten sein und zur Hebung seines ganz unentbehrlichen Ansehens ist es notwendig, daß sich nicht neben ihm eine Stelle entwickelt, von der die Kreiseingesessenen mehr zu erwarten und zu hoffen haben, als von ihm. Diese kennen den Weg zum Landratsamt, haben so wie so öfters dort zu tun; ohne Not sollte man keine neue Behörde oder dergleichen für sie schaffen, wo ohnehin die Zahl der Verwaltungs-, Justiz-, Militär-, Kirchen- etc. Behörden schon groß und verwirrend genug ist.

Wenn Kreise wie die beiden Berliner Landkreise (Teltow und Nieder-Barnim) mit einer Viertel-Million und mehr Einwohnern tadellos verwaltet werden, so werden auch die anderen Landräte fertig werden, wenn ihnen als besondere Abteilung des Landratsamts eine „Versicherungsstelle“ mit einem tüchtigen Beamten an der Spitze zur Leitung überwiesen wird. Aus den Landräten gehen vielfach die höheren und höchsten Staatsbeamten hervor; sie können sich nicht früh genug und nicht eingehend genug mit den Arbeiterverhältnissen und Arbeiterfragen beschäftigen, die fortan für alle Zeit im Vordergrunde des öffentlichen Interesses stehen werden. — Die Versicherungs-

Digitized by Google

stellen werden sich, wie überhaupt das Landratsamt der lokalen Gemeinde- und Gutsbehörden als Unterstellen bedienen müssen, an die sich die Beteiligten zunächst ebenfalls in allen Versicherungsangelegenheiten wenden können, was ja auch jetzt schon zu geschehen pflegt.

Schon die Versicherungsstellen werden nicht rein bureaukratisch zu organisieren, und das Prinzip der Selbstverwaltung auch im weiteren Aufbau aufrecht zu erhalten sein. Insbesondere ist die Mitwirkung der Arbeiter als der Hauptbeteiligten ebenso unentbehrlich wie die der Arbeitgeber.

In meinen „Vorschlägen" bin ich für die Beibehaltung der gewerblichen Berufsgenossenschaften innerhalb des Rahmens der Reform eingetreten. Von der Beseitigung dieser eigensten Schöpfung des Fürsten Bismarck wäre dringend abzuraten.

Die in den „Vorschlägen" vertretene Entlastung des Reichs-Versicherungsamts hat sich je länger je mehr als unabweislich notwendig erwiesen. Seine Ausbildung zur reinen Revisionsinstanz, wie dort vorgeschlagen, und die Schaffung von Landes-Verwaltungsgerichten (Ober-Schiedsgerichten) als Rekursinstanzen für Unfallrenten-, Kataster-, Straf-, Beitrags-, Gefahrentarifs- etc. Sachen würde die nötige Abhilfe bringen. (In der Linie der „Vorschläge", C 7, läge die Bestellung des Reichs-Versicherungsamts als „Revisions"-Instanz auch in Krankenversicherungssachen, und zwar im Interesse einer einheitlichen Rechtssprechung in allen Arbeiterversicherungs-Angelegenheiten.)

Ist man nun dem Obigen nach in Regierungs- und Parlamentskreisen auch über die Notwendigkeit der Reform im Klaren, so scheint über die Frage des Zeitpunktes noch immer keine Einstimmigkeit zu herrschen. Sogar die Redner der größten Partei im Reichstag widersprachen einander de facto. In der Sitzung vom 1. März 1905 erinnerte der Abgeordnete Trimborn an eine Äußerung des Staatssekretärs des Innern vom Jahre 1904, die dahin ging:

Digitized by Google

„Ehe man an die Zusammenlegung herantrete, die „an sich ein gewiß berechtigter Gedanke sei, müsse zu„nächst entschieden werden, wie weit die Krankenversicher„ung auszudehnen sei, ob auf das Gesinde, ob auch auf „die landwirtschaftlichen Arbeiter; ferner müsse feststehen, „wie weit man mit der Witwen- und Waisenversicherung „gediehen sei; überhaupt müsse der Umfang der ge„samten Versicherung endgiltig fixiert sein."

„Dieser Ausführung" — also daß der Umfang der gesamten Versicherung vorher endgiltig festgelegt sein müsse — fuhr der Abgeordnete fort, „kann man ja an sich nur zustimmen."

Sein Fraktionsgenosse Spahn dagegen sagte am 3. März 1905, er sei darin mit dem Staatssekretär einverstanden, daß es nötig sei, die Verständigung „recht bald" zu erreichen, und zwar besonders im Interesse der Arbeiter.

Nun aber hat der Staatssekretär an dem zwischenliegenden Tage, dem 2. März, ausgeführt, wie schwierig die Frage der Ausdehnung der Krankenversicherung auf die Heimarbeiter sei, und er hat davor gewarnt, schon jetzt an die Frage der Ausdehnung der Invalidenversicherung der Heimarbeiter heranzutreten; wegen der Ausdehnung der Krankenversicherung auf die Landwirtschaft aber hat er erst die auf diesem dornenvollen Gebiete allenfalls möglichen verschiedenen Wege der Gesetzgebung schildern können, und hinsichtlich der Witwen- und Waisenversicherung sich auf die Mitteilung beschränken müssen, es sei eine Rundfrage wegen der für sie ausgearbeiteten Grundzüge bei den Regierungen im Gange.

Wo bleibt da, wenn alle diese schwerwiegenden materiellen Fragen vorab gelöst werden sollen, das „Recht bald" der Reform? Da auch der Staatssekretär des Innern sich dies gesagt haben wird, ist anzunehmen, daß er seinen Standpunkt von 1904 hinsichtlich des Abwartens modifiziert hat, wenn er jetzt für die Dringlichkeit der Reform eintritt.

Digitized by Google

Doch dem sei, wie ihm wolle. Jene Fragen der Ausdehnung der Versicherung brauchen nicht gelöst zu sein, ehe die Reform in Angriff genommen wird. Die Reform muß nur so gestaltet werden, daß die Witwen- und Waisenversicherung etc. in dem geschaffenen Rahmen ohneweiters Aufnahme finden kann. Dies habe ich vor zehn Jahren im „Schluß"-Wort meiner „Vorschläge" gesagt und diese letzteren darnach eingerichtet. Ihr Wortlaut möge hier nachfolgen.

Berlin, April 1905.

VORSCHLÄGE

zur

Vereinfachung der Arbeiterversicherung

insbesondere

Verbindung der Rentenversicherung (Unfall-, Invaliden- und Altersrenten);

Angliederung der Krankenversicherung;

Beseitigung der Beitragsmarke
„ weiterer Kapitalsansammlung
„ der Abrechnung unter den Anstalten
} bei der Invaliditäts- und Altersversicherung;

Minderung der Zahl der Vorstände;
„ „ „ „ Schiedsgerichte;
„ „ „ „ Vertrauensmänner;

Vereinfachung des Verfahrens;

Minderung der Kosten.

Digitized by Google

Vorbemerkungen.

Die nachstehenden Vorschläge bilden keineswegs ein untrennbares Ganzes. Man kann einzelnes annehmen, anderes verwerfen, drittes zusetzen.

Die Vorschläge sind an sich auch keineswegs einwandfrei.

Es kann sich nur um die Auswahl des relativ Besten handeln.

Die Vorschläge wollen nicht tabula rasa machen. Insbesondere wollen sie die bestehende Verteilung der Lasten zwischen Arbeitgebern, Arbeitnehmern und Reich nicht ändern; keine Erhöhung der Leistungen (Renten etc.) an die Arbeiter und noch weniger deren Herabsetzung herbeiführen; Selbstverwaltung und schiedsgerichtliches Verfahren wollen sie nicht schmälern. Sie setzen da ein, wo ein Bedürfnis zur Änderung sich gezeigt hat; sie rechnen sowohl mit anderweitig bereits verlautbarten Plänen als auch mit etwaigen ferneren Anforderungen der Zukunft und haben nur praktisch Erreichbares im Auge. Einzelne gefährdete Punkte möchten sie stützen. Als oberster Grundsatz liegt ihnen die Schonung der finanziellen und ehrenamtlichen Kräfte der Nation zu Grunde. Dazu kommt die Entlastung des einzelnen Arbeitgebers bei der Durchführung der Versicherung und die Beschleunigung des Verfahrens zu Gunsten der Arbeiter. Die Frage: „Was gewollt wird" geht der Frage: „Wie es gewollt wird" vor.

A. Allgemeines.

Aus Gründen der Übersichtlichkeit mögen die folgenden, einen Teil der Organisation vorweg nehmenden Gedanken zuerst ausgesprochen werden:

1. Bei der Rentenversicherung (Unfall-, Invaliden- und Altersrenten) handelt es sich um verhältnismäßig seltene, aber dauernde Leistungen von relativ hohem Kapitalwert; bei der Krankenversicherung dagegen um häufig vorkommende, vorübergehende Unterstützungen von relativ geringem Kapital-

Digitized by Google

wert. Zu diesen drei in der Sache liegenden Unterschieden kommt als viertes Moment hinzu, daß die Krankenunterstützung (auch während der ersten dreizehn Wochen nach einem Unfall) unverzüglich muß gewährt werden können, während es mit der Unfallrente dreizehn Wochen Zeit hat, und während die Invaliden- und Altersrenten sich teils tatsächlich an die Krankenunterstützung (Krankenhauspflege) anschließen, teils mit Muße von langer Hand vorbereitet werden können.

Darum wird man für die Krankenversicherung lokale, leicht erreichbare, sofort entscheidende Organe nicht entbehren können. Man kann den Krankenversicherungsorganismus nicht durch den schon wegen der Höhe der Objekte zu gründlicherer und langsamerer Arbeit gezwungenen Organismus der Rentenversicherung aufsaugen lassen, einen Organismus, der wegen der breiteren Schultern, die die Rentenversicherung tragen müssen, naturgemäß weniger allgegenwärtig ist. Andererseits begegnet die Gewährung der Krankenunterstützung aus größeren allgemeinen Fonds wesentlichen Bedenken (massenhafte Inanspruchnahme der Fonds bei Arbeitslosigkeit im Winter etc.).

Dagegen steht nichts im Wege, die Krankenkassen an die Organe der Rentenversicherung zu gegenseitiger Unterstützung anzugliedern.

Die Anhänger eines Aufbaus der Rentenversicherung auf Grundlage der Krankenversicherung haben wohl meist ein ausgebildetes zentralisiertes Ortskrankenkassensystem im Auge, welches insbesondere auch mit den Betriebskrankenkassen aufräumt. Bei aller Anerkennung der segensreichen Wirksamkeit, welche unter Umständen ein solches System entfalten kann, darf die Lichtseite der Betriebskrankenkassen doch nicht übersehen werden, die in der größeren Gleichartigkeit des Risikos unter den Kassenmitgliedern und in der höchst wünschenswerten innigeren Fühlung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer besteht, wozu je nach den Verhältnissen noch die einfachere, leicht durchzuführende Selbstverwaltung und bei

Digitized by Google

dem näheren Verhältnis der Kassenmitglieder untereinander die bessere Kontrolle (Simulationsverhütung) hinzukommen.

Also Aufrechterhaltung der Krankenversicherungsorganisation neben der Rentenversicherung unbeschadet der Herstellung eines engeren Zusammenhanges unter ihnen und eventuell der gleichzeitigen Einziehung aller drei Beträge.

Dagegen

2. grundsätzliche Vereinigung der Unfall-, Invaliditäts- und Altersversicherungsorganisation in Verwaltung und Justiz.

Und zwar sollen die Invaliditäts- und Altersversicherungsanstalten unter der Bezeichnung Landesversicherungsanstalten[1]) den Stamm für Unfall-, Invaliditäts- und Altersversicherung abgeben, das Regelverhältnis bilden. Neben ihnen sollen jedoch die gewerblichen Berufsgenossenschaften für beide Rentenversicherungen nach Analogie der zugelassenen Kasseneinrichtungen bestehen bleiben, insofern nicht die eine oder andere Berufsgenossenschaft aufgehoben oder mit einer anderen vereinigt wird. Die landwirtschaftliche Unfallversicherung und -Versicherungsorganisation, welche sich ohnehin mehr in der Richtung der Invaliditäts- und Altersversicherungsorganisation entwickelt hat, wird mit den Landesversicherungsanstalten verschmolzen; die nicht von Berufsgenossenschaften besorgte sonstige Unfallversicherung geht auf die Landesversicherungsanstalten über; die Landesversicherungsanstalten geben die Invaliditäts- und Altersversicherung in den übrig bleibenden berufsgenossenschaftlichen Betrieben an die Berufsgenossenschaften ab. Die Invaliditäts- und Altersversicherungsanstalten würden ein Drittel an die Berufsgenossenschaften abgeben, zwei Drittel dagegen von den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften etc. gewinnen. Anstalten und Genossenschaften würden einen reicheren Inhalt erhalten, die Arbeiter nur mit einem Organ für beide Versicherungen zu tun haben, die Schieds-

[1]) Das Gesetz vom 22. Juni 1899 akzeptiert diese Bezeichnung.

Digitized by Google

gerichte, welche jetzt für jeden Zweig getrennt bestehen, würden vereinigt, auf die Hälfte reduziert und mannigfacher beschäftigt werden.

Die Landesversicherungsanstalten übernehmen die Sektionsbildung der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften und erhalten dadurch eine reichere Gliederung auch für die Zwecke der Invaliditäts- und Altersversicherung. Die den unteren Verwaltungsbehörden gegenwärtig zustehende Vorbereitung der Invaliditäts- und Altersrenten fällt dagegen weg.

Die Vertrauensmänner der Unfall- und der Invaliditäts- und Altersversicherung werden gemeinsam, in ihrer Zahl also wesentlich reduziert. [1])

Eine gebührende Vertretung der Landwirtschaft in den Landesversicherungsanstalts-Vorständen und -Ausschüssen (Delegiertenversammlungen) sieht das Statut der Anstalt vor.

B. Besonderes über Invaliditäts- und Arbeiterversicherung. [2])

Beseitigung der Beitragsmarke. Die Beitragsmarke ist zu beseitigen, der jährliche Bedarf für die Zahlung der Invaliden- und Altersrenten ist ähnlich wie bei der Unfallversicherung alljährlich umzulegen. Die vorhandenen Mittel der Invaliditäts- und Altersversicherungsanstalten (etwa 400 Millionen Mark) dienen als Reserve, sie werden auf die Landesversicherungsanstalten und Berufsgenossenschaften nach der Zahl der Versicherten verteilt; eine weitere Milliarde wird nicht angesammelt.

Beseitigung des Kapitaldeckungsprinzips. Die zu Berufsgenossenschaften vereinigten Unternehmer zahlen nach dem Maßstab der von ihnen gezahlten Löhne, die zu Landesversicherungsanstalten gehörenden Unternehmer nach dem Maßstab des abgeschätzten Arbeitsbedarfs (Lohnbedarfs) ihre Beiträge, deren Hälfte sie den Arbeitern anrechnen können. Der

[1]) Das Gesetz vom 22. Juni 1899 beseitigt sie.

[2]) Begründung s. S. 538.

Digitized by Google

Jahresbedarf wird an der Hand der Erfahrung vom Reichs-Versicherungsamt berechnet; ein sich später herausstellendes Plus oder Minus mit Hilfe der Reserve (Absatz 1) ausgeglichen.

Beitragserhebung. Die Einziehung der Beiträge erfolgt bei den Berufsgenossenschaften zugleich mit den Unfallbeiträgen, wobei Vierteljahrszahlungen (auch für die Unfallbeiträge) eingeführt werden können; bei den Landesversicherungsanstalten werden Unfall-, Invaliditäts- und Altersversicherungsbeiträge vierteljährlich durch die Gemeinden zugleich mit den Gemeindesteuern erhoben.

In den Büchern werden einerseits die Unfall-, andererseits die Invaliditäts- und Altersversicherungsbeiträge und -Ausgaben getrennt gehalten; gemeinschaftliche Ausgaben auf die beiden Abteilungen entsprechend verteilt, wie zum Beispiel zur Zeit bei den Baugewerks-Berufsgenossenschaften und ihren Versicherungsanstalten.

Grundrente. Es wird eine Grundrente von monatlich 12 Mark für Männer, 9 Mark für Frauen eingeführt, sowohl für die Fälle der Invalidität als auch die des Alters.

Rentensteigerung. Arbeits- und Lohn-Nachweisungen. Diese Grundrente erhält jeder, der den an keine Form gebundenen Nachweis führt, in den letzten 5 (oder 3?) Jahren vor dem Rentenanspruch als Arbeiter tätig gewesen zu sein. Wer durch Arbeits- und Lohnbescheinigungen, die der Versicherungsanstalt des Geburtsortes zur Aufbewahrung eingesandt werden, eine längere Beschäftigung und folgeweise Beitragszahlung nachweist, rückt in eine entsprechend höhere Rentenklasse auf. Die Rentenklassen steigen um eine Mark monatlich bis zum Höchstbetrag des Dreifachen der Grundrente. Die Höhe der empfangenen Löhne (geleisteten Beiträge) wirkt auf die Höhe der Rentenklasse. — Die Arbeits- und Lohnbescheinigungen werden nach einem vom Reichs-Versicherungsamt zu bestimmenden Formular ausgestellt.

Digitized by Google

Beseitigung der Beitragserstattung. Eine Erstattung von Beiträgen im Falle der Verheiratung von Arbeiterinnen findet nicht statt.

Die Beitragserstattung beim Tode eines Familienvaters etc. wird in ein (abgestuftes?) Sterbegeld verwandelt.

Beseitigung der Rentenverteilung. Eine Rentenverteilung unter den Landesversicherungsanstalten und Berufsgenossenschaften findet nicht statt.

Die Invaliden- und Altersrenten werden zu Lasten der Gesamtheit bezahlt, wie wenn ein allgemeiner Rückversicherungsverband bestände.

C. Organisatorisches.

1. Vorstände. Zur Wahrung der Interessen der Gesamtheit tritt für die Behandlung der Invaliden- und Altersrenten ein Staatsbeamter in die Vorstände der Landesversicherungsanstalten und der Berufsgenossenschaften ein (vergl. unten Ziffer 5 letzter Absatz).

Die Berufsgenossenschaften können außerdem einen besoldeten Beamten zum Mitglied des Genossenschaftsvorstandes machen. Bei der Behandlung der Invaliden- und Altersrenten ist eine entsprechende Vertretung der Versicherten im Berufsgenossenschaftsvorstand und Ausschuß (Delegiertenversammlung) vorzusehen.

2. Sektionen. Die landwirtschaftlichen Sektionen gehen auf die Landesversicherungsanstalten über; wo keine bestehen, können sie gebildet werden, insbesondere auch zur Wahrung des jetzt in manchen kleineren landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften bestehenden regen Lebens, indem diese Genossenschaften als Sektionen fortbestehen. Die berufsgenossenschaftlichen Sektionen können durch Statut auch für die Invaliditäts- und Altersversicherung dienstbar gemacht werden.

3. Staatliche und kommunale Ausführungsbehörden. Mit der grundsätzlichen Übertragung der Unfallversicherung

Digitized by Google

auf die Landesversicherungsanstalten könnte ein Teil der Ausführungsbehörden, gewiß ein paar hundert, in Wegfall gebracht werden. Damit fielen auch die betreffenden Schiedsgerichte.

4. Schiedsgerichte. Die berufsgenossenschaftlichen Schiedsgerichte werden auch für die Invaliditäts- und Altersversicherung zuständig.

Die jetzt bestehende Doppelreihe von Schiedsgerichten fällt weg.[1])

Die (an die Landesversicherungsanstalten übergehenden) Schiedsgerichte der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften erhalten Beisitzer auch aus den nichtberufsgenossenschaftlichen gewerblichen Kreisen. Befindet sich ein Schiedsgericht der zuständigen Berufsgenossenschaft nicht im Bezirke der unteren Verwaltungsbehörde, in welchem der Rentenbewerber seinen Wohnsitz hat, so ist das für diesen Bezirk errichtete Schiedsgericht der Landesversicherungsanstalt zuständig.

Auf solche Weise würden in Verbindung mit dem zu 3 vorstehend Gesagten etwa 1000 Schiedsgerichte erspart werden. Umso mehr kann die nach der Meinung des Verfassers höchst wertvolle, ja notwendige Besetzung der Schiedsgerichte mit je zwei Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer neben dem Vorsitzenden aufrecht erhalten werden.

5. Landesversicherungskammern[2]) (oder -Ämter). Wenn die in den Unfallgesetznovellen-Entwürfen ausgesprochene Absicht der Entlastung des Reichs-Versicherungsamts durchgeführt werden soll, so kann dies nicht wohl durch die Beseitigung des — nach der Meinung des Verfassers unentbehrlichen — Rekursrechts in Unfallsachen, auch nicht durch

[1]) Das Gesetz vom 22. Juni 1899 akzeptiert diese Vereinfachung.

[2]) Oben Seite 526 „Ober-Schiedsgerichte" genannt. Diese könnten in Preußen statt bei den Oberlandesgerichten auch bei den Oberpräsidien errichtet werden (im Hinblick auf die sehr heilsame Ingerenz der Oberpräsidenten [Regierungspräsidenten] auf die Tätigkeit der Landratsämter; vergl. oben Seite 524 ff.)

Digitized by Google

die Heranziehung der höheren Verwaltungsbehörden als Beschwerdeinstanz in Verwaltungssachen geschehen.

Es empfiehlt sich alsdann eher, auf dem Boden der Selbstverwaltung, auf dem die Versicherungsgesetze erwachsen sind, weiterzubauen und für die Rekurse wie für die Beschwerden in Kataster-, Straf-, Beitrags-, Gefahrentarif- etc. Sachen eine Landesverwaltungs-Gerichtsinstanz zu schaffen.

Dies könnte geschehen, indem etwa bei jedem Oberlandesgericht unter dem Vorsitz eines Senatspräsidenten eine Landesversicherungskammer gebildet würde, zu der außerdem ein höherer Verwaltungsbeamter, ein Arzt und Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu gehören hätten.

Die Kammer wäre zuständig für alle Rekurse und Beschwerden in Sachen der Landesversicherungsanstalten und Berufsgenossenschaften, sofern der Betriebssitz etc. in ihrem Bezirk liegt. Sie entschiede in der Zusammensetzung von fünf Mitgliedern (Vorsitzender, Verwaltungsbeamter, Arzt — der in Altersrentensachen durch ein richterliches oder Verwaltungsmitglied ersetzt werden kann — Arbeitgeber, Arbeitnehmer). Solchergestalt gewänne eventuell die Justiz wieder mehr Fühlung mit den neueren sozialpolitischen Aufgaben und würde der oft geäußerte Wunsch der Ärzte nach aktiver, maßgeblicherer Beteiligung erfüllt.

Die bestehenden Landesversicherungsämter können entsprechend umgebildet werden.

Dem staatlichen Vorstandsmitgliede — oben Ziffer 1 — stände in Invaliden- und Altersrentensachen ein Widerspruch gegen die Rentenbewilligung mittelst Berufung an die Landesversicherungskammer, beziehungsweise Revision an das Reichs-Versicherungsamt zu, um auf solche Weise unberechtigten Rentenbewilligungen, die fortan auf Kosten der Gesamtheit erfolgen, entgegenzutreten.

6. Reichs-Versicherungsamt. Das Reichs-Versicherungsamt behielte die Oberaufsicht über alle Landesversicherungs-

Digitized by Google

anstalten und Berufsgenossenschaften; würde reine Revisionsinstanz in Renten- und Verwaltungs-Rechtsfragen; hätte nach wie vor Statuten, Gefahrentarife, Unfallverhütungsvorschriften zu genehmigen. Seine Zusammensetzung bliebe unverändert; sein Rechnungsbureau (zur Zeit 77 Beamte) würde als entbehrlich aufgelöst.

Mit Rücksicht auf den Wegfall der Verteilung der Invaliden- und Altersrenten auf die verschiedenen Anstalten, hätte das Reichs-Versicherungsamt im Einvernehmen mit den Landeszentralbehörden eine verschärfte Aufsicht über die Vermögensverwendung und -Anlage und die Verwaltungsaufwendungen bei den Landesversicherungsanstalten und Berufsgenossenschaften als Trägern der Invaliditäts- und Altersversicherung zu führen.

7. Angliederung der Krankenversicherung. Vom Standpunkte der Selbstverwaltung, wie der Vereinfachung und tunlichsten Rechtseinheit aus, sowie im Interesse der Herstellung eines innigeren Zusammenhanges zwischen den verschiedenen Versicherungszweigen wäre zu erwägen, ob nicht auf dem Gebiete der Krankenversicherung die Befugnisse der „höheren Verwaltungsbehörden“ den Landesversicherungsanstalts-Vorständen zu übertragen und die im „Verwaltungsstreitverfahren“ (und Rechtsweg?) zu erledigenden Sachen eventuell den Landesversicherungskammern (siehe oben) zu übertragen sein möchten. Die Landesversicherungsanstalten könnten alsdann einen wohltätigen Einfluß auf die Entwicklung des Krankenwesens ausüben, je nach den regionalen Verhältnissen eine enge Fühlung zwischen den Kassen und der Rentenversicherung herstellen und insbesondere auch die Kassen zu beiderseitigem Vorteil an der Durchführung der Rentenversicherung beteiligen. Der Umstand, daß Arbeitgeber und Arbeitnehmer in den Landesversicherungsanstalts-Vorständen Sitz und Stimme haben, macht diesen Aufbau für die Krankenkassenvorstände zu einem wesensgleichen und verbürgt eine ersprießliche, aus dem Boden erwachsende Gestaltung des Ganzen.

Digitized by Google

Andererseits läge die Überweisung der dem Verwaltungsstreitverfahren (und Rechtsweg?) vorbehaltenen Sachen an die Landesversicherungskammern ebenso in dem Interesse einer innerlich homogenen Judikatur, wie in dem der Arbeiter etc., die nun wüßten, daß es nur eine einheitliche Spruchbehörde zweiter Instanz für das ganze Gebiet der Arbeiterversicherung gäbe.

Begründung zum Abschnitt B.

1. Die Beitragsmarke und Quittungskarte haben einerseits nicht geleistet, was von ihnen erwartet wurde, andererseits eine schwerer empfundene Belästigung der Beteiligten zur Folge gehabt, als vorausgesetzt wurde. Mag die Annahme des stellvertretenden Vorsitzenden der Invaliditäts- und Altersversicherungsanstalt Posen, „daß selbst eine wohlwollende Schätzung den Ausfall an Beiträgen auf 40 Prozent taxieren müsse,[1]) zu weit gehen, so ist es doch eine unwidersprochene, durch Tausende von jährlichen Strafverfügungen der Invaliditäts- und Altersversicherungsanstalts-Vorstände belegte Tatsache, daß Beitragsmarken in großem Umfange nicht verwandt werden. Nun aber hängt von der Beibringung der Marken nicht nur die Rentensteigerung, sondern in sehr vielen Fällen auch das Rentenrecht selbst ab. Tatsächlich und rechtlich ist mithin das Recht des Arbeiters in die Willkür des Arbeitgebers gelegt.[2]) Das ist ein innerer Widerspruch gegen das Prinzip der Zwangsversicherung. Beitragsmarke und Zwangsversicherung schließen sich in gewissem Maße aus. Das Recht des Arbeiters an sich muß sichergestellt, wie bei der Unfallversicherung die volle Konsequenz der Zwangsversicherung gezogen, das heißt der Beitrag von dem Arbeitgeber zwangsweise erhoben werden.

---

[1]) Vergl. Knobloch „Die Beseitigung der Beitragsmarke", Jena 1896; nach der Begründung zum Gesetz vom 22. Juni 1899 ist die Annahme nicht zutreffend.

[2]) Vergl. wegen der durch das Gesetz vom 22. Juni 1899 gegebenen Änderung oben Seite 521.

Digitized by Google

Der Satz „kein Beitrag keine Rente“ ist ein harter Grundsatz, der in das System unserer Sozialpolitik nicht paßt, insofern es nämlich am Arbeitgeber liegt, den Beitrag nicht zu leisten.

Der Arbeiter kann allerdings, der Theorie nach, den Arbeitgeber denunzieren, wenn er nicht für ihn Marken klebt; allein ein solches Verhältnis der Überwachung des Arbeitsgebers durch den Arbeiter ist grundsätzlich nicht wünschenswert, und praktisch wird der Arbeiter als der Schwächere meist schweigen, vielleicht in seiner Kurzsichtigkeit mit dem Nichtkleben sogar zufrieden sein. Aber der Staat will doch die Versicherung, aller Kurzsichtigkeit und Böswilligkeit zum Trotz.

Die unständigen Arbeiter kommen bei dem Beitragsmarkensystem vollends schlecht weg. Selbst in Berlin gibt es noch unständige Arbeiter genug, die bis heute keine Quittungskarte haben.

Soll aber der Arbeiter statt des Arbeitgebers die Beiträge entrichten dürfen, so heißt das: er kann (statt der Arbeitgeberverpflichtung) eine freiwillige Versicherung nehmen. Damit fällt er aus dem Rahmen des Systems.

Abgesehen von diesen grundsätzlichen Bedenken, deren praktische Bedeutung erst die Erfahrung erhärtet hat, spricht gegen Beitragsmarke und Quittungskarte die Belästigung, bei jeder Lohnzahlung Beiträge entrichten zu müssen.[1]) Alle Arbeitgeber müssen fortgesetzt ihre Aufmerksamkeit auf diesen Punkt lenken. Man sollte sagen, es wäre genug, wenn sie überhaupt ihren Beitrag zahlen. Nicht unbegründet ist der Widerwille gegen diese stete Aufmerksamkeit; zu weit geht die gesetzliche Forderung; weit verbreitet ist die Verfehlung aus Unachtsamkeit, häufig die Gesetzesübertretung aus Irrtum (bei Abschlagslohnzahlungen, bei Bemessung der Beitragshöhe, bei der Art

[1]) Nach dem Gesetz vom 22. Juni 1899 kann auch für längere Zeiträume geklebt werden; umso größer die Gefahr, daß gar nicht geklebt wird, und umso schwerer die Kontrolle für die Zwischenzeit.

Digitized by Google

der Markenentwertung etc.). Bei unständigen Arbeitern in Stadt und Land kommt nicht nur das häufige Fehlen der Quittungskarte der Leute, sondern auch noch die Gefahr hinzu, sich zu vergehen, wenn man am Ende der Woche jemanden nicht mehr fragt, ob er an den Tagen vorher schon irgendwo gearbeitet hat. Fehlt die Quittungskarte, so ist die Erfüllung der gesetzlichen Anforderung oft geradezu unmöglich, was nicht sein darf; fehlen die Marken, so kann deren Herbeischaffung unter Umständen eine unerträgliche Mühewaltung verursachen.

Die Bestimmung, daß der, welcher jemanden am Montag beschäftigt und löhnt, den Beitrag entrichten muß, schadet beiden Teilen.

Übrigens wird mit dem Fehlen der Karte oft auch die böswillige Hinterziehung entschuldigt.

Dazu kommt der Übelstand des unberechtigten massenhaften Einklebens von Marken kurz vor dem erwarteten Rentenfall, der Handel mit Marken, der Verlust der Anwartschaft, wenn jemand in vier Jahren nicht 47 Marken verwandt hat,[1]) von der Herstellung, dem Verkauf und der Aufbewahrung der Millionen von Karten und Milliarden von Beitragsmarken gar nicht zu reden.

Daß die Erwartungen, die bei Erlaß des Gesetzes hinsichtlich der Gestaltung der Verhältnisse gehegt wurden, sich nicht voll erfüllt haben, geht insbesondere daraus hervor, daß im Jahre 1890 $37^1/_2$ Millionen Doppelmarken hergestellt wurden, während bis jetzt erst etwas über eine Million verwandt sind.[2])

Das sogenannte „Einziehungsverfahren" mit Beibehaltung des Beitragsmarkensystems an die Stelle des Selbstklebens zu setzen, heißt die Sache sehr verteuern, eine Menge Marken ansammeln, zu denen die Quittungskarten nicht zu finden sind, die Masse von Marken und Karten und das umständliche Berechnungsverfahren beibehalten und schließlich doch wieder

[1]) 1899 geändert, siehe oben Seite 520.

[2]) 1899 beseitigt. Selbstversicherung geschieht durch graue Karten.

Digitized by Google

nur etwas Halbes schaffen. Die unständigen Arbeiter, die oft gerade am bedürftigsten sind, gehen leer dabei aus.

2. Damit wäre der Weg für eine Erhebung der Invaliditäts- und Altersversicherungsbeiträge zugleich mit den Unfallversicherungsbeiträgen im Wege eines Lohnprozentsatzes freigemacht.

Dieser Weg wird bereits jetzt tatsächlich durch die Invaliditäts- und Altersversicherungsanstalt Rheinprovinz im Einvernehmen mit den beteiligten Handelskammern und Verwaltungsbehörden für die Berechnung der Beiträge der Textil-Hausgewerbetreibenden geplant. Die Unternehmer sollen den Hausgewerbetreibenden $^1/_2$ bis 1 Prozent vom verdienten Lohn vergüten, wogegen diese Marken zu kaufen und zu verwenden haben. [Seit 1898 ähnlich bei den Landesversicherungsanstalten Westfalens und Schlesien]. Wozu aber erst noch der Umweg durch die Arbeiter, wozu die Kosten und Weiterungen des Markenkaufs etc.? Die Lohnprozente könnten an die Berufsgenossenschaft unmittelbar abgeführt werden.

Bei Betrieben (Haushaltungen), die gegen Unfall nicht versichert sind, erfolgt die Einziehung der Beiträge für sich allein.

Die Höhe der zur Deckung des Jahresbedarfs nötigen Invaliditäts- und Altersversicherungsbeiträge kann unschwer vom Reichs-Versicherungsamt alljährlich berechnet werden, nachdem bereits eine fünfjährige Erfahrung gemacht ist.

Allerdings wird bei den landwirtsshaftlichen etc. Betrieben eine Abschätzung des Arbeitsbedarfs — die gewerblichen Berufsgenossenschaften haben bereits Arbeiter- und Lohnnachweisungen — nicht zu entbehren sein. Allein einerseits haben schon jetzt viele landwirtschaftliche Berufsgenossenschaften den Arbeitsbedarfsnachweis eingeführt, andererseits wird dieser auch für die Unfallversicherung bei allen unentbehrlich werden, wenn Brennereien, Molkereien und sonstige gewerbliche Nebenbetriebe bei der Landwirtschaft (den Landesversicherungsanstalten) mit versichert werden sollen. Daß dies

Digitized by Google

unter Auflösung der Brennereiberufsgenossenschaft, womit diese einverstanden sein wird, geschehe, ist wünschenswert. [Vergl. § 1 Abs. 2 des inzwischen erlassenen Landw. Unfallversicherungsgesetzes vom 30. Juni 1900].

Die Arbeitsbedarfsschätzung wird die ständigen und nichtständigen Arbeiter umfassen müssen; diese Schätzung ist, wie das Beispiel der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften auf der ganzen Linie Schleswig, Hannover, Kassel, Frankfurt, Karlsruhe, Straßburg, daneben in Mecklenburg und Thüringen zeigt, durchführbar. Das Verfahren hat auch für die Unfallversicherung seine Vorzüge, es bildet den Regelgrundsatz des landwirtschaftlichen Unfallversicherungsgesetzes, liegt auch der Seeunfallversicherung zu Grunde. Gleicherweise wäre in den nichtunfallversicherungspflichtigen Betrieben und Haushaltungen der Arbeitsbedarf nebst Lohnbetrag abzuschätzen und von letzterem etwa $^1/_2$ bis 1 Prozent, womit man noch für lange auskommen würde, zu erheben. Die Haushaltungen wären gegen diese geringe Abgabe von der Sorge um das Markenkleben befreit und würden aufatmen.

Übrigens war der Versuch mit der Beitragsmarke in vielen Richtungen lehrreich und nützlich; er ebnete dem neuen Verfahren gar sehr die Wege.

Die Beiträge nach dem direkten Steuerfuß zu erheben, empfiehlt sich nicht. Es handelt sich um eine im öffentlichen Interesse erfolgende Regelung des wirtschaftlichen sozialpolitischen Verhältnisses: Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Zwar liegt diese Regelung im Interesse aller. Aber an vielem haben alle ein Interesse, ohne daß alle die Kosten tragen. Sonst müßte zum Beispiel die Justiz kostenfrei und selbst das Eisenbahnfahren unentgeltlich sein, vorbehaltlich der Deckung der Prozeß- und Eisenbahnbetriebskosten durch alle. Damit stellte man sich auf einen beinahe sozialistischen Boden. Der Einwand, daß sonst das bewegliche Kapital nicht genügend beitrage, ist hinfällig. Das Kapital bedarf zu seiner Ausnutzung der Arbeit,

Digitized by Google

wird somit als Arbeitgeber getroffen. Wer ausländische oder inländische Staatspapiercoupons abschneidet, steht als solcher zu Arbeitern nicht im Verhältnis, leistet im übrigen durch seine Staats- und Kommunalsteuern ein entsprechendes Äquivalent für den gewährten staatlichen Schutz und kommunalen Vorteil. Scheinen diese Steuern den Gegnern zu niedrig zu sein, so können sie ja deren Erhöhung beantragen. Der Zweck der Erleichterung einzelner Arbeitgeber rechtfertigt nicht das Mittel der Heranziehung aller Nichtarbeitgeber. Indirekt werden diese durch die Überwälzung der Last auf die Produktion doch getroffen (der Maurermeister setzt dem Rentner so und so viel für Arbeiterversicherungsbeiträge in Rechnung).

3. Es genügt, den Jahresbedarf umzulegen, wie bei der Unfallversicherung. Jedes Jahr trägt seine Last. Die Gegenwart braucht nicht das Brot zu zahlen, das die Zukunft essen wird. So liegt die Sache. Der Satz von der Belastung der Zukunft zu Gunsten der Gegenwart ist zwar oft ausgesprochen, aber doch nicht richtig. Das Kapitaldeckungsprinzip stammt aus der Privatversicherung mit beliebigem Ein- und Austritt. Es hat keine Berechtigung bei ewigen Zwangsverbänden. Daß indessen die vierhundert Millionen gesammelt sind, ist gut. Sie können als Puffer dienen. Außerdem verhinderte die bisherige höhere Beitragszahlung ein rasches Steigen der Beiträge, das unangenehm empfunden worden wäre. Auch bei der Unfallversicherung wirkten die Zuschläge von 300, 200, 100 etc. Prozent zu dem Jahresbedarf in den ersten Jahren ausgleichend.

4. Das vorgeschlagene System der Grundrente mit Rentensteigerung will die ursprünglich geplante Einheitsrente mit dem Rentensteigerungsgedanken des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes in einfacher Weise vereinigen. Die vorgeschlagene Höhe der Grundrente entspricht etwa den gegenwärtigen Rentendurchschnitten.[1]) Wohl erworbene Rechte

[1]) Nach dem Gesetz vom 22. Juni 1899 sind es 152 bis 155 Mark, also etwas mehr.

Digitized by Google

werden nicht verletzt. Wer jetzt die Grundrente erhält, bekommt immer noch zehnmal mehr, als er geleistet hat.

Die Voraussetzung der Erlangung der Grundrente: Tätigkeit in Arbeit, soll als dem sittlichen Gefühl entsprechend zwar durchaus aufrecht erhalten, indessen in der Ausführung wesentlich erleichtert werden. Es soll keiner fortgesetzten erzwungenen Sammlung von Beweisstücken bei allen Versicherten, auch denen, die nie eine Rente beziehen werden, bedürfen, sondern erst im Moment der Rentenansprechung der Beweis in jedweder glaubwürdigen Form erbracht werden können, man gehöre dem Berufsarbeiterstande an und habe folglich (kraft des Zwangsbeitragsverfahrens) seine Beiträge geleistet. Militärdienstzeit, Krankheit, unverschuldete Arbeitslosigkeit, insbesondere bei Saisonarbeitern dienen mit zur Ausfüllung der letzten drei (oder fünf?) Jahre, für die man den Beweis der Arbeit erbringen soll. Wer so lange gearbeitet hat, hat auch früher gearbeitet.

Allerdings wird damit die gegenwärtig geltende Äquivalenzteorie, das heißt die genaue Abwägung von Leistung des Arbeiters und Gegenleistung der Anstalt verlassen. Allein einerseits leistet der Arbeiter überhaupt nur etwa ein Drittel, zwei Drittel leisten der Arbeitgeber und das Reich, und andererseits besteht auch jetzt schon das, was von jener Teorie noch übrig ist, weder in der Praxis, noch auch an sich ohne die durchgreifendsten Ausnahmen. Herrschaften bezahlen für ihre Dienstboten in großem Umfange, sonstige Arbeitgeber für ihre Arbeiter (zum Beispiel ungünstig situierte Gutsbesitzer, die schwer Arbeiter bekommen, zahlen die ganzen Beiträge, während die günstiger situierten die Hälfte der Beiträge von den Arbeitslöhnen einzubehalten, in der Lage sind). Hier erhalten also die Dienstboten etc. ihre Rente ohne die geringste eigene Leistung. Daneben bedeutet die — notgedrungen konzedierte — Anerkennung der Militär-, sowie einer gewissen Krankheits- und Arbeitslosigkeitszeit als Beitragszeit eine vollständige Verneinung der Äquivalenzteorie.

Digitized by Google

Aus der letzteren ist der berechtigte Kern herauszuschälen, das heißt die Arbeiter sollen einen angemessenen Beitrag liefern; das übrige ist zwar eine ideale Konstruktion, aber zu fein fürs Leben. Und wo bleibt die Äquivalenzteorie, wenn vollgeklebte Quittungskarten verloren gehen? Der Leistung entspricht in solchem Falle keineswegs die Gegenleistung; vielleicht leidet der gesamte wohlerworbene Rentenanspruch wegen der verlorenen Marken Schiffbruch. Das ist zu hart. Hier erstickt die Form das materielle Recht. Das Wechselrecht ist weniger scharf als das Beitragsmarkenrecht; ein so scharfes Recht aber paßt nicht für Arbeiter, nicht für ein Gebiet der ausgleichenden Gerechtigkeit und des sozialen Friedens.

5. Ist somit die Grundrente in einfacher Form dem Arbeiter zu gewährleisten, so entspricht es doch der vorgeschlagenen Erhebung der Beiträge nach Lohnprozenten, daß eine gewisse Steigerung der Rente mit den höheren und längeren Beitragszahlungen eintritt. Diese Steigerung braucht aber nicht auf der Goldwage gewogen zu werden. Von drei Beitragenden erhalten zwei überhaupt sicher im Leben gar nichts. Auch zahlt der einzelne Arbeiter auf allen Fall nur einen geringen Bruchteil dessen, was er eventuell als Rente empfängt. Die Interessen der Gesamtheit sind ins Auge zu fassen; nach runden Sätzen wären die Steigerungen zu bewirken.

6. Indessen ist es Sache der Arbeiter, sich die Steigerung zu sichern; und sie sollen das durch Bescheinigungen können, in denen sie Arbeitsdauer und Löhne sich angeben lassen.

Wird für die Grundrente von 12 Mark monatlich eine nachgewiesene Lohnsumme von etwa 5000 Mark als Äquivalent gerechnet, so würde bei je 2000 Mark weiter nachgewiesenem Lohne eine Rentensteigerung um monatlich 1 Mark eintreten können.

7. Die weitverbreitete Übung, daß die Dienstherrschaft für weibliche Dienstboten die Beiträge entrichtet, macht den Wegfall der Beitragserstattung im Falle der Verheiratung um

Digitized by Google

so gerechtfertigter. Ein abgerundetes Sterbegeld für die Überlebenden wäre der mühsam zu berechnenden Erstattung der halben Beitragsmarkenbeträge bei verstorbenen Familienvätern etc. vorzuziehen.

8. Die Voraussetzung der bestehenden Rentenverteilung unter den verschiedenen Anstalten, daß nämlich sonst die östlichen und sonstigen vorwiegend ländlichen Anstalten überbürdet würden, hat sich als nicht richtig erwiesen. Die Annahme, daß alte und invalide Arbeiter kurz vor Eintritt des Rentenfalles, aus dem Westen nach dem Osten zurückwandern würden, entspricht nicht der Wirklichkeit.[1]) Wer in Berlin, am Rhein etc. seine jungen Tage verlebte, zieht später nur selten nach dem Osten zurück. Andererseits leiden die vorwiegend ländlichen Anstalten durch den stärkeren Wegzug jüngerer Personen, die, von Invalidität und Alter gleich weit entfernt, willkommene Zahler sind.

Während demgemäß tatsächlich Berlin, Rheinland, Westfalen, Königreich Sachsen, Hansestädte einen Überfluß von Mitteln haben, leiden einzelne Anstalten (im Osten und in Bayern) geradezu Not. Berlin kann seine Renten nächstens aus den Zinsen seiner angesammelten Kapitalien zahlen; der Überschuß wird hier bald den von ganz Bayern um das Doppelte übertreffen.

Es handelt sich bei der Invaliditäts- und Altersversicherung um ein allgemeines Reichsinteresse. Sie dient wie die Armee und Marine der Aufrechterhaltung des Friedens, der Festigung des Reichs. Darum sollte, unbeschadet des unter Ziffer 2 am Schluß Gesagten, unter allen Anstalten ein voller Ausgleich stattfinden, wie wenn sie einen großen Rückversicherungsverband bildeten. Eine Reichs-Versicherungsanstalt ist damit

---

[1]) Ich habe diese für die leistungsfähigeren Anstalten so verhängnisvoll gewordenen Irrtümer auf Grund meiner persönlichen Kenntnis der Verhältnisse — ich verwaltete vorübergehend Landratsämter im Osten und Landratsämter im Westen — stets bekämpft.

Digitized by Google

keineswegs geplant. Es bleibt die Individualität der einzelnen Anstalten; das vorhandene Vermögen bleibt Anstaltsvermögen. Ein Korrelat zum Reichszuschuß wird geschaffen.

Der Ausweg, etwa zur Hälfte die Last auf alle Anstalten zu verteilen, ist zwar eine Anerkennung, daß die Last ungleich drückt, bleibt aber eine halbe Maßregel.[1]) Drückt die ganze Last ungleich, so tut es auch die halbe, und zwar steht hier die Bedrückung der Anstalten immer noch im umgekehrten Verhältnis zu ihrer Leistungsfähigkeit. Die ärmsten tragen am meisten und schwersten. Es wäre an der Zeit, hier Wandel zu schaffen.

Auch der sich bietende andere Ausweg: bei den reichdotierten Anstalten die Beiträge zu ermäßigen oder die Leistungen zu erhöhen, ist nicht zu empfehlen. Es würden damit Anstalten erster und zweiter Klasse geschaffen und ein weiteres Moment des Zuzuges aus dem Osten nach dem Westen begründet werden. Diese unterschiedliche Behandlung möchte auch dem Reichsgedanken nicht entsprechen.

Mit der Beseitigung der Rentenverteilung wird eine Unsumme von Arbeit erspart, insbesondere das Rechnungsbureau des Reichs-Versicherungsamtes entbehrlich. Die Kräfte dieses Bureaus könnten innerhalb des Amtes zu anderen nützlicheren Dingen (Beaufsichtigung der ihren Betrieb über die Grenzen eines Bundesstaates erstreckenden privaten Lebens- Unfall- etc. Versicherungsgesellschaften) verwandt werden.[2])

---

[1]) Diesen Ausweg hat demnächst in der Tat das Gesetz vom 22. Juni 1899 betreten.

[2]) Es lag ein vollständiger, von mir ausgearbeiteter Gesetzentwurf, der jene Beaufsichtigung dem Reichs-Versicherungsamt übertrug, vor. Das Gesetz ist inzwischen ergangen, für die Aufsicht aber ein besonderes Amt geschaffen worden.

Digitized by Google

Schluß.

Die vorstehenden Vorschläge bedeuten zwar für alle eine Vereinfachung, Erleichterung und wesentliche Kostenersparung; ganz besonders aber für die landwirtschaftliche Bevölkerung.

Die früheren Gegner der Verbindung der Invaliditäts- und Altersversicherung mit den Berufsgenossenschaften behalten auf dem Boden der Vorschläge zu drei Viertel recht. Die landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften werden nicht mit der Invaliditäts- und Altersversicherung befaßt, und es brauchen nicht um der Invaliditäts- und Altersversicherung willen erst Berufsgenossenschaften für Handwerker und Kleingewerbetreibende, für Dienstherrschaften und sonstige nicht berufsgenossenschaftliche Arbeitgeber, die invaliditäts- und altersversicherungspflichtige Arbeiter beschäftigen, gebildet zu werden. Namentlich gegen letztere Eventualität sträubte man sich. Wäre von vornherein eine Verbindung der Invaliditäts- und Altersversicherung nur mit den gewerblichen Berufsgenossenschaften geplant gewesen, so würden die Gegner gewiß weniger zahlreich gewesen sein. Der Vorschlag will also nur ein Stück der ursprünglichen Idee der Reichsregierung retten. Damit aber wird den gewerblichen Berufsgenossenschaften, denen der Fürst Bismarck und mit ihm die verbündeten Regierungen mit Recht eine hohe Bedeutung beilegten, ein weiterer Inhalt gegeben, und wenn in späterer Zeit einmal an eine Arbeiter-Witwen- und Waisenversicherung gedacht werden darf [soll 1910 in Kraft treten], so kann auch diese bei den berufsgenossenschaftlich organisierten Betrieben ebenfalls mit den Berufsgenossenschaften verbunden werden. Darin aber läge ein weiteres Bindemittel zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Es muß alles daran gesetzt werden, beide Teile durch gemeinsame Interessen, gemeinsame Tätigkeit, gemeinsame Einrichtungen an einander zu fesseln. Die sozial-politische Magnetnadel zeigt konstant auf

Digitized by Google

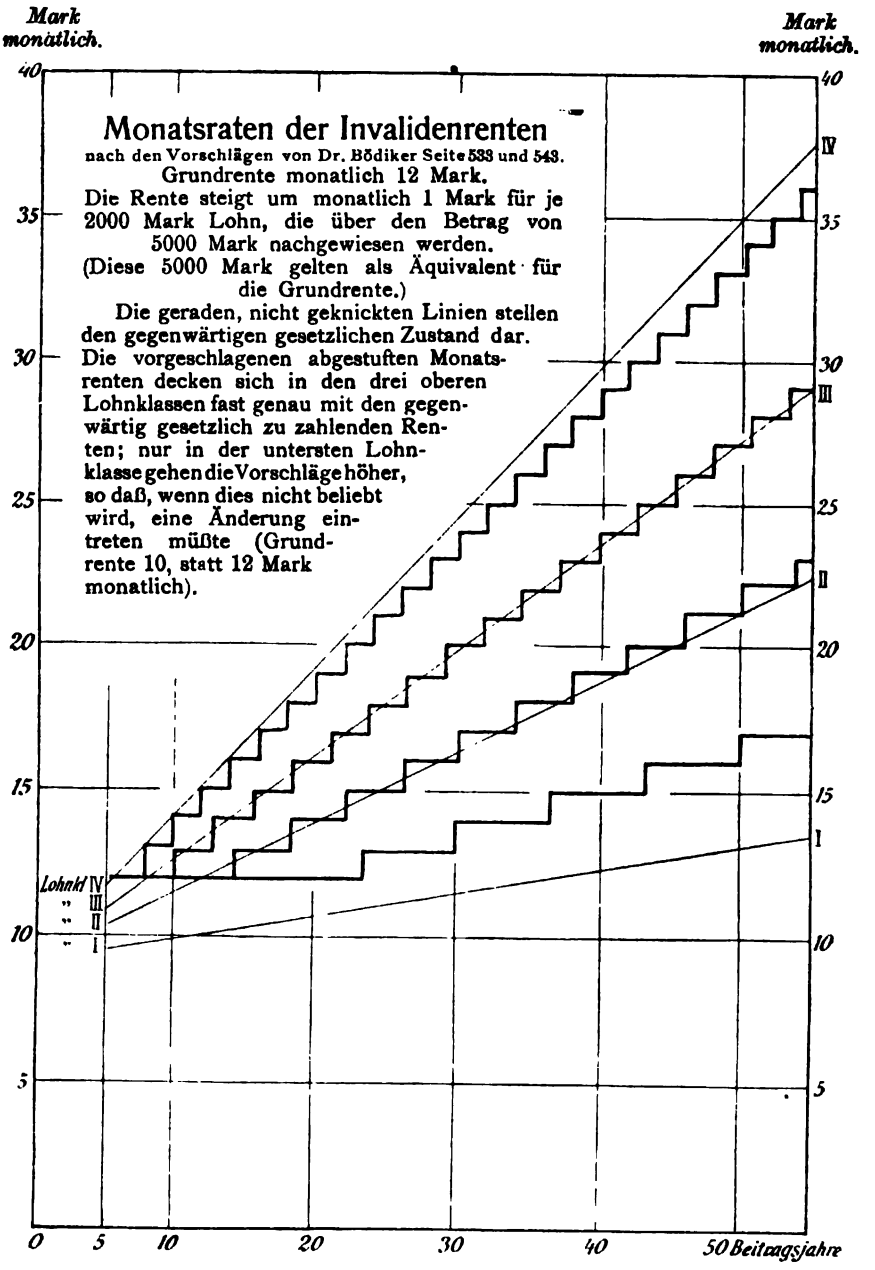
diesen Punkt. Darum gilt es, schon jetzt die Organisation entsprechend einzurichten.

Das Reformwerk kann ohne Gefahr an den Reichstag gebracht werden. Für viele Punkte, zum Beispiel die Beseitigung der Beitragsmarke und der Kapitalsansammlung, für die Beseitigung der strengen Äquivalenzteorie und der doppelten Schiedsgerichte wird sich leicht eine Mehrheit finden. Aber auch vielen anderen Punkten wird der Reichstag seine Zustimmung nicht versagen. Zu weit gehenden Forderungen oder Änderungsvorschlägen können die verbündeten Regierungen ihren Widerstand entgegenstellen; wenn nicht alles, so würde dann doch jedenfalls viel erreicht werden, und wenn schließlich wider Verhoffen gar keine Einigung erzielt werden sollte, so blieben die Gesetze bestehen; den Arbeitern ginge von ihren Rechten nicht das mindeste verloren. Riskiert wird also nichts bei der Inangriffnahme der vorgeschlagenen Gesetzesänderungen. Jedes Jahr Zögerung aber erschwert die Durchführung der immer dringlicher verlangten Reform.

Berlin, November 1895.

Dr. T. Bödiker.

Digitized by Google



Digitized by Google

INTERNAT. ARBEITERVERSICHERUNGS-KONGRESS
7. Tagung. — Wien. — 17. bis 23. September 1905.

DIE VEREINHEITLICHUNG
DER
ARBEITERVERSICHERUNG

VON
DR. jur. RICHARD FREUND
VORSITZENDEM DER LANDES-VERS.-ANST. BERLIN.

Nachdem seit der Einführung des ersten Arbeiterversicherungsgesetzes in Deutschland mehr als zwei Dezennien verstrichen sind, macht sich in den weitesten Kreisen der Bevölkerung eine starke Bewegung für eine Reform in der Organisation der Arbeiterversicherung geltend. Ich stehe so lange ununterbrochen im Dienste der deutschen Arbeiterversicherung, als dieselbe zur Einführung gelangt ist und schon im Jahre 1886 — also zwei Jahre nach Inkrafttreten des Krankenversicherungsgesetzes — habe ich in einem Aufsatze in Schmoller's Jahrbüchern über „Das berufsgenossenschaftliche Prinzip im Krankenversicherungsgesetze" auf die durch die Zersplitterung in der Organisation hervorgerufenen Mißstände hingewiesen und die Bildung einer zentralisierten lokalen Organisation gefordert. In unmittelbarem Anschluß an diesen Aufsatz habe ich im Jahre 1888 in der Broschüre „Die Zentralisation der Arbeiterversicherung" die Vereinheitlichung der gesamten Arbeiterversicherungsorganisation als das erstrebenswerteste Ziel hingestellt und seitdem in zahlreichen Publikationen unaufhörlich auf die Notwendigkeit dieser Reform hingewiesen. Zunächst fanden meine Reformvorschläge wenig Anklang und wurden von den verschiedensten Seiten bekämpft. Allmählich trat aber ein Umschwung in den Anschauungen ein und zum ersten

Digitized by Google

Male im Jahre 1895 beschäftigte man sich an der berufensten amtlichen Stelle mit dieser wichtigen Frage. In der Zeit vom 4. bis 9. November 1895 trat nämlich im Reichsamt des Innern eine Konferenz zusammen, welche sich zunächst mit der Novelle zum Invalidenversicherungsgesetz beschäftigte, daneben aber auch die „Zweckmäßigkeit und Durchführbarkeit einer organischen Zusammenlegung der verschiedenen Zweige der Arbeiterversicherung" zur Erörterung stellte. In dieser Konferenz wurden von dem damaligen Präsidenten des Reichs-Versicherungsamtes Herrn Dr. Bödiker und mir Vorschläge für eine Organisationsreform gemacht.

Der Grundgedanke der Bödiker'schen Vorschläge [1]) war: Grundsätzliche Vereinigung der Unfall- und Invalidenversicherung in Verwaltung und Justiz und Angliederung der Krankenkassen an die Organe der Rentenversicherung zu gegenseitiger Unterstützung. Die Organisation der Invalidenversicherung, die Landes-Versicherungsanstalten sollten den Stamm für Unfall- und Invalidenversicherung abgeben, das Regelverhältnis bilden, insbesondere sollten sie die landwirtschaftliche Unfallversicherung in sich aufnehmen. Daneben sollten jedoch die gewerblichen Berufsgenossenschaften für beide Rentenversicherungen nach Analogie der zugelassenen Kasseneinrichtungen bestehen bleiben.

Die von mir der Konferenz überreichten „Grundsätze für eine Vereinfachung in der Organisation der Arbeiterversicherung" lassen sich in dem einen Satze zusammenfassen[2]): Verschmelzung der Krankenversicherung mit der Invalidenversicherung in den Landes-Versicherungsanstalten und Schaffung eines gemeinschaftlichen territorialen Hilfsorgans, eines lokalen Unterbaues für die gesamte Arbeiterversicherung.

---

[1]) Vergl. Bödiker: Die Reichs-Versicherungsgesetzgebung. Leipzig 1898. Duncker & Humblot.

[2]) Vergl. meine Broschüre: „Die Vereinfachung der Arbeiterversicherung". Berlin 1896. Hermann Walther.

Digitized by Google

Wenn auch die Konferenz im Reichsamt des Innern zu einem positiven Ergebnis in dieser Frage nicht gelangte, so ist es doch von Wert gewesen, daß durch dieselbe der Anstoß zu einer Reform gegeben wurde, welche sich hoffentlich in nicht zu ferner Zeit verwirklichen wird.

Der Entwurf über die Änderung des Invalidenversicherungsgesetzes vom Jahre 1897 geht in seinen Motiven auf die Frage der Vereinheitlichung der Arbeiterversicherung ausführlich ein,[1]) resümiert sich aber vorweg in dem Satze: „Die Frage der Reform der gesamten Arbeiterversicherung und deren Vereinfachung durch Zusammenlegung aller oder mehrerer Zweige der Versicherung kann zur Zeit noch nicht befriedigend gelöst werden. So wünschenswert die Zusammenlegung im Grundsatz sein mag, so sind doch die Schwierigkeiten und Weiterungen, die einer solchen Maßnahme noch entgegenstehen, schon deshalb sehr erheblich, weil die Meinungen über den hierbei einzuschlagenden Weg noch völlig auseinandergehen. Die ganze Angelegenheit erscheint im gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht spruchreif.“ Die Motive erörtern dann eingehend die Möglichkeit der Verbindung von Kranken- und Invalidenversicherung und die Verbindung von Unfallversicherung mit Invalidenversicherung.

Auch der neue Entwurf für die Abänderung des Invalidenversicherungsgesetzes vom Jahre 1899 beschäftigte sich mit der Frage der Vereinheitlichung und führte in den Motiven[2]) aus: „Es muß daran festgehalten werden, daß diese schwerwiegende Frage noch nicht reif ist und daß die in der Begründung des Entwurfs vom Jahre 1897 näher dargelegten Bedenken noch in voller Schärfe fortbestehen. Auch jetzt ist nur eine tunlichste Annäherung der verschiedenen Zweige der Arbeiterversicherung an einander, ein Ineinandergreifen der Fürsorge und der Organi-

---

[1]) Vergl. Reichstags-Drucksachen 696. 9. Leg. Per. IV. Session 1895/97 S. 138.

[2]) Vergl. Reichstags-Drucksachen Nr. 93. 10. Leg. Per. 1. Session 1898/99. S. 163.

Digitized by Google

sation, aber nicht eine Verschmelzung möglich; es muß der Zukunft überlassen bleiben, ob es gelingt, einen Weg zu finden, der weitere Schritte nach dieser Richtung, ohne überwiegende Bedenken hervorzurufen, ermöglicht."

Die Novelle zum Invalidenversicherungsgesetz führte die „Rentenstellen" ein, welche einen Ansatz zu einem lokalen Unterbau für die Arbeiterversicherung bilden sollten und von diesem Gesichtspunkte aus erörterte auch der Staatssekretär des Innern Dr. Graf von Posadowsky-Wehner das neue Verwaltungsorgan. Seine für die vorliegende Frage wichtigsten Ausführungen waren folgende: „ . . . . Ich meine, es ist zwar theoretisch unzweifelhaft berechtigt zu fordern, die drei sozialpolitischen Einrichtungen in eine zu vereinigen . . . . ; und ich glaube, man kann auch ferner zugeben, daß die Dreiteilung der sozialpolitischen Gesetzgebung nicht eingetreten wäre, wenn eines Menschen Kraft dazu ausgereicht hätte, auf einmal diese gewaltige Organisation nach allen drei Richtungen hin gesetzlich ins Leben zu rufen und in die Praxis überzuführen. Die jetzt bestehende Dreiteilung ist mithin meines Erachtens nur die äußere Folge der allmählichen chronologischen Entstehung der ganzen sozialpolitischen Gesetzgebung. Aber alle diejenigen, die das ideale Ziel vor Augen haben, Kranken-, Unfall- und Invaliditätsversicherung in einem Organismus mit einander zu verbinden . . . , müssen sich auch darüber klar sein, daß die Vorbedingung einer so vereinfachten Organisation immer die Dezentralisation wäre . . . ; die verbündeten Regierungen haben in der Vorlage diese weitgehende Frage zwar vollkommen offen gelassen; aber wenn man ihr zur Zeit auch noch neutral gegenüberstehen will, so wird man doch dem Anfange der Dezentralisation, der auf dem Gebiete der Invalidenversicherung in diesem versucht ist, wohlwollend entgegenkommen können." Und an anderer Stelle: „ . . . Die opinio publica in Deutschland unter allen praktischen Leuten, möchte ich fast sagen, geht dahin . . . die drei großen Versicherungs-

Digitized by Google

anstalten zu vereinigen . . . Wer aber das will, muß an irgend einer Stelle einen Anfang mit der Dezentralisation machen und man muß auf diesem Weg allmählich versuchen, zum einheitlichen Organ zu kommen."

Mit diesen Ausführungen war zum ersten Male von der zuständigsten Stelle die Berechtigung der Forderung nach einer einheitlichen Organisation der Arbeiterversicherung anerkannt und gleichzeitig als Vorbedingung der Vereinheitlichung die Dezentralisation der Verwaltung in lokalen Stellen (Schaffung eines lokalen Unterbaues) hingestellt.

Wenige Jahre später bei Beratung der Krankenversicherungs-Novelle (27. Februar 1903) kam der Staatssekretär des Innern auf diese Frage nochmals zu sprechen und führte aus:

> „. . . Im übrigen muß man den Zusammenhang zwischen Invaliden- und Krankenversicherung anerkennen; und ich erkenne auch ohne weiteres an, daß die Verbindung eine engere, eine systematischere sein sollte, als sie selbst durch diese Novelle hergestellt werden wird. Ich glaube aber die Richtung, in der sich die sozialpolitische Gesetzgebung der Zukunft bewegen muß — und ich habe dies bereits in einer früheren Rede angedeutet — wird die sein, daß man alle drei sozialpolitischen Gesetze in ein Arbeiterfürsorgegesetz verschmilzt und da wird auch die Frage zu entscheiden sein, in welcher Weise dann eine solche einheitliche Arbeiterfürsorge organisatorisch zu gestalten ist."

Im Anschlusse an diese Ausführungen nahm am 20. April 1903 der deutsche Reichstag die nachstehende vom Abgeordneten Trimborn eingebrachte Resolution einstimmig an:

> „die verbündeten Regierungen zu ersuchen, in Erwägungen darüber einzutreten, ob nicht die drei Versicherungsarten (Kranken-, Invaliden- und Unfallversicherung) zum Zwecke der Vereinfachung und Verbilligung der Arbeiterver-

Digitized by Google

sicherung in eine organische Verbindung zu bringen und die bisherigen Arbeiterversicherungsgesetze in einem einzigen Gesetz zu vereinigen seien."

In der Sitzung vom 25. Januar 1904 bei Gelegenheit der Budgetberatung führte der Herr Staatssekretär des ferneren aus:

„Ich habe selbst schon vor einer Reihe von Jahren diesen Plan angedeutet, daß es das Praktischeste wäre, zur Vereinfachung der Verwaltung zur besseren Individualisierung der ganzen sozialpolitischen Fürsorge und vor allen Dingen zur Verbilligung der Verwaltung unsere ganze sozialpolitische Versicherungsgesetzgebung in ein Arbeiterfürsorgegesetz zu verschmelzen. Wenn man das aber durchführen will, so ist es hierzu unbedingt notwendig . . . , daß man für die Ausführung der sozialpolitischen Gesetzgebung auch einen eigenen selbständigen Unterbau schafft. Dieses Ziel ist aber selbstverständlich noch ein ferneliegendes . . . . "

Endlich in dieser Session des Reichstages, am 2. März 1905 machte der Staatssekretär des Innern folgende Ausführungen:

„Wenn wir heute res integra hätten, würde doch kein vernünftiger Mensch, glaube ich, daran denken, eine besondere Organisation der Krankenversicherung, eine besondere Organisation der Unfallversicherung und eine besondere Organisation der Alters- und Invaliditätsversicherung zu schaffen. Unfall, Krankheit und Invalidität sind doch drei, ich möchte sagen: physiologische Zustände, die mit einander in ihren Ursachen und Wirkungen eng zusammenhängen. Das sogenannte „System" unserer sozialpolitischen Gesetzgebung ist also lediglich ein Erzeugnis chronologischer Entwicklung. Würde man heute die sozialpolitische Gesetzgebung neu aufbauen, dann wäre, glaube ich, in diesem Hause auch nicht der geringste

Digitized by Google

Streit darüber, daß eine einheitliche Organisation geschaffen werden müßte (Sehr richtig! und lebhaftes Bravo! auf allen Seiten des Hauses), das würde den Gang des ganzen Werkes wesentlich vereinfachen, verbessern und seine Kosten bedeutend verringern . . . Ich glaube also meine Herren, es muß eine Aufgabe der Zukunft sein, diese drei großen Versicherungsgesellschaften in eine einheitliche Form zusammenzufassen. (Wiederholter Beifall auf allen Seiten des Hauses.) Ich glaube, daß die Entwicklung dahin gehen muß, daß man einen Unterbau unter berufsmäßiger Leitung schafft, der die sozialpolitische Gesetzgebung innerhalb beschränkter Verwaltungsbezirke in erster Instanz auszuführen hat, der alle Anträge auf ihren sachlichen Inhalt prüft, die Einziehung der Beiträge leitet, die Rentenempfänger überwacht, das Heilverfahren anordnet und die Zahlung der Renten veranlaßt. . . . "

Durch diese offizielle Stellungnahme des zuständigen Ressortchefs und der deutschen Volksvertretung zu der Frage der Vereinheitlichung der Arbeiterversicherung ist der künftige Weg, den die deutsche Reichsgesetzgebung zu gehen haben wird, markiert. Es kann kaum angezweifelt werden, daß diese „Frage" nicht mehr von der Tagesordnung verschwinden und schließlich zur Lösung kommen wird.

Auch die Organisation der Krankenversicherung, die Krankenkassen, haben zu der Frage der Vereinheitlichung Stellung genommen und auf dem „II. Allgemeinen Kongreß der Krankenkassen Deutschlands" (15. bis 16. März 1903) einstimmig folgende Resolution angenommen:

»Der zweite allgemeine Kongreß der Krankenkassen Deutschlands hält eine Verschmelzung der gesamten Arbeiterversicherungen im Interesse der Versicherten für geboten. Durch eine solche würde eine viel schnellere und zufriedenstellendere Fürsorge für die Kranken und Invaliden herbeizuführen sein; auch würden sich die Verwaltungskosten verringern. Für Durchführung der Witwen-, Waisen- und Arbeitslosenunterstützung würde durch eine

Digitized by Google

solche Vereinigung eine sehr geeignete Organisation geschaffen werden. Der Kongreß hält aber eine Verschmelzung nur dann für annehmbar, wenn dabei die Selbstverwaltung durch Versicherte und Arbeitgeber, wie sie bei den organisierten Krankenkassen gegenwärtig gegeben, nicht angetastet wird. Eine ersprießliche Sozialreform ist nur dann zu erzielen, wenn bei deren Durchführung diejenigen, für welche sie gegeben, den wesentlichen Einfluß haben. Es muß deshalb der lebhafteste Protest dagegen erhoben werden, daß jeder Fortschritt auf sozialpolitischem Gebiet mit einer Einschränkung der Selbstverwaltung erkauft werden soll."

Die deutschen Landes-Versicherungsanstalten, die Organe der Invalidenversicherung, haben sich auf ihrer Konferenz in Hannover (27. bis 28. Mai 1904) mit der Frage der Vereinheitlichung der Arbeiterversicherung beschäftigt. Zu dem Gegenstande der Tagesordnung: „Krankenversicherung und Invalidenversicherung" hatte ich das einleitende Referat übernommen unter Formulierung von Leitsätzen, welche im wesentlichen meinen im Jahre 1895 der Konferenz im Reichsamt des Innern unterbreiteten Vorschlägen entsprechen, das heißt völlige Verschmelzung der Krankenversicherung mit der Invalidenversicherung in den Landes-Versicherungsanstalten unter gleichzeitiger Schaffung eines lokalen Unterbaues, der Arbeiterversicherungsämter.[1]) Wenn auch weder Beschlüsse noch Resolutionen gefaßt wurden, so kann doch festgestellt werden, daß in der Diskussion die Vertreter der Versicherungsanstalten — soweit sie überhaupt zu der Frage Stellung nahmen — ganz überwiegend den wesentlichsten Punkten meiner Vorschläge zustimmten, und daß in einem für die Zeitungen redigierten Resumé einstimmig festgestellt wurde: „Die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit der Verschmelzung der Krankenversicherung mit der Invalidenversicherung wurde im Prinzip fast allgemein anerkannt, wenn man sich auch den Schwierigkeiten bezüglich der Durchführung der Verschmelzung nicht verschloß".

[1]) Auch von dem Vorsitzenden der Landesversicherungsanstalt Oldenburg Regierungsrat Düttmann wurden ähnliche Vorschläge gemacht.

Digitized by Google

Endlich ist noch festzustellen, daß auch der sozialdemokratische Parteitag in München (1902) eine Resolution Molkenbuhr angenommen hat, in welcher „Vereinheitlichung der Versicherung“ gefordert wird.

Das nächst Deutschland auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung am weitesten fortgeschrittene Land, Österreich, hat bei der beabsichtigten Einführung der Invalidenversicherung auf Grund der bislang gemachten Erfahrung die Vereinfachung und Vereinheitlichung der Organisation gleichfalls in Erörterung gezogen. In der Regierungsdrucksache „Programm für die Reform und den Ausbau der Arbeiterversicherung“ wird auf Seite 102 ausgeführt:

„Dabei wird aber die große Bedeutung der Organisation für die Reform und Ausgestaltung der Arbeiterversicherung keineswegs außeracht gelassen. Das beweisen die vielfachen Klagen über die gegenwärtig auf dem Gebiete des Krankenversicherungswesens herrschende weitgehende Zersplitterung in zahlreiche kleine Kassenorganismen, welche mit Recht als ein Hemmnis der gesunden Entwicklung der Krankenversicherung angesehen wird, ferner die Klagen über den Mangel eines festeren organischen Zusammenhanges zwischen Unfall- und Krankenversicherung. Will die Gesetzgebung hier gründlichen Wandel schaffen, so hat sie auf die Vereinfachung der Organisation durch möglichste Einschränkung der Zahl der Träger der Versicherung, sowie auf die Schaffung eines organischen Zusammenhanges zwischen den Versicherungszweigen ihr Hauptaugenmerk zu richten.“

In dem vorliegenden Referat muß ich es mir versagen, die verschiedenen Vorschläge und Äußerungen zur Frage der Vereinheitlichung der Arbeiterversicherung kritisch zu beleuchten, ich muß mich vielmehr darauf beschränken, die wichtigsten für die Lösung der Frage in Betracht kommenden Punkte zu erörtern im Anschluß an das von mir für die Reform aufgestellte Programm.

Von den namhaftesten Publikationen auf diesem Gebiete sind folgende zu nennen:

T. Bödiker: Die Reichs-Versicherungsgesetzgebung. Leipzig 1898. Duncker & Humblot.

Digitized by Google

Düttmann: Umbau der Arbeiterversicherung. Berlin 1904. Verlag der Arbeiterversicherung. A. Troschel.

Dr. R. Freund: Das berufsgenossenschaftliche Prinzip im Krankenversicherungsgesetze. In Schmollers Jahrbüchern XI, 2.

Derselbe: Die Zentralisation der Arbeiterversicherung. Berlin 1888. J. J. Heines Verlag.

W. Kulemann: Die Reform unserer Sozialversicherung. Leipzig 1894. Duncker & Humblot.

R. v. Landmann: Über die Vereinfachung der Arbeiterversicherung. In den „Preußischen Jahrbüchern" 1894, II.

Zacher: Zur Vereinfachung der Arbeiterversicherung. In der „Arbeiterversorgung" 1903, S. 577.

Dr. Zeller: Die Vereinfachung und Verschmelzung der Arbeiterversicherung. Leipzig 1896. C. L. Hirschfeld.

Die deutsche Arbeiterversicherung kommt in den verschiedensten Organisationsformen und durch die verschiedensten Organe zur Durchführung.

Die Durchführung der Krankenversicherung erfolgt durch

8528 Gemeindekrankenversicherungen
4699 Ortskrankenkassen
7626 Betriebskrankenkassen
52 Baukrankenkassen
639 Innungskrankenkassen
1445 eingeschriebene Hilfskassen
225 landesrechtliche Hilfskassen

insgesamt durch **23.214** Organisationen.

Die Durchführung der Unfallversicherung erfolgt durch

66 gewerbliche Berufsgenossenschaften mit
349 Sektionen
14 Versicherungsanstalten
48 land- und forstwirtschaftliche Berufsgenossenschaften mit
583 Sektionen
198 staatliche Aufsichtsbehörden

Digitized by Google

289 Provinzial- und Kommunal-Ausführungsbehörden insgesamt durch **1547** Organisationen; hierzu treten noch **25.687** Vertrauensmänner.

Die Durchführung der Invalidenversicherung erfolgt durch

31 Versicherungsanstalten und
9 Kasseneinrichtungen

insgesamt durch **40** Organisationen.

Schon diese Zusammenstellung zeigt augenfällig die Vorteile der territorial-zentralisierten Organisation: 23.214 Krankenversicherungs-Organisationen und 1547 Unfallversicherungs-Organisationen stehen nur 40 Invalidenversicherungs-Organisationen gegenüber.

Die größte Zersplitterung findet bei der Krankenversicherung statt. In den 23.214 Organisationen waren rund 9,600.000 Mitglieder versichert; im Durchschnitt des Deutschen Reiches kommen auf eine Kasse 433 Mitglieder. Der Stadtbezirk Berlin mit seinen fast 600.000 Versicherten hat nur zwei Kassen mehr als Schwarzburg-Rudolstadt mit 20.000 Versicherten; nichts kann besser die unzweckmäßige Zersplitterung illustrieren, als diese Gegenüberstellung.

Am Schlusse meines im Jahre 1886 veröffentlichten Aufsatzes über das berufsgenossenschaftliche Prinzip im Krankenversicherungsgesetze [1]) resumierte ich mich in folgenden Sätzen:

1. Die Vielheit der Kassen hindert eine kräftige Entwickelung derselben, es ist daher
2. auf eine möglichste Vereinigung der Kassen hinzustreben und zur Erreichung dieses Zweckes muß
3. das berufsgenossenschaftliche Prinzip in der Organisation der Krankenversicherung aufgegeben werden.

Die Richtigkeit dieser Sätze wird heute kaum mehr angezweifelt und ich habe oben schon angeführt, daß auch

[1]) In Schmollers Jahrbüchern, XI, 2

Digitized by Google

Österreich die „weitgehende Zersplitterung in zahlreiche kleine Kassenorganismen“ als ein „Hemmnis der gesunden Entwicklung der Krankenversicherung“ ansieht.

An Stelle vieler kleiner leistungsunfähiger Kassen mit schwankender Mitgliederzahl soll eine große Organisation gesetzt werden, welche sämtliche versicherungspflichtigen Personen eines Bezirkes umfaßt.

Zu der Frage der berufsgenossenschaftlichen Organisation der Krankenversicherung habe ich in meinem oben zitierten Aufsatze zwei Äußerungen aus sachverständigen Kreisen angeführt, welche so vortrefflich diese Frage klären, daß ich sie hier wiederholen will. Aus Anlaß des Planes, die beruflich organisierten Ortskrankenkassen der Stadt Leipzig in eine Kasse zu verschmelzen, wird folgendes ausgeführt:

„Man kommt eben zu der Überzeugung, daß für das bei der Krankenversicherung zu tragende Risiko nicht allein und auch nicht einmal in erster Linie der Beruf ausschlaggebend ist, sondern daß noch andere Faktoren mitwirken, vor allem Geschlecht und Lebensalter, daß aber auch, soweit wirklich ein Unterschied der Krankheitsgefahr in der Verschiedenheit des Berufs begründet sein sollte, derse be bei einer wirklich großen Kasse durch die Verteilung auf die zahlreicheren Mitglieder ausgeglichen werde . . . . Endlich wird, soweit durch diese Momente noch nicht alle Unterschiede gehoben sein sollten, die Überzeugung das ihrige tun, daß die minimale Ersparnis, welche vielleicht der eine Beruf gegenüber dem anderen beim Getrenntbleiben in Erhebung der Kassensteuer zu erzielen vermöchte, weit überwogen wird von den Vorteilen der billigeren einheitlichen Verwaltung einer gemeinsamen Kasse, von der Stetigkeit und Gleichmäßigkeit des Arbeitens und von dem Bewußtsein, durch ein verschwindendes Opfer, wenn es überhaupt eines solchen bedurfte, zu dauernder fester Gestaltung des Krankenversicherungs-Wesens beigetragen zu haben“.

Die zweite Äußerung stammt aus der Stadt Chemnitz aus gleichem Anlaß:

„Die allgemeinen Erwägungen, daß die Krankenkassen je größer desto leistungsfähiger sind, indem die Versicherungsgefahr bei einer größeren Verteilung geringer wird, und größere Kassen besser im Stande sind, die großen Schwankungen in der Zahl der den einzelnen

Digitized by Google

Gewerbszweigen angehörenden Kassenmitglieder, in den Beiträgen zur Kasse und in den Ansprüchen an die Kasse zu ertragen, als getrennte Kassen für einzelne Gewerbszweige, führten zu dem Gedanken, an Stelle der 10 Ortskrankenkassen und der Gemeindekrankenversicherung eine gemeinsame Ortskrankenkasse für alle der Krankenversicherungspflicht unterliegenden Gewerbszweige und Betriebsarten zu errichten.

Die Gründe, welche der Bevorzugung von Ortskrankenkassen lediglich für Berufsgenossen vor gemeinsamen Ortskrankenkassen für verschiedene Gewerbe bei Erlaß des Krankenversicherungsgesetzes untergelegen haben, nämlich dem genossenschaftlichen Bewußtsein der Kassenmitglieder Rechnung zu tragen, dem Bedürfnis genossenschaftlicher Organisation zu entsprechen und dadurch zugleich die einzelnen Kassen den nach den Erkrankungs- und Unfallgefahren verschiedenen Klassen der Arbeiter anzupassen, können wie wohl überall nicht zur Geltung kommen, weil ihnen die tatsächlichen Verhältnisse entgegenstehen. In kleinen Orten fehlt für einzelne berufsgenossenschaftliche Kassen die zu deren Lebensfähigkeit nötige Anzahl von Mitgliedern. In großen Orten, wie hier, tritt der dauernden Erhaltung eines bestimmten berufsgenossenschaftlichen Bewußtseins bei einem Teile der Arbeiter der teils durch die Jahreszeiten, teils durch die Änderungen in der Geschäftslage und in den Lohnverhältnissen der verschiedenen Gewerbszweige bedingte Wechsel der Berufsarbeit entgegen. Weiter wird die berufsgenossenschaftliche Organisation der Arbeiter in dem Rahmen einzelner Ortskrankenkassen oft bei Übergang der Arbeiter zu einem anderen Arbeitgeber selbst dann, wenn dieselben bei derselben Berufsarbeit bleiben, durch die Trennung der Ortskrankenkassen nach den verschiedenen Gewerbszweigen nicht nur nicht gefördert, sondern im Gegenteil gestört, da für die Zuhörigkeit zu den einzelnen Kassen nicht der Beruf der Arbeiter, sondern der Hauptbetrieb der Arbeitgeber maßgebend ist, und dieser Hauptbetrieb oft ganz anderer Art ist, als jener Beruf einzelner dabei beschäftigter Arbeiter".

Im Übrigen muß ich bezüglich dieser Frage auf die eingehenden Eröterungen in meinem Aufsatze über das berufsgenossenschaftliche Prinzip und in meiner Broschüre „Zentralisation der Arbeiterversicherung" verweisen. Die Vorteile der großen territorialen Organisation bestehen vor allem in der größeren Leistungsfähigkeit und damit in der besseren Durch-

Digitized by Google

führung der gesamten Krankenversicherung. Insbesondere wird es möglich sein, den ärztlichen Dienst vorzüglich zu organisieren, für gute Krankenhauspflege zu sorgen und andererseits eine scharfe Kontrolle gegen das Simulantentum einzuführen. Dazu kommt der Wegfall von Kompetenzstreitigkeiten, der zahllosen Streitigkeiten über die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Kasse, wodurch eine große Vereinfachung in der Verwaltung und eine große Erleichterung für die Versicherten erzielt wird. Nicht unwesentlich ist auch die Ersparnis an Verwaltungskosten, was ich an dem Beispiel der Berliner Organisation illustrieren möchte. Bei den 55 Berliner Ortskrankenkassen betrugen die persönlichen und sachlichen Verwaltungskosten pro Kopf der Mitglieder

bei	10	Kassen	Mark	1.—	bis	Mark	1.90
„	26	„	„	2.—	„	„	2.90
„	11	„	„	3.—	„	„	3.90
„	4	„	„	4.—	„	„	4.90
„	1	Kasse	„	6.18			
„	1	„	„	7.60			
„	1	„	„	12.20			
„	1	„	„	17.49			

Die größte Kasse, die Allgemeine Ortskrankenkasse mit rund 67.000 Mitgliedern, gehört zu den zehn billigst verwalteten Kassen. Würden nun alle Kassen mit der Allgemeinen Ortskrankenkasse zu einer Kasse vereinigt, so würde diese zentralisierte Kasse höchstens denselben Verwaltungssatz beibehalten, wie jetzt die Allgemeine Ortskrankenkasse, das ist Mark 1.79 pro Kopf.

Da nun aber gegenwärtig der Durchschnitt bei allen Kassen Mark 2.30 beträgt, so würde bei rund 400.000 Mitgliedern der Ortskrankenkasse eine Ersparnis von über 200.000 Mark pro Jahr erzielt werden.

Die Überlegenheit der großen Kassen kommt deutlich zur Geltung in der Vermögensansammlung. So haben natur-

Digitized by Google

gemäß die beiden größten Berliner Ortskrankenkassen das größte Vermögen, nämlich

die Allgemeine Ortskrankenkasse	Mark	1,600.000
„ Ortskrankenkasse der Kaufleute . . .	„	1,100.000

dann kommt

die Ortskrankenkasse der Maschinenbauer	„	570.000
„ „ „ Buchdrucker .	„	488.000
„ „ „ Maurer	„	439.000

usw. bis zu der

Ortskrankenkasse der Tabakfabrikarbeiter	„	3.400

Hält man daran fest, daß es im Interesse einer guten Durchführung der Krankenversicherung liegt, eine möglichst große und leistungsfähige Organisation zu schaffen, so muß man auch alle Hindernisse beseitigen, welche dieser Entwicklung entgegenstehen. Dazu gehört vor allem die Beseitigung der Konkurrenz von anderen Krankenkassen: Sämtliche versicherungspflichtigen Personen des Bezirks müssen bei der Zentralkasse versichert sein; die anderen Kassen, Betriebskassen, Innungskassen, freie Hilfskassen usw. sollen als Zuschußkassen eine sehr wünschenswerte und hochbedeutsame Tätigkeit entfalten. Nur eine Ausnahme konnte man vielleicht machen hinsichtlich der Betriebskassen für sehr große isoliert gelegene Betriebe. Auch bezüglich dieses Punktes muß ich auf meine früheren eingehenden Erörterungen in meinen beiden oben zitierten Schriften verweisen. Die Betriebskassen mit ihren 2,500.000 Mitgliedern und die Eingeschriebenen Hilfskassen mit 900.000 Mitgliedern sind es ganz besonders, welche den Zwangskassen die besten Risiken wegnehmen und damit das allgemeine Risiko der Kasse verschlechtern. Die Sicherheit, Größe und Stärke der Zentralkassen beruht auf der Zwangsmitgliedschaft der versicherungspflichtigen Bevölkerung; die Zulassung von anderen Kassen würde den ganzen Aufbau unterminieren und eine ständige Gefahr für die Sicherheit und Fortentwicklung der Hauptorganisation bilden.

Digitized by Google

Der Zentralisierung der Krankenversicherung selbst für größere Bezirke, Provinzen, Bundesstaaten, steht nichts im Wege, sobald nur die Verwaltung in zweckmäßiger Weise dezentralisiert wird: Zentralisation der Organisation, Dezentralisation der Verwaltung.

Schon jetzt existieren freie Kassen, welche sich über ganz Deutschland erstrecken und durch ihre örtlichen Verwaltungsstellen eine geordnete und gute Verwaltung erzielen. Erstreckt sich die zentrale Krankenversicherungs-Organisation über eine ganze Provinz, über einen ganzen Staat, so müssen kleinere Verwaltungsbezirke gebildet werden, deren Abgrenzung lediglich dem Bedürfnisse entsprechend erfolgt. In der Regel wird der Verwaltungsbezirk einen mittleren Stadtbezirk, einen Kreis umfassen können, während für große Städte, zum Beispiel Berlin, mehrere Verwaltungsbezirke zu bilden sein werden. Die Verwaltung muß aber für diese Bezirke auch zweckmäßig organisiert sein, vor allem darf keine rein bureaukratische Verwaltung eingerichtet werden, sondern es müssen die Interessenten, Arbeitgeber und Versicherte, in umfangreicher Weise beteiligt werden. So habe ich denn vorgeschlagen, für diese Bezirke Arbeiterversicherungsämter zu bilden, welche bestehen sollen aus einer gleichen Anzahl Vertreter der Arbeitgeber und Versicherten und einem unparteiischen höheren Beamten als Vorsitzenden. Die rein paritätische Organisation unter Vorsitz eines Unparteiischen hat sich bei den deutschen Gewerbegerichten, den Einigungsämtern, den Arbeitsnachweisen außerordentlich bewährt.

Die jetzige Verteilung des Stimmenverhältnisses in den Krankenkassen — zwei Drittel Versicherte, ein Drittel Arbeitgeber — ist sozialpolitisch unbedingt zu verwerfen. Der unseren neuen sozialpolitischen Organisationen zu Grunde liegende Gedanke, die Beziehungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer durch ihre gemeinschaftliche Tätigkeit bei der Durchführung der sozialpolitischen Aufgaben inniger zu gestalten,

Digitized by Google

die beiden sich vielfach feindlich gegenüberstehenden Gruppen einander näher zu bringen, ist ein durchaus gesunder und richtiger. Das ungleiche Stimmenverhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern bringt die völlige Ohnmacht der Arbeitgeber mit sich, hat infolge dessen vielfach zu schweren Konflikten innerhalb der Verwaltung geführt, öfter mit dem gänzlichen Rücktritt der Arbeitgeber von der Verwaltung geendet und so die bestehenden Gegensätze zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern noch mehr verschärft. Eine Organisation, in welcher Arbeitgeber und Arbeitnehmer gemeinsam erfolgreich wirken sollen, in welcher dieses gemeinsame Wirken zugleich einen versöhnenden Einfluß ausüben soll, kann nur auf der Basis der Gleichheit des Stimmenverhältnisses und des vermittelnden Vorsitzes eines Unparteiischen begründet werden. Die Übertragung des Vorsitzes an einen unparteiischen höheren Beamten ist aus verwaltungstechnischen und sozialpolitischen Gründen notwendig. Die Leitung der Geschäfte wird sich insbesondere bei der Verschmelzung mit der Invalidenversicherung so umfangreich gestalten, daß dieselbe ordnungsmäßig nur durch einen geschulten höheren Beamten erfolgen kann; damit würde auch dem bisherigen unerwünschten Zustande, daß die Verwaltung der Kasse zumeist in den Händen subalterner Kassenbeamter liegt, ein Ende gemacht werden. Sozialpolitisch ist die Maßnahme notwendig, weil durch die Übertragung des Vorsitzes an einen Arbeitgeber oder Arbeitnehmer die betreffende Gruppe ein Übergewicht über die andere Gruppe bekäme und dies zu Konflikten und Verstimmungen führt. So sind zum Beispiel die Ausschüsse der Landes-Versicherungsanstalten (Invalidenversicherung) lediglich aus Arbeitgebern und Versicherten zusammengesetzt, so daß der Vorsitz entweder einem Arbeitgeber oder einem Versicherten zufallen muß. Wo die Gegensätze zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern sich zugespitzt haben, treten schon bei der Wahl des Vorsitzenden Schwierigkeiten auf: die Arbeitgeber stimmen geschlossen für

Digitized by Google

einen Arbeitgeber, die Versicherten für einen Versicherten, so daß die Wahl durch das Los erfolgen muß. Bei der Landes-Versicherungsanstalt Berlin ist dieser Zustand jetzt eingetreten und die ausschlaggebende Stimme des Vorsitzenden und das damit geschaffene Übergewicht der einen Gruppe hat den Ausschuß selbst zu Erwägungen veranlaßt, in welcher Weise der Ausschlag des Vorsitzenden ausgeschaltet werden könne. Die weitere Entwicklung wird sicherlich auch hier dazu führen, durch Gesetz den Vorsitz einem Unparteiischen zu übertragen.[1])

Die deutschen Krankenkassen haben in der oben mitgeteilten Resolution gegen die von mir vorgeschlagene paritätische Organisation der Arbeiterversicherungsämter Stellung genommen, indem sie behaupteten, dadurch wurde ihnen die Selbstverwaltung genommen.[2]) Die Arbeiter gehen hier von der irrtümlichen Voraussetzung aus, daß Selbstverwaltung nur vorhanden ist, wenn sie selbst einen ausschlaggebenden Einfluß haben, sie vergessen aber, daß die Selbstverwaltung auch für die Arbeitgeber gesichert sein muß. Eine derartige Sicherstellung für beide Teile ist aber nur in der vorgeschlagenen Form möglich. Auch in Österreich hat man in dieser Frage genau dieselben Erfahrungen gemacht und auch hier will man deshalb zu paritätischen Organisationen übergehen; das oben angeführte „Programm" (S. 116) bekämpft in sehr zutreffenden Ausführungen die auch bei den österreichischen Krankenkassen hervorgetretene Anschauung, als ob durch die beabsichtigte Maßnahme die Selbstverwaltung aufgehoben würde.

Die lokalen Arbeiterversicherungsämter würden für die Krankenversicherung die Funktionen der jetzigen Krankenkassen übernehmen, vor allem die Sorge für die Gewährung der

---

[1]) So führt in den bayerischen Versicherungsanstalten der Vorsitzende des Vorstandes auch den Vorsitz im Ausschusse.

[2]) Vgl. auch Protokoll der XI. Jahresversammlung des Zentralverbandes von Ortskrankenkassen im Deutschen Reiche S. 30.

Digitized by Google

Leistungen der Krankenversicherung an alle Berechtigten und die Kontrolle der Beitragsleistung. Die Frage, welche Befugnisse im Einzelnen auf die Zentralverwaltung übergehen sollen und welche Befugnisse der Lokalverwaltung verbleiben, soll einstweilen unerörtert bleiben. Es genügt für jetzt folgende Feststellung:

> Im Interesse einer prompten, einfachen und billigen Durchführung der Krankenversicherung und zur Erzielung einer leistungsfähigen Organisation ist es geboten, an Stelle der bisherigen in zahlreichen kleinen Kassen zersplitterten Organisation eine einzige Versicherungsorganisation zu schaffen, in welcher die gesamte versicherungspflichtige Bevölkerung eines bestimmten Bezirkes vereinigt ist. Es steht nichts im Wege, diese Bezirke auf ganze Provinzen oder Staaten zu erstrecken; in diesem Falle ist es aber notwendig, örtliche Verwaltungs-Organisationen unter paritätischer Hinzuziehung der Interessenten (Arbeitgeber und Versicherten) zu schaffen.

Nun ist aber im Dienste der Arbeiterversicherung bereits eine große territoriale Organisation geschaffen, nämlich die Landes-Versicherungsanstalten für die Durchführung der Invalidenversicherung und diese Organisation hat dasselbe Bedürfnis nach Errichtung von örtlichen Verwaltungs-Organisationen, so daß nichts näher liegt, als diese schon vorhandene Organisation für beide Versicherungen zu benutzen und auszubauen. Dieser Gedanke erfährt aber noch eine sehr wesentliche Verstärkung, wenn man die inneren Beziehungen zwischen beiden Versicherungen in Betracht zieht.[1])

Invalidität ist in den weitaus meisten Fällen der Abschluß einer längeren oder kürzeren Krankheit: die Stammgäste der Krankenkassen sind die Anwärter für die Invalidenrenten. Deswegen wird auch diejenige Verwaltungsstelle, welche die Kassenkranken jahrelang beobachtet hat, und derjenige Arzt,

[1]) Die folgenden Ausführungen sind entnommen aus meinem Aufsatze in der „Deutschen Medizinischen Wochenschrift“ 1904. Nr. 6.

Digitized by Google

welcher die Kranken jahrelang in Behandlung gehabt hat, am besten befähigt sein, ein Urteil darüber abzugeben, ob der Fall der Invalidität wirklich vorliegt, oder ob durch ein weiteres Heilverfahren noch Aussicht vorhanden ist, eine Wiederherstellung der Erwerbsfähigkeit für längere oder kürzere Zeit zu erzielen. Nun haben aber die Landes-Versicherungsanstalten, die Träger der Invalidenversicherung, ihre Tätigkeit nicht nur auf die Feststellung der Invalidenrenten beschränkt, sondern umfangreiche Maßnahmen getroffen, um den drohenden Eintritt der Invalidität bei ihren Versicherten zu verhüten, in der richtigen Erkenntnis, daß es sozialpolitisch von größerer Bedeutung ist, den Versicherten die Erwerbsfähigkeit, der Familie den Ernährer zu erhalten, als eine immerhin kärgliche Rente zu bewilligen, wobei der Gesichtspunkt, daß durch solche Maßnahmen auch die Versicherungsanstalt durch Verminderung der Renten entlastet wird, immer mehr und mehr in den Hintergrund trat.

Eine wirksame Prophylaxe kann aber nur betrieben werden, wenn es den Versicherungsanstalten ermöglicht wird, so frühzeitig wie möglich einzugreifen, das heißt also bei Beginn der Erkrankung. Bei der gegenwärtigen Organisation der Arbeiterversicherung fällt aber der Beginn einer Erkrankung lediglich in den Tätigkeitsbereich der Krankenkassen, und die Invalidenversicherung bekommt für ihre prophylaktische Tätigkeit meistens schon sehr vorgeschrittene Fälle, in welchen ein erfolgreiches Eingreifen zu spät ist, zur Kognition. Die Invalidenversicherung hat von dem Standpunkte der Prophylaxe aus das größte Interesse, daß jeder Erkrankte so frühzeitig wie möglich in ärztliche Behandlung kommt, daß ferner diese ärztliche Behandlung und überhaupt die gesamte Krankenfürsorge die denkbar beste und vollkommenste ist und solange dauert, bis die Krankheit völlig geheilt ist. Welche Verwaltung, welcher Arzt wird es nach seinen Erfahrungen bestreiten wollen, daß ein sehr großer Teil Invalidisierungen zurück-

Digitized by Google

zuführen ist auf Verschleppung der Krankheit, das heißt auf verspätetes Eingreifen der ärztlichen Behandlung, und auf mangelnde Schonung, das heißt auf vorzeitiges Abbrechen der Krankenfürsorge und frühzeitige Aufnahme der Arbeit. Dieses Interesse der Invalidenversicherung an der vollkommensten Ausgestaltung und Durchführung der Krankenversicherung führt mit zwingender Logik zu der Forderung: Verschmelzung der Invalidenversicherung mit der Krankenversicherung. Invalidenversicherung und Krankenversicherung gehören eben ihrem innersten Wesen nach zusammen, und es ist unnatürlich, sie in getrennten Organisationen zur Durchführung zu bringen.

Bei dem von den Versicherungsanstalten aufgenommenen Kampf gegen die Tuberkulose tritt die Unzweckmäßigkeit der Trennung so recht in die Erscheinung. Denn hier greift jetzt die Invalidenversicherung schon bei Beginn der Erkrankung ein, so daß tatsächlich bezüglich dieser einen Krankheit die Aufgaben der Krankenversicherung auf die Invalidenversicherung übergegangen sind. Vom Standpunkte der Invalidenversicherung und ihrer prophylaktischen Maßnahmen, vor allem aber vom Standpunkte aller Versicherten, ist es gar nicht zu rechtfertigen, eine Krankheit herauszugreifen und sie anders zu behandeln als die übrigen. Auch der Nervenkranke und Magenkranke, der Gichtkranke und der Rheumatiker haben denselben Anspruch, durch möglichst frühzeitiges Eingreifen der Versicherungsorgane vor allzu vorzeitigem Eintritt der Invalidität bewahrt zu werden. Würde also die Stellungnahme der Versicherungsanstalten gegenüber der Tuberkulose verallgemeinert, so würden sich die Grenzlinien zwischen der Tätigkeit der Krankenversicherung und der Invalidenversicherung fast völlig verwischen. Jede Ausgabe für Krankenfürsorge kommt in letzter Linie der Invalidenversicherung zugute; in diesem Satze erschöpfen sich alle inneren Gründe für die Verschmelzung beider Organisationen.

Digitized by Google

Hiernach ist der Gedanke, die Aufgaben der Krankenversicherung den vorhandenen Organen der Invalidenversicherung, den Landes-Versicherungsanstalten, zu übertragen und damit eine völlige Verschmelzung beider Versicherungen herbeizuführen, von selbst gegeben. Nur muß, wie oben ausgeführt, die Verwaltung durch Einführung der Arbeiterversicherungsämter dezentralisiert werden. Diese Dezentralisation der Verwaltung ist aber für die Landes-Versicherungsanstalten selbst eine absolute Notwendigkeit geworden. Die Anmeldung, Vorprüfung und Begutachtung der Rentenanträge geschieht gegenwärtig durch die sogenannten unteren Verwaltungsbehörden, die Kontrolle der Beitragsleistung meist durch besondere Kontrollbeamte, welche im Bezirke umherreisen, die Kontrolle der Rentenempfänger durch dieselben Kontrollbeamten oder durch Requisition anderer Behörden; die Ausübung der vorbeugenden Krankenfürsorge, dieses beinahe wichtigsten Teiles der Invalidenversicherung, wird durch den Mangel eines besonderen Organs sehr erschwert. Nichts läge näher, als für alle diese Aufgaben der Invalidenversicherung ein lokales Verwaltungsorgan zu schaffen, das nicht nur bureaukratisch organisiert ist, sondern, wie dies auch jetzt schon bei den unteren Verwaltungsbehörden der Fall ist, unter Mitwirkung von Vertretern der Arbeitgeber und Versicherten tätig ist. Hier ist also genau dasselbe Bedürfnis für das Arbeiterversicherungsamt vorhanden, wie bei der Krankenversicherung und die Erfüllung beider Aufgaben würde erst dem Amt seinen Inhalt geben. Wie ganz anders würden alsdann die Aufgaben der Krankenfürsorge zur Erfüllung gelangen! Zwischen allgemeiner Krankenfürsorge und vorbeugender Krankenfürsorge der Invalidenversicherung wäre alsdann kein Unterschied zu machen, sondern es müßte das Prinzip zur Geltung kommen: Jedem Kranken wird solange Krankenfürsorge zuteil, bis er entweder gesund ist oder als invalide erkannt wird. Das gegenwärtig geltende Prinzip der zeitlich begrenzten Krankenfürsorge ist sozialpolitisch un-

Digitized by Google

haltbar und das als Surrogat geschaffene Institut der Krankenrente durchaus ungenügend.

Das Arbeiterversicherungsamt hätte also folgende Aufgaben: Gewährung der gesetzlichen Leistungen in Erkrankungsfällen (ärztliche Hilfe, Arznei, Krankengeld), Beantragung und Begutachtung von Kuren in Lungenheilstätten, Sanatorien, Bädern, Entgegennahme, Vorbereitung und Begutachtung von Rentenanträgen, Kontrolle der Beitragsentrichtung, Kontrolle der Rentenempfänger und Beantragung und Begutachtung auf Entziehung der Rente. Der Zentralverwaltung, den Landes-Versicherungsanstalten würde zufallen die Entscheidung über die Bewilligung größerer Kuren, die Entscheidung über Rentenanträge und die Entziehung von Renten, die gesamte Vermögensverwaltung, der Bau von Krankenhäusern, Heilstätten und sonstigen Wohlfahrtseinrichtungen, die Aufsicht und Kontrolle über die Arbeiterversicherungsämter.

Es könnte in Frage kommen, wie es der verstorbene Abgeordnete Rösicke vorschlug, den Arbeiterversicherungsämtern auch die Entscheidung über Rentenanträge in erster Instanz zu überweisen; im Interesse einer möglichst gleichmäßigen Durchführung der Rentenversicherung möchte ich jedoch diese Aufgabe den Zentralorganen vorbehalten. Nur die Gewährung der Krankenfürsorge muß den Ämtern zugewiesen werden, weil es hier darauf ankommt, sofort einzugreifen und jede Verzögerung zu vermeiden. Aus diesem letzteren Gesichtspunkte wird auch zu erwägen sein, ob das Arbeiterversicherungsamt selbst in der Lage sein wird, seinen Bezirk schnell und genügend zu versorgen. Zunächst kommt hier alles auf die Abgrenzung der Bezirke an, welche unter möglichster Anlehnung an vorhandene politische Bezirke (Stadtbezirke, Kreis) zu erfolgen haben wird. Abgesehen hiervon erachte ich aber eine weitere Dezentralisierung der Verwaltung innerhalb des Bezirks des Arbeiterversicherungsamtes für möglich und notwendig. Innerhalb der Stadtbezirke, in welchen das Amt seinen Sitz

Digitized by Google

hat, wird eine solche Dezentralisierung nicht notwendig sein; in sehr großen Städten, wie in Berlin, wird die Einrichtung mehrerer Arbeiterversicherungsämter in Frage kommen. Dagegen würden für alle ländlichen Distrikte Maßnahmen zu treffen sein, um die möglichste Beschleunigung in der Gewährung der Krankenfürsorge usw. sicher zu stellen. Und hier möchte ich in Vorschlag bringen, den Volksschullehrer hinzuzuziehen, ihn gewissermaßen als Agenten des Arbeiterversicherungsamtes zu bestellen, in ihm eine Lokalinstanz zu schaffen. Ihm wäre ein eiserner Vorschuß zu überweisen, aus welchem er sofort Krankengelder zahlen könnte, er hätte für sofortige ärztliche Hilfe zu sorgen, er hätte auch die Kranken und Rentenempfänger zu kontrollieren und die Beitragsleistung zu überwachen. Vermöge seiner genauen Kenntnis der lokalen und persönlichen Verhältnisse wäre der Lehrer vorzüglich geeignet, die Geschäfte des Arbeiterversicherungsamtes wahrzunehmen, er könnte auch für die Ausbreitung der Kenntnis der Versicherungsgesetze, insbesondere in der heranwachsenden Jugend, tätig sein und damit eine wichtige sozialpolitische Aufgabe erfüllen. Sein Beruf läßt dem Lehrer für diese Geschäfte genügend Zeit und die ihm von der Versicherungsanstalt zu gewährende Entschädigung wird ihm hochwillkommen sein. Wo es das Bedürfnis erheischt, könnten auch besondere Filialen mit eigenen Beamten eingerichtet werden.

Es kann hier nicht der Ort sein, auf weitere Detailfragen in Organisation und Verwaltung einzugehen, es muß vielmehr genügen, festzustellen, daß der Durchführung der kombinierten Invaliden- und Krankenversicherung durch große territoriale Organisationen unter gleichzeitiger Dezentralisation der Verwaltung keine unüberwindlichen Schwierigkeiten entgegenstehen.

Bei der bisherigen Betrachtung ist der dritte Zweig der Arbeiterversicherung, die Unfallversicherung, nicht in Berücksichtigung gezogen worden. Für die Hineinbeziehung der Unfallversicherung in die Vereinheitlichung bin ich von jeher

Digitized by Google

eingetreten [1]) und es sprechen gewichtige Gründe hiefür. Zuvörderst ist die Organisation der Unfallversicherung nicht darauf eingerichtet, mit der nötigen Schnelligkeit zu arbeiten; damit in Verbindung stehen hohe Verwaltungskosten, welche bei einer Vereinheitlichung erheblich herabgemindert werden könnten. Gerade die Organisation der Unfallversicherung bedürfte am meisten einer dezentralisierten, lokalen Verwaltung, wie sie in den Arbeiterversicherungsämtern am besten gegeben wäre. Dazu kommen die engen Beziehungen zur Krankenversicherung. Beinahe die Hälfte aller Unfälle bringen vorübergehende Erwerbsunfähigkeit mit sich und würden die naturgemäße und beste Erledigung durch die Arbeiterversicherungsämter finden. Des weiteren hat auch die Unfallversicherung bedeutende prophylaktische Aufgaben: die Sorge dafür, daß die Folgen des Unfalles durch sachgemäße Behandlung möglichst abgeschwächt werden zum Vorteil der Versicherten und der Versicherung. Diese vorbeugende Tätigkeit könnte am schnellsten und besten durch die Landes-Versicherungsanstalten und ihre Einrichtungen unter Hilfe der Arbeiterversicherungsämter ausgeübt werden. Liegt es nicht nahe, die gesamte Krankenfürsorge der Arbeiter, die gesamte vorbeugende Fürsorge, gleichviel auf welche Ursachen die Krankheitsfälle zurückzuführen sind, in einer Organisation zu vereinigen und sie dadurch leistungsfähiger zu machen? Und hiebei komme ich auf einen anderen Punkt, den ich schon so oft hervorgehoben habe und der ein starkes Argument für die völlige Verschmelzung von Unfall- und Invalidenversicherung bildet: die verschiedenartige Behandlung der Invalidität, je nachdem sie auf einen Unfall oder eine Krankheit zurückzuführen ist, wird nicht länger aufrecht zu erhalten sein. Der Arbeiter, welcher sich durch jahrelange Be-

[1]) Vgl. insbesondere „Zentralisation der Arbeiterversicherung", (Berlin 1888), „Zur Revision des Unfallversicherungsgesetzes in der Arbeiterversorgung", IX., 22 und „Unfallversicherungs-Novelle und Arbeiterversicherungs-Reform" in den „Blättern für soziale Praxis", IV., 81.

Digitized by Google

schäftigung im Betriebe eine Blei-, Phosphor- oder Quecksilbervergiftung zugezogen hat, erhält eine bei weitem niedrigere Rente als der Arbeiter, welcher das „Glück" hat, durch irgend einen Unfall Invalide zu werden. In den meisten Fällen ist die Krankheit, welche zur Invalidität führt, in ihren ersten Anfängen auf die Tätigkeit im Betriebe zurückzuführen oder doch mindestens durch diese Tätigkeit in ungünstigster Weise beeinflußt. Die Unterscheidung von Unfall- und Krankheitsinvalidität muß daher dem Arbeiter völlig unverständlich erscheinen und Unzufriedenheit erregen.[1]) Endlich würde auch durch die Vereinheitlichung ein sozialpolitischer Fehler beseitigt werden, welcher in der gegenwärtigen Organisation der Unfallversicherung vorhanden ist, nämlich: der Ausschluß der Arbeiter von der Verwaltung.

Der Umstand, daß die Kosten der Versicherung lediglich von den Arbeitgebern aufgebracht werden, rechtfertigt keineswegs diese Ausschließung. Denn es handelt sich hier, wie die Motive ausdrücklich hervorheben, um eine Fürsorgepflicht, welche dem Bereich der öffentlich-rechtlichen Verpflichtung angehört und nicht um die gesetzliche Regelung von Privatansprüchen. Der Arbeiter hat das größte Interesse an der ganzen Art der Durchführung der Versicherung und sein Ausschluß von der Verwaltung begründet die befremdliche Erscheinung, daß die Arbeiterschaft der Organisation wenig sympathisch gegenübersteht, trotzdem die durch diese Versicherung geschaffene Fürsorge die der anderen Versicherungen weit überragt. Alle diese Gründe sprechen für die völlige Verschmelzung der Unfallversicherung mit der einheitlichen Organisation von Invaliden- und Krankenversicherung, das heißt für die Vereinheitlichung der gesamten Arbeiterversicherung.

---

[1]) Aus diesem Grunde wurde daher schon im Jahre 1901 in der französischen Deputiertenkammer ein Gesetz eingebracht, durch welches das Unfallgesetz auf die Berufskrankheiten ausgedehnt werden sollte.

Digitized by Google

Wenn auch diese Hineinbeziehung der Unfallversicherung in die Vereinheitlichung als Endziel im Auge zu behalten sein wird, so wird es sich doch nicht empfehlen, diese völlige Hineinbeziehung schon jetzt bei der bevorstehenden Reform ins Auge zu fassen. Vielmehr wird es genügen, einstweilen nur die Vereinheitlichung in dem lokalen Unterbau, den Arbeiterversicherungsämtern, zu vollziehen dergestalt, daß die Arbeiterversicherungsämter als lokales Verwaltungsorgan für die Unfallversicherung an Stelle der jetzigen lokalen Organe (Vertrauensmänner, örtliche Polizeibehörde pp.) zur Verwendung kommen und die Berufsgenossenschaften als solche bestehen bleiben. Damit wäre den Arbeiterversicherungsämtern ein noch größerer Inhalt gegeben, die gesamte Krankenfürsorge der Arbeiterversicherung wäre zentralisiert, und es würde eine wesentliche Ersparnis an Verwaltungskosten eintreten. Vor allem würde aber dadurch der Instanzenwust in der Arbeiterversicherung beseitigt und für die Interessenten eine klare und einfache Organisation geschaffen: Es gibt für jeden Verwaltungsbezirk fortan nur **eine** Stelle, welche für **alle** Angelegenheiten der Arbeiterversicherung zuständig ist, nämlich das Arbeiterversicherungsamt. Mag es sich handeln um Anmeldung zur Versicherung, um Auszahlung von Krankengeld, um Überweisung an Krankenhäuser oder Heilstätten, um Antrag auf Rente, um Unfallanzeigen, um irgend eine Auskunft auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung, für alles ist das Arbeiterversicherungsamt zuständig.

Die völlige Verschmelzung der Unfallversicherung mit den andern Versicherungen, auch im Oberbau, kann der weiteren Entwicklung überlassen bleiben, sie wird sich als Notwendigkeit von selbst ergeben.

Daß die in Aussicht genommene Witwen- und Waisenversicherung in die vorgeschlagene Organisationsreform mit Leichtigkeit eingeführt werden könnte, bedarf keiner weiteren

Digitized by Google

Ausführungen. Aus diesem Grunde wird es aber notwendig sein, zunächst die Reform durchzuführen und dann den neuen Zweig anzugliedern.

Es würden sich mithin für das Reformprogramm folgende Phasen der Entwicklung ergeben:

1. Verschmelzung der Krankenversicherung mit der Invalidenversicherung in den Landes-Versicherungsanstalten unter gleichzeitiger Schaffung eines lokalen Unterbaues in den Arbeiterversicherungsämtern.
2. Die Einführung der Witwen- und Waisenversicherung und Übertragung auf die Landes-Versicherungsanstalten.
3. Weiterer Ausbau der Arbeiterversicherungsämter zum lokalen Verwaltungsorgan der Unfallversicherung.
4. Übertragung der Unfallversicherung auf die Landes-Versicherungsanstalten.

Der wichtigste Teil der Reform ist die Verschmelzung von Kranken- und Invalidenversicherung und die Schaffung eines lokalen Unterbaues. Diese Aufgabe ist so bedeutend, daß sie für sich allein zu erledigen ist. Erst wenn dieser Prozeß vollständig verdaut ist, soll man zur weiteren Erledigung des Programms schreiten.

Mit der Vereinheitlichung der gesamten Arbeiterversicherung stehen noch eine Anzahl von überaus wichtigen Fragen in unlöslicher Verbindung, die ich in meinen früheren Schriften eingehend behandelt habe und von denen ich die wichtigsten hier nur kurz erwähnen möchte. Zuvörderst muß der Kreis der Versicherungspflichtigen für sämtliche Versicherungen ein geschlossener werden, wozu vor allem die Ausdehnung der Krankenversicherung auf Dienstboten und landwirtschaftliche Arbeiter gehört. Dann die Frage der Beitragsleistung. Für die Form der Beitragsleistung halte ich nach wie vor das Markensystem als das geeignetste. Wenn über die Belästigungen, welche durch dasselbe für die Arbeitgeber verursacht werden, geklagt wird, so kann ich nur früher Gesagtes wieder-

Digitized by Google

holen[1]): Das Markensystem verkörpert das höchste Selbstverwaltungsrecht in sich und nicht mit Unrecht ist diesem System ein wichtiger volkserziehlicher Wert beigemessen worden. Es ist mit Sicherheit zu hoffen, daß die vereinfachte Form des Systems dem Volke zum Bewußtsein bringen werde, daß es sich hier nicht um eine lästige Verpflichtung, sondern um ein wichtiges Recht handelt, dessen verständige Ausübung die „Emanzipation von der Behörde" bedeutet. Die Abstufung der Beiträge und Leistungen muß nach Lohnklassen erfolgen unter Beseitigung des jetzigen komplizierten Verfahrens, in einer Weise, die die Zugehörigkeit zu den betreffenden Lohnklassen ohne jede Schwierigkeit für Arbeitgeber und Versicherte erkennbar macht. Die gesamte Bevölkerung neigt dazu, für die Einreihung in die Lohnklasse den wirklichen Arbeitsverdienst maßgebend sein zu lassen und man sollte dieser durchaus logisch begründeten Neigung entgegenkommen. Es wird daher zu erwägen sein, für diese Einreihung den tatsächlichen Verdienst derjenigen Woche, für welche die Marke Verwendung finden soll, zu Grunde zu legen.

Für die gesamte Arbeiterversicherung wird ein Beitrag zu erheben sein. Erwägt man, daß für die Invalidenversicherung schon jetzt ein erheblicher Reichszuschuß geleistet wird, daß auch für die Witwen- und Waisenversicherung ein solcher Zuschuß aus den Zollerträgnissen vorgesehen ist, daß die Kosten der Unfallversicherung von den Unternehmern als drückend empfunden werden, so dürfte man zu einer Dreiteilung der Kosten der Arbeiterversicherung zwischen Arbeitgeber, Versicherten und Reich, gelangen. Einerseits ist nicht abzusehen, warum das Reich nur für zwei Arten der Arbeiterversicherung einen Zuschuß leisten solle, andererseits ist die Forderung, daß die Allgemeinheit einen Teil der gesamten Kosten übernehmen soll, eine durchaus richtige, da die Allgemeinheit nicht nur durch die Entlastung der Armenpflege,

[1]) Vgl. meine „Vereinfachung der Arbeiterversicherung" S. 569.

Digitized by Google

sondern auch weiter die wichtigen Vorteile hat, welche in der Gesundung des gesamten Volkes liegen.

Gegen die Vereinheitlichung der gesamten Arbeiterversicherung ist das Bedenken erhoben worden, daß dadurch eine überaus mächtige Organisation geschaffen würde, welche einen Staat im Staate bedeute. Dieses Bedenken ist um so weniger begründet, als die Landes-Versicherungsanstalten, welche ja die gesamte Versicherung aufnehmen sollen, in den größten Teilen Deutschlands durch Staatsbeamte geleitet werden. Nur in Preußen stehen Provinzialbeamte an der Spitze der Anstalten. Würde für Preußen eine einzige Anstalt errichtet, so würden ohne weiteres ex lege Staatsbeamte an die Spitze der Anstalten treten. Man wird aber zu diesem Mittel, das wenig im Interesse der Entwicklung der Arbeiterversicherung liegen würde, nicht zu greifen brauchen, um auch für Preußen die gleichen Verhältnisse wie in den anderen Bundesstaaten einzuführen.

Deutschland ist das erste Land gewesen, welches mit der Einführung der Arbeiterversicherung das bedeutendste Kulturwerk der Welt geschaffen hat, sein treuer Freund und Verbündeter Österreich ist ihm auf diesem Wege gefolgt, andere Länder machen zögernd Versuche und bald wird, nach den Ausführungen des Präsidenten Bödiker, die Arbeiterversicherung den Siegeszug durch die ganze gesittete Welt antreten. Als Deutschland die ersten Versuche machte, tastete es völlig im Dunkeln, es hatte keine Vorbilder und mußte sich selbst seinen Weg schaffen. Kein Land hat naturgemäß auf diesem Gebiete so reiche Erfahrungen gesammelt, wie Deutschland, und kein Land ist so berufen wie Deutschland, auch in der Frage der Reorganisation der Arbeiterversicherung die führende Rolle zu übernehmen. In der Arbeiterversicherung steckt eine ungeheure Kraft und es gilt, diese Kraft zur vollen Entfaltung zu bringen. Daß die Vereinheitlichung der Arbeiterversicherung das wirksamste Mittel hierzu ist, ist meine unerschütterliche Überzeugung.

Digitized by Google

DIE ARBEITERVERSICHERUNG IN FINNLAND SEIT DEM JAHRE 1889.[1]

VON
Dr. AUG. HJELT
DIREKTOR DES STATISTISCHEN ZENTRALBUREAUS FÜR FINNLAND.

Wie auf dem allgemeinen Gebiete seines Kulturlebens überhaupt, verdankt Finnland auch in seiner sozialen Entwicklung, und zwar ganz speziell in Betreff seiner Arbeiterversicherung, dem Einflusse Deutschlands vielfache Anregung und belehrende Leitung. Die Durchführung der großartigen obligatorischen Kranken- und Unfallversicherung der Arbeiter in Deutschland weckte auch in Finnland das Interesse für dieses bedeutsame Problem und stellte zugleich eine praktische Lösung desselben in Aussicht. Am Landtage des Jahres 1888 reichten sämtliche Stände eine Petition ein betreffs des Einsetzens eines Komitees zur Untersuchung der Frage „ob und nach welchen Grundsätzen eine staatliche Arbeiterversicherung in Finnland eingeführt werden könnte" und zur Ausarbeitung eines Gesetzentwurfes betreffend die Kranken-, Unfall- und Altersversicherung der Arbeiter. Im Oktober des folgenden Jahres wurde das Komitee ernannt.

Dies war der Aufschluß der sozialen Organisation der Arbeiterversicherung in Finnland, die somit aus demselben Jahre stammt wie der Internationale Arbeiterversicherungs-Kongreß.

Das eben erwähnte Komitee nahm es mit seiner Aufgabe sehr gründlich. Dies war aber auch unvermeidlich notwendig. Nicht nur die öffentliche Meinung, sondern auch die Ansichten

[1]) Näheres in meiner Darstellung der Arbeiterversicherung in Finnland in den Heften X und Xa des vom Geheimrate Dr. Zacher herausgegebenen Werkes „Die Arbeiterversicherung im Auslande". (Berlin 1899 und 1905.)

Digitized by Google

im Komitee selber gingen weit auseinander betreffs der Hauptfrage: Freiwilligkeit oder Versicherungszwang.

Nachdem in erster Linie verschiedene statistische Untersuchungen für das Komitee angestellt worden waren und das Komitee zur Ausarbeitung seiner Vorschläge und Gesetzentwürfe betreffs der oben erwähnten drei Versicherungszweige schritt, trat deshalb eine prinzipielle Teilung des Komitees ein. Die Mehrzahl der Mitglieder wollte auch künftighin alle Zweige der Arbeiterversicherung auf Freiwilligkeit gründen. Eine Minorität dagegen vertrat entschieden die Ansicht, daß sowohl die Kranken- wie die Unfallversicherung der Arbeiter obligatorisch sein sollten. Hinsichtlich der Altersversicherung war das Komitee einstimmig der Meinung, daß sie, wie bis dahin, der privaten Fürsorge überlassen bleiben müsse, nur sollten die privaten Unterstützungskassen einer Reorganisation unterzogen werden.

Drei Jahre vergingen, bevor das Komitee seine Arbeiten beendigte und der Regierung seine verschiedenen Gutachten und alternativen Vorschläge einreichte. Nun sollte die Regierung ihren Standpunkt feststellen und die Frage dem nächsten Landtage unterbreiten.

Die Regierung holte nun, ehe sie ihren Standpunkt bestimmte, von mehreren Behörden, sowie von Arbeitgeber- und und Arbeitervereinen Gutachten über die Vorschläge des Komitees ein. Man konnte nun konstatieren, wie wenig aufgeklärt und wie wenig übereinstimmend die Ansichten in dieser Frage noch waren. In den Kreisen der Arbeitgeber lehnten die Meisten die Vorschläge einer obligatorischen Arbeiterversicherung ab. Die meisten Arbeitervereine erklärten sich dagegen für den Versicherungszwang, besonders hinsichtlich der Unfallversicherung.

Schließlich, nach langem Zögern, traf die Regierung ihre Wahl dahin, zwischen den entgegengesetzten Ansichten den goldenen Mittelweg innezuhalten. Während sie nämlich die Kranken- und Altersversicherung auch künftighin als freiwillige Einrichtung den einzelnen Fabriks- und sonstigen Arbeiter-

Digitized by Google

Unterstützungskassen überlassen wollte, — jedoch mit dem Versprechen, daß dieselben richtigen versicherungstechnischen Grundsätzen gemäß reorganisiert und einer staatlichen Aufsicht unterworfen werden sollten, — beschloß sie auf dem Gebiete der Unfallversicherung das Zwangsprinzip zu befürworten. Dementsprechend war der kaiserliche Gesetzentwurf abgefaßt, welcher im Jahre 1894 dem Landtage vorgelegt wurde.

Im Landtage entbrannte selbstredend ein heißer Kampf. Es wurden die allbekannten Gründe für und wider ins Feld geführt. Die Gegner des Versicherungszwanges sahen in demselben ein ungebührliches Eingreifen seitens der Staatsgewalt in das Verhältnis zwischen dem Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Sie sprachen die Überzeugung aus, daß die Unfallversicherung der Industrie des Landes eine unerträgliche Last aufbürden würde, welche dieselbe im internationalen Wettkampfe schwer schädigen müßte. Unter den Arbeitern würde die Versicherung Sorglosigkeit und somit indirekt eine erhöhte Unfallfrequenz erzeugen und außerdem die Versicherten zur Simulation und unreellem Verfahren verleiten. Die wachsenden Ziffern der Unfälle und der Kosten der Unfallversicherung in Deutschland seien abschreckende Beweise für die Richtigkeit dieser pessimistischen Voraussagungen.

Von der anderen Seite wurde darauf hingewiesen, daß wie die Verhütung der Betriebsunfälle, so auch die von denselben verursachten Kosten einfach als Betriebsunkosten zu betrachten und also von den Unternehmern zu tragen seien. Die Arbeiter haben das Recht, gegen die ökonomischen Folgen der Unfälle gesichert zu sein und dies könnte ihnen im nötigen Umfange nur die obligatorische Versicherung garantieren. Die Versicherungsprämien werden voraussichtlich bei weitem nicht so erdrückend groß, wie die Gegner dieser Versicherung voraussagten. Bei genügender Kontrolle ließe sich auch die Simulation und die durch Fahrlässigkeit verursachten Beschädigungen in Zaum halten. Die Ziffern der deutschen Unfallversicherung

Digitized by Google

konnten nur durch eine oberflächliche und unrichtige Interpretation als ungünstig bezeichnet werden.

Nach langen Debatten entschlossen sich die Stände endlich, den Gesetzentwurf, betreffend die obligatorische Unfallversicherung, jedoch erst seitdem mehrere bedeutende Veränderungen in demselben im Kompromißwege durchgesetzt worden waren, anzunehmen. In der von den Ständen angenommenen Fassung wurde das Gesetz am 5. Dezember 1895 vom Kaiser und Großfürsten bestätigt und trat am 1. Januar 1898 in Kraft. Vordem erließ jedoch die Regierung im Jahre 1897 nähere Ausführungsbestimmungen, sowie einen Erlaß über die Berechnung des Invaliditätsgrades.

Eine bedeutsame Erweiterung hat die somit ins Leben getretene obligatorische Unfallversicherung der Arbeiter, welche sich anfänglich nur auf die Industrie erstreckte, erfahren, indem sie im Jahre 1902 auf die Seeschiffahrt ausgedehnt worden ist. Das Gesetz vom 23. Januar 1902 betreffend die Haftung des Schiffsrheders für körperliche Beschädigung, die den Seemann im Berufe trifft, trat am 1. März 1903 in Kraft. Eine besondere, auf Gegenseitigkeit gegründete, vom Staate subventionierte Versicherungsanstalt hat die Unfallversicherung der Seeleute übernommen.

Wie schon erwähnt, schlug die Regierung den im Jahre 1894 versammelten Ständen keine Systemveränderung in Betreff der Kranken- und Altersversicherung der Arbeiter vor. Auch von Seiten der Volksvertretung wurde kein Vorschlag in solcher Richtung gemacht. Bis auf den heutigen Tag sind somit diese zwei Versicherungszweige der freiwilligen Betätigung überlassen geblieben. Erwähnt soll doch werden, daß Normativbestimmungen für die Kranken- und Pensionskassen der Arbeiter durch eine Verordnung vom 2. September 1897 von der Regierung aufgestellt und eine allerdings bis jetzt äußerst oberflächliche Beaufsichtigung dieser Kassen seitens des Staates angeordnet wurde.

Digitized by Google

Die völlig ungenügende Gestaltung der Invaliditäts- und Altersversicherung der Arbeiter hat in ihren Kreisen in den letzten Jahren die Forderung wachgerufen, der Staat sollte für eine allgemeine Invaliditäts- und Altersversicherung sorgen. Auch von der Volksvertretung ist diese Frage unter Debatte gestellt worden, und am 22. Mai 1900 richteten die Stände an Seine Majestät den Kaiser und den Großfürsten ein untertänigstes Gesuch, daß „die Regierung eine Untersuchung veranstalten lassen wolle, betreffend die geeignetste Weise, die Entwicklung der Versicherung der Arbeiter und mit ihnen gleichgestellter Personen gegen dauernde Arbeitsunfähigkeit infolge von Alter oder anderen Ursachen außer Unfällen während der Arbeit zu fördern und, falls diese Untersuchung dazu Anlaß gäbe, seinerzeit den Ständen einen entsprechenden Gesetzentwurf vorlegen wolle."

Diesem Gesuch der Stände entgegenkommend, hat der Finnländische Senat im Mai 1904 ein Komitee mit dem Auftrage ernannt, die oben erwähnte Frage zu behandeln und den vorersehenen Gesetzentwurf eventuell auszuarbeiten. Das Komitee ist zurzeit mit der Lösung seiner Aufgabe beschäftigt.

In dem Obigen ist die Entwickelung der Gesetzgebung der Arbeiterversicherung in Finnland in ihren Hauptzügen kurz angedeutet.

Es erübrigt nun, einige der hauptsächlichsten Resultate dieser Versicherung sowie ihren gegenwärtigen Stand kurz anzugeben.

Krankenversicherung. Die statistische Untersuchung, welche das früher ernannte Arbeiterversicherungs-Komitee im Jahre 1889 unternahm, ergab, daß die Hilfs- und Unterstützungskassen der Arbeiter zum größten Teile höchst unvollkommen organisiert waren. Spezielle Krankenkassen gab es nur wenige. Die meisten gewährten außerdem Begräbnishilfe und Altersrenten. Die Verbindlichkeiten der Kassen waren überhaupt recht

Digitized by Google

unklar bestimmt; recht allgemein war die Bestimmung, daß Unterstützungen „nach Prüfung des Bedarfes und der Zahlungsfähigkeit der Kassen“ bewilligt werden. Dementsprechend wurden in den meisten Kassen, ohne Rücksicht auf die verschiedene Erkrankungsgefahr, also, ohne daß Alter, Beruf und Gesundheitszustand in Betracht gezogen wurden, gleich große Jahreszahlungen von den Kassenmitgliedern erhoben. Unter einander hatten die Kassen keinerlei Verbindung. Wenn ein Arbeiter gezwungen war seinen Arbeitsplatz zu verlassen, mußte er auch aus der mit dem Unternehmen verbundenen Hilfskasse austreten, ohne von seinen Einzahlungen irgend einen weiteren Nutzen zu haben. Trotzdem waren die meisten Krankenkassen obligatorisch und die Einzahlungen so hoch berechnet, daß sie auch für Begräbnishilfe und teilweise sogar für Altersrenten ausreichen sollten.

Im Jahre 1889 war die Zahl der Hilfskassen, welche Krankenunterstützung, sowie zum Teile auch Begräbnishilfe und Pensionen gewährten, 85 und die ihrer Mitglieder 15.543. Das Gesamtvermögen der Kassen betrug 1,063.317 Mark (= Francs).

Zur Krankenkassenunterstützung waren 14.978, und zur Begräbnishilfe 12.039 Personen berechtigt. Diese Ziffern entsprechen 38·1, bezw. 31·0% der damaligen Gesamtzahl der industriellen Arbeiter.

Ende des Jahres 1902 gab es 163 Hilfskassen, welche Krankenunterstützungen und Begräbnishilfe oder alle beide zugleich gewährten; ihre Mitgliederzahl war 34.032. Von diesen waren 30 237 zur Krankenunterstützung, und 33.263 zur Begräbnishilfe berechtigt. Im Verhältnis zur Gesamtzahl der Industriearbeiter macht es 31·7, bezw. 34·9% aus.

Für die hier in Betracht kommende 13jährige Periode zeigten also die Krankenkassen, absolut genommen, eine bedeutende Zunahme der Mitglieder, aber tatsächlich, d. h. im Verhältnis zu der rasch erfolgten Zunahme der Industriearbeiter, ist ein beträchtlicher Rückgang zu verzeichnen.

Digitized by Google

Im weiteren ergibt ein Vergleich zwischen den Jahren 1889 und 1902 folgendes:

	1889	1902
Krankentage auf jedes Mitglied	4·44	4·72
Krankenunterstützung pro Mitglied . . .	Mk. 8·77	Mk. 8·11
Krankenunterstützung pro Krankentag . .	„ 1·86	„ 1·96

Im Jahre 1897 wurden, wie schon erwähnt, Normativbestimmungen für die Arbeiterunterstützungskassen erlassen mit dem Zweck die schwersten versicherungstechnischen Mängel dieser Kassen zu beseitigen und besonders die allgemeine Kombination der Krankenunterstützungen und der Pensionen zu lösen. Die Kassen wurden verpflichtet ihre Statuten und ihre Organisation den Normativbestimmungen gemäß in nötigen Punkten zu verändern und alljährlich einen Bericht über ihre Tätigkeit und ihre finanzielle Lage der Industriebehörde einzusenden.

Die Kontrolle und die statistische Eruierung, welche das Gesetz vom Jahre 1897 somit schaffen sollte, ist leider bis zur allerletzten Zeit äußerst schwach geblieben. Dank dieser Sachlage haben die Kassen, wahrscheinlich in nicht geringem Maße, immer noch dieselben Fehler in Beziehung auf Buchführung, Kontrolle, Organisation und Leistungsfähigkeit aufzuweisen, welche schon im Jahre 1889 dargelegt wurden. Eine durchgreifende Reform haben sie jedenfalls nicht durch das Gesetz vom Jahre 1897 erfahren, noch weniger eine kräftige Neubelebung.

Gegenwärtig muß über die Krankenkassen Finnlands das Urteil gefällt werden, daß sie während ihrer bisherigen zwangsfreien Existenz in ihrer Entwicklung nicht gleichen Schritt mit der raschen Zunahme der Arbeiterklasse haben halten können und den Ansprüchen einer geordneten Krankenversicherung auch nicht annähernd genügen.

Altersversicherung. Wie oben erwähnt, war das Arbeiterversicherungs-Komitee vom Jahre 1889 einstimmig der

Digitized by Google

Ansicht gewesen, daß bis auf weiteres an eine Altersversicherung der Arbeiter nicht zu denken, sondern das Zustandekommen von Alterspensionen nach wie vor der privaten Fürsorge zu überlassen wäre. Dieser Meinung schloß sich nachher auch die Regierung und die Stände an. Ließ schon die Krankenversicherung der Arbeiter viel zu wünschen übrig, war dies aber in noch höherem Grade der Fall mit der Altersversicherung.

Die versicherungstechnischen Grundlagen der Pensionskassen waren durchwegs nicht tragfähig oder fehlten vollständig. Die Mehrzahl der Kassen gewährten zugleich Unterstützungen verschiedener Art für Krankheits- und Todesfälle. Die Jahreszahlungen waren so aufs Gradewohl festgestellt und die Zahlungspflicht der Kassen oft äußerst unbestimmt. Dazu kam, daß die Wirksamkeit der Kassen, von denen viele ihre Mitglieder hauptsächlich unter den Handwerkern zählten, sehr beschränkt waren.

Es wurde ermittelt, daß am Ende des Jahres 1889 41 Kassen bestanden, welche sowohl Pensionen als auch Kranken- und Begräbnishilfe bewilligten und 27 Kassen, welche nur Pensionen gewährten. Die Zahl der Arbeitermitglieder sämtlicher Kassen war 10.105 oder 26·0% der Gesamtzahl der Industriearbeiter, und die Zahl der Pensionen 526.

Wohlbegründet waren somit die ziemlich kräftigen Eingriffe, welche das schon erwähnte, die Arbeiterunterstützungskassen betreffende Gesetz vom 2. September 1897 speziell auf die Pensionskassen machte. Den Kassen, welche neben der Bewilligung, bezw. neben dem Inaussichtstellen von Pensionen auch anderweitige Unterstützungen gewährten — und dies war die Mehrzahl der Kassen — wurde diese bunte Vielseitigkeit verboten. Die Gewährung von Alters-, bezw. Invaliditäts-Pensionen sollte von der übrigen Unterstützungstätigkeit ausgeschieden, zu ihrer Sicherstellung besondere Fonds angelegt und diese selbständig werden. Für jede solche reorganisierte

Digitized by Google

Pensionskasse wurden die versicherungstechnischen Grundlagen besonders geprüft und in nötigen Teilen geändert. Zugleich wurde diesen Kassen eine gleichartige staatliche Kontrolle, wie den sonstigen Arbeiterkassen zugesagt.

Diese überaus nötigen Maßregeln hatten einen ziemlich starken Rückgang der Pensionskassen zur Folge. Im Jahre 1902 gab es deren nur 34 mit 8490 Mitgliedern. Dagegen war die Zahl der bewilligten Pensionen größer als im Jahre 1899 nämlich 946. Die Fonds der Pensionskassen beliefen sich gleichzeitig auf rund 2·6 Millionen Mark.

Wie oben schon erwähnt, reichen die gegenwärtigen Pensionskassen — unter deren Mitgliedern außerdem eine erhebliche Anzahl von selbständigen kleinen Handwerkern zu verzeichnen ist — auch nicht annähernd aus, um als Träger einer wirklichen Alters-, bezw. Invaliditätsversicherung der Arbeiter bezeichnet werden zu können. Ihre Leistungen kommen nur einer kleinen Minorität der am besten gestellten Arbeiter zugute. Dringend erheischt deshalb jetzt in Finnland die Frage, wie eine allgemeine Alters- und Invaliditätsversicherung der Arbeiterbevölkerung am besten zustande gebracht werden könne, ihre Lösung. Mit großem Interesse sieht man deshalb auch den Resultaten entgegen, welche die Arbeiten des mit dieser Frage gegenwärtig beschäftigten Komitees ergeben werden.

Unvergleichlich erfreulicher ist das Bild, welches die Unfallversicherung der Arbeiter in Finnland bietet. Auf diesem Gebiete der Arbeiterversicherung trat Finnland durch die Gesetze vom 5. Dezember 1895 in die Reihe der Staaten, welche in dieser Versicherung eine hochwichtige soziale Aufgabe erblicken und nicht gezögert haben, zu deren Lösung an die zwingende Staatsgewalt zu appellieren. Bei der Durchführung der obligatorischen Unfallversicherung der Arbeiter wurde jedoch in äußerst gemäßigter Weise vorgegangen. Als Beweis dessen ist nur auf einige Hauptpunkte der Organisation dieser Versicherung hinzuweisen.

Digitized by Google

Die Versicherungspflicht wurde nur auf solche industrielle Betriebe beschränkt, wo eine verschärfte Haftpflicht der Arbeitgeber am meisten erforderlich erschien, und wo größere Schwierigkeiten bei Durchführung des Versicherungszwanges nicht zu befürchten waren. Ausgeschlossen blieben somit bis auf weiteres der Ackerbau und die Waldwirtschaft. Die Versicherungspflicht erstreckte sich zweitens nur auf Unfälle, welche den Tod oder bleibende Invalidität herbeiführten. Es blieb dem Arbeitgeber freigestellt, bei weiteren Unfällen den Schadenersatz selbst direkt zu zahlen. Dem Vorbilde des österreichischen Krankenversicherungsgesetzes gemäß wurde ihnen das Recht eingeräumt, sich durch Zahlung des dritten Teiles der Jahresausgaben einer bei ihrer Unternehmung gegründeten Krankenkasse von der Haftpflicht hinsichtlich der Unfälle, welche nur vorübergehende Arbeitsunfähigkeit verursachten, gänzlich zu befreien. Die Versicherung konnte in jeder beliebigen Versicherungsanstalt geschlossen werden, welche dazu vom Staate ermächtigt wurde. Großen und anerkannt soliden Unternehmungen wurde außerdem das Recht zugesprochen, daß sie auf besonderes Ersuchen bei Hinterlegung einer zu bestimmenden Kautionssumme für eine gewisse Zeit der Versicherungspflicht enthoben werden konnten.

Für die Berechnung der Entschädigung wurde ein ziemlich reduzierter Höchstbetrag (720 Mark) des in Betracht zu kommenden Jahreslohnes festgestellt, aber auch ein Mindestbetrag (180 Mark), welcher eventuell, speziell bei jugendlichen Arbeitern den faktischen übersteigen konnte.

Acht Jahre sind nun bald verflossen, seitdem die obligatorische Unfallversicherung der Arbeiter in Finnland in der angedeuteten Gestaltung eingeführt wurde. Mit wahrer Freude kann ich nun hier die Tatsache konstatieren, daß diese Versicherung sich gut, ich möchte sagen sehr gut bewährt hat. Ihre Resultate haben in der Hauptsache sowohl die Gesellschaft wie die am nächsten Beteiligten, die Arbeitgeber und die Arbeiter,

Digitized by Google

befriedigt. Die Zahl der versicherten Vollarbeiter ist rund 66—68 Tausend. Die Unkosten der Arbeitgeber betrugen pro Jahr zirka 800.000 Mark, davon 681.311 Mark Versicherungsprämie und 111.003 Mark direkt gegebene Entschädigungen. Die von den Versicherungsgesellschaften ausgezahlten Entschädigungen waren

	Vorübergehende Beschädigung		Einmalige Entschädigung		Invaliden- und Todesfallrenten	
	Zahl	Betrag Mk.	Zahl	Betrag Mk.	Zahl	Betrag Mk.
1899	770	31.535	243	21 802	378	34 893
1900	720	42.247	358	40.212	631	58.088
1901	861	49.631	222	38.761	813	82.451
1902	912	45.280	243	32.684	964	94.497
1903	1177	53.145	179	29.807	1312	119.707

Die Gesamtzahl der Leibrenten beziehenden Personen betrug Ende 1903:

	Zahl	Betrag der Leibrenten	Im Durchschnitt
Invaliden	1208	Mk. 113.281	Mk. 93·78
Witwen	156	„ 21.375	„ 137·02
Kinder unter 15 Jahren .	269	„ 15.866	„ 58 98
Im ganzen	1633	Mk. 150.522	Mk. 92·28

Die Kosten der Versicherung haben sich als bedeutend geringer erwiesen, als die Gegner derselben voraussagten, und sogar geringer als ihre Befürworter berechnen durften, im allgemeinen Durchschnitt haben sie 1·2 bis 1·5% des Totalbetrages der Arbeitslöhne ausgemacht. Ganz besonders möchte ich aber hier darauf hinweisen, daß die Prämien im Laufe der Jahre nicht nur nicht gestiegen sind, sondern eine sinkende Tendenz erblicken lassen.

Dazu hat beigetragen sowohl eine verbesserte Unfallverhütung als die Konkurrenz der verschiedenen Versicherungsgesellschaften, unter welchen mehrere von den Arbeitgebern auf Gegenseitigkeit gegründete Versicherungsanstalten sind.

Digitized by Google

Streitigkeiten in Betreff der zugesprochenen Entschädigungsbeträge sind verhältnismäßig recht selten vorgekommen.

Die Unfallversicherung der Arbeiter in Finnland kann ja noch bei weitem nicht als definitiv organisiert angesehen werden. Sie muß noch in vielen Hinsichten weiter ausgebaut werden. Sie muß auf neue Volksschichten, vor allem auf die zahlreichen Landarbeiter ausgedehnt werden. Da man aber nunmehr in Finnland das feste Bewußtsein hat, sich in Betreff der Unfallversicherung auf dem richtigen Wege zu befinden, wird man nicht befürchten auf demselben Schritt für Schritt weiterzugehen. Auch in Finnland hat die Erfahrung somit die öffentliche Meinung entschieden zu gunsten der obligatorischen Gestaltung derselben geführt.

Ich erlaube mir die Hoffnung auszusprechen, daß der VII. internationale Arbeiterversicherungs-Kongreß für die Weiterbildung der Arbeiterversicherung auch dem entfernten kleinen Kulturvolke, das ich hier zu vertreten die Ehre habe, zu reichem Nutzen gedeihen wird.

Digitized by Google

ZUR FRAGE DER VEREINFACHUNG DER ARBEITERVERSICHERUNG

VON

Dr. ADOLF MENZEL,
ORD. PROFESSOR DER RECHTE AN DER UNIVERSITÄT IN WIEN.

Während der Niederschrift dieser Zeilen beraten die französischen Kammern über einen Gesetzentwurf, welcher die Einführung der obligatorischen Alters- und Invalidenversicherung der Arbeiter bezweckt. Die Idee des Versicherungszwanges ist im Begriffe, einen neuen, großen Erfolg zu erleben. Aber gerade aus jenem Lande, in welchem diese Idee zuerst praktische Verwirklichung gefunden hat, in welchem ein großartiges System der Arbeiterfürsorge auf der Basis des Versicherungszwanges geschaffen wurde, aus dem Deutschen Reiche werden seit einiger Zeit Klagen laut. Sie betreffen nicht das Prinzip, sondern nur die Art seiner Durchführung.

Die Gesetzgebung des Deutschen Reiches ist nicht nach einem im vorhinein feststehenden Plane, sondern schrittweise vorgegangen. Das erscheint durchaus begreiflich, da neue, noch nirgends erprobte Wege auf dem Gebiete der Arbeiterfürsorge eingeschlagen wurden. Es entstand zunächst der Ausbau der gemeinsamen Krankenversicherung unter Anknüpfung an die schon bestehenden zahlreichen und verschiedenartigen Krankenkassen. Daran schloß sich die Regelung der Unfallversicherung zunächst für die industriellen Arbeiter, hierauf für die in der Landwirtschaft, für die in Baugewerben und für die in der Seeschiffahrt beschäftigten Personen, jedesmal

Digitized by Google

durch ein besonderes, den Bedürfnissen des betreffenden Produktionszweiges angepaßtes Gesetz. Die dritte Etappe bildete die Einführung der Alters- und Invalidenversicherung. Jeder Zweig der Arbeiterversicherung hat seine besonderen Träger der Versicherung; der Kreis der versicherungspflichtigen Personen ist verschieden begrenzt, die Verwaltung und Rechtsprechung sowie das Finanzsystem (Umlageverfahren, Kapitaldeckung usw.) weisen die größte Mannigfaltigkeit auf.[1]

Infolgedessen fehlt es an einer rechten Harmonie und Verbindung zwischen den Zweigen der Arbeiterversicherung. Zuständigkeitsstreitigkeiten und Reibungen zwischen den verschiedenen Organen sind keine Seltenheit, das so wünschenswerte Zusammenwirken der Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung ist nicht gewährleistet. Arbeitgeber und Arbeiter leiden unter der Kompliziertheit des Verwaltungsorganismus. Trotz der zahlreichen unbesoldeten Ehrenbeamten sind die Verwaltungskosten recht bedeutend. Speziell auf dem Gebiete der Krankenversicherung erreicht die Zersplitterung ihren Höhepunkt in der Existenz von mehr als 23.000 Organisationen.

So ertönt denn seit Jahren der Ruf nach Vereinfachung der Arbeiterversicherung. Dieses Postulat hat im März dieses Jahres von Seite der deutschen Reichsregierung in einer Rede des Staatssekretärs Grafen Posadowski eine offizielle Anerkennung gefunden und wird demnach in nächster Zeit — neben der einzuführenden Witwen- und Waisenversorgung — im Mittelpunkte der Diskussion stehen bei allen Faktoren, welche an der Arbeiterversicherung des Deutschen Reiches interessiert sind. Aber auch für die anderen Staaten hat dieses Thema großes Interesse, mögen sie bereits einzelne Zweige der obligatorischen Arbeiterversicherung gesetzlich geregelt haben oder erst im Begriffe stehen, die Zwangsversicherung einzuführen.

[1]) Vgl. darüber besonders Zacher, »Die Vereinfachung der Arbeiterversicherung« in der Zeitschrift »Die Arbeiterversorgung«, 1903, Nr. 24.

Digitized by Google

Wenn ich als Österreicher zu dieser Frage Stellung nehme, so liegt hierfür ein besonderer Grund vor. Im Dezember 1904 hat die österreichische Regierung ein »Programm für die Reform und den Ausbau der Arbeiterversicherung« vorgelegt, welches den ersten [2]) legislativen Versuch darstellt, das Problem der Vereinfachung der Arbeiterversicherung zu lösen.[3]) Wie immer man über Einzelheiten dieses Gesetzentwurfes denken mag [4]), so werden gerade jene Bestimmungen desselben, welche eine Verbindung der verschiedenen Versicherungszweige herbeiführen wollen, auch außerhalb Österreichs Interesse erwecken.

Wenn von einer Vereinfachung oder Verschmelzung der Arbeiterversicherung die Rede ist, so muß man dabei zwei ganz verschiedene Vorschläge wohl unterscheiden: Die bloß organisatorische Verbindung der Versicherungszweige und ihre materielle Verschmelzung. Im ersten Falle bleiben die Gefahrengemeinschaften getrennt; es wird je ein besonderer Fonds gesammelt zum Ersatze des Schadens, welcher, sei es durch Krankheit, sei es durch die Folgen von Betriebsunfällen oder

[2]) Ein russischer Entwurf, welcher die verschiedenen Zweige der Arbeiterversicherung in einem einzigen Gesetze zusammenfassen will, ist bisher nicht publiziert worden; vgl. über ihn die Mitteilung in Conrads Jahrbüchern für Nationalökonomie und Statistik, 1905, Heft 7.

[3]) Das Problem gestaltet sich für Österreich nicht gar so schwierig, als für das Deutsche Reich. In der österreichischen Unfallversicherung ist nämlich das territoriale Prinzip nahezu alleinherrschend und kann daher ohne einschneidende Reformen allen Versicherungszweigen zugrunde gelegt werden. Dazu kommt, daß Österreich die Invalidenversicherung noch nicht besitzt und ihre Einführung gleichzeitig mit der Vereinfachung der Arbeiterversicherung erfolgen kann.

[4]) Eine scharfsinnige und sachkundige Kritik desselben enthält die Schrift von Dr. Leo Verkauf, »Reform und Ausbau der österreichischen Arbeiterversicherung«. Doch erkennt auch dieser Autor an, daß in dem Bestreben, alle Versicherungszweige in organische Verbindung zu bringen, ein entscheidender Vorzug des österreichischen Regierungsentwurfes liege (S. 136).

Digitized by Google

durch den Eintritt der Invalidität, herbeigeführt wird. Auch die Beiträge werden verschieden bemessen, angepaßt den Anforderungen der einzelnen Versicherungszweige. Die Einheit betrifft also bloß die äußere Organisation, insbesondere den Unterbau der gesamten Versicherung.[5])

Hingegen bedeuten die eigentlichen Fusionsvorschläge eine Verbindung der verschiedenen Versicherungszweige nicht bloß hinsichtlich der Geschäftsführung, sondern auch in bezug auf das Vermögen. Es soll künftig für zwei Versicherungszweige, z. B. für die Krankenversicherung und die Invaliditätsversicherung[6]) oder für die Unfallversicherung und die Invaliditätsversicherung[7]) ein einheitliches Institut mit einer einheitlichen Fondsbildung geschaffen werden und sollen dementsprechend auch die Beiträge einheitlich zu bemessen sein. Manche gehen so weit, diese Verschmelzung für sämtliche Versicherungszweige in Aussicht zu nehmen und in Zukunft nur einen einzigen Beitrag zur Deckung aller Ausgaben der Arbeiterver-

[5]) Eine solche, bloß organisatorische Vereinigung der Arbeiterversicherung befürworten Dr. v. Landmann in den »Preußischen Jahrbüchern«, Bd. LXXVII, S. 246 ff., ferner Regierungsrat Düttmann in der Zeitschrift »Die Arbeiterversorgung«, 1904, und besonders Dr. Bödiker in der Schrift »Die Reichsversicherungsgesetzgebung«, 1898; die darin enthaltenen, zuerst 1895 ausgearbeiteten Vorschläge sind wieder abgedruckt in dem für den gegenwärtigen Kongreß erstatteten Berichte Dr. Bödikers »Vereinfachung der Arbeiterversicherung«.

[6]) Eine solche Fusion der Kranken- und Invalidenversicherung vertritt namentlich Dr. Freund in der Abhandlung »Die Vereinfachung der Arbeiterversicherung«, Preußische Jahrbücher, 1896, Bd. LXXXIV, S. 281 ff., sowie in dem für den gegenwärtigen Kongreß verfaßten Berichte »Die Vereinheitlichung der Arbeiterversicherung«.

[7]) Eine solche Fusion wird vorgeschlagen von Professor Rosin in seiner Rektoratsrede »Umschau und Vorschau auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung«, 1897, ferner in seinem Werke »Das Recht der Arbeiterversicherung, II, Das Recht der Invaliditäts- und Altersversicherung«, 1904, S. 5 ff.; derselben Ansicht Hoffmann in der »Deutschen Juristenzeitung«, Bd. IV, Nr. 4.

Digitized by Google

sicherung mit Einschluß der Arbeitslosenversicherung [8]) zu proponieren.

Man muß sich darüber klar sein, daß mit diesen Vorschlägen der bisherige Boden der Arbeiterfürsorge gänzlich verlassen wird; sie hört in diesem Falle auf, eine Versicherung im Rechtssinne zu sein. Gewiß hat schon bisher die Arbeiterversicherung manche Abweichung von der Privatversicherung aufzuweisen; allein der Grundgedanke einer speziellen Gefahrengemeinschaft und einer Beziehung zwischen dem Beitrage (Prämie) und der Gefahr ist doch bisher im wesentlichen festgehalten worden.[9]) Wenn hingegen eine völlige Verschmelzung vorgeschlagen wird, so bedeutet dies mehr als eine Vereinfachung der Arbeiterversicherung, vielmehr verwandelt sie sich dann in eine nach Art des Armenrechtes gestaltete Fürsorge für die arbeitenden Klassen. Gewiß spricht manches dafür, eine solche Veränderung vorzunehmen; allein man sollte sich darüber vollkommen klar sein, daß es sich hier in der Tat um eine grundlegende Neuerung handelt.[10])

Wenn wir die Gründe prüfen, welche speziell für eine Verschmelzung der Invaliditäts- und Unfallversiche-

---

[8]) So Seybold »Das Gesamtversicherungsgesetz«, 1894, und in »Soziale Praxis«, Bd. XIV, Nr. 25. Für Österreich wird eine Fusion aller Versicherungszweige vorgeschlagen von Dr. Kobatsch in der »Österreichischen Rundschau«, Bd. III, Nr. 31. Als Endziel faßt dies auch ins Auge Freund a. a. O.

[9]) Näher behandelt ist dieses Thema in meinem Werke »Die Arbeiterversicherung nach österr. Rechte«, 1893, S. 178—201. Es gereicht mir zur besonderen Befriedigung, daß kein Geringerer als Professor Schmoller in seinem kürzlich erschienenen »Grundriß der allgemeinen Volkswirtschaftslehre«, Bd. II, S. 806, diese meine Auffassung der Arbeiterversicherung vollständig billigt.

[10]) Diese Klarheit scheint mir bei den Vertretern des Fusionsgedankens nicht immer vorhanden zu sein; die Berufung auf die Bequemlichkeit und Einfachheit infolge der Verschmelzung der Arbeiterversicherung bildet für sich allein kein zwingendes Argument.

Digitized by Google

rung vorgebracht wurden, so sind es im wesentlichen folgende: Für den erwerbsunfähigen Arbeiter, ebenso für die Hinterbliebenen eines Arbeiters erscheint es wirtschaftlich gleichgültig, ob die Invalidität oder der Tod auf einem Betriebsunfall beruht oder andere Ursachen hat. Es sei daher kein Grund, die Unfallsinvaliden, beziehungsweise die Hinterbliebenen anders zu behandeln und dem Betriebsunfalle eine rechtliche Bedeutung beizulegen. Demgegenüber kommt jedoch in Betracht, daß die ökonomische Gleichheit nicht allein ausschlaggebend sein darf für die Gestaltung der Entschädigung; es kommen auch ethische und psychologische Gesichtspunkte in Betracht. Ein plötzliches unvorhergesehenes Unglück muß wohl nicht gleichgestellt werden den Wirkungen eines Ereignisses, welches alle Menschen gleichmäßig trifft und daher nicht als besonderer Schicksalsschlag empfunden wird. Auch auf anderen Gebieten wird speziell die Verunglückung im Dienste anders behandelt wie die Invalidität und der Tod außerhalb desselben. In allen Kulturstaaten erhalten z. B. Gendarmen, Feuerwehrmänner und Polizeileute, welche im Dienste verunglücken, eine Entschädigung ohne Rücksicht auf die Dauer ihrer Dienstzeit; ökonomisch ist freilich auch hier der materielle Schaden derselbe, mag der Bedienstete aus welchem Grunde immer erwerbsunfähig werden oder sterben.

Ein weiteres Argument, das für die Gleichstellung aller Arten der Invalidität geltend gemacht wurde, liegt in der Schwierigkeit der Feststellung von Betriebsunfällen und des kausalen Zusammenhanges zwischen dem Unfalle und der Körperverletzung, beziehungsweise dem Tode. Nun ist es richtig, daß sowohl in Deutschland als in Österreich über diese Frage zahlreiche Prozesse entstanden sind, welche bei Aufhebung jenes Unterschiedes nicht aufkommen könnten. Allein eine konstante Praxis der Behörden vermag in dieser Richtung Abhilfe zu gewähren; einige Zweifel werden übrigens auch dann bestehen bleiben, wenn die Invalidität als solche den Rechts-

Digitized by Google

grund des Anspruches bildet, da auch dieser Begriff verschiedener Auslegung fähig erscheint. Jedenfalls kann diese prozessualische Schwierigkeit für sich allein ein ernstes Argument nicht abgeben.

Mehr Beachtung verdient der Gedanke, daß auch die Betriebskrankheiten, wie sie durch die Beschäftigung in bestimmten Industrien hervorkommen, z. B. die Phosphor- und Bleivergiftungen, dieselbe Behandlung verdienen wie die Betriebsunfälle, da auch hier die Invalidität oder der Tod auf die speziellen Gefahren eines Betriebes zurückzuführen sei. Hält man dies für richtig, dann könnte eine künftige Gesetzgebung die Betriebskrankheiten in der Tat den Betriebsunfällen gleichstellen, wie dies der russische Gesetzentwurf vorschlägt. Aber ein zwingendes Argument für die Verschmelzung der beiden Versicherungszweige kann wohl in dem Hinweis auf die Betriebskrankheiten nicht erblickt werden.

Jedenfalls würde die Einbeziehung der Unfallversicherung in die allgemeine Invaliditätsversicherung eine bedeutende Verschlechterung der rechtlichen Lage der bisher gegen Unfall versicherten Arbeiter zur Folge haben. Vor allem müßte vorher für alle Arbeiter die Witwen- und Waisenversicherung eingeführt werden, aber selbst dann noch läge ein Nachteil gegenüber dem bisherigen Rechtszustande darin, daß bei teilweiser Erwerbsunfähigkeit eine Invalidenrente im Gegensatz zur bisherigen Unfallversicherung nicht gewährt wird. Und selbst wenn man diesem Übelstande durch die allgemeine Einführung einer Halbinvaliditätsrente einigermaßen abhelfen wollte, bliebe noch immer das Moment der Wartezeit, welches Schwierigkeiten verursacht, ein Punkt, der bei den bisherigen Erörterungen über diese Frage gänzlich übersehen wurde. Hält man nämlich an der Notwendigkeit der Wartezeit fest, dann würde auch bei Betriebsunfällen eine Entschädigung nur geleistet werden nach Ablauf der Karenzzeit, ein Ergebnis, das offensichtlich nicht akzeptiert werden kann. Hebt man aber

Digitized by Google

die Karenzzeit für die gesamte Invalidenversicherung auf, dann verläßt man völlig den Boden einer versicherungstechnischen Grundlage und macht einen Sprung ins Dunkle. Endlich ist auch der Ausweg, die Wartezeit für Unfallinvaliden allein zu beseitigen, deshalb ungangbar, weil damit wieder die schwierige Frage des Betriebsunfalles zur Diskussion gestellt wird, die man ja durch die Verschmelzung der beiden Versicherungszweige aus der Welt schaffen will.

Noch wichtiger als alle bisherigen Erwägungen erscheint mir aber der Hinweis auf die geschichtlichen und juristischen Grundlagen der Unfallversicherung. Dieselbe ist an die Stelle der Haftpflicht der Unternehmer auf Grund des allgemeinen Privatrechts und auf Grund der Haftpflichtgesetzgebung getreten.[11]) Der geschädigte Arbeiter hat nach Einführung der Unfallversicherung nur noch ganz ausnahmsweise einen auf diese Rechtstitel gegründeten Anspruch. Wenn man daher die Unfallversicherung beseitigen und in die allgemeine Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung aufgehen lassen will, dann vergißt man, daß in der Unfallversicherung und in der Art, wie ihre Kosten gedeckt werden, die Rechtspflicht der Unternehmer hinsichtlich der Entschädigung enthalten ist. Die Billigkeit wird es dann erfordern, das allgemeine Privatrecht wieder zur Geltung zu bringen und damit wieder jene zahlreichen Prozesse herbeizuführen, welche mit einen Grund für die Einführung der Unfallversicherung gebildet haben.

Indem der Unternehmer bisher die Kosten der Unfallversicherung zur Gänze oder doch zum größten Teil aus eigenem Vermögen getragen hat, befreite er sich dadurch regelmäßig von jeder weiteren Haftung für den durch Betriebsunfall entstehenden Schaden. Wenn nun die Unfallversicherung als Zweig der Arbeiterversicherung nicht mehr fortbesteht, dann übernehmen dadurch andere Faktoren, nämlich die Arbeiter

[11]) Näheres darüber in meinem oben zitierten Werke S. 6. (»Die Grundgedanken und Ziele der Arbeiterversicherung.«)

Digitized by Google

selbst und der Staat einen Teil jener Kosten, welche bisher die Unternehmer allein getragen haben. Es sind dies Kosten gewesen, welche nach sozialökonomischer Auffassung als Betriebskosten angesehen wurden. In Zukunft würden sie aber, wenn man jenen Vorschlag billigt, diese Eigenschaft mindestens zum Teile verlieren; sie würden teils auf die Arbeiter, teils auf die Allgemeinheit abgewälzt werden.[12])

Endlich kommt noch in Betracht, daß die Beiträge der Unfallversicherung nach der Gefahr des Betriebes abgestuft sind. Bei einer Verschmelzung mit der Invalidenversicherung müßte dieses Moment wegfallen und damit ein wichtiger Anreiz zur Verhütung von Unfällen.[13]) Auch diese Erwägung führt zur Verwerfung des besprochenen Vorschlags.

Nicht besser steht es mit dem von manchen Schriftstellern ausgesprochenen Gedanken einer inneren Verschmelzung der Kranken- und Invalidenversicherung. Man macht dafür folgendes geltend: Die Invalidität ist in den meisten Fällen der Abschluß einer Krankheit; jene Verwaltungsstelle, welche die Kassenkranken beobachtet hat, ist daher am meisten befähigt, ein Urteil abzugeben über die Frage, ob Invalidität wirklich vorliegt. Die Invaliditätsversicherung hat vom Standpunkte der Prophylaxe aus das größte Interesse, daß jeder Erkrankte rechtzeitig in ärztliche Behandlung kommt und daß alle Maßregeln getroffen werden, um den Eintritt der Invalidität zu verhüten. Dieses Interesse führt mit zwingender Logik zu der Forderung, beide Versicherungszweige zu verschmelzen. Jede Ausgabe für Krankenfürsorge kommt in letzter Linie der Invaliditätsversicherung zugute.[14])

---

[12]) Diese sozialökonomische Wirkung der Fusion von Unfall- und Invaliditätsversicherung fand bisher meines Wissens keine Würdigung.

[13]) Allenfalls könnte die Einführung besonderer Zuschläge, abgestuft nach den Gefahren des Betriebes, einigermaßen diesen Bedenken Rechnung tragen.

[14]) So besonders Freund a. a. O. und Landsberger in der »Sozialen Praxis«, Bd. XIII, Nr. 23.

Digitized by Google

Diese Erwägungen verdienen die vollste Beachtung. Allein sie rechtfertigen doch nur eine organische Verbindung der beiden genannten Versicherungszweige, keineswegs eine völlige Zusammenlegung. Die Institute der Invaliditätsversicherung müssen naturgemäß sich auf einen möglichst großen Kreis von Personen erstrecken; für die Einrichtung der Krankenversicherung erscheint ein großes Territorium unzweckmäßig, schon wegen der Schwierigkeit der Kontrolle. Ferner ist die Gewährung vorübergehender Unterstützungen und die Zuteilung dauernder Renten durchaus verschieden in ihren Voraussetzungen und Wirkungen;[15]) eine Verschmelzung der Invaliditäts- und Krankenversicherung könnte dieser Verschiedenheit keine Rechnung tragen; insbesondere müßte das Kapitaldeckungsverfahren für die Rentenberechnung beseitigt werden. Dazu kommt, daß eine vermögensrechtliche Vereinigung der Einnahmen beider Versicherungszweige sehr leicht dahin führen würde, die Krankenversicherung kostspielig zu gestalten und dadurch die Sicherheit der dauernden Renten zu gefährden.[16]) Auch die praktischen Erfahrungen, welche bisher hinsichtlich einer Vereinigung der beiden Versicherungszweige bei den deutschen Knappschaften gemacht wurden[17]), sind nicht geeignet, diesen Vorschlag zu unterstützen. Im übrigen können alle oben angeführten Wünsche, die sich auf ein Zusammenwirken von Krankenversicherung und Invaliditätsversicherung beziehen, durch organische Maßregeln befriedigt werden.

Indem ich mich nun den Vorschlägen zuwende, welche im Gegensatze zu einer völligen Verschmelzung bloß eine Ver-

---

[15]) Dies hat zutreffend hervorgehoben Dr. Bödiker in den Verhandlungen des VI. internationalen Kongresses zu Düsseldorf, S. 903. Aus den gleichen Gründen bekämpft Landmann a. a. O. den Vorschlag von Freund.

[16]) Darauf hat Düttmann in seiner Schrift »Umbau der Arbeiterversicherung«, 1904, S. 9ff. aufmerksam gemacht. Er erklärt, daß eine finanzielle Verschmelzung der Kranken- und Invaliditätsversicherung das ganze Gebäude der Arbeiterversicherung ins Schwanken bringen würde.

[17]) Landmann, a. a. O. S. 276.

Digitized by Google

einfachung der Verwaltung beabsichtigen, kommen in erster Linie diejenigen in Betracht, welche einen gemeinsamen lokalen Unterbau für alle Zweige der Arbeiterversicherung ins Auge fassen. Darüber kann in der Tat kein Zweifel bestehen, daß es im Interesse der Versicherten höchst wünschenswert sei, nur mit einem einzigen Amte in Berührung zu stehen.[18]) In dieser Richtung sind drei verschiedene Vorschläge aufgetaucht.

1. Die Schaffung neuer Spezialbehörden unterster Instanz für die Zwecke der Arbeiterversicherung, Ämter, welche als Wohlfahrtsämter oder Arbeiterversicherungsämter bezeichnet werden.[19])

2. Es werden die Unterverwaltungsbehörden des Staates mit der Aufgabe betraut, in ihrem Sprengel, also im Kreise, Bezirke oder in der Stadt alle Angelegenheiten der Arbeiterversicherung in erster Instanz zu besorgen.[20]) Endlich

3. Es werden die bestehenden Krankenkassen als Lokalstellen für die übrigen Zweige der Arbeiterversicherung

---

[18]) Dieses Amt sollte — darüber besteht kaum eine Meinungsverschiedenheit — für die An- und Abmeldung der versicherten Personen, die Einziehung der Beiträge für alle Versicherungszweige und die Entgegennahme von Versicherungsansprüchen zuständig sein.

[19]) So Freund und Düttmann; beide wollen diese Ämter durch Vertreter der Arbeitgeber und Arbeiter in gleicher Zahl mit einem staatlichen Beamten an der Spitze bilden lassen.

[20]) So Bödiker a. a. O. Der unterste Verwaltungsbeamte (Landrat) soll unter Zuziehung geschulter Hilfsbeamten die erste Instanz in allen Zweigen der Arbeiterversicherung bilden. Im übrigen liegt das Schwergewicht der Vorschläge Bödikers nicht so sehr im lokalen Unterbau der Arbeiterversicherung, als in der Vereinigung der Institute der Unfall- und Invaliditätsversicherung, indem die Landesversicherungsanstalten beide Zweige der Versicherung durchführen sollen. Aber nur Verwaltung und Justiz sind zusammengelegt; Vermögen und Finanzgebarung bleiben getrennt.

Digitized by Google

in Vorschlag gebracht, zu welchem Zwecke eine Zentralisierung des Krankenkassenwesens in Aussicht genommen wird.[21])

Bevor man zu diesen Vorschlägen Stellung nimmt, muß man sich darüber klar werden, daß hier kein spezielles Problem der Arbeiterversicherung, sondern ein allgemeines Problem der Verwaltungspolitik zu lösen ist. Es ist die Frage, ob lokale Selbstverwaltungskörper für die Durchführung von Verwaltungsaufgaben, die über den lokalen Zweck hinausgehen, mit Nutzen verwendet werden können, und welche Kontrollmaßregeln bei Durchführung dieses Vorschlages zur Wahrung der allgemeinen Interessen anzuwenden sind. Es kommt ferner die Frage in Betracht, ob das System der Spezialbehörden vorzuziehen sei dem System der allgemeinen Verwaltungsbehörden. Endlich müßte auch erwogen werden, wie sich eine weitgehende Dezentralisation mit einer einheitlichen Durchführung von Verwaltungsaufgaben verträgt.

Bei Erwägung solcher allgemeiner Gesichtspunkte kommt man meines Erachtens dazu, jene oben angeführten beiden ersten Lösungsversuche nicht zu billigen, vielmehr den Aufbau auf Grund der bestehenden Selbstverwaltungskörper, nämlich der (zentralisierten) Krankenkassen zu versuchen. Die Schaffung von Spezialbehörden würde auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung eine vollständige Bureaukratisierung herbeiführen, in welcher auch die Zuziehung von Delegierten der Interessenten bei den zu schaffenden Versicherungsämtern nichts zu ändern vermöchte.[22]) Wenn die Vertreter dieses Vorschlages

---

[21]) So Landmann, a. a. O. S. 277.

[22]) Es liegt ein bedeutender Unterschied zwischen der autonomen Verwaltung von Korporationen und der Mitwirkung von Interessenten bei einem staatlichen Amte. Dort sind die Träger der Verwaltung Organe eines Verbandes; sie fühlen sich ihm gegenüber juristisch und ethisch verantwortlich; hier fungieren sie als Beigeordnete eines leitenden Beamten. Das »Versicherungsamt« gliche dem französischen Präfekturrat; die autonome Krankenkasse entspricht dem englischen Grafschaftsrat.

Digitized by Google

die Krankenkassen nicht förmlich beseitigen, so werden sie doch künftig keine nennenswerte Tätigkeit entfalten können. Denn über die Gewährung der Krankenversicherung haben nicht sie zu entscheiden, sondern die zu schaffenden Versicherungsämter; sie besitzen auch eigentlich keine Vermögensverwaltung.[23]) Ein Verbandsleben mit jenen überaus günstigen Wirkungen der Selbstverwaltung erscheint bei dieser Gestaltung der Organisation in Zukunft kaum möglich. Und doch bildet gerade der Aufbau der Arbeiterversicherung auf dem Boden autonomer Verbände einen der wesentlichsten Vorzüge der in Deutschland und Österreich geschaffenen Einrichtungen.[24])

Eben so wenig dürfte es sich empfehlen, den Landrat, Bezirkshauptmann oder den Magistrat der Stadt mit den Geschäften der Arbeiterversicherung zu betrauen. Diesen Beamten fehlt denn doch jene Fachkenntnis und jene spezielle Erfahrung, welche für eine Durchführung der Arbeiterversicherung unbedingt gefordert werden muß. Dazu kommt, daß die allgemeinen Verwaltungsbehörden mit den verschiedensten Aufgaben schon so sehr belastet sind, daß sie eine weitere Vermehrung ihrer Geschäfte schwerlich ertragen können. Daran würde auch nicht viel geändert werden durch die Beigabe von Hilfskräften; höchstens, daß dann diese allein die Geschäfte führen würden.

Der Aufbau der Arbeiterversicherung auf der Grundlage der Krankenkassen knüpft hingegen an bestehende Einrichtungen an, welche sich größtenteils bewährt haben und bei

[23]) So sagt Düttmann a. a. O. S. 3: Die Verwaltung der Bezirkskrankenkasse ist Aufgabe des »Wohlfahrtsamtes«; welchen Sinn hat aber dann noch die Beibehaltung der Krankenkasse? Nach Freund müssen alle versicherungspflichtigen Personen des Bezirkes bei der Zentralkasse versichert sein; die anderen Kassen sollen als Zuschußkassen eine wünschenswerte Tätigkeit entfalten.

[24]) Dies wird mit Recht betont von Schmoller, a. a. O. S. 834, 835; er tritt dafür ein, daß bei einer Neugestaltung der Arbeiterversicherung das innere Verbandsleben gestärkt werde.

Digitized by Google

einer entsprechenden Ausgestaltung einer weiteren Entwicklung fähig sind. Allerdings erscheint es selbstverständlich, daß die Zersplitterung im Krankenkassenwesen beseitigt und ein einheitliches System der Kassen auf territorialer Grundlage geschaffen werden muß; für jeden Bezirk oder für jeden größeren Ort darf nur eine einzige Krankenkasse bestehen, welche alle versicherungspflichtigen Personen in sich vereinigt. Eine solche Konzentration ist übrigens nicht bloß aus dem hier besprochenen Gesichtspunkte unentbehrlich, nämlich um als geeigneter Unterbau für alle Versicherungszweige abzugeben, vielmehr muß schon rein aus dem Gesichtspunkte einer zweckmäßigen Krankenversicherung diese Reform sobald als möglich in Angriff genommen werden; nur große leistungsfähige Kassen sind geeignet, die Aufgaben der Krankenversicherung zweckentsprechend zu erfüllen.

Ebenso aber kann es nicht bezweifelt werden, daß die Krankenkassen, wenn sie als Unterbau der gesamten Arbeiterversicherung in Verwendung kommen sollen, einen innigen Zusammenhang mit den übrigen Instituten und eine intensive Staatsaufsicht erhalten müssen. Und wenn wir uns fragen, wie dieser Zweck am besten erreicht werden kann, so erscheint es wohl besonders lehrreich, einen Blick auf England zu werfen.[25])

In England war ein ähnliches Problem zu lösen, als die Träger der Lokalverwaltung durch die neuere Gesetzgebung mit wichtigen sozialpolitischen Aufgaben betraut werden sollten, Aufgaben, welche über die Interessen der Kirchspiele, Städte und Grafschaften weit hinausgehen. England hat es nun verstanden, diese uralten Organe des Selfgovernment aufrecht zu erhalten, aber doch für eine ausgiebige Kontrolle Sorge zu tragen. Es wurde ein Zentralverwaltungsamt geschaffen,

[25]) Vgl. zum folgenden das wichtige Werk von Dr. Josef Redlich »Englische Lokalverwaltung«, 1901, besonders S. 617 ff.

Digitized by Google

welches durch Inspektoren die Durchführung der neu hinzugekommenen Aufgaben auf dem Gebiete des Armenwesens, des Bauwesens, des Volksschulwesens und der lokalen Finanzverwaltung überwacht. Diese Inspektoren sind jedoch nicht etwa Exekutivorgane des Zentralamtes, sie sind vielmehr in erster Linie Berater und Vertrauensmänner der lokalen Verwaltungskörper; sie haben zunächst nicht die Aufgabe, Befehle zu erteilen und Instruktionen zu geben, sondern in freundschaftlicher Weise die Lösung der Aufgaben in einzelnen Fällen mit den Organen der Selbstverwaltung zu besprechen. Sie kommen nicht mit fertigen Anträgen und Weisungen, sondern bilden sich selbst ihre Meinung, welche sie dann bei dem Zentralamte zu vertreten haben. Nur für bestimmte Angelegenheiten ist ihre Tätigkeit eine obrigkeitliche; bei dauernder Vernachlässigung der Pflichten durch die lokalen Behörden können diese Inspektoren zu energischen Maßregeln greifen.

Aber auch die österreichische Gesetzgebung kennt schon auf einem beschränkten Gebiete eine ähnliche Einrichtung, es ist dies das Institut der Genossenschaftsinstruktoren. Nach der Ministerialverordnung vom 31. Mai 1899 haben diese Beamten die Aufgabe, die gewerblichen Genossenschaften zur Erreichung ihrer Zwecke zu unterstützen, die Interessen derselben zu fördern, die Gewerbebehörden bei der Beaufsichtigung der Genossenschaften zu unterstützen, endlich an das Ministerium zu berichten und bei jenen Maßregeln mitzuwirken, welche das Genossenschaftswesen betreffen. Sie werden ausdrücklich als autoritative Berater der Gewerbegenossenschaften bezeichnet; sie haben aber auch das Recht, die Abstellung von Übelständen durch die Gewerbebehörde zu begehren.

Eine Nachahmung dieser Einrichtungen würde nach meiner Ansicht vollkommen genügen, um die zentralisierten Krankenkassen mit voller Beruhigung als Unterbau der Arbeiterversicherung in der Zukunft zu verwenden. Für einen größeren Bezirk sollte ein Krankenkasseninspektor bestellt

Digitized by Google

werden, welchem die ständige Visitation der Kasseneinrichtungen seines Sprengels, die fachliche Mitwirkung bei der Organisation der Meldestellen usw. zuzuweisen wäre. Dadurch hätte aber auch die Zentralstelle ein wichtiges Hilfsorgan, welches in der Lage wäre, die Bedürfnisse auf Grund persönlicher Informationen kennen zu lernen und auf diesem Wege wichtige Unterlagen für allgemeine Maßregeln zu gewähren.

Auf Grund der entwickelten Gesichtspunkte mögen nur in folgendem einige Bemerkungen folgen, die sich auf die Stellung des österreichischen Regierungsprogrammes zu der Frage der Vereinfachung der Versicherung beziehen.[26]) Dieses Programm nimmt keine völlige Verschmelzung, wohl aber eine durchgreifende organisatorische Vereinigung aller drei Versicherungszweige in Aussicht. Den lokalen Unterbau bilden die Krankenkassen, welche prinzipiell in ihrer bisherigen Gestalt beibehalten werden. Nur eine Vorschrift über die Mindestzahl der Mitglieder soll eine Reduzierung der verschiedenartigen und zahlreichen Kassen herbeiführen. Die Krankenkassen haben nicht nur wie bisher die Durchführung der Krankenfürsorge, sondern außerdem die Entgegennahme der Meldungen in bezug auf die versicherungspflichtigen Personen, die Einhebung aller Beiträge, also auch die für die Unfall- und Invaliditätsversicherung, die Mitwirkung bei der Unfallerhebung, die Durchführung der Erhebung bei Geltendmachung einer Invalidenrente und endlich die Führung von

[26]) Ich erwähne im folgenden nur die organisatorischen Vorschläge des Entwurfes. Er hat jedoch auch noch andere wichtige Maßregeln zur Vereinheitlichung der Arbeiterversicherung proponiert, so die Aufstellung der Lohnklassen als gleichartige Grundlage für die Berechnung der Versicherungsansprüche, die Einführung der Individualversicherung auf allen Gebieten der Arbeiterversicherung an Stelle des bisher in der Unfallversicherung herrschenden Systems der Kollektivversicherung, endlich dadurch, daß er bestrebt ist, den Kreis der versicherungspflichtigen Personen in den verschiedenen Versicherungszweigen in Übereinstimmung zu bringen.

Digitized by Google

Beitragskarten, welche die Einzahlungen für die Invaliditätsversicherung zum Ausdrucke bringen.

Der österreichische Entwurf verlangt aber, daß bei jeder Krankenkasse der leitende Beamte von der staatlichen Versicherungsanstalt ernannt und besoldet wird. Dieser Beamte hat, so weit es sich um die eigentliche Krankenversicherung handelt, die Beschlüsse der Kassenorgane auszuführen; sowie aber die anderen Versicherungszweige in Betracht kommen, hat er nur die Aufträge der vorgesetzten Institute und Behörden zu befolgen und ist diesen ausschließlich verantwortlich. Selbst in Angelegenheit der eigentlichen Krankenversicherung kann dieser Beamte Beschlüsse der Kassenorgane sistieren, beziehungsweise der Verwaltungsbehörde zur Entscheidung vorlegen, falls er glaubt, daß diese Beschlüsse mit dem Gesetze oder Statute in Widerspruch stehen.

Eine gewisse Verbindung besteht auch zwischen den Landesversicherungsanstalten, welche die Unfallversicherung durchführen, und der staatlichen Invaliditätskasse in der Weise, daß die Festsetzung der Renten durch besondere Rentenkommissionen vorgenommen werden, welche im Sitze jeder Landesversicherungskanzlei gebildet wird und wobei den letzteren die Vorberatung und Erledigung der Verhandlungen der Rentenkommission anvertraut ist. Die Landesversicherungsanstalten führen auch die Bücher über die Anwartschaften hinsichtlich der Invaliditäts- und Altersrenten.

Es läßt sich nicht leugnen, daß in diesen (mit Rücksicht auf den mir zur Verfügung stehenden Raum nur skizzierten) Vorschlägen ein sehr beachtenswerter Versuch zu erblicken ist, den Gedanken der Vereinfachung der Arbeiterversicherung durchzuführen. Vor allem verdient es volle Billigung, daß der Gesetzentwurf nicht eine völlige Verschmelzung, sondern nur eine organisatorische Vereinigung in Aussicht nimmt. Auch der Aufbau der Arbeiterversicherung auf Grundlage der Krankenkassen muß nach den obigen Ausführungen durchaus ge-

Digitized by Google

billigt werden. Es scheint mir jedoch, daß die Festhaltung der verschiedenen Organisationsformen im Krankenkassenwesen nicht genügend motiviert ist, und daß die Zentralisierung derselben auf territorialer Grundlage unvermeidlich erscheint, wenn eine gesunde Basis für die Organisation der Arbeiterversicherung gefunden werden soll. Bedenklich erscheint mir ferner der Lösungsversuch, den das Programm unternimmt hinsichtlich einer intensiven Aufsicht über die Krankenkassen. Der leitende Beamte in seiner Doppelstellung als unabhängiges, ja im gewissen Sinne übergeordnetes Organ der Kasse, dünkt mir ein unhaltbares Gebilde zu sein, eine Quelle fortwährender Reibungen und Zwistigkeiten.[27])

Die oben unter Hinweis auf englische Einrichtungen und das Muster der Genossenschaftsinstrukturen empfohlene Schaffung besonderer Inspektionsorgane[28]) dürfte den Vorzug verdienen; sie sichert eine eindringliche Staatsaufsicht, ohne die Selbstverwaltung der Kassen zu beseitigen.

Es wird ferner zu erwägen sein, ob sich nicht die organisatorische Verbindung auch auf die Träger der Unfall- und Invalidenversicherung erstrecken könnte. Die Landesversicherungsanstalten, welchen bisher in Österreich (mit einer einzigen Ausnahme[29]) die Versicherung gegen Betriebs-

[27]) Zwar besteht eine Analogie im Gemeinderechte. Der Gemeindevorsteher ist nach österreichischem Rechte ein Exekutivorgan der Gemeindevertretung und daher von ihr abhängig, außerdem aber im sogenannten übertragenen Wirkungskreise ein nur den Staatsbehörden verantwortlicher Amtsträger. Allein der Unterschied dieser Einrichtung von dem Vorschlage des österreichischen Regierungsprogrammes liegt darin, daß der Gemeindevorsteher von der Gemeindevertretung gewählt wird und daher als ihr Vertrauensmann erscheint, der leitende Beamte der Krankenkasse hingegen ihr von außen aufgedrängt wird.

[28]) Eine leise Andeutung dieser Einrichtung findet sich in § 199 des Entwurfes; ob aber dabei an das Inspektorat in dem Sinne der englischen Lokalverwaltung gedacht wurde, möchte ich bezweifeln.

[29]) Berufsgenossenschaftliche Versicherungsanstalt der österreichischen Eisenbahnen.

Digitized by Google

unfälle anvertraut war, könnten unbedenklich die Verwaltung der einzuführenden Invalidenversicherung erhalten [30]), natürlich unbeschadet einer vollständigen Trennung der finanziellen Gebarung. Ein Reichsversicherungsamt sollte auch in Österreich die Krönung des Gebäudes der Arbeiterversicherung bilden.

Wie immer man über einzelne Fragen denken mag, so wird doch jeder Unbefangene zugeben, daß der Entwurf der österreichischen Regierung gerade in der Frage der Vereinfachung der Arbeiterversicherung einen höchst bemerkenswerten Fortschritt darstellt, würdig, den Ausgangspunkt für die Diskussion auf einem internationalen Arbeiterversicherungskongresse zu bilden.

---

[30]) Ich habe in den Motiven des Entwurfes kein entscheidendes Argument gegen diese Zusammenlegung finden können. Schon die großen sprachlichen Verschiedenheiten in der österreichischen Monarchie weisen auf diesen Weg der Dezentralisation im Gegensatze zu der einheitlichen Reichs-Invalidenkasse des Entwurfes, welche wohl umständlich und kostspielig verwalten würde.

Digitized by Google

Digitized by Google

CONGRÈS INTERNATIONAL DES ACCIDENTS DU TRAVAIL ET DES ASSURANCES SOCIALES.
7e session. — Vienne. — 17 au 23 septembre 1905.

DES

RAPPORTS DE L'ASSURANCE CONTRE L'INVALIDITÉ

AVEC

LES AUTRES BRANCHES DE L'ASSURANCE OUVRIÈRE

PAR

MAURICE BELLOM.

Le rapport par lequel j'ai eu l'honneur d'introduire devant le Congrès de 1900 la question des relations mutuelles des diverses branches de l'assurance ouvrière contient des définitions et des conclusions qu'il serait superflu de reproduire ici. Je me borne à m'y référer en les maintenant.

Aussi bien l'objet du présent rapport est-il différent de celui du rapport de 1900.

D'une part, le rapport de 1905 ne concerne que les relations de l'assurance contre l'invalidité avec les autres branches de l'assurance ouvrière sans viser les relations mutuelles de ces dernières.

D'autre part, il comporte des précisions qui auraient paru déplacées dans le rapport d'ensemble de 1900.

Toutefois, aujourd'hui comme en 1900, l'étude à laquelle je me livre n'implique aucune discussion des mérites respectifs du système de l'obligation et du système de la liberté. Quelles que soient mes préférences nettement libérales, je tiens à rechercher et, s'il y a lieu, à proposer des solutions applicables aussi bien sous le régime de l'obligation que sous celui de la liberté.

Digitized by Google

Le rôle des établissements d'assurance contre l'invalidité consiste essentiellement à réparer les conséquences de l'invalidité; l'intérêt leur commande, d'ailleurs, d'en prévenir la survenance et d'en atténuer les suites.

C'est donc dans l'accomplissement de cette triple mission de la prévention, de la réparation et de l'atténuation qu'il convient d'examiner les relations de l'assurance contre l'invalidité avec l'assurance contre la maladie et l'assurance contre les accidents.

I. Prévention.

1° Assurance contre la maladie.

La maladie étant d'ordinaire le prélude de l'invalidité, toutes les mesures qui peuvent prévenir la survenance de la maladie sont de nature à prévenir celle de l'invalidité.

Réciproquement comme l'invalide est plus exposé que le valide aux attaques de la maladie, la lutte contre les causes de l'invalidité prête le plus utile concours aux œuvres qui cherchent à tarir les sources de la maladie: les dispositions prises pour enrayer les progrès de la tuberculose, par exemple, contribuent à l'amélioration de la santé générale, et par suite, à la réduction du risque de morbidité qui est exceptionnellement élevé pour les tuberculeux.

Les établissements d'assurance contre la maladie et les organes d'assurance contre l'invalidité doivent donc associer leurs efforts en vue de la réalisation et du développement de l'hygiène. Cette œuvre appelle le concours des deux branches d'assurance tant par la communauté d'intérêts des deux catégories d'assureurs que par la variété des tâches à accomplir. La prévention suppose, en effet, non seulement des dépenses considérables, mais encore une surveillance attentive de l'exécution des mesures d'hygiène; elle exige donc des établissements dotés d'abondantes ressources et des organes locaux individualisés; d'une part, la centralisation financière de sommes

Digitized by Google

importantes; d'autre part, la décentralisation d'agents voisins de l'assuré. Or les établissements d'assurance contre l'invalidité, que la nécessité de répondre aux charges d'engagements à long terme oblige de satisfaire à la loi des grands nombres, ont un ressort étendu; les caisses de maladie, soucieuses de déjouer les fraudes et de réprimer les abus de la simulation, sont au contraire limitées à un territoire restreint. Dès lors, pour réaliser, en vue de la prévention, la combinaison des efforts des deux catégories d'assureurs, il convient que les établissements d'assurance contre l'invalidité fournissent les ressources, et les caisses de maladie, les agents de contrôle.

Cette dualité d'attributions peut se concevoir suivant deux modes:

a) Dans l'un, les établissements de chacune des deux branches d'assurance sont distincts non seulement quant à leur organisation propre, mais aussi quant à leurs administrateurs: l'organe d'assurance contre l'invalidité intervient par ses subsides; la caisse de maladie, par ses agents: ceux-ci opèrent au nom et pour le compte de la caisse de maladie dont ils dépendent, sans souci de l'organe d'assurance contre l'invalidité qui leur est étranger; c'est la caisse de maladie qui tient l'établissement d'assurance contre l'invalidité au courant des constatations qu'elle a faites et des efforts qu'elle a accomplis.

b) Dans l'autre, sans porter atteinte à l'autonomie respective de l'assureur contre la maladie et de l'assureur contre l'invalidité, la communauté des administrateurs locaux est réalisée par le rattachement des agents de la caisse de maladie à l'établissement d'assurance contre l'invalidité; sans cesser de prêter à la première leur concours normal, ils interviennent dans l'œuvre de prévention comme mandataires du second; ils sont en relation directe avec l'établissement d'assurance contre l'invalidité dont ils tiennent une délégation expresse.

Le second mode semble préférable au premier: d'une part, il simplifie les relations entre l'assureur contre l'invalidité et

Digitized by Google

les agents locaux, puisqu'il supprime le recours à l'intermédiaire de la caisse de maladie; d'autre part, il donne aux administrateurs de l'établissement d'assurance contre l'invalidité une notion plus exacte et plus précise des nécessités que comporte et des difficultés que soulève l'œuvre de la prévention. On pourrait sans doute craindre que cet établissement n'exerce une ingérence abusive dans les opérations de la caisse de maladie à la faveur de la communauté des agents; pour parer à ce danger, il suffit que la combinaison prévue implique, sous un régime d'obligation, la définition légale et, sous un régime de liberté, la détermination contractuelle de la situation relative des deux organes d'assurance. On pourrait redouter également que les agents de la caisse de maladie ne perdent leur indépendance en tant que tels pour être absorbés par l'établissement d'assurance contre l'invalidité, et qu'ils ne négligent leur ancienne fonction au profit de la nouvelle: cette crainte serait fondée si les agents de l'organe d'assurance n'étaient que des salariés uniquement soucieux de préoccupations lucratives; mais elle s'évanouit lorsque, par le fonctionnement normal d'une mutualité obligatoire ou libre qui confond les intérêts de l'assureur et ceux de l'assuré, les administrateurs n'ont d'autre désir que de sauvegarder la fortune et de développer la prospérité de chacun des établissements d'assurance dont ils peuvent être les mandataires communs. Enfin on pourrait se demander s'il n'y aurait pas avantage, pour l'organe d'assurance contre l'invalidité, à instituer des agents locaux distincts des administrateurs de la caisse de maladie; sans doute, ce régime dissiperait les deux ordres de préoccupations qui viennent d'être discutés; mais, d'une part, l'inanité de ces préoccupations a été démontrée; d'autre part, les administrateurs des caisses de maladie ont sur tous autres agents la supériorité que donnent l'expérience acquise, la pratique du dévouement à une œuvre similaire, le contact et la confiance des assurés, qui respectent d'autant plus volontiers les recommandations qu'elles sont formulées par des

Digitized by Google

administrateurs dont ils connaissent le zèle et dont ils apprécient le désintéressement.

Ce n'est point, d'ailleurs, par la seule prévention de la maladie que l'établissement d'assurance contre l'invalidité peut s'opposer à la survenance de l'invalidité; c'est aussi par la lutte contre la maladie: en combattant les progrès de celle-ci, il empêche que le malade ne devienne un invalide. A cet effet, il convient que l'établissement d'assurance contre l'invalidité puisse contribuer à l'application de soins appropriés dès l'origine de la maladie. Là encore, l'identité des administrateurs ne peut être que précieuse; appelés à surveiller l'allocation des soins comme mandataires de la caisse de maladie, les agents de cette caisse sont mieux placés que quiconque pour défendre, comme délégués de l'établissement d'assurance contre l'invalidité, les intérêts de cet établissement; ils doivent notamment lui signaler l'état des malades qui, en s'aggravant, menace de dégénérer en invalidité, afin de permettre à l'assureur contre l'invalidité d'intervenir sans retard. Réciproquement, toute ingérence de l'assureur contre l'invalidité dans les affaires de la caisse de maladie est rendue impossible par la vigilance d'administrateurs qui n'oublient pas comme mandataires du premier établissement leurs devoirs d'administrateurs de la caisse de maladie.

Au reste, cette ingérence, si elle était à craindre par suite de la distinction des organes locaux mandataires des deux catégories d'assureurs, pourrait toujours être combattue:

a) d'une part, grâce à une détermination précise, légale ou contractuelle — selon le régime obligatoire ou libre de l'assurance —, des attributions respectives de l'assureur contre la maladie et de l'assureur contre l'invalidité;

b) d'autre part, en raison de la participation financière aux secours de maladie qui s'imposerait à l'établissement d'assurance contre l'invalidité et limiterait l'étendue de son action dans le domaine de l'assurance contre la maladie.

Digitized by Google

2° Assurance contre les accidents.

L'invalidité naturelle ne saurait être confondue quant à son origine avec l'invalidité accidentelle*).

L'œuvre de la prévention doit donc être distincte.

Sans doute, la victime d'un accident du travail, qu'une incapacité seulement partielle de travail a permis de reprendre à l'usine, oppose aux causes d'invalidité naturelle une résistence moindre que l'ouvrier dont l'organisme n'a été ébranlé par aucun accident; et, à ce titre, toute mesure de prévention contre les accidents intéresse les établissements d'assurance contre l'invalidité. Sans doute également, l'invalide qui a pu trouver une occupation rémunératrice est plus exposé aux accidents professionnels que l'ouvrier valide qui jouit de l'intégralité de ses forces; et, à cet égard, les établissements d'assurance contre les accidents ne peuvent être indifférents à la prévention de l'invalidité. Toutefois, les mesures à prendre sont trop dissemblables pour qu'il semble possible d'intéresser directement à une œuvre de prévention commune les établissements d'assurance contre les accidents et les établissements d'assurance contre l'invalidité. A la différence des assureurs contre la maladie et des assureurs contre l'invalidité qui, sur ce terrain, doivent associer leurs efforts par l'action d'administrateurs communs, les assureurs contre les accidents et les assureurs contre l'invalidité doivent poursuivre séparément l'œuvre de la prévention dans les limites de leurs domaines respectifs. Mais cette règle, préalable à la survenance de tout sinistre, souffre une exception lorsqu'un sinistre s'est produit: le cas ne peut évidemment se présenter que si le sinistre est un accident, car un invalide ne peut devenir un blessé que s'il a repris le travail et bénéficié dès lors de la prévention d'accidents; par contre, le blessé, titulaire d'une pension d'acci-

*) Voir pour plus de détails mon rapport de 1900 au Congrès international des Accidents du Travail et des Assurances sociales (Compte rendu des travaux du Congrès, Rapports, I, pag. 331 et 332).

Digitized by Google

dent, peut donner des signes de prédisposition à une invalidité naturelle qui devrait ouvrir un droit à pension d'invalidité dans les conditions où le contrat d'assurance admettrait le cumul. Il serait donc utile que l'établissement d'assurance contre les accidents avisât de la situation du blessé l'établissement d'assurance contre l'invalidité.

Au reste, la distinction de l'action n'exclut pas le concours financier: l'intérêt, signalé plus haut, des cas où intervient la situation antérieure de l'invalide, ancien blessé, ou du blessé, ancien invalide, et la répercussion de cette situation sur les charges de l'assureur justifient la participation financière de chacune des catégories d'assureurs aux charges assumées par l'autre en vue de la prévention.

Les considérations qui précèdent s'appliquent au cas où l'invalidité accidentelle ne vise que les accidents proprement dits, à l'exclusion des maladies professionnelles; lorsqu'en effet ces maladies sont assimilées aux accidents par le législateur*), les mesures de prévention correspondantes ont de nombreux points communs avec les mesures destinées à empêcher la survenance de l'invalidité naturelle. De là, pour les assureurs contre l'invalidité naturelle et les assureurs contre les accidents, un terrain commun sur lequel leurs efforts et leurs organes peuvent se combiner et se confondre en vue de la prévention.

II. Réparation.

1° Assurance contre la maladie.

Les relations qui rattachent le risque d'invalidité à celui de maladie conduisent à rechercher la continuité entre les secours de maladie et les secours de l'invalidité.

*) Dans le cas contraire, c'est-à-dire lorsque la responsabilité de la survenance de maladie professionnelle ne relève que du droit commun, la maladie professionnelle se rattache par sa durée à l'invalidité naturelle et non à la maladie proprement dite.

Digitized by Google

Deux méthodes permettent d'obtenir ce résultat.

On peut:

Soit prolonger les secours de maladie jusqu' à l'origine des secours d'invalidité;

Soit prendre pour début des secours d'invalidité la cessation des secours de maladie.

Le choix entre ces deux méthodes dépend de la constitution de l'organe d'assurance contre la maladie et des conditions de survenance de l'invalidité.

Dans mon rapport de 1900*), je définissais la première de ces solutions. J'exposais qu'elle se liait à l'obligation de l'accomplissement d'un stage préalable à l'obtention du bénéfice de l'assurance-invalidité, stage qui, d'après ses partisans, serait indispensable sans être vexatoire: il serait indispensable pour garantir l'exécution d'un effort de prévoyance appréciable et pour éviter des charges exagérées qui frapperaient l'ensemble des assurés sous la forme d'une majoration de la contribution individuelle; il ne serait pas vexatoire, parce qu'en général l'invalidité naturelle ne survient qu'à la suite d'une période de travail d'une certaine durée. Dans ce même rapport, j'indiquais la possibilité de prolonger les secours de maladie jusqu'à l'expiration du stage, et je montrais:

1° Que les charges nouvelles imposées de la sorte aux caisses de maladie dispensatrices des premiers secours d'invalidité pouvaient justifier au profit de ces caisses les subventions de l'État au même titre que les charges dont les organes d'assurance contre l'invalidité sont déjà grevés;

2° Que l'extension corrélative du rôle assigné aux caisses de maladie entraînait par voie de conséquence la rigoureuse observation des règles de la technique actuarielle.

---

*) Compte rendu des travaux du Congrès international des Accidents du Travail et des Assurances Sociales, Rapports, I, pages 357 et 358.

Digitized by Google

Cette solution suppose donc des caisses de maladie fortement organisées, condition qui n'est pas toujours remplie.

On pourrait, en outre, lui reprocher de ne donner satisfaction qu'à la généralité et non à l'universalité des cas, et, si le législateur peut se contenter du de eo quod plerumque fit, le philanthrope ne doit pas se déclarer satisfait tant qu'il reste une infortune à soulager.

Or, dans les cas où l'invalidité ne succède pas à la maladie, la seconde solution convient seule; car, en l'absence de secours de maladie, elle assigne pour origine aux secours d'invalidité le début même de l'invalidité. Elle est donc plus séduisante, parce que plus générale.

Elle soulève toutefois des objections, qu'il est essentiel d'examiner et de chercher à réfuter. L'intérêt de la question n'est point, d'ailleurs, exclusivement théorique. La législation allemande est, en effet, basée sur ce principe: le stage ou période d'attente est au minimum de 200 semaines de versement d'après l'article 29 (§ 1) de la loi allemande du 13 juillet 1899; dès lors, dans l'hypothèse très favorable d'un nombre annuel de 50 semaines de contribution, le stage atteint 4 ans, et, comme l'âge légal fixé pour l'admission à l'assurance est de 16 ans, le droit à la pension d'invalidité ne s'ouvre que vers l'expiration de la vingtième année; en d'autres termes, l'ouvrier, assuré depuis l'âge de 16 ans, qui devient invalide à 19 ans par exemple, n'a droit à aucune pension d'invalidité alors même qu'il aurait été malade pendant la période de 26 semaines prévue par la loi du 25 mai 1903; il tombe à la charge de l'assistance publique. Bien plus, comme la survenance de l'invalidité entraîne l'exclusion de l'assurance, il est à jamais privé de la possibilité de se constituer par des versements un droit à une pension d'invalidité: il est définitivement déchu.

1° Une première objection à la méthode en question est basée sur la nécessité d'un stage préalable au bénéfice des secours d'invalidité. En allouant ces secours dès la survenance de l'invalidité, on favorise, dit-on, l'imprévoyant au détriment du pré-

Digitized by Google

Enfin elle est contraire au but que poursuivent soit les législateurs qui imposent l'assurance, soit les philanthropes qui la propagent; à une époque où tous les efforts tendent à faire rayer des contrats les clauses de déchéance susceptibles de frapper les travailleurs, le refus des secours avant une période déterminée ne peut que causer de cruelles déceptions aux ouvriers qui espéraient d'une loi d'obligation la consécration de droits acquis, et le spectacle d'invalides non pensionnés en dépit du versement de contributions doit contrarier les tentatives destinées à multiplier les affiliations aux organes de l'assurance libre.

La seule objection admissible pourrait être basée sur l'impossibilité de faire face aux premiers sinistres avant l'encaissement d'un nombre suffisant de primes. Toutefois cette objection peut être réfutée: il est, en effet, possible, sans augmenter les charges de l'assurance dans des proportions excessives, de constituer les ressources nécessaires à la période initiale que l'obligation du stage a pour but de supprimer. Quel que soit le régime, obligatoire ou libre, prévu pour l'organisation de l'assurance, la participation de l'État aux charges financières est en général admise. Or il est logique que l'État intervienne surtout au début du fonctionnement de l'assurance: le concours que les finances publiques prêtent aux assurés pour augmenter le fruit de leur effort personnel est surtout utile lorsque cet effort n'a pu être que de faible durée; plus tard, il vaudrait mieux que l'État s'abstînt de tout subside; car la constitution des ressources nécessaires au paiement des subventions entraîne l'établissement d'impôts dont la répercussion atteint les ouvriers; l'absence de subsides de l'État, en période de fonctionnement normal, pourrait donc correspondre à une diminution de charges fiscales et, par suite, à une augmentation de salaire qui permettrait à l'ouvrier le versement d'une contribution majorée susceptible de remplacer la subvention de l'État.

Digitized by Google

En résumé, abstraction faite du régime de l'assurance, les sommes que l'État ajoute, comme en Allemagne, au montant de chaque pension ou, comme en Belgique, au versement de chaque assuré, devraient être employées à constituer tout ou partie de la pension des assurés qui deviendraient invalides avant que l'établissement d'assurance, de création récente, ait pu constituer les ressources nécessaires. La subvention de l'État à un établissement d'assurance déterminé serait graduellement décroissante à mesure que le fonctionnement de ce dernier compterait un plus grand nombre d'années.*)

D'autre part, pour encourager l'effort de prévoyance, il convient que la pension se compose de deux parties: l'une fixe, formant un minimum garanti à tout assuré dès le début de son affiliation; l'autre variable, subordonnée au nombre et au montant des versements effectués.

Les subventions de l'État, affectées à la période initiale du fonctionnement de l'organe d'assurance, ne devraient pourvoir qu'au service du minimum de pension garanti dès le paiement de la première prime; elles ne sauraient s'appliquer à la partie de pension qui doit rester le fruit exclusif de l'initiative personnelle.

Ces dernières considérations ne perdent rien de leur valeur financière sous un régime d'obligation; mais elles ne conservent point leur portée morale, la suppression de la liberté ayant anéanti le mérite de l'effort.

Enfin, la communauté des administrateurs locaux, dont les avantages ont été signalés en matiére de prévention**), n'est pas moins précieuse en matière de réparation; car elle procure à l'établissement d'assurance contre l'invalidité les meilleurs agents pour l'instruction des demandes de pensions, pour le recouvrement des contributions, pour le service des allocations et pour la surveillance des pensionnés.

---

*) Voir pour plus de détails mon Étude sur l'Assurance contre l'invalidité par les Sociétés de secours mutuels, pag. 63 à 65.

**) Voir ci-dessus, page 615 du présent rapport.

Digitized by Google

2° Assurance contre les accidents.

L'examen, au point de vue de la réparation du sinistre, des relations entre l'assurance contre les accidents et l'assurance contre l'invalidité comporte une distinction basée sur le régime légal institué en matière d'accidents du travail.

I. — Si le législateur a édicté l'assurance obligatoire contre les accidents, c'est l'ouvrier qui est assuré à l'exclusion patron: l'assuré est donc alors le même tant pour le risque du d'accident que pour le risque d'invalidité. D'autre part, si l'obligation de l'assurance a été instituée par la loi, c'est en partie pour exiger du patron l'amortissement du capital humain comme il pourvoit spontanément à l'amortissement de son outillage. Or, si l'amortissement du capital humain détruit par accident a pu sembler nécessaire au législateur, l'amortissement de ce capital miné par l'usure lente des forces ou par la maladie prolongée doit lui paraître non moins indispensable. En d'autres termes, l'obligation légale de l'assurance contre les accidents entraîne l'obligation légale de l'assurance contre l'invalidité.

Ainsi comprise, l'assurance contre l'invalidité apparaît comme l'acquittement forfaitaire d'une obligation patronale. Dès lors, les législateurs, qui, comme le législateur allemand, ont admis la contribution unique du patron à l'assurance contre les accidents peuvent logiquement admettre la contribution unique du patron à l'assurance contre l'invalidité. D'ailleurs, la participation financière de l'ouvrier sous un régime d'obligation n'a point la portée morale inhérente à l'effort individuel sous un régime de liberté.

On pourrait objecter que les lois d'assurance obligatoire contre l'invalidité qui, comme la loi allemande, prévoient la contribution de l'État, ne sauraient exclure la contribution de l'ouvrier, l'aide de la collectivité entraînant un effort du bénéficiaire. Mais, ou bien la collectivité contribue à l'alimentation

Digitized by Google

de l'assurance parce qu'elle a profité du travail de l'ouvrier, ou bien elle intervient comme un auxiliaire bénévole: dans la première hypothèse, la collectivité est assimilable au patron et sa participation n'entraîne pas plus que celle du patron la participation de l'ouvrier; dans la seconde hypothèse, l'intervention de la collectivité est une libéralité et, comme en matière d'assistance, elle n'appelle aucune collaboration du bénéficiaire.

Bien plus, la contribution de l'État, sauf dans la période initiale définie plus haut, ne s'explique pas plus en matière d'assurance obligatoire contre l'invalidité qu'en matière d'assurance obligatoire contre les accidents, l'une et l'autre dérivant d'une responsabilité légale imposée aux patrons.

Cette identité de la source d'alimentation pour les deux branches d'assurance conduit à l'identité des organes. On est amené à la même conclusion par l'analogie des allocations qui, dans les deux cas, comportent une longue durée.

En résumé, sous le régime de l'assurance obligatoire contre les accidents:

1° L'assurance contre l'invalidité doit être obligatoire;

2° L'établissement d'assurance peut être le même pour les deux branches d'assurance —, sauf la distinction des services spéciaux à chacune d'elles, tels que surveillance des invalides pour l'une, établissement des coefficients de risques d'accidents pour l'autre.

II. — Si le législateur s'est borné à édicter la responsabilité patronale en cas d'accidents et s'il a laissé aux chefs d'entreprise le soin de se couvrir, par voie d'assurance, du risque de cette responsabilité, c'est le patron qui est assuré à l'exclusion de l'ouvrier. En ce cas, il n'y a donc point identité d'assuré entre l'assurance contre les accidents et l'assurance contre l'invalidité. Dès lors, le caractère obligatoire ou libre de cette dernière assurance ne s'impose nullement au législateur.

Digitized by Google

D'autre part, sous ce régime, l'alimentation des deux branches d'assurance provient de sources distinctes. En effet, si l'assurance contre l'invalidité est libre, l'ouvrier qui s'y affilie fait un acte de prévoyance; cet acte peut se suffire à lui-même, mais on conçoit que, comme tout acte méritoire, il soit encouragé par le patron ou par la collectivité. L'assurance contre les accidents, au contraire, est exclusivement alimentée par le patron.

Quant aux allocations des deux branches d'assurance, elles peuvent différer essentiellement. En effet, par le contrat d'assurance contre les accidents librement souscrit, le patron se couvre de sa responsabilité que la loi doit logiquement fixer indépendamment des conditions de famille de l'ouvrier, c'est-à-dire sous la forme d'un capital dont les affectations varient selon l'état civil de la victime. L'ouvrier qui s'assure contre l'invalidité peut, au contraire, recourir aux combinaisons les plus variées*) qui satisfont aux préoccupations diverses du célibataire ou du chef de famille.

En résumé, sous le régime de l'assurance libre contre les accidents:

1° L'assurance contre l'invalidité peut être libre;

2° Les établissements d'assurance affectés à chacune de ces deux branches d'assurance sont essentiellement distincts.

Quel que soit, d'ailleurs, le régime de l'assurance contre les accidents, il semble que l'institution de l'assurance contre l'invalidité, conçue d'après les principes énoncés plus haut, doive entraîner l'attribution des indemnités d'accidents dès le jour de l'accident. Lorsqu' en effet l'invalide reçoit une allocation dès le début de son invalidité, le blessé doit obtenir une indemnité pour tout accident, si minime soit-il. La limitation, par le législateur, de l'indemnité aux accidents suivis d'une

*) Voir mon rapport précité de 1900, pages 338 et suivantes.

Digitized by Google

incapacité de travail d'une certaine durée a été motivée par la crainte de fraude en cas d'accidents légers. Or, la fraude n'est pas plus à redouter en matière d'accident qu'en matière de maladie. Il suffit donc, pour la prévenir, de charger l'établissement d'assurance contre la maladie du service des indemnités; l'établissement d'assurance contre les accidents rembourserait à la caisse de maladie le montant des indemnités payées à moins que des fraudes n'aient échappé à des administrateurs négligents de cette caisse.

La combinaison est facile à réaliser dans le domaine d'une législation qui, comme la législation allemande, édicte une obligation générale d'assurance et associe les patrons et les ouvriers dans l'alimentation des caisses de maladie; elle se traduit par la majoration des secours qu'allouent les caisses de maladie suivant une formule appliquée déjà dans la loi allemande du 6 juillet 1884—30 juin 1900 à partir du début de la cinquième semaine consécutive à l'accident.

Sous un régime d'assurance libre, il suffirait que la loi, en imposant aux patrons la charge du risque professionnel d'accident à l'exception des premiers jours d'incapacité de travail, supprime cette exception au profit de tout ouvrier qui se serait affilié à une société de secours mutuels avec laquelle le patron aurait traité en vue du paiement des frais de maladie et de la totalité ou d'une partie de l'indemnité temporaire pendant les premiers mois. Cette combinaison serait avantageuse à la fois pour l'ouvrier, pour la mutualité et pour le patron: l'intérêt de l'ouvrier est évident; la mutualité y trouverait un précieux élément de recrutement; le patron aurait, sans doute, la charge supplémentaire de l'indemnité afférente aux premiers jours; mais il en trouverait l'équivalent dans les avantages que la mutualité lui consentirait lors de la souscription du contrat relatif à l'ensemble des premiers mois, puisque ce contrat donnerait à la société de secours mutuels la perspective de nombreuses affiliations.

Digitized by Google

III. Atténuation.

1° Assurance contre la maladie.

L'assurance contre la maladie a pour objet de soulager le malade. Si la caisse de maladie poursuit son œuvre lorsque la maladie se prolonge par l'invalidité, elle atténue l'invalidité. Toutefois, cette tâche est coûteuse, et elle entraîne la caisse de maladie hors du cercle normal de ses allocations de courte durée. Il convient donc que l'établissement d'assurance contre l'invalidité intervienne par ses ressources, tandis que les administrateurs communs*) des deux branches d'assurance exercent sur le bénéficiaire le contrôle indispensable. C'est donc à l'organe d'assurance contre l'invalidité qu'il appartient de créer et d'entretenir les établissements thérapeutiques dotés des perfectionnements de la science moderne et installés dans les conditions les plus satisfaisantes d'exposition et d'altitude.

2° Assurance contre les accidents.

Sous le régime de l'obligation comme sous celui de la liberté en matière d'accidents du travail, l'assurance contre les accidents doit tendre, de même que l'assurance contre l'invalidité, à réduire les conséquences de l'état de l'ouvrier atteint dans sa capacité de travail. L'invalidité accidentelle devant être considérée comme l'exception, l'organe d'assurance contre l'invalidité est logiquement chargé de l'entretien des établissements thérapeutiques et de la surveillance des bénéficiaires que l'organe d'assurance contre les accidents lui confie. Il est possible que l'atténuation des suites de certains traumatismes exige des installations que l'invalidité naturelle ne comporte pas: il suffit que l'établissement thérapeutique renferme les appareils nécessaires; le remboursement des soins dont l'organe d'assurance contre les accidents est débiteur vis-à-vis de l'organe d'assurance contre l'invalidité, comprend les dépenses cor-

*) Voir ci-dessus, page 615 du présent rapport.

Digitized by Google

respondantes. Du reste, la collaboration, au service de l'assurance contre l'invalidité, des administrateurs de l'assurance contre la maladie*) donne, pour l'exécution de la surveillance des invalides, naturels ou accidentels, en traitement, toutes les garanties désirables.

Ce n'est pas seulement dans le recours à des établissements thérapeutiques que l'atténuation de l'invalidité, accidentelle ou non, doit être cherchée. C'est aussi l'exécution de travaux faciles, appropriés aux facultés et aux aptitudes de l'invalide, qui, par l'utilisation rationnelle des forces réduites de l'ouvrier, contribue à la fois à son bien-être matériel grâce au bénéfice d'une rémunération, à son perfectionnement moral grâce à la vertu salutaire du travail, enfin à son retour parmi les agents de production grâce à la pratique d'une occupation suivie.

Dans l'accomplissement de cette mission, l'assurance contre l'invalidité ne combine pas seulement ses efforts avec ceux de l'assurance contre les accidents; elle se rencontre également avec l'assurance contre le chômage et avec l'assistance par le travail. Comme celles-ci, elle se propose d'éviter la prolongation du chômage et des misères qui en sont l'inévitable cortège, d'empêcher que l'ouvrier privé de travail ne soit réduit à la mendicité ou entraîné à la débauche, enfin de préparer le chômeur à reprendre sa place dans l'oeuvre de production. L'établissement d'assurance contre l'invalidité est de la sorte amené, d'une part, à créer des ateliers susceptibles de recevoir les invalides en état de travailler, d'autre part à instituer des organes de placement en vue de procurer une occupation dans l'industrie ou le commerce aux ouvriers capables d'un effort plus soutenu et plus indépendant que le travail à l'atelier de l'assurance. Il importe à cet égard que le législateur ne vienne pas contrarier l'initiative des établissements d'assurance: il ne faut pas, en particulier, que le régime légal de

*) Voir ci-dessus, page 615 du présent rapport.

Digitized by Google

la responsabilité d'accidents expose le patron à des charges excessives lors d'un accident survenu à un travailleur invalide: tel serait le cas où l'indemnité devrait être calculée en raison du salaire effectivement touché et non du salaire réellement gagné; les patrons qui, par bienfaisance, seraient portés à allouer aux invalides un salaire supérieur à la rémunération méritée par le travail fourni, devraient renoncer à ces pratiques charitables qui constituent pour les invalides un encouragement au travail et les arrachent à l'inaction rendue possible par le bénéfice d'une pension.

Selon l'importance respective de l'établissement d'assurance contre l'invalidité et des établissements voisins d'assurance contre les accidents, d'assurance contre le chômage et d'assistance par le travail, les ateliers et les organes de placement constitués par l'un de ces établissements pourront être utilisés par les autres: l'initiative et la possession de ces créations doivent être réservées à celui des établissements intéressés qui est doté des ressources les plus considérables et qui trouve dans les assurés ou les assistés de son domaine les plus nombreux éléments d'application de ces bienfaisantes méthodes. Mais, dans une organisation rationnelle de l'assurance ouvrière qui doit tendre à se substituer de plus en plus à l'assistance, c'est à l'assurance contre l'invalidité qu'il appartient de fonder et d'entretenir ces institutions de travail et de placement.

Situation de l'assurance contre l'invalidité au sein de l'assurance ouvrière.

L'assurance contre l'invalidité, dont les relations avec les autres branches de l'assurance ouvrière viennent d'être définies, apparaît ainsi à la fois comme le centre et le terme de l'assurance ouvrière:

Le centre, parce que l'assurance contre l'invalidité fournit à l'assurance contre la maladie l'aide de ses subsides

Digitized by Google

pour la prévention et l'atténuation; à l'assurance contre les accidents, sous le régime de l'obligation, les cadres de ses institutions et de ses allocations dans le domaine de la réparation; parce que, sous le régime de la liberté, elle est la base des formes les plus variées de la prévoyance personnelle ou familiale.

Le terme, parce que l'assurance contre la maladie, par l'évolution même du risque, conduit à l'assurance contre l'invalidité; parce que l'assurance contre les accidents, réalisée sous la forme obligatoire, amène à concevoir et à organiser, à côté de l'assurance contre l'invalidité accidentelle, l'assurance obligatoire contre l'invalidité naturelle; enfin, parce que, sous la forme libre, l'assurance contre l'invalidité comprend à titre de cas particuliers, non seulement l'assurance contre la vieillesse, mais encore l'assurance contre les risques qui menacent au cours de son existence laborieuse soit l'ouvrier, soit la famille dont il est le soutien.

On ne conçoit donc pas l'organisation d'ensemble d'un système d'assurance ouvrière sans que l'assurance contre l'invalidité y occupe la place éminente qui lui revient de droit. Le mode adopté pour l'institution de cette assurance est même le critérium de la valeur de l'ensemble du système.

En effet:

1° Si les établissements d'assurance contre l'invalidité ont réalisé la prévention par des mesures efficaces, les caisses de maladie et, si la maladie professionnelle est assimilée à l'accident, les organes d'assurance contre les accidents sont puissamment aidés dans cette partie de leur mission;

2° Si les établissements d'assurance contre l'invalidité ont organisé la réparation dans toute son étendue depuis le début de l'invalidité, les caisses de maladie ne sont pas exposées à voir revenir pour l'obtention de nouveaux secours, après l'expiration de la période statutaire ou légale, les malades incurables qu'elles ont congédiés naguère; les institutions

Digitized by Google

d'assistance n'ont pas à pourvoir à l'entretien d'invalides que l'assurance contre la maladie aurait rejetés et que l'assurance contre l'invalidité se refuserait à accueillir. Sous un régime obligatoire, l'assurance contre les accidents profite directement d'institutions qui peuvent être communes; sous un régime de liberté, l'ouvrier peut, en dehors du cas d'invalidité accidentelle, auquel pourvoit la responsabilité légale du patron, assurer son avenir et celui de sa famille;

3° Si les établissements d'assurance contre l'invalidité ont pourvu à l'atténuation par un régime approprié, les caisses de maladie voient moins fréquemment des invalides, guéris une première fois, se présenter, à la suite de rechutes, comme de nouveaux malades; l'assurance contre les accidents, l'assurance contre le chômage et l'assistance par le travail disposent de procédés et d'institutions qu'elles peuvent utiliser sans avoir le souci de la création et de l'entretien.

Ainsi, d'une part, l'assurance contre l'invalidité rend plus efficaces les services des différentes branches de l'assurance ouvrière; d'autre part, elle réduit le domaine de l'assistance et en perfectionne les méthodes.

Sans doute, l'assistance aura toujours une place. Elle interviendra, soit lorsque la collectivité participe aux charges financières de l'assurance obligatoire contre l'invalidité *), soit lorsque l'assurance contre l'invalidité ne pourvoit pas aux besoins de l'assuré dès l'origine de l'invalidité, soit lorsque le risque auquel est exposé le travailleur n'est pas justiciable de l'assurance, soit enfin lorsque le coeur vient ajouter un condiment nécessaire aux allocations de la science et de la raison.

De ces quatre motifs d'intervention de l'assistance, les deux premiers peuvent être écartés par les combinaisons suggérées plus haut qui tendent, d'une part, à limiter les

*) Voir ci-dessus, page 627 du présent rapport.

Digitized by Google

subventions de l'État à la période initiale du fonctionnement de l'assurance et, d'autre part, à procurer un secours à l'assuré dès l'origine de l'invalidité; le troisième devient d'une application de plus en plus rare grâce à la précision toujours croissante des constatations de la statistique; quant au quatrième, il n'est ni possible ni désirable qu'il disparaisse tant qu'il restera sur cette terre des hommes capables de penser et de dire

Homo sum et nihil humani a me alienum puto.

Toutefois, sans bannir les généreux élans du cœur, sans proscrire la charité que les misères inévitables du genre humain solliciteront toujours par de pressants appels, il est désirable et possible de repousser les limites au-delà desquelles les coups du hasard échappent aux prévisions des hommes et d'étendre sans cesse le domaine de l'assurance, cette forme scientifique de la solidarité.

Conclusions.

Des développements qui précèdent se dégagent les conclusions suivantes:

I. Au point de vue de la prévention, les établissements d'assurance contre l'invalidité doivent fournir des subsides aux établissements d'assurance contre la maladie; les administrateurs des établissements d'assurance contre la maladie doivent être les mandataires locaux des établissements d'assurance contre l'invalidité. Sans comporter l'identité des agents, la coopération des établissements d'assurance contre l'invalidité et des établissements d'assurance contre les accidents doit s'exercer dans le domaine de la prévention par des subventions et des avis; elle doit devenir fort étroite, si la loi assimile la maladie professionnelle à l'accident du travail.

Digitized by Google

II. Au point de vue de la réparation, l'assurance contre l'invalidité doit intervenir dès la survenance de l'invalidité, quelle que soit la durée de l'affiliation à l'assurance; les administrateurs des établissements d'assurance contre la maladie doivent être les mandataires locaux des établissements d'assurance contre l'invalidité. Les relations des établissements d'assurance contre les accidents et des établissements d'assurance contre l'invalidité sont subordonnées, en matière de réparation, au régime légal de la responsabilité des accidents du travail.

III. Au point de vue de l'atténuation, l'assurance contre l'invalidité doit prêter: à l'assurance contre les accidents, le concours d'établissements thérapeutiques et d'un service de surveillance des pensionnés; à l'assurance contre les accidents, à l'assurance contre le chômage et à l'assistance par le travail, le concours d'ateliers et d'organes de placement.

Digitized by Google

VEREINHEITLICHUNG UND DEZENTRALISATION
DER ARBEITERVERSICHERUNG

VON

Dr. J. VAN DROOGE,
REDAKTEUR DES SOCIAAL WEEKBLAD, DORDRECHT (HOLLAND).

Der nachstehende Aufsatz ist zunächst im Hinblick auf holländische Verhältnisse geschrieben worden, kann aber vielleicht auch anderswo einen Baustein zur Umgestaltung und Vereinheitlichung der Arbeiterversicherung liefern.

In Österreich ist man schon bei der Veröffentlichung eines Gesetzentwurfs zur Vereinheitlichung der Arbeiterversicherung angelangt; in Deutschland hat der Staatssekretär von Posadowsky denselben Schritt geplant; wir in Holland aber scheinen nur durch bittere Erfahrung klug zu werden. Die zur Einführung der Krankenversicherung und der Invaliditäts- und Altersversicherung beim Parlamente eingegangenen Gesetzentwürfe sind, wenn auch nicht treue Übersetzungen der deutschen Gesetze, doch jedenfalls Kopien der Einrichtung, welche sich bei unseren östlichen Nachbarn als unpraktisch erwiesen hat.

Meines Erachtens sollte man die Arbeiterversicherungen möglichst stark vereinheitlichen, aber zugleich möglichst stark dezentralisieren.

Die ganze Unfallversicherung liegt in Holland in den Händen der Rijksverzekeringsbank in Amsterdam. Kein Beschluß, auch nicht der unbedeutendste, kann anders als vom Vorstande dieser Anstalt gefaßt werden, die nur durch anderer Augen schaut und immer viel zu weit von dem Orte des

Digitized by Google

Unfalles oder vom Betriebe, den er zu klassifizieren hat, entfernt ist.

Es sollten überall im Lande Bezirkskassen eingerichtet werden, mittels deren dann die ganze Arbeiterversicherung zu führen wäre, nicht nur die Unfalls-, sondern auch die Kranken- und die Invaliditäts- und Altersversicherung. Diese Kassen sollten lokale Anstalten sein, Anstalten, deren Vorstand nötigenfalls mit eigenen Augen alles auskundschaften kann, was zu einer richtigen Beschlußfassung erforderlich ist, Anstalten auch, bei denen sich die Versicherten ohne großen Aufwand an Reisespesen und Zeitverlust Rats erholen können. Das ist nämlich sehr wünschenswert. Die Gelegenheit, sich mündlich erkundigen zu können, erspart gar viel Hin- und Herschreiben, Mißverständnisse und Verdruß.

Eine gar teure Einrichtung, wird man einwenden. — Nicht, wenn jede Bezirkskasse genug zu tun hat. Wenn sich z. B. erweist, daß sie zu Zwergkassen herabsinken, wenn nicht mindestens 1000 versicherte Arbeiter zu ihrem Wirkungskreis gehören, so sollte festgesetzt werden, daß keine privaten Kassen errichtet werden, resp. ihren Wirkungskreis ausdehnen dürfen auf Bezirke, deren öffentliche Kasse nicht wenigstens 1000 versicherte Arbeiter zählt.

Diese Bezirkskassen müssen die Agenturen der Reichsversicherungsanstalt sowohl für die Unfall-, als auch für die Kranken- und für die Invaliditäts- und Altersversicherung werden. Sie befreien so zumal in den Ortschaften, wo sie ihren Sitz haben, die Postämter von allerhand Arbeit, welche diese besonders in großen Städten gern los sein werden. Wo keine Bezirkskasse besteht, bliebe das Postamt natürlich Ein- und Auszahlungsbureau für die Versicherungen.

Unter der Aufsicht und Kontrolle der Reichsversicherungsanstalt kann auf dem Gebiet der Unfallversicherung von diesen lokalen Anstalten nahezu alles ausgeführt werden, was jetzt vom Vorstande der Zentralstelle besorgt werden muß: Klassen-

Digitized by Google

einteilung von Unternehmungen mit Anweisung eines Gefahrenprozentsatzes, Zuerkennung von Entschädigungen, Festsetzung der Prämienbeiträge usw. Wichtige Entscheidungen der Bezirkskassen würden der Sanktionierung des Vorstandes der Reichsversicherungsanstalt bedürfen, z. B. Klassifizierung großer Unternehmungen und Gewährung fester (lebenslänglicher) Renten, während überhaupt dieser Behörde das Recht zuerkannt werden müßte, zu jeder Zeit einzugreifen, wenn die Bezirkskasse einen Kurs einschlagen sollte, den die Zentralstelle nicht billigen könnte. Auch die Anlagen der Grundbestände, die Abrechnung mit den privaten Gesellschaften und Vereinen, denen laut des Unfallgesetzes das Risiko übertragen werden darf, überhaupt die finanzielle Verwaltung des Ganzen, müßte in Händen der Zentralstelle bleiben.

Ähnlich, nur noch stärker dezentralisiert, wird die Regelung bei der Krankheitsversicherung werden. Die Reichsversicherungsanstalt hätte hier lediglich die Aufsicht über die Bezirks- und privaten Kassen zu führen. Bei der Invaliditäts- und Altersversicherung dagegen stelle ich mir die Sache wieder mehr zentralisiert vor. Da wird wenigstens jeder Beschluß einer Pensionsbewilligung der Bestätigung durch den Vorstand der Reichsversicherungsanstalt bedürfen. Und sind wir erst wie in Deutschland zur Errichtung von Erholungshäusern, Sanatorien usw. gelangt, so wird dies in unserem kleinen Lande natürlich von der Zentralstelle ausgehen müssen. Das schließt aber nicht aus, daß die Bezirkskassen auch bei dieser Versicherung ihre Aufgabe als Agenturen, lokale Verwaltungs-, Auskunfts- und Kontrollebureaus erfüllen können.

Wenn alles wahr ist, was davon erzählt wird, so kommen bei der Unfallversicherung erhebliche Betrügereien von Arbeitnehmern, Arbeitgebern und Kassenärzten vor. Zur Kontrollierung dieser Versicherung werden jetzt die Agenten und kontrollierenden Ärzte der Reichsversicherungsanstalt verwandt. Zur Aufsicht über die Krankenversicherung schlägt

Digitized by Google

der Gesetzentwurf die Anstellung besonderer Beamten, der Versicherungskontrolleure, vor, die aber wahrscheinlich entweder zu gering an Zahl sein werden, um sich genügend über die lokalen Verhältnisse informieren zu können, oder zu teuer kommen werden, wenn allzu viele angestellt werden. Auch hier muß durch Vereinigung der Versicherungen dezentralisiert werden. Keine einzelnen Kontrolleure für die Krankheits- und Agenten für die Unfallversicherung, sondern eine Art Beamte für beide und später nach der Einführung der Invaliditätsversicherung für alle drei. So groß sind die Unterschiede dieser Versicherungen nicht, daß jede einen ganzen Mann erforderte.

* * *

Dezentralisation durch Vereinigung der Versicherungen

Ich habe versucht, den Nutzen der Dezentralisation darzulegen und komme nun zu den Vorteilen der Vereinigung der verschiedenen Zweige der Versicherung. Hierbei gehe ich von der Voraussetzung aus, daß die Kosten der Unfallversicherung für Rechnung der Arbeitgeber allein bleiben, daß die der Krankenversicherung, wie der Entwurf vorschlägt, teils von den Arbeitnehmern, teils von den Arbeitgebern getragen werden und daß zur Invaliditäts- und Altersversicherung ebenfalls beide Parteien beitragen werden hier aber mit einem Zuschuß von Seiten des Staates. (Ob diese Verteilung der Beiträge erstrebenswert ist, lasse ich hierbei außer Betracht.) Daß ferner die Prämien für alle drei von dem Arbeitgeber bezahlt werden, daß dieser sie aber von dem Lohne des Arbeiters abziehen darf, soweit derselbe zu den Kosten beizutragen hat.

Zur Berechnung der Prämien für die Krankenversicherung will der eingereichte Gesetzentwurf die Löhne in zehn Lohnklassen verteilen und für jede Klasse den Durchschnitt in Rechnung bringen. Vorgeschlagen wird folgende Einteilung:

Digitized by Google

Klassen	Lohnbeträge	Durchschnittszahlen
I	weniger als fl. 0·40	fl. 0·25
II	fl. 0·40 zu » 0·60	» 0·50
III	» 0·60 » » 0·80	» 0·70
IV	» 0·80 » » 1·—	» 0·90
V	» 1·— » » 1·25	» 1·10
VI	» 1·25 » » 1·75	» 1·50
VII	» 1·75 » » 2·25	» 2·—
VIII	» 2·25 » » 2·75	» 2·50
IX	» 2·75 » » 3·25	» 3·—
X	mehr als 3·25	» 3·60

Eben diese Einteilung möchte ich für die Unfall- und auch für die Invaliditätsversicherung in Kraft treten lassen. Sie ist bedeutend bequemer bei der Berechnung der Prämie als die, bei welcher Lohnlisten den tatsächlich verdienten Betrag angeben. Und wenn sie auch wie jede auf Durchschnittszahlen beruhende Berechnung in jedem einzelnen Fall nicht ganz genau funktioniert, so wird die Ungerechtigkeit doch nie allzu groß sein, u. a. schon darum nicht, weil der Arbeiter an dem Aufbringen der Kosten teilnimmt. Denn wenn er z. B. 1·65 fl. täglich verdient und sein Lohn mithin in die sechste Lohnklasse fällt, so bekommt er bei Arbeitsunfähigkeit zwar nur nach dem Durchschnittssatz seiner Klasse = 1·50 fl. ausgezahlt; aber er hat auch nur gemäß 1·50 fl. statt 1·65 fl. eingezahlt.

Betrachten wir nun, wie mittels dieser Lohnklassen die Prämienberechnung und die Verwaltung für den Arbeitgeber vereinfacht wird, selbst wenn er es demnächst mit drei Versicherungszweigen, statt mit einem zu tun bekommt. Ich kann dies am besten durch ein Beispiel erläutern.

Ein Zimmermeister hat einen Gesellen, der täglich 1·50 fl. bei ihm verdient und mithin der sechsten Lohnklasse angehört. Für die Krankenversicherung, um damit anzufangen, ist in

Digitized by Google

dem Entwurf ein Tarif aufgestellt, nachdem für diesen Arbeiter in der ersten Gefahrenklasse 4·1 Cent täglich oder 24·6 Cent wöchentlich bezahlt werden muß. Bekommen wir für die Invaliditäts- und Altersversicherung einen derartigen Tarif, so wird dafür die Prämie etwa 28 Cent wöchentlich betragen. Für die Unfallversicherung endlich wird gleichfalls ein derartiger Tarif festgesetzt werden müssen. Ich stelle mir vor, daß dieser Tarif anzeigen wird, wieviel für jede der zehn Lohnklassen und für den Durchschnittssatz der 14 Gefahrenklassen wöchentlich bezahlt werden muß. Jedem Arbeitgeber eine Liste zuzusenden, die sämtliche hundert Gefahrenprozentsätze berücksichtigt, scheint mir unnötig umständlich; bei weitaus den meisten Unternehmungen wird der mittlere Prozentsatz angenommen. Dieser Tarif für die Unfallversicherung nun würde, nach dem Durchschnittssatz der elften Gefahrenklasse des jetzigen Tarifs berechnet, für unseren Zimmergesellen 39·9 Cent anzeigen. Im ganzen würde also der Patron für ihn wöchentlich zu bezahlen haben:

Unfallversicherung	39·9	Cent
Krankenversicherung	24·6	»
Invaliditäts- und Altersversicherung . .	28	»
Zusammen .	92·5	Cent

Von diesem Betrage dürfte er aber von dem Lohn des Arbeiters zwei Drittel der Prämie für die Kranken- und die Hälfte der Prämie für die Invaliditäts- und Altersversicherung oder $16·4 + 14 = 30·4$ Cent abziehen. Und diese Ziffern: 92·5 und 30·4 Cent wöchentlich gelten dann für all seine Gesellen, die einen Lohn wenn auch nicht genau von 1·50 fl. verdienen, sondern jeden, der in die Grenzen der sechsten Lohnklasse fällt.

Hat er außerdem Arbeiter, deren Lohn in eine andere Lohnklasse fällt, so kann auch für diesen der ganze Prämienbetrag pro Woche und Arbeiter für alle drei Versicherungen zusammen ausgerechnet werden.

Digitized by Google

Genau so ist es mit einem Arbeitgeber, dessen Beruf in eine andere Gefahrenklasse fällt, sei es für die Unfall-, sei es für die Krankenversicherung (denn auch für letztere werden die Berufsarten nach Gefahrenklassen, 4 an der Zahl, geordnet werden, je nachdem von dem Beruf ein mehr oder weniger schädlicher Einfluß auf die Gesundheit des Arbeiters zu erwarten ist). In jedem Fall kann ein für allemal festgesetzt werden, wieviel er pro Woche und Arbeiter für alle drei Versicherungen zusammen zu bezahlen hat und wieviel er davon wieder von dem Lohne des Arbeiters abziehen darf.

* * *

Man wird mir vielleicht einwerfen: Wie wollen Sie diese verhältnismäßig komplizierte Sache allen Arbeitgebern verständlich machen? Ich bin so frei zu glauben, daß sie für jene nicht kompliziert ist, wenn man ihnen das System in der Praxis folgendermaßen unter die Augen bringt.

Die Unfallversicherung zählt 14 Gefahrenklassen, die Krankenversicherung 4, die zusammen 56 Kombinationen bilden. Nun werden 56 Tabellen gedruckt, die erste für diejenigen Arbeitgeber, deren Unternehmung zur ersten Gefahrenklasse der Unfalls- und der ersten der Krankheitsversicherung gehört, die 56ste für diejenigen Arbeitgeber, deren Unternehmung unter die 14te Klasse bei der Unfalls- und unter die vierte bei der Krankenversicherung fallen. Unserem Zimmermeister wird eine Tabelle ins Haus geschickt, die nur für die elfte Klasse der Unfall- und die erste der Krankenversicherung gilt und ungefähr so wie auf nächster Seite aussehen könnte:

Mich dünkt, hieraus kann jeder klug werden, und wems noch nicht gelingt (es gibt immer einige Unbeholfene), der kann sich an dem Auskunftsbureau der lokalen Bezirkskrankenkassen unterrichten.*)

*) Zu diesen Zahlen bin ich auf folgende Weise gelangt: Ich habe für die Berechnung der Unfallsprämie die des Gefahrenprozentsatzes 48 im

Digitized by Google

Unfallversicherung, Klasse XI. Krankenversicherung, Klasse I.			
Lohnklasse	Betrag der Löhne pro Tag	Vom Arbeitgeber zu bezahlende Wochenprämie in Cent	Hiervon vom Lohn abzuziehen
I	weniger als f 0.40	36.9	17.6
II	f 0.40 zu » 0.60	46.7	19.4
III	» 0.60 » » 0.80	56.3	22.0
IV	» 0.80 » » 1.—	64.7	23.8
V	» 1.— » » 1.25	73.1	25.6
VI	» 1.25 » » 1.75	91.8	30.4
VII	» 1.75 » » 2.25	112.4	34.8
VIII	» 2.25 » » 2.75	138.3	42.0
IX	» 2.75 » » 3.25	163.7	48.8
X	mehr als » 3.25	192.7	56.4

Betrage von 4·353 Cent auf den Gulden Lohn genommen und diese Zahl mit dem durchschnittlichen Betrag jeder Lohnklasse multipliziert. Für die Krankheitsversicherung habe ich den Tarif unseres Gesetzentwurfes genommen. Für die Invaliditätsversicherung habe ich an der Hand des Tarifes unseres Gesetzentwurfes eine Berechnung aufgestellt. Dieser Tarif zählt aber nur fünf Lohnklassen und mußte also von mir ausgedehnt werden. Es braucht wohl nicht erwähnt zu werden, daß es der Brauchbarkeit des Systems keinen Abbruch tut, ob diese Ziffern richtig berechnet sind oder nicht.

Lohnklasse	Betrag der Löhne pro Tag	Vom Arbeitgeber zu bezahlende Wochenprämie				Hiervon vom Lohn abzuziehen		
		Unfallversicherung	Krankenversicherung	Altersversicherung	Total	Krankenversicherung	Altersversicherung	Total
I	weniger als f 0.40	6.5	14.4	16.0	36.9	9.6	8.0	17.6
II	f 0.40 zu » 0.60	13.1	15.6	18.0	46.7	10.4	9.0	19.6
III	» 0.60 » » 0.80	18.3	18.0	20.0	56.5	12.0	10.0	22.0
IV	» 0.80 » » 1.—	23.5	19.2	22.0	64.7	12.8	11.0	23.8
V	» 1.— » » 1.25	28.7	20.4	24.0	73.1	13.6	12.0	25.6
VI	» 1.25 » » 1.75	39.2	24.6	28.0	91.8	16.4	14.0	30.4
VII	» 1.75 » » 2.25	52.2	28.2	32.0	112.4	18.8	16.0	34.8
VIII	» 2.25 » » 2.75	65.3	33.0	40.0	138.3	22.0	20.0	42.0
IX	» 2.75 » » 3.25	78.4	37.2	48.0	163.6	24.8	24.0	48.8
X	mehr als 3.25	94.1	42.6	56.0	192.7	28.4	28.0	56.4

Digitized by Google

Die Prämie für die Unfallversicherung wird zweimal jährlich bezahlt, die für die Krankenversicherung will der Entwurf wöchentlich abtragen lassen, wenn nicht der Arbeitgeber andere Vereinbarungen mit der Bezirkskrankenkasse trifft. Für die Invaliditäts- und Altersversicherung geschieht ja in Deutschland die Bezahlung durch das Aufkleben der Marken auf Karten bei jeder Lohnauszahlung. Auch hier scheint mir Einheitlichkeit in der Behandlung wünschenswert; ich möchte alles bezahlt wissen in gleichen Terminen, z. B. halbjährlich oder dreimonatlich, und zwar auf folgende Weise: Der Arbeitgeber hat nach Verlauf des Zahlungstermines anzugeben, wie viel Wochen er jeden seiner Arbeitsleute in Dienst gehabt hat und zu welcher Lohnklasse sie gehören. Das kann auf erheblich kleineren Formularen geschehen als den jetzt gebräuchlichen Lohnlisten. Hat er doch nach diesem System einfach die Namen auszufüllen mit der Anzahl Arbeitswochen und den betreffenden Lohnklassen, sonst nichts. Z. B. unser Zimmermeister hat während des ersten Quartals des Jahres 1905 folgende Arbeiter in Dienst gehabt: A und B auf einen Tagelohn von fl. 1.50 (Lohnklasse VII); C auf einen Tagelohn von fl. 1.65 (Lohnklasse VI), ferner hat D bei ihm fünf Wochen in Arbeit gestanden für 90 Cent pro Tag (Lohnklasse IV) und danach noch E sieben Wochen gegen einen Lohn von fl. 1 (Lohnklasse V). Seine Lohnliste sieht nun folgendermaßen aus:

NAMEN	LOHNKLASSEN									
	I	II	III	IV	V	VI	VII	VIII	IX	X
Arbeiter A							13			
Arbeiter B							13			
Arbeiter C						13				
Arbeiter D				5						
Arbeiter E					7					
				5	7	13	26			

Digitized by Google

Aus dieser Lohnliste kann er selbst, oder wenn er nicht damit fertig wird, nötigenfalls der Beamte der Bezirkskasse ohne große Mühe berechnen, daß er nach seinem Tarif (siehe oben Seite 8) zu bezahlen hat: $5 \times 64.7 + 7 \times 73.1 + 13 \times 91.8 + 26 \times 112.4$ oder zusammen fl. 49.51. Und das wäre alles, was der Arbeitgeber viermal jährlich für alle drei Versicherungen zusammen zu tun hätte.

* * *

Für die Invaliditäts- und Altersversicherung bilden in Deutschland die eingezahlten Prämien die Basis, nach der die Renten berechnet werden. Je größer die Anzahl Wochen, für die die Prämie gezahlt ist, desto höher die Rente. Wenn diese Regelung demnächst von uns übernommen wird, so wird also auch hier genaue Buchführung gehalten werden müssen über die Prämieneinzahlungen für diese Versicherung. In Deutschland geschieht diese Bezahlung durch das Aufkleben von Marken auf Karten, die als Quittungen in Händen der Versicherten bleiben. Meines Erachtens könnte dies besser auf folgende Weise geschehen:

Jedem Arbeiter wird ein »Pensionsbuch« eingehändigt, in welchem zu bestimmten Zeiten aus den soeben besprochenen Lohnlisten angeschrieben wird, für wie viele Wochen und nach welcher Lohnklasse Prämieneinzahlung stattgefunden hat. Diese Buchführung wird von der Bezirkskasse ausgeführt, der zu diesem Zwecke das Buch eingesandt werden muß auf dieselbe Weise wie es zur Zinsenberechnung mit den Postsparkassenbüchern geschieht. Dieselben Daten werden der Reichsversicherungsanstalt mitgeteilt, die ein Zentralregister führt, das einerseits die Bücher kontrolliert, anderseits von ihnen kontrolliert wird.

Die besondere Verwaltung der Invaliditäts- und Altersversicherung geschieht natürlich ohne jede Beteiligung des Arbeitgebers. Dieser hat nur die einfachen Lohnlisten einzu-

Digitized by Google

senden, die ich soeben beschrieben habe und mit deren Ausfüllung er für die drei Versicherungen zugleich erheblich weniger Mühe haben wird als jetzt mit der Unfallversicherung allein. Und das ist eine große Hauptsache. Schon jetzt hört man wieder und wieder die Klage, wie viel Arbeit die Führung der Lohnlisten und die Berechnung der Prämien verursacht, oft mit dem Seufzer: »Wo soll das hinaus, wenn wir noch mehr Versicherungen bekommen!«

Es versteht sich von selbst, daß bei der Ausarbeitung dieses Vereinigungssystems mit den jeweiligen Abweichungen gerechnet werden muß. So wird, wenn einer Berufsart für die Unfallversicherung nicht der mittlere Prozentsatz gewährt worden ist, ein den Umständen angepaßter Tarif zugesandt werden müssen.

Ferner werden die nicht festen Arbeitsleute (d. h. dem Krankenversicherungsentwurf gemäß diejenigen, deren Arbeitsvertrag weniger als sechs Tage beträgt) nicht in die Kranken- und wahrscheinlich ebensowenig in die Altersversicherung bezogen werden, so daß für sie nur die Unfallsprämie bezahlt wird. Umgekehrt werden die festen Arbeiter in den nicht obligatorisch versicherten Berufsarten nicht zu der Unfallversicherung, aber zu den beiden anderen zählen (ich komme weiter unten noch auf diesen Punkt zurück). Weiter wird es Arbeitgeber geben, die das Risiko privaten Gesellschaften übertragen, oder Arbeitsleute, die gegen Krankheit bei einem privaten Fonds versichert sind. Für diese Fälle sind abweichende Bestimmungen zu machen, die ich hier nicht in extenso aufführen kann. Am einfachsten für alle Parteien wird die Verwaltung natürlich sein, wenn alle drei Versicherungen in der Bezirkskasse zusammenlaufen; gerade darum haben wir alle Ursache, anzunehmen, daß dies auch der allgemeine Weg werden wird.

* * *

Digitized by Google

Ich komme endlich zu einem letzten Vorzug, der mit der Kombination der drei Versicherungszweige verbunden ist. Das Unfallsgesetz gilt nicht für alle Berufsarten. Es gibt welche, die nicht für gefährlich genug gehalten werden, um auf sie den Umschweif der Versicherung anzuwenden. Und doch kommen in jedem Beruf, auch dem ungefährlichsten, Unglücksfälle vor; und dann ist es für den betroffenen Arbeiter außerordentlich hart, zu erfahren, daß er nicht versichert ist.

Ich möchte darum die Unfallsversicherung auf alle Berufsarten ohne Unterschied ausdehnen und dies ist gerade bei Kombination der drei Versicherungen möglich. Arbeit und Kosten werden dadurch ganz unerheblich vermehrt; für die Kranken- und Altersversicherung müssen nach dem oben dargelegten System alle Arbeitgeber ohnehin Lohnlisten führen, Prämien berechnen und abzahlen und sich kontrollieren lassen. Die Berufsarten, die wegen der geringen Gefährlichkeit von den jetzigen Unfallsgesetzen nicht genannt worden, könnten zu einer Klasse mit minimaler Prämie vereinigt werden.

* * *

Aber dann muß gerechtigkeitshalber das Unfallsgesetz noch eine Ausdehnung erleiden, durch die es Gefahr läuft, seinen Namen zu verlieren. Es kann keines Rechtsgefühl befriedigen, daß ein Arbeiter, wenn er von einem Berufsunfall betroffen wird, eine Entschädigung erhält, aber nicht, wenn er von einer Berufskrankheit heimgesucht wird, deren Folgen in vielen Fällen unendlich viel schlimmer sind. Und es ist außerdem ganz unlogisch. Die Unfallsversicherung will die Produktion verantwortlich machen für die Unheile, die sie unter den Arbeitern anrichtet. Warum tut man dies wohl, wenn sie plötzlich, aber nicht, wenn sie langsam, aber darum nicht weniger sicher, auf den Körper des Arbeiters einwirkt? Der Zusammenhang mit der Ausübung des Berufes ist der Rechtsgrund für die Entschädigung, nicht das Plötzliche und Unerwartete.

Digitized by Google

Es wird mir vielleicht vorgehalten werden, daß die von mir verteidigte Ausdehnung des Unfallsgesetzes nach der Einführung der Kranken- und Invaliditätsversicherung nicht mehr nötig ist, weil diese dem Arbeiter im Falle der Arbeitsunfähigkeit eine Entschädigung verbürgt, ohne nach der Ursache von Krankheit oder Invalidität zu fragen. In zwei Hinsichten ist dieser Einwurf unrichtig. Die Krankenversicherung zahlt nicht länger aus, als ein halbes Jahr lang, die Rente der Invaliditätsversicherung ist oft ganz minimal. Außerdem aber, wenn man einmal das Prinzip anerkennt, daß der Arbeitgeber den Schaden bezahlen muß, den die Arbeit dem Arbeiter in bezug auf seine Arbeitsfähigkeit zufügt, so muß jener auch bei den Berufskrankheiten die ganze Rente aufbringen und nicht nur teilweise, wie es der Fall sein würde, wenn sie von der Invaliditätsversicherung bezahlt würde.

Es ist vielleicht nicht überflüssig, hinzuzufügen, daß ich jedesmal von der Verteilung der Lasten und der Einrichtung der Versicherungen ausgegangen bin, wie sie jetzt hier und anderswo bestehen, ohne daß ich damit sagen will, daß ich diese in allen Hinsichten für unübertrefflich halte. Meine Absicht war nur, einen Weg zu machen, auf dem mit Beibehaltung und Durchführung der allgemein anerkannten Prinzipien die Verwaltung und Kontrolle einerseits bedeutend vereinfacht werden, anderseits dezentralisiert und dadurch verbessert werden kann.

Digitized by Google

Digitized by Google

CONGRÈS INTERNATIONAL DES ACCIDENTS DU TRAVAIL ET DES ASSURANCES SOCIALES.
7e session. — Vienne. — 17 au 23 septembre 1905.

L'ASSURANCE DES VEUVES ET DES ORPHELINS

PAR
M. EMILE CHEYSSON,
MEMBRE DE L'INSTITUT,
INSPECTEUR GÉNÉRAL DES PONTS ET CHAUSSÉES.

Une législation sociale n'est jamais achevée et ne peut trouver du premier coup sa formule définitive. Elle est à l'état de »devenir perpétuel« et doit recevoir sans cesse les retouches dont l'expérience a révélé la nécessité ou les compléments qu'imposent les exigences nouvelles suscitées par de premières satisfactions. Il se passe là un phénomène semblable à celui que l'on constate dans les ascensions. Du fond de la vallée, il semble au voyageur qu'un léger effort va suffire à le mener aux sommets qui la dominent. Mais, à mesure qu'il s'élève, l'horizon s'élargit devant lui; la montagne se dresse avec des escarpements étagés qu'il doit gravir, et il est forcé de monter sans relâche, les yeux fixés sur une cime qui semble reculer toujours.

De même, l'application d'une loi ouvrière fait apparaître des difficultés à surmonter, des lacunes à combler, des incohérences et des inégalités à corriger, et l'on avance ainsi progressivement, par étapes graduées, à la poursuite d'un idéal de plus en plus élevé de justice et de paix sociale.

Ce processus se vérifie dans tous les pays qui sont aux prises avec les grands problèmes de la législation sociale; mais, nulle part, il ne se produit avec plus d'évidence qu'en Allemagne, où ces problèmes ont été posés et résolus depuis le plus longtemps et avec le plus d'ampleur.

Digitized by Google

Après avoir fait, dans son magistral rapport à notre Congrès, l'exposé de l'organisation allemande et des résultats qu'elle a obtenus, Mr. le Dr. Bödiker conclut qu'elle présente »des lacunes à combler, de nouveaux domaines à ouvrir« et il trace, avec l'autorité qui lui appartient, le programme des améliorations qu'elle appelle, soit dans son mécanisme lui-même, soit dans ses attributions.

Au premier rang de ce programme, figure l'assurance des veuves et des orphelins, qui a déjà occupé nos congrès antérieurs et qui, forte des progrès qu'elle a faits dans l'opinion publique, vient de nouveau frapper à la porte de ce Congrès pour lui demander une consécration définitive.

L'objet de ce Rapport est précisément d'insister sur cette réforme, en montrant qu'après les premières étapes déjà parcourues, l'heure est venue de l'aborder et de la résoudre.

I. Justice et nécessité de l'assurance des veuves.

Dans les institutions de prévoyance, on a d'abord songé à l'homme et cela s'explique sans peine. C'est l'homme qui fait les lois; c'est l'ouvrier, et non sa famille, qui est en rapport avec le patron pour la vente de son travail; c'est l'ouvrier qui se met en grève s'il est mécontent. C'est donc de lui, et de lui seul, que s'occupera le patron; c'est à lui qu'il allouera des secours. Da même — et en vertu de considérations identiques — quand il devra assurer son personnel contre la vieillesse, il recourra tout naturalement à la rente viagère, parce qu'elle semble épuiser son devoir et le mettre en règle vis-à-vis des exigences de ses ouvriers et des sévérités de l'opinion publique, tout en réduisant ses sacrifices au strict minimum. Il a déjà tant de peine à procurer une retraite aux travailleurs eux-mêmes, qu'il ne peut s'embarrasser encore de leur femme, de leur veuve on de leurs enfants orphelins, avec lesquels il n'a rien à faire et qu'il ne connaît pas.

Digitized by Google

C'est ainsi que la plupart des organisations patronales ne comportent que des retraites viagères. Il en est de même pour la mutualité qui, pendant trop longtemps, n'a voulu voir que l'individu, en affectant d'ignorer sa famille et se contentant de lui procurer une pension qui mourait avec lui.

Pour être générale et instinctive, cette pratique n'en est pas moins fâcheuse et critiquable.

On aurait pu la comprendre au temps du paterfamilias d'autrefois, omnipotent et maître absolu; mais, aujourd'hui, elle est un choquant anachronisme en présence de la place que nos moeurs assignent à la femme. Elle constitue, en outre, une grave injustice, car elle méconnaît la part de la ménagère dans les ressources qui alimentent la caisse des retraites.

Si l'ouvrier gagne le salaire, c'est presque toujours sa femme qui l'administre; c'est elle qui règle le budget domestique et qui doit y faire tenir la charge des cotisations, destinées, dans le système de l'assurance libre, à couvrir les frais de ce service. Même, dans le système de l'obligation, les retenues sur le salaire, en diminuant les ressources du ménage, obligent la ménagère à déployer plus d'industrie pour aligner son modeste budget.

On peut presque en dire autant des contributions patronales et des subventions de l'État, qui, par des répercussions plus ou moins obscures, finissent par réagir plus ou moins sur le salaire et sur les moyens d'existence de la famille.

Du moment où l'ouvrier participe directement ou indirectement à la charge des retraites, sa femme est associée aux privations correspondantes et il n'est pas juste qu'elle soit exclue du bienfait qui en est la contre-partie. Ayant puissamment contribué à faire le miel, elle a droit à le partager avec son mari.

On ne saura jamais proclamer assez haut l'importance de la femme. C'est elle qui fait la ruine ou la prospérité de

Digitized by Google

la famille, elle qui en est le mauvais génie ou la providence. Ce n'est pas l'individu qui est la molécule sociale, c'est la famille; et si l'on a pu dire avec raison: »tant vaut la famille, tant vaut la nation!« il n'est pas moins vrai d'ajouter: »tant vaut la femme, tant vaut la famille!«

Etant donné ce rôle magnifique de la femme dans la famille et dans la société, ce serait, en même temps qu'une lourde injustice, une imprudence souveraine, que de lui refuser ou de lui marchander sa part dans les institutions de prévoyance. Son concours est indispensable au succès. C'est faire trop de fond sur son abnégation que de le lui demander pour une organisation, dont elle n'aurait que les charges et qui absorberait d'une façon égoiste toute la substance de la famille au profit exclusif de son chef.

On pourrait excuser la violence du courant qui pousse de toutes parts à constituer pour le travailleur des rentes purement viagères, si le seul danger à courir par la famille était la vieillesse du père, qui, affaibli par l'âge, devient incapable de pourvoir à sa subsistance et à celle des siens. Mais il est un autre danger, non moins grave, qui menace la famille: celui de la mort prématurée de son chef. La retraite viagère vise l'éventualité de la vie trop longue du père, mais néglige celle de sa vie trop courte. Or cette éventualité n'a rien d'exceptionnel.

Si l'on recherche ce qu'est devenu, 30 ans après, un groupe de 100 ménages composés au début d'hommes de 30 ans et de femmes de 25 ans, on trouve que la mort a emporté

les deux conjoints dans		8	ménages
la femme dans	18	41	»
le mari dans	23		

Total des ménages disjoints ou disparus **49** ménages

C'est à dire, qu'au bout de 30 ans, le groupe primitif de 200 personnes s'est réduit à 143 par la mort de 31 hommes

Digitized by Google

et de 26 femmes et ne comprend plus que 51 ménages survivants, 18 veufs et 23 veuves. Mais on compte, en outre, 8 veuves, qui sont mortes au cours de cette période, ce qui porte à 31 ou à près du tiers, le nombre des veuves correspondant au groupe primitif de 100 ménages.[1]) Si l'on considère que chaque veuve reste en moyenne avec deux orphelins, on voit que la mort du père avant qu'il atteigne l'âge de la retraite frappe 93 personnes, tandis que le nombre des hommes qui survivent à 60 ans et qui toucheront dès lors leur rente viagère, n'est que de 69 (dont 51 mariés et 18 veufs).

Ainsi le nombre des veuves et des orphelins que la mort du père plonge, non seulement dans le deuil, mais encore dans la misère, est supérieur à celui des survivants, qui poursuivent leur chemin, alors que leurs camarades sont tombés à leurs côtés, de sorte que la mort prématurée fait encore plus de victimes que la vieillesse. Comment donc, dès lors, serait-il possible d'admettre que cette clientèle si nombreuse fût regardée comme inexistante au regard d'une organisation de retraite? Etrange et douloureux oubli, en vérité! Que penserait-on de cet armateur, qui ne songerait qu'à inscrire à son compte d'exploitation un amortissement annuel pour la vétusté de sa flotte et qui ne l'assurerait pas contre les naufrages? Pareille est l'imprudence de ceux qui s'embarquent sur la mer orageuse de la vie et qui, se préoccupant seulement de savoir comment ils assureront les derniers jours de la traversée, écartent comme importune l'éventualité des tempêtes qui pourraient engloutir leur navire dès la sortie du port.

Non-seulement, cette clientèle, ainsi négligée, est plus nombreuse que celle des retraités atteints par la vieillesse;

[1]) Le recensement de la population française en 1891 donne 7,640.308 mariés contre 2,060.778 veuves, ce qui correspond à 27 veuves pour 100 hommes mariés.

Digitized by Google

mais on peut soutenir qu'elle est plus intéressante. Le vieillard, en effet, n'est pas pris au dépourvu. Dès l'âge de 20 ans, il savait bien que, s'il ne mourait pas en route, dans 40 ans, il en aurait 60. Il pouvait donc se préparer longtemps à l'avance à cette crise de la vieillesse, qui prévient ses victimes et ne les terrasse jamais par trahison.

Au contraire, la jeune mère, qui s'enorgueillit de ses enfants, qui s'appuie avec joie et confiance sur le bras de son mari, peut-elle s'attendre à ce qu'il lui soit brusquement enlevé? C'est un coup de fondre qui la frappe à l'improviste. La voilà précipitée, en un jour peut-être et sans transition, du bonheur et de l'aisance relative dans la douleur et la détresse. Est-il situation plus touchante que la sienne et celle de ses petits orphelins? Est-il malheur plus immérité et plus imprévu?

Au point de vue social, et non plus seulement humanitaire, elle a droit encore à des sympathies effectives. Si l'humanité commande de venir au secours des vieillards et des invalides, quoiqu'il n'y ait plus rien à espérer d'eux, avec quelle force plus grande encore l'intérêt bien entendu du pays et de son avenir n'exige-t-il pas que l'on prenne soin de ces enfants, qui sont une richesse sociale, pourvu qu'on sache les transformer en producteurs utiles et vigoureux?

Enfin, comme l'a fait judicieusement remarquer M. le Dr. Bödiker, on n'a pas à craindre avec les veuves et les orphelins les abus et les simulations, qu'il est si difficile de conjurer dans l'assurance contre invalidité. Il ne s'agit pas ici de définition plus ou moins discrétionnaire: »le fait est là!« le chef de famille est mort; voici sa veuve et ses orphelins, dont la situation est faite de réalités tristement lumineuses.

On peut donc se demander, toujours avec Mr. Bödiker, si »les nations qui n'ont pas encore établi l'assurance des vieillards et invalides n'auraient pas raison de procéder d'abord à l'assurance des veuves et des orphelins«. Mais, en fait, dans

Digitized by Google

la plupart des pays, la question n'est plus entière et l'assurance des veuves doit borner son ambition à se faire juxtaposer à celles qui l'ont précédée: d'autre part, elle est loin d'être également en faveur chez tous les peuples et doit mesurer ses exigences à ses chances de succès.

Pendant que l'assurance en cas de décès est la forme favorite de la prévoyance chez les Anglo-Saxons, qui l'ont adoptée presque à l'exclusion de la retraite et lui ont donné d'admirables développements, elle est ailleurs — par exemple en France — généralement ignorée des masses profondes. Seules les classes riches françaises recourent assez volontiers à ses combinaisons. Les quatre milliards de capitaux assurés appartiennent à la richesse et à l'aisance. Tout au plus la clientèle des compagnies descend-elle jusqu'à la petite bourgeoisie; mais elle laisse en dehors d'elle les paysans, les artisans, les ouvriers, qui lui sont presque absolument étrangers. Ils se sont familiarisés par la société de secours mutuels avec l'assurance sur la vieillesse; mais ils résistent encore à l'assurance en cas de décès, dont ils connaissent mal le mécanisme et les bienfaits.

C'est là ce qui explique le vide relatif qui se fait autour de notre caisse nationale d'assurance en cas de décès, tandis que celle de la vieillesse est très populaire et très fréquentée. C'est ce qui rend également le public français très impressionnable aux variations du taux d'intérêt pratiqué par cette seconde caisse et si indifférent au taux de la première. La réduction de $3^1/_2$% du taux d'intérêt de la caisse de la vieillesse a soulevé chez nos mutualistes une émotion profonde et déterminé une campagne qui leur a fait obtenir un relèvement de ce taux à $4^1/_2$% pour leurs dépôts à la Caisse des Dépôts et consignations et récemment pour leurs pensions à la caisse nationale de la vieillesse. Au contraire, aucune plainte ne s'élève contre le taux de 3%, qui régit la caisse nationale d'assurance en cas de décès, bien qu'elle vise surtout

Digitized by Google

la clientèle particulièrement intéressante des veuves et des orphelins.

II. Progrès de l'idée de l'assurance des veuves.

Néanmoins, l'éducation du public commence à se faire et des tentatives nombreuses s'accordent à démontrer une orientation très nette dans le sens des droits de la femme en matière de prévoyance.

Trop longtemps individualiste, la mutualité tend à devenir familiale, à prendre pour unité, non plus l'individu, mais la famille, c'est-à-dire le père avec sa femme et ses enfants, formant un bloc compact et indivisible.[1]) Elle inscrit dans ses statuts des secours pour les veuves; quelques sociétés organisent même en leur faveur un service de retraites. Le dernier Congrès des retraites ouvrières, tenu à Paris au Musée social en juin 1905, a émis un vœu formel sur l'assurance des veuves et des orphelins.

Quant aux exploitations patronales, elles commencent à se préoccuper de la veuve et la font bénéficier d'une certaine réversibilité (généralement de moitié) de la pension du mari, une fois cette pension liquidée. Les compagnies de chemins de fer, dans tous les pays, ont adopté ce système et attribuent aux veuves et aux orphelins de leurs agents retraités des pensions variant de 20 à 67%, mais le plus souvent égales à 50%, de celle du mari.[2])

Le projet de loi des retraites ouvrières que discute actuellement le Parlement français assure aux veuves, dont

[1]) Voir la Mutualité familiale par M. E. Cheysson. Réforme sociale 1901 — 2, pag. 621.

[2]) Voir à ce sujet le remarquable rapport de M. Marcel Lemercier au Congrès international des chemins de fer à Washington en mai 1905 sur les caisses de retraites des Compagnies de chemin de fer en France et à l'étranger. Ce rapport contient l'analyse méthodique de tous ces règlements de retraites et permet d'en rapprocher les dispositions similaires.

Digitized by Google

quelque chose pour lui, quand il aura satisfait ceux qui doivent lui être plus chers que lui-même. Dans un naufrage, dans un incendie, le père meurt, s'il le faut, pour sauver les siens. Comment se résignerait-on un pour luí et comment se résignerait-il lui-même à la passivité égoïste de la retraite viagère, sans se préoccuper d'arracher par un effort de prévoyance sa veuve et ses orphelins aux cruels embarras que leur léguerait sa mort?

Qu'on ne vienne donc pas, pour écarter cette nouvelle assurance, invoquer l'insuffisance des ressources. Du moment où le devoir parle, évident, catégorique, on n'a pas à biaiser avec lui ou à l'éluder: il faut, avant tout et à tout prix, obéir à ses sommations, devrait-on opérer quelques retranchements sur les satisfactions personnelles du père pour alimenter l'assurance en cas de décès, comme le font les Anglais et les Américains. C'est là, en effet, le mode de prévoyance qui répond de la façon la plus expressive à la conception du devoir familial, puisque l'assuré ne reverra plus l'argent de ses cotisations et que sa mort seule saisira ses héritiers.

Mais on n'en est pas réduit à cette pénible extrémité, — d'ailleurs inacceptable et irréalisable en fait — de revenir sur les bienfaits déjà acquis des organisations actuelles. Les bienfaits, il ne s'agit ni de les menacer, ni de les restreindre, mais il faut les étendre à une nouvelle clientèle, en procurant à ce service additionnel le supplément de ressources nécessaire à son fonctionnement.

Pour nous faire une idée du surcroît des sacrifices que réclame cette assurance, supposons qu'un ouvrier veuille obtenir à 60 ans une pension de 200 marks ou de 250 francs. D'après les tarifs de la caisse nationale de la vieillesse à $3^1/_2$%, cette rente correspond à un versement annuel de 37 frs. 50, continué pendant 30 ans entre les âges de 30 et de 60 ans. La réversibilité de moitié sur la tête de sa femme plus jeune que lui de 5 ans, équivaut à une contribution supplémentaire de

Digitized by Google

$$\frac{125\,\text{f.}}{22\,\text{f.},79} = 5\,\text{f.},53,$$

ou environ $\frac{1}{7}$ de la cotisation du mari.[1])

Si, en outre de cette réversibilité de la demi-pension, on veut asseoir sur la tête de la veuve et des orphelins une assurance temporaire de 30 ans pour un capital déterminé, par exemple de 500 francs, dans le cas de la mort prématurée du père, il faut ajouter une nouvelle cotisation de 8 f., 70.

En résumé, avec un versement supplémentaire de 14 f., 23, on assurerait à la veuve un capital de 500 francs, si son mari meurt avant la liquidation de sa retraite et une pension viagère de 125 f., s'il meurt après cette liquidation.[2]) Cette somme de 14 f., 23, rapprochée du versement de 37 f., 60 qu'exige la retraite du père, en représente environ les deux-cinquièmes (38 %). Telle est le plus-value, dont il faut payer l'accomplissement du grand devoir social envers les veuves et les orphelins.

V. Résumé et conclusions.

Ce ne sont là que des calculs approximatifs et dont les résultats peuvent varier dans des limites étendues suivant les hypothèses adoptées pour l'âge du premier versement et de

---

[1]) A capital aliéné, 1 f. versé tous les ans de 30 à 60 ans produit une rente de 6 f., 5561. Ce même franc produit une rente (presque quadruple) de 22 f., 7921 en faveur d'une veuve ayant 5 ans de moins que son mari, pourvu que le décès de son mari soit postérieur à l'âge de 60 ans.

Pour la réversibilité de moitié, la cotisation supplémentaire est donc égale à

$$\frac{6^{\text{h}},5561}{2 \times 22\,\text{f},7921} = 0^{\text{h}},144$$

ou environ $\frac{1}{7}$.

[2]) On remarquera que, dans cette combinaison, le mari conserve, sa vie durant, la totalité de sa pension, même en cas de prédéces de sa femme; mais la veuve ne touche que la moitié de la pension de son mari, et encore à la condition que ce dernier meure après la liquidation de sa pension

Digitized by Google

la retraite, pour la durée des versements, la quotité du capital, celle de la retraite et le taux de la réversibilité. Ils suffisent cependant à démontrer que le problème n'est pas d'une ampleur qui le rende insoluble, surtout quand on le compare à ceux qui ont été déjà résolus.

Pour la résoudre, il faudra faire appel au triple concours des ouvriers — les principaux intéressés — des patrons et de l'État. Que ce soit sous le règime de la liberté ou sous celui de l'obligation, dont ce n'est pas le moment de discuter ici les mérites respectifs, le concours de ces trois facteurs, qu'on rencontre dans toutes les questions sociales, sera indispensable pour réaliser la nouvelle assurance.

C'est à chaque peuple qu'il appartient d'harmoniser cette addition avec l'ensemble de ses organisations sociales, dans laquelle cette aile supplémentaire doit venir s'encadrer, en profitant de l'appui des constructions antérieures et en respectant l'ordonnance générale et le style de tout l'édifice.

Il est clair notamment qu'il conviendra de mettre en rapport étroit l'assurance des veuves par suite d'accidents du travail avec celle des veuves, qui font l'objet de ce rapport. La loi a presque partout pourvu à la situation des premières. Il s'agit maintenant d'assurer de même le sort de celles qui perdent leur mari sans être protégées par le risque professionnel. Les deux organisations ont entr'elles des affinités, qui leur permettront de se prêter un mutuel appui.

On trouvera également avantage à les rapprocher de celle des retraites, avec laquelle elles auront forcément de nombreux contacts. D'autre part, le service des rentes d'invalidité pénètre profondement celui de la maladie. On arrive ainsi de proche en proche à cette »Unification de l'assurance ouvrière«, dont Mr. le Docteur Freund, dans son rapport à notre Congrès, expose le séduisant programme et qu'il assied à la fois sur les établissements d'assurance régionaux et sur

Digitized by Google

des »Offices locaux d'assurance ouvrière«, centralisant tous les services d'un même district.

Ce sont là des questions d'un haut intérêt, que chaque pays aura à résoudre d'après ses convenances particulières. Nous pouvons du moins —, quelque diverses que doivent être les modalités techniques des solutions nationales —, emporter tous de ce congrès le sentiment commun que le moment est venu de coordonner et de fondre dans un ensemble méthodique toutes les tentatives éparses en faveur de l'assurance des veuves et des orphelins et d'ajouter enfin à nos organisations sociales cet indispensable complément.

Dans son beau rapport au Congrès de Dusseldorf, Mr. le Dr. Bödiker comparait les lois d'assurance de son pays »à une cathédrale visible depuis des lieues, témoignage des temps présents, legué aux siècles à venir«.

Je demande la permission de terminer le présent Rapport par le vœu que j'exprimais déjà à Dusseldorf: c'est que cette cathédrale ne tarde pas à se couronner de la flêche, qui lui manque encore et qui, se détachant de loin sur l'horizon, portera au ciel, comme une hymne et une prière, la reconnaissance des veuves et des orphelins.

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google